

FRITZ SÄNGER
POLITIK DER
TÄUSCHUNGEN

MISSBRAUCH DER PRESSE
IM DRITTEN REICH
WEISUNGEN, INFORMATIONEN,
NOTIZEN 1933-1939
EUROPAVERLAG



Fritz Sänger

Politik der Täuschungen

Missbrauch der Presse im Dritten Reich
Weisungen, Informationen, Notizen
1933-1939

Ein Bezug zu den aktuellen Einheits-
medien unter der Regierung Merkel
wäre rein zufällig
und ist nicht beabsichtigt.

Europaverlag

Umschlag und Einband von Georg Schmid

Lektorat Peter Aschner

© 1975 by Europa Verlags-AG Wien

Printed in Austria

Gesetzt im Filmsatzzentrum Deutsch-Wagram

Druck Elbemühl Wien

ISBN 3-203-50542-8

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Das Wort *Frankfurter Zeitung* wird jederzeit den freiheitlich Gesinnten zur Seite stehen, die dem Unvernünftigen mit Vernunft begegnen, dem Dogmatismus mit Toleranz, die dem Schwachen tätiges Mitleid zollen, die niemals, unter welchen Bedingungen auch, einen Zweifel an der Würde der Humanität zulassen.

Die Gegenwart
1956, Sonderheft
Ein Jahrhundert «Frankfurter Zeitung»

Inhalt

Warum?	9
Einführung.....	17
Deutsche Revolution.....	21
Volkstum, Lebensraum oder Frieden . . .	21
Das Volk wird gleichgeschaltet	24
Die amtliche Trommel	26
Im Gleichschritt	32
Auch eine Revolution muss erarbeitet werden.....	39
Sondierung in Europa	49
Die Sache mit Wien.....	49
Letzte territoriale Forderung: Saarland . .	52
Liste der blutenden Grenzen	58
Nur keine Kriegspsychose	63
Mussolini greift nach Abessinien	72
Vorbeugend über den Rhein	77
Schatten kommender Ereignisse	87
Zu widerhandlungen werden nicht geduldet	87
Sehr viel Takt während der Spiele.....	105
Kraftprobe in Spanien.....	115
Was inzwischen in Deutschland geschah	147
«Heim ins Reich»	175
Österreich – ohne Frage	177
Einer nach dem anderen	205
Ausbruch des Unmenschlichen	252
Vorbereitungen	265
Die Grenze überschritten.....	283
Zerstörung der Tschechoslowakei	283
Reife Frucht Memel	304
Die Konsequenz ist Krieg.....	319
Nochmals Pakte.....	320
Zwischen Kommunismus und UdSSR	342
Der Termin für Polen	364

Blick zurück	395
Epilog	399
Zeittafel	401
Register	413
Länder und Gebiete	413
Ortsnamen	414
Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen	416
Personen	418
Sachwörter	421

Warum?

In den Jahren, als der Nationalsozialismus in Deutschland die Macht ausübte, wurde die öffentliche Meinung nicht informiert, sondern durch Propaganda bearbeitet und beeinflusst. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn der Herrschaft ein besonderes Reichsministerium gegründet: . . . *für Volksaufklärung und Propaganda*, so lautete der offizielle Name.

Die Reichsregierung, und das hiess damals: der Reichskanzler oder *Führer und Reichskanzler*, wie die amtliche Bezeichnung des Mannes an der Spitze der Regierung lautete, gab Anweisungen, nach denen das Volk über Vorgänge und Entwicklungen unterrichtet werden sollte – oder nicht. Was die Herrschenden wollten, sagten die Weisungen auch dann erkennbar aus, wenn sie im Widerspruch zu Tatsachen standen. Täuschung und Arglist sollten dazu dienen, Stimmung zu erzeugen oder zu bewahren und Absichten nicht oder noch nicht erkennen zu lassen.

In diesem Buche werden die Weisungen mitgeteilt, die von 1933 bis 1939 auf die wichtigsten Aktionen der Reichsregierung Bezug hatten, welche die Politik jener Jahre kennzeichnen, eine Politik, die zum Kriege führte.

Hier soll also nicht die Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland erzählt werden, auch nicht ein Ausschnitt daraus, und es wird auch nicht das System der Herrschaftsmethode dargestellt, das aber wohl sichtbar werden wird. Vielmehr wird der Versuch unternommen, durch die Wiedergabe der in jener Zeit aufgeschriebenen Berichte über die mündlich vorgetragenen Anweisungen dem Leser, der die Zeit erlebt hat, in Erinnerung zu bringen, und dem, der sie nicht unmittelbar erlebte, zu demonstrieren, wie durch Verbot der Weitergabe einer an sich korrekten Nachricht, durch unvollständige Unterrichtung, durch verspätete Mitteilung, sowie durch Manipulation jeder Art, durch Zweckaussage und durch Bemäntelung schliesslich Täuschung, Unkenntnis, Verwirrung, falsche Hoffnung, sinnlose Gläubigkeit oder auch

Verzweiflung erzeugt werden können. Der Zweck bestimmte die Propaganda. Der Bürger war Objekt eines fremden Willens, der unkontrolliert über das Schicksal des Volkes entschied.

Die Berichte über die in diesem Buche mitgeteilten Weisungen, ein Bruchteil der mehr als 56.000 gesammelten, sind in den sogenannten Pressekonferenzen der Reichsregierung aufgeschrieben worden. Sie wurden also nicht später oder gar für die Erarbeitung dieses Buches nachgezeichnet.

In der Tatsache des unmittelbaren Zeugnisses mag der besondere Wert der Mitteilungen liegen.

Die Weisungen durchliefen vom Urheber bis zu den Journalisten in der Pressekonferenz einen längeren Weg. Er führte vom Adjutanten des *Führers und Reichskanzlers*, der den Befehl entgegennahm, über den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, oder den Reichspressechef, Dr. Otto Dietrich, zuweilen auch über diese direkt oder über andere Reichsminister zu den leitenden Beamten in den Dienststellen der Reichsregierung oder zu den Funktionären der NSDAP. Über die Besprechungen dieser Helfer Hitlers, die vor den täglichen Pressekonferenzen zu deren Vorbereitung geführt wurden, liegen Protokolle vor.

Sie geben Auskunft darüber, dass auch in jenen Jahren Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren und ausgesprochen wurden, und dass offen oder indirekt versucht wurde, sie zur Geltung zu bringen. Es gab viele Spannungen. Die Sprecher der Reichsregierung (Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium) oder einzelner Ministerien, so vor allem des Auswärtigen Amtes, auch anderer Institutionen und der einzigen damals zugelassenen Partei, der NSDAP, traten in der Pressekonferenz nicht selten mit spürbar unterschiedlichen Wertungen vor die Journalisten.

Die Auffassung aber, dass die dann den Zeitungen gegebenen *Empfehlungen* oder *Weisungen* doch nur kurze, zeitlich und inhaltlich bedingte Bedeutung gehabt hätten, dass sie doch nur ein beschränkt gültiges Filtrat der Meinung der allein entscheidenden Person Adolf Hitlers gewesen sei, ist unzutreffend. Man hat sie nach dem Zusammenbruch des Systems des Nationalsozialismus mit Fleiß vertreten, um dem Vorwurf ausweichen zu können, dass aus diesen Weisungen das Wollen der Regierenden abzulesen sei. Es mag sein, dass auf dem

Wege vom Befehlenden bis zu den «Befehlsempfängern» auch «Akzentverschiebungen» eingetreten sind. Sie wurden dann sehr bald korrigiert und blieben in keinem Falle zweideutig. Kritische Hörer und Beobachter konnten aus solchen «Verschleisserscheinungen», die bei der Weitergabe der Anordnungen oder Sprachregelungen entstanden, Nutzen ziehen.

Sie lernten erkennen, dass es sich lohnte, klärende Gespräche zu suchen. Gewählte Formulierungen können – welches Komunique beweist das Gegenteil? – viel verdecken und viel andeuten, auch wenn sie wenig sagen.

Die später (vom November 1940 an) sorgfältig ausgeklügelten *Tagesparolen*, die zu Beginn einer Pressekonferenz verlesen wurden, haben das ausreichend deutlich bezeugt.

Das in diesem Buch dargelegte Material ist überwiegend von den Redakteuren der Berliner Redaktion der ehemaligen *Frankfurter Zeitung* in den Pressekonferenzen aufgeschrieben worden. Die *Frankfurter Zeitung* nahm in den Jahren des nationalsozialistischen Regimes eine besondere Stellung ein.

Sie wurde durch ihre Geschichte und durch die Haltung von Redaktion und Verlag auf einen historisch gewordenen einsamen Platz verwiesen.

Die politisch-moralische Grundlage, auf der die Redaktion der *Frankfurter Zeitung* unter völlig veränderten Bedingungen dennoch zu arbeiten gewillt war, wurde bereits vor der Machtergreifung Adolf Hitlers von Redaktion und Verlag Umrissen.

Man sah voraus, dass eine freie journalistische Tätigkeit, aus der allein eine gute Zeitung entstehen kann und die zum Wesen des wohlverstandenen Begriffes «Zeitung» gehört, nicht mehr möglich sein würde. Schliesslich war in Hitlers *Mein Kampf*, in dem Ziele, Tendenzen und Methoden nationalsozialistischer Herrschaft rückhaltlos offen dargelegt waren, ausreichend deutlich gerade diese Zeitung als Ziel der Angriffe gekennzeichnet.

Am 24. Januar 1933, eine Woche vor der Berufung Hitlers zum Reichskanzler, hörte die Redaktionskonferenz in Frankfurt Überlegungen des Eigentümers der Zeitung und erörterte die Situation. Würde die Zeitung verboten werden? Sollte die Redaktion dann ausweichen, wie sie schon einmal (1866 bei der Eroberung der Freien Reichsstadt Frankfurt durch die Preussen) nach Stuttgart ausgewichen war? Das hätte diesmal

bedeutet, in ein freies Land jenseits der Grenzen Deutschlands zu gehen. Man dachte an die Schweiz. Würde aber eine Emigration eine fruchtbare Basis für eine Arbeit hergeben, die von dieser Zeitung stets in unmittelbarem Kontakt mit allen Kräften der Nation für Deutschland geleistet worden war?

Die Redaktion und alle Betroffenen mit ihr beschlossen, im Lande zu bleiben und den Versuch zu wagen, im gleichen Geiste wie bisher zu wirken, solange dies möglich sein würde.

In einem vom 24. bis zum 26. Januar 1933 fernschriftlich und fernmündlich zwischen Frankfurt und Berlin geführten Gespräch legten Eigentümer und führende Redakteure der Zeitung die Haltung des Blattes fest. In diesem in wesentlichen Teilen erhaltenen Gespräch stehen die folgenden Sätze:

«Über die Haltung, die die Zeitung einzunehmen haben würde, falls jetzt ein parlamentarischer Schlusstrich gezogen werde, schien gar kein Zweifel zu bestehen . . . Wenn wir dann nicht in die falsche Pathetik einer parlamentarischen Fronde einfallen (die gar nicht vorhanden ist und deren innere Unwahrhaftigkeit durch die Zusammensetzung dieser Fronde aus ausdrücklich antiparlamentarischen Parteien offenkundig ist) – wir würden also dann wahrscheinlich richtig verfahren, wenn wir ungescheut diese innere Unwahrhaftigkeit aussprechen, uns die Freiheit der sachlichen Kritik an dem neuen Regime vorbehalten und in einer gewissen Unabhängigkeit von der politischen Situation Grundüberzeugungen sehr problematisch darstellen . . . Wir müssen uns von denen distanzieren, die das *fait accompli* machen wollen, und wir dürfen unter keinen Umständen die Verantwortung mittragen. Es gibt keinen staatlichen Notstand» (Fernschreiben, 24. Januar 1933).

Im Sinne dieser Diskussion veröffentlichte die Zeitung am 31. Januar 1933 einen damals weithin bekanntgewordenen, im Ausland vielfach zitierten Leitartikel unter der Überschrift *Der Zweifel*, in dem ausgesprochen wurde, dass der soeben vom Reichspräsidenten ernannte Reichskanzler Adolf Hitler bisher der Nation den Beweis seiner menschlichen Qualitäten schuldig geblieben sei.

Einer der Männer aus der Redaktion, der dann Deutschland verlassen musste, Robert Drill (er starb 1942 in Süd-

afrika), kennzeichnete das wohl zweckmässige Verhalten der Journalisten mit dem volkstümlichen Wort: «Gehe nicht zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst.» In diesem Bewusstsein ihres Wesens und ihrer Aufgabe stellte sich die Zeitung unter die eigene Verantwortung, welchem Druck auch immer sie in den folgenden Jahren nachgeben musste.

Die Situation verlangte von allen, die für die Zeitung redaktionell oder technisch, kaufmännisch oder werbend tätig waren, das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und der Verbundenheit. Es kann, dankbar für solch ein seltenes Erlebnis, nun nach Jahrzehnten noch bezeugt werden, wie anregend und wie verlässlich das Miteinander in dieser Zeit war, in der Freund und Feind nur zu oft eine Maske tragen mussten. Die Leistung der Zeitung beruhte auf gegenseitigem Vertrauen, und die Erfolge bestätigten, dass sie in der öffentlichen Meinung respektiert wurde, im Inland und auch jenseits der deutschen Grenzen.

Dafür ein kleines Beispiel, das fern von Politik, aber nahe den unentbehrlichen menschlichen Werten liegt: In einer Sonntagsausgabe der *Frankfurter Zeitung* standen am 14. Mai 1938 drei Inserate untereinander: Drei Redakteure, Angehörige der Berliner Redaktion der FZ, zeigten die Geburt von Kindern an, Dr. Leonhard Miksch, Dr. Fritz Sarow und der Verfasser. Es kamen Grüsse und Wünsche, Zeichen der Freude und Zeugnisse der Verbundenheit aus buchstäblich allen Teilen der Welt. Sie wandten sich an die Kinder, sie grüssten die Eltern und – viele schrieben es offen – meinten die Zeitung. Von ergriffenem Ernst bis zu lockerer Heiterkeit bezeugten diese Grüsse, dass man draussen in jenem sechsten Jahr der Naziherrschaft in Deutschland wusste, mit wem man es zu tun hatte.

Viele in der Redaktion und aus dem grossen Stab der Mitarbeiter brachten das Material heran, das für die Arbeit der Zeitung nötig war. Nur einer konnte es sammeln, aus der Fülle das Wichtige zusammenstellen und aufschreiben, wie es damals war. Er trägt also die Verantwortung, weil er aufbewahrte, ordnete und auswählte, was vom wichtigen das wichtigste Material ist, das, indem es mitgeteilt wird, für jene Zeit Zeugnis ablegt.

Jedes Zitat und jede Darstellung wird hier so wiedergege-

ben, wie der Text zurzeit des Geschehens aufgeschrieben wurde. Dabei wird die indirekte Aussage, die damals für die Berichterstattung aus der ursprünglichen Quelle nötig war, auch dort beibehalten, wo der Leser heute eine direkte Aussage des Verfassers erwartet oder erwarten müsste. Das geschieht, um das Zitat nicht zu verändern. Nur grammatikalische Fehler wurden korrigiert. Erläuterungen und, wenn nötig, Kommentare sind so kurz wie möglich gehalten; aber es war unmöglich, auf subjektive Bemerkungen zu verzichten, weil die Voraussetzungen zum Verständnis der Vorgänge nicht mehr in jedem Falle gegeben sein können. Was geschehen ist, wie es geschah, was gesagt wurde, mit welcher Absicht Weisungen gegeben oder angedeutet wurden, wie verheimlicht, verleugnet und dann doch direkt oder bemäntelt zugegeben wurde – das soll durch die Wiedergabe des Wortlauts des noch vorhandenen Materials mitgeteilt werden. Es möge zur Klärung der oft unbegreiflichen Geschehnisse und zu der Erkenntnis beitragen, dass Schwarzweissmalerei unangebracht ist, wenn jene Zeit und Wirklichkeit geschildert und erkannt werden soll.

Damals konnte bei weitem nicht alles weitergegeben werden, was zu erfahren war, sei es, dass Journalisten es recherchiert hatten, sei es, dass ihnen Informationen mehr oder weniger absichtlich von Amtsstellen zugespielt wurden. In einem System der offiziellen Täuschungen, wie die Nazis es entwickelten und pflegten, wurde Heimlichkeit legitim.

Ein offenes Handeln, gar ein Bekennen gegnerischer Meinungen, war diesem Regime des amtlich geschützten Verbrechens gegenüber sinnlos. Wer das Leben für nützlicher hielt als die Abgeschlossenheit in Gefängnis, Zuchthaus oder Konzentrationslager oder gar die «Liquidierung», wer daran glaubte, dass das freie Wort eines Tages wieder möglich und eine zuverlässige, unmittelbar gewonnene Kenntnis der Tatsachen nützlich sein würde, der musste wenigstens das getreulich festhalten, was zu erfahren war und was ausreichend belegt werden konnte.

Schon das Aufschreiben und noch mehr das Aufbewahren brachten jeden in Gefahr, der es dennoch wagte. Bei Androhung strenger Strafen war jede Indiskretion, jede Aufbewahrung der gegebenen Weisungen verboten. Diese Verbote wurden wiederholt und in unterschiedlicher

Schärfe ausgesprochen, und einige werden im Text jeweils zitiert werden.

In der Redaktion der *Frankfurter Zeitung* ist mit Umsicht und Sorgfalt beobachtet und Material gesammelt worden, auch mit der Absicht, Unterlagen für geschichtliche Forschung zur Verfügung zu haben, wenn Lehre und Forschung wieder frei sein würden. **Noch wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in die Stadt Frankfurt haben die Nazis das unersetzliche Archiv der Zeitung auf dem Hofe des Verlagshauses zusammengetragen, mit Benzin übergossen und verbrannt.** Nur was der einzelne Redakteur aufbewahrt hatte, stand deshalb für diese Arbeit zur Verfügung. Es wurde fast ausschliesslich in der Berliner Redaktion der Zeitung gesammelt und aufgehoben oder von dort aus in Verwahrung gegeben. Aber auch der Umfang dieses Materials ist bereits viel zu gross, als dass es in einem einzigen Buch auch nur annähernd vollständig ausgebreitet werden könnte.

In dieser Publikation sind deshalb nur einige typische, für die Entwicklung in Deutschland aber entscheidende Einzelvorgänge herangezogen worden. Sie legen für eine Reihe anderer Zeugnis ab, weil sie – und dies ist die Absicht des Buches – die Grundlinien der politischen Praxis des nationalsozialistischen Regimes erkennen lassen. In den Jahren 1933 bis 1939, aus denen dieses Material stammt, wurde die Politik betrieben, die – gewollt oder nicht – unausweichlich zum Kriege führte.

Allen, die damals an der mühevollen und jederzeit gefährlichen Arbeit des Beobachtens, der Aufzeichnung und der Information beteiligt waren, denen, die noch leben, und denen, die schon in die Stille gehen mussten, auch den Gleichgesinnten, die Recherchen ermöglichten oder unterstützten und eigene Beobachtungen und Aufzeichnungen beitrugen, schulden jene, welche dieses Buch mit Gewinn lesen sollten, Dank: für die Mühe, für die Sorgfalt und nicht zuletzt für den Mut!

Wer dieses Buch liest, soll die Zeit erkennen können, in der geschehen ist, was niemals wieder geschehen darf, nicht in unserem Lande und nicht in einem anderen. Deshalb, nur deshalb wurde dieses Buch geschrieben.

Wedel, Frühjahr 1975

Fritz Säger

Einführung

Die Deutschen in der Bundesrepublik und die in der Deutschen Demokratischen Republik sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darum bemüht, sich in den Trümmern des einstigen kleindeutschen Reiches Otto von Bismarcks einzurichten. Die Zerstörung dessen, was sich zuvor Deutsches Reich genannt hatte, begann erkennbar spätestens mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg und wurde am 20. Juli 1932 mit der Okkupation des Staates Preussen durch das Reich in die letzte Phase geleitet. Unter der Ägide des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg, eines Preussen, und durch die von Hindenburg gebilligte Aktion des preussischen Offiziers Franz von Papen wurde die frei gewählte, rechtmässig amtierende preussische Landesregierung gewaltsam abgesetzt und eine Reichsstatthalterschaft eingerichtet, wie immer man die neue Konstruktion damals zunächst auch benannte: Das Reich herrschte, und der Verlauf der folgenden Ereignisse bestätigte, dass mit diesem Staatsstreich gegen das grösste Land das Ende der relativen Selbständigkeit aller Länder des Reiches eingeleitet worden war.

Noch kein Jahr später, am 28. Februar 1933, beschloss die von Adolf Hitler geführte Reichsregierung, dass die Länder und Gemeinden ihren Anordnungen zu folgen hätten. Künftig sollten «Reichskommissare» darüber wachen, dass es nur eine Gewalt im Reiche gäbe: die Reichsregierung in Berlin. Durch die Zusammenfassung aller Macht in seiner Hand erstrebte der neue Regierungschef, die Voraussetzungen für die Errichtung eines «Grossdeutschland» zu schaffen – wie er es verstand.

Ein Hasardspiel begann. Am Ende zeigte sich, dass der willkürliche, Recht und Verfassung missachtende Eingriff in die Struktur der nationalen Organisation dessen, was Deutschland darstellte, doch nur die lange vorher begonnene Auflösung des einstigen *Heiligen Römischen Reiches*

Deutscher Nation fortsetzte. In der Mitte Europas wurde keine neue Kraft freigesetzt, die anziehend und Nährboden einer organischen Entwicklung hätte werden können. Die aufgepeitschten nationalen Interessen und Emotionen zersplitterten den Kontinent nur noch gründlicher.

Die Regierung, die diese Entwicklung provozierte, wurde von einem Manne geführt, der politisch extrem nationalistisch gesinnt war und persönlich rücksichtslos vorzugehen versprochen hatte. Er handelte ausserhalb von Recht und Moral.

Die Regierung, die er führte, bestand zunächst nur aus drei Mitgliedern der radikalen Bewegung, die sich Nationalsozialismus nannte, und aus acht Angehörigen der konservativen Rechten, welche sich, obwohl sie die Mehrheit bildeten, dem brutalsten Radikalismus zur Verfügung stellten, den es je in der deutschen Geschichte gegeben hatte. Jener Beschluss vom 28. Februar 1933, der zugleich die wichtigsten Verfassungsrechte der Bürger ausser Kraft setzte, wurde von dem Gremium, das sich Reichsregierung nannte, einstimmig gefasst. Es kann niemand, der die Vorgänge dieser turbulenten Wochen überdenkt und wertet, an der Tatsache Vorbeigehen, dass es bürgerlich-nationalistische Kräfte waren, die in dem Bündnis von Konservativen, Alldeutschen und traditions- und geschichtslosen Radikalen die Reste einer Institution zerstörten, welche einmal durch Jahrhunderte Europas Gesicht geprägt hatte.

Längst waren auf diesem Kontinent andere Kräfte neben jenem «heiligen» Reich wirksam geworden. Was aber von nun an den Völkern Europas und der Welt von Deutschland her zugemutet wurde, das waren Illusionen, Täuschungen, Lüge und Betrug, eine Umwertung aller Werte, systematisch angewandt bis zum moralischen und physischen Chaos. Es herrschten Rechtlosigkeit, Willkür und Gewalt, und durch Entstellung der Tatsachen, planvolle Verhinderung zuverlässiger und objektiver Informationen, durch Fälschung und Verfälschung von Ereignissen wurde der öffentlichen Meinung die Möglichkeit kritischer Beobachtung und subjektiver Wertung entzogen.

Was für das Leben der Menschen in der Bindung einer Nation entscheidend ist, wurde zerstört. Die Nation war die Partei, und die Partei war der *Führer*, der sich nur noch

daneben und ungern auch *Reichskanzler* nannte. Ein totaler Anspruch führte zum totalen Krieg, und vernichtete auch den Rest dessen total, was einmal Deutschland gewesen war.

Die Teile, die, verstreut und unterschiedlich gebunden, schliesslich übrigblieben, können wohl Bestandteile einer neuen Organisation Europas werden. Je eher sie ihre Anlagen und Energien entfalten, desto schneller und überzeugender können die Menschen im Osten und im Westen erkennen, dass ein Zurück zu einstigen nationalen Gebilden dem Geist und der Realität einer weltweit gültig gewordenen Entwicklung entgegenwirken würde. In Europa kann Deutschland sich wiederfinden – als ein Teil des neuen Ganzen. Die Organisation dieses Europa hat die Grenzen der Nationen bereits überschritten und erlaubt oder verlangt gar die Vision einer grösseren Einheit von Völkern, die sie in einer aus Vernunft und Willen gefügten Ordnung ihres Zusammenlebens suchen. Auch Irrungen und nationale Egoismen werden diese Entwicklung nicht mehr abbrechen können; sie können sie höchstens aufhalten.

Es wird auf die Kraft der Erkenntnisse aus den Erfahrungen zweier Weltkriege ankommen, ob nicht doch der Wille der Regierten stärker ist als der mancher Regierungen. Deutschland und die Deutschen könnten und müssten am nachhaltigsten Hilfe leisten, um wieder aufbauen zu können, was durch die politischen Verbrechen des Nationalsozialismus zerstört wurde.

Dazu gehört, dass die Methoden erkannt werden, mit deren Hilfe regiert worden ist, und dass der materialistische Glaube an die greifbare Macht durch den Sinn für die schöpferische Kraft eines umfassenden menschlichen Miteinanders weithin wirksam überwunden wird. Das wäre nur möglich, wenn aus Untertanen Bürger werden, wenn alle Menschen gleiche Chancen zur Entwicklung ihrer ungleichen Kräfte erhalten und wenn es Prinzip und Wirklichkeit wird, dass Wohlstand verpflichtet.

Nur der souveräne, das heisst, der informierte Bürger weiss, was gut und was schlecht ist, was fördert und was hindert und wie es die anderen machen, und nur er kann verhindern, dass aus dem Zwiespalt drinnen oder draussen ein Kampf der Mächtigen wird und es nicht beim Eifer der Tüchtigen und

Deutsche Revolution

Volkstum, Lebensraum oder Frieden

Am 17. Mai 1933 hielt Adolf Hitler vor dem noch als *Deutscher Reichstag* bezeichneten Parlament eine im Ausland besonders aufmerksam beachtete Rede. Er nannte sie eine «Friedensrede», und die deutsche Presse wurde «gebeten», sie auch so zu kennzeichnen. Darin sagte er:

«Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volke hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Länder und möchten aus tiefernstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher nicht den Begriff des Germanisierens, wenden uns aber unsererseits mit Leidenschaft gegen jeden Versuch, unser Volkstum zu unterdrücken.»

Die Doppeldeutigkeit dieser programmatischen Deklamation war unüberhörbar und wurde erkannt. Aber der Wunsch nach Frieden und die Hoffnung, ihn erhalten zu können, obsiegten, soweit das Echo über die deutschen Grenzen hereinschallte. Der Wahnwitz eines Krieges war diesseits und jenseits gefürchtet. Es fehlte nicht an warnenden Stimmen. Sie gingen im Taumel der Zuversicht unter, welche die von materieller Not bedrückten Millionen in Deutschland und ungezählte Menschen in der Welt glaubten hegen zu können, weil sie Redlichkeit und gewohnte Offenheit nach wie vor voraussetzten.

Nüchtern und ihren Absichten und Zielen verschworen, wandte sich die neue Reichsregierung zunächst den inneren Angelegenheiten im Reiche zu. Das Auslandsecho und die nahezu gleichlautenden, weil offiziell gelenkten Stimmen der deutschen Zeitungen schufen ihr in der Bevölkerung ein beträchtliches Kapital, mit dem sie rücksichtslos zu wirtschaft-

ten begann. Noch gab es kein «Propagandaministerium», aber die Propaganda erzwang bereits, was die Bürger im Lande zu lesen und zu hören bekamen, was sie als Tatsache hinzunehmen hatten und glauben sollten. Da kritische Anmerkungen zwar noch hier und dort in der einen oder anderen Zeitung erschienen, dröhnte die Trommel der Propagandisten der NSDAP, nun von staatlicher Macht unterstützt, nur um so lauter. Sie übertönte alles Geschehen – und wie immer es verlief, es wurde alles so dargestellt und hingenommen, wie die Propaganda es haben wollte. Die Kreise der Kritischen wurden bald kleiner. Der Alltag und seine Sorgen und Pflichten taten das Ihre. Versprechen, die die Regierung grosszügig gab, nährten die Illusion, bald würden Arbeit für alle, Wohlstand gar und Frieden, vor allem Frieden, gesichert herrschen.

Unter diesem Deckmantel füllten sich die Konzentrationslager, die Gefängnisse und Zuchthäuser, bekamen die Henker eine nie gekannte Fülle von Arbeit, wurden die Voraussetzungen internationaler Zusammenarbeit zerstört. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr wenig von dieser Entwicklung und nahm sie hin. Das Ausland beobachtete und verzeichnete, was zu erfahren war. Richtige und falsche Nachrichten zeichneten ein verworrenes Bild der Zustände in Deutschland. Es klärte sich schneller, als viele glauben mochten. Das, was die Nationalsozialisten eine Revolution nannten, war eine Usurpation der Macht, des Rechtes und der Moral.

In den ersten, noch lockeren Berührungen zwischen den nunmehr «Offiziellen» und den Journalisten war der Ton und waren die Themen kaum «geordnet», wie das alsbald durchgesetzt wurde. Man sprach noch offen miteinander, wie das unter Journalisten in aller Welt und ohne Rücksicht auf politische oder gesellschaftsstrukturelle Unterschiede der Länder, aus denen sie kommen, üblich ist. Auch in diesen ersten Monaten kamen sie aus verschiedenen Lagern, aber noch im Bewusstsein gleicher Pflichten.

Das änderte sich bald. Zunächst sprachen die alten und manchmal noch lauter die neuen Nazis frei und ungeniert von dem, was kommen würde, was nach ihrer Meinung kommen müsste.

Für die Politik nach innen wie für die nach aussen gab

es mindestens ein Konzept, auf jeden Fall aber «revolutionäre Gründlichkeit», wie Joseph Goebbels in der ersten Begegnung mit Berliner Journalisten in einer kurzen Ansprache (im Marstall-Gebäude in Berlin) erklärte. Er sprach bereits als «Obrigkeit»; Ton und Gesten waren die eines Befehlenden, der zu Untergebenen Abstand zu halten wünscht.

Dieser Mann, der «Trommler» der nationalsozialistischen «Bewegung», liess sogleich erkennen, was dann von Vorgang zu Vorgang, von Aktion zu Aktion immer deutlicher wurde; dass nämlich jede innenpolitische Erwägung und Massnahme überdeckt wurde von aussenpolitischen Plänen und Zwecken. Was immer Goebbels in jener Stunde sagte, es zeigte, wie stark der Blick auf die Reaktion im Ausland gerichtet war, gleichsam als wollte er erkunden, was in dieser Situation bereits zu tun möglich oder zu lassen zweckmässig wäre.

Für die Aussenpolitik hatten die Nationalsozialisten zwar ein Konzept oder was sie so nannten, aber die wechselnden Weisungen und unterschiedlichen Interpretationen, die den Vertretern der Zeitungen gegeben wurden, damit sie Nachrichten und Kommentare entsprechend auswählen oder schreiben sollten, bestätigten, dass das aussenpolitische Programm, wie es in Hitlers Buch *Mein Kampf* entwickelt worden war, nicht oder doch noch nicht verwirklicht werden sollte. Die neuen Machthaber wollten im Osten Europas «Lebensraum» gewinnen, sie wollten ein «Grossdeutschland» schaffen – was immer man sich darunter vorstellen mochte – und bekannten sich zu friedlicher Nachbarschaft. Wie war das zu vereinbaren? Man musste abwarten und alle Sinne wachhalten.

Die ersten aussenpolitischen Schritte liessen erkennen, dass die Reichsregierung «ruhiges Wetter» zu machen versuchte. Besuche ausländischer Staatsmänner in Berlin schienen diese Absicht zu begünstigen. Ein bereits am 26. Januar 1934 abgeschlossener Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen schien sie zu bestätigen. Vor allem dieses Ereignis förderte in Deutschland die Illusion, dass «Lebensraum» eben doch kein Stichwort für Eroberungen sei. Nur kritische Beobachter, die zugleich informierte Kenner der politischen Wirklichkeit waren, haben damals in ihren Gesprächen Zweifel an der Redlichkeit der deutsch-polnischen Erklärung geäussert, die, so war die Meinung, wohl nur

durch den polnischen Diktator Marschall Pilsudski* möglich geworden sei. Aus den westlichen Demokratien wurde erstaunliches Verständnis laut. Die Hoffnung auf Frieden hatte Nahrung bekommen.

Für die Rettung des Friedens in Europa kam dann, als die Zeit reif geworden war, jede Erkenntnis zu spät. Es mag sein, dass man 1936 nach dem deutschen Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland jenseits der deutschen Grenzen voraussah, was nun folgen würde oder musste. Es mag sein, dass solche Erkenntnis 1938 nach dem Einmarsch in Österreich und der Besetzung des Sudetenlandes noch bestärkt wurde. Den Nazis blieb die Möglichkeit, nicht nur die eigene Rüstung fortzusetzen und auszubauen, sondern auch die, die Methode der Täuschungen, der Verbrämung ihrer eigentlichen Absichten weiter anzuwenden. Das Münchner Abkommen, die Vergewaltigung der Tschechoslowakei, war die nächste Folge. Erst dann sprachen die Waffen die offenbar einzig verständliche Sprache.

Das Volk wird gleichgeschaltet

Im Deutschen Reiche wurde die Masse der Menschen gläubig oder apathisch. Am 23. März 1933 hatte Hitler im Reichstag ein *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*, das Ermächtigungsgesetz, gefordert und erhalten. Es setzte die demokratische Verfassung ausser Kraft, soweit sie in der neuen Wirklichkeit noch Geltung hatte, und ebnete dem Willen des Führers, selbstherrlich und willkürlich zu regieren, den Weg, was dieser in der Begründung vor dem Reichstag so formulierte:

«Es entspricht nicht dem Sinn der nationalen Erhebung, dass die Regierung für ihre Massnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandelt oder erbittet. Die Regierung bietet

* Joseph Pilsudski, Staatspräsident Polens von 1918 bis 1922, nach Rückkehr in die Armee 1926 durch Staatsstreich der «Obristen» Diktator, Bündnis mit Frankreich, Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, strebte polnische Führung in Osteuropa an, ermöglichte 1934 die deutsch-polnische Erklärung, starb am 12. Mai 1935.

den Parteien die Möglichkeit zu ruhiger Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung an, ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Ablehnung entgegenzunehmen. Die Abgeordneten selbst haben über Frieden oder Krieg zu entscheiden.»

Auch in dieser Rede war an vielen Stellen das Wort Frieden zu hören, Frieden mit den anderen Völkern, Frieden mit dem eigenen Volke. Das «Angebot» an die politischen Parteien in Deutschland, «die Möglichkeit zu ruhiger Entwicklung» in eigener Entscheidung zu nützen, war verlogen, nicht nur, weil zum Zeitpunkt der Rede die Verfassung noch galt, sondern auch, weil bereits feststand, dass es bald nur noch eine Partei, die NSDAP, geben würde. Im Juni lösten sich einige politische Parteien aus eigenem Entschluss auf. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten. Am 11. Juli erklärte der Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, die «Revolution als abgeschlossen», weil «die Gleichschaltung vollzogen» sei. Drei Tage danach verbot ein Gesetz die Bildung neuer Parteien.

In der gleichen Sitzung des Reichstages, in der am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und mit Zustimmung aller anderen an diesem Tage noch vorhandenen Abgeordneten angenommen wurde, «behandelte» das Parlament auch einen Antrag der SPD-Fraktion, der verlangte, dass inhaftierte Abgeordnete freigelassen werden sollten, damit sie die ihnen von ihren Wählern aufgetragene Pflicht erfüllen könnten. Der Berichterstatter zu diesem Antrag, der Abgeordnete Stöhr (NSDAP), begründete die Ablehnung des Antrages mit dem Satz, es sei «unzweckmässig, die Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch das Verhängen der Haft zuteil geworden» sei. Diese zynische und heimtückische Formulierung kennzeichnete Ton und Methode der künftigen Politik. Zu jener Zeit sassen ungezählte Gegner der Naziherrschaft bereits im Gefängnis und wurden gefoltert; viele waren schon ermordet worden. Die Masse der Bürger freilich hörte nur die rücksichtsvoll gefasste Formulierung einer infamen Bemäntelung tatsächlicher Verbrechen.

Zu denen, die dem Ermächtigungsgesetz schliesslich und

nach langem Sträuben zustimmten, gehörten auch die Abgeordneten der Zentrumsparlei. Sie hatten ihre Treue zur demokratischen Verfassung viele Male bewiesen und für Freiheit und Recht das Opfer eines ihrer Besten bringen müssen: Matthias Erzberger war von Rechtsradikalen ermordet worden. Sie wollten Schlimmeres verhüten helfen und hielten dies für möglich. Reichspräsident Hindenburg, so teilte Prälat Kaas, der Vorsitzende der Fraktion der Zentrumsparlei im Deutschen Reichstag, seinen Kollegen mit, hätte ihn in einem Brief informiert, dass Adolf Hitler versprochen habe, « . . . auch ohne durch die Verfassung hierzu genötigt zu sein, von den Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes keinen Gebrauch zu machen, ohne mich vorher zu befragen ».

Kaas selbst, so war zusätzlich zu hören, habe die Zusage Hitlers, er werde keinen Beamten der Zentrumsparlei entlassen, die kulturellen Ansprüche des Zentrums respektieren und die Staatshoheit der Länder auf diesem Gebiet nicht antasten. Mit diesem trügerischen Versprechen gewann Hitler die Stimmen des Zentrums für sich, mit ähnlichen in anderen Fällen nur zu oft die der Gutgläubigen in Deutschland und in der Welt.

Ob dem eigenen Volk oder anderen Völkern gegenüber - die Mittel der politischen Handlungen waren nach der «Moral» dieser Regierung und dieser politischen Richtung allein durch den Zweck bestimmt; es galt keine Tugend, keine «deutsche Treue», von der in Feiertagsreden um so mehr gesprochen wurde.

Die amtliche Trommel

Das System der Täuschungen und der Führungsmethoden der Nationalsozialisten, das sie «Propaganda» nannten, war sorgfältig ausgeklügelt, wurde ständig überprüft, neuen Möglichkeiten angepasst, vielfach geändert. Es war jederzeit zu durchschauen. Zweckinformationen, vorbedachte «Anmerkungen», mit Hintergedanken als «vertraulich» bezeichnete Aussagen, hingeworfene Nebensächlichkeiten, denen der Sprecher - tatsächlich oder scheinbar - Bedeutung zumass ζ diese und andere Methoden der Lenkung zu erkennen, war

die Aufgabe und, besonders für den kritischen Beobachter, der eigentliche Sinn der Teilnahme an den sogenannten Pressekonferenzen. So gesehen, waren sie eine hohe Schule eines sehr eigenartigen «Journalismus». Wer ihm nicht verfallen wollte, sah sich auf harte Proben gestellt und musste das volle Mass der persönlichen Verantwortung ständig auszuschöpfen versuchen. Als Mitglied der Pressekonferenz bei der Reichsregierung hatten die zugelassenen Mitglieder Gelegenheit, die nie ruhende Propagandamaschine der Nazis in vollem Betrieb zu beobachten.

Diese «Konferenz» war ursprünglich eine Institution, die 1917 von in Berlin tätigen Journalisten gegründet, als freie Stätte der Begegnung mit den Dienststellen der Reichsregierung, mit ihren leitenden Beamten, mit den Reichsministern selbst und mit wichtigen Persönlichkeiten der Länder und Organisationen aller Art diente. Viele Reichskanzler haben nach ihrer Wahl im Reichstag in dieser Pressekonferenz zunächst mit den Journalisten Kontakt genommen und über sie mit der öffentlichen Meinung.

Die Konferenzen fanden in der Zeit der ersten Republik bald täglich statt. In ihnen antworteten die offiziellen oder offiziellen Vertreter der Ministerien oder Organisationen auf Fragen der Journalisten. In Rede und Gegenrede wurden kurz und sachlich Vorgänge erörtert, Gerüchte geklärt, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft.

Am 1. Juli 1933 wurde das anders: Aus der Pressekonferenz der Journalisten *bei* der Reichsregierung wurde eine offizielle Pressekonferenz *der* Reichsregierung. Es sei mit dem Autoritätsgedanken im nationalsozialistischen Staate nicht vereinbar, so begründete damals der Sprecher der Reichsregierung, Dr. Kurt Jahncke, die Massnahme, mit der die freie Pressekonferenz aufgelöst wurde, «dass die Regierung in einer privaten Pressekonferenz Tag für Tag Rede und Antwort stehe. Die Regierung müsse auch hier, bei der Information der Presse, die Führung haben».

Die Institution blieb erhalten, ihr Charakter aber änderte sich grundsätzlich. Die Zeitungsverlage mussten nun Gesuche um Zulassung eines Journalisten aus ihrer Redaktion beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda einreichen. Der Journalist wurde nicht mehr wie bisher von

einem Ausschuss seiner Berufskollegen zugelassen, sondern von der Naziregierung. Alfred Ingemar Berndt, amtierender Sprecher der Reichsregierung, erklärte bald danach in einer Auseinandersetzung der *Frankfurter Zeitung* gegenüber, dass «nicht zuerst die Person des Vertreters, sondern die Zeitung für unsere Entscheidung wichtig» sei.

Wenn später Massnahmen der Reichsregierung sich auch gegen einzelne Journalisten richteten, so waren doch diese Fälle viel seltener als Massnahmen gegen Zeitungen, die sich gegen irgendwelche Weisungen «vergangen» haben sollten. Die Mitglieder der Pressekonferenz der Reichsregierung waren ausdrücklich und nach Richtlinien mit stufenweiser Verschärfung der Androhungen zu völligem Schweigen über vertrauliche Mitteilungen in dieser «Konferenz», die nun keine mehr war, verpflichtet. Den Journalisten drohte strafrechtliche Verfolgung wegen Landesverrats, wenn sie Mitteilungen aus der «Konferenz» an andere Personen als ihren «Hauptschriftleiter» Weitergaben. Viele Mitglieder der Pressekonferenz wurden verfolgt, manche hatten Strafen auf sich zu nehmen und wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager gebracht. Einige kamen nie wieder.

Die Bezeichnung «Konferenz» war zur Farce geworden. Die dort erscheinenden Vertreter der Reichsregierung, vornehmlich aus der Presseabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, sprachen zu den Journalisten und beantworteten auch Fragen, die jedoch immer seltener gestellt wurden, weil «sich der Aufwand nicht lohnte», wie die sich ausbreitende Meinung unter den Journalisten damals in einem Bericht an die Zentralredaktion der *Frankfurter Zeitung* gekennzeichnet wurde. Die Antworten waren meist nichtssagend oder wiederholten nur die zuvor gegebene Darstellung.

Es muss jedoch gleich hier hinzugefügt werden – wie im späteren Verlauf dieser Darstellung der Vorgänge und Methoden der Nazipraxis erkennbar –, dass Form und Inhalt der Weisungen Differenzierungen erkennen liessen. Es kam vor, dass zu einem Thema zwei «Erläuterungen» gegeben wurden, eine des Sprechers der Reichsregierung (Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium) und eine des Sprechers des Auswärtigen Amtes, zuweilen auch des Spre-

chers der Wehrmacht. Diese oft nur feinen, manchmal aber auch beträchtlichen Differenzierungen gaben dem, der hören konnte, nicht selten bemerkenswerte Aufschlüsse und erhellen den Hintergrund eines politischen Vorganges. Jedoch entwickelte sich diese Methode erst allmählich zu grösserer Vollkommenheit, und zwar vor allem in den Kriegsjahren von 1939 an.

Diese Pressekonferenz, die später täglich zweimal zusammengerufen wurde, war sehr bald nur noch eine Stätte, wo die deutsche Presse Weisungen erhielt, welche Meldungen sie bringen müsse, welche davon bevorzugt, welche zu kommentieren seien und in welche Richtung der Kommentar zu zielen habe, wie die Meldung zu placieren sei, was nicht veröffentlicht werden durfte. Es wurde auch festgelegt, in welcher Abstufung Zuwiderhandlungen nach den Richtlinien für das Verhalten der Journalisten beurteilt werden müssten.

Die Umgangsform zwischen Regierungsvertretern und Journalisten war im Allgemeinen freundlich. Die Sprecher legten stets Wert darauf, dass sie «Wünsche» vortrügen, nicht aber «Weisungen» gäben. Später schmunzelte der eine oder andere, wenn er dies behauptete. Die Journalisten wussten indessen von Beginn an, was geschehen würde, wenn den «Wünschen» nicht entsprochen werden sollte. Die Vertreter der *Frankfurter Zeitung* hatten nicht selten Gelegenheit, hierzu Erfahrungen zu sammeln.

Unter dem Schutz einer solcherart erzwungenen Disziplin wurden den Mitgliedern der Pressekonferenz auch vertrauliche Informationen zur Kenntnis gebracht, die sie, wie ausdrücklich hinzugefügt wurde, auch nicht in ihrer Redaktion verwenden durften. Aus der Form aber, in der sie gegeben wurden, aus dem Inhalt und dem Zusammenhang dieses Inhaltes mit den öffentlich bekannten politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Tatsachen war durchaus erkennbar, was mit der Weitergabe solcher Vertraulichkeiten in Wahrheit beabsichtigt war. Der kritische Hörer und Beobachter erkannte, dass dies eine der Methoden zur «Führung der öffentlichen Meinung» war, welche die Nazis für nützlich hielten. In dieser Pressekonferenz der Reichsregierung durften nur Vertreter deutscher Zeitungen anwesend sein, nicht auch Journalisten, die für im Ausland erscheinende Blätter arbeite-

ten. Diese wurden vom Auswärtigen Amt gesondert «informiert».

Der Reichspressekonferenz gehörten etwa 150 Journalisten an; die Zahl schwankte. Der Berliner Verband der Auswärtigen Presse verzeichnete 1938/39 in seinem Handbuch 123 Mitglieder, zu denen noch die Vertreter der Berliner Zeitungen kamen. Dem Leiter der Konferenz, der zugleich Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium war, erschien diese Zahl für gewisse Informationen offenbar als zu hoch. Besonders in den Kriegsjahren lag ihm daran, Mitteilungen geben zu können, die nicht wie eine allgemeine Weisung (immer wieder: «Wie ein allgemein zu erfüllender Wunsch») breit ausgestreut, also als offizielle oder offiziöse Verlautbarung erkennbar werden sollten. Um dies zu verhüten, bildete er sich einen engeren Kreis, in den er die Vertreter der grossen überregionalen Zeitungen berief. Diesen versammelte er in der Regel, nicht alle Tage, nach Schluss der mittags abgehaltenen allgemeinen Konferenz in seinem Amtszimmer, gelegentlich auch ohne Verbindung mit einer Konferenz. Die Journalisten nannten diesen Kreis die «Nachbörse».

Sie erhielt ihre besondere Bedeutung in der Zeit, in der Hans Fritzsche Sprecher der *Presseabteilung der Reichsregierung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* war (23. Dezember 1938 bis 3. November 1942) und Dr. Paul Karl Schmidt, zuerst Vortragender Legationsrat, dann Gesandter und Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, die auswärtige Politik vertrat. In dem kleineren Kreis fühlten sich die Sprecher offensichtlich freier als in der grossen Konferenz, was vor allem in den Kriegsjahren deutlich wurde. Sie entwickelten zuweilen mit verblüffender Offenheit eigene Ansichten und solche ihrer Amtsherren, die keinesfalls mit den offiziellen Auffassungen übereinstimmten. In jedem Falle war der Informationswert für die Teilnehmer beträchtlich. Zu keiner Stunde war anzunehmen, dass Material dieser Art in diesem Kreise bleiben würde. In der Regel unterrichteten die Teilnehmer und Hörer zumindest ihre Chefredakteure.

In der *Frankfurter Zeitung* war es selbstverständliche Pflicht, die Zentralredaktion über alles zu informieren. In der «Nachbörse» war es auch, wo eine mit arroganter Anmassung vorgetragene Schilderung die Vorgänge freilegte, die zum

Krieg mit Jugoslawien geführt hatten. In dieser «Nachbörse» wurde ungeniert und zynisch dargestellt, wie die Machthaber und ihre Gehilfen die Bundesgenossen Deutschlands wirklich bewerteten, wie man über die politische und die militärische Hilfe der Italiener dachte und wie die Chance beurteilt wurde, die westlichen Kriegsgegner vielleicht zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion gewinnen zu können – und was dann folgen könnte oder würde. In der «Nachbörse» wurden auch zuweilen «frisierte» Nachrichten, erfundene Behauptungen (wie die von der schwangeren deutschen Frau, die angeblich irgendwo im Sudetenland von tschechischen «Strassenräubern» überfallen worden sei), wurden gelenkte Kommentare und zweckgebundene Informationen oder auch nur Gerüchte freimütig (oder schamlos) entlarvt – als Mittel zur Erfüllung politischer Zwecke «gerechtfertigt».

Man konnte sicher sein, dass weder in der allgemeinen Pressekonferenz, noch im kleinen Kreis der «Nachbörse», noch auch in den sogenannten «Mittagskränzchen» (in denen wieder einzelne prominente Regierungsfunktionäre oder höhere Beamte mit ausgewählten Journalisten beim Essen vertraulich plauderten) jemals eine Information geboten wurde, mit der nicht ein besonderer Zweck verfolgt wurde. Sie wurden «streng vertraulich» mitgeteilt, damit sie als Gerücht, als geflüsterte und deshalb als besonders authentisch erscheinende «Wahrheit» in das Ohr einer breiten Öffentlichkeit und oft auch in das ausländischer Berichterstatter gelangten. Informationen «aus besonders gutunterrichteten Kreisen», gegeben von Personen, von denen man weiss, dass sie Zugang zu wichtigen Amtspersonen haben, sind immer gefragt und werden um so höher bewertet, wenn sie «auf geheimem Wege» erlangt worden sind. Damals sollten sie in besonderer Weise Glauben finden, auch bei ausländischen Agenten, die man damit auf falsche Fährten locken wollte. Später wurden diese Absichten, in einzelnen Fällen ausdrücklich und unter Bezugnahme auf frühere Aussagen, auch zugegeben. Man scheute und schämte sich nicht. In aller Regel wurden ungewöhnliche, oft naive, leicht durchschaubare Unternehmungen in der Erwartung eingeleitet, dass sich in dem auserwählten Kreis «Verräter», Geschwätzige oder auch Dummköpfe finden würden.

Die Teilnehmer der «Nachbörse» waren sich überwiegend darüber klar, was man von ihnen erwartete und wo sie die Grenzen in eigener Verantwortung respektieren, die Handlungen dann selbst verantworten mussten. Unbeschadet politischer Meinungsunterschiede haben damals ehemalige Anhänger des *Stahlhelm* (Bund der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, eine der Organisationen, die in der *Harzburger Front* den Nationalsozialisten zum Erfolg verhalfen) und unentwegte Demokraten, Liberale und Sozialdemokraten offen miteinander die jeweilige Situation besprochen, und einige empfanden es als eine unbeabsichtigte Ehrung, für so unqualifiziert oder für so dumm gehalten zu werden. Noch kurz vor Kriegsende machte einer der Teilnehmer, Dr. Otto Kriegk, Leitartikler der im deutschnational orientierten Scherl-Verlag erscheinenden Zeitung und von den Propagandisten der Reichsregierung geschätzter Helfer, in einer Unterhaltung mit dem Verfasser einige in mehrfacher Beziehung interessante Bemerkungen, von denen eine hier zitiert werden muss: «So dumm können die doch nicht sein, dass sie uns für so dumm halten und meinen, wir hätten das alles geglaubt. . .»

Im Gleichschritt

Durch einen Erlass (vom 13. März 1933) hatte sich der neue Reichskanzler und *Führer* ein bisher in der Geschichte der deutschen Ministerien und Ämter noch nicht bekannt gewesenes Instrument geschaffen: *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* hiess es, und Propagandaministerium oder einfach *Promi* wurde es fortan genannt. Hitler hatte diese Neuerung beim Reichspräsidenten ohne Schwierigkeiten durchsetzen können, stiess aber in seiner Partei erstaunlicherweise auf nicht unerheblichen Widerspruch, der nicht endete, solange die Nazis regierten. Er betraf nicht das Amt, sondern dessen Zuständigkeiten und auch dessen Minister. Das neue Ministerium sollte «Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Wiederaufbau» betreiben, bekam aber durch nachfolgende Verordnungen und durch das Vertrauen, das der Reichsminister, Dr. Joseph Goebbels, bei Hitler persönlich

genoss, ein erheblich grösseres Gewicht, als es etwa das Informationsministerium in Grossbritannien oder ähnliche Institutionen in anderen Ländern hatten. Infolgedessen wurde die Aufgabe des Propagandaministeriums wesentlich erweitert und verändert. Bestehende Ministerien mussten Arbeitsgebiete auch dann abtreten, «wenn hierdurch der Geschäftsberreich der betroffenen Ministerien in den Grundzügen berührt»* wurde. Neben Presse und Rundfunk unterstanden dem Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels, Theater, Musik, Film, Kunstausstellungen und -Veranstaltungen und nicht zuletzt die in der Reichskulturkammer (deren Präsident er war) zusammengefassten Organisationen, auch die Berufsverbände. Dieser Machtbereich war allzu umfassend und reizte Interessenten. In den folgenden Jahren wurde immer deutlicher, wie lebhaft Max Amann, ehemals Feldwebel des Gefreiten Hitler, nunmehr Verlagsleiter des Zentralverlages der NSDAP und Reichsleiter für die Presse der Partei, Präsident der Reichspressekammer und – um es zusammenzufassen – der Machthaber im Bereich der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, wie still, aber beharrlich Dr. Otto Dietrich, «Reichspressechef» und Staatssekretär im Propagandaministerium, dazu Präsident des Reichsverbandes der deutschen Presse (Berufsorganisation der Journalisten), wie emsig andere, weniger hochgestellte Persönlichkeiten im Auftrage ihrer Minister oder im Dienste des eigenen Ehrgeizes offen oder heimlich tätig wurden, um ihren Einfluss geltend zu machen und den eines anderen zu zerstören. Sie schreckten dabei nicht vor dem Versuch zurück, sich auch bei solchen anzubiedern, mit denen sie sonst nichts gemein hatten und nicht gern gesehen werden wollten. Dazu wird bei der Wiedergabe der Berichte mehr zu sagen sein.

Es kam nicht selten vor, dass der Sprecher der Reichsregierung (Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium) den Sprecher des Auswärtigen Amtes korrigierte oder dessen Darlegungen im Akzent änderte – und umgekehrt. Der «Reichspressechef» (Otto Dietrich) agierte und reagierte aus der Umgebung und später vom Hauptquartier Hitlers her. Der «Reichsleiter für die Presse der NSDAP»

* Reichsgesetzblatt 1933, S. 449.

(Max Amann) nahm über die Verleger Chancen für die Manipulation der öffentlichen Meinung wahr oder versuchte es. Die Pressestellen der einzelnen Ministerien, so sehr sie dazu angehalten waren, sich nur auf dem Wege über das Propagandaministerium zu äussern, waren zu keiner Zeit untätig und pflegten ihre eigenen direkten Verbindungen zur Presse. Von der Pressearbeit des Oberkommandos der Wehrmacht war dann vor allem in den Kriegsjahren zu hören.

Wer die Propagandaarbeit in den Nazijahren als «eine harmonische Klangfülle» (Goebbels) bezeichnet, muss taub gewesen sein. Goebbels, der seine erschlichene Macht jederzeit zu nutzen wusste, hat sich selbst einen «Trommler» genannt, und er liess die Trommeln zu jedem Kampf rufen, der zunächst in Deutschland und dann über alle Grenzen hinweg geführt wurde. Für die Journalisten, deren Beruf es war, ständig und mit besonderer Aufmerksamkeit (kritisch) hinzuhören, war es leichter, Unterschiede in den Aussagen zu erkennen, Untertöne zu hören, Dissonanzen auch dann zu erspüren, wenn sie nicht hörbar «in der Luft lagen». Die Zeitungsleser und die Rundfunkhörer hatten jedoch, wenn sie aufmerksam und ständig verfolgten, was ihnen zugemutet wurde, nicht minder die Chance, diese «Schule der indirekten Information» (Hans Fritzsche) mit Erfolg zu absolvieren. Das war ein Studium artistischer Formulierungskunst, die täuschen und verdecken wollte, die so tat, als wollte sie verdecken, was gemeint war, und doch nur freilegte, was geahnt werden konnte. Es war eine Afterkunst spitzfindiger Scharlatanerie, heimtückischer Scharfmacherei, zynischer Doppelzüngigkeit, von nicht wenigen Ehrgeizlingen in hohen Ämtern zuweilen gegen die Mächtigen im Reiche und in der Partei angewandt. Wer stand auf welchem Standpunkt? Wer war in diesem Treiben wessen Feind? Wer war ein verlässlicher Freund dieses Regimes der Entwertung aller Werte?

Wahrscheinlich ist zu keiner Zeit von Bürgern eines modernen Staates jemals intensiver und beständiger analysiert, diskutiert und geflüstert, spekuliert und gehöhnt, geflucht und verdammt worden als in jenen Jahren in dem von den Nazis beherrschten Deutschland. Es war eine Zeit, in der man lernte, dass schon die Ahnung allein, getäuscht und belogen zu werden, einen in die innere Emigration zwingen konnte, auch

dann, wenn der Zweifel zwar nicht bestätigt, aber ebensowenig beseitigt wurde, mochte ein Dementi noch so geschmeidig formuliert sein. In solcher Zeit und bei solchen Methoden findet das Gerücht nahrhaften Boden. Zwischen Regierung und Regierten breitet sich eine giftgeschwängerte Atmosphäre aus. Sie wird durch Terror nur noch explosiver.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bot in Person, Haltung und Gesinnung eine Konzentration der Prinzipien, nach denen die Aufgaben des Ministeriums erfüllt wurden. In seiner Rede bei Einführung des *Schriftleitergesetzes* sagte er am 4. Oktober 1933: «Ich kann doch nichts dafür, wenn Zeitungen, die früher gegen die NS-Bewegung Sturm gelaufen sind, heute päpstlicher sein wollen als der Papst.» Ein Jahr darauf vor geladenen Journalisten: «Wir Nationalsozialisten haben niemals behauptet, dass wir Vertreter eines demokratischen Standpunktes seien, sondern wir haben offen erklärt, dass wir uns demokratischer Mittel nur bedienen, um die Macht zu gewinnen, und dass wir nach der Machteroberung unseren Gegnern rücksichtslos alle die Mittel versagen würden, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte. Trotzdem können wir erklären, dass unsere Regierung den Gesetzen einer veredelten Demokratie entspricht.»

Einer der engsten und von Goebbels am meisten geschätzten Mitarbeiter im Propagandaministerium, der langjährige Leiter der Abteilung Deutsche Presse und Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz, Hans Fritzsche, hat in seinen Aufzeichnungen über die Bilanz berichtet, die Goebbels am Ende seiner Tage gezogen haben soll: Am 21. April 1945 habe der Reichsminister einen Teil seiner Mitarbeiter um sich versammelt und – so Fritzsche – gesagt: «Ich habe ja niemand gezwungen, mein Mitarbeiter zu sein, so, wie wir auch das deutsche Volk nicht gezwungen haben. Es hat uns ja selbst beauftragt. Warum haben Sie mit mir gearbeitet! Jetzt wird Ihnen das Hälschen durchgeschnitten.»*

Auf dem Wege zur Tür habe Goebbels dann noch in den Raum geschrien: «Aber wenn wir abtreten, dann soll der Erdkreis erzittern!»

* Hildegard Springer, *Es sprach Hans Fritzsche*, Thiele Verlag, Stuttgart 1949/S. 30.

Am 1. Juli 1933 hatte die Reichsregierung offiziell die *Reichspressekonferenz* in ihre Regie übernommen. Sie gab täglich ihre «Wünsche» mündlich (und später auch über die vierzig Propagandaämter im Reichsgebiet schriftlich) bekannt. Am 24. Juni 1933 lautete eine solche *Mitteilung an die Redaktionen*, die auf die neuen Methoden vorbereitete:

«*Veröffentlichungen, die nicht erwünscht sind:*

1. Kein *Kanzlerinterview* darf veröffentlicht werden, sofern nicht das Propagandaministerium ausdrücklich die Ermächtigung hierzu erteilt hat.

2. Vor der Verbreitung von Erklärungen gewisser Stellen über die *Deutschnationalen Kampfstaffeln* und alles, was damit zusammenhängt, wird gewarnt.

3. Meldungen über den *Arbeitsdienst* dürfen nicht irgendwelche Fragen der *Landesverteidigung* berühren. Die Redaktionen werden angehalten, alles das herauszustreichen, was z.B. mit Waffenausbildung, mit Wehrsport usw. zu tun hat. Die Veröffentlichung solcher Meldung hat auch dann zu unterbleiben, wenn sie von polizeilicher Seite ausgegeben worden ist.

4. Meldungen über in *Vorbereitung* befindliche Gesetzentwürfe dürfen nicht gebracht werden.

5. Das Wort *Deutsch-österreichischer Anschlüsse* soll nicht mehr benutzt werden.

6. Ankündigungen von *Kabinettsitzungen* und die Veröffentlichung nicht amtlicher programmatischer Angaben über Kabinettsitzungen haben zu unterbleiben.

7. Die Frage der *Uniform des Arbeitsdienstes* ist noch nicht entschieden. Erörterungen darüber sind nicht erwünscht.

8. Über *Standortverlegungen* bei Reichswehr und Polizei darf nichts veröffentlicht werden.»

Zunehmend und in Zeiten politischer Aktionen in besonders grosser Zahl waren Veröffentlichungen nicht nur «erwünscht», sondern wurden angeordnet und mussten von jeder Zeitung und auch an bestimmter Stelle in vorgeschriebener Schriftgrösse veröffentlicht werden. Weisung und Folgeleistung spielten sich zwar schnell, aber nicht reibungslos ein, und erst viel später wurde das «Gewohnheitsrecht» in Grundsätzen festgelegt.

Das war unmittelbar vor den ersten umfassenden und international lebhaft kommentierten Personalveränderungen

in führenden Positionen. Der Reichspressechef Dr. Dietrich liess am 29. Januar 1938 Richtlinien für die Pressearbeit in der Pressekonferenz bekanntgeben. Der Bericht, den der Vertreter der FZ an seine Hauptredaktion nach Frankfurt gab, lautete:

«Aufgabe der Zeitungen ist es, das Volk über Ereignisse und Entwicklungen zu unterrichten und aufzuklären, das Wirken der Bewegung und des nationalsozialistischen Staates zu unterstützen und dem politischen Denken des Volkes Impulse zu geben. Nicht aber kann es Aufgabe der Presse sein, der Partei und dem Staat Lehren und Ratschläge zu erteilen oder öffentliche Einrichtungen und Persönlichkeiten zu kritisieren. Daraus ergibt sich:

1. Massnahmen der Partei und des Staates, der Parteiorganisation und der Behörden unterstehen grundsätzlich nicht der Kritik durch die Presse; der Schaden wäre dabei grösser, als der Nutzen sein könnte.

2. Der Presse zugehende Beschwerden über Fehler, die tatsächlich oder vermeintlich an irgendeiner Stelle der Partei oder des Staates begangen werden, sind den für die Abstellung der Fehler zuständigen Stellen zuzuleiten, nie aber an die Öffentlichkeit zu bringen.

3. Auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens ist zu beachten, dass Klagen, die an die Schriftleitungen herangetragen werden, nicht ohne gewissenhafteste Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse Raum gegeben werden darf. Unternehmungen, die für Staat und Volk lebenswichtig sind, dürfen ohne vorheriges Einverständnis der für die Presse zuständigen Stellen nicht angegriffen werden. Durch die Veröffentlichung leichtfertiger Angriffe gegen Firmen wegen angeblich unnationalsozialistischen Verhaltens ist wiederholt für die Volkswirtschaft schwerer Schaden angerichtet worden, der durch Berichtigungen und Entschuldigungen nicht wiedergutmacht werden konnte.

4. Das Gleiche gilt auf dem Gebiet des Kulturlebens. Solange der nationalsozialistische Staat die Verantwortung für eine Persönlichkeit des Kulturlebens oder ihre Werke übernimmt, können sie nicht Gegenstand von unüberprüften Angriffen sein.

5. Bei allen beabsichtigten Presseveröffentlichungen, bei denen über diese Punkte hinaus die Möglichkeit einer Verletzung der Partei- oder Staatsautorität oder der Interessen des deutschen Volkes besteht, muss sich der verantwortliche Schriftleiter davon überzeugen, dass gegen die beabsichtigte Veröffentlichung ein höheres Interesse nicht vorliegt.

Zuständige Stellen sind die Presseabteilung und die Reichspressestelle der NSDAP. Schriftleiter, die gegen diese Anweisungen verstossen, werden unnachsichtig zur Verantwortung gezogen, in besonders schweren Fällen werden sie von der Schriftleiterliste gestrichen und werden ihre Zeitungen verboten.»

Diese grundsätzliche Weisung wurde in der Pressekonferenz von Werner Stephan im Auftrage des Reichspressechefs verlesen. Er betonte dazu, dass es sich nicht um eine Sensation handle, sondern dass dies «eine Zusammenfassung bekannter und grundsätzlich auch schon beachteter Prinzipien der nationalsozialistischen Pressepolitik» sei. Es komme «mehr auf den Geist als auf den Buchstaben» an.

Wie intensiv sich das Propagandaministerium von allem Anfang an um Inhalt, Form und Ton der Berichterstattung bemühte, belegt auch die folgende *Mitteilung* der damals noch selbständigen *Telegraphen-Union* vom 24. Juni 1933, einer Agentur, die dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Alfred Hugenberg, gehörte, der seit Hitlers Machtergreifung Reichsminister war:

«Das Reichspropagandaministerium teilt mit:

Die deutsche Presse berichtet in der letzten Zeit über die verschiedensten Veranstaltungen, an denen Mitglieder der Reichsregierung oder führende Persönlichkeiten der NSDAP oder nationaler Verbände teilnehmen, in Ausdrücken, die in einer vergangenen Zeit angebracht waren, die aber in keiner Weise in den heutigen Staat hineinpassen. Es ist durchaus nicht angebracht, dauernd von *Spitzen der Gesellschaft*, Persönlichkeiten der ersten Kreise usw. zu sprechen. Diese reaktionäre Art der Berichterstattung muss im deutschen Volk den Eindruck erwecken, als ob wieder eine Klassen- oder Kastenschichtung sich vollzöge, was sowohl objektiv wie subjektiv unrichtig ist. Die deutsche Presse wird deshalb in ihrer Gesamtheit auf das nachdrücklichste ersucht, künftighin ihre Berichte genau durchzuprüfen, ob sie nicht etwa zu Beanstandungen der oben erwähnten Art Anlass geben könnten.»

Obwohl die Reichsministerien jeweils für ihren Arbeitsbereich tätige eigene Pressereferate oder Dienststellen grösseren Umfanges hatten, bestand Goebbels darauf, dass Weisungen oder Mitteilungen an die Presse ausschliesslich vom Propagandaministerium gegeben werden dürften. Selbst die NSDAP

wurde von diesem neu geschaffenen Ministerium überwacht und korrigiert. Als am 3. Juli 1933 das Amt für Agrarpolitik in der NSDAP über den Preussischen Pressedienst der Partei mitteilte, dass der Präsident des Landbundes Staatssekretär in Preussen geworden sei, folgte sofort ein Dementi. Tags darauf wurde in der Pressekonferenz «streng vertraulich» erklärt, «. . . dass nach den Anweisungen des Reichskanzlers die von dem ehemaligen Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg eingesetzten Kommissare (Dr. Wagener und Möllers) sich jeder Betätigung zu enthalten haben. Die Presseabteilung der Reichsregierung ist gleichfalls angewiesen worden, Mitteilungen an die Presse über Wirtschaftsordnungen und Verfügungen nur auf Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums auszugeben.»

Den Hintergrund dieser wenig eindeutigen Weisung bildete die Tatsache, dass Dr. Alfred Hugenberg, einer der aktivsten Förderer Hitlers und Mitglied der von Hitler geführten Reichsregierung, am 27. Juni 1933 aus dem Kabinett ausgetreten war. Dass das Propagandaministerium Wirtschaftsinformationen «nur auf Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums» ausgeben durfte, war eine der üblichen Tarnungen, wie durch die Art der Mitteilung in der Pressekonferenz schon erkennbar, dann aber im offenen Gespräch nach Schluss der Konferenz zugegeben wurde. Eine damals notierte Bemerkung des Sprechers der Reichsregierung machte deutlich, dass man sich die Kontrolle der Ressortwünsche durch das Propagandaministerium vorbehalten werde. Noch musste der Propagandaminister auf die Ressortkollegen Rücksicht nehmen. Er sicherte sich jedoch den vollen Einfluss auf die Presse immer wieder, und sei es auf Schleichwegen.

Auch eine Revolution muss erarbeitet werden

Ein ungewöhnlich temperamentvoller Aufruf eines weithin unbekanntenen «Reichsausschusses *Brüder in Not*», der am 4. Juli 1933 von Hugenbergs *Telegraphen-Union* verbreitet wurde, führte zu scharfen, aber diesmal nicht in der Presse-

konferenz ausgetragenen Auseinandersetzungen. Man wird sie ahnen, wenn man den Text des Aufrufes liest:

«Eine furchtbare Hungersnot breitet sich über Russland aus. Millionen von Menschen, Bauern und Arbeitern, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Ganze Landstriche sind ausgestorben, Verzweiflung und Grauen sind in die Dörfer und Städte eingezogen.

In diese Hungerkatastrophe sind eineinhalb Millionen unserer deutschen Volks- und Glaubensgenossen mit hineingerissen. Zehntausende der treuesten und tüchtigsten deutschen Menschen werden von der Hungerpest dahingerafft. Tausende von Notschreien und Hilferufen geben täglich Kunde von der entsetzlichen Todesnot, in die sie schuldlos geraten sind. Gras, Baumrinde, Torf, Eidechsen, Frösche, Katzen, Hunde und Kadaver müssen den Zusammenbrechenden und Verzweifelnden als letzte Nahrung dienen. Auf den Feldern und an den Landstrassen liegen die Leichen der Verhungerten. Seuchen und Epidemien halten ihre grausige Ernte.

Wir können nicht länger schweigen! In unbeirrbarer Treue zu unserem Volkstum, in grenzenloser Liebe zu unseren verderbenden Brüdern erheben wir laut und eindringlich vor aller Welt unsere Stimme. Es geht jetzt nicht mehr um diese oder jene Form des Lebens, es geht um das nackte Leben selbst. . .»

Der Aufruf verlangte dann Opfer für eine allgemeine Volkssammlung und mahnte «alle Völker und Kirchen der Welt», eine unabweisbare Pflicht und eine hohe Aufgabe zu erfüllen:

«Im Namen der christlichen Nächstenliebe und der Menschlichkeit rufen wir unsere Freunde in aller Welt auf, sich mit in den Dienst der rettenden Liebe zu stellen und teilzunehmen am Rettungswerk für die hungernden Millionen in Russland.»

In den folgenden Pressekonferenzen, so hielt eine Notiz fest, «war nicht zu erkennen, ob Ärger oder Zynismus überwiegen», wenn dieser Aufruf zur Sprache kam. Er und sein angebliches Anliegen wurden mit Bezeichnungen wie «Kreuzzugsideologie», «Abenteurerlust» oder ähnlichen belegt.

Das Auswärtige Amt vor allem verbarg sein ernstes Erschrecken nicht, und sein Sprecher sah «ausserpolitische Konsequenzen von noch nicht übersehbarem Ausmass» vor-

aus, freilich nicht in der Pressekonferenz selbst, sondern nur im «privaten Gespräch». Der Aufruf habe «wie ein Signal gewirkt», er habe «die Phantasie angeregt», und jeder könne sich nun denken, was er wolle, «um die deutsche Politik jeder Verdächtigung auszusetzen».

Auslandsjournalisten, die in Berlin arbeiteten, so eine andere Notiz, machten kein Hehl daraus, dass sie glaubten, der Aufruf sei mit vollem Wissen massgeblicher Persönlichkeiten der NSDAP oder der Regierung oder beider erlassen worden und habe deshalb grössere Bedeutung, als sein Inhalt aussage. Der Eindruck, der sich bildete, zeigte alle Variationen zwischen Anerkennung einer humanitären Haltung bis zu der Furcht, er enthalte eine Drohung und lasse eine aggressive Absicht allzu deutlich erkennen.

Dennoch war auch dieses Vorkommnis schnell vergessen. In den Pressekonferenzen gab es dazu keine Weisungen; jedenfalls sind keine erhalten. Die Gewerkschaften waren aufgelöst (2. Mai 1933) und durch die *Deutsche Arbeitsfront* ersetzt worden, in der die Interessen der Arbeitnehmer zusammengefasst und angeblich besser vertreten werden würden als in den zersplitterten Organisationen früherer Zeit. Die Arbeitnehmer selbst waren freilich nicht gefragt worden.

Sie erfuhren auch nicht, was mit den beträchtlichen Vermögenswerten geschehen war, die von den früheren Gewerkschaften aus Mitgliederbeiträgen gebildet worden waren, und wem die sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen nun zugefallen waren. Die politischen Parteien wurden verboten (14. Juli 1933) und die Bildung neuer Parteien unter Strafe gestellt. Alles zusammen und vieles mehr wurde «Volksgemeinschaft» genannt (*Gesetz gegen die Neubildung von Parteien*), und es hiess, «die Revolution (sei) nach voller Gleichschaltung abgeschlossen» (Reichsminister Wilhelm Frick). «Ein Volk, ein Reich, ein Führer» war eine der vielen Parolen, die unaufhörlich zu hören, zu lesen und dennoch von der Vernunft nicht zu akzeptieren waren. Nun herrschte angeblich «der Geist der nationalen Einigkeit», der «an die Stelle von Klassenhass und Parteihader» getreten sei.

In den Pressekonferenzen jener Monate mühten sich die Sprecher der Regierung auf vielfältige Weise darum, die Presse zur Propaganda zu zwingen. Aus den bestehenden

Nachrichtenbüros, dem *Wolff'sehen Telegraphenbüro* (WTB) und der *Telegraphen-Union* (TU) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1934 das *Deutsche Nachrichtenbüro* (DNB) gebildet,* das völlig den Direktiven des Propagandaministeriums unterstand und keine unabhängige Arbeit mehr zu leisten vermochte, wie es Aufgabe der Nachrichtenagenturen in demokratisch regierten Ländern war und ist. Aber schon vor dieser Zentralisierung des Nachrichtenflusses, der allein die Redaktionen der deutschen Zeitungen speisen sollte, waren viele, zu viele der deutschen Zeitungen bereit, die ihnen zugeleiteten Nachrichten ungeprüft zu übernehmen, auch wenn die Propagandaabsicht unverkennbar war.

Die *Frankfurter Zeitung* behalf sich bald und auch später damit, dass sie ihren Lesern deutlich sagte, aus welcher Quelle eine Nachricht kam: «Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit. . .», so lautete die Einführungszeile, die den aufmerksamen Leser unterrichtete, wie glaubwürdig die nun folgende Neuigkeit einzuschätzen sei. Die Leser der deutschen Zeitungen haben bemerkenswert schnell verstanden, was solch eine Distanzierung bedeutete. Die Amtsstellen kamen erst erheblich später darauf. Es darf nicht vergessen werden, hinzuzufügen, dass eine Reihe von Redaktionen in Deutschland, 1933 noch mehr als später, bemüht blieben, eigenes Nachrichtenmaterial zu veröffentlichen oder vom DNB vorgelegtes Propagandamaterial durch eigene Formulierungen seines Charakters zu entkleiden. Dennoch kamen die Massnahmen der Reichsregierung, welche die «deutsche Revolution» kennzeichnen sollten, ganz überwiegend im Mantel der Phrasen und der nationalen Beschilderung in die Öffentlichkeit und übten auf kritiklose Menschen ihre Wirkung aus.

Für alle diese Massnahmen hatte das Ermächtigungsgesetz die Grundlage geschaffen. Der Deutsche Reichstag hatte es am 23. März 1933 mit 441 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen (nur die Sozialdemokraten lehnten das Gesetz mit allen noch vorhandenen Stimmen ihrer Fraktion ab) ohne Stimmenthaltung angenommen. Es gab der Reichsregierung – genauer: dem Reichskanzler und Führer der NSDAP – vier Jahre Zeit, ohne Parlament, ohne öffentliche Kontrolle die Macht aus-

* WTB gegründet 1849, TU 1914, DNB am 5. Dezember 1933.

zuüben. Dieses Gesetz, das die «Revolution», wie die Nazis ihre erschlichene Machtübernahme bezeichneten, legalisieren sollte, trug den Namen *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*. Es wurde 1937 vom sogenannten Deutschen Reichstag erneuert. Die pathetische Überschrift war kennzeichnend für viele Gesetze der folgenden Jahre. Am 7. April 1933 wurde ein *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* erlassen. Es sollte ein «nationales Berufsbeamtentum» schaffen (§ 1), setzte bewährte alte Beamtenrechte ausser Kraft und diente allein dazu, politisch nicht genehme Beamte zu entfernen und ohne Rücksicht auf Vorbildung Nationalsozialisten zu berufen, solche, die, wie das Gesetz sagte, «. . . jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten».

Ein *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* (20. Januar 1934) und eines *Über den Neuaufbau des Reiches* (30. Januar 1934) sowie viele andere priesen sich in ähnlich hohlen Phrasen an, mit denen sie den politischen Zweck verdecken sollten, den sie verfolgten. Sie wurden in der Öffentlichkeit ohne besondere Reaktion zur Kenntnis genommen. Ein Brief eines Sachverständigen, Hugo Kamossa, bis 1933 Mitarbeiter im Deutschen Beamtenbund, stellte am 19. Dezember 1933 die Situation so dar:

«Es müsste doch den Regierenden auffallen, mit welcher stoischen Ruhe und Gelassenheit die Bevölkerung alle diese Gesetze zur Kenntnis nimmt – oder eigentlich nicht. Die einen sagen, das dauere ja alles doch nicht lange, oder Papier sei geduldig. Andere meinen, es werde nichts so heiss gegessen, wie es gekocht werde. Aber immer eindringlicher wird die Gewissheit, dass die öffentliche Meinung ganz einfach abstumpft. Soviel ‚Revolution‘ mit einem Male – das kann und will diese Masse nicht verdauen.»

Ein *Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat** regte vor allem die mutigen Kabarettisten an, ihre Glossen zur Gleichschaltung noch zu verdeutlichen und zu vermehren.

* Vom 1. Dezember 1933. Die NSDAP wird «alleinige Trägerin des politischen Willens» in Deutschland.

Kamossa hatte richtig beobachtet: «Ich kann mich des Eindrucks nicht mehr erwehren, dass es brodelt, auch in der NSDAP, vor allem in der SA. Da bahnt sich etwas an.»

Solch ein Brief kam in jener Zeit nicht durch die Post ins Haus. Es hiess darin weiter:

«Man ist in der SA sehr unzufrieden. Wenn die jungen Menschen schon in der Kneipe reden, und ohne Rücksicht auf andere, ist ein hoher Grad von Bereitschaft erreicht, die nur von jemand genutzt werden muss. Ihnen ist *national* ein Begriff ohne Inhalt, aber *Sozialismus* ein offenbar greifbares Ziel, wenn sie darunter auch nur das verstehen, was sie persönlich in ihrem Interessenkreis angehen kann und was sie sich wünschen und erhoffen. Das alles hat mit Politik nichts, gar nichts zu tun. Ich denke, dass die führenden Nazis das auch ganz genau wissen und sich dieser verführten Menschen nur bedienen, um ihre Herrschaft zu sichern. Sie werden einiges zu tun bekommen, so sieht es aus, um sich diese SA wirklich zum Werkzeug zu machen. Aber sie werden das schaffen, weil diese jungen Menschen völlig politisch ungebildet sind und Politik mit Macht verwechseln oder beides gleichsetzen.»

Es passte in diese Atmosphäre, dass am 17. Juni 1934 der Vizekanzler Franz von Papen die Öffentlichkeit mit einer ungewöhnlichen Rede überraschte, die er in Marburg hielt. Sie wurde sofort für die Veröffentlichung gesperrt. Dennoch erregte sie grosses Aufsehen in Inland und Ausland, weil Papen den Vorhang zerriss, der seit dem 30. Januar 1933 zwischen Volk und Regierung niedergegangen war. Aus Papens Rede nur diese Zitate:

«Die Presse wäre ja eigentlich dazu da, die Regierung darüber zu unterrichten, wo sich Mängel eingeschlichen haben, wo sich Korruption eingenistet hat, wo schwere Fehler gemacht werden, wo ungeeignete Männer am falschen Platz stehen, wo gegen den Geist der deutschen Revolution gesündigt wird . . . Die Vorherrschaft einer einzigen Partei an Stelle des mit Recht verschwundenen Mehrparteiensystems erscheint mir geschichtlich als ein Übergangszustand, der nur so lange Berechtigung hat, als es die Sicherung des Umbruchs verlangt und bis die neue personelle Auslese in Funktion tritt. . . Die Regierung ist wohl unterrichtet über all das, was an Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftig-

keit, Unsittlichkeit und Anmassung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreiten möchte . . .»

Dass eine solche Rede aus dem Munde des Vizekanzlers nicht vor den Marburger Studenten allein verhallen durfte, das war allen denen selbstverständlich, die sich Vernunft hatten bewahren können. Das von Goebbels verfügte Verbot der Papen-Rede kam deshalb für einige Zeitungen «zu spät».

In der *Frankfurter Zeitung*, wo die Rede im Wortlaut wiedergegeben wurde, hatte sich sehr bald nach den ersten Eingriffen in die Unabhängigkeit der Nachrichtengebeine Methode entwickelt, solche Eingriffe zu unterlaufen. In einem so grossen und solidarischen Hause konnte eingehende Post schon einmal in diesem oder jenem Büro am falschen Ort ankommen und nicht dort, wo allein die Entscheidung über Veröffentlichungen, noch dazu in der gedrängten Hast, unter der eine Tageszeitung stets zu arbeiten hat, getroffen werden musste. Ein dann aufkommendes Unwetter musste mit viel Geduld, Wendigkeit und Stehvermögen in Berlin gegenüber dem Propagandaministerium überstanden werden. Nicht selten boten die Gegensätzlichkeiten unter den führenden Nazi-grössen einen Ausweg.

Auch im Hause der Propaganda gab es Mitarbeiter, welche die Papen-Rede mit Genugtuung zur Kenntnis genommen hatten. Sie wurde im Übrigen vielfach abgeschrieben, vervielfältigt und sogar gedruckt verbreitet. Die offiziellen Aussagen in der Pressekonferenz veranlassten die Journalisten, hinter der Papen-Rede mehr zu vermuten als nur den Ausbruch eines Unzufriedenen, und es ist durchaus zulässig, in diesem Falle nicht nur den Kreis der grundsätzlich ablehnend gesinnten Journalisten im Auge zu haben. Zum erstenmal heisst es in einer Notiz (20. Juni 1934):

«Es steht eine Aktion bevor, mancher meint, es werde eine Säuberung werden. Wo? Wie? Zu welchem Zweck? In der Reichswehr eisige Atmosphäre. Kein Kommentar. Begegnung Hitler/Mussolini, Gespräch Hitler/Röhm: . . . interessiert nicht'. Die Reichswehr sucht Klärung ihrer Position gegenüber bewaffneten Einheiten der NSDAP. Soll sie jetzt kommen? Einzige Äusserung: Mögliche»

Eine vertrauliche Information aus dem Reichsarbeitsministerium sprach von «Spannung in der SA» und dass diese Kampftruppe Hitlers «zunächst erst einmal in Urlaub geschickt werden soll». Wie man nach dem am 30. Juni verübten Massaker Hitlers an seinen Getreuen erfuhr, war dieser Urlaub für den Monat Juli mit der Verpflichtung ausgesprochen worden, dass die SA in dieser Zeit keine Uniformen tragen und nicht an Veranstaltungen teilnehmen dürfe, bis sie am 1. August wieder «voll ausgeruht und gekräftigt bereitsteht, um ihren ehrenvollen Aufgaben zu dienen», wie Ernst Röhm, der Stabschef der SA, es in einem Befehl ausgedrückt hatte. Dass sich da «etwas tat», lag auf der Hand.

Aber es war unmöglich, in den Pressekonferenzen im Juni auch nur eine Andeutung der bevorstehenden Ereignisse zu erhalten. Die Presse war so gut wie völlig uninformiert, die Öffentlichkeit erfuhr durch sie kaum etwas, und dennoch war die Spannung in Berlin beträchtlich. Die wenigen Informationen, die recherchiert werden konnten, ergaben nur ungenaue und unzuverlässige Details, die für ein erkennbares Bild nicht ausreichen konnten:

22. Juni 1934: «Zuverlässig ist zu hören, dass Blomberg in Neudeck sei und dass Hitler ebenfalls hinfahre oder schon dort sei. Der Reichspräsident werde das letzte Wort sprechen, so Bendlerstrasse.»

25. Juni 1934: «Die Reichswehr hat Urlaubssperre. Kein Soldat auf den Strassen.»

27. Juni 1934: «B. kündigt Erklärung von hoher Stelle über Haltung Reichswehr zum Regime an, voraussichtlich Form eines Zeitungsartikels.»

Das Zeichen «B.» stand in diesen Notizen für Bendlerstrasse und dieses Wort für die Reichswehr. Tatsächlich erschien am 29. Juni 1934 im *Völkischen Beobachter* ein Artikel von Werner von Blomberg über das Verhältnis der Reichswehr zum NS-Staat. Er liess erkennen, dass Hitler sich für das Militär entschieden hatte oder hatte entscheiden müssen. In der offiziellen Pressekonferenz waren nur nichtsagende Bemerkungen zu hören. Jedoch lautet eine Notiz:

28. Juni 1934: «Soll jetzt doch radikaler durchgegriffen werden? Keine offizielle Äusserung, aber Goebbels scheint lauter zu werden. Aus anderer Quelle Eindruck in umgekehrter Richtung, als ob Goebbels abmildert und nur tönen lässt. Vorbereitung für was?»

29. Juni 1934: «G. weiss aus München, dass Hitler dort oder in der Nähe sei. Es tue sich sehr viel, heute oder morgen. Keine Einzelheiten. VB bringt Artikel Blomberg über Haltung Reichswehr. Also wohl Klärung SA/SS bevorstehend.»

Dann geschah es. Das Morden begann in der Nacht vom 29. zum 30. Juni. Es sollte einen angeblich von Ernst Röhm, dem Stabschef der SA, beabsichtigten Putsch, eine «zweite Revolution», verhindern. Am 13. Juli 1934 gab Hitler in einer Rede vor dem Reichstag 77 Hinrichtungen zu, liess aber offen, dass noch andere «Gewalttaten» verübt worden seien, die von Gerichten abzuurteilen sein würden. Jene siebenundsiebzig waren also ohne Urteil gemordet worden. Später wurden weit mehr als fünfhundert Opfer dieses Massakers gezählt; nie aber wurde eine gültige Zahl genannt. Das Propagandaministerium verbot der Presse sogar die Veröffentlichung von Todesanzeigen der Hinterbliebenen. Informationen über die Vorgänge waren äusserst spärlich und so widersprüchlich und unzuverlässig, dass Notizen sich nicht lohnten. Nur eines wurde aus unterschiedlichen Quellen übereinstimmend deutlich: Hitler hatte jetzt alle Fäden allein in der Hand. Als hauptsächlich zu beachtender Satz aus seiner Rede im Reichstag galt:

«Im Staat gibt es nur einen Waffenträger, die Wehrmacht, und nur einen Träger des politischen Willens, das ist die Nationalsozialistische Partei.»

Zu dieser Klarstellung der Machtverhältnisse im NS-Staat gab General von Blomberg am 4. Juli 1934 in einem Tagesbefehl an die Reichswehr noch folgenden Beitrag:

«Der Führer bittet uns, zu der neuen SA in herzliche Beziehung zu treten. Dies zu tun, werden wir in dem Glauben an ein gemeinsames Ideal freudig bestrebt sein.»

Zu keiner Zeit nach diesen schrecklichen Ereignissen war die Verschwiegenheit der Sprecher im Propagandaminister-

rium, in der Bendlerstrasse (Reichskriegsministerium) und im Auswärtigen Amt grösser. Sie war ganz offensichtlich von der Angst erzwungen, man könnte selbst einen folgenschweren Fehler begehen. Also schwiegen auch jene, die etwas wussten.

Am 2. August 1934 starb Paul von Hindenburg, der Reichspräsident. Es gab keinen Zweifel in Berlin: Nun war Hitler unumschränkter Alleinherrscher in Deutschland, und niemand ausser ihm, auch keine Institution, kein Reichstag, nicht einmal ein höchstes Gericht, würde künftig das letzte Wort haben, wie immer die Präsidentennachfolge geregelt werden sollte. Aber auch diese Frage wurde beantwortet, noch ehe Hindenburg zu Grabe getragen war. Unvergesslich blieb der Eindruck, der entstand, als einem kleinen Kreis von Journalisten in der Bendlerstrasse der Text der neuen Eidesformel mitgeteilt wurde, die die Truppen noch am Todestage Hindenburgs zu sprechen hatten:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.»

Auf Rückfrage eines Journalisten, ob die letzte Zeile wirklich so laute und ob es nicht heissen müsse, «für den Führer» oder «für Deutschland» statt «für diesen Eid», oder vielleicht «unter diesem Eid» oder «gehorsam diesem Eid», antwortete der stutzig gewordene Offizier, das sei jetzt gleichgültig, jeder wisse ja, was gemeint sei.

Ja, jeder wusste es, wenigstens jeder von denen, die das Geschehen mit kritischer Vernunft verfolgten. Am 5. September sprach Hitler auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP den Satz, der alle bis zu diesem Tage geschehenen Ereignisse endgültig abschliessen sollte: «In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt.»

Sondierung in Europa

Die Sache mit Wien

Nur wenige Tage nach seiner «Inthronisierung», wie der letzte Akt zur Vollendung der Machtergreifung in Deutschland spöttisch genannt wurde, realisierte Hitler einen seit einiger Zeit gerüchteweise bekannten Plan: Der bisherige Vizekanzler Franz von Papen, der sich durch seine Marburger Rede ganz in die Hand des *Führers und Reichskanzlers* begeben hatte und sich angesichts der Vorgänge des 30. Juni 1934 in Deutschland nicht mehr sicher fühlte, sollte als ständiger Bevollmächtigter des Deutschen Reiches nach Wien gehen «und die Sache mit Wien endlich in Ordnung bringen», wie es in der Pressekonferenz am 9. August 1934 hiess. Der Bericht über die dort gegebene Weisung lautet:

«In der Pressekonferenz wurde heute gesagt, dass Herr von Papen in den ersten Tagen der nächsten Woche sich nach Wien begeben und dass er dann sehr bald vom österreichischen Bundespräsidenten empfangen werde. Der Charakter seiner Mission sei in dem bekannten Schreiben des Reichskanzlers niedergelegt. Wenn man die Entsendung des Herrn von Papen nach «Wien kommentiere, dann werde man wohl die Erwartung aussprechen, dass nun auch von Seiten der österreichischen Regierung alles zu geschehen habe, was zu einem Gelingen der Mission beitragen könne. Dabei werde man keinen Zweifel über das Gelingen zum Ausdruck bringen, wohl aber die Schwierigkeiten unterstreichen, die einem Erfolg entgegenstünden, nämlich die Unstabilität der Verhältnisse in Österreich und der Regierung selbst, den Mangel an Disziplin in der Heimwehr, der gleichfalls einen Faktor der Beunruhigung darstelle. Endlich die wirtschaftlichen Verhältnisse, die gleichfalls keine baldige Beruhigung erwarten liessen. Dabei werde man im Ton nicht aggressiv sein und auch Verunglimpfungen der Regierungsmitglieder vermeiden und schliesslich der Hoffnung Ausdruck geben, dass trotz allem die Mission Herrn von Papens von Erfolg begleitet sein werde.

Was die angeblichen Pläne um Otto von Habsburg anlange, so sei es zweckmässig, diejenigen ausländischen Stimmen hervorzuheben, die auf die Unwahrscheinlichkeit einer Restauration der Habsburger schliessen liessen.»

Diese Weisung muss nach Inhalt und Tonart als typisch für eine lange Reihe ähnlicher «Sprachregelungen» angesehen werden: Zunächst wird das deutsche Interesse angemeldet, was auch dann geschieht, wenn es um innere Angelegenheiten eines anderen Staates geht. Dann folgt die Weisung an die Presse, nicht aggressiv zu schreiben und Verunglimpfungen zu vermeiden – man will glaubwürdig bleiben, den Beweis des guten Willens erbringen können, die Chance einer freiwilligen Regelung andeuten. Aber will man wirklich – so eine spätere Aussage – «in jedem Falle eine friedliche Lösung erreichen»?

Am 9. August 1934 gab es kaum noch einen Zweifel: Sobald Papen in Wien ist, gibt es dort eine Aktion. Am 25. Juli 1934 war in Wien ein nationalsozialistischer Putschversuch gescheitert, bei dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet worden war. Eine persönliche Aufzeichnung (Brief an Wilhelm Thomas in Gifhorn, 14. August 1934) hielt damals fest:

«Du musst jetzt neben den innenpolitischen Vorgängen die weltpolitischen Ereignisse nicht übersehen. Erst eine übersichtliche Betrachtung lässt Zusammenhänge und die Positionen der einzelnen Massnahmen ahnen, die in der politischen Absicht dieser Regierung liegen dürften . . .

Am 27. März 1933 tritt Japan aus dem Völkerbund aus. Es hat die Rüge wegen seiner Aggressivität in der Mandschurei nicht hingenommen. Im AA höre ich: Man muss die japanischen Interessen verstehen, das Volk braucht Raum.

Am 15. Juli 1933 schliessen England, Frankreich, Italien und Deutschland einen *Viererpakt*. Deutschland erwartet Gleichberechtigung (Rüstung!), Revision von Versailles. AA hat Vision eines neuen Europa. Dann ist die Regierung enttäuscht, verärgert.

Am 10. Oktober 1933 verlässt Deutschland die Abrüstungskonferenz, weil Forderung auf 300.000-Mann-Heer nicht angenommen wird*. Im Ausland als Signal bezeichnet.

Vier Tage später Austritt aus Völkerbund. Hitlers Rundfunk-

* Bis dahin laut Versailler Vertrag nicht mehr als 100.000 Mann.

rede: Entweder Gleichberechtigung für Deutschland oder Aufrüstung. Greift gefährliche Themen auf, Frankreich, England, versichert friedliche Absichten, setzt das ganze deutsche Volk zum Pfand dafür.

Als am 16. November die Sowjets diplomatische Beziehungen mit USA aufnehmen, sagt mir einer im AA: Also jetzt mischen die Sowjets mit, und mit Amerika gemeinsam. Na denn . . .!

Und dann die grosse Überraschung am 26. Januar in diesem Jahre (1934): Freundschaftsvertrag mit Polen. Im AA dazu: Wir brauchen im Osten Ruhe. Wir müssen unsere Sachen aus dem Versailler Vertrag in Ordnung bringen. Dabei kann uns keiner helfen, ausseF dass dort Ruhe herrscht.»

Solche Aufzeichnungen wurden in jener Zeit natürlich nicht in einem Durchschlag aufbewahrt. Dieser Brief fand sich nach dem Kriege in Platendorf im Gifhorner Moor wieder. Der mutige und verschwiegene Freund hatte ihn aufgehoben, wie er die Unterlagen unter Torf aufbewahrt hatte, die in diesem Buche verwendet werden und aus denen auch frühere Publikationen anderer Autoren geschöpft haben.

Es gehörte 1934 ebensowenig wie heute eine besondere Schulung dazu, um aus solchen Tatsachen und Übersichten zu erkennen, wohin der Weg führte. Als dann am 18. September 1934 die Sowjetunion in den Völkerbund eintrat, war der kurze Kommentar des Leiters der Abteilung Amerika, Ferner Osten und Grossbritannien im Auswärtigen Amt, Dr. Hans Heinrich Dieckhoff: «Na also! Man formiert sich. Nur keine Illusionen!» Dieckhoff liess keinen Zweifel daran, für wie gefährlich er die begonnene Entwicklung hielt.

Nur wenig später gab er dem Leitartikler der *Frankfurter Zeitung*, Dr. Rudolf Kircher, seine Vorausschau der Dinge, die mit grösster Wahrscheinlichkeit folgen würden: Komme es nun zu einem Krieg in Europa, so sei die amerikanische Beteiligung daran so gewiss wie das Amen in der Kirche und die sowjetische Beteiligung so wahrscheinlich wie der Schnee zu Silvester (wiedergegeben nach Kirchers Darstellung, Notiz vom 23. Februar 1936).

Noch war es nicht soweit. Am gleichen 9. August 1934, an dem die offizielle Bestätigung der Entsendung Papens in besonderer Mission nach Wien in der Pressekonferenz gegeben wurde, lautete eine andere an die Presse erteilte Weisung,

wiedergegeben im Wortlaut des Berichtes an die Hauptredaktion der FZ:

«Von DNB werden Sie eine kleine Meldung erhalten haben, über Litwinow auf der Durchreise in Berlin. Es soll nur diese Meldung, und zwar ohne Kommentar, gebracht werden. Es handele sich um einen privaten Aufenthalt. Litwinow besuche hier Ärzte und gebrauche dann in Frankreich eine Kur. Die Behauptung des *Matin*, dass es sich um eine politische Informationsreise handele, sei falsch und abwegig, weil jetzt alles im Urlaub sei.

Von Frankreich aus werde Herr Litwinow direkt nach Genf gehen. Dies zu Ihrer Information. – Es wurde auch ein Wunsch der Sowjetregierung vorgetragen, man möge statt des Wortes *Russland* doch andere Bezeichnungen gebrauchen, wie etwa *Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken* oder *Rätebund* oder *Sowjetrepubliken*. – Endlich wurde darauf hingewiesen, dass die deutsche Presse eine gewisse Neigung zeige, sich allzuviel mit dem Ostpakt zu beschäftigen. Die Frage des Ostpaktes* sei aber kein Füllsel, und deshalb lege man Wert darauf, dass nur wirklich begründete und gut fundierte Dinge über diese Angelegenheit geschrieben würden. Die Presse möge sich nicht allzuviel damit befassen. Jedenfalls sei im Augenblick die Lage so, dass es nicht angebracht erscheine, allzuviel darüber zu schreiben.»

Letzte territoriale Forderung – Saarland

Dass ein deutscher Missionschef, ehemals Vizekanzler, nach Österreich gehen werde, dass der sowjetische Aussenminister nach Berlin kommen werde, dass er nach Frankreich und dann nach Genf (zum Völkerbund) Weiterreise, solche Mitteilungen konnten durch den Hinweis auf angeblich private Angelegenheiten um so weniger entwertet werden, als dann noch eine sowjetische Bitte um korrekte Bezeichnung des Landes und ein deutlicher Hinweis auf die Beschäftigung mit dem Ostpakt folgte: Nicht zuviel, aber gut fundiert – und im Moment noch nicht besonders aktuell.

Wer das nicht begriff, musste politisch taub sein. Frankreich hatte am 17. April 1934 in einer offiziellen Note an London Deutschland beschuldigt, den Versailler Vertrag gebrochen zu

* Von Frankreich angeregt und gefördert, von Deutschland kühl aufgenommen.

haben und aufzurüsten. Paris hatte mit dieser Note bloss offiziell ausgesprochen, was man nicht nur dort und auch nicht nur im Ausland beobachtete. Aber zugleich machte die Note deutlich, dass die wiederholten Friedensversicherungen Hitlers nicht geglaubt wurden. Zwischen Deutschland und Frankreich stand im Besonderen die Saarfrage, von der Hitler versicherte (26. August 1934), sie sei «die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt».

Die Themen möglicher Aktionen des Hitler-Regimes lagen auf den Tischen der internationalen Beobachter. Eine Zusammenfassung aus der damaligen Sicht lautet in dem erwähnten Brief an Wilhelm Thomas vom 14. August 1934:

«Wenn Du jetzt Bilanz ziehst, sieht das aussenpolitische Konzept der Regierung m. E. und nach meinen geringen Kenntnissen, die ich mir mühsam zusammenfragen muss, so aus:

Österreich: Papen soll Ordnung schaffen, soll aber Partei und Staat scharf voneinander trennen.

Polen: Regierung will auf Gewaltlösung für Ostprovinzen verzichten. H. hat in *Daily Mail* Frage als ‚lächerlich‘ bezeichnet, mit der Ward Price* wissen wollte, ob Verständigung mit Polen in Wahrheit gegen Russland zielt. Presse soll sich freundschaftlich zu Polen verhalten. Polen machen Abkommen mit deutschen Volksgruppen im Lande.

Frankreich: Saarfrage im Vordergrund. Hitler mehrfach eindeutig, dass ‚Saarregelung letzte territoriale Forderung an Frankreich sei. Rede soll bevorstehen.

England: Angeblich wird Flottenabkommen erstrebt. Über deutsch-englische Gespräche in London nur von dort gehört.

Sowjetunion: Sehr grosse Zurückhaltung. Hitler nicht für Ostpakt oder Ost-Locarno, wie Litwinow in Berlin vorgeschlagen hat. Misstrauen gegen russisch-französische Zusammenarbeit. Botschafter Nadolny** macht das nicht mit; zurückgetreten.

Baltische Staaten: Memel steht im Vordergrund. Deutschland hat russischen Vorschlag auf Garantiepakt für Randstaaten abgelehnt. Aktion sicher.

Danzig: Im AA meint man, dass dieses Thema viel besprochen wird, aber nicht reif sei.

* G. Ward Price, Korrespondent der *Daily Mail*.

** Rudolf Nadolny, deutscher Botschafter in Moskau, trat am 11. Juni 1934 wegen der gegen die Sowjetunion gerichteten Politik Hitlers zurück.

es bei kritikloser Betrachtung aussieht. Es gibt in Europa keinen Streitfall, der einen Krieg rechtfertigen könnte – soll Hitler am 22. November 1933 einem französischen Berufskollegen von mir gesagt haben.

Dennoch zum Schluss betreffs Rüstung: Es geht munter vorwärts. U-Boote werden gebaut, die 300.000 Mann werden doch aufgestellt, und natürlich wird es Flugzeuge geben, man hört, dass zunächst etwa 4'000 gebaut werden sollen.»

Informationen solcher Inhalte wurden in jenen Monaten unter den Journalisten in Berlin ständig herumgereicht und auf ihren Wert untersucht. Die folgenden Ereignisse haben viele völlig oder im Wesentlichen bestätigt. Zurzeit der Niederschrift der Notizen stand dies freilich nicht fest. Es gehörte zu den Eigenarten der Zeitumstände, dass ungeachtet der strengen Weisungen und der «totalen Gleichschaltung» verhältnismässig leicht Gespräche mit unterrichteten Persönlichkeiten zu erreichen waren.

Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, dass die in diesem Buche wiedergegebenen Texte stets den Wortlaut der Berichte zitieren, die von der Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung* an die Hauptredaktion in Frankfurt übermittelt wurden, so dass die häufig vorkommende indirekte Rede die Aussage der Sprecher der Regierungsämter wiedergibt. Auch Berichte über Informationen aus anderen Quellen wurden in dieser Form gegeben und erscheinen deshalb an dieser Stelle ebenso.

2. Oktober 1934: «Über innere Auseinandersetzungen in den deutschen Volksgruppen in Nordschleswig soll vorläufig nichts gebracht werden. Man werde in den nächsten Tagen wohl auf diese Angelegenheit zurückkommen.»

«Gerügt wurde ein Aufsatz in der gestrigen Abendausgabe des *Berliner Tageblatts* über die Sowjetunion. Es sei schon mehrfach gesagt worden, dass die Tendenz, die Sowjetunion verbürgerliche, unerwünscht sei.»

20. Oktober 1934: «Die deutsche Presse soll sich bei Behandlung der Flottenkonferenz nicht auf einen einseitigen Standpunkt festlegen. Eine Zeitung (*Hamburger Fremdenblatt*) habe sich z.B. ganz den japanischen Standpunkt zu eigen gemacht. Die deutsche Presse soll referierend berichten.»

«Die kürzlich schon mehrfach ausgesprochene Bitte, über die Vernegerung Frankreichs nichts mehr zu schreiben, wurde heute noch einmal nachdrücklich wiederholt, und zwar, wie man sagte, auf Wunsch von ‚sehr autoritativer Seite‘.»

22. Oktober 1934: «In der Pressekonferenz wurde erwähnt, dass einige deutsche Zeitungen dicke Überschriften über den Aufenthalt Görings in Belgrad gebracht hätten: Grosser deutscher Erfolg in Belgrad. Eine solche Aufmachung entspräche vielleicht der Lage, aber nicht den aussenpolitischen Interessen des Reiches. Am besten diene die deutsche Presse der deutschen Sache, wenn sie mit grösstem Wohlwollen die jugoslawische Entwicklung verfolge und den Schwierigkeiten der dortigen Regierung Verständnis entgegenbringe. Dagegen sei jede Andeutung von Wünschen, die augenblickliche Stimmung politisch für uns auszuwerten, zu vermeiden.»

25. Oktober 1934: «In der Pressekonferenz wurde gebeten, ausländische Pressestimmen, vor allem französische zu dem Empfang des französischen Botschafters bei Hitler, nicht zu übernehmen, da es sich um vage Kombinationen handle. Ausdrücklich sei ausserdem Vertraulichkeit vereinbart worden. Dieses ist ein typischer Fall von Anweisungen, an die wir uns nicht allzu streng zu halten brauchen. Ich habe am Schluss der Pressekonferenz mit einem Herrn des Propagandaministeriums gesprochen und dabei festgestellt, dass keine Bedenken bestehen, wenn Herr Sieburg* ohne grosse Aufmachung nebenbei solche französischen Kombinationen, mit Vorbehalt natürlich, erwähnen sollte. Es sei nur so, dass der Reichskanzler dem Gespräch keine grosse Bedeutung beimesse und deshalb eine Vertiefung nicht wünsche.»

Zu dieser Information ist erläuternd zu bemerken, dass es sich um eine Unterredung Hitlers mit dem französischen Botschafter François-Poncet am 24. Oktober 1934 handelte, die dem dringlichen Thema Saar galt. Im Januar 1935 stand die Abstimmung über die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland oder Frankreich bevor. Es gab Gerüchte über französische Truppenbewegungen in Richtung Saargebiet.

Am 31. Oktober 1934 traten französische Dragoner bei Bitsch in Lothringen auf deutsches Gebiet über. In der Pressekonferenz am 1. November 1934 wurde gesagt, die Franzosen hätten «. . . sich sofort entschuldigt und alles getan, um die Sache aufzuklären. Es liege deshalb kein Anlass

* Dr. Friedrich Sieburg, Korrespondent der FZ in Paris.

vor, den Zwischenfall zu behandeln, zumal das in der französischen Presse, bis jetzt wenigstens, auch nicht berichtet worden sei. Es sei auch unzweckmässig, durch dieses kleine Vorkommnis das Interesse von den sehr wichtigen Vorgängen an der Saargrenze abzulenken. Man bittet, auch keine eventuell kommenden Pariser Meldungen zu veröffentlichen.»

Mit den Vorgängen an der Grenze waren die anhaltenden und tatsächlich festgestellten Truppenzusammenziehungen gemeint. Ungeachtet der erstaunlich milden Beurteilung des doch unbestrittenen Übertritts von französischen Truppenkontingenten hiess es dann in der Weisung an die Pressekonferenz weiter:

«Der Völkerbundsrat müsse sich, so könne man fordern, mit dem Spiel hinter den Kulissen beschäftigen. Man könne bei der Behandlung der ganzen Angelegenheit auch daran erinnern, dass nach der gebräuchlichen Definition Angreifer der sei, dessen Truppen in ein fremdes Gebiet einmarschierten. Das wäre doch bei einem Einmarsch in das Saargebiet, das deutsches Land ist, gegeben. . . . Mit einiger Vorsicht könnte man auch an Hand von Beispielen aus der Zeit der Rhein- und Ruhrbesetzung die Erschwerungen behandeln, die eine militärische Besetzung für die betreffenden Gebiete bedeute. Sie bringe Militärgerichtsbarkeit, Hemmung des Verkehrs und eine Reihe ähnlicher Folgen mit sich, ganz abgesehen von der Möglichkeit zu bedenklichen Zwischenfällen.»

Am Tage darauf, dem 2. November 1934, nahm das Auswärtige Amt in der Pressekonferenz Stellung. Der Bericht, der darüber der Redaktion in Berlin gegeben wurde, lautet:

«Nach dem gestrigen lahmen Versuch von Havas*, die Dinge wegen der Aufmarschpläne sozusagen richtigzustellen, ist von französischer Seite weiter nichts erfolgt. Man muss daraus den Schluss ziehen, dass in Paris noch nicht genügend Klarheit über den Ernst der deutschen Auffassung hinsichtlich der Lage besteht. Die Zeitungen mögen deshalb weiter in der bisherigen Weise schreiben. Appelliert wird vor allem auch an die rheinischen Zeitungen, aus ihren Archiven Erinnerungen an die Besatzungszeit zu

* Führende Nachrichtenagentur in Frankreich.

publizieren, so wie das heute schon der *Völkische Beobachter* gemacht hat. Wie ernst die Situation ist, geht aus einer Pariser Meldung der *Times* hervor, die sagt, es bedürfe nur eines telefonischen SOS-Rufes von Knox* zum Einmarsch. Eine grössere Leichtfertigkeit kann es kaum geben, in die Hand eines Mannes wird die Entscheidung darüber gelegt, ob fremde Truppen einmarschieren sollen.

Wenn Herr Knox die Vollmacht, eine militärische Aktion vom Zaune zu brechen, in der Hand hat, muss man sich mit seiner Person und seinen bisherigen Erfolgen beschäftigen. Als Treuhänder des Völkerbundes hat er in erster Linie die Aufgabe, Abstimmungspolizei aus der heimischen Bevölkerung zu rekrutieren, jedoch nur, wenn die 2.000 vorhandenen Polizisten nicht ausreichen sollten. Bis heute fehlt jeder Nachweis dafür, dass diese Zahl nicht genügt, zumal die Abstimmungsgerichte noch keinen Terrorfall zu behandeln gehabt haben. Sollte das Bedürfnis auftreten, dann gibt es sicher unter den 800.000 Saarbewohnern genügend Personen (z.B. freiwillige Feuerwehr). Zu erwähnen ist der Misserfolg mit dem Versuch, ausländische Polizeikräfte zu bekommen (Schweiz usw.). Offenbar als ultima ratio bleibt dem hilflosen Völkerbundskommissar nur noch die Gewaltherrschaft französischer Militärs. An einem solchen Plan erwärme sich der militärisch-imperialistische Geist Frankreichs im Sinne seines Ruhreinbruchs. Das Zusammenspiel des französischen Generalstabes mit Knox kann als Ausfluss traditioneller französischer Interventionspolitik, fast im Stile Ludwigs XIV., aufgefasst werden.

Der Presse wurde ferner nahegelegt, die Bezeichnung Status quo nicht durch einen deutschen Ausdruck ersetzen zu wollen.»

Diese Auslassung des Sprechers des Auswärtigen Amtes in der Pressekonferenz zeigte, wie sich die Reichsregierung Hitler zu äussern und zu verhalten gedachte, wenn internationale Konflikte entstanden, die Deutschland tangierten oder zu tangieren schienen. Im November 1934 hatte die deutsche Aufrüstung offiziell noch nicht begonnen. Der zurückhaltende Ton und die Hervorkehrung rechtlicher Argumente und früherer Vorgänge und Beispiele ist daraus zu erklären. «Die Saarfrage wird nicht zu einem Desaster führen, wenn die

* G. G. Knox, britischer Diplomat, Präsident der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission im Saargebiet.

Abstimmung ein eindeutiges Ergebnis hat.» Diese Äusserung eines in der Notiz vom 7. November 1934 nicht genannten Beamten im AA schloss:

«Es ist nicht zu erkennen, weshalb jedes Land die bekannte Zurückhaltung übt. Sie tapfen wohl noch im Nebel. Aber vor allem scheut jeder eine Spannung. Man scheint abzuwarten.»

Die Abstimmung im Saargebiet fand am 13. Januar 1935 statt. 90 Prozent der Bevölkerung votierten für die Rückgliederung an das Deutsche Reich, 9 Prozent für die Beibehaltung des Status vor der Abstimmung und 0,4 Prozent für die Angliederung an Frankreich. Der Völkerbundsrat akzeptierte dieses Ergebnis und beschloss die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland.

Liste der blutenden Grenzen

Die Reichsregierung liess Befriedigung erkennen. Zunächst gelegentliche Äusserungen, bald darauf offizielle oder offiziöse Hinweise in der Pressekonferenz machten deutlich, dass sie andere Ziele verfolgte. Am 18. Januar 1935 hielt eine Notiz folgende Information fest:

«Man ist der Meinung, dass sich die Saarfrage nun in Frieden lösen lassen wird, aber man legt auch Wert darauf, dass diese Meinung betont wird. . . . Das A A anerkennt, dass die Entmilitarisierung des Saargebiets keine Forderung sei, die uns in Erregung versetzen könnte.

Man möge jetzt nichts tun, um eine Sonderstellung Deutschlands in Europa zu schaffen, denn der Ostpakt-Plan Frankreichs und der in Aussicht genommene Mittelmeer-Pakt interessieren hier sehr stark und könnten ein deutsches Engagement nötig machen, für das die Aussenpolitik freie Hand haben möchte.»

Diese vertraulichen Informationen des Leiters der Abteilung III im Auswärtigen Amt, Dr. Hans Heinrich Dieckhoff, wurden im Zusammenhang mit der Beurteilung einer Rede gemacht, die der französische Ministerpräsident Pierre Laval in Genf vor dem Völkerbund gehalten hatte. Der bereits

erwähnte Ostpakt-Plan war Ende Juni 1934 von Lavals Vorgänger angeregt worden. Er sollte einen Nichtangriffsvertrag unter französischer Garantie und in Anlehnung an den Völkerbund enthalten. Am 23. November 1934 hatte die Reichsregierung dazu in der Pressekonferenz erklären lassen, «. . . man möge (die französischen Ostpakt-Bemühungen) nicht zu positiv behandeln und möge von neuen französischen Bemühungen sprechen, da es sich nach Deutschlands Ablehnung und bei Polens reservierter Haltung kaum mehr um den alten Ostpakt-Plan handeln kann. Was jetzt gemacht werde, sei ein Rettungsversuch nach der Richtung eines französisch-russischen Abkommens.»

Dieckhoff hatte seine Bemerkung vor einem kleinen Kreis ihm gut bekannter Journalisten gemacht. Er wurde sogleich gefragt, «welche nächsten Schritte in dieser Richtung» zu erwarten seien, und erwiderte, soweit der Osten in Frage komme, «haben wir ein vorrangiges Interesse an wirtschaftlichen Fragen, Getreidelieferungen und so».

Tatsächlich hatte das DNB am 18. Dezember 1934 von Verhandlungen «staatlicher Getreidewirtschafts-Stellen» Deutschlands, der Sowjetunion und Polens in Moskau berichtet, und der Presse war untersagt worden, mehr als diese Nachricht zur Sache zu veröffentlichen. Das Verbot wurde wiederholt und betont, was Schlüsse auf die Bedeutung der Angelegenheit aufdrängte. Man war es bereits gewohnt, auf jedes Wort zu achten, und dementsprechend wurde das Wort «vorrangig» und die Wiederholung des Interesses an Getreidelieferungen gewertet. Beides wies auf eine spätere Zeit hin.

Näher lagen aus den täglichen Konferenzen und fast täglichen vertraulichen Informationen die Stichworte Memel, Danzig, Sudetengebiete und vor allem Österreich. Das Verhältnis zu Italien war durch den Abessinienkrieg belastet.

Dazu einige Berichte nach den gegebenen Weisungen:

Österreich: Am 14. November 1934 wurde in der Pressekonferenz vertraulich mitgeteilt: «Zwei Schiffe des Norddeutschen Lloyd würden nach Vereinbarung mit Hess* demnächst in

* Rudolf Hess, Stellvertreter Hitlers als Führer der NSDAP.

Fiume* 2.000 aus Österreich geflohene Personen abholen. Hierüber dürfe in der Presse nichts erscheinen. Es handelt sich um die Schiffe *Sierra Cordoba* und *Der Deutsche*.»

Am 7. Dezember 1934 wurde erneut auf den Vorgang hingewiesen: «Am Sonntag landen nun, was kürzlich vertraulich schon angekündigt wurde, in Bremerhaven jene nach Jugoslawien geflüchteten Österreicher. Über die ganze Angelegenheit darf in der Presse nicht das geringste erscheinen.»

Am 11. Dezember 1934 hiess es in einem *Rundruf*, also in einer über DNB verbreiteten Weisung an alle Zeitungen: «Über Reiseerleichterungen nach Österreich darf nichts veröffentlicht werden.»

Solche an und für sich harmlos erscheinende Weisungen knüpften an die Vorgänge an, die zur «Austria-Aktion» (Entsendung Papens, 9. August 1934) geführt hatten und sich zum Bild einer erkennbaren Entwicklung zusammenfügen liessen. Aus vertraulichen Gesprächen war das Gerücht entstanden, über das am 12. Dezember 1934 notiert wurde:

«Die aus Österreich geflohenen Menschen seien, so hören wir zuverlässig, Angehörige der österreichischen Nazibewegung. Die Jugoslawen sollen sich nur schweren Herzens bereitgefunden haben. Die Reiseerleichterungen werden mit Argwohn betrachtet: Massnahmen zum Einschleusen.»

Im AA war man nicht sehr dementierfreudig, als auf diese Information hingewiesen wurde (Gespräch mit Dr. Dieckhoff). Ein abwehrendes Wort lautete: «Unglückliche Sache». Was diese «Sache» bedeutete, wurde in der Pressekonferenz am 22. Januar 1935 deutlich:

«Es sei aufgefallen, dass die Presse sich sehr stark mit Österreich zu beschäftigen beginne. Diese Berichterstattung müsse unter allen Umständen eingeschränkt werden. Es sollen keine Berichte über Österreich erscheinen, auch keine Pressestimmen mehr zitiert und auch nichts Feuilletonistisches geschrieben werden. Die uns unfreundlich gesinnte Auslandspresse habe bereits wieder geschrieben, dass Deutschlands Interesse an Österreich grösser werde. Dem darf kein Vorschub geleistet werden. Die Korrespon-

* Fiume ist das heutige jugoslawische Rijeka.

dentem in Wien sollten sich mit Fragen des Donaupraumes und mit den Balkanländern befassen.»

Diese vom Sprecher der Reichsregierung vorgetragene Weisung war deutlich genug. Auch hier war es noch nicht an der Zeit. Aber die Aufmerksamkeit kritischer Beobachter hatte diesseits und jenseits der Grenzen erkannt, wo eines der nächsten Ziele der politischen Aktivität der Reichsregierung lag, und blieb ungeachtet der zahlreichen anderen Themen auf dieser Spur. —

Eines der anderen Themen war das Memelland. Der Vertrag von Versailles hatte 1919 das Memelgebiet als selbständige politische Einheit vom Deutschen Reich abgetrennt. Das benachbarte Litauen aber beanspruchte es, 1923 besetzten litauische Freischärler das Gebiet. Ein Jahr danach bestätigte der Völkerbundsrat die so entstandene Situation mit der Massgabe, dass das Memelgebiet zwar unter litauischer Staatshoheit stehe, jedoch vollständige Autonomie in inneren Angelegenheiten genieße.

Das Stichwort Memel fiel sehr bald nach Hitlers Machtübernahme. Zwar warnten Sprecher der Reichsregierung und vor allem des Auswärtigen Amtes davor, «irgendwelche Vermutungen» auszusprechen, «die etwa deutsche Ziele oder gar Massnahmen andeuten oder gar ankündigen» könnten. Die Presse solle sich «keinerlei Zwang auferlegen» (Pressekonferenz, 26. November 1934), aber es wurde als unerwünscht bezeichnet, «Spannungen zu erzeugen, die unrealistisch» seien (Gespräch im AA, 10. Dezember 1934).

Als eine Verordnung über die Einführung der litauischen Sprache als Pflichtfach in den Schulen des Memelgebietes und als Amtssprache von der litauischen Regierung vorläufig ausgesetzt wurde, benutzte der Sprecher der Reichsregierung diese Geste (am 10. Dezember 1934) zu folgender Weisung:

«. . . dies sei ein reines Manöver. Die Litauer seien ja ganz gross in Winkelzügen. In der Sache selbst seien die Litauer noch keinen Schritt zurückgewichen, was bei der Aufmachung und Kommentierung dieser Meldung in der deutschen Presse berücksichtigt werden müsse. Sie wollten nur die internationale Aufmerksamkeit ablenken.»

Die Reichsregierung hielt sich zurück. Es war die Zeit vor der Lösung der Saarfrage, die am 13. Januar 1935 durch Abstimmung entschieden wurde. Die auch später stets angewandte Taktik der Reichsregierung war erkennbar: die Stunde war noch nicht gekommen. In seiner Rede zur Saarabstimmung hatte Hitler erklärt, Deutschland habe nun keine Gebietsforderungen mehr an Frankreich und sei bereit, mit allen europäischen Nationen einen Nichtangriffspakt abzuschliessen – ausgenommen Litauen. Bereits eine Woche nach der für Deutschland günstigen Abstimmung an der Saar hiess es in einer Weisung der Reichsregierung (21. Januar 1935): «Die reichsdeutsche Presse könne ihrerseits nichts dazu tun, um die Bewegung, die nach der Saarbestimmung bei deutschen Minderheiten entstanden sei, zu unterstützen.»

Eine Verwendung des Ausdrucks «blutende Grenzen», der immer häufiger und nach allen Himmelsrichtungen hin ohne politische Rücksicht benutzt werde, sei unerwünscht. Er war in einem Artikel einer vom Sprecher der Reichsregierung nicht genannten Zeitung «gleich gegen zwölf Länder» benutzt worden.

Für manche Journalisten enthielt die Kritik des Sprechers eine Anregung. Am folgenden Tage erschien in der *Westfälischen Landeszeitung/Rote Erde* in Dortmund, einer besonders aktiven nationalsozialistisch geführten Zeitung, ein Artikel zur Sache. Und dann folgte prompt am 21. Januar in der Pressekonferenz die Mahnung, «keinerlei irredentistische Artikel» zu veröffentlichen. Dieses Spiel, scheinbar unabsichtlich anzuregen, dann doch zu kritisieren, was alsbald im Protokoll stehen würde und bei Interventionen vorgezeigt werden könnte, dazu zu beobachten, wie die Wirkung jenseits der Grenze sei – das war eine oft wiederholte Praxis der Propagandaarbeit der Reichsregierung, die mit Täuschungen, Halbwahrheiten und falschen Dementis Politik machte.

In aller Regel liess eine zurückhaltende Stellungnahme der Reichsregierung in absehbarer Zeit eine unerwartete neue Äusserung voraussehen. Das war bereits eine im zweiten Jahre dieses Regimes erkannte und in der Redaktion besprochene Erfahrung.

Am 16. März 1935 führte die Reichsregierung die allgemeine Wehrpflicht ein und sagte sich von den Rüstungsbeschränkungen los, die der Versailler Vertrag dem Deutschen

Reich auferlegt hatte. Aus dem Ausland wurde sofort scharf protestiert. Die offiziellen, offiziösen und die besonders heftigen Pressekommentare zu diesem Schritt wurden von den Beamten des Auswärtigen Amtes durchaus ernst genommen, aber – so eine Notiz über ein Gespräch mit Dr. Dieckhoff am 21. März 1935: «Natürlich hat der Reichskanzler diese Noten in seine Erwägungen einbezogen; sie werden an dieser Tatsache nichts ändern, weder jetzt noch an den Folgerungen.»

Dann aber schlossen Frankreich und die Sowjetunion am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt für fünf Jahre, der wirksam werden sollte, wenn eines der beiden Länder einer «Bedrohung oder Gefahr durch einen europäischen Staat ausgesetzt» sein würde. Zwei Wochen danach schloss die Sowjetunion einen ähnlichen Pakt mit der Tschechoslowakei ab. Die Stimmung schien dennoch nur wenig beeinträchtigt zu sein. Die Lösung hierfür deutete Dr. Dieckhoff an: «Warten wir erst einmal ab, ob und wie man sich mit Grossbritannien arrangieren kann.»

Es wurde in London seit einiger Zeit über ein deutsch-englisches Flottenabkommen gesprochen, nach dem eine deutsche Kriegsflotte in einer Stärke von 35 Prozent der britischen aufgebaut werden könnte. Die Rüstung der Flotte hatte längst begonnen, jetzt wurde sie am 18. Juni 1935 durch Unterzeichnung des Abkommens legalisiert.

Nur keine Kriegspsychose!

Doch zur Lösung der Memelfrage oder anderer in der erwähnten «Liste der blutenden Grenzen» genannten Aktionen schien es dem Führer und Reichskanzler noch zu früh. «Bedenken Sie auch, dass wir vor grossen festlichen Ereignissen stehen», hatte Dieckhoff seiner Bemerkung hinzugefügt. Am 1. April 1935* wurde in der Pressekonferenz zum erstenmal ein Hinweis auf die 1936 bevorstehenden Olympischen Spiele mit politischen Überlegungen verknüpft. Die Spiele sollten in Berlin stattfinden. Dass zumindest bis dahin nichts geschehen würde, was das Deutsche Reich in der Welt noch mehr als bislang aggressiv erscheinen lassen könnte, ging aus einer offenbar im Gespräch nur beiläufig hingeworfenen

Bemerkung des damaligen Sprechers des Auswärtigen Amtes hervor (der Name ist in der mit Bleistift geschriebenen Notiz nicht mehr leserlich, dürfte aber Geheimrat Gottfried Aschmann, Vortragender Legationsrat, heissen):

«Die Reichsregierung wird doch nicht darauf verzichten, die Anwesenheit von vielen Tausend prominenten Persönlichkeiten zu nutzen und, wenn die ganze Welt nach Berlin sieht, ihren Friedenswillen deutlich zu machen.»

Das schien überzeugend. Denn selbst eine Nachricht, dass Litauen die Souveränität über das Memelgebiet beanspruche, dämpfte die Reichsregierung:

«Man nehme diese Sache zu ernst, wenn man sie abdrucke, dass andererseits aber ein Abdruck ohne Kommentar nicht gut möglich sei, weshalb man am besten nicht darauf eingehe.»

Als am 3. April 1935 in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* und im *Berliner Tageblatt* Artikel erschienen, in denen mitgeteilt wurde, dass sowohl in Italien als auch in Frankreich ernsthaft vom Krieg gesprochen werde, reagierte die Reichsregierung so:

«Mit grösstem Nachdruck wurde die nach Erlass des Gesetzes vom 16. März 1935 (Wehrpflichtgesetz) gegebene Weisung wiederholt, dass keinerlei Kriegspsychose in der Presse gemacht werden dürfe.»

Wenn ein Redakteur der *Frankfurter Zeitung* in diesem Falle einen Superlativ verwendete, so muss der Nachdruck wirklich ganz erheblich gewesen sein. Mit Genugtuung wurde von den Sprechern der Reichsregierung auf eine Meldung der in London ansässigen Nachrichtenagentur Reuter hingewiesen, nach der Hitler «Vorschläge für ein Friedensversprechen» gemacht habe. Es enthalte, so zitierte der Sprecher am 3. April 1935 aus der Meldung, drei wesentliche Punkte: «Zehn-Jahrespakte, Definition des Angreifers nach russischem Muster, Wirtschaftsboykott gegen den Angreifer.» Unter Hinweis auf die besondere Vertraulichkeit der Weisung fügte der Sprecher hinzu, «dass diese drei Punkte zwar nicht

durchaus falsch seien, dass es aber nicht zweckmässig erscheine, die Meldung zu veröffentlichen». Der Berichterstatter der Zeitung schrieb zu dem Vorgang: «Wie ich dazu noch hörte, sollen Punkt 1 und 3 richtig sein und nur der zweite nicht ganz zutreffen.»

In den folgenden Tagen und Wochen bemühten sich die Sprecher der Reichsregierung und die des Auswärtigen Amtes immer wieder darum, die Journalisten anzuregen, die Möglichkeit einer Friedensvereinbarung «nicht aus dem Auge zu lassen, aber auch nicht konkret zu behandeln, denn das kann nur die Aufgabe des Reichskanzlers sein», so Dr. Kurt Jahncke, Leiter der Abteilung Presse im Propagandaministerium, in einem Gespräch, über das weiter aufgezeichnet wurde:

«Wichtigster Orientierungspunkt für die Presse muss jetzt sein: Keine Kriegspsychose! Alle Nachrichten, die eine andere Tendenz andeuten, müssen als Propaganda der Gegner Deutschlands bewertet werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht hat viel Staub aufgewirbelt, der sich aber wieder verziehe. Die Olympischen Spiele müssen 1936 in friedlicher Atmosphäre verlaufen. J. hält Arrangement mit England für möglich. Deutet Schritt an. Wer Regierung helfen wolle, müsse alle Belastungen aus Memelfrage, Sudetenfrage, Danzig-Lösung usw. jetzt zur Seite schieben. Spricht von ‚Bedrängnis‘, verweist auf Ostpakt-Bemühungen, tschechisch-sowjetischen Beistandspakt, französisch-sowjetischen Beistandspakt und bevorstehenden Reichstag mit Rede Hitlers.»

Das Gespräch wurde wahrscheinlich am 9. Juni 1935 geführt, doch ist das Datum nicht mehr eindeutig feststellbar.

Von einer «Bedrängnis» der Regierung war in der Öffentlichkeit und auch im Kreise der Journalisten nichts zu spüren. Was die Regierung verlauten liess, deutete stets nur auf Fortschritt, auf weitgreifenden Ausbau und immer auf eine friedliche Entwicklung hin. So viel ist selten vom Frieden geredet worden. Am 21. Mai hielt Hitler im Reichstag eine so bezeichnete und angekündigte «Friedensrede». Kritische Zeitgenossen machte es freilich unruhig, dass der im September bevorstehende Parteitag der NSDAP den Namen *Parteitag der Freiheit* tragen sollte, einen aggressiv klingenden Namen, der neue Aktionen erwarten liess. Als am 2. Oktober 1935 die

ersten Kriegsflammen aufloderten, noch weit entfernt in Afrika, wo Mussolini das Kaiserreich Abessinien überfallen hatte, machte man im Auswärtigen Amt in Berlin kein Hehl daraus, wie wenig man darüber erfreut war.

Aber noch war es Frühjahr 1935. Die Reichsregierung war mit anderen Dingen beschäftigt. Nach einem Bericht der Berliner Redaktion der FZ liess sie am 27. April 1935 in der Pressekonferenz Folgendes sagen:

«Man könne nicht bestreiten, dass die deutsche Presse in ihrem Textteil sich bei der Berichterstattung über gesellschaftliche Veranstaltungen an die Richtlinien des Propagandaministeriums halte. Dagegen mangle es noch sehr bei der Bild-Berichterstattung. Zwar sei in einer besonderen Bild-Pressekonferenz kürzlich darauf hingewiesen worden, aber er (der Sprecher Dr. Jahncke) wolle auch hier die Frage behandeln. Es sei sehr merkwürdig, dass immer noch Bilder erschienen, auf denen Mitglieder der Reichsregierung oder sonst führende Persönlichkeiten an gedeckten Tischen zu sehen seien. Auf den Tischen stünden auch Weingläser und Flaschen, obwohl allgemein bekannt sein könnte, dass ein Teil der Mitglieder der Regierung Antialkoholiker ist oder dem Alkohol nur in geringer Menge zuspricht. Wasserflaschen erscheinen dann im Bilde oft als Sektflaschen. Solche Bilder seien über Gebühr häufig veröffentlicht worden und führten dazu, die Bevölkerung aufzureizen. Auf diese psychologischen Momente hätten die früheren Regierungen nicht geachtet. Jedes Mitglied der Reichsregierung empfinde die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen im wahrsten Sinne als Pflicht. Begeistert sei es von ihnen nicht, denn die Arbeit sei an sich umfangreich genug. Wenn man nun schon, vielleicht aus internationaler Gepflogenheit heraus, an solchen Veranstaltungen teilnehme, dann müsse der Teilnehmer vor allem davor geschützt sein, dass seine Anwesenheit zu Missdeutungen führe.

Gebeten werde, in Zukunft solche Bilder wegzulassen. Ferner habe man festgestellt, dass die Presse beginnt, Bilder von Wohnungen und Wohnungseinrichtungen führender Persönlichkeiten zu veröffentlichen, die durch die Art der Wiedergabe den Tatsachen widersprechen. Durch geschicktes Photographieren könne man mit dem Bild einer Sofa-, Frühstücks- oder Bücherecke den Eindruck von Luxuswohnungen und Prunkpalästen hervorzubringen. Auch dieses sei in gar keiner Weise erwünscht.

Auf der anderen Seite vermisse man aber genügende und gute Bilder vom nationalsozialistischen Aufbauwerk. Diese seien

immer sehr stereotyp und simpel. Er wolle da zum Beispiel auf die Autobahnen aufmerksam machen, über die man viel mehr bringen könne.

Dr. Goebbels habe nicht die Absicht, sich in Zukunft noch eine vorstehend geschilderte, völlig falsche Bild-Berichterstattung gefallen zu lassen.»

Ein Griff in die grosse Zahl der täglichen Weisungen gibt die folgende vom 24. Mai 1935 in die Hand:

«In Essen beginnt demnächst ein Prozess gegen den ehemaligen Lotterie-Einnehmer Schoenwald wegen umfangreicher Unterschlagungen. Um das Vertrauen des Publikums zur Staatlichen Lotterie nicht zu erschüttern, wird gebeten, so klein wie möglich über den Prozess zu berichten, vor allem keine Vorbetrachtungen zu der Verhandlung anzustellen.»

Tags zuvor hatte eine Weisung gelautet:

«. . . dass Deutschland durchaus keinen Anlass zur einseitigen Parteinahme für Abessinien habe. Deutschland habe dort keinerlei Interessen, und infolgedessen bestehe kein Grund, Italien oder Mussolini wegen irgendwelcher Dinge, die mit Abessinien Zusammenhängen, zu verärgern oder zu beleidigen.»

Die amtlichen Sprecher, die dies sagten, und die Journalisten, die es hörten oder lasen, wussten natürlich, welches Gewicht das eine und welches das andere Thema hatte. Aber die Öffentlichkeit in Deutschland konnte sich nicht orientieren. Allein die Überlegungen der Reichsregierung bestimmten, was in welcher Form und mit welcher Betonung als Nachricht oder Meinung den Zeitungslesern und den Rundfunkhörern vorgesetzt werden sollte. Im Verhältnis zu Italien entwickelte sich die Frage Südtirol. Kurz und klar wurde dazu am 25. Mai 1935 gesagt, «. . . dass in Zukunft in aller Form und auf allen Gebieten jegliche Reiberei mit Italien zu vermeiden ist. Auf ausdrückliche Frage wurde erwidert, dass dies auch für die Südtiroler Angelegenheiten Geltung habe».

Mehr hielt die Regierung nicht für erforderlich. Genaueres konnte man nur durch persönliche Recherchen erfahren und kaum jemals anders denn als «vertrauliche Information» verwenden.

Nur vereinzelt gab es auch gewichtigere Weisungen oder Mitteilungen in der Pressekonferenz. Am 10. Juli 1935 – das deutsch-englische Flottenabkommen war noch keinen Monat alt – meldete die englische Presse, das ausgehandelte deutsche Schiffsbauprogramm sei bereits fertiggestellt gewesen, bevor Joachim von Ribbentrop, der damals noch nicht Reichsaussenminister, wohl aber «Beauftragter der Reichsregierung für Abrüstungsfragen» war, nach London gereist sei. Das Programm sei also nicht die Frucht des Abkommens, sondern die englische Regierung habe vor vollendeten Tatsachen gestanden. Diese Darstellung der englischen Presse durfte nicht in deutsche Veröffentlichungen übernommen werden.

Die Bitte kam aus dem «Büro Ribbentrop», wie die offizielle Bezeichnung lautete. Es arbeitete als ein zweites oder als das eigentliche Auswärtige Amt und wurde wegen der besonderen Nähe zu Hitler besonders beachtet. Diese Tatsache wiederum erleichterte recherchierenden Journalisten die gelegentlichen Gespräche im Auswärtigen Amt, auch allmählich mögliche Kontakte zu Mitarbeitern Ribbentrops. Die Konkurrenz belebte das Geschäft; was der eine andeutete, wusste der andere genauer – man musste schliesslich beweisen, dass man unterrichtet und wichtig war. Als später (am 4. Februar 1938) Ribbentrop offiziell Aussenminister wurde, änderte sich an diesem Zustand wenig: Die Mitarbeiter Ribbentrops übersiedelten ins Auswärtige Amt; die Karrierebeamten blieben unentbehrlich – ein für recherchiergewandte Journalisten unersetzlicher Zustand.

In der Fülle der in den Sommermonaten 1935 ausgegebenen Weisungen fiel ein Verbot besonders auf, «im Interesse der Förderung der Luftfahrt» über Flugzeugunfälle keine Bilder zu veröffentlichen (16. Juli). Am 20. Juli wurde die damals ärgste Hetzzeitschrift, *Der Stürmer*, verboten, was im Ausland mehr Aufsehen erregte als im Reich, wo es bekannt wurde, obwohl es in deutschen Zeitungen nicht berichtet werden durfte. Auslandsreisen sollten nicht propagiert werden. Eine Überschrift *Inflation in Italien als Folge des Abessinienkrieges* wurde als «wohl nicht sehr zweckmässig» bezeichnet. In Belfast hatte es einige Vorfälle gegeben, die als «Unruhen» bezeichnet wurden. Die deutschen Zeitungen nahmen kaum Notiz davon. Das wurde gerügt. Am 23. Juli

wurde gar eine «Sonderkonferenz» der Presse einberufen, in der die Weisung gegeben wurde, jede Zeitung müsse Nachrichten und Kommentare zu Belfast bringen. Vertraulich war zu erfahren, dass damit «ein Gegenschlag gegen ausländische Hetzberichte über Vorgänge in Deutschland» geführt werden sollte. Der Sprecher der Reichsregierung wies darauf hin, dass «in Amerika Lynchjustiz» zu verzeichnen sei, dass in Österreich «Protestantenverfolgungen» stattfänden, in Ostländern «Pogrome», in der Tschechoslowakei gehe der Kampf zwischen Regierung und Katholizismus weiter. In der Pressekonferenz herrschte (nach einer Darstellung des Vertreters der *Magdeburgischen Zeitung*, Fritz Loeff, der wir hier folgen) gähnende Langeweile, denn das war doch alles Ersatz für fehlende Nachrichten».

Jedoch – diese kamen dann überraschend über das Nachrichtenbüro der Reichsregierung, DNB. In der Pressekonferenz wurde auch auf die Spannung Danzig-Polen hingewiesen, aber die Weisung hinzugefügt, «mit Zurückhaltung» zu schreiben und «keine Riesenüberschriften» zu machen, doch «keine sachliche und ruhige Kritik, die an die Tatsachemeldungen anknüpfe, sei durchaus möglich. In den kommenden Tagen könne man das Vorgehen der Polen bedauern, soll aber keineswegs das ganze deutsch-polnische Verhältnis wieder aufrollen.» Tags darauf kam der Sprecher der Reichsregierung auf diese vorsichtigen und deshalb bezeichnenden Weisungen zurück:

«Es sei den Herren am Regierungstisch immer unangenehm, wenn sie eine Art von Zensuren austeilen müssten, da sie den Eindruck hätten, dass sie nicht zu diesem Zweck angestellt seien. Solche Zensuren seien ein sehr peinliches Geschäft. Man müsse immer bedenken, dass die Presse andererseits auch nicht dazu da sei, zum Befehlsempfang in der Pressekonferenz zu erscheinen, sondern dass sie wissen müsste, welche staatspolitischen Aufgaben sie zu erfüllen habe. Es gehe nicht an, dass die Presse sich über das, was von amtlichen Stellen mit grösstem Nachdruck gesagt werde, einfach hinwegsetze. Wie gesagt, habe allerdings der grösste Teil der Presse sehr wohl verstanden, um was es sich gehandelt habe.»

Dieser Bericht des Vertreters der FZ an die Hauptredaktion in Frankfurt belegt einen der Fälle, in denen zuweilen der

Versuch unternommen wurde, «zivile Formen nicht zu vergessen», wie Werner Stephan, der Sprecher, sich nach der Konferenz ausdrückte.

Schliesslich gab eine Tagung der Komintern in Moskau Anlass zu besonderen Weisungen. Am 25. Juli 1935 hiess es noch, in Sachen Danzig-Polen sei «grösste Zurückhaltung» zu üben und die Zeitungen dürften «insbesondere keinesfalls in der Sache und im Ton aufputschen». Am nächsten Tage sollten «die Berichte über den Komintern-Kongress in Moskau gross aufgemacht werden. In Glossen oder Artikeln sei dazu die Doppelzüngigkeit der sowjetischen Politik ironisch festzunageln: auf der einen Seite Weltrevolutionstendenzen, auf der anderen Seite durch Herrn Litwinow in Genf Völkerbunds-, d.h. Friedens- und Verständigungspolitik. Schlagartig müsse morgen früh in der ganzen Presse diese Beleuchtung des Kongresses zu lesen sein. Man möchte nicht morgen Mittag feststellen müssen, dass einige Zeitungen versagt hätten».

Während des nach fast jeder Konferenz noch für einige Minuten stattfindenden «Stehkonvents» bemerkte der Sprecher der Reichsregierung, der dies vorgetragen hatte, in Beantwortung einer Frage: Man wolle doch dabei nicht so genau zwischen Staatspolitik und Parteipropaganda unterscheiden, «dies gibt es ja auch anderswo».

In der folgenden Pressekonferenz wurde jede Nachricht darüber untersagt, dass «heute eine Anweisung an alle Standesbeamten ergeht, nach der in Zukunft Ehen zwischen Volljuden und Vollariern nicht mehr geschlossen werden sollen». Auch wenn diese Anordnung in Fachblättern veröffentlicht werde, dürfe die Tagespresse sie nicht nachdrucken.

Dagegen sei aber – so in der gleichen Konferenz angewiesen – «der kommunistische Überfall auf die *Bremen* in New York aus staatspolitischen Gründen gross aufzumachen. Es sei notwendig, dass die deutsche Presse einen scharfen Gegenstoss führe. Was würde wohl die Welt dazu sagen, wenn in einem deutschen Hafen die Flagge beispielsweise der USA von einem Schiff heruntergeholt würde? Welche Folgerungen würde man dann auf die Verhältnisse bei uns ziehen!»

Es hatte wieder etwas zum «Aufputschen» gegeben; man spürte die Zufriedenheit der Sprecher in der Pressekonferenz. Aber schon in den folgenden Tagen hiess es in der gleichen

Sache: « . . . nicht zu gross aufmachen.» Und als kurz danach in New York das Urteil gegen die «kommunistischen Übeltäter» gefällt wurde, durfte nur nach DNB berichtet werden, also knapp: Die Männer waren nämlich freigesprochen worden. Aber – der Richter sei Jude, und es folgte die Weisung (7. September 1935),

« . . . das Urteil aufs Schärfste zurückzuweisen, wobei natürlich die amerikanische Regierung selbst nicht angegriffen werden soll. Im Übrigen aber möge man seinen Gefühlen keinen Zwang antun. Man könne ohne Weiteres feststellen, dass dieses Urteil auf das amerikanische Volk zurückfalle. Für die Amerikaner selbst sei ihre Flagge das Heiligste, und um so mehr hätte man erwarten dürfen, dass auch die Flagge eines fremden Staates Achtung finde. Man könne in dem Kommentar auch sagen, was wohl die Amerikaner tun würden, wenn ein deutscher Richter ihre Flagge als die von Gangstern bezeichnen würde. Fragen könne man auch, ob das Urteil wirklich dem amerikanischen Empfinden entspreche. Der Name des Richters komme häufig in Südrussland vor, wo seine Träger meist Juden seien, so dass es sich bei ihm wohl um einen Einwanderer handle. Selbstverständlich habe der deutsche Botschafter sofort Protest eingelegt. Man müsse die Erwartung aussprechen, dass die amerikanische Regierung von sich aus gegen das ungeheuerliche Urteil das Nötige veranlassen werde. Das Urteil und seine Zurückweisung müssten sehr gross aufgemacht

Die Urteilsbegründung, so wurde vom Sprecher noch mitgeteilt, «ist nämlich eine grosse Beschimpfung der Hakenkreuzflagge». Der Richter hiess angeblich Brodsky.

Am 10. September 1935 eröffnete Hitler in Nürnberg den *Parteitag der Freiheit*. Die wichtigsten Reden wurden am 13. und am 15. September gehalten. Natürlich behauptete Hitler - wie stets -, dass der Frieden sein vornehmlichstes Ziel sei. Aber die Frage Litauen (also die Memelfrage) müsse «in Ordnung gebracht und endgültig gelöst» werden, und auch: das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*, das antisemitische «Nürnberger Gesetz», der «Beginn der Lösung der Judenfrage», sei daneben das wichtigste Ziel der Arbeit seiner Regierung.

Mussolini greift nach Abessinien

So bereitwillig die meisten deutschen Zeitungen dem Par- teitag den grössten Raum widmeten, fehlte es dennoch nicht an Nachrichten über beunruhigende Vorgänge im Mittelmeerge- biet. Die Nachrichten wurden überwiegend aus ausländischen Quellen entnommen. Prompt folgte (am 19. September) der Stop: «Man bitte, mit solchen Meldungen etwas vorsichtiger umzugehen. Auch müsse man immer die Quelle für Mel- dungen dieser Art angeben.» Die Journalisten beachteten: «... für Meldungen dieser Art.» Denn im Allgemeinen war die Quellenangabe nicht mehr unabdingbare Pflicht für Nachrichten, obwohl sie zum ersten Lehrsatz journalistischer Ausbildung ge- hört.

Die öffentliche Meinung spürte die Nähe des Krieges. «Die Einstellung der deutschen Presse im abessinischen Konflikt müsse weiter neutral bleiben», so lautete zwei Tage darauf die strikte Weisung. Weder «schiedsrichterliche Aufgaben», noch «gutachtliche Äusserungen» seien Sache der deutschen Zeitungen.

Fritz Loeff, Korrespondent der *Magdeburgischen Zeitung* in Berlin, war entweder selbst in Italien gewesen oder hatte einen Bericht des Korrespondenten seiner Zeitung zur Verfü- gung. Er berichtete, und es wurde notiert (22. September 1935):

«In Rom herrsche nicht geringes Erstaunen über die deutsche Haltung. Hitler riskiere keine Zustimmung zu Mussolinis Husa- renstück in Abessinien. Es gibt Ausdrücke, die beinahe wie ‚Verrat‘ zu übersetzen sind. Man hat sich die deutsche Reaktion anders vorgestellt und fühlt sich verlassen.»

Am 25. September mahnte der Sprecher der Reichsregierung:

«In der ausländischen Presse seien gelegentlich Meldungen über Unstimmigkeiten innerhalb der italienischen Regierung, z.B. im *Oeuvre*. Es wird nachdrücklich gebeten, von diesen Gerüchten keine Notiz zu nehmen und sie keinesfalls in die Zeitung aufzu- nehmen.»

Auf keinen Fall wollte die Reichsregierung in den Konflikt einbezogen werden. Immer wieder mahnte sie zu Zurückhaltung. Selbst eine Betrachtung der italienischen Zeitung *Giornale d'Italia*, die einen Vergleich und eine Parallele zwischen dem Fall Mandschukuo und dem Abessinienkrieg herstellte, durfte «nicht in grösserem Umfange» in deutsche Zeitungen übernommen werden, weil man fürchtete, das «könnte als abweichend von der deutschen Neutralität betrachtet werden». Es hiess in dieser Weisung (26. September 1935) weiter:

«Eine Reuter-Meldung aus Addis Abeba, nach der zwei Deutsche von abessinischen Soldaten angegriffen und mit Steinen beworfen worden seien, soll nicht abgedruckt werden. Es habe sich herausgestellt, so heisst es bei Reuter, dass der Abessinier glaubte, es mit Italienern zu tun zu haben. Reuter knüpft daran allerdings die Bemerkung, dass einer der deutschen Flieger in abessinischen Diensten sei, was nicht zutreffe.»

Der «Konflikt», der von Beginn an ein Krieg war, begann am 2. Oktober 1935. Am folgenden Tage lautete die Sprachregelung für die deutsche Presse nach dem Bericht der FZ-Vertreter:

«Schon vor einigen Tagen sei, so wurde vom Propagandaministerium gesagt, gebeten worden, bei der Berichterstattung über den italienisch-abessinischen Konflikt besonders gewissenhaft und sorgfältig zu verfahren. Diese Bitte wurde heute nachdrücklich wiederholt und auf die besondere Verantwortung aufmerksam gemacht, die den Zeitungen auf dem Gebiet der Berichterstattung über dieses Thema gegenwärtig obliege. Selbstverständlich müssten alle Nachrichten genau auf Verlässlichkeit und Richtigkeit hin geprüft werden, selbstverständlich müsse man auch Gegenäusserungen der Parteien bringen, die sich gegen irgendeine Äusserung oder ein Ereignis wendeten, und vor allem wurde daran erinnert, dass immer die Quelle einer Nachricht genannt werden müsste, damit keinerlei Irrtümer und Entstellungen aufkommen könnten und der Eindruck einer völlig sachlichen und neutralen Berichterstattung unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe.»

Die deutschen Zeitungen liessen unzweideutig erkennen, wo ihre Sympathien lagen. Deshalb folgte auch noch diese Mahnung:

«Was gestern eine Zeitung bereits getan habe, nämlich in eine eigene Erörterung der deutschen Beteiligung an Sanktionsmöglichkeiten einzutreten, möge man unterlassen. Ausländische Stimmen hierüber seien natürlich wiederzugeben, aber von einer eigenen Stellungnahme gegenüber den vom Ausland allenfalls gegebenen Anregungen in der Sanktionsfrage sei abzusehen.»

Sanktionen sollten gegen Italien, nicht gegen Abessinien verhängt werden. Erst am 11. November erklärte die Reichsregierung, dass sie sich an Sanktionen nicht beteiligen werde. Ihr Schwanken hatte heftige Proteste in Italien ausgelöst, wovon mehrere Informationen berichteten, die im Auswärtigen Amt mit erkennbarer Genugtuung mitgeteilt wurden. Denn man liess im AA keinen Zweifel an der klaren Verurteilung «des verrückten und verbrecherischen Unternehmens», das Mussolini begonnen hatte (Name auf der Notiz unleserlich, wahrscheinlich Aschmann). Offiziell wurde in der Reichspressekonferenz am 7. Oktober 1935 die Weisung gegeben:

«Um Wahrung der Neutralität im Abessinienkrieg wurde dringend gebeten. Es sei weder angängig, dass eine gewisse sentimentale Stimmung für Abessinien nach dem Vorbild im Burenkrieg aufkomme, noch habe man Anlass, auf italienische Propagandameldungen hereinzufallen, die aus verschiedenen Gründen besonders leicht an die deutsche Presse herankommen. Oft seien solche Meldungen ganz harmlos abgefasst, hätten aber doch den offensichtlichen Zweck, nur propagandistisch zu wirken. So sei es als Meldung geradezu absurd, weil selbstverständlich, dass italienische Pioniere nach Einnahme einer Stellung eine Telefonverbindung herstellen. Auch die Meldung über die Beschiesung des Flugzeuges des Grafen Ciano sei weiter nichts als eine Propagandameldung. Ebenso stehe es mit der Notiz, dass eine alte Frau dem Duce ihren Ehering geschickt habe für einen Fonds, mit dessen Hilfe die Folgen eventueller wirtschaftlicher Sanktionen ausgeglichen werden könnten.»

Nur fünf Tage später jedoch sagte Ministerialrat Dr. Jahncke, der Sprecher der Reichsregierung, in der offiziellen Pressekonferenz:

«Die Situation habe sich nun durch Einsetzung des Sanktionsausschusses dahin geändert, dass sich naturgemäss in der Presse

der Sanktionsländer eine stark italienfeindliche Haltung bemerkbar mache. Man habe den Eindruck, dass diese italienfeindliche Zweckpropaganda gleichzeitig auch stark antifaschistisch sei. Es bestehe das Gefühl, dass die deutsche Presse diese Tendenz noch nicht bemerkt habe ... Es wird dringend gebeten, darauf zu achten, dass diese eindeutige Propaganda, die in geschickter Weise auch darin bestehen könne, dass man zweifellos sichere Eroberungen der Italiener wieder als unrichtig hinzustellen versuche, sorgfältig geprüft werden. Im Besonderen wurde hier noch erwähnt, dass man es z.B. nicht für gut halte, eine United-Press-Meldung über Verwendung von Gasbomben durch die Italiener abzudrucken, weil auch sie vielleicht Propaganda sei.»

Der in Italien sich ausbreitende Unwille gegen die Reichsregierung trug Früchte. Die Abessinier hatten die Stadt Adua wieder zurückerobert, und die Italiener hatten, ungeachtet bestehender Abkommen oder selbstverständlicher Humanität, Gas-Munition eingesetzt; das war der Sachverhalt, der in der Welt Empörung hervorrief. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr häuften sich die Weisungen, die seine Bedeutung und die Tatsachen selbst herunterzuspielen versuchten. Der Krieg habe «noch nicht richtig angefangen» (so am 1. November 1935, als er bereits einen Monat lang Schrecken verbreitete), es seien auch «noch keine grossen Kämpfe» gewesen, sondern « . . . bisher handele es sich mehr oder weniger um Vorfeldkämpfe. Es bestehe die Möglichkeit eines abessinischen Gegenstosses, der dann einen gewissen Erfolg haben könnte. Entsprechend der bisherigen Aufmachung müsste man dann diesen Erfolg auch gross bringen . . . »

Die öffentliche Meinung im Deutschen Reich wurde systematisch ohne zuverlässige Kenntnis der Tatsachen auf dem Kriegsschauplatz gelassen. Am 14. Dezember 1935 endlich heisst es in einem Bericht aus der Pressekonferenz:

«Jetzt müsse auch einmal in der deutschen Presse etwas zur ganzen Situation geschrieben werden. Eine Stellungnahme der deutschen Presse sei erwünscht, aber keine Parteinahme. Man könne die Problematik der ganzen italienisch-abessinischen Angelegenheit als solche schildern, aber, wie gesagt, weder für Italien noch für Abessinien Partei nehmen, sich auch nicht gegen England festlegen usw.»

Die deutschen Kolonialfragen, die in diesem Zusammenhang zur Erörterung gelangen könnten, sollten aber auf keinen Fall angeschnitten werden. Hier galt ein Tabu von Beginn an. Die Reichsregierung liess nicht erkennen, was jedoch in Gesprächen mit Beamten des AA durchaus sichtbar wurde, dass man in Hitlers Umgebung an einem Sieg der Italiener in Abessinien zweifelte, ihn vielleicht nicht einmal wünschte. Am 30. Dezember 1935 hiess es aus der Pressekonferenz:

«Das *Berliner Tageblatt* habe gestern einen an sich interessanten Artikel über den Krieg in Abessinien, *Die schiefe Front*, gebracht. Ob aber in ihm alles richtig sei, könne nicht beurteilt werden, und man fürchte, dass auch der Artikelschreiber selbst dies nicht könne. Jedenfalls sei es aber unter keinen Umständen richtig, die Lage der Italiener so düster darzustellen, wie es in diesem Artikel geschehen sei. Solange nicht völlig zweifelsfreies Material vorliege, könne man einen Zusammenbruch der Italiener nicht an die Wand malen. Man bittet dringend, nur anhand des amtlichen Materials aus Rom und aus Addis Abeba zu schreiben und nicht zu kühne Kombinationen zu machen.»

Das Interesse «für die italienische Unternehmung» sei überhaupt «nur von theoretischer Bedeutung», heisst es in einer Notiz über ein Gespräch mit dem Sprecher der Reichsregierung, Alfred Ingemar Berndt (vom 3. März 1936), in der weiter gesagt wird: «Wir werden sehen, was sie leisten können und wie die Welt auf ihre Massnahmen reagiert. Das ist für uns doch viel interessanter. Wir haben andere Überlegungen, die uns mehr angehen.»

Zwei Monate danach war der Krieg in Abessinien beendet (5. Mai 1936). Bis zum letzten Tage hatten massgebliche deutsche Zeitungen für Abessinien und gegen Italien Stellung genommen. Am 7. April 1936 wurden die *Münchener Neuesten Nachrichten* gerügt, « . . . die typisch seien für die Darstellung, in der alle italienischen Erfolge so klein wie möglich und alle abessinischen Mitteilungen besonders gross herausgebracht würden. Man frage sich, was für ein Erfolg mit dieser Art der Aufmachung erzielt werden solle, ganz abgesehen davon, dass die Art des Aufmachens faktisch unrichtig sei».

Vorbeugend über den Rhein

Das «eigene deutsche Interesse», von dem Berndt am 3. März 1936 gesprochen hatte und das für die Haltung der Regierung allein massgebend war, wurde vier Tage danach realisiert: Deutsche Truppen marschierten am 7. März 1936 in das nach dem Ersten Weltkrieg entmilitarisierte Rheinland ein. In der Pressekonferenz vom 3. März 1936 hatte die erste Weisung gelaftet:

«Herr Berndt hat die dringende Bitte ausgesprochen, über die entmilitarisierte Zone nichts zu schreiben und auch nichts über die deutsch-englischen Flottenverhandlungen.»

Das Vermischen zweier Themen zu einer Weisung war die oft angewandte Praxis, wenn nicht sofort erkannt werden sollte, welches der beiden Themen das akutellere sei. Das erwähnte Gespräch mit Alfred Ingemar Berndt wurde durch diese Doppelweisung angeregt, es verdeckte nichts mehr, aber es brachte auch keinen Fingerzeig. Der Einmarsch über den Rhein sollte für die mit Italien und Abessinien beschäftigte Welt eine totale Überraschung werden. Für die Öffentlichkeit in Deutschland wurde dieses Ziel auch erreicht.

Ein Sturm der Entrüstung brach im Ausland los: Deutschland hatte bestehende Verträge rücksichtslos gebrochen. Hitler hielt eine seiner bei solchen Ereignissen üblichen Reden, die sich in Friedensbeteuerungen erschöpften. In der Pressekonferenz vom 7. März 1936 wurde dazu von dem Sprecher des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Aschmann, gesagt:

«Die Argumente der Rede richten sich in erster Linie gegen Frankreich. Entsprechend ist darauf hinzuweisen, dass die französischen Bemühungen, England in engere Verbindung zu Frankreich zu ziehen, niemals auf gehört haben . . . Juristisch hat Russland in diesem Zusammenhang keine Rolle gespielt. . . Man kann die Frage aufwerfen, ob die heutige Haltung Englands noch mit der eines unparteiischen Garanten von Locarno* vereinbar ist.»

* Vertragssystem von Locarno, 16. Oktober 1925 abgeschlossen; gemeinsame Bürgschaft Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens für die deutschen Westgrenzen, Entmilitarisierung des Rheinlandes, Angriffsverbot für alle Unterzeichner, Verpflichtung zu friedlicher Regelung aller Streitigkeiten. Vom Deutschen Reich ratifiziert.

Diese für Kommentare gedachten Hinweise auf die Verantwortung der Westmächte für einen von Hitler befohlenen Einmarsch überraschten nicht. Die Presse erhielt dazu die Weisung, die Frage zu stellen, «was aus dem französisch-sowjetrussischen Pakt in anderen Händen als denen der gegenwärtigen französischen Regierung werden kann». Es heisst dann weiter (in dem Bericht des Vertreters der FZ an die Hauptredaktion):

«Von der Gegenseite wird weiter gesagt werden, Deutschland habe ein *fait accompli* durch den Einmarsch geschaffen, worauf zu entgegnen ist, dass die anderen eben durch das Bündnis mit Sowjetrussland vollendete Tatsachen geschaffen haben. Deutschland wurde zwangsweise vor die Frage gestellt, handeln zu müssen. Sich aufs Verhandeln zu verlassen, hätte nach den Erfahrungen, z.B. mit der Abrüstung, keinen Zweck gehabt. Abgesehen von der moralischen Seite des Einmarsches in die Rheinland-Zone muss der Charakter dieses Einmarsches als Demonstration hervorgehoben werden. Er ist als Protest gegen Verletzung des Locarno-Vertrages zu werten und nicht als militärische Aktion. Mit erwähnt werden müsste auch der sowjetrussisch-tschechische Vertrag, der sich ausschliesslich gegen Deutschland richtet. Deutschland hat nicht überstürzt gehandelt, wenn man bedenkt, wie schnell die Gegenseite mit Handlungen bereit ist (Ruhr-Einmarsch, Truppenzusammenziehungen an der französischen Saar-grenze vor der Abstimmung usw.).»

Die sehr ausführliche Weisung für die von der Reichsregierung geforderte Kommentierung brachte alle in langer Vorbereitungszeit entwickelten Argumente vor und liess dem kritischen Journalisten keinen Zweifel daran, dass nicht nur ein einzelner «Akt der Wiedergutmachung» in Selbstjustiz vorgenommen worden, sondern dass diese Aktion Hitlers die erste in einer Reihe noch bevorstehender war. Dies – so hält eine Notiz aus jenen Tagen als Ansicht der Mehrzahl der Gesprächspartner fest – «zwingt immer mehr zu genauer Beachtung der offiziellen Aussagen, verglichen mit den weniger amtlichen Äusserungen, die in Unterhaltungen mit Beamten vor allem des AA zu hören sind» (7. März 1936). In der von Geheimrat Aschmann offiziell vorgetragenen Kommentaranweisung hiess es weiter:

«Was Deutschland getan hat, sind vorbeugende Massnahmen. Wir mussten darauf bedacht sein, das Gleichgewicht wiederherzustellen, indem wir von unserem guten Recht Gebrauch machten, für unsere Sicherheit zu sorgen. Wir haben dabei dem Gefühl und der Einstellung der anderen Rechnung getragen, indem wir das Angebot machten, Locarno auf eine neue Basis zu stellen, Nichtangriffspakte abzuschliessen usw. . . . Massgebend für Deutschland ist, dass es sich nicht um juristische Fragen, sondern um politische handelt, die ein Gerichtshof nicht entscheiden kann.»

Der vom Auswärtigen Amt gegebene Weisung fügte der Sprecher der Reichsregierung («die Stimme Goebbels'», wie es unter den Journalisten hiess), Alfred Ingemar Berndt, hinzu, «man wünsche schöne Stimmungsbilder vom Rhein über den Einmarsch der Truppen, die Begeisterung der Bevölkerung, das Gefühl der Bevölkerung, von einem Alpdruck befreit zu sein». Berndt fuhr aber fort: «. . . natürlich nicht das ‚Siegreich woll'n wir Frankreich Schlagern, während eigentlich gegen ‚Die Wacht am Rhein weniger zu sagen wäre.» Berndt verbot, die Bezeichnungen der Truppenteile zu nennen und Garnisonen mitzuteilen, und sagte weiter: «Ein paar Sonderberichterstatter seien in der Nacht auf geheimnisvolle Weise ins Rheinland verfrachtet worden, um heute gleich in der Frühe Sonderberichte machen zu können. In ihren Berichten könne man die geheimnisvolle Art ihrer Verfrachtung stehenlassen.»

Weisungen dieser Art kennzeichnen zugleich Triumph über gelungene Geheimhaltung und Überraschung (die jedoch nur im Inland möglich war) und Andeutung nachfolgender Aktionen. Am 9. März, zwei Tage danach, lobte der Leiter der Abteilung Auslandspresse im Propagandaministerium, Dr. Ernst Brauweiler*, die inzwischen festgestellte «ganze Haltung» der deutschen Presse; sie «müsse so sein, dass daraus eine zuversichtliche Stimmung hervorgehe». Nach dieser Konferenz sagte Brauweiler vor einer kleinen Gruppe ihn umringender Journalisten zusätzlich: «Zuversicht ist nötig, denn kommende Taten haben die Zustimmung der Bevölkerung zur Voraussetzung. Es darf keine Furcht vor Krieg entstehen.

* Propagandaministerium, Abteilung Aussenpolitik und Auslandspresse.

Jetzt ist mit ständigen Schritten wohl zu rechnen» (Notiz vom 9. März 1936).

Die «Furcht vor dem Krieg» wurde auch danach immer wieder hervorgekehrt. Als die Locarno-Mächte offiziell feststellten, das Deutsche Reich habe den Pakt gebrochen, lautete eine Weisung (13. März 1936):

«Sollte der Rat (Völkerbund) den Vorschlägen der Interessierten folgen, dann handelt es sich bei ihm nicht mehr um eine Entscheidung für den Weltfrieden, für den er nach Artikel 7 der Völkerbundsatzung die höchste politische Instanz ist, sondern um das mechanische Abrollen eines von den Interessierten bestellten Fehltrteils.»

Geheimrat Aschmann vom Auswärtigen Amt, der das Verhalten des Völkerbundsrates solcherart kennzeichnete, fügte nach der Konferenz im Gespräch hinzu, es sei «doch klar, dass die Reichsregierung sich an solche Erklärungen der einen Seite nicht halten werde»; und auf den Einwand eines Journalisten, der Völkerbundsrat bestehe aber nicht nur aus interessierten Mächten, folgte die Antwort: «Solche feinen Unterschiede sind ganz unrealistisch. Sie sind alle gegen uns, das wissen wir.»

Mit dem Ausdruck des Stolzes hatte er bereits in der offiziellen Konferenz auf Anfrage erwidert, «dass man die Meldung über eine deutsche Truppenstärke von 120.000 im Rheinland niedriger hängen sollte». Aber der Stolz stand in deutlichem Widerspruch zu der auch am folgenden Tage, nun nicht von Aschmann, sondern von Berndt, wiederholten und besonders streng formulierten Weisung:

«Die anderen Mächte hofften ja nur, Unruhe in das deutsche Volk zu tragen und dadurch einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben zu können. Man werde mit aller Schärfe gegen Zeitungen vorgehen, die irgendwie Beunruhigung verursachten.»

Der deutsche Standpunkt sollte in einer Rede dargelegt werden, die Ribbentrop in London halten sollte, um den Beschluss des Völkerbundsrates noch zu beeinflussen. Sie musste von allen Zeitungen in besonderer Aufmachung gebracht werden, wobei tatsächliche Vorgänge nur nachricht-

lich und wenig betont gemeldet werden durften. Der Völkerbundsrat kennzeichnete jedoch am 19. März 1936 das deutsche Vorgehen als Vertragsbruch. Die Weisung zur Kommentierung dieser aussenpolitisch höchst bedeutsamen Entscheidung wurde am 21. März so gegeben, als handele es sich um die Beurteilung von «Dokumenten der Locarno-Mächte», die man studieren müsse und die «keine Basis für weitere Abkommen» böten. Aus dem Bericht weiter: «Man dürfe aber nicht schreiben, dass die deutsche Regierung ablehne, sondern dass die Ablehnung von der öffentlichen Meinung Deutschlands ausgehe.»

Diese Öffentlichkeit indessen kannte nur wenig von den «Dokumenten» und so gut wie nichts vom politischen Gewicht des Beschlusses des Völkerbundsrates. Die Weisung fuhr fort:

«Die Ausländskorrespondenten müssten fleissig alle Stimmen beibringen, die einerseits Bedenken gegen die Methode dieser Dokumente äusserten, andererseits aber auch in den Versailler Jargon zurückfielen . . . Man könne . . . von einem Wiedererwachen des Geistes von Versailles sprechen und an die zahllosen französischen und anderen Vertragsbrüche erinnern (Wilsonsche Punkte, den Ruhr-Einbruch, die Nichtabrüstung usw.). Das deutsche Hauptargument sei, dass an der uneingeschränkten Souveränität über deutsches Gebiet nichts geändert werden könne . . . Die zweite deutsche Hauptthese sei die von der Gleichberechtigung.»

Die sehr ausführliche Weisung brachte gegenüber den Aussagen der Regierungsvertreter vor dem Beschluss des Völkerbundsrates nur noch einen neuen Punkt:

«Falsch und diskriminierend werde auch (in den Dokumenten des Völkerbundsrates) der mögliche Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund behandelt. Deutschland sei bereit, einzutreten, aber sozusagen für eine Prüfung seiner Würdigkeit zur Rückkehr in den Völkerbund sei kein Raum.»

Zu solchen Hinweisen betonte Dr. Ernst Brauweiler am 24. März noch, die deutsche Presse müsse «immer wieder auf den eigentlichen Ursprung des ganzen Falles, nämlich den Pakt mit Sowjetrussland, zurückkommen». Als dann nach der

Pressekonferenz Brauweiler von Journalisten, insbesondere von Karl Brammer, darauf hingewiesen wurde, dass Kommentare dieser Art für den Leser in Deutschland unverständlich bleiben würden, weil die Information über die Tatsachen fehle, zu denen Stellung zu nehmen sei, erwiderte Brauweiler: «Dann müsse man so schreiben, dass aus dem Kommentar die für uns wichtigen Nachrichten entnommen werden können», und er fügte hinzu: «Ihre Leser haben doch längst gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen» (Notiz vom 24. März 1936).

Drei Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen ins linksrheinische Gebiet fanden Wahlen zum Deutschen Reichstag statt.

Der «Charakter dieses Einmarsches als Demonstration» sollte Wirkung im Innern tun. Um die Wirkung nach aussen hatte sich die Regierung wenig geschert. Hitler wollte von den uninformierten, mit allen Mitteln der Propaganda gelenkten Deutschen seine Machtposition bestätigt haben, um auch mit einer Demonstration dieser Art wiederum behaupten zu können, die öffentliche Meinung in Deutschland verlange seine Massnahmen, gleich welcher Art und zu welchem Zweck, und billige sie. Es sollte in der Presse nur von «Wahlen» gesprochen werden und keinesfalls von einer «Abstimmung»:

«Bei der Wahlpropaganda sei niemals etwa die Parole zu verwenden ‚Dein Ja dem Führer!‘, weil es ja keine Abstimmung, sondern eine Wahl sei. Also: ‚Deine Stimme dem Führer!‘» (Pressekonferenz 11. März 1936).

Für die ganze Zeit der Wahlvorbereitung müsse der kleine Tageskampf schweigen, so hatte am Tage zuvor Alfred Ingemar Berndt in einer besonders einberufenen Pressekonferenz erklärt. Er hatte die Hauptschriftleiter aller Zeitungen und die innenpolitischen Redakteure durch *Rundruf* zu dieser «Wahl-Konferenz» eingeladen, in der er Folgendes anordnete:

«Die Erörterung der Religionsfragen ist zu unterlassen. Devisenprozesse interessieren nicht. Die Meckerer müssen für eine positive Haltung gewonnen werden. Es ist Recht und Pflicht eines jeden, für die Friedenspolitik des Führers zu stimmen. Es geht bei dieser Wahl nicht darum, das Vertrauen auszusprechen für eine Reihe von Kandidaten, sondern um das Vertrauen für den Führer

in seinem Kampf um Deutschland. Es ist also kein Wahlkampf gegen irgendwen, sondern ein Wahlkampf für Deutschland. Je mehr Stimmen Hitler bekommt, um so stärker ist seine Stellung dem Ausland gegenüber, um so mehr kann er für Deutschland herausholen . . . Der Wahlkampf wird geführt für Völkerfrieden, -Versöhnung und -Verständigung. Deutschland will Volks- und Völkergemeinschaft. In der gesamten Zeit bis zur Wahl soll alles nicht zu diesem Thema Gehörende aus der Diskussion bleiben . . . Mit Klugheit und Überlegung muss alles auf Wirkung hin geprüft werden, was zur Wahl geschrieben wird.

In den aussenpolitischen Betrachtungen ist ein Vergleich lohnend zwischen dem Zustand von 1932 und heute. Darzustellen sind die Befreiung Deutschlands aus dem Gestrüpp der Pakte, die Deutschland versklavten, die in der Zwischenzeit abgeschlossenen Handelsverträge, das deutsch-englische Flottenabkommen, der Vertrag mit Polen, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Schaffung einer deutschen Luftmacht usw. . . .

Ungefähr den Raum einer Seite muss täglich, verteilt auf die ganze Zeitung, das Material aus dem Wahlkampf umfassen, wobei es geschickt zwischen das übrige Material eingestreut werden soll. ,.

Wenn von Völkerfrieden und -Verständigung geschrieben wird, hat man sich zu hüten vor einem kraftlosen, liberalistischen Pazifismus. Es muss klar zum Ausdruck kommen, dass wir ein ehrliebendes Volk sind, das sich nichts abhandeln lässt. ..

Für die innere deutsche Entwicklung ist das Moment des Glaubens an den Führer nicht ausser Acht zu lassen. Der Satz, dass der Glaube Berge versetzen könne, habe sich in den drei letzten Jahren in Deutschland in wunderbarer Weise bewahrheitet.»

Berndt fuhr in dieser Art, sich mehrfach wiederholend, fort, nannte Quellen, aus denen zu schöpfen sei, und mahnte:

«Von diesem Material soll ausgiebig Gebrauch gemacht werden. Man wird sich die Zeitungen daraufhin ansehen, in welchem Masse sie ihrer staatspolitischen Aufgabe gerecht werden, und wird ihre Gesamtbeurteilung davon abhängig machen.»

Solche und ähnliche Weisungen für die Wahlarbeit, die von der gesamten deutschen Presse und nicht weniger vom Rundfunk geleistet werden sollte, folgten auch in den nächsten Tagen. Jede Zeitung musste eine besondere «Wahlnummer» herausbringen. Material zur Aussenpolitik sollte auf die Hälfte

verringert und nur im Innern des Blattes veröffentlicht werden. Am 25. März 1936 teilte Berndt in der Pressekonferenz mit,

« . . dass man eine Kontrolle der Liste der Wahlberechtigten in der Weise vornehmen wird, dass am Sonntag von vier Uhr an jeder, der in der Liste steht, aber bis dahin noch nicht gewählt hat, aufgesucht und nach dem Grund seiner Wahlenthaltung gefragt wird. Auf diese Weise sollen dann die nicht-stimmberechtigten Juden und auch die zum Militär Eingezogenen genau festgestellt werden. Berichtet werden darf aber über diese Methode nichts. Infolgedessen ist es noch einmal verboten worden, die Zahl der Wahlberechtigten zu veröffentlichen. Dies gilt auch für den Sonntagabend selbst.»

Am folgenden Tage lautete eine Weisung:

«Morgen und übermorgen soll in allen Zeitungen im Reich als Schlagzeile einer der folgenden Sätze stehen: ‚Ganz Deutschland hört am 27. und 28. März den Führer im Rundfunk« oder ‚Alle Volksgenossen hören den Führer am 27. und 28. März im Rundfunk«.»

Eine Notiz des Berichterstatters verzeichnet an dieser Stelle «Heiterkeit». Sie besagt, dass die Journalisten solche Weisungen noch immer auf ihre Art beurteilten. In dieser Konferenz wurde übrigens eine Anzahl von Artikeln vom Sprecher der Reichsregierung an Zeitungen verteilt; ihre Veröffentlichung war Pflicht. (Die FZ erhielt einen Beitrag von Carl Bosch.) Ein als Mater an alle Zeitungen verschicktes Hitlerbild musste in jeder Zeitung veröffentlicht werden. Das Wahlergebnis lautete auf 99 Prozent aller abgegebenen Stimmen für Hitler. Er fühlte sich bestätigt und setzte seine Vorbereitungen fort.

Dass es dabei Gegendemonstrationen gab, wurde kaum je bekannt. Am 31. März 1936, zwei Tage nach der Wahl, lautete die erste an die Presse gegebene Weisung:

«Es wird angeordnet, dass der Name von Hugo Eckener und Bilder von ihm in der deutschen Presse ab sofort nicht mehr veröffentlicht werden dürfen. Er habe zu der Wahl eine höchst seltsame Stellung eingenommen, so dass keine Möglichkeit mehr bestehe, ihn in der Öffentlichkeit zu nennen.»

Der Berichterstatter der FZ teilte seiner Redaktion dazu mit:

«Wie ich hörte, hat er es abgelehnt, zur Wahl eine Erklärung abzugeben, und zwar mit der Begründung, er sei Ingenieur und kein Politiker.»

In jener Rede, für die Schlagzeilen in allen Zeitungen hatten werben müssen, richtete Hitler am 28. März 1936 abermals einen leidenschaftlichen «Friedensappell» an die ganze Welt, vergass jedoch nicht, auch seinen Kampf für die Zukunft anzukündigen: gegen die Juden und gegen den Kommunismus. Für die nächsten Wochen jedoch standen andere Themen an: Die Olympischen Spiele sollten in Berlin ausgetragen werden, die Welt würde auf Berlin schauen – man wollte eine gute Chance nutzen.

Schatten kommender Ereignisse

Zu widerhandlungen werden nicht geduldet

Am 18. Dezember 1935 wurde in der Pressekonferenz mitgeteilt, «dass der 76 Meter hohe Beobachtungsturm auf dem Olympiagelände auf Wunsch des Reichskanzlers nicht *Führerturm* genannt werden soll, sondern *Glockenturm*». Auf eine Frage antwortete der Sprecher, dies gebiete «ausserpolitisches Taktgefühl». Am 19. Dezember 1935 gab dann der *Reichssportführer*, Hans von Tschammer und Osten, der Presse vertrauliche Informationen zur Vorbereitung der Olympischen Spiele:

«Das uns unfreundlich gesonnene Ausland hat die Bedeutung der Olympischen Spiele für das nationalsozialistische Deutschland voll erkannt, daher auch die teilweise heftige Propaganda gegen eine Beteiligung. Am schärfsten war der Kampf in den USA, wo er in erster Linie von Samuel Untermayer geführt wurde. Mit knapper Mehrheit ist nun die Teilnahme dieser Tage doch beschlossen worden . . .

Unter Zustimmung des Stellvertreters des Führers und Reichskanzlers ist Helene Mayer eingeladen worden, an der Olympiade teilzunehmen. Sie ist Halbjüdin. In einem Brief hat ihr der Reichssportführer bestätigt, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Sie hat daraufhin ihre Teilnahme zugesagt. Die Einladung Helene Mayers war ein ausschlaggebender Faktor gegen die jüdische Propaganda in den USA . . .

Es kann schon heute mit Bestimmtheit gesagt werden, dass der deutschen Olympiade-Mannschaft keine Juden angehören. Auch auf den früheren Olympiaden waren übrigens keine Juden Deutschlands Vertreter. Olympiareife Leistungen von Juden sind in Deutschland objektiv nicht feststellbar, weshalb Deutschland mit gutem Gewissen jederzeit behaupten kann, dass es den Grundsatz des Olympia-Reglements beachte.»

Nach der Pressekonferenz wurde der *Reichssportführer* von einigen Journalisten angesprochen, die seiner Behauptung widersprachen, es hätten auch früher niemals Juden in einer deutschen Olympiamannschaft gestanden, was man freilich nur schwer beweisen könne, weil niemals jemand nach der Konfession oder Rasse gefragt worden sei. Der *Reichssportführer* soll erwidert haben, dies unterscheide eben den gegenwärtigen Staat von allen früheren – basta.

In dieser Konferenz wurde die Umwandlung des Reichsbundes für Leibesübungen in eine NS-Organisation angekündigt und hinzugefügt: «Die Durchführung der Vereinheitlichung war schwierig, weil aus aussenpolitischen Gründen die Vorbereitung für die Olympischen Spiele reibungslos weitergehen musste.»

Die Winterspiele gaben Veranlassung zu folgender Weisung (27. Januar 1936):

«Es müsse alles vermieden werden, was die Winter-Olympiade stören könnte; es werde den Zeitungen verboten, 1. über irgendwelche Zusammenstöße mit Ausländern, die sich ereignen sollten, 2. über tätliche Zusammenstöße mit Juden zu berichten.»

Hitler selbst werde die Winterspiele mit einer Ansprache schliessen, wurde am 14. Februar 1936 mitgeteilt. Dann möge die Presse «den harmonischen Verlauf, das kameradschaftliche Zusammensein der verschiedenen Abordnungen, den völkerverbindenden Charakter und den glückverheissenden Auftakt für die Sommer-Olympiade» herausstellen. Es solle «keinerlei Kritik an der Organisation geübt werden und auch keinerlei Bitterkeit darüber verlauten, dass die Deutschen nicht noch besser abgeschnitten hätten. Der Erfolge der anderen hätten wir uns von Herzen zu freuen».

Es muss die führenden Männer der NSDAP in der Regierung lebhaft beschäftigt haben, dass mit der Teilnahme der «Halbjüdin» Helene Mayer das von ihnen aufgestellte Prinzip des Ausschlusses aller Juden von den Olympischen Spielen durchbrochen werden musste, um durch diese Frau eine Medaille für Deutschland zu sichern (sie erhielt eine silberne). Am 19. Februar 1936 wurde in der Pressekonferenz mitgeteilt:

«Helene Mayer ist heute in Deutschland angekommen. Über ihre Ankunft soll nur in der Bremer und Hamburger und in der Presse ihrer Heimat und nur ganz kurz Notiz genommen werden, dass sie zur Teilnahme an den Olympischen Spielen in Deutschland angekommen sei. Irgendwelche Kommentare sollen an ihre Teilnahme nicht geknüpft werden und vor allem keinerlei Überlegungen darüber angestellt werden, ob sie nun etwa eine Medaille für Deutschland erringe oder nicht.»

Es blieb aber nicht bei Helene Mayer, der Fechterin: am 21. Februar wies Berndt die Presse an,

«dass der Halbjude Rudi Ball, Mitglied der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft, nicht angegriffen werden dürfe, ebensowenig Helene Mayer und Fräulein Bergmann und natürlich auch nicht die Juden, die eventuell noch in die deutsche Olympia-Mannschaft aufgenommen werden. Deutschland habe sich verpflichtet, jeden deutschen Staatsangehörigen ohne Weiteres in die Olympia-Mannschaft zu übernehmen, wenn er sich dafür qualifiziere. Angriffe auf Rudi Ball jetzt nach der Winter-Olympiade könnten Deutschland als Heuchelei ausgelegt werden und die Sommer-Olympiade gefährden. Man werde rücksichtslos jede Zeitung beschlagnahmen und verbieten, die gegen diese Anweisung verstosse.»

Obwohl bekannt war, dass Berndt zu den rücksichtslosesten Gefolgsleuten und Antreibern des Nationalsozialismus gehörte, konnten es sich einige Journalisten nach der Konferenz nicht versagen, auf den Widerspruch zur Weisung vom 19. Februar, zwei Tage zuvor also, hinzuweisen, was Berndt mit dem Satz abtat: «Das wird ein andermal aufgerechnet.» Der Beginn der «Lösung der Judenfrage» stand, wie mitgeteilt, an vorderster Stelle auf dem Programm Hitlers.

Die Aufmerksamkeit war stets auf die Judenfrage gerichtet. Am 8. November 1935 hatte das *Berliner Tageblatt* über einen in Altona geführten Prozess wegen «Rassenschande» (Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden) berichtet. Dazu der Sprecher der Reichsregierung:

«Ein ganz unmöglicher Bericht, ... ein Mass von Instinktlosigkeit, wie sie in diesem Bericht sich zeige, sei wirklich selten . . . werde ausdrücklich erwähnt, dass die übelbeleumundete Zeugin Mitglied der NS-Frauenschaft gewesen sei. . .»

Als in Brasilien ein Aufstand ausbrach, machte das Propagandaministerium einen besonders «feinen» Unterschied: ein *Rundruf* an alle Zeitungen (27. November 1935) stellte fest:

«Die Presse wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei den Führern des brasilianischen Aufstandes nicht, wie einige Zeitungen berichtet haben, um Russen, sondern um bolschewistische Juden aus Sowjetrussland handelt. Es wird Wert darauf gelegt, dass die Zeitungen in dieser Form in der Morgenpresse und in Zukunft berichten.»

Andererseits: Im Februar 1935 begann das Verhältnis zu Japan für die Reichsregierung besonders wichtig zu werden. Am 4. Februar lautete eine Weisung in der Pressekonferenz:

«In einigen Blättern sei in letzter Zeit wieder der Gedanke aufgetaucht, man müsse Europa gegen die gelbe und andersfarbige Rassen verteidigen. Dazu meinte man, man könne in diesem Zusammenhang die Japaner nicht einfach als eine minderwertige Rasse bezeichnen, abgesehen davon, dass es auch politisch bedenklich sei.»

Am 15. November 1935 hiess es am gleichen Ort:

«Herr Berndt machte auf eine gestrige DNB-Meldung aus Texas über Lynchung von zwei Negerjungen aufmerksam und meinte, es sei dies ein guter Anlass, über die Schärfe des Rassenkampfes in den USA zu schreiben.»

Wenig später, am 27. November, wurde gar, freilich ohne den Namen zu nennen, «eine grosse westdeutsche Zeitung» (gemeint war der *Westdeutsche Beobachter* in Köln) gerügt, sie hätte «es für nötig befunden, eine Artikelserie über die gelbe Rasse mit starken Tendenzen gegen Japan zu veröffentlichen. Es wurde hiermit verboten, das Problem der gelben Rasse in der Presse zu behandeln, und dringend gebeten, alle Angriffe auf Japan zu unterlassen. Mit Japan stehe Deutschland auf gutem Fusse.»

Man habe feststellen müssen, so hiess es in einer Weisung an die Presse am 18. Dezember 1935, «dass in einzelnen Redaktionen eine übermässige Feinfühligkeit gegenüber Juden herr-

sche. In Meldungen von DNB über irgendwelche Straftaten, bei denen der Angeklagte oder Verurteilte ein Jude sei, sei diese seine Eigenschaft als Jude einfach herausgestrichen worden. Man werde auf solche Dinge in Zukunft genau achten. Man habe alles Interesse daran, dass Juden, wenn sie Verbrecher seien, auch als Juden gekennzeichnet würden.»

In buntestem Durcheinander reihten sich die Weisungen in den Konferenzen und berührten alle Vorgänge des Lebens in Staat, Gesellschaft und Familie. Ob in Limburg an der Lahn das Landgericht dem Verkauf eines Grundstückes an einen Juden zugestimmt hätte («eine Klärung des Falles werde erfolgen»), und bis dahin sei nicht zu berichten – 16. Dezember 1935) oder ob General Ludendorff Professor Elze anklagte, weil dieser behauptet habe, Ludendorff habe in seiner Entscheidung in der Schlacht bei Tannenberg geschwankt (30. November 1935), worüber natürlich nicht zu berichten sei, ob die Tschechen «sich den Namen Karlsuniversität für ihre tschechische Universität angemast» hätten, weshalb «die deutsche Presse den Namen Karlsuniversität nicht verwenden» dürfe (30. November 1935), oder ob Wetterberichte nur amtlichen Quellen zu entnehmen seien (17. Dezember 1935) - stets gab es Weisungen, Verbote und Warnungen. Ungeachtet eines bereits erfolgten Hinweises (so am 19. Dezember 1935) «. . . seien in einigen Zeitungen doch wieder Weihnachtsrezepte veröffentlicht worden, die z.B. mit den Worten beginnen: ‚Man nehme ein Pfund Butter und fünfzehn Eier . . .‘. Man möge wirklich doch keine zurzeit nicht stillbare Begehrlichkeit wecken», hiess es dazu! Es sollten keine Romane über Spionage veröffentlicht werden, so wollte es eine vertrauliche Weisung vom 23. März 1936, und «es sei in dieser Anweisung eigentlich auch enthalten, keine, vor allem auch keine technischen Erörterungen anzustellen über Abhör- und Ablauschvorrichtungen». Diese Weisung wurde übrigens zu einer Zeit gegeben, als in Berlin Gerüchte umliefen, die Gestapo habe in der Schlüterstrasse in Charlottenburg eine Abhörzentrale errichtet. Am gleichen Tage wurde auch verboten, über Dividendenausschüttungen zu berichten, wenn diese 50 Prozent überschritten, man dürfe aber indirekt melden, «wenn man etwa sagt, dass die Dividende gleich hoch sei wie im Vorjahr oder um soundso viel

Prozent höher oder niedriger». Dass Konrad Henlein, der *Führer* der im Sudetenland wohnenden deutschen Nazis, zum Protestantismus übergetreten sei, durfte die deutsche Presse nicht beschäftigen, und ein besonderer Hinweis, der über die Landesstellen des Propagandaministeriums an die Zeitungen gelangen werde, befasse sich mit der Verwertung von Altmaterial bei Umzügen. Solche und ungezählte andere Weisungen erfolgten neben aussen- und innenpolitischen Vorschriften, neben Warnungen und gelegentlichen Zustimmungen.

Die Manager im Propagandaministerium nannten dies «Regie». Am 2. November 1935 war Alfred Ingemar Berndt zum erstenmal in der Pressekonferenz aufgetreten, die er dann überwiegend leitete, bis ihn Hans Fritzsche 1939 endgültig ablöste. Berndt führte sich in der Pressekonferenz, nach dem Bericht an die FZ, wie folgt ein:

«Herr Berndt selbst sagte, er sei ein Gegner aller Redaktionsbürokratie und ein Freund aller Journalisten und gab dann folgende Weisungen:

In der nächsten Woche beginne der Stavisky-Prozess, der in stärkstem Masse Gelegenheit biete, auf den Verfall in parlamentarisch regierten Ländern hinzuweisen. Es dürfe dabei keine Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs erfolgen. Auch habe die Berichterstattung ohne Schlagzeilen auf der ersten Seite vor sich zu gehen.

Eine Reihe von Vorkommnissen gäbe Veranlassung, den *Briefkasten* in politischen Zeitungen grundsätzlich zu verbieten. Es sei z.B. vollkommen unmöglich, dass in solchen Briefkasten-Antworten wegen irgendeiner Frage darauf verwiesen werde, dass die Antwort wohl dieser oder jener Minister geben könnte.

Auf Grund eines Artikels in der *Börsen-Zeitung* werde darum gebeten, Erörterungen über den Heiligen Krieg nicht zu bringen. Einen Heiligen Krieg gebe es nicht, denn der Islam sei in sich gespalten. Es wäre falsch, irgendwelche Hoffnungen auf den

Zwei Tage nach dieser Anweisung, den *Briefkasten* künftig nicht mehr zu veröffentlichen, kam Dr. Kurt Jahncke, Berndts Vorgänger als Sprecher, der noch eine Zeit hindurch die Pressekonferenzen wahrnahm, auf diese Weisung zurück und sagte:

«In diesen Briefkästen seien oft eminent politische Fragen behandelt worden, die den Nationalsozialismus und den nationalsozialistischen Staat unmittelbar betroffen hätten. Fragen und Antworten seien oft so geschickt gewesen, dass man eine beabsichtigte Tendenz gar nicht ohne Weiteres hätte merken können. Aus Zeitungen und Zeitschriften habe der politische Briefkasten völlig zu verschwinden.»

Manchmal wurde Berndt noch deutlicher, so etwa, als er am 3. Dezember 1935 in der Pressekonferenz das Fehlen von Kommentaren zu Aufrufen katholischer Bischöfe beanstandete:

«Er möchte noch hinzufügen, dass, wenn solche *Empfehlungen* von Regierungsseite gegeben würden, diese ebenso bindend seien wie andere Anweisungen. Man ziehe den freundlicheren Ton der Empfehlung einem rauheren an sich vor.»

Oder tags darauf:

«Die *Nachtausgabe* habe trotz des gestern Mittag ausgesprochenen Verbotes den Aufsatz über Polizeirechtsfragen aus der Zeitschrift *Der deutsche Polizeibeamte* doch noch gebracht. Ausdrücklich werde festgestellt, dass solche Zuwiderhandlungen nicht geduldet werden könnten.»

Wenn Berndt Rügen dieser Art aussprach, gehörte auch der laute Ton zur Musik. Die Journalisten nahmen seine «Holzhammermethode», wie Hans Fritzsche, der Nachfolger, Berndts Verhalten später charakterisierte, nicht ohne Reaktion zur Kenntnis. Das verwirrte ihn zuweilen, was er sich jedoch nicht anmerken lassen wollte. Er spürte offenbar seine geistige Unterlegenheit und wusste um seine Isolierung selbst von seinen Gesinnungsgenossen. In kleinem Kreise, wie er sich nach einer Konferenz öfter um ihn bildete, wurde er böse oder auch plump-vertraulich und gab dann mehr Informationen preis, als er verantworten konnte. Er konnte nicht differenzieren. Wahrscheinlich war aber diese Art von «Lenkung» der öffentlichen Meinung in jenem Abschnitt der NS-Politik und -Praxis nach Hitlers und Goebbels' Geschmack, in einem Zeitabschnitt, in dem sich – so Berndt – «grosse Ereignisse vorbereiteten» (Notiz vom 19. November 1935). An diesem Tage wurde in der Pressekonferenz notiert:

«Herr Berndt kam heute noch einmal darauf zu sprechen, dass der schulmeisterliche Ton in Deutschland dem Ausland gegenüber verschwinden müsste. Der Oberlehrerton, vorgetragen mit erhobendem Zeigefinger, habe schon in der Vorkriegspolitik geschadet,* sei aber leider bei verschiedenen aussenpolitischen Anlässen jetzt wieder angeschlagen worden, so z.B., wenn anlässlich des Kommandowechsels in der italienischen Armee in Abessinien dem neuen Befehlshaber militärische Ratschläge erteilt, wenn den Engländern doch die Leviten darüber gelesen würden, was Demokratie sei, und wenn man sowohl China wie Japan gute Ratschläge erteile, wie sie die Lage in Nordchina beheben könnten. Auch den Griechen sei bereits gesagt worden, was für eine Aussenpolitik sie nach Wiedereinführung der Monarchie einzuschlagen hätten. Das Interesse der deutschen Presse könne immer nur Deutschland und abermals Deutschland sein. Man könne die Meinungen der anderen durchaus wiedergeben, habe aber keine Veranlassung, eine eigene professorale Meinung auszusprechen.»

Die Aussenpolitik war nicht sein Gebiet. Er wolle, so hatte er in der erwähnten Äusserung am 19. November 1935 nebenher bemerkt, sich mehr «um die inneren Schweinereien kümmern». Dazu einige Beispiele:

22. November 1935: «Es sei mehrfach aufgefallen, dass in Gerichtsberichten offenbar aus staatsfeindlichen Motiven von Angeklagten und Verurteilten die Partezugehörigkeit oder die Zugehörigkeit zur SA usw. erwähnt worden sei, ohne dass der Prozess selbst irgend etwas mit Politik zu tun habe. Er nannte ein Beispiel, wo ein wegen Sittlichkeitsverbrechens angeklagter Arbeiter als Mitglied der Motor-SA und ein wegen Wuchers verurteilter Handwerker als SA-Truppführer bezeichnet wurden. Solche Dinge müssten schnellstens aus der Presse verschwinden.»

23. November 1935: «Es komme in der Presse doch noch manchmal vor, dass man vom Salonwagen spreche, mit dem der Kanzler oder Minister reisten. Es handele sich nicht um einen Salonwagen im Vorkriegssinne, sondern um Sonderwagen der Reichsbahn, die dann benutzt würden, wenn ein Minister auf seiner Reise ungestört arbeiten wolle. Wenn möglich, sei die Benutzung dieses Sonderwagens überhaupt nicht zu erwähnen. Wenn es doch notwendig sei, solle er Sonderwagen genannt werden.»

* Gemeint war die Politik vor dem Ersten Weltkrieg.

«Hier und da stünden in den Zeitungen doch wieder Hofberichte über irgendwelche gesellschaftlichen Ereignisse, bei denen Minister oder der Führer beteiligt seien. Das habe zu unterbleiben.»

Der Berichterstatter der FZ fügte dieser Mitteilung hinzu, dabei sei an einige Eigenberichte über den Hausmusikabend bei Frick gedacht worden.

7. Dezember 1935: «Aufmerksam gemacht wurde auf die jetzt in Buchform erscheinende Sammlung von Artikeln von Dr. Goebbels aus der Kampfzeit. Das Buch sei den Redaktionen zugegangen und dürfe auf den Schreibtischen nicht untergehen. Man möge für eine entsprechende Besprechung sorgen.»

9. Dezember 1935: «Die Resonanz des Buches mit den gesammelten *Angriff-Aufsätzen* von Dr. Goebbels sei bisher gleich Null. Das müsse nun anders werden. Das Buch zeige den Journalisten Goebbels und sei in dem politischen Teil der Zeitungen, wenn möglich am besten in einem Leitartikel zu behandeln.

Schliesslich empfahl Herr Berndt noch einigen Schriftleitungen Geographieunterricht. In einem grossen Blatt sei nämlich der misslungene Staatsstreichversuch in Reval nach Lettland verlegt worden.»

Als die amtliche Pressestelle der Preussischen Staatsregierung die Presse in der Pressekonferenz der Reichsregierung vom 7. Januar 1936 anwies, «dass über den Opernball keinerlei Eigenberichte gebracht werden sollen, weder Vorberichte, noch Berichte über den Ball selbst; über DNB werde eine kurze Notiz erscheinen . . .», und «dass Bilder über Jagdveranstaltungen oder gesellschaftliche Veranstaltungen Görings nur veröffentlicht werden dürfen, wenn sie von der Amtlichen Preussischen Pressestelle vorher genehmigt worden sind», schien das Berndt erheblich gegen den Strich gegangen zu sein: «Das ist Görings Sache. Dies ist ein Affront gegen ihn, den irgendwer durchgedrückt hat», so Berndt nach der Konferenz zu umstehenden Journalisten.

Dass es bei aller Organisation, nach der die Weisungen an die Presse genau bedacht und formuliert sein sollten, doch zu Gegensätzlichkeiten kam, die erkennen liessen, dass keinesfalls alle am gleichen Strang zogen, konnte man nicht selten

feststellen, was an Folgendem nicht belanglosem Beispiel ersichtlich wird:

6. Januar 1936: «Herr Berndt hat die Presse, sich einmal in grundsätzlichen Reportagen mit der architektonischen Seite der Partei-Neubauten zu beschäftigen. Anlass könnte bilden, dass jetzt die Gerüste vom Haus der Deutschen Kunst in München weggenommen worden seien. Dabei seien nicht, wie es teilweise geschehe, diese Bauten als griechische zu bezeichnen, sie seien vielmehr in einem durchaus artgebundenen deutschen Stil. Da man wünsche, dass diese Bauten in die Geschichte unter dem Stichwort *Der Deutsche Stil* eingingen, möge die Presse diese Bezeichnung sich zu eigen machen.»

13. Januar 1936: «Die kürzlich von Herrn Berndt ausgesprochene Anweisung, man solle bei den Neubauten der Partei in München usw. davon sprechen, dass hier *Der Deutsche Stil* geschaffen werde, wurde heute vorläufig wieder zurückgezogen. Die Anwendung des Begriffes *Der Deutsche Stil* wird damit gestoppt.»

16. Januar 1936: «Neulich wurde die Anweisung von Herrn Berndt, dass für die Parteibauten in München usw. die Bezeichnung *Der Deutsche Stil* zu wählen sei, wieder rückgängig gemacht. Herr Stephan hob diese Rückgängigmachung heute wieder auf. Sie sei irrtümlich zustande gekommen. Man habe nämlich nur eine bestimmte Artikelserie in einer bestimmten Zeitung abstoppen wollen. Es bleibt also bei den damaligen Ausführungen von Herrn Berndt.»

Notiz vom 22. Januar 1936: «Da hat einer klüger sein wollen als der Führer» (Berndt).

Die Weisungen an die Presse enthielten nicht selten auch Verhaltensregeln für die Journalisten:

23. Januar 1936: «Die Syndikat-Filmgesellschaft hat im Anschluss an die heutige Uraufführung des *Traumulus* die Presse zu einem Essen eingeladen. Herr Berndt bemerkte dazu, es sei vollkommen unmöglich, dass die Presse solchen liberalistischen Gewohnheiten von Privatgesellschaften Folge leiste. Wenn wieder einmal derartige Einladungen ergehen sollten, soll die Presse das Propagandaministerium darauf aufmerksam machen.»

12. Februar 1936: «Eine grössere ostpreussische Zeitung habe nun doch wieder aus einem Vortragsreferat etwas gebracht über die Zugehörigkeit ausländischer Staatsoberhäupter zur Freimaurerei. Sie habe den Satz zitiert, dass der König von Schweden als

Freimaurer der Statthalter Salomonis sei. Das Ministerium habe den Auftrag bekommen, gegen den Verantwortlichen ein Verfahren beim Reichsverband der deutschen Presse einzuleiten» (gemeint war die *Preussische Zeitung*).

Als Zeitungen in Österreich sich mit der deutschen Zurückhaltung gegenüber den FIS-Rennen in Innsbruck befassten, wurde die Weisung gegeben, keine Polemiken zu beginnen, jedoch: «Einzelnen Zeitungen habe man Gelegenheit gegeben, auf die österreichischen Angriffe zu antworten, aber man wünsche nicht, dass die gesamte Presse darauf eingehe» (20. Februar 1936). Ähnlich wurde in einem anderen Fall (und später in vielen weiteren) verfahren: «Eine grosse sächsische Zeitung wird heute einen Artikel enthalten mit der Überschrift *Folterungen im Aussiger Gefängnis*. In andere Zeitungen soll dieser Artikel nicht übernommen werden» (21. Februar 1936).

Missbilligungen von Veröffentlichungen, wie sie bereits mehrfach mitgeteilt wurden, richteten sich gegen nicht unmittelbar der NSDAP gehörenden Blätter und auch – und dann oft mit besonderer Schärfe – gegen Parteizeitungen.

Am 12. Februar 1936 zum Beispiel teilte der Sprecher der Reichsregierung mit, dass «das Ministerium und das AA mehrfach gefragt worden seien, ob der Artikel im gestrigen *Angriff (Heu und Lorbeer)* von Schwarz van Berk offiziös sei. Er könne antworten, dass der Aufsatz in keiner Form offiziösen Charakter trage, ja, er stehe nicht an zu erklären, dass wir diesen Artikel missbilligen!»

Nun kam es auch vor, dass eine Veröffentlichung und Frage und Antwort zwischen Sprecher und Journalist abgesprochen waren, eine eindeutige Manipulation. In diesem Falle jedoch war die Kritik echt. Solche Vorgänge waren von Fall zu Fall zu prüfen. Am 13. März erhielt der parteiamtliche *Reichsjugend-Pressedienst* eine «scharfe Verwarnung».

Er hatte einen Artikel *Rassenkunde im Erdkunde-Unterricht* veröffentlicht, der «in seinem vierten Absatz vollkommen den allgemeinen Richtlinien über die Behandlung von Rassenfragen in fremden Staaten zuwiderlaufe». Die Zeitungen oder Zeitschriften wurden nicht immer genannt, wohl aber gekennzeichnet, etwa, indem der Sprecher «ein Blatt, das in Hamburg für Fremde erscheint», anvisierte (*Hamburger Fremdenblatt*) oder «eine grosse Zeitung, die im ganzen Reichsgebiet verbreitet

ist» (*Völkischer Beobachter*), oder «eine Zeitschrift, die zwar den Willen, aber offenbar nicht die Macht hat» (Organ der Jugend der NSDAP *Wille und Macht*), oder der Sprecher hielt die gerade kritisierte Zeitung so in der Hand, dass jeder, der darauf achtete, sie erkennen konnte. Vorgänge dieser Art wiederholten sich nicht selten. Die meisten Journalisten in der Pressekonferenz nahmen weder Lob noch Tadel besonders ernst, obwohl gerade sie zwischen der Heimatredaktion und dem Propagandaministerium eine Art Puffer darstellten. Es war in der Regel ihre Sache, das Gewicht einer Rüge oder einer Anerkennung zu beurteilen. Sie wussten um die Gefahr, in der sie ständig waren, aber sie mussten sie abschätzen können. Immer wieder geschah, was der Berichtstatter der FZ am 18. Oktober 1935 seiner Redaktion brieflich mitteilte:

«Aus gegebenem Anlass erinnerte heute Ministerialrat Jahncke daran, dass die Mitteilungen aus der Pressekonferenz unter allen Umständen vertraulich behandelt werden müssten und nur an die Berechtigten weitergegeben werden dürften. Bei Überschreitung dieses Grundsatzes drohe im Hintergrund immer der Landesverratsparagraph.»

Am 16. April 1936 wurde eindeutig und offiziell festgestellt, was am Tage zuvor in einer amtlichen Nachricht auch publiziert worden war, «dass der Minister (Dr. Goebbels) auch für die polizeilichen Aufgaben federführend sei. Bisher sei es ja so gewesen, dass noch die Behörden der inneren Verwaltung, z.B. die Regierungspräsidenten, Zeitungsverbote hätten erlassen können. Das sei jetzt nicht mehr möglich. Verbote könne einzig und allein der Propagandaminister aussprechen. In der Presse erörtern könne man diese Frage aber nicht.»

Die Erweiterung der Befugnisse des Propagandaministers setzte sich fort. Am 25. Juli 1936 lautete eine Weisung in der Pressekonferenz:

«Grundsätzlich sei bei dieser Gelegenheit zu sagen, dass für die Pressepolitik ausschliesslich die Landesstellen des Propagandaministeriums zuständig seien, dass es in diesem Sinne keine ‚Länder‘ mehr gebe und dass auch die Pressestellen der Länderregierungen in diesem Sinne als ‚unbefugt‘ zur Erteilung von Weisungen an die Presse gelten. Nachrichten können kommunale

Pressestellen usw. an sich ausgeben, aber nur im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Keinesfalls darf sich jedoch irgendeine andere Stelle als die Landesstelle des Propagandaministeriums durch Anweisungen an die Presse wenden.»

Diese eindeutige Klarstellung war ausgelöst worden durch eine wichtige Indiskretion, die aber durch offizielle Information aus einer Landespressestelle entstanden war.

Es kamen indessen immer wieder Indiskretionen vor, weit mehr als jemals in der Pressekonferenz festgestellt oder wohl auch sonst amtlichen Stellen bekannt wurden. Von Zeit zu Zeit wurde gemahnt.

Am 10. Juni 1936 wurde in der Pressekonferenz « . . . mit grossem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass das Material aus der Pressekonferenz sehr sorgfältig behandelt werden muss. Man dürfe z.B. die Pressekonferenz-Protokolle nicht unzuverlässigem Büropersonal diktieren oder sie offen innerhalb der Redaktionen von einem Ressort zum anderen tragen. Wenn Missbräuche dieser Art festgestellt würden, müsste man sehr scharf einschreiten.»

Eine Weisung, dass die Konferenz-Berichte «selbstverständlich nur für die Redaktion» und nicht für andere Teile des Zeitungsbetriebes zugänglich sein dürften, führte zu Klagen der Verleger, worauf Berndt am 26. Juni 1936 feststellte, «dass der Inhalt der Pressekonferenz auch dem Verleger oder dem Hauptgeschäftsführer mündlich mitgeteilt oder zur Einsicht (nicht in Abschrift) gegeben werden darf. Nach der Bereinigung des Verlegerstandes könne man das tun, zumal die Verleger auch unterrichtet sein müssten über die Forderungen, die man an die Zeitungen stelle.»

Im Übrigen war es Grundsatz, dass die Verantwortung für Veröffentlichungen bei der Hauptredaktion und nicht bei den Berichterstattern und Korrespondenten lag. Die Weisungen der Pressekonferenzen durften nicht an die Korrespondenten weitergegeben werden (2. Juni 1936). Es war auch zu beachten, dass Publikationsmöglichkeiten, die für die Fachpresse bestanden, nicht auch für die Tageszeitungen galten:

«Es komme immer wieder vor, dass die Tagespresse sich in Auseinandersetzungen innerhalb bestimmter Berufsgruppen einmische, z.B. in eine Debatte zwischen Zahnärzten und Dentisten.

Dass zwischen diesen beiden Interessengegensätze bestünden, liege auf der Hand. Die Tagespresse sei aber nicht dafür da, solche Fragen zu klären. Diese Aufgabe stehe allein der Fachpresse zu, weshalb in Zukunft derartige Auseinandersetzungen nicht mehr behandelt werden dürfen» (9. Juni 1936).

In ähnlicher Form und zum Teil schärfer wurde diese Weisung später grundsätzlich wiederholt. Man möge, so hiess eine Weisung am 26. Mai 1936, «... in der Presse nicht mehr von Pressefotografen oder überhaupt von Fotografen sprechen, sondern nur von Bildberichterstatlern. Ferner wird die Presse gebeten, endlich doch die Überfütterung mit Sensationsbildern und geschmacklosen Bildern einzustellen.»

Sehr eindeutig bestimmte am 24. Juni 1936 eine Weisung: «Berichterstatlern und Schriftleitern, die über Pferderennen berichten, sei es verboten, selbst Rennwetten einzugehen. Zuwiderhandlungen werden rücksichtslos mit Entziehung der Pressekarte geahndet, auch wenn es sich um den indirekten Abschluss von Wetten durch Strohmannen handelt.»

Am folgenden Tage wurde angeordnet, dass die hier zitierte Weisung von allen Tageszeitungen veröffentlicht werden müsse. Es würden doch aber auch, erwiderte Berndt, als ihm «allzu kleinliche Behandlung journalistischer Dinge» vorgeworfen wurde, «positive Anregungen» von ihm gegeben. Dabei wies er darauf hin, dass man gerade ein «Preisausschreiben für die besonders gute Ausgestaltung der deutschen Zeitungen während der Olympiade» veranstalte: «Das Preisrichterkollegium werde nicht nur auf die äussere Aufmachung sehen, sondern auch auf die Auswahl der Themen und die Qualität der Artikel. Die Redaktionen möchten sich beizeiten umtun» (9. Juli 1936).

Am 10. Juni 1936 wurde die *Frankfurter Zeitung* gerügt, die «... in ihrem Montagsblatt stark ironisch sich mit der Feierstunde des BdM am Pergamon-Museum beschäftigt habe. Der Reichsjugendpressedienst habe hierauf eine Erwiderung in ruhiger und würdiger Form geschrieben. Auch die Presseabteilung halte den Ton dieses Berichtes für ungehörig.»

Der Sprecher der Reichsregierung, Werner Stephan, war, wie er erklärte, «beauftragt, dies zu sagen». In einer brieflich

nachgereichten Ergänzung schrieb dazu der Berichtersteller der FZ an die Hauptredaktion:

«Sie haben im heutigen Pressekonferenz-Bericht gesehen, dass Huffzkys Beschreibung der Vereidigung von BdM-Führerinnen am Pergamon-Museum als ungehörig im Ton gerügt wurde. Ich will Ihnen hierzu nur noch sagen, dass die Verlesung eines Teiles des Berliner Berichtes, die Herr Stephan vornahm, grosse Heiterkeit auslöste, an der sich alle, einschliesslich des Herrn Berndt, beteiligten. Die Sache selbst ist keineswegs tragisch zu nehmen. Vertraulich sagte mir Herr Stephan dann noch, dass der BdM – in richtiger Erkenntnis der Lage – ihn gebeten hätte, den zu rügenden Bericht nicht etwa in der Pressekonferenz zu zitieren, was aber, wie gesagt, doch geschehen ist.»

Es mag verwundern, dass in solchem Milieu dann auch Weisungen an die Presse möglich waren, wie etwa folgende, eine von Hunderten ähnlichen, die in der gleichen Zeit verzeichnet wurden:

18. April 1936: «Das Reichskriegsministerium macht darauf aufmerksam, dass am 21. April der 200. Todestag des Prinz Eugen ist. Vertraulich könne mitgeteilt werden, dass der Reichskriegsminister aus diesem Anlass einen Erlass herausgeben werde, der erst in den Abendblättern des 21. veröffentlicht werden dürfe. Die Presse werde gebeten, in geeigneter Form auf die Verdienste des Prinzen Eugen um Gesamtdeutschland einzugehen.»

Dass diese Weisung und diese Aktion des Reichskriegsministers in den Zusammenhang der politischen Pläne Hitlers gehörte, wurde von den Journalisten durchaus verstanden. Das Stichwort hiess *Gesamtdeutschland*.

26. Mai 1936: «Am 1. Juli, so sagte Herr Berndt weiter, werde der 1000. Todestag Heinrichs I. gefeiert. Über die Feiern sollen noch keine Vorankündigungen gebracht werden. Im Übrigen sei Folgendes zu beachten: Heinrich I. gelte im Lichte der nationalsozialistischen Geschichtsforschung als der eigentliche Schöpfer des Deutschen Reiches, der bisher zu sehr im Schatten seines Sohnes Otto des Grossen gestanden habe. Otto aber habe die unglückliche Südpolitik eingeleitet. Es wäre erwünscht, wenn sich die Zeitungen im Laufe des Juli mit Heinrich I. in diesem Sinne

befassen wollten. Als gute Unterlage könne das Buch von Dr. Fr. Luedtke *König Heinrich I.* gelten, das im Verlag Georg Stielke erschienen ist.»

16. Juni 1936: «DNB wird über Heinrich I., dessen tausendjährige Feier am 1. und 2. Juli ist, einen Artikel bringen. Im Übrigen ist in den nächsten Tagen mit dem offiziellen Programm zu rechnen. Anmeldungen für Pressekarten zu der Feier im Dom von Quedlinburg sind an die Presseabteilung des Ministeriums zu richten, Anmeldungen an das Presseamt der Stadt Quedlinburg. Als Quellenmaterial über Heinrich I. gab Herr Berndt ausser dem früher genannten noch ein weiteres Buch an: Alfred Toss, *Heinrich /., der Gründer des deutschen Volksreiches*, Blut und Boden-Verlag, Goslar.»

7. Juni 1936: «Schliesslich wurde noch gebeten, eine romantische Liebesgeschichte zwischen einer irakischen Prinzessin und einem Kellner, über die das *Berliner Tageblatt* berichtet hat, nicht mehr aufzugreifen, da die irakische Regierung unangenehm davon berührt sei, was Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen haben könnte.»

29. Mai 1936: «Nicht zur Veröffentlichung wurde mitgeteilt, die Reichstheaterkammer habe zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten angeordnet, dass Stücke von Theaterkritikern nicht in den Städten uraufgeführt werden dürfen, in denen der Kritiker tätig ist. Eine Erstaufführung an dem betreffenden Ort ist nur zulässig, wenn ausser der Uraufführungsbühne das Stück noch von einem zweiten Theater gespielt wird. Ob die Stücke unter dem vollen Namen oder einem Pseudonym erscheinen, ist gleichgültig. Wie gesagt: Nur zur Information für die Zeitungen!»

17. April 1936: «In der letzten Zeit hätten besonders Provinzzeitungen mehrfach Meldungen über das Verbot deutscher Filme im Ausland gebracht. Solche Meldungen seien grundsätzlich unerwünscht. Die Verbote erfolgten häufig nur in der Form einer Zurückstellung gewisser Filme im Rahmen der Kontingentsabmachungen.»

Vom Geburtstag des Grossadmirals Erich Raeder (24. April) durfte keine Notiz genommen werden, während wegen der «Verdienste um den Aufbau des Nachkriegsheeres in ehrender Weise» des Generals Johannes von Seeckt zu gedenken sei, der am 22. April 75 Jahre alt wurde. Meldungen über Erdölbohrungen lägen jederzeit «hart an der Grenze des Landesverrats», und es wurde angewiesen, «... aus den hier angedeuteten Überlegungen heraus nichts über neue Gewinn-

möglichkeiten für Erdschätze aller Art in Deutschland zu bringen» (9. Juni 1936).

Am folgenden Tage erklärte Berndt, «dass ab sofort vollkommen Schluss sein müsse mit der Diskussion, ob Friedrich von Schiller ermordet worden sei. Die Frage einer Vergiftung Schillers sei so irrsinnig, dass sie bereits das Ansehen Deutschlands im Ausland geschädigt habe. Alles Schrifttum, das über diese Frage erschienen sei, werde beschlagnahmt werden.

Ohne Ansehen der Person werde man gegen jeden vorgehen, der sich noch mit dieser Frage beschäftigt. Unter diese Weisung fällt auch die Weimarer Tagung der Goethe-Gesellschaft.»

Aber Schillers Tod war offenbar nicht «totzukriegen». Im Mai 1938 befassten sich *Westermanns Monatshefte* nochmals mit dem Thema (*Goethes Mitschuld an Schillers Tod*), was in der Pressekonferenz am 1. Juni unter Erinnerung an das Verbot angesprochen wurde.

16. Juni 1936: «Herr Berndt sagte zu der gegenwärtigen Tagung des *Allgemeinen deutschen Musikvereins* in Weimar, dass die dort in Reden vertretenen Auffassungen und die aufgeführten Musikschöpfungen nicht zu identifizieren seien mit der Meinung des nationalsozialistischen Staates über die Musik. Es soll deshalb nur registrierend darüber berichtet werden. Es lohne sich auch nicht, über die dort getanen Äusserungen in eine Diskussion einzutreten.»

Auf den Hinweis der Journalisten, dass dort doch der Präsident der Reichsmusikkammer eine Rede gehalten hätte, antwortete Berndt nur mit einem Lächeln (berichtete der FZ-Redakteur). Aber zwei Tage später teilte Berndt in der Pressekonferenz mit, dass der Musikverein «eine Programmänderung vorgenommen (habe), indem man die Stücke weglasse, die zu Beanstandungen Anlass gegeben hätten».

Und jetzt «könne man in vollem Umfange über alles berichten».

Selbst die Meinung der Zeitschrift *Der deutsche Tierfreund*, «dass Liechtenstein die beste Tierschutzgesetzgebung habe», liess das Propagandaministerium des Deutschen Reiches nicht ruhen. Der Sprecher der Reichsregierung sagte dazu am 30. Juni 1936, «man dürfe nicht vergessen, dass das national-

sozialistische Tierschutzgesetz bahnbrechend gewesen sei. Man habe keinen Anlass, Liechtenstein hervorzuheben».

Im Hinblick auf den 1. Mai 1936 war in der Pressekonferenz des Vortages gesagt worden, «dass morgen nicht nur die Leitartikel in den Zeitungen unter dem Motto *Freut euch des Lebens* stehen sollten, sondern auch die gesamte Zeitung, d.h., dass also z.B. Meldungen über Selbstmorde oder ähnliches nicht unbedingt gebracht werden mögen. Nachrichten dieser Art könne man auch noch am 3. Mai nachtragen.»

Ähnliches «Feingefühl» beweist eine Weisung vom 13. Mai:

«In Siegen in Westfalen sei bei einer nächtlichen Übung ein Hitler-Junge tödlich verletzt worden, weil ein Bauer in dem Irrtum, es handle sich um einen Fuchs, auf den in einer Hecke verborgenen Hitler-Jungen aus seinem Hause heraus geschossen habe. Da die eingeleitete Untersuchung einwandfrei ergeben habe, dass bei der politischen Gesinnung des Bauern tatsächlich nur ein Unglücksfall vorliege, werde darüber eine örtliche Notiz ausgegeben. Die übrige Presse solle aber nicht berichten.»

Am 4. Mai hatte die *Kölnische Zeitung* nach Aussage in der Pressekonferenz des Tages «einen grossen Artikel mit der Überschrift gebracht *Der Vater des Volkswagens*, wobei Henry Ford gemeint sei. Diese Überschrift sei natürlich vollkommen falsch. Wenn man künftig vom Volkswagen sprechen könne (vorläufig besteht ja noch das Verbot, hier- über zu schreiben), werde sein Vater Adolf Hitler heissen.»

Am gleichen Tage lautete eine andere Weisung:

«Wie schon vor einem Jahre werde darauf aufmerksam gemacht, dass das neue Gesellenwandern nichts mehr mit dem früheren zu tun habe, das teilweise in einer Atmosphäre von Landstreichertum sich abgespielt habe. Die Neuartigkeit und Organisiertheit des jetzigen Gesellenwanderns müssten immer berücksichtigt werden. Zum Beispiel dürfe man auch das Wort Handwerksbursche nicht mehr im Sinne von Landstreicher verwenden.»

Zu wiederholten Malen war die von allen Sachkennern sehr geschätzte Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* Gegenstand der Kritik und von Weisungen. Sie publizierte die Ergebnisse der Arbeit des Reichsstatistischen Amtes und bot dadurch und

durch die sorgfältige und objektive Wiedergabe des Materials unentbehrliche Voraussetzungen für eine zuverlässige Beurteilung der wirtschaftlichen Tatsachen. In den Weisungen wechselten Einschränkungen für Zitate und vollständige Abdruckverbote. Am 18. Mai 1936 wurde in der Pressekonferenz verlangt:

«Die Anordnung, aus *Wirtschaft und Statistik* nichts mehr zu bringen, ausser wenn auch DNB hierüber berichtet, ist heute in aller Form aufgehoben worden. Es sei auf andere Weise Sorge dafür getragen, dass keine Fehler mehr gemacht würden. Doch müssten auch die Zeitungen selbst das notwendige Verantwortungsgefühl und die notwendige Übersicht der Auswertung statistischer Angaben aus dieser Zeitschrift beweisen.»

Im Anschluss an diese Pressekonferenz wurde der Sprecher der Reichsregierung von den Journalisten umringt, die wissen wollten, warum Tatsachen der Statistik bis dahin nicht veröffentlicht werden durften. Die Antwort lautete: «Aus richtigen Zahlen kann jeder Fachmann auch richtige Folgerungen ziehen.» Die Entgegnung eines Journalisten: «Also sind die Zahlen jetzt nicht mehr richtig?» führte zu der Erwiderung: «Sie sind aber zweckmässig.»

Sehr viel Takt während der Spiele

In zunehmendem Umfang tauchte das Thema der bevorstehenden Olympischen Spiele auf. Es wurde dabei immer deutlicher, von welchem Standort her die Reichsregierung diese internationale Sportveranstaltung ansah. Dafür sprechen folgende Weisungen, welche die Absichten der Regierung zeigen:

6. Juni 1936: «Über den Olympia-Führungsdienst der HJ soll nicht mehr geschrieben werden. Zweckmässig wäre es, über zwei Lager für reichsdeutsche HJ-Führer aus dem Ausland im Juli und August möglichst wenig zu schreiben. Dass auch Nicht-Reichsdeutsche aus dem Ausland daran teilnehmen, darf überhaupt nicht berichtet werden, d.h., man darf diese höchstens als Gäste bezeichnen. Zu beachten ist noch, dass in folgenden Staaten keine eigentlichen HJ-Organisationen bestehen: Holland, England,

Schweden, Estland, Lettland, Schweiz, Polen, Türkei, Rumänien, Südafrika, USA und Kanada. Gut wäre es, wegen aller eigenen Meldungen über HJ im Ausland Rückfragen bei der HJ selbst zu stellen.»

15. Juni 1936: «Herr Berndt sagte, er wolle jetzt schon darauf hinweisen, dass es die selbstverständliche Aufgabe der deutschen Presse sei, während der Olympischen Spiele die gesamten Zeitungen so auszugestalten, dass sie propagandistisch auf die Ausländer wirkten. Es soll womöglich auch ihr Umfang erweitert werden, worüber die Verlegerorganisation noch eine Mitteilung herausgeben werde. Man möge jetzt schon mit Vorbereitungen beginnen. Material sei ja wohl noch aus dem Wahlkampf vorhanden, neues wolle man nicht ausgeben, damit keine Uniformierung entstehe.»

Natürlich gab es auch Vorgänge, die dem Wunsch nach bestem internationalem Wetter in der politischen Landschaft widersprachen. Am 23. Juni 1936 hiess es in der Pressekonferenz:

«Die Studentenschaft von Heidelberg habe an die Redaktionen Artikel zum Universitätsjubiläum geschickt, in denen auf den Fall Gumbel*, auf den Kampf gegen Freimaurer, Juden und Jesuiten eingegangen werde. In erster Linie handele es sich hier um einen Artikel *Heidelberg in Kampf und Aufbau* von Franz Sturm. Solche Artikel dürfen nicht veröffentlicht werden, und zwar mit Rücksicht auf die ausländischen Gäste. Im Übrigen möge man jetzt schon einen vorbereitenden Leitartikel schreiben, in dem gerade auf die Rolle Heidelbergs für die ausländische Wissenschaft einzugehen wäre, auf USA insbesondere und die Rolle Shermans usw. Diese Artikel müssten auf Auslandswirkung berechnet werden, ohne jede innenpolitische Tendenz.»

Am 2. Juli, noch einen Monat vor Beginn der Spiele, wurde ein Aufruf angekündigt, den Propagandaminister Goebbels «zur Olympiade» erlassen werde: «Er muss an hervorragender Stelle in allen Zeitungen gebracht werden, und zwar zwischen

* Prof. Dr. Emil Julius Gumbel, Volkswirtschaftler, Soziologe, Universität Heidelberg, « .. . gehörte zu den Internationalen und Pazifisten jener Prägung, für die es berechnete Interessen eines Vaterlandes nicht mehr gibt» (in *Die Juden in Deutschland*, herausgegeben vom Institut zum Studium der Judenfrage, 1939, Verlag Franz Eher Nachf. GmbH. München, 8. Auflage, S. 122).

heute und dem 1. August fünfmal. Die Tage der Veröffentlichung könnten die Zeitungen nach eigenem Gutdünken auswählen.»

18. Juli 1936: «Das Reichsernährungsministerium sagte, dass in bester Absicht jetzt Artikel gebracht würden, dass die Versorgung während der Olympiade gewährleistet sei. Die beste Propaganda sei aber die Tatsache eines reibungslosen Ablaufs der Spiele selbst, weshalb gebeten wird, nichts mehr dieser Art zu bringen. Die Ausländer sollen den Eindruck bekommen, dass die Lebensmittelversorgung bei uns überhaupt kein Problem sei.»

22. Juli 1936: «Rassenschande-Prozesse würden zwar auch in der nächsten Zeit durchgeführt, wenn sie vor Gericht anhängig seien. Es bestehe aber keine Veranlassung, im nächsten Monat, also etwa bis zum 20. August, hierüber zu berichten, also in der Zeit, in der sich besonders viele Ausländer in Deutschland aufhielten. Es werde darum gebeten, über Rassenschande-Prozesse bis dahin nicht zu berichten.»

25. Juli 1936: «Erinnert wurde noch einmal, dass man zurzeit besonders taktvoll gegenüber ausländischen Nationen und Staaten sein müsse. Die Chinesen hätten sich zum Beispiel schon zweimal beschweren müssen über ungerechtfertigte Angriffe gegen ihre Politik und über unzuverlässige Schilderung ihrer nationalen Sitten. Es werde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, auf die Gefühle unserer Gäste Rücksicht zu nehmen.»

29. Juli 1936: «Schon im Winter habe man darauf aufmerksam gemacht, dass die Mannschaften nach Staaten und nicht nach Volksgruppen eingeteilt seien. Daran müsse man festhalten, dürfe also nicht einen Sieg eines Deutschstämmigen für Deutschland reklamieren. Andererseits solle man aber die Namen der Deutschstämmigen in der deutschen Form wiedergeben, also z.B. Trude Moerwald, die für die Tschechoslowakei starte, und nicht Trude Morvalskova. In dem Namen soll die deutsche Abstammung also nicht verschleiert werden.»

Noch am Tage vor Beginn der Spiele wurden die deutschen Zeitungen in der Pressekonferenz gebeten, « . . . auch für die Konkurrenz etwas zu tun und kleine Kästen zu machen, durch die die Leser zum Rundfunkhören während der Spiele aufgefordert werden».

Über die Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Spiele in Berlin, so war am 26. Juni bereits angeordnet worden, «darf nur an Hand von amtlichem Material berichtet werden» – eine

Anordnung, die angesichts der überaus zahlreich in Berlin anwesenden Vertreter von Zeitungen und Rundfunkanstalten aus wohl allen Ländern der Erde geradezu sinnlos erschien: «Mögen die Deutschen sich daran halten – wir doch nicht», soll ein amerikanischer Journalist beim offiziellen Empfang bei Reichsminister Goebbels diesem gesagt und hinzugefügt haben: « . . . und so erfährt die ganze Welt doch alles.» Man weiss nicht, was der Minister antwortete. Man weiss jedoch, dass wirklich alles bekannt wurde. Die Kollegialität und die internationale Solidarität journalistischer Gebräuche und Moral sorgte für ständige und vollständige Information aller.

Die Olympischen Spiele 1936 begannen am 1. August und endeten am 16. August. Der deutsche Erfolg war, gezählt an den errungenen Medaillen, ungewöhnlich gross. Während der Spiele wurden die Bemühungen um eine für die Absichten der nationalsozialistischen Regierung günstige Wirkung aller Ereignisse und der Berichte darüber mit peinlicher Sorgfalt fortgesetzt. «In der Berichterstattung über die Spiele», so der Sprecher der Reichsregierung am 3. August 1936 vor der Presse, sollte sich diese «nicht dazu verführen lassen, die deutschen Siege übermässig und allein hervorzuheben. Auch in den Überschriften müsse schon erkennbar sein, dass auch Ausländer Siege errungen hätten . . . Der Rassenstandpunkt müsse bei der Berichterstattung völlig unbeachtet bleiben. Neger seien amerikanische Staatsbürger und müssten als solche gewürdigt werden. Das schliesse nicht aus, dass die Tatsache, dass ein Neger Sieger sei, nebenher auch mit erwähnt werden könne . . .»

Auch am nächsten Tage hiess es, man sei «im Grossen und Ganzen einverstanden» mit der Berichterstattung der Presse. Der *Berliner Lokal-Anzeiger* sei als vorbildlich anzusehen, während das *12 Uhr-Blatt* in Berlin «den Jubel über die deutschen Siege etwas dämpfen könnte. Wir dürften schliesslich nicht vergessen, dass wir die Gastgeber seien, und dürften uns deshalb nicht nur mit den deutschen Siegen beschäftigen, sondern müssten auch den anderen Ländern Gerechtigkeit widerfahren lassen» (4. August).

Aber die Kritik an der Berichterstattung fehlte dennoch nicht. Das *Berliner Tageblatt* habe bei den Reiterübungen «Reichswehroffiziere» gesehen und «im Reichssportfeld den

Führer und Reichskanzler in SA-Uniform»; die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees seien nicht ihrer Bedeutung entsprechend erwähnt worden, so dass «die Liste aller Angehörigen dieses Komitees gelegentlich noch einmal zu veröffentlichen» sei (3. August).

Einige Konfusion gab es wegen der Darstellung der ungewöhnlich vielen deutschen Siege. Einige Zeitungen gaben den gewonnenen Medaillen Punkte und zählten diese zusammen. Solche Punktelisten, die einen weiten Vorsprung für Deutschland zeigten, aber vom Internationalen Olympischen Komitee nicht gebilligt wurden und nicht üblich oder gar offiziell waren, wurden deshalb in der Pressekonferenz zunächst als unerwünscht bezeichnet, dann verboten und schliesslich wurde Zeitungen, die solche Listen veröffentlichten, die Beschlagnahme angedroht (6. August 1936). Nach den Spielen, die Ausländer waren bereits abgereist, hiess es (am 15. August):

«Es wäre zweckmässig, jetzt die Vergleichszahlen aus den Ergebnissen früherer olympischer Spiele herauszusuchen und die Zahlen der Medaillen, vielleicht auch die inoffizielle Punktwertung aus früheren Jahren, zu Vergleichen mit den heutigen Ergebnissen heranzuziehen. Das würden sicherlich interessante Feststellungen werden.»

Zwei Tage danach:

«Die Tabellen über die bei der Olympiade erworbenen Medaillen seien in der Presse noch nicht besonders gut, jedenfalls nicht so, wie man sie sich vorgestellt habe. Mehrere Zeitungen hätten noch keinen Vergleich mit früheren Spielen gebracht. Am übersichtlichsten wäre wohl eine Punktetabelle über die Medaillen mit Vergleichen der bei den Spielen in Los Angeles und Amsterdam erworbenen Medaillen.»

Mit Nachdruck wurde darauf geachtet, dass während der Spiele und der Anwesenheit so vieler Ausländer durch «die Berichterstattung der Zeitungen die Gelegenheit der Darstellung der deutschen Tatsachen voll wahrgenommen» werde.

Am 8. August wurde auf eine Ausstellung *Weltfeind Nr. 1* hingewiesen, die in Berlin gezeigt wurde. Dazu wurde gesagt, sie «... möge unter der Hand propagiert werden, damit

Ausländer dieses Material, das Aufschluss über die bolschewistische Propaganda gebe, kennenlernen. Eine Pressenotiz darüber wäre kaum zweckmässig.»

Nicht veröffentlicht werden durfte in diesen Tagen, «. . . dass der bisherige Gauleiter der Kurmark, Wilhelm Kube, von allen seinen Ämtern, auch von dem des Oberpräsidenten, zurückgetreten sei. Er bleibe voraussichtlich in der Partei. Mitteilungen dürften nur gebracht werden, soweit sie von der NSK oder dem DNB verbreitet würden. Es würden noch weitere Aufklärungen gegeben werden» (8. August 1936).

Völlig daneben lag «eine Zeitung» (der Name wurde nicht bekannt), in der ein Phantasie-Artikel unter der Überschrift *Luftangriff auf Paris* veröffentlicht wurde. Einziger Kommentar: «Ausgerechnet jetzt!»

Noch kurz vor Schluss der Spiele hatte eine Zeitschrift das Buch *Sport und Rasse* besprochen, in dem (nach dem Sprecher der Reichsregierung, 12. August 1936) «. . . ungefähr auseinandergesetzt werde, dass nur die ‚Teutschen‘ im Zehnkampf Aussicht auf Erfolg hätten. Die Rassenlehre sei durch diese Veröffentlichung sicherlich nicht bereichert worden, aber unsere Olympiagäste würden dadurch verärgert. Die Veröffentlichung sei also höchst unpassend gewesen und deshalb zu beanstanden, ganz abgesehen davon, dass sich erst auf Grund dieser Veröffentlichung wieder das Ausland mit dem erwähnten Buch beschäftige. Übrigens sei es auch unpassend, wenn im Rahmen der Olympia-Berichte das Wort *Exoten* verwendet werde, das bestimmt zu vermeiden sei, zumal da wir ja im Zeichen der olympischen Gleichberechtigung aller Nationen stünden.»

Am Tage vor dem Abschluss der Olympischen Spiele in Berlin gab der Sprecher der Reichsregierung noch einmal einen weitgreifenden Überblick über das, was die Reichsregierung unter Hitler sich von diesen Spielen versprochen und erhofft hatte. Er kleidete diese Zusammenfassung in die Form einer Kommentaranweisung, die sehr ausführlich war und über die der Bericht lautete:

«Herr Berndt machte darauf aufmerksam, dass den Landesstellen (des Propagandaministeriums) zur Weiterleitung an die

Redaktionen allgemein gehaltene Richtlinien übermittelt worden seien, nach denen man sich bei der Abfassung von Rückschau zu den Olympischen Spielen richten möchte. Man müsse sehr delikate und mit sehr viel Takt schreiben. Eine Hurrastimmung sei unangebracht. Die grossen Erfolge Deutschlands brauchten nicht verkleinert zu werden, aber die Erfolge der anderen Länder dürften auch nicht im Schatten bleiben. Wenn man die Ursachen der deutschen Erfolge untersuche, so werde man sicher zunächst auf das Faktum stossen, dass die deutschen Sportler ihre letzten Kräfte eingesetzt hätten für ein Deutschland, das in der Welt Ansehen geniesst und für das zu kämpfen jeder bereit sei. In früheren Olympischen Spielen hätten, so sagte Herr Berndt, die Sportler oft nicht gewusst, wie ihr Vaterland im Augenblick des Wettkampfes wohl geleitet werde.

Wenn man nochmals die straffe Organisation der Olympischen Spiele würdige, so möge man Superlative unterlassen. Man möchte auch nicht sagen, dass uns niemand dies nachmachen könne. Die Organisation, die ein autoritär regierter Staat durchführe, bringe ganz von selbst auch auf dem Gebiete der Leibesübungen andere Erfolge. Aber man müsse nicht in diesem Zusammenhang andere Staaten und Staatsformen herabsetzen. Das Positive unserer Staatsform bedinge nicht, dass andere Staatsformen von uns verurteilt werden müssten. Wir dürften auch nicht in den Wettbewerb mit kleineren Nationen eintreten, die vielleicht später einmal die Spiele zu organisieren hätten. Wir hätten nur das getan, was uns möglich war, und das werde jeder andere Staat nach seinen Kräften auch tun. Deutschland sei immer ein gastfreundliches Land gewesen. Darum sei es selbstverständlich gewesen, den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Es solle auch nicht versäumt werden, darauf hinzuweisen, dass die Gäste Gelegenheit gehabt hätten, das neue Deutschland, wie es wirklich ist, mit dem Bilde zu vergleichen, das ihnen aus gewissen Meldungen in der Auslandspresse entgegengetreten sei. Wir wollen keinen Ruhm ernten, sondern nur Gerechtigkeit für das, was wir getan haben. Wenn Deutschland in der Gesamtwertung dieses Mal vor den Vereinigten Staaten stehen sollte, so könnte man sagen, dass immer nur die Besten siegen würden. Das werde auch in Tokio so sein, wo wir unter ganz anderen Umständen Mühe haben würden, unsere Position zu wahren. Deutschland habe Ursache, die Leistungen der anderen Nationen bewundernd anzuerkennen. Es sei um so stolzer auf seine eigenen.

Zum Schluss bat Herr Berndt, diese Richtlinien nur ganz allgemein zu benutzen und jede Uniform in den Kommentaren zu vermeiden» (15. August 1936).

Die Berichterstattung über die Spiele, die in diesen Wochen die Zeitungen fast vollständig beherrscht hatte, fand einen geheimnisvollen Abschluss durch eine Nachricht (19. August), dass der Kommandant des Olympischen Dorfes in Berlin «in der vergangenen Nacht plötzlich verstorben sei. Die Zeitungen dürfen nur die Todesanzeige bringen, sonst keinerlei Nachrichten oder Kommentare». Man hat nie mehr über die Umstände erfahren, die zum Tode geführt hatten.

In aller Stille war ein «Olympischer Orden» gestiftet worden. Die Namen der Personen, die ihn erhalten hatten, sollten nicht veröffentlicht werden: «Die Zahl der Personen, die den Orden erhalten hätten, sei so gross, dass die Veröffentlichung aller Namen unmöglich sei, einzelne aber herauszugreifen, sei unangebracht», sagte der Sprecher der Reichsregierung am 19. August in der Pressekonferenz. Nach deren Abschluss antwortete er auf Fragen ihn umringender Journalisten: «Da hat jemand den Führer überrumpelt. Rühren Sie am besten nicht daran.»

Aber alle Anstrengungen der Beauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, die «Spiele der Jugend der Welt» in Berlin als wirkungsvollen Beweis für ein freundliches Bild von einem friedlichen Nazideutschland zu verwenden, hatten, wie sich schon während der Spiele in den Nachrichten aus dem Ausland erwies, höchstens für einen kurzen Augenblick Erfolg. Die politischen Spannungen in der Welt, die in den letzten Jahren nicht zuletzt durch die Beurteilung deutscher Aktionen entstanden waren und immer wieder genährt wurden, entwickelten sich weiter und verschärften sich.

Den Spielen folgte am 24. August 1936 die Einführung der zweijährigen Militärdienstpflicht und vom 8. bis zum 14. September in Nürnberg der Reichsparteitag der NSDAP, der durch eine besonders scharfe antibolschewistische Tendenz gekennzeichnet war.

Schon am 17. August, einen Tag nach Abschluss der Spiele, hatte die Reichsleitung der NSDAP durch ihren Sprecher der Presse die Weisung gegeben, «mit der Berichterstattung über den bevorstehenden Reichsparteitag erst nach acht Tagen zu beginnen. Auch von der NSDAP selbst würden vorher keine Veröffentlichungen herauskommen. Sie werde auch dann nicht

gleich mit Pauken und Trompeten vier Wochen vor dem Parteitags losschlagen.»

Wie eine Ansage kommender Ereignisse blieben die Worte haften: Nicht gleich, aber eben später würden die Pauken und die Trompeten wieder erschallen. Das «Losschlagen» stand also bevor. Der kritisch beobachtende Zeitgenosse war abermals aufgerufen, sorgfältig und wachsam jede künftige Aussage, jedes Geschehen und jedes Verschweigen, Gerüchte, Nachrichten und Kommentare zur Kenntnis zu nehmen, zu wägen, zu analysieren. Kein wichtiges Detail durfte verlorengehen. Was gern Entwicklung genannt wird, erschien vorbestimmt. Es war geplant.

Kraftprobe in Spanien

Seit der Machtergreifung in Deutschland waren Adolf Hitler und seine Propagandaredner nie müde geworden, vom Frieden zu reden. Die Zahl der Friedensbeteuerungen wurde aber so gross, ihr Zusammenhang mit jeweiligen Anlässen war so wenig überzeugend, dass im Ausland die Frage laut wurde, was denn hinter diesem so auffällig geschwenkten Vorhang vor sich gehe. Die deutschen Erklärungen erschienen als Täuschungen.

Vor Beginn der Olympischen Spiele in Berlin hatte Hitler einen deutschen «Friedensplan» entworfen. Frankreich setzte ihm einen eigenen Plan entgegen. In einer langen Reihe von Weisungen an die deutsche Presse wurde diese vom Propagandaministerium angehalten, die französische Bemühung «nicht zu kommentieren, auch nicht einzelne Teile daraus», zumindest solange der Plan noch nicht offiziell vorliege. Als er aber auch amtlich veröffentlicht wurde, lehnte ihn die Reichsregierung in scharfer Sprache ab. Sie fügte jedoch hinzu, man sei bereit, über die französischen Vorschläge zu verhandeln. Diese Äusserung fiel am 4. April 1936, also noch vor Beginn der Olympischen Spiele. In der Pressekonferenz lautete eine der Begründungen für die Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung, man müsse die Eitelkeit der Franzosen schonen. Geheimrat Aschmann (AA) bat die Presse in Berlin, «keine ernsthafte Sachdiskussion» aufzunehmen (15. April 1936). Der Berichterstatter der FZ notierte damals, er habe «den Eindruck gewonnen, dass das Thema für die Dauer der Spiele hinhaltend behandelt werden solle».

An dem Tage, bevor über dem Reichssportfeld in Berlin das Olympische Feuer erlosch und die Flaggen der Nationen eingezogen wurden, hatten ein Unterseeboot und ein Kreuzer der spanischen Regierung ein deutsches Handelsschiff gestoppt und durchsucht. Die Regierung in Madrid liess nach illegalen Waffentransporten fahnden. Sie war von putschenden Militärs angegriffen worden, die sie zu stürzen versuchten.

Ein Bürgerkrieg tobte. Erst kurz zuvor war die Regierung aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, die im Parlament eine Linksmehrheit erbracht hatten. Die Reichsregierung in Berlin sprach von einer «Volksfrontregierung» und kennzeichnete das aktuelle Ereignis um das deutsche Schiff am 19. August in der Pressekonferenz so:

«Es handelte sich hier um einen eklatanten Bruch internationalen Rechts, den das Deutsche Reich sich nicht bieten lassen werde. Bolschewistische Schiffsbesetzungen dürften nicht die Freiheit der Meere gefährden und die Unsicherheit der Seestrassen herbeiführen. Es handele sich hier um internationale Freibeuter, gegen die geeignete Massnahmen ergriffen werden müssten, um künftig roten Piraten solche Übergriffe unmöglich zu machen. Mit solchen und ähnlichen scharfen Wendungen brauche nicht gespart zu werden.»

Bei der Gelegenheit wurde auch ein zweites Vorkommnis in gleicher Tendenz behandelt: Die englische Zeitung *Daily Mail* sollte gemeldet haben, dass in dem am 18. Juli 1936 ausgebrochenen Bürgerkrieg in Spanien linke Parolen forderten, es müssten alle Priester getötet werden. Der Sprecher der Reichsregierung sagte dazu, «. . . dass aus unparteiischer Quelle ein Beweis für die Einmischung der Sowjets in den spanischen Bürgerkrieg vorliege. Man solle doch darauf hinweisen, dass Beauftragte der Kommunistischen Internationale die Führung der Kommunisten in Spanien übernommen hätten und dass es Verwunderung erregen müsse, wenn unter solchen Umständen die Verbündeten Sowjetrusslands eine Nichteinmischung empfehlen, die bei diesen Methoden kaum mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden könne.»

Die Sprecherin des Madrider Kurzwellensenders, so hiess es in der Pressekonferenz vom Regierungstisch her weiter (19. August 1936), sei bis vor kurzem Sprecherin des Senders Moskau gewesen und Redakteurin des Kommunistischen Nachrichtendienstes. «Dieses Material könne als zusammenfassender Artikel verarbeitet werden, der, so wurde betont, die ernste Lage, die jetzt geschaffen sei, zum Ausdruck bringen müsse. Das Deutsche Reich halte an dem Prinzip der Nichteinmischung fest. Es müsse aber erwarten, dass die Sowjetregierung von ihrer bisherigen Politik abgehe, da sonst der Gedanke der Nichteinmischung eine Fiktion sei. Es wurde

gebeten, dieses Material gross aufzumachen, im Ganzen aber nicht den Eindruck zu erwecken, als gäbe es morgen schon Krieg.»

Zur gleichen Zeit liess das Propagandaministerium eine Broschüre über die Rote Armee der Sowjetunion verteilen, und der Sprecher bemerkte, das «in jedem Falle» die Stärke und der Angriffscharakter der Sowjetarmee gemeinsam behandelt werden müssten, «.. da sonst die Gefahr bestünde, dass die Stärke der Roten Armee als ein Beweis für die Nationalisierung der bolschewistischen Ideologie und des Kommunismus in Russland angesehen werden würde».

Am folgenden Tage, dem 20. August 1936, erhob nach den in der Pressekonferenz gegebenen Informationen der Botschafter des Reiches in Madrid «energische Vorstellungen», in denen er mitteilte, «die deutschen Kriegsschiffe seien angewiesen, künftig mit allen Mitteln solche Übergriffe der spanischen Flotte zu verhindern».

Zwar erwähnte der Sprecher des AA, «dass die englische Presse die Auffassung vertrete, die spanischen Kriegsschiffe seien zur Durchsuchung des deutschen Dampfers berechtigt gewesen», aber er glaubte, «dass dies nicht die Meinung der englischen Regierung sein könne». Die Verbindung zwischen dem Vorfall bei Cadiz, wo es sich um eine Aktion der dort herrschenden demokratisch gewählten spanischen Regierung handelte, und dem Thema der Stärke der Sowjetarmee führte auch in dieser Pressekonferenz zu einiger Verwirrung, zumal gerügt wurde, dass «. . . die Ausführungen, die in der gestrigen Pressekonferenz über die militärische Situation in Sowjetrußland gemacht wurden, ... in der Presse bei weitem nicht den Widerhall gefunden (hätten), der wünschenswert war. Diese Dinge müssten in den nächsten Tagen mit grösster Energie bearbeitet werden. Alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, seien für diese Aufgabe einzusetzen. Auch die Aufmachung in den Zeitungen müsste den Ausführungen entsprechen. Die Zeitungen würden strengstens kontrolliert, und gegen Zeitungen werde vorgegangen werden, die der Weisung nicht nachkämen».

Nach der Konferenz äusserte Geheimrat Aschmann, der Sprecher des AA, auf Fragen nach den Gründen der ständigen Bezugnahme auf die Sowjetunion, in Spanien versuche jetzt

«der Bolschewismus seine erste Kraftprobe», und die Reichsregierung werde sich entsprechend verhalten müssen.

Die Weisungen, die zum Thema Spanien und zu der dortigen Entwicklung gegeben wurden, hatten schon lange vor den Olympischen Spielen begonnen. Sie waren zunächst zurückhaltend und liessen den Standort der Reichsregierung nur vermuten. Drei Tage nach dem Beginn der Kämpfe in Spanien sprach die Regierung von einer «unklaren Situation» und verlangte von der deutschen Presse «abwägende» Berichterstattung. Man könne – so die Sprachregelung am 21. Juli 1936 – «nicht von einem Zusammenbruch des spanischen Aufstandes» reden. Dabei wies die Regierung darauf hin, dass die «Aufständischen» das Militär seien und dass die Regierung in Madrid angegriffen werde. Schon am folgenden Tage wurde gesagt, «. . . dass der Ausdruck *Rebellen* für das spanische Militär kaum der richtige Ausdruck sein dürfte», und empfahlen, Ausdrücke wie «Militärgruppe» oder «Anhänger des Generals Franco» zu verwenden. Wiederum einen Tag darauf wurde «mit grösserem Nachdruck, als es gestern bekanntgegeben worden war» von Berndt angeordnet, «. . . dass die Bezeichnung *Aufständische* nicht mehr verwendet werden soll, sondern die Ausdrücke *Militärgruppe* und *Linksregierung*». Dem wurde hinzugefügt, dass «mehrere Nationen Kriegsschiffe nach Spanien entsandt hätten. Die Meldungen hierüber könne man kräftig hervorheben». Schliesslich wurde am 27. Juli 1936 bestimmt:

«Als zulässige Ausdrücke für das spanische Militär wurde heute die Bezeichnung *Nationalisten* erklärt, während der Ausdruck *Faschisten* ausdrücklich als unerwünscht bezeichnet wurde. Die Regierung kann man als *marxistisch* bezeichnen.»

Die Entsendung deutscher Kriegsschiffe, die nach dem zitierten Hinweis erwartet werden musste (die Schiffe waren aber, wie man aus dem Reichskriegsministerium hören konnte, bereits am 23. Juli ausgelaufen), wurde erst am 26. Juli angekündigt. Sie durfte noch nicht veröffentlicht werden. Am nächsten Tage hiess es dann:

«Die Situation der 15.000 Deutschen in Spanien sei nach wie vor recht schwierig. Die grosse Mehrzahl wohne nämlich in solchen

Gebieten, die noch von der Regierung besetzt seien. Aus dieser Tatsache ergäben sich besondere Pflichten für die deutsche Presse, nämlich in eigenen Meldungen und eigenen Stellungnahmen nicht über den Terror spanischer Kommunisten zu berichten, sondern hierüber nur die vorliegenden ausländischen Meldungen, und zwar unter ausdrücklicher Kennzeichnung als ausländische, zu verwenden. Es müsse vermieden werden, dass in eigenen Artikeln und Kommentaren in die inneren Verhältnisse Spaniens eingegriffen werde. Was die Terminologie für die beiden Gegner angehe, so seien die bisherigen Weisungen weiterhin gültig.»

Im nachfolgenden kurzen Gespräch erläuterte Berndt diese Weisung mit dem Satz: «Je mehr Zurückhaltung, desto grösser die deutsche Glaubwürdigkeit, wenn wir etwas tun müssen.» Am 6. August wurde dann gemeldet, dass «vier junge Deutsche ermordet» worden seien. Diese Meldung, so wurde angewiesen, möge «. . . gross aufgemacht werden, und man könne darauf hinweisen, was nun die Welt zu diesen Greuelthaten sage, die sonst so aufmerksam gegenüber anderen Ländern sei». Es gefiel dem Sprecher der Reichsregierung nicht, dass «. . . eine grosse Zeitung im Reich über Spanien in grosser Aufmachung eine Londoner Meldung gebracht habe über Intervention oder Nichteinmischung' und dabei die Parole für Intervention ausgegeben (habe). Vor einer solchen Aufmachung möchte man warnen, und wenn dabei auch auf England Bezug genommen werde, so sei dies sehr abwegig» (17. August 1936). Berndt dazu im Gespräch: «Die haben das Wasser nicht halten können.»

Noch weniger aber gefiel es der Reichsregierung, dass eine Meldung der englischen Zeitung *Daily Mail* von einer Reihe deutscher Zeitungen übernommen worden war, in der es hiess, der Panzerkreuzer *Deutschland* hätte in Malaga in Südspanien deutsche Marinesoldaten gelandet. Die Meldung sei falsch, sagte der Sprecher der Reichsregierung und gab dennoch die Weisung: «Die oben erwähnte falsche Meldung der *Daily Mail* solle indessen von der deutschen Presse nicht dementiert werden» (Pressekonferenz 18. August 1936). Es war nicht möglich, eine Begründung für diese unverständliche Weisung zu erhalten. Vermutungen und Gerüchten waren Tür und Tor geöffnet.

Bei allem Ernst, der in den Pressekonferenzen stets

herrschte, gab es doch auch hin und wieder Gelegenheit zu spontan ausbrechender, dann meist bezeichnender Heiterkeit; so am 21. August, als der Sprecher der Reichsregierung nach dem vorliegenden Bericht (an die *Frankfurter Zeitung*) sagte:

«Eine Zeitung habe gestern mitgeteilt, dass in Spanien die Roten wie die Vandalen hausten. Darüber könne man sich nur wundern, denn die Vandalen seien ein hochkultivierter germanischer Volksstamm gewesen. Von einem französischen Schriftsteller stamme der Ausdruck *Vandalismus*, der unverständlicherweise später von Deutschen übernommen worden sei. Aber dieser Begriff müsse nun endgültig ausgerottet werden, er dürfe unter keinen Umständen mehr in diesem überlieferten Sinne gebraucht werden.»

Der bereits erwähnte Vorfall um das deutsche Handelsschiff *Kamerun*, das am 19. August vor Cadiz von spanischen Regierungsschiffen aufgebracht worden war, gab Anstoss zu einer Verschärfung der Weisungen zum Thema Spanien. Einige der deutschen Kriegsschiffe, die vor Spaniens Küsten kreuzten, würden in den nächsten Tagen zurückkehren, wurde am 22. August mitgeteilt, und es seien dann wohl «Schilderungen von Angehörigen der Kriegsmarine» zu erwarten. Die Presse wurde angewiesen, diese «nur mit Zustimmung der Pressestellen der Marine im Kriegsministerium oder der Pressestelle bei den Marinekommandos Nordsee oder Ostsee» zu veröffentlichen.

Bemühungen, durch ein allgemeines Waffenembargo den spanischen Bürgerkrieg einzudämmen, wolle auch die Reichsregierung unterstützen, erklärte das AA. «Alle Versuche von Regierungen, Parteien und Gewerkschaften, sich einzumischen, müssten verhindert werden», lautete eine Sprachregelung am 24. August 1936, und sie fuhr fort: «Sollten solche Vorgänge gleichwohl passieren, so wäre es ganz gut, die Nachrichten hierüber zu veröffentlichen. Seine Forderung nach Freigabe des beschlagnahmten Flugzeuges* habe Deutschland nur zurückgestellt, keineswegs aber aufgegeben. Das Gleiche gelte für den *Kamerun-Fa\]*, der natürlich ebenfalls weiter verfolgt werde.»

* Es handelte sich um ein Transportflugzeug der deutschen Wehrmacht.

Eine Woche später wurde mitgeteilt, dass die bisher in der spanischen Hauptstadt residierende Botschaft des Reiches nach Alicante verlegt worden sei. Der Umzug sei nötig geworden, weil die spanische Regierung reguläre Truppen, die bisher die Botschaft beschützt hätten, durch «rote Miliz» ersetzt hätte, «. .. die weder auf Grund ihrer Disziplin, noch auch ihrer Bewaffnung nach imstande sei, ausreichenden Schutz zu gewähren, aber vielleicht auch gar nicht gewillt sei, solchen Schutz zu geben».

Die Parteinahme der Reichsregierung wurde immer deutlicher. Dass Prinz Philipp von Hessen im Auftrag des Reichskanzlers Hitler am 24. August 1936 in Rom mit der italienischen Regierung Besprechungen führte, die einer engeren Zusammenarbeit beider Regierungen gegenüber Spanien dienen sollten, wurde gerüchteweise sehr bald bekannt, in der Pressekonferenz aber nicht bestätigt. Nur in einem Gespräch mit Geheimrat Aschmann (AA) war zu erfahren, dass «der Führer ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung der Ordnung in Spanien» wünsche, und dass der Prinz von Hessen «wahrscheinlich» zu diesem Zwecke in Rom sei. Diese «Meinung» wurde später als Tatsache bestätigt, womit wiederum eine Reihe von «unbeeinflussten» Vorgängen erklärlich wurde.

Joachim von Ribbentrop war zu dieser Zeit noch nicht Aussenminister, hatte aber ein eigenes «Büro Ribbentrop» in Berlin, das offiziös genannt wurde, nicht selten aber offiziell auftrat. Am 30. September 1936 machte der Sprecher dieses Büros in der Pressekonferenz der Reichsregierung darauf aufmerksam, dass in der *Berliner Illustrierten* am nächsten Tage «ausgezeichnete Bilder über den kommunistischen Terror in Spanien» veröffentlicht werden sollten: «Man wünsche, dass diese Nummer in weiteste Volkskreise käme, und bitte daher die Zeitungen, in den lokalen Teilen eine Besprechung dieser Bilder vorzunehmen.»

Der Berichterstatter der FZ teilte seiner Redaktion damals hierzu mit: «Es machte sich natürlich in der Konferenz ein wenig Erstaunen bemerkbar über die auf diese Weise anzustellende Reklame für die *Berliner Illustrierte*.»

Aber der Sprecher der Reichsregierung verwies darauf, dass auch andere illustrierte Blätter «... immerhin die Möglichkeit

hätten, ähnliches Material beizubringen. Das Bildreferat des Ministeriums liess darauf aufmerksam machen, dass in letzter Zeit vor allem von der Firma *Weltbild* reiches, sehr gutes und zum Teil ganz neues Material über Sowjetrussland ausgegeben worden sei.»

Die abermals vorgenommene Bezugnahme auf die Sowjetunion wurde in der Pressekonferenz mit spürbarer Aufmerksamkeit vermerkt. Aber die rüde Behandlung von Tatsachen allein zum Zwecke propagandistischer Wirkung wurde in der gleichen Konferenz noch einmal deutlich: Die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, so sagte der Sprecher der Reichsregierung, «. . . hat heute Morgen aus einem Buch von Dr. Gruenbeck über die englische Presse einen Abschnitt abgedruckt, von dem man nicht recht einsehe, warum das geschehen sei. In diesem Abschnitt des Buches werde nämlich gesagt, dass die uns ungünstigen englischen Zeitungen die politisch wichtigen seien, während die anderen, die sich in objektiver Weise mit Deutschland befassten, eigentlich keine Bedeutung hätten. In Büchern könne man so etwas ja eventuell schreiben, aber warum in Tageszeitungen?»

Am 5. Oktober 1936 wurde die Presse abermals aufgefordert, keine Sensationsmeldungen aus Spanien zu bringen. Dazu wurde das Beispiel gegeben:

«Als eine solche stelle sich jetzt offenbar wieder die Nachricht von der angeblichen Flucht Azanas* heraus. Es mache wohl keinen besonders guten Eindruck, wenn man derartige Meldungen immer wieder bringe, so dass der Leser merke, dass die erste Meldung über Azanas Flucht sicher falsch gewesen sei.»

Bei solchen Gelegenheiten erhob sich in der Pressekonferenz in der Regel ungeniert spöttelnde Heiterkeit.

Mit der Bezeichnung der einander bekämpfenden spanischen Truppen und Verbände wollte es noch immer nicht klappen. «Es sei Unfug», erklärte Alfred Ingemar Berndt am 15. Oktober 1936 in der Pressekonferenz, «wenn immer wieder von den bolschewistischen Truppen der Madrider Regierung als *Regierungstruppen* geschrieben werde. Man müsse sagen *rote* oder *marxistische Milizen*. Reguläre Truppen

* Manuel Azana, seit 10. Mai 1936 Präsident der Republik Spanien.

seien es ja gar nicht. Ausserdem werde die Madrider Regierung praktisch von uns nicht mehr anerkannt.»

Das war die erste Feststellung dieses Tatbestandes, der seit langem effektiv zu sein schien.

In sich häufenden Weisungen zum spanischen Bürgerkrieg wurde die enger gewordene Beziehung der Reichsregierung zu den dortigen Vorgängen immer deutlicher. Am 31. Oktober gab der Sprecher der Wehrmacht in der Pressekonferenz unter der Kennzeichnung «streng vertraulich» folgende Weisung:

«Das Reichskriegsministerium hat gebeten, Meldungen und Nachrichten über die Verwendung von Kampfgasen im spanischen Bürgerkrieg in der deutschen Presse vorläufig in keiner Form mehr zu bringen. Dieses Verbot erstreckt sich auf jegliche Art der Verwendung von Gas.»

Zugleich wurde verboten, Nachrichten über Truppenverschiebungen, Reservestellungen, Startplätze, Flugzeugangriffe, Munitionsdepots usw. zu bringen, die Aufschluss über Vorgänge in Spanien geben könnten. Am 5. November hatte die Berliner *Nachtausgabe* dennoch eine Gas-Meldung im Blatt, was gerügt wurde. Peinlich für die Reichsregierung war auch, dass eine (unbekannt gebliebene) Zeitschrift in Berlin über die Bilder aus Spanien berichtete, sie seien gestellt, also unwahr (3. November 1936). Der Sprecher der Reichsregierung erwiderte, dass alle in Deutschland veröffentlichten Bilder echt gewesen seien: «Ausserdem gebe es eine grosse Zahl solcher (Bilder), die man wegen ihrer Schrecklichkeit nicht veröffentlichen könne.» Im gleichen Atemzuge wurde vor «Tatarenmeldungen aus Spanien» gewarnt und behauptet, solche Nachrichten kämen aus französischen und schweizerischen Quellen. Während des ganzen spanischen Bürgerkrieges wurde immer wieder vor Parteinahme durch Nachrichtenauswahl gewarnt, andererseits wurden Nachrichten in Wort und Bild empfohlen oder gar angewiesen. «Ganz energisch», so sagte Berndt am 5. November in der Pressekonferenz, «müsse man sich gegen die Spanien-Propheten wenden, die z.B. jetzt die Einnahme von Madrid für unmittelbar bevorstehend erklärten. Tatsächlich sei aber nur eine kleine Kolonne in die unmittelbare Nähe gekommen, andere ständen noch bis zu 70 Kilometer entfernt. Es sei geradezu gewissenlos, unter diesen

Umständen die Einnahme von Madrid für die nächsten Tage oder für Weihnachten vorherzusagen. Das Publikum lache bereits über Zeitungen, die so handelten. Man möge sich also unbedingt auf Tatsachen beschränken.»

Es ist schwer zu beschreiben, wie die Pressekonferenz sich bei solchen Äusserungen Berndts verhielt, aber es war für jeden zu spüren, dass eine Bewegung durch die Reihen ging.

Als am 17. November einzelne Zeitungen von «heldenhaften asturischen Bergarbeitern» geschrieben hatten, erinnerte Berndt daran, dass «schon einmal vor dieser Art Berichterstattung gewarnt worden» sei. Er wiederholte diese Warnung und fügte hinzu: «Jeder Verstoß gegen diese einfachen Grundgesetze nationalsozialistischer Zeitungsgestaltung würden in Zukunft mit dem sofortigen Ausschluss des Schriftleiters aus seinem Beruf geahndet.» Er nannte keines dieser «Grundgesetze», da aber die asturischen Bergarbeiter regierungstreu, also links orientiert waren, wusste jedermann, was gemeint war.

Madrid war noch immer nicht eingenommen worden. Dort sass die rechtmässig gewählte Regierung. Franco hatte sich mit seinen Generalen in Burgos einen «vorläufigen Regierungssitz» geschaffen, und dazu wurde am 19. November 1936 offiziell in der Pressekonferenz gesagt:

«Was Deutschland zur Anerkennung (der Franco-Regierung) veranlasst habe, sei in der deutschen Presse bereits dargelegt worden. . . Nicht gebracht werden soll, dass die deutsche Botschaft Alicante bereits verlassen und der Generalkonsul von Barcelona sich auf ein deutsches Kriegsschiff begeben hat, wo er noch auf weitere Deutsche, die an Bord kommen könnten, wartet. Auf alle Fälle wird dringend gebeten, nicht mehr von *Madriider Regierung* zu sprechen, wie es in bedeutenden Zeitungen heute doch noch geschehen sei. Einmal sei Caballero* nicht mehr in Madrid, zum anderen sei es keine Regierung. *Rotes Regime, Leitung der roten Miliz, Rot-Front-Häuptlinge* könne man statt dessen sagen.»

Diese Weisung wurde noch am gleichen Tage durch folgenden Rundruf an alle Zeitungen ergänzt:

* Seit 4. September 1936 Ministerpräsident der republikanischen Regierung Spaniens.

«Die spanische Regierung des Generals Franco* ist in Zukunft stets als die *spanische Nationalregierung* zu bezeichnen. Von einer *roten Regierung* darf nicht mehr gesprochen werden, da eine *rote Regierung* nicht mehr vorhanden ist. Es ist stattdessen stets die Wendung zu gebrauchen: *die Bolschewisten.*»

Zum erstenmal wurde am 2. Dezember 1936 die Landung deutscher Truppen in Spanien zugegeben, und zwar in folgender verschlüsselter Form, die jedoch von den Journalisten sofort ihrer Umkleidung enthüllt wurde; der Bericht der FZ-Vertreter hierüber lautete:

«Herr Berndt kam ferner darauf zu sprechen, dass ein Teil der Auslandspresse Angaben über angebliche deutsche Truppenlandungen bei Cadiz bringe, wobei die Zahl zwischen 100 und 10.000 schwanke. Das Foreign Office habe selbst festgestellt, dass für die Teilnahme Freiwilliger am spanischen Bürgerkrieg kein Verbot vorliege. Deutschland habe selbst beantragt gehabt, die Teilnahme von Freiwilligen zu verbieten, doch sei dieser Antrag vom Nichteinmischungsausschuss nicht angenommen worden. Wir befänden uns also in einer günstigen Position. Den erwähnten Meldungen Glauben zu schenken sei Unfug. Es sei ganz klar, dass Deutschland keinerlei Truppenverbände oder -einheiten nach Spanien geschickt habe.»

Diesen sorgfältig verklausulierten Aussagen, die abgelesen wurden, was selten vorkam, folgte ein Hinweis auf «die wirkliche Einmischung», auf «die ganz klaren Beweise aus sowjetrussischen Waffenfunden in Spanien», auf Ausweise sowjetrussischer Personen, und der Sprecher fuhr nach dem vorliegenden Bericht fort:

«Allerdings habe man auch französische Waffen gefunden, doch wurde gebeten, nur Sowjetrussland zu erwähnen. Eine solche Darstellung müsste in sehr geschickter Form gemacht werden. Wenn tatsächlich in Spanien ein Deutscher auftreten sollte, könnte es sich nur um ein langjähriges Mitglied der Fremdenlegion handeln oder um einen, der in Spanien ansässig sei und sich einem Truppenteil zur Verfügung gestellt habe.»

Es wird nicht erforderlich sein, darzulegen, wo in diesen Formulierungen die Verschlüsselungen und wo die beabsich-

* Franco bildete seine «Gegenregierung» am 30. Juli 1936.

tigten Informationen lagen. Wenige Zeit später sprach Berndt hierzu in aller Offenheit und bestätigte, was damals herausgelesen worden war. Die deutsche Öffentlichkeit hatte eine weit geringere Chance, aus den Zeitungsnachrichten die Tatsachen zu erkennen, oder – sie glaubte daran, dass Fremdenlegionäre eingesetzt waren und nicht eine *Legion Condor*, die in Spanien Waffen, Methodik und Taktik erprobte.

Kaum eine Woche nach diesen ersten Nachrichten über eine Intervention Deutschlands in Spanien versuchten die französische und die englische Regierung in einem Vermittlungsvorschlag, der Ausweitung des Krieges Einhalt zu gebieten. Am 10. Dezember sagte der Sprecher der Reichsregierung dazu:

«Der französisch-englische Vermittlungsvorschlag im spanischen Bürgerkrieg sei, was man vertraulich sagen wolle, recht merkwürdig. Wie man sich eine Einigung eigentlich vorstelle? Es wäre aber nicht richtig, in der deutschen Presse eine heftige Kritik an dem Vorschlag zu üben, da die Engländer sehr empfindlich seien. Auch hätten sich die Sowjetrussen mit Begeisterung für den Vorschlag erklärt, wenn alle anderen mitmachten. Man könne sich aber die Hintergedanken Moskaus vorstellen. Eine offizielle deutsche Stellungnahme gebe es zwar noch nicht, aber eine Kritik an dem Vorschlag halte man auf keinen Fall für richtig, wenn sie sich gegen die Engländer richten würde.»

Am 11. Januar 1937 befasste sich die Reichsregierung in einer Pressekonferenz besonders ausführlich mit ihrer Haltung zu Spanien und zu den englisch-französischen Bemühungen. Die Schlagzeilen aller deutschen Zeitungen, so ordnete Berndt an, müssten im Zeichen dieses Themas stehen. Grossbritannien hatte seinen Standpunkt in einer Note dargelegt. Berndt kennzeichnete die Situation, wie sie die Reichsregierung zu sehen wünschte. Ein englischer Beauftragter hatte «in Paris sondiert», und so ergab sich nach Berndt:

«Dort sei der Plan ausgearbeitet worden, den Roten in Spanien Hilfestellung zu leisten, zusammen mit der Volksfront, um später Spanisch-Marokko in französische Hände zu bekommen. Er bitte die einzelnen Zeitungen, das Material und die Kommentare so verschieden zu färben, wie das ihrem eigenen Ton entspreche. Die Boulevardblätter müssten natürlich besonders scharf sein, die

übrige Presse aber sachlich nicht weniger energisch. Ferner möge man auch besonders die Haltung Englands behandeln, wo sich nur einige Salonbolschewisten den französischen Gerüchten über deutsche Absichten in Marokko angeschlossen hätten. Sehr richtig und sehr wirkungsvoll werde ein Hinweis auf die Gefahr sein, die ein Sowjetspanien auf der einen und ein von den Franzosen besetztes Spanisch-Marokko auf der anderen Seite für Gibraltar bilden würde. Die Erörterung solcher Pläne dürfte in England auf grosses Echo stossen. Man könne also sagen, dass Frankreich versuche, England für alle Zeiten zu seinem Vasallen zu machen.»

Eine «bolschewistische Lösung in Spanien», so hatte der Reichsminister für Auswärtiges, Constantin Freiherr von Neurath, am 31. Dezember 1936 zu den Botschaftern Frankreichs und Englands in einem Gespräch gesagt, komme für Deutschland unter keinen Umständen in Frage.

An diesem 11. Januar fand überraschend abends um 20.15 Uhr eine zweite Pressekonferenz statt. Dort verlas Berndt als Sprecher der Reichsregierung folgenden Wortlaut in einer Erklärung, die, wie er mitteilte, von der französischen Nachrichtenagentur Havas verbreitet wurde:

«Gelegentlich des heutigen Diplomatenempfanges in Berlin versicherte Reichskanzler Hitler dem französischen Botschafter, dass Deutschland nicht die Absicht habe, noch jemals gehabt habe, die Integrität Spaniens oder der spanischen Besitzungen in irgend- einer Form anzutasten. – Der französische Botschafter versicherte im Namen seiner Regierung, dass Frankreich fest entschlossen sei, die Integrität Spaniens und das Statut von Spanisch-Marokko im Rahmen der bestehenden Verträge zu achten.»

Der Bericht des Vertreters der FZ an seine Redaktion in Frankfurt teilte dazu mit:

«Diese Meldung wird erst in dem Augenblick frei, wenn sie von DNB als Havas-Zitat ausgegeben wird. Dieser Zeitpunkt tritt dann ein, wenn das erste französische Blatt die Havas-Erklärung veröffentlicht. .. Eigene Meldungen aus Paris dürfen also über diese Erklärung nicht gebracht werden ... Diese Meldung mit Kommentar muss dann auf die erste Seite. Wenn noch schärfere Kommentare für das Blatt fertig sind, sollen diese in das Innere des Blattes geschoben werden. Die Meldung wird von DNB mit neutraler Überschrift ausgegeben, als ‚eine französische Erklärung

in der Marokko-Frage'. Als Unter-Überschrift müsse in sehr ruhiger Weise diese Erklärung in Gegensatz zur französischen Pressehetze gebracht werden (etwa: ‚Quai d'Orsay rückt von der französischen Pressehetze ab'). In Schlagzeilen wäre ferner diese Erklärung als neuer Friedensbeitrag des Führers zu bezeichnen, und zwar im Zusammenhang mit der Neujahrsansprache. Für die Kommentare ergäbe sich eine glänzende Gelegenheit, Deutschland als Erhalter des Friedens in Europa zu bezeichnen.»

Berndt fügte diesen Weisungen hinzu, dass unbedingt kommentiert werden müsse, «und zwar in sehr vornehmer und ruhiger Weise».

Die asturischen Bergarbeiter, die keine Helden sein durften, liessen selbst dem Führer und Reichskanzler keine Ruhe. Am 25. Februar 1937 hatte ausgerechnet der *Angriff*, das Blatt des Joseph Goebbels in Berlin, entgegen früheren Anweisungen wieder von ihnen geschrieben. Nun kam (am nächsten Tage) die Weisung, «dass man auf keinen Fall von ‚asturischen Bergarbeitern' sprechen dürfe; es wird dringend um Einhaltung der richtigen Terminologie gebeten.

Die damalige Anweisung sei von einer sehr hohen Stelle gekommen. Wenn diese Stelle die gestrige Übertretung zu Gesicht bekomme, gebe es ganz bestimmt ein grosses Gewitter.»

Eine Nachricht, dass in Spanien 16.000 katholische-Priester von den sich verteidigenden Regierungstruppen (den *roten Milizen*) ermordet worden seien, wurde (am 10. März 1937) als «nicht gerade glücklich» bezeichnet, denn: «so viele gebe es gar nicht in Spanien», sagte der Sprecher der Reichsregierung dazu.

Es gab Schwierigkeiten in Spanien, sagte der Sprecher am 24. März: Italienische Freiwillige hatten sich aus Malaga zurückziehen müssen:

«Es bestehe für die deutsche Presse kein Anlass, das zu verschweigen. Wenn die Italiener selbst von ihren Freiwilligen schrieben und davon, dass diese sich zurückgezogen hätten, seien wir nicht verpflichtet, darüber Schweigen zu bewahren. Auch bei der Einnahme von Malaga hätten die Italiener Wert darauf gelegt, ihre Freiwilligen erwähnt zu sehen. Allgemein sei es nicht richtig, den Krieg in Spanien als fortgesetzten Siegeszug darzustellen . . . In der Presse möge man also eine sachliche Darstellung der Kriegslage vor Madrid bringen, unter Zitierung der italienischen Presse.»

Noch deutlicher war die Weisung am 2. April 1937, was um so mehr Beachtung fand, als sie von Berndt gegeben wurde:

«Er müsse dringend ersuchen, und zwar mit allem Ernst, gegenüber allen Spanienmeldungen vorsichtig zu sein. Grundsätzlich seien alle Zahlen über Tote, Verwundete und Gefangene übertrieben, wozu die spanische Mentalität eben neige. Es gehe auch nicht an, harmlose Gefechte aufzubauschen, weil im Übrigen die Zeit politisch sehr still sei. Ab heute sei es untersagt, Spanienmeldungen zu Schlagzeilen zu benutzen. Sie dürfen, abgesehen von berechtigten Ausnahmefällen, nur noch einspaltig und an irgendeiner Stelle der Zeitung gebracht werden. Zu unterlassen seien auch alle Prophezeihungen. Wenn spanische Generale Voraussagen machten, brauche sie die deutsche Presse nicht zu bringen. Die deutsche Presse habe sich in der Welt durch ihre Spanien-Berichterstattung schon in grossem Masse lächerlich gemacht und verliere ihr Ansehen bei den eigenen Lesern, die doch von Zeit zu Zeit wohl auch ausländische Zeitungen in die Hand bekämen oder einen ausländischen Sender hörten. Natürlich dürfe anderseits die Haltung gegenüber den Truppen der nationalen Regierung nicht unfreundlich werden. DNB werde seine Nachrichten noch viel stärker in dem oben angegebenen Sinne kontrollieren.»

Die offenkundige Tendenz dieser Weisung von einem Mann, der als rücksichtslosester Vertreter nationalsozialistischer Propaganda durch die Presse galt, wurde in der Pressekonferenz zwar mit einer gewissen Bewegung, keinesfalls aber mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Man war unterrichtet, dass die militärische Lage für Franco nicht zum Besten stand. Im Übrigen hinderte diese eindeutige Stellungnahme nicht, dass später eine genau entgegengesetzte Weisung gegeben wurde.

Ende April hatten «nicht genau bezeichnete Flieger» (Pressekonferenz vom 7. Mai 1937) die spanische Stadt Guernica bombardiert, und die englische und die amerikanische Regierung verlangten eine gemischte Untersuchungskommission, um den Vorgang zu klären. Die Erwiderung der Reichsregierung war im Ton bemerkenswert gemässigt:

«Es schein, als ob die englische Regierung sich bedauerlicherweise nur auf die Mitteilung der roten Regierung verlasse,

während authentische Auskünfte nach unserer Meinung nur von der Franco-Regierung gegeben werden könnten.»

Der Angriff auf Guernica wurde eine Weltsensation. Am 21. April hatten Hermann Göring und Frau eine Reise angetreten, über deren Ziel nichts verlautete. Sie wurde in der Pressekonferenz des Tages als Privatreise bezeichnet, «die schon längst feststand. Alle Kombinationen der Auslandspresse sind unberechtigt. Wenn sie am Bestimmungsort eingetroffen sind, soll eine DNB-Meldung ausgegeben werden. Bis dahin sind Berichte über die Reise unerwünscht. Über weitere Meldungen wird von Fall zu Fall beraten.»

Fünf Tage später (26. April) bestätigten im Ausland Nachrichten das umlaufende Gerücht, Göring und Frau seien in Rom, und ein Rundruf von diesem Tage lautete:

«Über den Aufenthalt Görings in Rom sollen keine eigenen Korrespondentenberichte gebracht werden. Wenn nötig, werde man eine DNB-Meldung ausgeben.»

Die Auslandspresse sah ihre Vermutung bestätigt und behauptete nun um so nachdrücklicher, dass dieser Romaufenthalt des Generalobersten und Chefs der neuen deutschen Luftwaffe bei Mussolini dazu diene, eine Hilfsaktion für den bedrängten Franco zu erörtern. Zwei Tage darauf, am 28. April 1937, sagte der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz (nach dem Bericht an die FZ):

«Die ausländische Presse mache eine grosse Greuelhetze über die Zerstörung der spanischen Ortschaft Guernica, wobei behauptet werde, Hunderte von deutschen Flugzeugen hätten die Ortschaft so lange bombardiert, bis nichts übrig geblieben sei. Von nationalspanischer Seite sei bereits eine amtliche Erklärung herausgekommen, die auch das DNB bringe. Aufgabe der deutschen Presse sei es, diese Richtigstellung mit Nachdruck zu kommentieren: Von roter Seite wolle man offenbar versuchen, mit dieser Greuelmeldung die Scheusslichkeiten bei der Räumung der Ortschaft Eibar zu vertuschen. Über die Vorgänge bei der Einnahme von Eibar werde DNB noch eine Meldung herausbringen, die man der Beachtung empfehle.»

Die Erklärung der Reichsregierung enthielt, wie in der Pressekonferenz sogleich festgestellt wurde, kein deutsches

Dementi, abgesehen von dem Wort *Richtigstellung*, das sich aber auf eine spanische Erklärung bezog. Die Erregung unter den Journalisten war diesmal für jedermann spürbar, um so mehr, als Auslandsmeldungen behauptet hatten, die Flugzeugbesatzungen hätten auf die aus der Stadt fliehende Bevölkerung mit Maschinengewehren geschossen; und die englische Regierung sprach von «deutschen Flugzeugen». Als die *Deutsche Allgemeine Zeitung* am gleichen Tage den Vorfall meldete, brachte sie auf der ersten Seite «die richtige Version», wie der Sprecher der Reichsregierung sagte (und er meinte die von ihm behauptete), aber «auf der zweiten Seite das, was sich der Pariser Korrespondent ausgedacht habe» - so der Regierungssprecher. Er fügte hinzu: «Beide Meldungen stünden in vollem Widerspruch zueinander. Die Folge sei, dass man sich im Ausland darüber lustig macht.»

Obwohl Anzahl und Umfang der Nachrichten über Guernica im Ausland ständig wuchsen, wurde in Berlin nur wenig dazu gesagt. «Das stockende Anleihegeschäft» in London, so hiess es am 30. April in der Pressekonferenz von amtlicher Seite, habe «mit der Schilderung der deutschen Luftgefahr etwas aufgepulvert werden sollen». Aber schliesslich entschied sich das Propagandaministerium auf Geheiss von «besonderer Stelle», einen von der Londoner *Times* am 28. April veröffentlichten Augenzeugenbericht über das Bombardement über DNB auch in Deutschland auszugeben. Die Presse wurde aber gebeten:

«. .. dieses Phantasieprodukt wörtlich abzudrucken und dazu die Feststellungen zahlreicher französischer Zeitungen darüber, dass überhaupt kein Bombardement stattgefunden habe. Von Havas kann man ja wohl bestimmt nicht annehmen, dass sie in deutschem Solde steht. DNB hat weiter einige Meldungen darüber gebracht, dass auch das Schiff *Espaha* niemals bombardiert worden sei; im dichten Nebel sei das Schiff vielmehr auf eine Mine gelaufen. Diese Meldungen muss die deutsche Presse dazu benutzen, die englische Hetze einmal deutlich abzuwehren. Die Meldungen sind deshalb gross aufzumachen und zu kommentieren. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es sich um ein riesiges Börsenmanöver gehandelt hat zugunsten der schlecht gezeichneten englischen Rüstungsanleihe. Um der Anleihe aufzuhelfen, ist der Flugüberfall erfunden worden. Französische und schweizerische Zeitungen stellen fest, dass von den riesigen Bombentrümmern, von

denen die *Times* zu erzählen wusste, überhaupt nichts zu sehen ist. Die Häuser selbst stünden noch, sie seien nur wie Irun und Eibar von den Roten selbst angezündet worden. Weiter kann man in diesem Zusammenhang auf die kürzlich in London in Gegenwart von Kabinettsmitgliedern stattgefundene Aufführung eines Propagandafilms (*The Gap*) hinweisen. In diesem Film wird ein schwerer Bombenangriff auf London gezeigt, wobei die Flugzeuge über den Kanal kommen. Da man ja schwerlich wohl mit einem belgischen oder französischen Angriff rechnet, ist auch hier die Tendenz eindeutig. Der ganze Kommentar oder Leitartikel ist aufzumachen als Zusammenbruch eines englischen Lügenfeldzuges. In diesen Zusammenhang gehört auch das Dementi gegen die angebliche Landung von 1500 Deutschen in Bilbao. Schliesslich könne man auch auf eine United-Press-Meldung verweisen, nach der ein Pater namens Onaninda dem Papst über eintausend Opfer eines Flugzeugunglücks bei Biaritz berichten wolle. United Press sei offenbar einer Mystifikation zum Opfer gefallen, da es einen solchen Geistlichen gar nicht gebe. In den Kommentaren ist nicht England oder das englische Volk anzugreifen, sondern die eigentlichen Hetzer. Erfreulicherweise haben sich einige grosse englische Zeitungen von der Hetze freigehalten, im Ganzen aber ist die Glaubwürdigkeit der englischen Presse durch das Manöver in Frage gestellt.»

Alfred Ingemar Berndt hatte diese für die Propagandapraxis der Nationalsozialisten fast «vorbildlich» zu nennende Weisung aus dem Stegreif vorgetragen. Er hatte keine der Zeitungen genannt, aus denen zitiert werden sollte, und sie waren auch nicht bekannt. Aber er hatte ohne Einschränkung gesagt, dass «überhaupt kein Bombardement stattgefunden» hätte. In den in Berlin an Kiosken erhältlichen Zeitungen aus dem Ausland, in den Sendern der europäischen Stationen, die in Deutschland empfangen werden konnten, las und hörte aber auch die deutsche Öffentlichkeit täglich, was in der Welt über Guernica berichtet wurde: das Gegenteil, und das in allen Einzelheiten. Das Kriegsministerium in Berlin schwieg aber nur offiziell.

Aus dieser Weisung sind die Methoden abzulesen, die von den Nazis angewandt wurden, wenn es etwas zu bestreiten galt: Erwähnung anderer Tatsachen (Film *The Gap*), Behauptungen mit vielen Namen (Irun, Eibar, das Schiff *Espaha*), Mitteilungen von angeblichen Schwierigkeiten der

anderen (Börsenmanöver), Sensationsandeutungen (Pater Onaninda, den es nicht gab), Hinweise auf Ausnahmeverhalten beim Gegner (anständige Zeitungen). Auf jeden Fall sollte von Thema und Tatbestand abgelenkt und Verwirrung erzeugt werden. Dass auf Bildern, die aus Guernica stammen sollten, Lebensmittelkisten gezeigt wurden, die, wie dazu am 5. Mai gesagt wurde, jedoch Munition enthalten hätten, führte zu einem Zwischenruf in der Pressekonferenz, der jedoch wegen seiner Zweideutigkeit keine Folgen hatte: «Wo kamen diese Kisten her?»

An einem Vorschlag, in Spanien einen Waffenstillstand zu vermitteln (er wurde von London gemacht), war die Reichsregierung wenig interessiert, aber «man möge nicht gegen den Waffenstillstand schreiben», wurde dazu gesagt (24. Mai 1937) und auch, dass die Reichsregierung «nichts überstürzen» werde.

Sehr viel lebhafter wurde die Stellungnahme der Reichsregierung, nach dem am 30. Mai der Panzerkreuzer *Deutschland* vor der spanischen Küste bombardiert worden war. Bevor die Nachrichten aus den möglichen Quellen Vorlagen, erklärte der Sprecher der Reichsregierung, es sei «eine unverschämte Lüge und verbrecherische Verfälschung des Tatbestandes», wenn die spanische Regierung (die «Roten») behauptete, die Flugzeuge seien von dem Kriegsschiff beschossen worden und hätten das Feuer erwidert. Die Gegenbehauptung lautete:

«Nicht ein einziger Schuss sei von dem deutschen Schiff abgegeben worden. Das Schiff sei in Ruhe gelegen und sei gar nicht gefechtsklar gewesen. Das erhelle auch schon daraus, dass eine einzige Bombe so viele Opfer verursacht habe. Alles spreche gegen diese Lüge der roten Regierung. Aber von ‚Regierung‘ könne gar keine Rede sein, das sei erneut zu betonen, denn bei Valencia handle es sich um Banditen und Verbrecher.»

Am folgenden Tage beschossen deutsche Kriegsschiffe die spanische Stadt Almeria, was sogleich auch in der Pressekonferenz mitgeteilt und als Vergeltungsakt bezeichnet wurde. Die Weisungen in der Pressekonferenz am 31. Mai 1937 verlangten es als «selbstverständlich, dass die Beschiessung von Almeria im Vordergrund aller Meldungen zu stehen habe. Bei den Kommentaren sei die gleiche Schärfe anzuwenden, mit

der sie schon in der Morgenpresse verfasst worden seien. Niemals dürfe man von der ‚Regierung‘ in Valencia sprechen, denn dies seien Banditen und Strolche . . . Den roten Gewalthabern und der übrigen Welt müsse man ein Sündenregister Vorhalten.»

Der Sprecher der Reichsregierung meinte, es müsse «an Hand der Archive» daran erinnert werden, dass deutsche Arbeiter in Spanien («Mitglieder der deutschen Arbeitsfront») erschossen worden seien, dass «die Bolschewisten fortgesetzt eine Lügenhetze getrieben (hätten), um Deutschland in Verwicklungen hineinzuziehen, und ausserdem sei zu erinnern an die Marokko-Hetze, an die Guernica-Hetze . . ., es sei auch die Behandlung der Gefangenen nicht zu vergessen, wofür noch in jüngster Zeit die Gerichtsfarce gegen die drei freiwilligen Deutschen ein Beispiel geboten habe, die zum Tode verurteilt und erst nach langen Bemühungen diesem Schicksal entrissen worden seien. An dem Erfolg der Beschießung Almerias bestehe ein lebhaftes Interesse», sagte der Sprecher der Reichsregierung, «auch über den Sachschaden könne also berichtet werden.» Dass auf den Vorfall hin französische Kriegsschiffe nach dem Mittelmeer ausgelaufen waren, durfte nicht mitgeteilt werden. Man wolle in Paris «nur den Eindruck erwecken, dass der grosse Bruder zu Hilfe komme».

Auch der folgende Bericht eines Mitgliedes der Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung* an die Hauptredaktion in Frankfurt kennzeichnet die Praxis der Presselenkung in jenen Jahren:

«Nach Beendigung der heutigen Pressekonferenz (3. Juni 1937) bat Herr Stephan die Vertreter der grösseren Blätter zu sich. Nach besonders nachdrücklichem Hinweis auf die Vertraulichkeit der folgenden Mitteilung und die Notwendigkeit, sie unbedingt geheim zu halten, las er (leider sehr schnell und mit einigen Auslassungen, wie er bemerkte) einen Brief vor, den die Marineleitung an die grossen Blätter bekanntzugeben wünschte. Darin hiess es etwa:

Seit Monaten sei in der Weltpresse eine lebhafte Propaganda gegen Deutschland und Italien festzustellen. Der deutsche Botschafter in London habe am 5. Mai in einer Aussprache mit dem englischen Aussenminister Eden Einspruch gegen die Pressekam-

pagne erhoben. Gleichzeitig und in Zusammenhang mit diesem Schritt seien die italienischen Pressevertreter aus London abberufen worden. In Amerika habe sich der Senator Borah gegen den Faschismus gewandt. Die deutsche Presse habe hiergegen scharf Front gemacht. Dabei habe sich aber gezeigt, dass es nicht klug sei, in der eigenen Berichterstattung die Fehler zu begehen, die man den anderen vorwerfe. Die deutsche Presse müsse auf tendenziöse Berichterstattung im Interesse der Stärkung unserer Position verzichten. Zwei Beispiele seien anzuführen:

Am 27. April hätte man u.a. etwa die Überschrift lesen können: «Englischer Hohn auf die Neutralität.’ Die Veröffentlichung habe sich mit dem Vorgehen der englischen Kriegsschiffe vor Bilbao befasst. Man habe aber dabei ausser Beachtung gelassen, dass die deutschen Schiffe im ‚Palos-Fall’ genau die gleiche Argumentation für sich genutzt hätten, die damals die Engländer angeführt haben. Auch der *Kamerun-Vorgang* könne vergleichsweise herangezogen werden, ebenfalls zu unseren Ungunsten.

Ein zweites Beispiel sei etwa unter der Überschrift «Britischer Zerstörer auf rote spanische Mine gelaufen’ darzustellen. Weder DNB noch sonst ein amtlicher oder halbamtlicher Bericht habe erkennen lassen, dass es sich bei dem Vorgang um den englischen Zerstörer *Hunter* und um eine Mine gehandelt habe, die von den Roten ausgelegt worden sei. Hier handelt es sich also offensichtlich um eine reine Erfindung. Andere Zeitungen – so der *Berliner Lokalanzeiger* – hätten auch geschrieben, das Schiff sei auf eine nationalspanische Mine gelaufen. Das sei genauso unerwiesen. Aber die Gegenüberstellung sei beweiskräftig. Eine solche tendenziöse Färbung sei unnötig und unzweckmässig. Es sei in jedem Falle unangenehm, dass die deutsche Presse tue, was sie bei anderen verurteile. Es sei grösste Vorsicht nötig, um unnötige Belastungen zu vermeiden!

Diese Darstellungen gab Herr Stephan schnell lesend zur Kenntnis. Er fügte hinzu: Man werde erkennen, dass diese Dinge etwas abseits von der Tendenz lägen, die üblich sei. Darum sei der besondere Hinweis auf die Geheimhaltung nötig. Die Gesichtspunkte des Schreibens müssten aber bei der Berichterstattung mit berücksichtigt werden.»

Zum Verständnis dieses vorgelesenen Briefes muss beachtet werden, dass der Überbringer, Ministerialrat Werner Stephan, im Auftrage seines unmittelbaren Vorgesetzten, Dr. Otto Dietrich, handelte, der von 1937 bis 1945 Reichspressechef war. Dietrich stand nicht selten in deutlich erkennbarem Gegensatz zu Joseph Goebbels und liess unterschiedliche

Ansichten auch erkennen. Der Brief wurde von den Angehörigen der Reichspressekonferenz einhellig als die Meinung Dietrichs angesehen, dem die «Holzhammermethode» unzweckmässig erschien, die vor allem von Alfred Ingemar Berndt und zuweilen auch von Goebbels angewandt wurde.

Ministerialrat Stephan, der im Allgemeinen die Weisungen Dietrichs in der Pressekonferenz mitzuteilen hatte, liess für den kritischen Hörer deutlich genug Unterschiedlichkeiten in den Auffassungen der Regierungsspitze erkennbar werden. Ihm verdankte es später Theodor Heuss, dass ein sehr freimütiger Brief, in dem er aus dem Ausland Material für einen Beitrag für die FZ erbeten hatte, der aber abgefangen wurde, nicht mehr aufzufinden war; bereits eingeleitete Ermittlungen wurden eingestellt.

Zu keiner Zeit war offiziell zugegeben worden, dass deutsche Bürger als Soldaten im spanischen Bürgerkrieg auf Francos Seite kämpften, obwohl nach langem anfänglichen Leugnen dann wiederholt von «den Freiwilligen» auch in den Pressekonferenzen gesprochen und die Möglichkeit, Freiwillige in Spanien kämpfen zu lassen, auch ausdrücklich betont wurde. Um so mehr erregte eine Weisung des Sprechers der Reichsregierung am 10. Juni 1937 Aufsehen, über die berichtet wurde:

«Ausländische Meldungen über die Rückkehr deutscher Freiwilliger aus Spanien sollen nicht übernommen werden. Wenn eine Berichterstattung für notwendig gehalten werde, so wird sie über DNB erfolgen. Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, als ob Deutschland sich von Franco zurückziehe. Solange das noch nicht amtlich komme, sind Meldungen, die solchen Eindruck vermitteln könnten, zu vermeiden.»

Die Rückkehr von Freiwilligen wurde mithin nicht dementiert, aber zunächst auch nicht mitgeteilt. Im britischen Unterhaus hatte bereits Aussenminister Eden diese Nachricht erörtert. Den deutschen Blättern, so auch der *Frankfurter Zeitung*, lagen Berichte ihrer Korrespondenten aus Portugal vor, die Edens Informationen bestätigten. Dort waren 300 Freiwillige, die in Spanien gekämpft hatten, nach Deutschland eingeschifft worden. Das konnte nicht verborgen bleiben. Aber Versuche, diese Nachrichten zu veröffentlichen, schei-

terten am Widerstand des Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums in Berlin.

Die Reichsregierung war jedoch sofort informationsfreudig, als am 19. Juni gemeldet wurde, dass «ein neuer Angriff auf ein deutsches Überwachungsschiff in spanischen Gewässern erfolgt» sei. Der deutsche Kreuzer *Leipzig* war durch Torpedos beschädigt worden. «Grösste Aufmachung» wurde angewiesen, es habe sich «einwandfrei um einen Angriff» gehandelt, und die ersten Berichte über dieses Ereignis hätten offensichtlich spanische Marinesoldaten aus dem U-Boot gegeben, als sie von der Aktion zurückgekehrt seien: «Dies sei ein weiterer Beweis für die Absicht des Angriffs.» Zwei Tage später lautete eine Weisung hierzu:

«Über die Herkunft des Torpedos sei eine bestimmte Version ausgegeben worden: U-Boote der spanischen Roten! Es sei unstatthaft, dass nun einige deutsche Zeitungen herkämen und von sowjetrussischen U-Booten als Schützen sprächen. Dadurch werde nur Verwirrung geschaffen.»

Das Ausland aber widersprach den deutschen Behauptungen, vor allem die englische Presse (was als «Mangel an internationaler Solidarität» bezeichnet wurde). Ohne dass die Auslandsnachrichten zunächst freigegeben wurden, sollte die deutsche Presse «gegen die englischen Zeitungen mit aller Schärfe polemisieren» (23. Juni). DNB brachte dann doch noch einige der Gegenstimmen, wozu der Kommentar des Sprechers der Reichsregierung lautete:

«Es dürfe nicht übersehen werden, dass Deutschland grosse Opfer zur Durchführung der Nichteinmischung und Aufrechterhaltung der Neutralität gebracht habe, dass nun aber Beschlüsse gefasst worden seien, die jede Solidarität vermissen liessen, und dass wir obendrein noch dem bissigen Spott der englischen Presse ausgesetzt seien.»

Da diese Weisung ungewöhnlich zurückhaltend war, kam es nach der Konferenz zu einem Gespräch mit dem Sprecher der Reichsregierung, in dessen Verlauf dieser die Bemerkung machte, es werde besser sein, «wenn die ganze Sache übersehen werden könnte, also nichts mehr geschrieben würde». Das war ein Vorgriff, der offenbar aus guter Kenntnis der bisher

unbekannt gebliebenen Tatsachen möglich war: Am 3. Juli lautete ein Rundruf an alle Zeitungen: «**Weitere Veröffentlichungen von Interviews zur Torpedierung des Kreuzers Leipzig haben zu unterbleiben.**»

In der Pressekonferenz war die Meinung verbreitet, dass «da etwas wieder einmal nicht gestimmt» habe. Die Reichsregierung, so teilte der Sprecher des Auswärtigen Amtes am 2. Juli 1937 in der Pressekonferenz unter Betonung der Vertraulichkeit überraschend mit, anerkenne «Rot-Spanien als kriegführende Macht, (was aber) nicht die Anerkennung als Staat bedeute. Diplomatische Beziehungen würden nicht aufgenommen, da nach deutscher Auffassung dem ‚roten Spaniern die Merkmale eines Staates fehlten. Diese Tatsache solle aber in der Presse nicht unterstrichen werden, weil sonst nur Irrtümer entstehen würden. Einmal könnte man uns einseitige Begünstigung Francos vorwerfen, zum anderen würde der Leser den Unterschied zwischen Anerkennung als kriegführende Macht und diplomatischer Anerkennung doch nicht recht verstehen.»

Die Teilnehmer der Pressekonferenz mussten nach dieser erstaunlichen Mitteilung schnell umschalten: Die «roten Banditen» wurden «als kriegführende Macht» anerkannt, nicht als «Staat». Was bisher gegen sie als «Piraten», «Verbrecher», «Banditen» und ähnliches gesagt und behauptet worden war, sollte nun vergessen werden? Oder war es die Konsequenz aus dem Vorhandensein deutscher Freiwilliger auf Franco-Seite, deutscher Luftangriffe auf Guernica und Almeria und deutscher Waffenlieferungen für Franco? Aber wie konnte man dann die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erörtern – und bestanden diese nicht eigentlich schon, da doch eben diese «Roten» die aus Wahlen hervorgegangene rechtmässige Regierung des Landes darstellten?

Es war ein unentwirrbarer Knäuel von Widersprüchen. Nach der Pressekonferenz leerte sich der Saal, in dem sie stattgefunden hatte, nur langsam. Schliesslich wusste man doch, was die Wirklichkeit war. Als am 26. Juli untersagt wurde, irgend etwas zu melden, was auch nur Schlüsse auf bevorstehende Aktionen der «Nationalen» in Spanien zuliesse, und als am 31. Juli der deutsche Flottenchef Admiral Carls «vorübergehend» die «Führung der deutschen Streitkräfte in den spa-

nischen Gewässern» übernahm, lichtete sich das Dunkel vollends. Das Reichskriegsministerium liess bitten, «. . . derartige Meldungen, die sich rein auf den Dienstbetrieb beziehen, nicht sensationell zu behandeln».

Die Berichterstattung aus Spanien, soweit sie aus der offiziellen Quelle des DNB floss, war nun wenig ergiebig, bis am 5. Oktober 1937 eine Weisung in der Pressekonferenz lautete:

«Im Mittelmeer ist wieder ein neuer Piratenakt verübt worden. Es habe sich also wiederholt, was schon mehrmals habe festgestellt werden müssen, dass nämlich die Piraten von Valencia versuchten, die Lage im Mittelmeer zu verschärfen und die Atmosphäre zu trüben .. .»

Es war wieder die gewohnte Tonart. Der englische Zerstörer *Basilisk* sollte von zwei spanischen U-Booten angegriffen worden sein. Zu diesen gehörten nach Mitteilungen in der Pressekonferenz die Boote *C 2* und *C 4*. Die *Frankfurter Zeitung* hatte geschrieben, dass das U-Boot *C 4* an den Angriffen nicht beteiligt gewesen sein konnte, weil es in der Gironde-Mündung gelegen sei. Das war eine so ungewöhnliche Selbständigkeit, dass das Propagandaministerium sogleich telefonisch sagen liess:

«Das Propagandaministerium bedauert die Meldung, die auch den Anweisungen der Pressekonferenz widerspreche. Es dürfe nicht als Aufgabe der Zeitung betrachtet werden, erhobene Anklagen zu entkräften.»

Die Aufklärung folgte: Am 9. Oktober wurde zu einer Sonder-Pressekonferenz eingeladen, die um 17 Uhr stattfand, zu einer ungewöhnlichen Zeit. Der Sprecher der Reichsregierung sagte zu dem Vorfall:

«Es handelt sich um die Affäre mit dem *Basilisk*. Erst waren alle Zeitungen des In- und Auslandes voll davon, dass der Zerstörer einen Torpedoangriff durchgemacht habe, und nun stellt die englische Admiralität fest, es sei überhaupt kein Torpedoangriff gewesen. Für uns stand fest, dass es sich nur um einen Angriff der Roten gehandelt haben könne, wenn es überhaupt ein Angriff gewesen sei. Aber schon nach einigen Tagen haben einige

deutsche Zeitungen Zweifel daran ausgesprochen, ob wirklich ein Torpedoangriff unternommen worden sei. Das Verfahren, erst die Meldung herauszugeben und jetzt das Dementi, ist ein Verfahren, das man gar nicht scharf genug kritisieren kann.

Es gibt drei Möglichkeiten, den Fall zu behandeln:

1. Der Torpedoangriff hat tatsächlich nicht stattgefunden.

Dann ist die erste Nachricht auf alle Fälle leichtfertig gewesen, wenn nicht gewissenlos; man hätte zuerst Nachprüfungen anstellen müssen.

2. Man hat gewusst, dass die Meldung falsch war, wollte sie aber lancieren, um die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, dass im Mittelmeer ‚Schritte‘ unternommen werden müssten, Schritte natürlich gegen Italien. Die Meldung wurde in dem Augenblick gestartet, als das Freiwilligenproblem wieder angeschnitten wurde, für das man allein Italien verantwortlich machte.

3. Auf die dritte Möglichkeit wird die Aufmerksamkeit besonders gelenkt: Es hat tatsächlich ein Angriff stattgefunden, und die englische Admiralität hat sich davon überzeugt, dass die Täter die Roten waren, sie hat aber kein Interesse daran, diese Täter auch in der Öffentlichkeit zu nennen.

Welche Möglichkeit auch in Frage kommt, auf alle Fälle bleibt das Verfahren ungeheuerlich. Morgen muss man nun in allen Zeitungen diese Meldung zum Ausdruck bringen. Um die Sache abwechslungsreich zu gestalten und nicht überall vierspaltige Aufmachung zu sehen, wurde vorgeschlagen, dass das *Berliner Tageblatt* den Fall auf der Glossenseite behandelt, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* unter ‚Unsere Meinung‘, die *Berliner Börsen-Zeitung* als Leitartikel, der *Berliner Lokal-Anzeiger* auf der vierten Spalte der zweiten Seite.»

Von den «Piraten von Valencia», die in der Weisung an die Presse die entscheidende Rolle gespielt hatten, war keine Rede. Die Nachricht hatte dem Propagandaministerium für seine Zwecke gepasst und war deshalb ausgegeben worden. Überprüft wurde sie nicht, sie wurde benutzt. Als sie sich als falsch erwies, schob man sie englischen Interessen zu. Wie aber, so fragten sich in Berlin kritische Journalisten, war sie entstanden?

Wenige Tage danach lautete ein Rundruf an alle Zeitungen:

«DNB gibt eine Meldung über Zerstörung einer asturischen Stadt aus. Die Meldung muss sensationell aufgemacht und kommentiert werden» (12. Oktober 1937).

Abermals nur eine Woche darauf, am 19. Oktober 1937, veröffentlichte die französische Zeitung *Oeuvre* ein Telegramm, das der Aussenminister der spanischen republikanischen Regierung an seinen Botschafter in Paris gerichtet habe und das dem französischen Aussenminister vorgelegt worden sei. Darin hiess es laut *Oeuvre*:

«Während der letzten 48 Stunden nach den schrecklichen Bombardierungen in Gijon, Port-Bou, Barcelona und Valencia und nach den dramatischen Beschiessungen der Zivilbevölkerung von Madrid habe nunmehr die deutsch-italienische Luftwaffe die Zivilbevölkerungen Barcelonas, Tarragonas, Cartagenas und der Hinterstädte Asturiens bombardiert. Zahlreiche Häuser seien zerstört worden, viele Frauen und Kinder seien ebenso wie viele andere Opfer umgebracht worden ...»

Die Meldung der Zeitung wurde in diesem Wortlaut vor der Pressekonferenz verlesen, und dann wurde hinzugefügt, «dass man diese unglaublichen Vorwürfe in scharfer Form zurückweisen müsse. Die Meldung sei nach dem bekannten System gemacht ‚Haltet den Dieb‘. Man könne die Frage stellen, was der französische Bürger, der gegen angebliche deutsch-italienische Greuel aufgehetzt werden soll, wohl sagen würde, wenn er unter Bedingungen leben müsste, wie sie im roten Spanien herrschten. Die Wendung ‚deutsch-italienische Luftwaffe‘ habe man absichtlich stehen lassen».

Die Weisung enthielt, wie man sieht, kein Dementi; der Appell an den französischen Bürger wurde von kritischen Journalisten vielmehr als Bestätigung empfunden. Diesem Eindruck entsprach dann auch die Haltung vieler Zeitungen, so dass zwei Tage danach erneut eine Weisung zur Sache gegeben wurde:

«Es sei vollkommen klar, wer ein Interesse an dieser wichtigen Hafenstadt Asturiens habe (Gijon). Da die Roten in wenigen Tagen dort doch nichts mehr zu sagen haben dürften, könnten nur sie die Stadt zerstört haben, während Franco doch ein Interesse daran habe, sie möglichst unversehrt in die Hände zu bekommen. Man müsse klar herausstellen, dass es sich um einen Fall von Greuelhetze handelte, der noch plumper sei als die früheren, z.B. der Fall Guernica.»

Nach diesen verkrampften Versuchen, Glaubwürdigkeit zu erlangen, wurde die Zahl der Nachrichten aus Spanien kleiner. Die Reichsregierung forderte wiederholt zur Zurückhaltung auf. Am 20. November mahnte sie sogar zur Vorsicht: Madrid sei nicht gefallen, und es könne lange dauern, bis es Franco gelinge, sich dort festzusetzen. Man solle den Kredit beim Leser nicht verspielen. Als die Nachrichtenstille in den deutschen Zeitungen zu auffällig wurde, mahnte eine Weisung am 9. Juni 1938:

«Das darf nicht so weit gehen, dass der Eindruck entsteht, die deutsche Presse melde überhaupt nichts, sie fühle sich also schuldig. Die Tatsachen können ruhig gebracht werden, nur ist es nicht zweckmässig, eigene Kommentare zu bringen, zumal auch gute italienische Kommentare zur Verfügung stehen.»

Das Ausweichen auf Meinungsäusserungen anderer war ein oftmals angewendeter Kunstgriff der Propaganda der Nazis, wenn sie in der Beurteilung eines Vorganges unsicher waren oder kein Engagement eingehen wollten oder eine andere, neue Absicht verfolgten. Auf jeden Fall verdiente ein solcher Hinweis stets Aufmerksamkeit.

Die Korrespondenten der deutschen Zeitungen in Spanien sollten, so wies Berndt am 12. Juli 1938 die Presse an, «. . . sich nicht nur auf die Kriegsberichterstattung beschränken, sondern sich in stärkerem Masse mit dem Leben in Spanien beschäftigen, mit seiner Kultur und Geschichte, vor allem mit dem Aufbauwerk Francos».

Am Nachmittag des gleichen Tages wurde in Berlin eine Veröffentlichung der englischen Zeitung *News Chronicle* bekannt. Danach sollte «ein sehr hoher deutscher Offizier vor Parteiführern über Deutschlands Ziele in Spanien gesprochen haben. Von Spanien aus wolle Deutschland die englischen und französischen Lebenslinien bedrohen und mit Hilfe der spanischen Armee auch in Portugal irgendwie eingreifen», wie der Bericht an die Hauptredaktion der FZ zitierte.

Das Propagandaministerium bezeichnete den Bericht der englischen Zeitung als «unverschämte Lügenhetze», das Blatt als «eines der klassischen Lügenblätter der Welt», das es unternehme, «in den augenblicklichen Zeiten politischer Ruhe diesmal gleich drei Staaten vor der angeblichen

deutschen Gefahr zu warnen. Der Name des hohen deutschen Offiziers wird verschwiegen, man weiss aber, woher die Zeitung ihn hat: aus Moskau».

Alfred Ingemar Berndt als Sprecher der Reichsregierung benutzte diesen Vorgang in der Pressekonferenz am 13. Juli zu einer grundsätzlichen Kennzeichnung der politischen Lage, wie die Nazis sie sahen oder sehen wollten: Der Moskauer Sender habe zuerst behauptet, General Reichenau habe diese deutschen Ziele an die Wand gemalt, dann habe die französische Zeitung *Oeuvre* die Behauptungen übernommen, danach *News Chronicle* und in Paris *L'Ordre*. Dazu Berndt:

«Der Zweck ist, die Einigung in der Spanienfrage zu hintertreiben, denn diese Einigung würde das Ende der Roten bedeuten. Es wird also der Versuch gemacht, und zwar verabredet zwischen Moskau, der Volksfront und der englischen Opposition, wieder einmal die deutsche Gefahr an die Wand zu malen. Man kann ohne Weiteres Besprechungen über die Durchführung dieser Aktion unterstellen. Von englischen Blättern hat sich bisher nur der *Star* auf die gleiche Seite geschlagen, ferner einige französische Zeitungen. *Peuple* liefert den Höhepunkt der Frechheit und müsste darum aufs Schärfste zurückgewiesen werden. Etwas milder ist *Epoque*. Interessant ist, dass das *Journal des Debats* Léon Blum* ganz offen vorwirft, er treibe Sabotage gegen die Nichteinmischungsbemühungen. Schliesslich kann man noch auf die DNB-Meldung aus Salamanca eingehen, in der es heisst, dass die roten Freiwilligen mit Spanienpässen versehen werden sollen. Ihr Vorhandensein soll also verschleiert werden. In eine politische oder militärische Debatte über das angebliche Dokument sollen sich die Zeitungen nicht einlassen, um auch den Anschein zu vermeiden, als sei etwas Wahres daran. Schliesslich kann man *News Chronicle* fragen, wer wann und vor wem die angebliche Rede gehalten

Auch dieser Vorgang konnte, so sehr Berndt sich auch bemühte, die in Sachen Spanien immer zahlreicher gewordenen kritischen Journalisten in der Pressekonferenz in Berlin nicht beeindrucken. Das gelang weit eher, als am 4. August 1938 folgende Weisung des Propagandaministeriums gegeben wurde:

* Französischer Ministerpräsident.

«In der Berichterstattung über Spanien müsse man sich nun endgültig von dem Gedanken frei machen, als seien die Soldaten auf der Barcelona-Seite ‚rote Horden‘ ohne militärischen Kampfwert. Wenn dem so wäre, so wäre Francos Kampf sicherlich nicht so schwer und andauernd. Die Truppen Barcelonas hätten vielmehr beachtlichen Kampfwert und würden von guten Offizieren ausgebildet und geführt. Ausserdem verfüge man über grosse Vorräte. Jede Prophezeiung sei unter allen Umständen zu vermeiden.»

Als dann aber eine Zeitung in dem inzwischen von deutschen Truppen besetzten, von den Nazis «heim ins Reich» geführten Österreich über einen erfolgreichen Vorstoss dieser kampfkraftigen Barcelona-Truppen im Ebro-Bogen berichtete und ihn dazu auf einer Karte zeigte, wurde gewarnt: «Soweit könne die Objektivität auch wiederum nicht gehen» (10. August 1938).

Das Verhältnis zu Spanien und zu Franco hatte sich merklich abgekühlt. Die Anerkennung der «Roten» als kriegführende Macht und eine Reihe von pseudo-objektiven Massnahmen der Reichsregierung, die den Weisungen zu grösserer Zurückhaltung parallel verliefen, machten das deutlich.

General Franco hatte Mitte August 1938 der französischen Zeitung *Candide* ein Interview gegeben, in dem er, wie eine Information des Auswärtigen Amtes am 18. August 1938 wissen liess, «. . . auch über Beziehungen zu Deutschland sprach.

Er anerkannte grosse deutsche Verdienste um das nationale Spanien, liess aber durchblicken, dass eine tiefere Verbindung mit Deutschland kaum möglich sei, weil die Rassen und die Auffassungen zu verschieden seien.»

Das Auswärtige Amt bat in der Pressekonferenz, «auf dieses Interview nicht einzugehen». Wenige Tage später erörterte der Sprecher des AA in der Pressekonferenz die Möglichkeit, dass beide Parteien in Spanien einen Vorschlag der englischen Regierung von 1937 annehmen könnten, der vor allen), die Zurücknahme der «zahlreichen Staatsangehörigen aus Italien und Deutschland», die in Spanien kämpften, vorsah. Inzwischen aber habe Franco militärische Erfolge erzielt, so sagte der Sprecher, so dass es noch Schwierigkeiten gebe, weil Franco gewonnene Vorteile nicht preisgeben werde. Im Januar 1939 marschierten Francos Truppen in

Barcelona ein, das er vor allem durch den Einsatz der Freiwilligen erobert hatte. Die Kampfhandlungen wurden nach der Besetzung Kataloniens so gut wie beendet. Die Truppen der in einem grausamen Bürgerkrieg geschlagenen legitimen spanischen Regierung traten nach Frankreich über. Die zahlreichen Freiwilligen aus vielen europäischen und überseeischen Ländern, ohne die General Franco und seine Helfer nach dem damals geäußerten Urteil deutscher Militärs in Berlin niemals ihren Erfolg hätten erringen können, kehrten in ihre Heimat zurück, desgleichen die deutsche *Legion Condor*, die aus Panzer-, Marine-, Luftwaffen-, Nachrichten- und Transportverbänden bestand, zu der auch Ausbildungseinheiten gehörten und die aus Angehörigen der aktiven Wehrmacht des Deutschen Reiches zusammengesetzt war, wie nun nach ihrer Rückkehr vom Reichskriegsministerium mit einigem Stolz zugegeben wurde.

In der Pressekonferenz am 25. Mai 1939 wurde der Presse Material über die *Legion Condor* in die Hand gegeben. Der Name dieser deutschen militärischen Kampftruppe im spanischen Bürgerkrieg durfte nach der an diesem Tage gegebenen Weisung erst am 30. Mai in den Abendausgaben der Zeitungen zum erstenmal genannt werden. Die deutsche Öffentlichkeit hatte Gelegenheit, zu erkennen, dass sie während der Jahre des spanischen Bürgerkrieges (1936 bis 1939) über diese deutsche Beteiligung nicht informiert, wohl aber belogen worden war und dass erst die Rückkehr der Truppen das Lügengewebe zerriss, das von der Reichsregierung in unverantwortlicher Weise über die Nation ausgebreitet worden war. Am 7. Juni 1939 sagte Hans Fritzsche dazu in der Pressekonferenz:

«Die nach der Heimkehr der Legion Condor erwarteten Angriffe des Auslandes sind nun, wenn auch mit Verspätung, eingetreten. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem man das Material über die Einmischung der anderen angreift. Wenn die anderen uns den Vorwurf machen, wir hätten jahrelang gelogen, hätten schon vor den anderen Franco unterstützt, dann muss darauf eine Antwort gegeben werden.»

Wieder sollte der Gegenangriff auf den Bolschewismus zielen, und die Presse sollte sich «dabei nicht sosehr gegen

andere Staaten» wenden, sondern «insbesondere gegen die demokratischen Länder, voran England». Die Tatsache, dass die deutsche Regierung das deutsche Volk über eine Teilnahme an einem Krieg ununterrichtet gelassen hatte, dass sie selbst Todesanzeigen in den deutschen Zeitungen verboten und die Stirn zu ständig wiederholten Friedensbeteuerungen gehabt hatte, wurde nicht angesprochen.

Was inzwischen in Deutschland geschah

Die täglichen Pressekonferenzen in Berlin waren selten nur einem Thema gewidmet. War dies der Fall, so handelte es sich um eine Sensation. In der Regel war jeder Bericht, der über die Pressekonferenz an die Hauptredaktion in Frankfurt gegeben wurde, ein buntes Durcheinander unterschiedlicher Themen von unterschiedlicher Bedeutung. Wie die Fragen des Alltags behandelt wurden, mögen die folgenden Berichte über gegebene Weisungen deutlich machen:

8. August 1936: «Es wurde nun entschieden, worüber die Presse eifrig diskutiert habe, dass auch die Gerichtsvollzieher bei Ausübung ihres Dienstes den deutschen Gruss anzuwenden hätten.»

11. August 1936: «In Verbindung mit dem bevorstehenden Gedenktag zum Tode Friedrichs des Grossen habe eine Zeitung wieder an den Ausspruch Friedrichs des Grossen erinnert, er wolle bei seinen Hunden in Sanssouci begraben sein und nicht in der Kirche. Das sei vollkommen abwegig und unzweckmässig, denn die Garnison-Kirche in Potsdam sei inzwischen Nationalheiligtum geworden, wohin viele Deutsche wallfahrten, die folgerichtig durch die Erinnerung an diesen Ausspruch verletzt werden müssten. Da auch eine Herabsetzung der Garnison-Kirche damit verbunden sei, möchte man diese alte Geschichte in Verbindung mit dem bevorstehenden Gedenktag nicht aufwärmen.»

25. August 1936: «Unter 3 wurde mitgeteilt, dass in der Presse noch immer von ‚wendischem Volkstum‘ die Rede sei. Wenn von Volkstumsbräuchen usw. die Rede sei, dann möge man aber nicht von ‚wendisch‘ sprechen, sondern ‚Spreewäldern‘. Der Ausdruck ‚Wendern‘ müsse aus der Presse verschwinden.»

28. August 1936: «Als Hermann Löns' Leiche im vergangenen Jahre aus Frankreich in die Lüneburger Heide überführt wurde, sei die offizielle Bestattung in deutscher Erde noch hinausgeschoben worden. Es habe aber bereits damals eine rege Propaganda um Löns eingesetzt, die vor allem von der Familie, von einigen Freunden und einer ‚Reichskameradschaft deutscher Kriegsfrei-

willigen ausgegangen sei. Man habe den Eindruck, dass sich manche Leute bei dieser Gelegenheit in den Vordergrund zu schieben trachteten. Die Reichskameradschaft habe vor kurzem erklärt, dass sie nun das Grab feierlich in Obhut nehmen wolle. Diese Organisation ist eine illegale Verbindung, sie sei aufgelöst und verboten worden. Eine Übernahme des Grabes durch irgendeine Organisation werde vorläufig nicht erfolgen, auch nicht durch den Kyffhäuserbund. Die Presse möge sich vorläufig mit dieser Angelegenheit überhaupt nicht befassen. Eine Beisetzungsfeierlichkeit werde stattfinden, und Berichte hierüber dürfen nur über DNB gebracht werden oder, wenn vor allem die örtliche Presse Eigenberichte bringen will, nur im Einvernehmen mit der Landesstelle Hannover. Unter allen Umständen müsste ein Hinweis auf die Reichskameradschaft der Kriegsfreiwilligen fehlen und dürfte auch der Name eines Dr. Castelle nicht genannt werden. Im Übrigen aber wäre es durchaus wünschenswert, wenn die deutsche Presse sich des Dichters Hermann Löns und seiner heldenhaften Haltung erinnere.»

29. August 1936: «Unter Heiterkeit wurde auszugsweise ein Aufsatz aus dem *Berliner Tageblatt* verlesen, in dem allen Ernstes vorgeschlagen wird, neben dem Tag der Jugend und dem Muttertag einen *Tag des Mannes* einzuführen, etwa den 1. September. An diesem Tage, so schlägt das BT vor, möchten die Frauen im Hause bleiben, um die Kleidung der Männer in Ordnung zu bringen. Man möge diesen Tag den ‚Tag des abgerissenen Knopfes‘ nennen. Es wurde vom Propagandaministerium hierzu erklärt, dass man für solche und ähnliche Scherze wenig Verständnis habe und dass die Presse solche Dinge unterlassen müsse.»

2. September 1936: «Ein heute durch DNB verbreiteter Aufruf der Reichsführung der SS, in dem die Betriebsführer gebeten werden, ihre Betriebsangehörigen, die der SS angehören, zum Nürnberger Parteitag frühzeitig zu beurlauben, müsse im lokalen Teil jeder Zeitung im Fettdruck veröffentlicht werden.»

4. September 1936: «Der Chauffeur von François-Poncet*, der diesem im Kraftwagen nach Paris nachfahren soll, hat in der Nähe von Frankfurt einen Radfahrer überfahren. Hierüber soll nur DNB gebracht werden.»

12. September 1936: «Der *Völkische Beobachter* habe am 8. August einen Aufsatz über die Prüfung von Elektrizitätszählern gebracht. Der Artikel sei richtig und gut gewesen (‚was ja nicht überraschen kann‘). In einer Fachzeitschrift *Elektrizitätswirtschaft* habe man hierzu Randbemerkungen für nötig erachtet. Der

* Französischer Botschafter in Berlin.

Artikel dürfe nicht übernommen und nicht zitiert werden. Die Tendenz des Aufsatzes des VB sei gültig.»

23. September 1936: «Der Architekt Werner March habe sich darüber beklagt, dass der *Angriff* geschrieben habe, er habe gegenüber den Entwürfen englischer Architekten den Auftrag zum Bau eines Altertümer-Museums in Bagdad erhalten. Es sei unzweckmässig, diesen Triumph über die englische Konkurrenz so herauszustreichen, da man auf die Zusammenarbeit mit den Engländern im Vorderen Orient angewiesen sei.»

26. September 1936: «Ober den Komponisten Vollerthun soll zu seinem 60. Geburtstag am 29. September weder positiv noch negativ geschrieben werden. Grund: Es ist ein Verfahren wegen §175 gegen ihn eingeleitet.»

6. Oktober 1936: «In Zukunft soll für Tagungen aller Art in Deutschland nicht mehr die Bezeichnung *Kongress* gewählt werden. Dieser Ausdruck sei allein dem Parteikongress im Rahmen des Parteitages vorbehalten.»

21. Oktober 1936: «Wie bekannt, wurde neulich das Wort *Kongress* ausschliesslich für den Parteikongress im Rahmen des Parteitages vorbehalten. Heute wurde klargestellt, dass internationale Veranstaltungen nach wie vor Kongresse genannt werden können, nur nicht rein deutsche.»

31. Oktober 1936: «Eine grosse westdeutsche Zeitung habe eine Glosse zu amerikanischen Meldungen über Heiratsabsichten des englischen Königs gebracht, die sehr töricht gewesen sei. Es lasse sich die Lehre aus dieser Sache ziehen, sich nicht ‚mit Freundinnen von Königen« zu befassen.»

4. November 1936: «Der kürzlich zum Tode verurteilte Kommunist Andree ist heute in Hamburg hingerichtet worden. Hierüber muss eine Meldung abgewartet werden, die dann nicht gross und ohne Kommentar gebracht werden soll. Die Auslandspresse habe ja grossen Radau um Andree gemacht, und deshalb wünsche man nur eine kleine Feststellung über die erfolgte Hinrichtung.»

6. November 1936: In einer Weisung zur Berliner Totengedenkfeier zum 9. November: «In diesem Zusammenhang wiederholte Herr Berndt, dass es nicht ‚Gefallene der Bewegung«, sondern ‚Ermordete der Bewegung« heisse. Das gelte auch für die, die am 9. November 1923 gestorben seien.»

Dazu gab ein Rundruf folgende zusätzliche Weisung:

«Wo in amtlichen Verlautbarungen der Anordnung, dass die Toten der Bewegung als ‚Ermordete‘ zu bezeichnen sind, noch nicht Rechnung getragen ist, sind unverzüglich die Landesstellen zu benachrichtigen, die für eine entsprechende Neufassung der amtlichen Verlautbarung sorgen.»

14. November 1936: Als «besonders vertraulich» wurde die folgende Weisung bezeichnet: «Um halb fünf Uhr wird eine Mitteilung darüber ausgegeben, dass die Reichsregierung an sechzehn Staaten im Laufe des Vormittags ein Memorandum übergeben hat, das die Aufhebung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Internationalisierung der deutschen Ströme mitteilt. Aus dieser Meldung, die etwa drei Schreibmaschinenseiten umfasst, soll keine übertrieben grosse Sensation gemacht werden. Sie soll nicht auf der ersten Seite und nicht in Extraausgaben oder Extraaushängen veröffentlicht werden, sondern auf der zweiten Seite der Zeitung, wenn auch hier der Bedeutung der Sache entsprechend. Gerade in den Überschriften möge man sich aber vor Fanfarenstößen, etwa der Art 'Verbrochene Fesseln' hüten. Die ganze Massnahme dürfe auf keinen Fall auf die gleiche Stufe wie der 7. März* gestellt werden. Sie sei die logische Folge aus der bisherigen deutschen Politik und schaffe auch von Rechts wegen einen Zustand, der de facto schon bestanden habe. Deutschland werde auch weiterhin die Schifffahrt der fremden Staaten auf den deutschen Strömen fördern und seine Freihäfen beibehalten. Der Schritt bezieht sich auf alle Ströme, auch auf den Rhein. Artikel sollen zunächst nicht geschrieben werden. Je nachdem, wie das Echo im Ausland sein wird, behält man sich vor, am Montag auf die Sache zurückzukommen. Bis zum Vorliegen der Meldung ist diese Information natürlich, wie eingangs erwähnt, besonders vertraulich.»

14. November 1936: «Im Anschluss an ein Feuilleton in der *Deister- und Weser-Zeitung* in Hameln wurde nachdrücklich daran erinnert, dass es unerwünscht sei, Geschichten von Verwandten des Führers in der Presse zu bringen.»

24. November 1936, ein Rundruf an alle Zeitungen: «Die Zeitungen werden gebeten, über die Verleihung des Friedens-Nobelpreises nur die DNB-Meldungen und diese auf der ersten Seite zu bringen, dagegen die Meldungen nicht zu kommentieren.»

24. November 1936: Ein weiterer Rundruf: «Über den Fall Ossietzky** soll auch weiterhin bis auf weiteres keine Kommentierung und auch kein Bildmaterial erscheinen. Auch die Meldung über den Protestschritt in Oslo soll nicht kommentiert werden.»

* Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland.

** Carl von Ossietzky, Hamburger Pazifist und Schriftsteller, vegetierte zu jener Zeit im Konzentrationslager Esterwegen; er hatte den Friedens-Nobelpreis für 1936 erhalten.

2. Dezember 1936: «Herr Berndt sagte vertraulich, die Mutter von Horst Wessel habe es für geschmackvoll gehalten, einen Prozess um das Horst-Wessel-Lied zu führen, da sie bestimmte Abgaben (also wohl Tantiemen) erhalten wolle. Der Prozess schwebe jetzt beim Reichsgericht. Hierüber darf auf gar keinen Fall berichtet werden. Man sehe, dass Horst Wessel wohl nicht ohne Grund sich von seiner Mutter getrennt habe.»

3. Dezember 1936: «Bei der Frage der Fettversorgung ist es unerwünscht, die von Backe* in Goslar genannte Ziffer von 45 Prozent Einfuhrbedarf an Fett noch einmal zu nennen. Auch dürfen die bisher schon üblichen Bezugsscheine nicht ‚Fettkarten‘ genannt werden.»

11. Dezember 1936: «Aus gegebenem Anlass werde darauf hingewiesen, dass die Berichterstattung über Vorfälle in Konzentrationslagern im Allgemeinen unerwünscht seien, da sonst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Auslandspresse stets wieder auf die Konzentrationslager gelenkt werde. Die Landesstellen hätten Anweisung, in besonderen Fällen örtliche Meldungen auszugeben, die dann aber von den übrigen Zeitungen nicht übernommen werden dürften.»

Als über den britischen König Georg VI. im Ausland geschrieben wurde, er sei Freimaurer, lautete eine Weisung der Reichsregierung (12. Dezember 1936):

«Man erinnere nachdrücklich daran, dass diese Feststellung bei der deutschen Einstellung zum Freimaurertum einer Beleidigung gleichkomme, sich also unter keinen Umständen in deutschen Zeitungen ein Hinweis über seine Freimaurereigenschaft finden dürfe.»

Zum Jahreswechsel gab es noch ein fast belustigendes Zwischenspiel. In Holland hatte die Regierung sich geweigert, bei einem Anlass, zu dem auch Prinz Bernhard der Niederlande, aus dem deutschen Geschlecht zur Lippe-Biesterfeld stammend, anwesend sein würde, die deutsche Nationalhymne zu spielen, und wollte stattdessen *Lippe-Detmold, eine wunderschöne Stadt* wählen. Anstelle des Hakenkreuzes war die schwarz-rot-goldene Flagge der Weimarer Verfassung vorgesehen. Prinz Bernhard heiratete am 7. Januar 1937 die niederländische Thronfolgerin. Das «Vorkommnis (sollte) in Leitartikeln oder Glossen kommentiert» werden, so ordnete Berndt als Sprecher der Reichsregierung an, «wobei die

* Herbert Backe, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium.

Zeitungen nach ihrem Gusto schreiben sollten. In diesen Kommentaren müsste man einmal an den ‚Prinzen von Lippe‘ die Frage stellen, ob er sich die Verhöhnung seiner Nationalflagge gefallen lassen wolle.» In ähnlicher Weise folgte eine lange Anweisung für die Behandlung des Vorganges durch die deutschen Zeitungen. Nachdem Prinz Bernhard auf die Angriffe der Naziregierung geantwortet hatte, ordnete ein Rundruf an:

«Die Erklärung des Prinzen zur Lippe-Biesterfeld ist nur in der DNB-Fassung mit den gleichen Sperrungen und Unterstreichungen des DNB-Textes zu veröffentlichen. Sondernummern und Sonderberichterstattung über die Hochzeitsfeierlichkeiten haben zu unterbleiben.»

Am 6. Januar 1937 wurde dann in der Pressekonferenz vertraulich gesagt, dass «die Sache nicht mehr so streng gehandhabt werde, dass man also zum Beispiel ausführliche Berichte über DNB herausgeben werde». Vielleicht würde man auch Eigenberichte erlauben und Bilder ausgeben. Tags darauf, also am Tage der Hochzeit, waren dann alle Einschränkungen gefallen, nur sollten keine Sonderberichterstat-ter nach Holland fahren.

Der Jahrestag der Machtergreifung stand vor der Tür. Unter besonderer Betonung der Vertraulichkeit seiner Informationen sagte Berndt in der Pressekonferenz am 19. Januar 1937 unter anderem:

«Das Kabinett halte am Jahrestag eine Sitzung ab, in der symbolisch ein paar Gesetze verabschiedet werden, die aber nicht so sind, dass man von einer weltbewegenden Tat reden könnte. Neben dem Beamten-gesetz seien kleinere Gesetze vorgesehen.»

Die Zeitungen sollten ihre Artikel unter das Motto stellen: «Gebt mir vier Jahre Zeit.»

Wiederholt hatte die Berichterstattung der Zeitungen über Prozesse und Urteile, die gegen Mitglieder der NSDAP ergangen waren, Anlass zu Beanstandungen durch Sprecher der Reichsregierung gegeben. Am 23. Februar 1937 behandelte der Sprecher das Thema grundsätzlich:

«Allgemein ist es unerwünscht, wenn über Strafprozesse gegen Parteimitglieder ohne vorherige Rückfrage berichtet wird.

Gemeint sind dabei Prozesse gegen Verfehlungen, die begangen worden sind in der Eigenschaft als Parteimitglied oder Parteifunktionär. Wenn es sich um Parteimitglieder oder ehemalige Pg in untergeordneten Stellungen handelt, wird sich ja eine Berichterstattung meistens erübrigen, da die Tat selbst nur in kleinen Kreisen bekannt wird. Andernfalls würden Berichte nur zu Verallgemeinerungen Anlass geben. Was aber Parteimitglieder in höheren Rängen angehe, die Straftaten begangen hätten, so müsse geprüft werden, ob die Straftat nicht schon in so grossen Kreisen bekannt geworden sei, dass ein Verschweigen die Glaubwürdigkeit der Presse untergrabe. In diesen Fällen werde die Landespressestelle im Einvernehmen mit Gauleitern oder Justizpressestellen Anweisungen geben. Von sich aus soll die Presse keine eigenen Meldungen bringen, sondern abwarten, bis von zuständiger Stelle etwas mitgeteilt wird. Handelt es sich um gewöhnliche Straftaten, bei denen der Täter nur zufällig Parteigenosse ist, dann kann natürlich, wie über jeden Prozess, berichtet werden, aber ohne Angabe der Parteimitgliedschaft.»

Die *BZ am Mittag* enthielt am 13. April 1937 einen Aufsatz, wie Berndt in der Pressekonferenz sagte, der unter der Überschrift stand «SS-Bräute müssen in die Mutterschule». Darin hiess es: «Sie sitzen im Nähzimmer und schnurren aus Kleiderresten die reizendsten Puppenanzüge herunter, während ihre Kinder indessen in der Spielecke gut aufgehoben sind.» Unter grosser Heiterkeit der Pressekonferenz kommentierte Berndt: Das sei nicht immer so, man möge auch hier nicht verallgemeinern.

Dem pommerschen Gauleiter Schwede war eingefallen und er hatte es angeordnet, «dass alle über fünfundzwanzig Jahre alten Beamten sich verheiraten müssten». Die Meldung, so wurde angewiesen, dürfe nicht weiter veröffentlicht werden.

Am folgenden Tage lautete ein Rundruf an alle Zeitungen:

«Von den Bildagenturen und Maternfirmen wird ein Bild mit Text ‚Gibt es ein konfessionelles WC?‘ verbreitet. Das Bild und der wörtlich unveränderte Text sind von allen deutschen Tageszeitungen zu bringen.»

Damit nun aber auch jede Zeitung zu diesem für wichtig gehaltenen Vorgang etwas mitzuteilen in der Lage war, wurde am nächsten Tage angeordnet:

«Die Zeitungen, die keine Bilddruck-Möglichkeiten haben, müssen einen zusätzlichen Text bringen, der dem Leser klar und deutlich auseinandersetzt, um was es sich handelt.»

Die parteiamtliche Gauzeitung *Der Freiheitskampf in Dresden* veröffentlichte Anfang April 1937 einen Aufsatz, in dem ein tschechischer Bauer sich als Kriegskamerad Adolf Hitlers vorstellte und genaue Einzelheiten über gemeinsame Erlebnisse an der Ostfront berichtete. Am 5. April wurde dazu in der Pressekonferenz gesagt:

«Der verantwortliche Schriftleiter habe gewiss noch nicht *Mein Kampf* gelesen, sonst hätte er diesen Aufsatz nicht so leichtfertig veröffentlicht. Es werde in dieser Hinsicht zu grösster Vorsicht ermahnt, weil der Führer keine nicht autorisierten Jugendberichte wünsche.»

Schon früher war der Presse untersagt worden, Jugendberichte und Informationen über das Leben Hitlers vor seiner politischen Tätigkeit zu veröffentlichen. Am 23. Juni 1937 wurde daran erinnert und hinzugefügt, «dass über die Erinnerungsstätte in Pasewalk nichts veröffentlicht werden soll». Als später die Berichterstattung freigegeben wurde, erachtete man (am 23. Oktober 1937) folgende Weisung für nötig:

«In den Berichten über Pasewalk sei mehrfach die Bezeichnung ‚Kriegslazarett‘ verwendet worden. Richtig müsse es aber ‚Weihestätte‘ heissen. Das dort aufgelegte ‚Goldene Buch‘ sei ein Ehrenbuch der ‚Alten Garde‘.»

Heinrich Himmler, Reichsführer SS, liess am 22. Juni 1937 in der Pressekonferenz mitteilen, «. . . dass die Gebeine König Heinrichs I.* gefunden worden seien. Eine Meldung hierüber bringt DNB. Sie möge nur im kulturellen Teil veröffentlicht werden. Kommentare unerwünscht.»

* Heinrich I. starb 936, also 1001 Jahre vorher.

Acht Tage später kündigte der Sprecher der NSDAP in der Pressekonferenz an, dass noch eine weitere Meldung über Heinrich I. ausgegeben werde. «Der Reichsführer SS bitte um gute Aufmachung. Die seinerzeit gegebenen Einschränkungen seien hiermit aufgehoben.»

Unter betontem Hinweis auf die Vertraulichkeit der Mitteilung gab der Reichserziehungsminister am 15. Juli 1937 die Namen jener Mitglieder der Preussischen Akademie der Künste bekannt, die gestrichen worden waren. Die Namen durften nicht veröffentlicht werden: Ernst Barlach, Rudolf Belling, Ludwig Gies, Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Max Pechstein, Ludwig Miess van der Rohe, Bruno Paul, Emil Rudolf Weiss.

Berlins siebenhundertjähriges Bestehen sollte gefeiert werden. Dazu wurde die Presse angewiesen, zu vermeiden, «bei der ersten Besiedlung von Kolonisation zu sprechen, da es sich nur um die Wiederbesetzung uralten deutschen Bodens gehandelt habe. Auch möge man nicht von dem slawischen Ursprung der Stadt schreiben» (22. Juli 1937).

In Breslau begann das 12. deutsche Sänger-Bundesfest. Bei einer Weihestunde waren bereits Rufe «Ein Volk, ein Reich!» erschollen. Darüber, so wurde die Presse am 1. August 1937 angewiesen, «soll nicht berichtet werden». Im Übrigen aber konnte über den Festzug «unter besonderer Hervorhebung der Kundgebungen der Auslandsdeutschen in grösster Aufmachung auf der ersten Seite» berichtet werden, jedoch: «Die Berichterstattung ist dem DNB-Bericht zu entnehmen.» Es sollten keine Fotos gebracht werden, «die Österreicher oder Auslandsdeutsche aus Polen und so weiter mit erhobenem Arm beim Vorbeimarsch zeigen». Dazu dies Detail:

«Bei den Österreichern muss unterschieden werden zwischen gestreckt erhobenem Arm und im Ellbogen angewinkeltem Arm. Die österreichische Regierung hat den österreichischen Sängern den deutschen Gruss mit angewinkeltem Ellenbogen gestattet.»

Zwischenrufe wie «Zurück zum Reich!» oder «Führer, wann kommst Du?» durften nicht mitgeteilt werden.

In der Reihe solcher und vieler ähnlicher Hinweise darf auch eine Gruppe nicht fehlen, die durch folgende Weisung

repräsentiert werden kann, welche von Berndt am 28. Juli 1937 gegeben wurde:

«Er habe in einem grossen Blatt der Saarpfalz in Anlehnung an eine französische Zeitung eine Feststellung gelesen, die nicht mehr und nicht weniger besage, als dass in Sowjetrussland der Bolschewismus abgeschafft und das Land auf dem Wege zu einer Art Nationalsozialismus sei. Er habe seinen Augen kaum getraut, als er dieses Zitat ohne Kommentar gesehen habe. Dringend müsse er vor ähnlichem warnen.»

Soweit bekannt wurde, hatte eine Gauzeitung (*NSZ-Rheinfront*) diesen Beitrag veröffentlicht.

In der gleichen Pressekonferenz nahm Berndt die Gelegenheit wahr, sich grundsätzlich zu dem Wort «Propaganda» und zu dessen Inhalt zu äussern:

«Vielfach benutze man es in der Presse in Verbindungen wie ‚Lügenpropaganda‘ und **propagandistische Verdrehungen**. Der Begriff Propaganda habe aber in der Kampfzeit der NSDAP eine besondere Wertschätzung erhalten. Dieser Standpunkt sei auch durch die Gründung des Propagandaministeriums bestätigt worden. Es sei also nicht angängig, das Wort in einen Zusammenhang zu bringen, der ihm einen falschen und herabsetzenden Charakter gebe. In solchen Fällen wie ‚Lügenpropaganda‘ müsse man sich daher andere Worte aussuchen, z.B. den Begriff *Agitation*, wie ja auch die Kommunisten vor 1933 ihre entsprechenden Organisationen *Agitbüros* genannt hätten.»

Es soll gleich hier vermerkt werden, dass am 20. November 1937 noch einmal etwas zum Thema gesagt wurde, kurz und klar:

«Der Begriff *Propaganda* soll, woran erneut erinnert werde, nicht mehr im negativen Sinne gebraucht werden. Propaganda sei immer etwas Gutes.»

Am 23. November kam noch eine Ergänzung hinzu:

«Man dürfe also auch nicht von ‚bolschewistischer Propaganda‘ im Fernen Osten schreiben, sondern von ‚Wühl- und Zersetzungsarbeit«

In buntem Durcheinander folgten in den Pressekonferenzen Weisungen zu allen erdenklichen Vorgängen und Entwicklungen. Die Rundrufe vermehrten noch die grosse Zahl der Themen. Stets blieb es dabei eine Hauptaufgabe der Redaktionen, den politischen Kern zu erkennen und daraus den Wert der Weisung zu ermessen. Ein Beispiel:

Am 10. August 1937 lautete ein Rundruf, der wie üblich an alle Zeitungen fernschriftlich oder telefonisch vermittelt und auch in vervielfältigter Form verbreitet wurde:

«Durch ein Versehen der Schriftleitung wurde in Nr. 178 des Zeitungsdienstes des Reichsnährstandes vom 10. August 1937 ein Artikel *Das grösste internationale Festessen, 3'000 Delegierte essen in den Krollsälen* veröffentlicht. Dieser Aufsatz wird hiermit zurückgezogen. Nachdruck und Verwendung des Materials ist nicht gestattet.»

So konnte auch eine völlig harmlose Information lauten, die keinerlei politischen Akzent hatte. Aber so lautete in diesem Falle das Ergebnis eines heftigen Zwistes, der zwischen führenden Persönlichkeiten der alleinherrschenden NSDAP ausgebrochen war. Der eine wollte eine unübersehbare Repräsentation veranstalten, und dies im Interesse seines Prestiges, der andere spürte die Reaktion, die ein solches «internationales Festessen» bei der Bevölkerung hervorrufen würde, noch dazu in einer Zeit, in der schon eine lange Reihe von Weisungen über sparsames Wirtschaften mit Grundnahrmitteln gegeben worden war. Also wurde das Verbot der Berichterstattung, nicht aber ein Verbot des Festessens erlassen. Die Bevölkerung erfuhr nicht, was geschah, weder in diesem Falle noch in anderen, ungleich wichtigeren Fällen.

Das psychologische Bemühen, Reaktionen der öffentlichen Meinung frühzeitig aufzuspüren, gehörte zu den wichtigsten Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, das kurz als Propagandaministerium bezeichnet wurde: «Speise-, Wasch- und Umkleideräume und so weiter in Betrieben würden manchenorts noch ‚Wohlfahrtsräume‘ genannt. Man möge stattdessen etwa ‚Gemeinschaftsräume‘ sagen.»

Auch eine solche Weisung (12. August 1937) gehörte zu den Bemühungen, die öffentliche Meinung günstig zu stim-

men. Es gab Hunderte Anordnungen dieser Art für die Presse. Sehr viel ernster wurde die folgende Weisung ausgesprochen und auch aufgenommen, die am 21. August von Berndt gegeben wurde und in die gleiche Kategorie gehört:

«Eine Berliner Korrespondenz hat einen Artikel über die Entwicklung auf dem Volksschulgebiet verbreitet, der aus *Wirtschaft und Statistik* entnommen war. Ich muss schon sagen: Wenn man sich diese Statistik durchliest, greift man sich an den Kopf und fragt sich, was die sich gedacht haben, die diese Statistik abgedruckt haben. Aus ihr ergibt sich gewissermassen ein Niedergang auf dem Volksschulgebiet, in dem die Zahl der Schulen und der Klassen gesunken ist, die Zahl der Schüler gestiegen. Wenn die betreffenden Schriftleiter sowohl bei *Wirtschaft und Statistik* wie bei der Korrespondenz und bei den Zeitungen mit einer Spur von Aufmerksamkeit die Statistik durchgelesen hätten, hätten sie merken müssen, dass man zumindest sofort einen Kommentar hätte anfügen müssen. In diesem Kommentar hätte festgestellt werden müssen, dass die Aufwendungen für die Schulen erheblich gestiegen sind, dass nur Zwergschulen aufgelöst wurden und dass 1931 eine grosse Zahl von Lehrern mitgezählt worden ist, die in Wirklichkeit nicht beschäftigt waren, sondern auf Wartegeld gesetzt.

Die Korrespondenz wird heute eine berichtigende Notiz bringen. Ich muss darauf aufmerksam machen, dass bei Statistiken die grösste Sorgfalt anzuwenden ist. Sie dürfen aus *Wirtschaft und Statistik* nur im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium genommen werden. Weiter wird veranlasst werden, dass auch *Wirtschaft und Statistik* schon selbst Kommentare mit veröffentlicht. In Zukunft werden gegen jede Zeitung Massnahmen ergriffen, die Statistiken veröffentlichen, die geeignet sind, das Aufbauprogramm des Staates zu stören oder eine destruktive Tendenz zu verbreiten. Auch wird man sich in Zukunft nicht mehr an die Quelle halten, sondern an jene, die solche Statistiken abdrucken. Ich weiss, dass wir noch einen Prozentsatz von Schriftleitern verbrauchen müssen, die nicht in den Schriftleiterberuf hineingehören.»

Schon mehrfach hatte es Weisungen über die Behandlung des Materials gegeben, das in der vom Reichsstatistischen Amt herausgegebenen Zeitschrift veröffentlicht wurde; dieses Blatt erfreute sich gerade wegen der Sorgfalt seiner Arbeit grossen Ansehens. Zuletzt war das Material unbeschränkt

freigegeben worden. Nun aber folgte am 31. August diese Anordnung:

«Was die Verwertung von *Wirtschaft und Statistik* angeht, so bleibt es bei der alten Regelung, dass Material entnommen werden kann, wenn es nicht ausdrücklich untersagt wird. Natürlich geschehe die Benutzung wie alles, was ein Schriftleiter tue, auf eigene Gefahr. Man müsse selbst wissen, was man zweckmässigerweise kommentiere.»

«Man müsse selbst wissen . . .» Die Grenzziehungen waren niemals endgültig, es gab keine individuelle Verantwortung, keine eigenverantwortliche letzte Entscheidung. Der Journalist balancierte auf einem schmalen Seil. Der Willkür waren Tür und Tor geöffnet.

Ein Rundruf verbot, Meldungen über Fälle von spinaler Kinderlähmung zu veröffentlichen (8. September 1937), und eine Weisung des Reichspressechefs der NSDAP gebot, «im Zusammenhang mit SS, SA, NSKK, Arbeitsdienst und so weiter nicht mehr die Bezeichnung ‚Kerle‘ zu verwenden» (9. September). Eine Anregung erbat Beachtung einer positiven Äusserung der Gattin des englischen Ministers Snowden über den Parteitag der NSDAP (9. September), und ein Rundruf verbot diese Wiedergabe (13. September). «Ausdrücklich verboten» wurde, so eine Weisung am 10. September, Trickaufnahmen in Filmen zu enthüllen, weil das Publikum nicht desillusioniert werden solle. Wörtlich: «Man schreibe ja auch nicht in der Presse, wie die Presseregie gemacht werde.» Die Weisung schloss: «Kurzum, Veröffentlichungen, die illusionsraubend wirken, sollen in der deutschen Presse, vor allem in den illustrierten Zeitungen, nicht gebracht werden.»

Verboten wurde, «über einen in Kassel für die Reichsregierung gebauten Sonderzug zu berichten, der in den nächsten Tagen nach Berlin gebracht wird» (13. September 1937). Verboten wurde, Bilder zu veröffentlichen, «auf denen der Herzog von Windsor mit dem Deutschen Gruss grüsst» (19. Oktober 1937), aber einige Zeitungen sollten in Glossen kommentieren, was in den USA behauptet worden sei: Der Herzog von Windsor werde vielleicht «zum Kaiser von Deutschland ausgerufen» werden (25. Oktober 1937). Da

hatte ein Amerikaner namens Gennet bei der Berliner Kommandantur des Heeres die Erlaubnis erhalten, am Ehrenmal einen Kranz niederzulegen. Dazu wurde am 29. Oktober Folgendes in der Pressekonferenz mitgeteilt:

«.. hatte dann aber, wozu er die Erlaubnis nicht hatte, auch militärische Begleitung angefordert und erhalten. Er gehört einer jüdisch-amerikanischen Frontkämpferorganisation an, so dass also die Kranzniederlegung einen etwas merkwürdigen Charakter gehabt habe. Der Mann sei abends von der Polizei über den Sachverhalt vernommen, dann aber freigelassen worden. Der Kranz bleibt liegen. Für die amerikanische Presse, aber nur für diese, sei eine Meldung herausgekommen.»

In einer solchen Reihe von Weisungen und Anordnungen findet sich dann auch ohne jeden Übergang die folgende, die als «besonders vertraulich» bezeichnet wurde:

«In der Erörterung über das Problem des totalen Krieges sind auch die Vorbereitungen erwähnt worden, die die NSDAP für den Mobilmachungsfall in Angriff genommen hat. Die Verantwortung, mit der diese Frage behandelt wird, duldet es nicht, dass diese Probleme in der Tagespresse oder in den Zeitschriften behandelt werden, zumal man auch erst mit ihrer Behandlung begonnen hat. Es ist daher für die gesamte Presse auf das strengste untersagt, die Frage des totalen Krieges in Zusammenhang mit den Aufgaben der Partei zu erörtern.»

Diese Weisung, die nicht über den Fernschreiber übermittelt werden durfte, erging am 3. November 1937.

Ob politisch oder kulturell gedacht und angewiesen wurde – die Tendenz war so gleichartig wie die Themen verschieden.

Die einmal in einem Anfall von Übereifer eingeführten «germanischen Monatsnamen» wurden bald wieder verboten, aber am 26. November 1937 lautete eine nochmals wiederholte Weisung:

«Gegen eine Zeitung, die immer noch nicht die amtlichen Namen verwende, sondern *Nebelung* und so weiter schreibe, werde man jetzt mit den allerschärfsten Mitteln vorgehen.»

Die nächste in dem Bericht über diese Pressekonferenz notierte Weisung:

«Die Zeitschrift *Die kommende Kirche* hat vor etwa acht Tagen einen Artikel gebracht ‚Eine Horst Wessel- und Hindenburg-Gedächtniskirche. Darin seien deutsche Nationalhelden in die kirchliche Auseinandersetzung mit hineingezogen worden. Der Artikel und seine Tendenz sollen nicht aufgegriffen werden.»

Vom 13. Dezember 1937 an sollte die deutsche Presse den Völkerbund nicht mehr mit diesem Namen bezeichnen, so wurde an diesem Tage angeordnet:

«Das Wort *Völkerbund* wird aus dem deutschen Sprachgebrauch ausgemerzt. Es wird von heute an gestrichen. Man kann hinzufügen ‚Genfer Entente zur Erhaltung der Versailler Verträge‘ oder ‚zur Bekämpfung des europäischen Friedens‘, oder kann ein ähnliches schmückendes Beiwort verwenden. Auf Frage sagte Berndt, dass auch in den ausländischen Pressestimmen, soweit sie nicht in direkter Rede wiedergegeben werden, das Wort *Völkerbund* zu streichen sei.»

Überraschend fiel am 18. Dezember 1937 in der Pressekonferenz nach langer Zeit zum ersten Mal wieder das Wort *Volkswagen*. Berndt:

«Vor den Autobahnarbeitern hat Hitler gestern Abend gesagt, dass in wenigen Monaten mit dem Bau einer Fabrik für den Volkswagen begonnen werde und dass es dahin kommen müsse, dass jeder fünfte Deutsche ein Auto besitze. Die grundsätzliche Anweisung, über den Volkswagen nichts zu melden, ist ebenso bekannt wie die andere, vor dem Vorliegen des amtlichen DNB-Textes nichts Materielles aus Reden des Führers zu veröffentlichen. Trotzdem haben einige grosse Zeitungen über die gestrige Rede berichtet. Energisch wird noch einmal auf die beiden Anweisungen hingewiesen. Dass der Führer in geschlossenem Kreis Ausführungen macht, die nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt sind, ist ganz natürlich.

Streng vertraulich: Die Fabrik wird bei Braunschweigerrichtet. Die ersten Arbeiten haben dort bereits begonnen, aber es kann natürlich noch zwei Jahre dauern, bis die ersten Wagen fertig

Gerüchte über die Planung eines «deutschen Volkswagens» hatte es bereits frühzeitig gegeben. Aber nach den bisher zitierten Weisungen (Mai 1936) sollte nichts veröffentlicht

werden. Die nun folgenden Weisungen zum Thema enthielten unter anderen die Information, dass «die Gesamtplanung der Volkswagenfabrik nicht ein Werk des Architekten Mewes (sei), sondern eine Gemeinschaftsarbeit der vier Architekten Kohlbecker, Kraemer, Schupp und Mewes» (19. Februar 1938), und wiederholten das Berichtsverbot, das erst am 13. September 1938 aufgehoben wurde. Die erste Pressebesichtigung in Fallersleben bei Braunschweig wurde für den 10. Oktober 1938 gestattet. Ende September 1938 kamen einige «KdF-Wagen» nach Berlin, mit denen die Presse Fahrten unternehmen durfte.

Am 3. Januar 1938 befasste sich der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz, wie schon wiederholt, mit der Frage, ob und in welchem Umfange sich Deutschland an der bevorstehenden Weltausstellung in New York beteiligen solle:

«So einfach ist es nicht, in die Stadt des Bürgermeisters Laguardia zu gehen. Darum soll vorläufig nicht das Geringste weder geschrieben noch gemeldet werden, ganz gleichgültig, was im Ausland darüber geschrieben wird.»

Der New Yorker Bürgermeister Laguardia war ein scharfer und mehrfach in dieser Tendenz hervorgetretener Gegner des Nationalsozialismus, und er war Jude. Die Wirtschaftsinteressen verlangten nach einer Teilnahme, und ein Vertrag, der das Gelände für eine deutsche Beteiligung sichern sollte, war erarbeitet worden. In der Parteiführung der NSDAP waren Auseinandersetzungen entstanden, deren Details unter den Journalisten bekannt wurden. «Solange nicht die deutsche Beteiligung bestimmt sei», wurde am 14. Januar 1938 weiter dazu gesagt, «könne man zum Beispiel nicht schreiben, dass es sich um die schönste Ausstellung der Welt handeln werde».

Mit dem Namen Laguardia war das Rassenthema wieder angeschnitten worden. In der gleichen Pressekonferenz lautete eine andere Weisung:

«Die Zeitschrift *Neues Volk* habe sich gegen die Theorie gewandt, dass ein arisches Mädchen nur noch Halbjuden zur Welt bringen könne, wenn es einmal mit einem Juden verkehrt habe. Derartige Darstellungen seien deshalb unerwünscht, weil sie sich doch dahin auswirken könnten, den Abscheu gegen die Rassenchande zu verkleinern.»

Der Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltskammer in Nürnberg hatte einen dort ansässigen Rechtsanwalt aus der Anwaltschaft ausgeschlossen, weil er angeblich absichtlich der letzten Wahl zum Reichstag ferngeblieben sei. Das Auswärtige Amt bat in der Pressekonferenz am 5. Januar darum, hierüber nicht zu berichten, «um nicht im Ausland den Eindruck zu erwecken, das Wahlgeheimnis werde in Deutschland nicht gewahrt».

In der deutschen Presse werde «vielfach fälschlich allein die Sprache als Kriterium für eine Volkstumszugehörigkeit betrachtet», behauptete der Sachbearbeiter im Reichsministerium des Innern, Dr. Essen, in der Pressekonferenz am 19. Januar und fügte hinzu: «Obwohl manche in Deutschland Masurisch, Kaschubisch, Wendisch, Polnisch oder Litauisch als Haus- und Muttersprache benutzten, sind sie doch als zuverlässige Deutsche anzusehen, die auch als solche und nicht als Angehörige einer Minderheit betrachtet werden wollen.» Bei der künftigen Volkszählung werde man «die Volkstumszugehörigkeit auf neue Art erfassen», erklärte der Sachverständige. «Als einwandfrei Nicht-Deutsche sind nur die Polen und die Dänen anzusehen, auf keinen Fall die wendischsprechende Bevölkerung», gehörte zu seinen Thesen. Die Pressekonferenz nahm die Darlegungen mit Murmeln und heiterer Bewegung auf.

Um so ernster wurde die folgende Weisung aufgenommen, die als «besonders vertraulich» gekennzeichnet wurde:

«Es wurde daran erinnert, dass über die Frage der innerpolitischen Kriegsvorbereitungen, vor allem, soweit sie die NSDAP betreffen, nicht berichtet werden darf. Eine schlesische Zeitung habe es trotzdem getan. Im Übertretungsfall müsse man mit schärfsten Mitteln einschreiten.»

«Besonders vertraulich» wurde von Alfred Ingemar Berndt auch (am 21. Januar 1938) in der Pressekonferenz mitgeteilt, «. . . dass der Niemöller-Prozess* ohne allen Zweifel unter

* Martin Niemöller, Pfarrer in Berlin, gründete 1933 den Pfarrernotbund; wegen Widerstandes gegen das Naziregime als persönlicher Gefangener Hitlers im KZ Sachsenhausen; im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, nach dem Zweiten Weltkrieg Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau.

Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und dass wahrscheinlich auch die Presse nicht zugelassen wird. Anträge auf Zulassung zu stellen habe keinen Zweck».

In dieser Konferenz wurde das niederträchtigste und schmutzigste Blatt der nationalsozialistischen Presse, *Der Stürmer*, «auf unbestimmte Zeit verboten». Die Weisung lautete weiter: «Hierüber dürfe natürlich nicht berichtet werden. Der Grund ist der Abdruck eines streng vertraulichen Devisen-Runderlasses, abgedruckt in der Nummer 3.»

Der Bericht an die Hauptredaktion der FZ fügte hinzu, dass nach Kenntnis der Berliner Redaktion der Zeitung die Ausgabe des *Stürmers* beschlagnahmt worden sei. Jedoch: vom 29. Januar an erschien das Blatt wieder.

Am 31. Januar 1938 wurde bekannt, dass der Rennfahrer Bernd Rosemeyer verunglückt war. Entgegen der Weisung, dies erst zu melden, wenn DNB eine Nachricht ausgegeben hätte, hatten einige Zeitungen schon vorher über den Tod berichtet. Das führte zu einer grundsätzlichen Weisung Berndts:

«... Einige Hauptschriftleiter haben ausserdem Briefe geschrieben, in denen sie mitteilen, dass sie die Anweisung nicht verstanden und die Meldung trotzdem gebracht hätten. Gewiss, man kann über manche Anweisung verschiedener Meinung sein. Man kann aber nicht einfach mitteilen, dass man sich nicht an sie hält.

Disziplin muss sein. Wenn eine Anweisung kommt, muss sie durchgeführt werden, auch wenn man anderer Auffassung ist.

Ohne Rücksicht auf Person und Stellung wird man in Zukunft durchgreifen müssen, wenn sich Zeitungen über Anweisungen einfach hinwegsetzen.»

Am 4. Februar 1938 wurden die Generale von Blomberg und von Fritsch entlassen, ein Oberkommando der Wehrmacht wurde gebildet, Hitler übernahm persönlich die Leitung, und Ribbentrop wurde Reichsminister des Auswärtigen. Zu diesen Ereignissen äusserte sich der Reichspressechef Dr. Dietrich in der Pressekonferenz am 4. Februar nach dem Bericht an die FZ-Hauptredaktion in Frankfurt wie folgt:

«Der Leitgedanke für alles, was geschehen sei, und damit für alles, was geschrieben werde, müsse sein: stärkste Konzentration

der Kräfte. Sie sei von Zeit zu Zeit in jedem gesunden Staat notwendig und entspreche auch den Grundsätzen des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus sei eine jugendstarke Bewegung, bei der es notwendig sei, damit die Kräfte nicht erstarren, immer von Neuem junge Kräfte nachrücken zu lassen, dem Staate neues Blut zuzuführen. Es bestehe ja im Dritten Reich kein Mangel an Persönlichkeiten. Man könne es sich leisten, immer wieder junge Kräfte nachzuschieben, wenn ältere zu der Meinung kämen, sie müssten ihre Ämter abgeben. Dadurch stärke man nur die Kräfte, die den Nationalsozialismus trügen. Das Entwicklungsgesetz des Nationalsozialismus habe er, Dietrich, einmal in dem Satz zusammengefasst, der jetzt besondere Geltung habe: Kraftvermehrung durch Konzentration. Dies sei das Wesentliche des Nationalsozialismus. Hier liege der Kern der Einheitsidee, des Zusammenschlusses des ganzen Volkes und die Quelle für neue Kraftentfaltung. Die stärkste Konzentration in der Hand des einen und obersten Führers bedeutet Zusammenschluss, Vereinheitlichung und Verjüngung.

Beispielsweise könne man, wenn man kommentiere, auch darauf hinweisen, dass der Verschmelzungsprozess zwischen Wehrmacht und Partei in der Tatsache liege, dass die Wehrmacht unmittelbar dem Führer unterstellt werde. Zur Verfügung des Führers stehen jetzt Partei und Wehrmacht. Der Nationalsozialismus habe von jeher die Kraft gehabt, Organisationen mit seinem Geiste zu durchdringen. Wenn neue Organisationen näher an die Partei herangezogen wurden, so seien sie stets bald mit nationalsozialistischem Geist erfüllt worden. Man könne also auch hier für Wehrmacht und Wirtschaft eine allgemeine Beschleunigung dieser Entwicklung sehen. Das käme für die Wirtschaft wie für die Wehrmacht in den zahlreichen Personalveränderungen besonders zum Ausdruck. In der Wirtschaft würden viele Generäle künftig tätig sein, um den Gedanken und die Kräfte der Wehrwirtschaft zu stärken.

Ganz abwegig wäre es, irgendeine Disharmonie zu suchen, die es nicht gebe. Es sei falsch, etwas dahinter zu suchen, dass diese Massnahmen bisher nicht veröffentlicht wurden. Der Plan sei zu umfassend, als dass Einzelheiten vorher hätten mitgeteilt werden können.»

Die Rede Dietrichs vor der Pressekonferenz war mit diesen Ausführungen keinesfalls beendet. Es muss aber zum Verständnis der von ihm angedeuteten Vorgänge mitgeteilt werden, dass die Entlassungen der führenden Generale und die Übernahme des Oberkommandos durch Hitler besondere

Gründe hatten, die keinesfalls unbekannt geblieben waren. Sie wurden alsbald überall in heimlich weitergegebenen Informationen bekannt. Generalfeldmarschall von Blomberg, Reichskriegsminister, musste gehen, weil er, wie es später genannt wurde, «eine unehrenhafte Eheschliessung» vorgenommen hatte, und Generaloberst von Fritsch, weil er sich angeblich homosexuell betätigt hatte. Er wurde später von einem Kriegsgericht freigesprochen und rehabilitiert.

Die Beschuldigung hatte sich als eine Intrige erwiesen, die Himmler eingefädelt hatte. Aber das Ergebnis war auf jeden Fall das, welches die NSDAP-Führung erstrebt hatte: Wehrmacht, Partei und Staatsführung unterstanden jetzt allein dem Kommando eines Mannes, Adolf Hitler, und die neuen Amtsinhaber in Wehrmacht und Auswärtigem Amt, wo Joachim von Ribbentrop Constantin von Neurath abgelöst hatte, waren Helfershelfer. In der Wehrmacht übernahmen diese Rolle von Keitel und von Brauchitsch. Die Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich vor der Presse muss im Licht dieser Tatsachen gesehen werden.

Damals wurde ein «Geheimer Kabinettsrat» gebildet, dessen Vorsitz dem bisherigen Aussenminister von Neurath übertragen wurde – auch eine Massnahme zur Täuschung der Öffentlichkeit, die an einen «Akt sinnvoller Verbesserung der Organisation und der staatspolitischen Arbeit im Reiche» glauben sollte. «Es handele sich», so sagte Dietrich vor der Presse, «darum, dass alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der Nation in der Hand des Führers konzentriert werden sollten. Diesem Ziele allein sollten die Massnahmen dienen.» Der Geheime Kabinettsrat hat niemals eine erkennbare Bedeutung erlangt.

Im Ausland liefen zahlreiche Nachrichten um, die sich in den wenigsten Fällen nachprüfen liessen, was aber viele Journalisten dennoch versuchten. Die Weisung der deutschen Presseführung lautete am folgenden Tage: «Von der Gerüchtemacherei des Auslandes ist keinerlei Notiz zu nehmen.» Die Auslandszeitungen befassten sich in besonderer Weise mit der Spannung zwischen NSDAP und Wehrmacht. Das Propagandaministerium war deshalb sehr bemüht, dieses Thema nicht in deutsche Zeitungen gelangen zu lassen. Am 7. Februar berichtete die Berliner Redaktion nach Frankfurt, dass sie vom

Beauftragten des Reichspressechefs Dietrich angerufen und angewiesen worden sei, «keinesfalls mehr das Thema Spannung zwischen Wehrmacht und Partei» aufzugreifen. An diesem Tage wurde auch in der offiziellen Pressekonferenz als «besonders vertraulich» (und deshalb nicht über Fernschreiber mitzuteilen) gesagt:

«Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus müssen Veröffentlichungen über die Notwendigkeit, die Aufgaben und Wege der eigenen Kriegspropaganda unbedingt unterbleiben. Es bestehen keine Bedenken gegen Aufsätze, die sich mit der Organisation, der Vorbereitung und den Absichten der ausländischen Kriegspropaganda oder mit geschichtlichen Betrachtungen über ihre Arbeit und Wirkungsweise beschäftigen. Folgerungen in Form von Forderungen oder Vorschlägen für die eigene Abwehr oder die eigene Kriegspropaganda müssen unbedingt unterbleiben. Aus der Kritik der ausländischen Kriegspropaganda dürfen Schlüsse auf eigene Absichten, Massnahmen und Methoden nicht möglich sein! (Gemeint ist natürlich Propaganda im Kriege, nicht für den Krieg.)»

Noch einmal kam der Sprecher des Reichspressechefs in der Pressekonferenz am 8. Februar 1938 auf das gleiche Thema zurück:

«Es ist vollkommen klar, dass die Kombinationen aus der Auslandspresse, vor allem die über Gegensätze zwischen Partei und Wehrmacht, nicht in irgendeiner Beziehung erwähnt werden können. In Andeutungen ist man in den letzten Tagen zuweilen auf diese Frage eingegangen, um die Dinge klarzustellen. Das ist aber jetzt in genügend Masse geschehen. Es herrscht volle Klarheit über die Bedeutung der Umstellung vom 4. Februar. Die irrsinnigen und idiotischen Behauptungen der Auslandspresse brauchen nicht weiter berührt zu werden.

Die Verteilung der Aufgaben im nationalsozialistischen Staat ist klar abgegrenzt, auch die zwischen Wehrmacht und Partei, so dass man keinen Anlass hat, sich noch weiter mit Kombinationen zu befassen. Zu den Kombinationen gehört auch die Behauptung, es stünden noch weitere grosse Veränderungen bevor. Am 4. Februar habe die Sache eigentlich erst angefangen. Damit soll eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen werden. Ich kann feststellen, dass diese Behauptungen vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Im Gegenteil sind notwendige Umstellungen hinausgezögert wor-

den, um alles auf einmal zu erledigen, wie zum Beispiel die Ernennungen im Reichswirtschaftsministerium. Dagegen ist es natürlich, dass sich auf den Gebieten, wo die Umstellungen erfolgt sind, noch personelle Umbesetzungen ergeben können. Dies alles aber nur zur Information, nicht zur Verwendung!»

Wie nun aber diese «Konzentration aller Kräfte» im Reiche aufgenommen wurde, machte eine Erklärung des Oberkommandos der Wehrmacht deutlich, die dessen Sprecher, Major von Wedel, am 10. Februar ebenfalls in der Pressekonferenz abgab:

«Die Massnahmen des Führers vom 4. Februar sind in letzter Zeit in einigen Zeitungen, besonders in der Provinzpresse, in einer Weise kommentiert worden, die die Gefahr in sich barg, das Ansehen der Wehrmacht zu schädigen. Die vom Führer getroffenen organisatorischen und personellen Entscheidungen sind einzig und allein im Sinne einer Konzentrierung der Kräfte in der Hand des Führers zu verstehen. Bei dieser Gelegenheit einen Zweifel in die nationalsozialistische Zuverlässigkeit der Wehrmacht zu setzen, muss entschieden zurückgewiesen werden. Partei und Wehrmacht haben nach dem Willen des Führers in ihren Aufgabengebieten dem Aufbau der Nation zu dienen. Wie bisher werden beide in engstem und kameradschaftlichem Einvernehmen zusammenarbeiten. Von einer verstärkten Einflussnahme der Partei auf die inneren Angelegenheiten der Wehrmacht kann keine Rede sein. Dieser Feststellung ist bei künftigen Veröffentlichungen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus sind Betrachtungen angestellt worden über die rein organisatorische Bedeutung der Veränderungen. Es ist nicht erwünscht, dass in einzelnen Artikeln oder Besprechungen noch weiter über diese Dinge geschrieben wird. In der *Wehrmacht* wird in der nächsten Woche ein Artikel hierüber erscheinen. Er soll so rechtzeitig an DNB gegeben werden, dass die Zeitungen ihn gleichzeitig bringen können. Auch dieser Artikel soll dann aber nicht weiter kommentiert oder behandelt werden. Es könnten sonst wichtige Reichsverteidigungsinteressen nur allzu leicht geschädigt werden.»

Das war die komplette «Konzentration» auch der Information: ein Artikel für alle Zeitungen, und nichts weiter zum Thema! Aber auch nicht nur die Häufung der Weisungen in dieser Sache, sondern nicht weniger der Inhalt dessen, was

gesagt wurde, liessen unzweideutige Schlüsse zu und bestätigten das, was sie verschleiern sollten.

Im unmittelbaren Gespräch mit Werner Stephan, so wurde damals notiert, konnten die Journalisten unschwer feststellen, dass die am 4. Februar 1938 getroffenen Massnahmen im Ausland im Kern richtig verstanden worden waren. Im Inland setzte sich die Erkenntnis ebenfalls durch.

Adolf Hitler nahm in einer Rede am 20. Februar 1938 nochmals dazu Stellung. Berndt bezeichnete sie als «eine Rede von historischem Wert, die unter die ganz grossen politischen Proklamationen des Führers für alle Zeiten einzureihen ist. Man kann unschwer Voraussagen, dass von ihr eine positive Auswirkung für die gesamte europäische Entwicklung ausgehen wird». Diese Bewertung einer Hitler-Rede war weder neu noch originell. Sie wurde als Regierungserklärung bezeichnet und umfasste nahezu alle Fragen der Innen- und der Aussenpolitik, ging aber aus von den Massnahmen des 4. Februar. Dazu sei nur ein Satz zitiert, der als Zusammenfassung galt:

«Jede Institution dieses Reiches steht unter dem Befehl der obersten politischen Führung, und alle Institutionen dieses Reiches sind verschworen und einig in dem Willen und Entschluss, dieses nationalsozialistische Deutschland zu vertreten und wenn notwendig zu verteidigen bis zum letzten Atemzug.»

Partei, Wehrmacht, Wirtschaft und Verwaltung – es gab keine Einrichtung in Deutschland, so stellte der *Führer und Reichskanzler* in dieser vor dem Reichstag gehaltenen Rede fest, die nicht seiner Befehlsgewalt unterworfen war.

Hitler sprach von der «Unmöglichkeit der deutschen Raumzumessung» und forderte deshalb die Rückgabe der Kolonien, wandte sich aber zugleich gegen jede Verbindung mit dem Völkerbund, gegen internationale Konferenzen und gegen den Bolschewismus, behauptete, keine territorialen Interessen zu haben, und liess keinen Zweifel über die Absicht, die Wehrmacht «auszubauen», nachdem er bereits unter tosendem Beifall erklärt hatte, dass es «im Geiste der gigantischen Steigerung unserer allgemeinen Produktion möglich wurde, eine Aufrüstung ohnegleichen durchzuführen», sprach von einem «deutschen Friedensheer», einer «gewaltigen

deutschen Luftwaffe» und «einer neuen Macht zur See». Dabei dankte er auch Blomberg und Fritsch unter anderem mit dem Satz:

«Ich musste den Wunsch des Generalfeldmarschalls von Blomberg, nach der Vollendung der ersten grossen Aufbauarbeit seine angegriffene Gesundheit nunmehr nach all den Aufregungen in einem privaten Leben zu schonen, respektieren.»

Diese Rede war zu kommentieren, und Alfred Ingemar Berndt ordnete am folgenden Tage, dem 21. Februar, in der Pressekonferenz an:

«Jeder kleinlichen Polemik soll man sich enthalten. Grosszügige Kommentare. Das erlösende Wort ist gesprochen. Mit Recht kann man sagen, dass in den Kardinalfragen des deutschen Schicksals die Entscheidung gefallen ist.. . Die deutschen Freundschaften sind in den aussenpolitischen Ausführungen des Führers sichtbar für die ganze Welt abgesteckt worden. Kein Problem sei jetzt für einen Deutschen noch offen. Die Welt weiss nun, woran sie ist. Eine Erlösung bedeuten die Worte des Führers zur österreichischen Frage.»

Positive ausländische Pressestimmen sollten zitiert werden.

Auch dieses «gigantische Ereignis» (Berndt) verhinderte nicht, dass im täglichen Geschehen «die nationalsozialistische Wirklichkeit gestaltet» wurde. Greta Garbo heiratete, und das sollte nach der Weisung (10. März 1938) «klein, unauffällig und ohne Kommentar gebracht werden». Berndt fügte erläuternd hinzu: «Ihr Mann sei Jude, doch solle man das nicht ausdrücklich erwähnen, weil wir im internationalen Filmaustausch auf Garbo-Filme angewiesen seien. Dass diese Filme gut seien, daran ist ja auch kein Zweifel.»

Die Aufrüstung in Dänemark zog die Aufmerksamkeit auf sich. «Besonders vertraulich» wurde dazu am 9. April gesagt:

«Die Presse hat sich vielfach mit der Aufrüstung Dänemarks beschäftigt. Dabei kam häufig der Gedanke vor, Dänemark sei doch ausserordentlich schwach gerüstet, es müsse etwas unternehmen, um nicht von den Bolschewisten überfallen zu werden und so weiter. Diese Tendenz ist nicht erwünscht. Richtig ist vielmehr, etwas in dem Sinne zu schreiben, das dänische Heer sei zwar klein,

aber vorzüglich und modern ausgerüstet, es bestehe aus prächtigen Soldaten. Es besteht also kein Interesse daran, zu schreiben, die Dänen müssten noch Erhebliches dazu tun, wehrhaft zu werden.»

Am 2. Juni gab zu später nächtlicher Stunde ein Rundruf an alle Zeitungen bekannt:

«Die DNB-Meldung über die Geburt eines Töchterchens im Hause Göring ist, soweit noch irgendetwas möglich, nur in der zweiten Fassung mit Angabe der Uhrzeit zu bringen.»

Obwohl noch keineswegs sommerliche Ruhe und Nachrichtenflaute herrschte, hielt man am 18. Juni 1938 folgende Weisung für erforderlich:

«Die deutschen Zeitungen sind wieder einmal voller Schottenwitze. Man muss wissen, dass diese fast ausschliesslich aus jüdischen Quellen in London stammen. Der Grund ist klar: Die Schotten sind der reinste germanische Stamm auf der britischen Insel, ohne jeglichen jüdischen Einfluss. Die Witze seien also gewissermassen Rache der Londoner Juden. Allerdings haben auch die Schotten selbst auf das Überhandnehmen der Witze aufmerksam gemacht.»

Anfang August 1938 war in Bayern der frühere Ministerpräsident Held gestorben, und das DNB hatte dies gemeldet. Dazu sagte der Sprecher in der Pressekonferenz (8. August 1938):

« . . . wodurch man bewiesen habe, wie grosszügig der heutige Staat verfare, auch wenn es sich um frühere Staatsmänner handle. Nun hätten aber einige Zeitungen einen zum Teil umfangreichen Lebenslauf mit Würdigung mehr oder weniger grosser Verdienste veröffentlicht, so auch eine grosse Berliner Zeitung (*Berliner Tageblatt*). Solche Würdigungen seien unerwünscht. Dies sei auch nötig zu sagen, weil heute eine Meldung kommen werde, dass der frühere Reichspostminister Giesberts gestorben sei.»

Da hier das Taktgefühl angesprochen wurde, sei noch ein Rundruf vom 6. August erwähnt:

«Die Reichspressestelle der NSDAP wünscht, dass im Zusammenhang mit der Nürnberg-Berichterstattung auf keinen Fall der

Ausdruck ‚Tempelstadt der Bewegung‘ Verwendung findet. Bereits vorliegende Berichte, die diesen Ausdruck erwähnten, müssten sofort daraufhin korrigiert werden.»

Es war nicht minder peinlich empfunden worden, dass der deutsche Konsul Draeger in New York bei Ankunft einer deutschen *Condor-Maschine* (am 12. August) als «Vertreter der Auslandsorganisation der NSDAP» bezeichnet worden war. Meldungen sollten das nicht bringen. Im Ausland gebe es kaum Auslandsorganisationen der Partei, bestimmt nicht in den USA.

In Venedig liefen die Filmfestspiele, und das Berliner *12 Uhr-Blatt* hatte kritisch geschrieben:

«Besonders augenfällige Fortschritte des Films als Kunst gegenüber dem Vorjahr können nicht erkannt werden. Wir kranken an der Stoffwahl und an der folgerichtigen Durchführung der Handlung. Man spielt zuviel mit der Regie, statt dass die Regie spielen lässt.»

Das führte zu folgender Weisung am 19. August:

«Hierzu sei zu sagen, dass eine solche Kritik unmöglich tragbar sei. Die mit dem deutschen Gelde nach Venedig geschickten deutschen Berichterstatter könnten sich doch nicht auf dem Lido die Sonne auf den Bauch scheinen lassen und dann die Arbeit, die in einem Jahre am deutschen Film geleistet worden sei, herunterreissen. Deutsche Berichterstatter, die sich von dem snobistischen Publikum in Venedig und der dortigen Luft anstecken liessen, seien für ihren Beruf unbrauchbar. In Deutschland sei ernste Arbeit am Film geleistet worden, und es ginge nicht an, dass Sorgfalt und Mühe und der schliessliche Erfolg der Arbeit von Leuten untergraben werde, die nicht dazu hingeschickt seien, Kritik zu üben, sondern aus den deutschen Filmen das beste herauszuholen, was möglich sei. Wenn noch ein ähnlicher Satz in einer deutschen Zeitung erscheine, werde sie zweifellos verboten und beschlagnahmt werden. In Frankreich sei es doch im vergangenen Jahre gelungen, dass die grosse Presse freiwillig die von Frankreich vorgelegten Filme gelobt habe. Und dies ohne Presse-regie! Nur deutsche Schriftleiter glauben sich Extratouren leisten zu können.»

Der Berichterstatter der FZ fügte dieser Weisung die

Information hinzu: «Fanderl* hat im gleichen *12 Uhr-Blatt* einen längeren Artikel über das Leben am Lido geschrieben.»

Jede Berichterstattung wurde untersagt (22. September 1938), als das Reichsjustizministerium mitteilte, dass «gegen Friedrich Leopold Prinz von Preussen Haftbefehl wegen Verbrechens und Vergehens nach §§ 175 und 175a ergangen ist». Das Oberkommando der Wehrmacht teilte am 18. Oktober an alle Zeitungen mit:

«Der Führer hat für das gesamte Befestigungswerk im Westen die Bezeichnung *Limes* befohlen. Gegen die Erwähnung dieses Namens in der Presse bestehen keine Bedenken. Andere Namen oder Bezeichnungen dürfen nicht verwendet werden.»

Rundruf des DNB an alle Zeitungen (19. Oktober 1938):

«Die Westbefestigungen sollen unter keinen Umständen mit dem Namen *Limes* belegt werden. Es ist die Bezeichnung *Westbefestigungen* zu verwenden.»

Am 20. Oktober lautete eine Weisung:

«In Berlin wird morgen gegen den jüdischen Arzt Dr. Jakobsohn wegen Abtreibung verhandelt. Als Zeuge tritt ein katholischer Geistlicher auf, der auch der Vater war. Der Zeugungsakt fand statt im Hause eines sehr hohen katholischen Würdenträgers in Berlin. Die Berichterstattung muss unter allen Umständen Rücksicht nehmen darauf, dass die Eigenschaft als Geistlicher bei der Darstellung in keiner Weise erkennbar wird. Der hohe katholische Würdenträger trage eine nationale Gesinnung zur Schau, weshalb man ihn schonen möchte.»

Diese Weisung gab ein Vertreter des Reichsjustizministers. In der Dienststelle der Sudetendeutschen Partei in Prag war von der tschechischen Polizei ein Kalender gefunden worden, in dem nach einer Information, die in der Glossenkonferenz am 31. Oktober 1938 gegeben wurde, «... die weiteren deutschen Absichten auf dem Balkan genau eingetragen waren. Dem sei nun die Nachricht über das Auffinden von

* Wilhelm Fanderl, Hauptschriftleiter der Zeitung.

neuen Landkarten gefolgt. Sie sei von englischen Zeitschriften übernommen worden und werde ernsthaft diskutiert. In den Karten sei genau verzeichnet, wie weit in den einzelnen Abschnitten der deutschen Aktion die Grenzen des Reiches gezogen werden sollen. Das Ergebnis werde sein, dass Dänemark, ein grosser Teil Frankreichs, Nordspanien, ganz Grossbritannien, ein erheblicher Teil Russlands schliesslich bis zur Jahrtausendwende zum Deutschen Reich gehören würden. Hiermit werde sich der *Völkische Beobachter* befassen, aber andere Zeitungen könnten sich ebenfalls damit beschäftigen, wenn sie Raum und Lust dazu hätten.»

Der Sprecher der Reichsregierung gab zu dieser Information einen kurzen, aber deutlichen Kommentar: «Das sind die Folgen, wenn Schwärmer reden und Idioten zuhören.»

Danach fehlte es nicht an bissigen Bemerkungen über Funktionäre und Führung der Sudetendeutschen Partei. Nach Ton und Inhalt dessen, was gesagt wurde, mussten die Journalisten darin eine Bestätigung der in den englischen Zeitungen angesteten Vermutungen oder vorgenommenen Interpretationen erkennen.

«Heim ins Reich»

Die Parole des 4. Februar 1938, an welchem Tage die Führung der neu aufgebauten und hoch aufgerüsteten Wehrmacht im Deutschen Reich ausgewechselt wurde, hatte «Konzentration aller Kräfte» gelautet. Hitler hatte das Oberkommando von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine selbst übernommen. Der letzte «bürgerliche» Reichsminister, der als Chef des Auswärtigen Amtes dort noch gewissen politischen Einfluss gehabt hatte, Constantin von Neurath, war aus der Reichsregierung ausgeschieden und auf ein belangloses Repräsentationsamt abgeschoben worden.

Mit Joachim von Ribbentrop übernahm ein Funktionär der NSDAP die Pflege der Beziehungen zu den Staaten der Welt, die dem Auswärtigen Amt obliegen sollte. Es war, wie der Reichspressechef in der Pressekonferenz am gleichen Tage sich selbst zitierte, eine «Kraftvermehrung durch Konzentration» entstanden. Nicht nur das Ausland horchte auf. Die Bildung eines Geheimen Kabinettsrates, die Aktivierung der aussenpolitischen Tätigkeit des Reiches, dann die in einer Regierungserklärung Hitlers vor dem Reichstag am 20. Februar 1938 noch einmal ausdrücklich betonte umfassende Rüstung, die noch, wie er proklamierte, verstärkt werden sollte – das alles mobilisierte zunächst wenigstens die Aufmerksamkeit, noch nicht die Streitkräfte.

Aber eben diese Folge wurde diesseits und jenseits der Grenzen befürchtet. Auch die von Hitler gebrauchte Formel, «das Friedensheer ist aufgestellt», räumte die Bestürzung nicht aus, die sich in Pressestimmen und Kommentaren verantwortlicher Politiker des Auslandes unzweideutig zeigte.

Aus jenen Tagen stammt eine Notiz über eine Information, die Dr. Rudolf Kircher – er schrieb unter dem Zeichen RK – dem Autor in einem Gespräch gegeben hat. Kircher war «Hauptschriftleiter» der *Frankfurter Zeitung*, wie es das Schriftleitergesetz von 1933 vorschrieb. Tatsächlich wurde die Zeitung jedoch von der täglich stattfindenden Redaktionskon-

ferenz kollegial geleitet. Kircher hatte im Auswärtigen Amt und unter den in Berlin akkreditierten Diplomaten fremder Mächte zahlreiche Freunde, viele aus gemeinsamer Studienzeit, andere von Auslandsaufenthalten und internationalen Begegnungen her. Seine Veröffentlichungen vermittelten nicht selten den Eindruck, er sei ein Mitläufer der Nazis und Anhänger ihrer Politik. Dieser Eindruck war falsch, wenn auch begreiflich, weil er zuweilen des Nützlichen zuviel tat, in dem Bestreben, auf solche Weise den Terror des Regimes zu unterlaufen; nur so behielt die Zeitung eine Chance für ihre besondere Arbeit und ihr Bemühen, zwischen den Zeilen erkennen zu lassen, dass die Wahrheit anders aussah, als die Worte besagten. Nur so war die Existenz dieser Zeitung zu sichern und war den Redakteuren die Möglichkeit geboten, die Aufklärung der Leser auch unter dem Druck der Weisungen und Verbote fortzusetzen. Es ist nicht wichtig, was manche dachten und heute urteilen, die jene Zeit nicht gründlich oder nur vom Hörensagen kennen, aber es war damals wichtig, dass die Redaktion Augen und Ohren offen und die Finger am Puls des politischen Geschehens halten konnte, dass sie die Reaktion der Zeitgenossen im Lande zu erkennen und zu beachten vermochte, so wenig sie diese dann auch beeinflussen konnte. Wie Kircher dachte und was er von der politischen Entwicklung erhoffte, war im Hause umstritten, aber kein Geheimnis für jene, mit denen er offen sprach. Über die damals gegebene Information wurde notiert:

«In den grossen Häusern wurde die Rede als Signal bewertet, als Dementi jeder entgegengesetzten Beteuerung. Sie muss als allein gültig betrachtet werden und bestimmt dort die Dispositionen. Schwerpunkte für die Reihenfolge erkennbar. Drohungen lösten Bestürzung aus. Hinter jedem Wort wird eine Absicht erkannt. Verblüfft über die emotionale Offenheit, die keine Falle ist.»

Die «grossen Häuser» war die Deckbezeichnung für den Quai d'Orsay in Paris und das Foreign Office in London. Die Information war ausführlicher, als sie damals aus Gründen der Vorsicht aufgeschrieben wurde. Bei dieser Niederschrift aber wird die Erinnerung an viele Einzelheiten lebendig. Nach dem Kriege hat einer der häufigsten Informanten Kirchers, der Botschafter Frankreichs in Berlin, Andre François-Poncet,

dem Autor bei einem Besuch, den dieser am 11. März 1950 dem damaligen französischen Hochkommissar in dessen Residenz abstattete, den Inhalt dieser und anderer Informationen in vollem Umfange bestätigt und die Arbeit Kirchers mit hoher Anerkennung gewürdigt. Indessen soll hier nicht über Erinnerungen berichtet, sondern es soll durch Texte aus jener Zeit Zeugnis abgelegt werden.

Das im Ausland mehr als im Inland nach der Rede Hitlers vom 20. Februar 1938 entstandene Rätselraten, welche der angedeuteten oder erwarteten Aktionen der Nazipolitik nun zuerst unternommen werden würde, brauchte nicht lange fortgesetzt zu werden. Es gab genug Hinweise, die immer von neuem wiederholt worden waren, wenn von den «blutenden Grenzen» oder auch nur von den «deutschen Volksgenossen unter fremder Herrschaft», vom «Volk ohne Raum» oder von der «gesamtdutschen Gemeinschaft» die Rede war. Vom Krieg war keine Rede, obwohl Hitlers Regierungserklärung an jenem 20. Februar 1938 – aber wer las denn schon diese schwülstigen Texte! Allenfalls liessen sich die Menschen aus dem Rundfunk mit dem Bombast der Phrasen überschütten oder hörten die donnernden Appelle der Goebbels, Ley, Göring und der kleineren Gefolgsleute, berauschten sich oder schüttelten den Kopf und gingen ihrer Arbeit nach. Es wurde von ihnen auch keine staatsbürgerliche Haltung erwartet, die Information und Mitdenken voraussetzt. Erwartet wurden nur Gehorsam und Gefolgschaft.

Österreich – ohne Frage

Von Beginn der Regierungszeit Hitlers an war deutlich, dass «die deutsch-österreichische Frage» von ihm beantwortet werden würde, und wohl auch wie. Am 24. Juni 1933 war in der Pressekonferenz, einer der ersten jener Zeit, angeordnet worden, «das Wort *deutsch-österreichischer Anschluss* nicht mehr zu benutzen». Es war eines der frühesten Beispiele der Methode der Presselenkung: Von gewissen zentralen politischen Zielen darf zunächst nicht gesprochen werden. Ein Jahr später sprach Hitler als Reichskanzler öffentlich von der «Unstabilität der Verhältnisse in Österreich», von dem «Man-

gel an Disziplin in der Heimwehr» und von den wirtschaftlichen Verhältnissen, die «geordnet» werden müssten. In der Pressekonferenz am 9. August 1934 wurden dazu Weisungen an die Presse gegeben, und die Entsendung des bisherigen Vizekanzlers Franz von Papen nach Wien als ausserordentlicher Bevollmächtigter Hitlers wurde angekündigt. Er hatte eine Mission zu erfüllen, die «trotz allem von Erfolg begleitet sein werde», so hoffe die Reichsregierung, wie es in der Pressekonferenz offiziell hiess.

Im Januar 1935 indessen beschäftigte sich die deutsche Presse nach der Meinung des Propagandaministeriums zu stark mit dem Thema Österreich:

«Die uns unfreundlich gesinnte ausländische Presse habe bereits wieder geschrieben, dass Deutschlands Interesse an Österreich grösser werde. Dem dürfe kein Vorschub geleistet werden.» (22. Januar 1935.)

Das Deutsche Reich hatte im Versailler Vertrag die Unabhängigkeit Österreichs, wie es aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war, als «unabänderlich» anerkannt. Nur mit Zustimmung des Völkerbundes konnte eine Revision vorgenommen werden. Hitler hatte dem Völkerbund den Rücken gekehrt. Er wollte auch diese Frage aus eigener Entscheidung und ohne Rücksicht auf die Umwelt lösen. Einstweilen galt, was Alfred Ingemar Berndt am 21. November 1935 nochmals in der Pressekonferenz so umriss:

«Es sei überflüssig, ‚olle Kamellen‘ vorzubringen, weshalb man in eigenen Artikeln die Österreich-Frage ruhen lassen soll.»

«Wir haben hier einfach keine Meinung», fügte er nach der Konferenz im persönlichen Gespräch hinzu. Das sollte nicht heissen, dass Äusserungen österreichischer Politiker verschwiegen werden sollten oder dass man über Tatsachen (beispielsweise Schuschniggs Reise nach Prag) nicht berichtete (8. Januar 1936). Aber eine «Schuschnigg-Manie», von der am 21. Januar in der Pressekonferenz gesagt wurde, sie breite sich zurzeit in den deutschen Zeitungen aus, sei nicht angebracht:

«Man lese nur immer Schuschnigg in Prag, Schuschnigg in Rom, in Budapest, Schuschnigg habe mit Mussolini telefoniert, und so weiter, und so werde aus einem kleinen Mann ein Heros gemacht. Das müsse aufhören. Es genüge vollkommen, wenn der Name sechsmal im Jahre genannt werde. Im Übrigen möge man bei der Behandlung der österreichischen Frage ausserordentlich zurückhaltend sein.»

i

Tags darauf wurde Berndt energischer:

«Trotz der gestrigen Anweisung, über Österreich sei nichts mehr zu schreiben, sei doch noch eine ganze Menge geschrieben worden, so in der *Frankfurter Zeitung*, in der *Berliner Börsen-Zeitung* und im *12 Uhr-Blatt*. Selbst wenn diese Artikel schon im Satz gewesen seien, hätten sie aus den Zeitungen eigentlich herausbleiben sollen. Man erwarte, dass die Anweisungen über Österreich jetzt genau befolgt werden. Man wolle nicht, dass aus Wien wieder alles Mögliche berichtet werde, zum Beispiel auch über künstlerische Veranstaltungen. Wenn es sich um Dinge handele, die abträglich und typisch seien (für Österreich), könnten sie gebracht werden.»

So lautete wörtlich der Bericht aus der Pressekonferenz, und der Berichterstatter fügte noch hinzu: «Es soll also wieder der alte Zustand eintreten, dass aus Österreich und über Österreich so gut wie gar nichts mehr geschrieben werden darf.» Vor allem sollte sich die deutsche Presse auf keinen Fall mit der «nationalsozialistischen Bewegung Österreichs» befassen (21. Februar 1936): «Es könnte sonst der Eindruck entstehen, als werde ihre Agitation von Deutschland aus gemacht.» Auch als im internationalen Gespräch das Thema einer «Neuordnung im Donaauraum» behandelt wurde, galt für die deutschen Zeitungen und damit für die deutsche Öffentlichkeit, «dass es ein Fehlgriff wäre, ohne Deutschland im Donaauraum eine neue Ordnung zu schaffen» (so der Sprecher des Auswärtigen Amtes am 27. März 1936), aber man möge die Frage in den Zeitungen nicht vertiefen und am besten nichts schreiben.

Die Rücksichtnahme auf die Meinung des Auslandes war ungewöhnlich sorgfältig. Mussolini regte am 23. März 1936 an, es möge ein Ausgleich zwischen Deutschland und Österreich gesucht werden. Am 29. April bezeichnete der Sprecher

der Reichsregierung die sich mehrenden Auslandsstimmen über «deutsche Absichten auf Österreich» als «plumpe Manöver, deren Zweck zu erkennen sei. Man wolle nämlich dadurch die englische Fragestellung beeinflussen und Eindruck auf die Italiener machen. Dieses Spiel könne die deutsche Presse natürlich nicht mitspielen.»

Der Bürger in Deutschland war über nichts informiert. Ihm war unerklärlich, was sich abspielte. Sich nicht für die innerösterreichischen Angelegenheiten zu interessieren, das war die Weisung, die hierzu (am 29. April) gegeben wurde. Was geschah, sollte in Schweigen gehüllt sein, so dass auch Kombinationen nicht angeregt werden sollten. «Mit der denkbar grössten Zurückhaltung» sollten innerösterreichische Themen behandelt werden, lautete erneut eine Weisung vom 5. Mai 1936. Der Sprecher in der Pressekonferenz fügte nach dem Bericht hinzu:

« . . . ausserdem habe die Darlegung der Differenzen zwischen österreichischen Politikern nur die Folge, dass sie sich wieder verständigten.»

Ein in der Berliner Universität angesetzter Vortrag *Das deutsche Wien* (6. Mai 1936) durfte weder angekündigt noch behandelt werden. Eine Meldung «eines Berliner Morgenblattes» – der Name wurde nicht genannt – mit der Überschrift «Putsch-Versuch der Heimwehr in Österreich im Keime erstickt?» wurde in der Pressekonferenz am 11. Mai als «weder sachlich richtig noch politisch zweckmässig» bezeichnet. Als im Ausland über deutsch-österreichische Verhandlungen berichtet wurde, lautete die Weisung, solche Kombinationen seien nicht zu übernehmen, und es sei nicht auf sie einzugehen (9. Juli 1936); aber zwei Tage darauf erschien der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, persönlich in der Pressekonferenz, was äusserst selten vorkam, und nahm zu einem inzwischen abgeschlossenen Abkommen zwischen Österreich und Deutschland Stellung. Die Presse möge «eine wohlwollende Darstellung» geben,

« . . . ohne jede persönliche oder politische Spitze. Die deutsche Presse soll diese Vereinbarung als ein Mittel der Entspannung und

Entwerrung der europäischen Lage begrüßen und nicht versäumen, ihre tiefe Befriedigung über die jetzt aus dem Wege geräumten Missverständnisse auszudrücken . . . Die deutsche Presse soll nicht versäumen, zum Ausdruck zu bringen, dass die deutsche Bevölkerung das Kommuniqué mit innerer Befriedigung zur Kenntnis nimmt. Das Ganze ist ein positiver Beitrag zur europäischen Befriedigung.»

So der Bericht über die Kommentaranweisung, die der Reichsminister selbst der Presse gab. Das Ausland blieb bei Kombinationen über eine weitgreifende Bedeutung dieses Abkommens, aber auch das sollten die Zeitungen in Deutschland mit Schweigen übergehen (13. Juli 1936).

Danach blieb es bei der Weisung: Keine Behandlung innerösterreichischer Themen. Dollfuss-Gedächtnisfeiern sollten nicht erwähnt werden, und eine bereits vorliegende DNB-Meldung hierüber wurde zurückgezogen (25. Juli).

In besonderer Weise wurde das Thema Österreich am 18. August in der Pressekonferenz behandelt. Die in Berlin im Scherl-Verlag erscheinende *Nachtausgabe* hatte unter der Überschrift «Der Hüter preussischen Erbes» am Tage zuvor einen Artikel veröffentlicht, aus dem zitiert wurde:

«Da kam einer, den schon als Jungen der Genius Friedrichs des Grossen gepackt, den preussisches Sehnen aus seiner österreichischen Heimat nach Deutschland getrieben, den preussische Pflichtenkenntnis unter Fahnen und Waffen zwang, den preussischer Freiheitsdrang und preussische Staatsauffassung zum Trommler der Nation und zum Führer der Deutschen machte.»

Der Sprecher der Reichsregierung nannte den Artikel «gewiss gut gemeint» und sagte dann:

«. . . dass Deutschland alle Deutschen umfasse, also auch Österreicher mit, und dass man deshalb nicht aus Österreich nach Deutschland gezogen werden könne. Gerade diese Formulierung entspreche wieder einer kleindeutschen Auffassung. Sie wäre vielleicht nicht ganz so schlimm, wenn der Verfasser gesagt hätte, „ins Deutsche Reich getrieben“. Aber so sei das ganze unsinnig.»

Die deutschen Zeitungen waren nach der Reisesaison 1936 voll von Reiseberichten, besonders über Österreich. Diese

«wahre Flut von Aufsätzen», wie Berndt es nannte, führte zu der Weisung, «hier abzustoppen»:

«Man habe kein Interesse daran, dass das deutsche Publikum in grösserer Menge nach Österreich reise, denn einmal erlaube das die Devisenlage nicht, zum anderen aber sei auch die politische Entwicklung hierfür noch nicht günstig.»

Wer Ohren hatte, kritisch zu hören, der beachtete das Wörtchen «noch» in gebührender Weise. Eine Rückfrage der Hauptredaktion versuchte deshalb auch festzustellen, ob dieses «noch» so gesagt worden sei. Es war so gesagt worden (16. September).

Im November wurde die Regierung in Wien umgebildet. Dazu sei «durchaus kein grosser Jubel am Platze», sagte der Sprecher der Reichsregierung am 4. November 1936 in der Pressekonferenz. Er bewertete den Vorgang als «Stabilisierung der Schuschnigg-Herrschaft» und als «natürliche Auswirkung des Heimwehr-Verbotes». Jedoch:

«Minister Glaise-Horstenau könnte mit einigen freundlichen Worten bedacht werden. Auf keinen Fall aber dürfe die Regierungsumbildung so dargestellt werden, als sei jetzt eine vorwiegend nationale oder gar nationalsozialistische Regierung in Österreich vorhanden.»

Ungeachtet der zitierten Feststellung, dass Österreicher Deutsche seien, die erst am 18. August getroffen worden war, wurde am 7. November angeordnet:

«Das Wort *Brudervolk* für die Österreicher müsse aus dem Sprachgebrauch verschwinden.»

Am 17. November kam der österreichische Staatssekretär des Auswärtigen, Guido Schmidt, nach Berlin. Seine Begrüssung möge freundlich und würdig sein, besagte eine Weisung, aber die Presse solle ihn nicht «als den Repräsentanten einer bestimmten nationalen Richtung» herausstellen. Bei dieser Gelegenheit wurde zur deutschen Österreich-Politik in der Pressekonferenz gesagt, «. . . dass eine ganze Reihe von Aufgaben auf dem Gebiet der Annäherung und Verständigung

noch zu erfüllen sei und dass man die Erwartung hege, dass diese Aufgaben jetzt im Anschluss an den Besuch gelöst werden könnten. Doch wäre dieser Gedanke nur nebenbei zu erwähnen und nicht zu sehr zu unterstreichen.»

Auch diese immerhin temperierte Lenkung gehörte zu den ständig wiederholten Bemühungen, das Thema Österreich, das im Grunde Deutsch-Österreich hiess, nur allmählich zu behandeln, «reifen zu lassen», wie eine Bemerkung am Pressetisch lautete. Es ging eben in Österreich «noch ein bisschen durcheinander», kommentierte der Sprecher der Regierung am 27. November eine Schuschnigg-Rede, denn der Wiener Bundeskanzler «habe, was an sich erfreulich sei, den Bolschewismus als Staatsfeind Nummer eins bezeichnet, habe dann aber als zweiten Gegner den Nazismus genannt».

Diese Rede sei ausschliesslich für den Bedarf in Österreich gehalten worden, meinte der Regierungssprecher, und sei von der deutschen Presse nicht zu bringen, «auch nicht durch Meldungen der eigenen Korrespondenten».

Nicht gross genug konnte die deutsche Presse dann aber über einen Besuch des damaligen deutschen Aussenministers Constantin Freiherr von Neurath in Wien berichten, so wünschte es die Reichsregierung:

«Die grossen Kundgebungen in Wien dürfen natürlich in der grossen Presse nicht verschwiegen werden. Man muss vielmehr mit Genugtuung darauf hinweisen, dass die Bevölkerung Wiens die Gelegenheit benutzt hat, ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtdeutschtum in nachdrücklichster Weise Ausdruck zu geben. In diesen Kundgebungen soll man darum auch keine politischen Demonstrationen im engeren Sinne sehen, sondern das herzliche Bedürfnis grosser Volksmassen der deutschen Stadt Wien, einmal zu zeigen, wie deutsch sie denkt und fühlt, deutsch nicht im staatlichen Sinne, sondern über alle Staatsgrenzen hinweg. Auch in den Reden ist vom deutschen Volk in den zwei Staaten gesprochen worden. Das kann von der Presse ruhig unterstrichen und weiter fortgesponnen werden.»

Nun waren aber in Wien auch Verhaftungen von Demonstranten zu verzeichnen. Die deutsche Presse im Reich sollte sie nicht zur Kenntnis nehmen: «Es kann sich als notwendig erweisen, noch darauf einzugehen, doch sind dann hierfür Anweisungen abzuwarten.»

Die Neurath-Reise war die Reise eines «Repräsentanten des deutschen Volkes in zwei Staaten», wie der Sprecher der Reichsregierung am 24. Februar 1937 sich ausdrückte; es habe sich, so sagte er weiter, um eine «Fühlungnahme und Dokumentierung der inneren Zusammengehörigkeit» gehandelt, und das «genügte allein schon, um einen grossen Erfolg in dieser Reise zu sehen, das starke und überwältigende Bekenntnis der Wiener Bevölkerung». Politische Informationen über die Gespräche des deutschen Aussenministers in Wien wurden so gut wie überhaupt nicht ausgegeben.

In gleich politisch-propagandistischer Weise wurde ein Vorgang behandelt, der sich über mehrere Tage in Pressekonferenzen und Rundrufen hinzog. Am 8. April 1937 gab Alfred Ingemar Berndt als Sprecher der Reichsregierung folgende Weisung an die gesamte Presse:

«Heute Nachmittag kommt durch DNB die Meldung, dass ein ehemaliger österreichischer Bundesbahnbeamter verurteilt worden ist, weil er am Grabe der Eltern des Führers einen Kranz niedergelegt hatte. Weiter wird mitgeteilt, dass jetzt an diesem Grabe ein Gendarmerieposten aufgestellt werde, der ähnliches verhindern soll. Diese Meldung ist als Auflagenachricht für alle deutschen Zeitungen anzusehen und in der schärfsten Weise zu kommentieren. Es gibt in der ganzen Welt dafür kein Gegenstück, dass das Grab der Eltern eines Staatsoberhauptes durch Gendarmerie vor Kranzniederlegungen behütet wird. Hier werden also Polizeimassnahmen gegen Tote ergriffen. Damit zeigt der österreichische Staat sein wahres Gesicht. Die Kommentare müssten sehr geschickt sein, so dass sich die Meinung der ganzen Welt einhellig gegen Wien richtet. Deshalb sollen keine Gesamtangriffe gegen Österreich gerichtet, sondern nur dieser konkrete Fall aufs Schärfste angeprangert werden. Nur ein Beispiel dieser Art gibt es, dass nämlich das Grab der ersten Frau von Stalin ebenfalls durch Posten vor Kranzniederlegungen ‚geschützt‘ wird. Das kann man einflechten.»

Am folgenden Tage aber sprach man bereits von einer «abschliessenden Erklärung zu dem Vorfall am Grabe der Eltern des Führers». Diese sollte «kommentarlos auf die erste oder zweite Seite» gesetzt werden. Und wieder einen Tag später (10. April) lautete eine Weisung:

«Von einer Kommentierung der Angelegenheit mit der Kranzniederlegung am Grabe der Eltern des Führers bittet man auch weiterhin absehen zu wollen, bis neue Richtlinien kommen.»

Nach der Konferenz wurde der Sprecher der Reichsregierung im Gespräch gefragt, wann mit solchen Richtlinien zu rechnen sei. Seine kurze Antwort war: «Es ist nicht alles klar.» In den gesammelten Berichten sind auch später keine Richtlinien oder Anmerkungen enthalten.

Immer wieder wurde die Presse in allen Fragen, die Österreich betrafen, um Zurückhaltung ersucht. Am 30. Mai 1937 hiess es:

«Es bestehe Anlass, darauf hinzuweisen, dass in den nächsten Wochen in der Berichterstattung über österreichische Dinge eine besondere Vorsicht walten müsse. Einzelne österreichische Gruppen legen es zwar immer wieder darauf an, die deutsche Presse zu provozieren, aber darauf dürfe man sich nicht einlassen. Es wäre gut, in den nächsten Wochen möglichst wenig aus Österreich zu bringen.»

Dies waren die Tage und Wochen, in denen der Luftangriff auf die spanische Stadt Guernica geflogen wurde und in denen das Ausland mit äusserst scharfen Angriffen die deutsche Reichsregierung für diese Untat verantwortlich machte. Man brauche «keinen weiteren Stoff», meinte der Sprecher der Regierung nebenbei, als er nach der Konferenz nach den Gründen der Zurückhaltung gefragt wurde.

Es war «noch nicht alles in Ordnung». In den seit einiger Zeit geführten Verhandlungen zwischen Berlin und Wien hatte es besondere Spannungen gegeben, über die nichts gebracht werden durfte. Am 10. Juli sagte der Sprecher der Reichsregierung «denen, die es hören wollten» (so der Bericht):

«. . . dass zurzeit noch verhandelt werden müsse, sei ein Zeichen dafür . . . Am deutschen Willen fehle es nicht. Das Abkommen (vom 11. Juli 1936 ‚über die Wiederherstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern‘) sei ein wertvoller Beitrag zur Befriedung Europas gewesen, besonders im Donauraum. Die Abhängigkeit der inneren Befriedung Österreichs vom deutsch-österreichischen

Abkommen und umgekehrt sei selbstverständlich. Hierbei müsse man der österreichischen Regierung mehr Selbstsicherheit und weniger Engherzigkeit wünschen. Zu schliessen wäre mit dem Wunsch, dass die deutschen Erwartungen nicht enttäuscht würden.»

Die sorgfältige Formulierung dieser Weisung liess darauf schliessen, dass sie von hoher Stelle kam. Ein anschliessendes Gespräch mit dem Regierungssprecher liess (nach einer Notiz) keinen Zweifel, dass nicht nur die Haltung in Wien, sondern, wie vorsichtig angedeutet wurde, auch die in Rom die deutsch-österreichische Frage immer wieder beeinflusste. Die Weisung vom 12. Juli machte dies deutlicher:

«Das Kommuniqué über die Wiener Verhandlungen sei ausserordentlich dünn. Infolgedessen gebe es auch unfreundliche Äusserungen im Ausland, die direkt von einer Ergebnislosigkeit sprächen. Vertraulich wurde angekündigt, dass wahrscheinlich morgen noch eine ausführlichere Mitteilung über gewisse Presse-Abmachungen erscheinen solle ... Es werde sich dann um sehr präzise Abmachungen über die gegenseitige Berichterstattung handeln.»

Die Journalisten wurden ersucht, «im Augenblick keine Artikel oder Nachrichten zu veröffentlichen, die der österreichischen Regierung Anlass geben könnten, uns vorzuwerfen, dass wir in diesem Augenblick besonders unfreundlich oder sensationell über österreichische Verhältnisse berichteten». Die Beurteilung der Vertragswirklichkeit, die sich am Jahrestag des Rückblickes in Wiener Zeitungen gezeigt hatte, war Anlass zu erheblichem Ärger in Berlin, so dass man mehr Regierungseinfluss auf die Redaktionen in Österreich wünschte.

Als die «Abmachungen», die beide Seiten verpflichteten, dann am folgenden Tage Vorlagen, wurde in Berlin die Weisung gegeben, sie müssten «unter allen Umständen eingehalten werden», und weiter:

«. . . Alle Berichte über Österreich müssten genau auf ihre Zuverlässigkeit im Rahmen dieser Abmachungen geprüft werden. Wir könnten es uns nicht leisten, der österreichischen Regierung Anlass zu geben, mit dem Zeigefinger auf uns wegen irgendwelcher Verstösse gegen die Richtlinien zu weisen. Gegen Blätter, die sich einen Verstoss zuschulden kommen lassen würden, müsse

man rücksichtslos vorgehen. Schliesslich wurde noch der Kommentar des heutigen *Berliner Lokal-Anzeigers* zu diesen Abmachungen als vorbildlich bezeichnet.»

Bei den Verhandlungen war es unter anderem gelungen, in Österreich die bis dahin nicht mögliche Verbreitung von Hitlers *Mein Kampf* durchzusetzen. Als dann aber Ende November 1937 der Wiener Bundeskanzler Schuschnigg ebenfalls ein Buch, und zwar unter dem Titel *Dreimal Österreich*, veröffentlichte, «das sehr schnell und hastig hergestellt worden ist», wie der Sprecher der Reichsregierung am 29. November sagte, wurde erklärt, «. . . man wird es kaum verbieten können, aber man hat auch kein Interesse daran, dass sich die deutsche Öffentlichkeit mit ihm beschäftigt, solange es noch nicht geprüft worden ist. Es soll darum in der deutschen Presse in keiner Weise erwähnt werden».

Berndt ergänzte diese Weisung am 18. Dezember, nachdem das Buch in Berlin «geprüft» worden war, «. . . dass unter keinen Umständen eine Besprechung .. in Frage kommen kann. Es ist zwar für den Buchhandel freigegeben, doch dürfte sich kaum eine deutsche Buchhandlung mit ihm befassen».

Wofür gab es schliesslich die Reichsschrifttumskammer und die ihr angeschlossenen Berufsorganisationen, wenn eine unerwünschte Publikation den deutschen Lesern vorenthalten werden sollte!

Schuschnigg hatte zum Jahresanfang 1938 der englischen Zeitung *Daily Telegraph*, wie in der Pressekonferenz am 5. Januar 1938 vom Regierungssprecher gesagt wurde, «. . . ein unerhörtes Interview gegeben. Der Bericht hierüber liegt dem Führer und Reichskanzler vor, der entscheiden wird, was zu geschehen hat.

Vermutlich wird zunächst ein diplomatischer Schritt erfolgen, doch ist es auch möglich, dass eine publizistische Antwort gegeben wird».

Nach den weiter vom Sprecher gegebenen Informationen sollte Schuschnigg in seinem Interview unter anderem gesagt haben:

«Wir werden niemals zum Parteiensystem zurückkehren, also auch niemals wieder Extreme eines Kommunismus oder einer Nazipartei zulassen, die Österreich zerstören würden. Ein politischer Abgrund trennt Österreich vom Nazismus. Deshalb kann

auch niemals ein Nazivertreter in die Regierung aufgenommen werden. Wir stützen keine Willkürmacht. Unsere Kinder sind Gottes Kinder, die nicht vom Staat missbraucht werden dürfen. 1918 ... sei er kein Anhänger des Status quo gewesen, wohl aber heute, denn jede Änderung könnte heute nur dem Schlimmsten dienen. Er zögere nicht, zuzugeben, dass er für Mussolini eine grosse Sympathie habe, weil er wisse, dass dieser niemals den geringsten Versuch gemacht habe, sich in die Aussenpolitik oder Innenpolitik Österreichs einzumischen. Jede Andeutung, dass Österreich in das italienische Fahrwasser hineingezogen werde, sei eine reine Erfindung. Es sei eine Dummheit, zu proklamieren, dass etwas tausend Jahre dauere. Wir empfinden die gemeinsame Idee mit Deutschland ebenso, wie sie ein italienisch sprechender Schweizer gegenüber Italien empfindet oder die Flamen gegenüber Holland.»

Dieses Interview war nach einer Erklärung der Wiener Regierung einer holländischen Zeitung gegeben und durch die doppelte Übersetzung ins Englische dann «entstellt» worden. Es sei ausserdem älteren Datums. Die Erklärung beschwichtigte die Reichskanzlei nicht, die den deutschen Zeitungen Weisung gab: «In keiner Weise Notiz nehmen.» Sollte eine Zeitung jedoch einen Kommentar bringen wollen, so müsse dieser vorher dem Propagandaministerium vorgelegt werden. Die *Frankfurter Zeitung* erfuhr dazu, dass das Interview 1936 dem holländischen Journalisten Kies van Hoeck gegeben worden war; er wurde in Berlin als «deutschfeindlich» bezeichnet. Auch solche Details konnten freilich nicht darüber hinwegführen, dass in den behaupteten Äusserungen des österreichischen Kanzlers die Kernpunkte der deutsch-österreichischen Differenzen zutreffend aufgezeigt worden waren, so wie sie sich auch für die Journalisten in der Reichspressekonferenz ergeben hatten, die Österreich betreffende Weisungen kontinuierlich und kritisch verfolgten. Eine wenig konkrete Äusserung von Werner Stephan (28. Januar 1938) in der Pressekonferenz sprach von einer «ebenso interessanten wie undurchsichtigen» Lage in Österreich und ersuchte um Berichterstattung «prinzipiell nur nach DNB». Wie ungewöhnlich die Unkenntnis offenbar wirklich war, zeigt eine Information aus der in München von der NSDAP neu eingerichteten Pressekonferenz vom 7. Februar 1938:

«Die Verhaftung des Gauleiters (der NSDAP) von Wien wird wahrscheinlich nicht mit einer deutschen Pressekampagne beantwortet werden. Man kann von Deutschland aus nicht übersehen, wieweit sich der Gauleiter tatsächlich geschickt benommen hat und ob es nicht richtig ist, dass er Pläne für das Verhalten beim Einmarsch einer fremden Macht bei sich habe finden lassen.»

Diese Information aus München alarmierte. Ihr Inhalt war in keiner Weise verwendbar. Immerhin war darin von einer militärischen Aktion gegen Österreich die Rede, und nur wenige Tage vorher, am 4. Februar, hatte Hitler die Generale von Blomberg und von Fritsch entlassen, die Spitze der Wehrmacht neu besetzt, Joachim von Ribbentrop zum Aussenminister ernannt und alles unter seine persönliche Führung gestellt, eine «Konzentration aller Kräfte» vorgenommen.

Wieder nur wenige Tage vergingen nach diesen Ereignissen, als bekannt wurde, dass Schuschnigg bei Hitler war. Mehrere Rundrufe, die vom DNB an alle Zeitungen verbreitet wurden, warnten vor jeglicher Veröffentlichung. Die Zusammenkunft wurde in der Pressekonferenz am 14. Februar als «sehr gross und interessant» bezeichnet, aber der Sprecher sagte: «. . . und gerade deshalb müssen wir zunächst einmal die Luft anhalten. Man müsse abwarten, wie sich die Dinge in Österreich entwickeln», und man müsse «die deutsche Sphinx» spielen, sagte der Sprecher. Er fuhr fort:

«. . . schreiben nichts, geben auch gar nichts von dem wieder, was die anderen schreiben, so dass die Ausländskorrespondenten hier in Berlin furchtbar neugierig herumlaufen müssen. Ich weiss, dass das für das Inlandspublikum unangenehm ist. Aber Sie wissen, dass die deutsche Presse eben doch ein Mittel der Staatsführung ist und dass wir gerade mit dem Presseinsatz verschiedene grosse staatspolitische und aussenpolitische Erfolge erzielt haben, und dass es sich noch immer gelohnt hat, wenn die Presse eine derartige scheinbare Belastung auf sich nimmt. Es bedeutet eben mehr, wenn mit Hilfe der Presse eine Wirkung herausgeholt wird, als wenn man auf Grund einer schönen Meldung oder einer schönen Schlagzeile einmal ein paar Exemplare mehr verkauft. Dieses als Trost, der hoffentlich auch den Verlegern gefallen wird.»

Diese nicht alltägliche Offenheit wurde von kritischen Journalisten sogleich als Kritik an der Presselenkung empfunden.

den. Es schien unverkennbar, so notierte der Berichterstatter, dass der Sprecher – es war Stephan – in der damals allein möglichen Art auf den Mangel an Unterrichtung hinweisen wollte, der das Verständnis für die Entwicklung der folgenden politischen Ereignisse erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde.

Überraschend ergab sich ein «Zwischenspiel». Am 15. Februar 1938 eröffnete Alfred Ingemar Berndt die Pressekonferenz mit folgender Weisung:

«Die heutige Nachmittagspresse muss ganz im Zeichen des Stalin-Briefes* stehen. Es gibt aus der Geschichte der letzten Jahre eine Fülle von Beispielen für die weltrevolutionäre Tendenz der Sowjets. Nur wenn es ihnen zweckmässig erschienen ist, haben sie sich getarnt. Alle diese Beispiele müssen zusammengetragen werden. Der Brief muss . . . nicht nur scharf kommentiert, sondern seine Behandlung auch gross aufgemacht und durch Leitartikel unterstützt werden.»

Dies sollte auch in den folgenden Tagen von den Zeitungen fortgesetzt werden, denn, so Berndt: «. . . Wir haben ein grosses Interesse daran, dass die deutsche Presse mit Empörung gegen diesen Artikel schreibt, damit andere Dinge, die in den nächsten Tagen reifen werden, unter der Oberfläche bleiben.»

Aus dem gleichen Grunde, so fuhr Berndt fort, sei auch ein im *Völkischen Beobachter* erschienener Artikel «Ein Skandal in Paris» durch DNB verbreitet worden, nachdem er zunächst nur im VB stehen sollte. «Auch er muss gross aufgemacht und gegebenenfalls kommentiert werden», fügte Berndt als Weisung hinzu (15. Februar 1938).

In Wien wurde tags darauf das Kabinett umgebildet. Das war die Folge einer Besprechung Hitler – Schuschnigg, die am 12. Februar auf dem Obersalzberg stattgefunden hatte. Ein Nationalsozialist, Dr. Arthur Seyss-Inquart, Vorsitzender des Deutsch-österreichischen Volksbundes, bekam das Innenministerium, in das das Sicherheitsamt wieder eingegliedert wurde, welches bis dahin dem Bundeskanzler direkt unterstanden

* Stalin hatte in einem Brief an die Jungkommunisten revolutionäre Ziele der Sowjetunion dargestellt und zur Aufrüstung aufgerufen, weil «die faschistischen Mächte die Sowjetunion angreifen werden».

war. Der in Berlin besonders geschätzte bisherige Staatssekretär Dr. Guido Schmidt wurde Aussenminister, welche Aufgabe bisher ebenfalls vom Kanzler Schuschnigg betreut worden war. Kein Wunder also, dass über die ausführliche und grundsätzliche Weisung in der Pressekonferenz am 16. Februar 1938 wie folgt berichtet wurde:

«Die deutsche Presse muss die Vorgänge in Österreich, die ihre entscheidende Note durch die Kabinettsumbildung und die Amnestie erhalten, mit lebhafter Genugtuung begrüßen und unterstreichen. Sie muss ihrer Freude darüber Ausdruck geben, dass nunmehr die Voraussetzungen für eine Befriedung in Österreich geschaffen werden (nicht: geschaffen worden sind! Es ist zugesagt)*. Diesseits und jenseits der Grenze empfinden die Deutschen es als Befreiung von schwerem Druck, dass die nationalsozialistisch gesinnte Bevölkerung Österreichs nun von harten Bestrafungen befreit wird und dass die gerichtlichen und administrativen Massnahmen, die über sie verhängt waren, nunmehr aufgehoben werden. Die deutsche Presse kann in diesem Zusammenhang Worte der Anerkennung und des Dankes an die österreichischen Nationalsozialisten richten, die in ihrem Ideal und Glauben durch all die Jahre treu festgehalten haben und nie wankend wurden, auch wenn man vom Reich her zu ihrem Schutz nichts unternehmen konnte. Sie kann darauf hinweisen, dass der Führer sie niemals verlassen hat.

Mit der Politik des 11. Juli wurde der Kurs auf eine Verständigung mit Österreich genommen, die selbstverständlich nur möglich war, wenn die österreichischen Nationalsozialisten nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden. Nun ist durch die Berchtesgadener Besprechungen, die ihren Niederschlag in der Kabinettsumbildung und der Amnestie gefunden haben, festgelegt, dass man nicht mit dem Deutschen Reich in enger Freundschaft stehen kann, wenn man gleichzeitig die Träger dieser Weltanschauung in seinem Staat unterdrückt und verfolgt. Die deutsche Presse kann der Auffassung Ausdruck geben, dass die jetzt in Wien gefassten Beschlüsse das Ziel haben, den Menschen nationalsozialistischer Gesinnung in Österreich die gleiche Freiheit zu geben wie den Anhängern anderer politischer Anschauungen. Dabei muss als selbstverständlich hingestellt werden, dass die Betätigung sich im Rahmen der österreichischen Verfassung halten und dass sie streng legal sein wird.

* Die eingeklammerte Bemerkung ist dem Bericht von 1938 entnommen.

Man muss der österreichischen Regierung Anerkennung zollen, dass sie durch ihre Beschlüsse eine grosse Geste gemacht hat. Ihre Bemühungen und Leistungen müssen von nun an positiv bewertet werden. Es sollen keine kleinlichen Kritteleien mehr an österreichischen Massnahmen geübt werden. Es muss vermieden werden, durch Sticheleien und kleinliche Seitenhiebe die gerade erst verheilte Wunde offenzuhalten. Rückblicke auf die schmerzliche Vergangenheit sollen unterbleiben. Es muss vielmehr das ernste Bemühen der österreichischen Regierung, die Befriedung herbeizuführen, positiv und ohne Einschränkung gewürdigt werden. Die Presse muss weiter hervorheben, dass die gestrigen Beschlüsse, die auf Grund der Berchtesgadener Besprechungen erfolgt sind, von grosser Bedeutung für Europa und die Welt sind. Es ist eine positive Grundlage für friedlichen Ausgleich in Europa geschaffen worden. Während ein Teil der ausländischen Presse sich kürzlich in Krisenmacherei überschlug, hat der Führer daran gearbeitet, Spannungsmomente aus der Welt zu schaffen, und er hat dabei einen grossen Erfolg erzielt (das ist besonders hervorzuheben).»

Die Weisung war mit diesen Sätzen noch nicht abgeschlossen, wiederholte nun aber mehrmals schon ausgesprochene Bemerkungen. Indessen ist der folgende Satz aus dem hier wörtlich wiedergegebenen Bericht von Interesse:

«Auslandsmeldungen, in denen die Bedeutung des Umschwunges unterstrichen wird, können ruhig gebracht werden, es sollen aber Äusserungen mit der Tendenz, dass sich nunmehr in absehbarer Zeit Österreich mit dem Reich vereinigen werde, nicht in eigenen Stellungnahmen oder Überschriften unterstrichen werden.»

Und auch diese Weisung beansprucht Beachtung:

«Weiter soll nichts veröffentlicht werden, was irgendwie die Tendenz hat, dass Schuschnigg sich unterworfen und unter ein deutsches Diktat begeben habe, also kein billiger Triumph. Das wäre psychologisch ganz falsch.»

Nach dieser Sprachregelung war es fast überflüssig, dass Berndt noch hinzufügte, «. . . dass an der österreichischen Grenze gerade Manöver seien, sei rein zufällig, ebenso, dass während der Besprechungen auf dem Obersalzberg eine Besprechung von Generalen stattgefunden habe».

Es sollten natürlich «auch keine Meldungen von einem militärischen Druck auf Österreich übernommen werden». Kein Überschwang in den Kommentaren, so sagte er, «denn man müsse noch etwas für eine Steigerung übrig behalten; es könne ja sein, dass noch einmal etwas passiere».

Die Bemühungen, die Presse von bevorstehenden Ereignissen abzulenken und damit die öffentliche Meinung uninformiert zu lassen, wurden immer von neuem aufgenommen. In einer Sonderpressekonferenz spielte Berndt einen unwichtigen Fall hoch: Ein sowjetrussischer Diplomat, Budenko, sollte verschwunden sein (Meldung vom 10. Februar), aber am 16. Februar war er noch am Leben. Er wurde noch mehrmals zur Ablenkung benutzt. Ein Sohn Leo Trotzki's war gestorben. Solchen Vorkommnissen «und der Flucht sowjetischer Fliegeroffiziere» sollte die Presse Platz einräumen und diese Meldungen «gross weiter behandeln» (Rundruf 17. Februar 1938). In Nachrichten oder Kommentaren über Österreich sollten «Worte wie Gleichschaltung, innere Gleichrichtung, von der österreichischen Regierung einzuhaltende Fristen und so weiter» nicht verwendet werden:

«Wir dürfen nicht irgendwie das Gefühl der Würde und Selbstverantwortlichkeit der österreichischen Regierung herabstimmen oder beeinträchtigen. Es wäre durchaus falsch, wenn man die Dinge so darstellen würde, als ob die österreichische Regierung von uns gelenkt und kommandiert würde und als ob sie auszuführen hätte, was ihr von hier befohlen wird» (17. Februar 1938).

Am 19. Februar sagte Berndt in der Pressekonferenz zum Thema Österreich, «. . . man müsse sehr vorsichtig sein.

Soweit seien die Dinge noch nicht, wie sie manchmal dargestellt würden, wenn man nämlich von Gleichschaltung schreibe oder von einem neuen Frühling in Österreich. Wenn man so schreibe, erreiche man nur das Gegenteil. Zurückhaltung in der Frage Österreich sei noch für die nächsten Wochen notwendig».

Dann sprach Hitler im Reichstag (20. Februar). Er machte in seiner Rede deutlich, dass weder die Abmachungen von Berchtesgaden, noch die Kabinettsumbildung in Wien, noch alle anderen vorangegangenen Besprechungen genügt hatten.

Hitler sprach zwar von «einer weiteren Verständigung», die in den letzten Tagen (Berchtesgaden) erreicht worden sei, und sagte auch:

«Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für die grosse und warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, mit mir gemeinsam einen Weg zu finden .. .»

Im gleichen Zusammenhang hatte er jedoch vorher von der «unerträglich gewordenen Lage» gesprochen, aus der sich «eines Tages, gewollt oder ungewollt, die Voraussetzungen für eine sehr schwere Katastrophe hätte entwickeln können».

Kurzum, er überliess es der wachen Kritik oder dem blinden Glauben, zu meinen, nun werde sich alles ordnen lassen oder es werde so wie bisher weitergehen.

Mit Hitler habe «die eine beteiligte Seite» gesprochen, sagte unmittelbar nach Schluss der Rede ein Angehöriger der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes noch im Tagungssaal, und man erwartete nun eine Antwort aus Wien. Sie wurde am 24. Februar, vier Tage danach, gegeben. Die Weisung zu dieser Rede lautete kurz und kennzeichnend, enthalten in einem Rundruf:

«Die Schuschnigg-Rede soll nur in DNB-Fassung gebracht und vorläufig nicht kommentiert werden.»

Damit war bereits deutlich, dass diese Antwort, unter die Zensur des Deutschen Nachrichtenbüros gestellt, «die andere Seite» sein würde. Am folgenden Tage lautete die Weisung in der Pressekonferenz zur Rede Schuschniggs:

«. . . dass wir uns nicht weiter mit ihr zu beschäftigen brauchen.

Zeitungen, die sie noch nicht abgedruckt haben, brauchen sie nicht mehr abzudrucken. Man kann annehmen, dass sie weniger an unsere Adresse als an die österreichische gerichtet war ... Sie ist ein für allemal abgeschlossen. Wir erwähnen sie nicht mehr und polemisieren nicht gegen sie.»

Bei dieser Grundhaltung blieb es; der deutsche Zeitungsleser kannte also zwar die eine Meinung, hatte aber die andere

kaum zu Gesicht bekommen, und wenn, dann nur in ausgewählter Fassung, so dass er von Gegensätzlichkeiten keine Vorstellung hatte. Als einige deutsche Zeitungen Vorgänge aus Graz berichteten, die bestehende Differenzen verdeutlichten, sagte Berndt am 2. März in der Pressekonferenz:

«Sie störten die eingeschlagene Linie empfindlich. Gegebenenfalls müsse man solche Blätter beschlagnahmen. Es gehe nicht an, dass aus Sensationslust die ganze Taktik zerschlagen werde. Diese Taktik habe schon ihre Gründe.»

Solche andeutende Bemerkungen, die Berndt liebte, hatten ebenfalls stets ihre Gründe. Sie fanden immer Beachtung.

Aus Österreich sollte auch in Zukunft «nur das Günstige berichtet, das Ungünstige aber verschwiegen werden» (4. März 1938). Auch am 9. März wurde eine Schuschnigg-Rede durch Rundruf des DNB «gesperrt, die DNB-Meldung ist abzuwarten». Die Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung* bemühte sich, den Hintergrund des etwas überraschenden Rundrufes aufzuklären, und gab dann folgende Information an die Hauptredaktion:

«Aus dem Propagandaministerium hören wir soeben etwas mysteriös, dass noch ‚sehr wichtige‘ Meldungen aus Österreich zu erwarten seien. Es könne im Moment noch nichts gesagt werden. Um die Schuschnigg-Rede handele es sich nicht. Man wisse selbst noch nichts. Bitte, geben Sie uns auch Bescheid, falls Sie etwas haben.»

Der Rundruf war um 20 Uhr ergangen. Es wurde an diesem Abend wieder einmal spät. Aus Wien war vertraulich berichtet worden, dass Schuschnigg eine Volksabstimmung angekündigt hätte oder ankündigen werde. Aber DNB wusste nichts. Um 23 Uhr verbreitete das Nachrichtenbüro einen neuen Rundruf:

«Über österreichische Vorgänge wird nicht berichtet. Es sind daher keinerlei Meldungen zu erwarten.»

Sollte mit dem ersten Satz ein grundsätzliches Verbot ausgesprochen worden sein? Eine Rückfrage im Propaganda-

ministerium ergab: «Generelle Sperre!» Die FZ meldete dennoch in ihrer wegen des Postversands stets frühzeitig gedruckten «Reichsausgabe», dass «in Österreich am Sonntag eine Volksabstimmung stattfinden» werde. Auch am Morgen des folgenden Tages, am 10. März, teilte ein DNB-Rundruf mit, «. . . dass über die Vorgänge in Österreich nicht das Geringste geschrieben werden darf».

Kein Zweifel, es lag etwas in der Luft. Aus der Luft kamen Funknachrichten aus dem Ausland, und in Deutschland hatten offenbar nicht wenige Menschen die Übertragung der Rede Schuschniggs am späten Abend des 9. März angehört, die mit den Worten Andreas Hofers schloss: «Mannder, 's ischt Zeit!»

Kein Wort fiel darüber in der Mittags-Presskonferenz am 10. März 1938. In einem Karlsbader Verlag erscheine eine Zeitschrift, so eine Weisung dieses Tages, *Der Ackermann aus Böhmen*. Wenn sie den Schriftleitungen in die Hand komme, könne sie freundlich besprochen werden. Ein Terra-Film *Kameraden auf See* sollte gut besprochen werden. Aber ein Artikel im Wirtschaftsteil der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, «Margarineverbrauch steigerungsfähig», sei falsch und unzweckmässig.

Die grundsätzliche Linie gehe «bekanntlich auf Verminderung des Fettverbrauchs, was übrigens auch von der Partei aus gesundheitspolitischen Erwägungen befürwortet wird», sagte der Sprecher des Reichsernährungsministeriums, «und nicht nur aus ernährungspolitischen Gründen».

Und schliesslich kündigte Berndt an, dass Propagandaminister Goebbels sich «ja schon lange bemüht, einmal einen gesellschaftlichen Kontakt zwischen Minister und Presse herzustellen, wie es nun gestern Abend geschehen sei». Einige Journalisten fühlten sich, weil nicht geladen, zurückgesetzt. Platzmangel habe ihre Anwesenheit verhindert, wurde gesagt.

Solche und ähnliche Themen beschäftigten die Beauftragten einer Reichsregierung, die an dem gleichen Tage, an dem sie dies der Presse vorsetzte, an der österreichischen Grenze bereits ihre Truppen aufmarschieren liess, wie gerüchteweise und aufgrund von Auslandsmeldungen bekannt wurde. Die Spannung, die über allen lag, bezog sich nicht mehr auf das, was geschehen war und 'geschah, sondern darauf, wann und wie es wohl mitgeteilt werden würde.

Für Abend, 20 Uhr, wurde eine Sonderpressekonferenz

einberufen. Berndt begann sie mit dem im Bericht an die FZ festgehaltenen Satz:

«Über die Schuschnigg-Rede und die Wahl soll nur die Kurzfassung des DNB gebracht werden, weil diese die einzelnen Bestimmungen schärfer herausarbeitet.»

Zunächst noch kein Wort über das Geschehen in Österreich. Schuschnigg hatte von Innsbruck aus gesprochen. Berndt kündigte Pressestimmen aus dem Ausland an, «die sich kritisch mit der Abstimmung befassen». Sie sollten natürlich gebracht werden. Dem aufmerksamen Hörer fiel der unterschiedliche Gebrauch der Wörter «Wahl» und «Abstimmung» auf. Dann Berndt weiter:

«Über das DNB hinaus darf von den eigenen Korrespondenten aus Österreich nichts gebracht werden, wenn es irgendwie inhaltlich oder stilistisch über das DNB hinausgeht. Kritische Pressestimmen aus übrigen fremden Ländern können auf eigene Verantwortung von den Schriftleitungen in eigener Fassung gebracht werden. Diese taktische Haltung ist wohlüberlegt und muss unbedingt befolgt werden.»

Das *Berliner Tageblatt* hatte in einer wie üblich und technisch bedingt frühzeitig ausgedruckten Reichsausgabe die Rede Schuschniggs zweispaltig und sensationell aufgemacht veröffentlicht. Diese Ausgabe der Zeitung wurde beschlagnahmt, teilte Berndt in der Pressekonferenz mit. Es sei «am besten, überhaupt nichts auf die erste Seite» zu stellen, sondern nach Möglichkeit dort die französische Kabinettskrise zu behandeln «oder eine Meldung über die Reise des Führers nach Hamburg. Kurzum: Österreich darf nicht als *die* Frage im Vordergrund der Zeitungen stehen».

Dann erst folgten Kommentaranweisungen: Berndt sprach von einer «überstürzten Durchführung der Wahl» (die der österreichische Bundeskanzler «Volksabstimmung» genannt hatte) und sagte weiter, sie sei «ein Schlag ins Gesicht jeder wahren Demokratie». Der «Volksentscheid sei ohne Zweifel eine rein persönliche Angelegenheit von Schuschnigg». Es gab Nachrichten über lebhafte Reaktionen in Österreich. Dazu Berndt:

«Die Meldungen über marxistische Demonstrationen in verschiedenen Städten sollen in Fettsatz gebracht werden.»

Am folgenden Mittag, 11. März, leitete Berndt die Presseweisungen mit dem Satz (nach Bericht) ein:

«Die österreichischen Vorgänge müssen heute etwas stärker aufgemacht werden; die Boulevardblätter mit Schlagzeilen, die politischen Tageszeitungen etwa zweiseitig. Eine Uniformität soll vermieden werden. Die Einberufung des Jahrganges 1915 in Österreich soll in folgendem Sinne kommentiert werden: Schuschnigg kann der ungeheuren Unruhe im Lande nicht mehr Herr werden. Nun sieht er sich genötigt, Reserven einzuberufen. Die Wahlkomödie hat die Stimmung bis zur Siedehitze gesteigert .. . Schuschnigg habe also das Abkommen gebrochen und auch seine eigenen Minister hintergangen.»

DNB brachte eine Meldung, dass ein deutscher Journalist überfallen und niedergeschlagen worden sei. Es handelte sich um den DNB-Korrespondenten Sternstein, doch, wie in der Pressekonferenz angewiesen wurde, «soll dies nicht ausdrücklich gesagt werden». Berndt weiter:

«Einzelne politische Tageszeitungen, die dazu in der Lage sind, können den österreichischen Verrat von Karl und Zita* bis auf den heutigen Tag darstellen, aber nur, wer wirklich dazu in der Lage ist; etwas Halbes will man nicht, dann lieber gar nichts.»

Ausführlich wurden dann Richtlinien gegeben, «die genauestens eingehalten werden sollten». Der Kern war, dass der Vertraute Hitlers, Arthur Seyss-Inquart, in Wien als einziger noch Minister sei und die gesamte Regierungsgewalt ausübe, und dann:

«Eine provisorisch gebildete Regierung habe Deutschland in einem Telegramm aufgefordert, ihr bei der Wiederherstellung der Ordnung in Österreich behilflich zu sein und zu diesem Zweck Truppen zur Verfügung zu stellen.»

* Letztes österreichisches Kaiserpaar, das 1918 abdanken musste.

Die Kommentierung dieser von Berndt offiziell vorgetragenen Behauptungen wurde allen Zeitungen zur Pflicht gemacht (11. März 1938). Inwieweit den Wünschen entsprochen werde, so setzte Berndt seine Weisung fort, deutsche Truppen zur Verfügung zu stellen, «stehe noch dahin». Der Bericht über diese Presseanweisung lautete weiter:

«Der Führer und Reichskanzler habe in der österreichischen Frage von Anfang an loyal gehandelt. Das Mass der Zurückhaltung der deutschen Presse sei ein nach aussen erkenntliches Merkmal der Haltung der deutschen Regierung. Aber Schuschnigg habe vom ersten Tage an illoyal gehandelt, habe den Frieden bereits mit dem Willen zugesagt, ihn nicht zu halten.»

Der am 12. März, dem nächsten Tage, folgende Einmarsch deutscher Truppen in Österreich konnte für die Menschen, die das Geschehen und die Kommentierung der Ereignisse kritisch verfolgt oder ausländische Sender gehört hatten, keine Überraschung mehr sein. Nach allem, was Hitler und seine Mitarbeiter seit der Machtübernahme gesagt, verschwiegen, angedeutet, manipuliert oder pathetisch verkündet hatten, erschien die Annexion Österreichs nun als «fällig», wie ein unterdrückter Zwischenruf es in der Pressekonferenz am 11. März bereits ausgedrückt hatte.

Die Presseanweisung vom 11. März 1938 schloss mit unzweideutigen Sätzen. Nach masslosen Angriffen auf die österreichische Regierung, nach Behauptungen, sie hätte das Abkommen vom Juli 1936 gebrochen, nach den Methoden Metternichs «eine Welle von Unterdrückungen über Österreich» strömen lassen, und ähnlichen Behauptungen mehr, die in unübersehbarem Widerspruch zur Hitler-Rede vom 20. Februar standen, wurde die Presse gemahnt, «auf keinen Fall die Katholiken anzugreifen. Das Wort *jesuitisch* dürfe nicht vorkommen», und wieder: «Deutschland werde nun in Österreich Ordnung schaffen. Dazu sei der Führer und Reichskanzler entschlossen.» Es dürfe weder das Wort *Annexion* noch das Wort *Anschluss* gebraucht werden:

«Eine Annexion Österreichs komme unter keinen Umständen in Frage, das heisse aber nicht, dass etwa ein Anschluss unmöglich sein soll.»

Die Zeitungen im Grenzgebiet könnten, so sagte Berndt, «auf die zahlreichen Truppenverschiebungen eingehen, die heute dort beobachtet wurden, und sie damit begründen, dass die Grenzwache verstärkt werden müsse». Aber «ob der Einmarsch erfolgt sei oder erfolgen werde», darüber sei nichts zu schreiben. Jedoch:

«Die Pressekonferenz wird morgen früher sein. Es sind ganz besondere Erklärungen zu erwarten, die Teilnahme der Hauptschriftleiter ist dringend erwünscht.»

Die Nachricht über den Einmarsch deutscher Truppen wurde am 12. März 1938 um 11.04 Uhr durch einen Rundruf des DNB angekündigt. Sie durfte danach «nur in Zusammenhang mit der Proklamation des Führers veröffentlicht werden». Fünf Flugzeuge transportierten bereits Hakenkreuze nach Wien (Rundruf um 23.30 Uhr des 12. März), was natürlich nicht gemeldet werden durfte, ebenso nicht, dass «Frau Dollfuss mit ihren Kindern in die Tschechoslowakei geflohen» sei (Rundruf am 13. März um ein Uhr morgens), «um nicht im Ausland unnötig den Blick darauf zu richten». Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr nur von dem «unermesslichen Jubel» der österreichischen Bevölkerung, die «von schwerer Unterdrückung befreit» sei. Nun «müsse das deutsche Schicksal zum Wohle Europas und zum Frieden der gesamten Welt Hand in Hand mit den Brüdern in Österreich» gestaltet werden – so die Kommentaranweisung vom 11. März, die weiter galt.

Am 13. März folgten bereits die ersten Anweisungen zur Behandlung der praktischen Massnahmen, die in Österreich von den neuen Machthabern getroffen wurden. Vertraulich wurde mitgeteilt, dass «an eine Reihe von Verlagen Aufforderungen ergangen seien, aus ihren Schriftleitungen Mitglieder zur Verfügung zu stellen, die zunächst für längere Zeit in Österreich beruflich tätig werden könnten. Es soll der weitaus grösste Teil der österreichischen Schriftleiter suspendiert worden sein».

In deutschen Zeitungen sollten «sehr freundliche Worte über Mussolini geschrieben werden», denn Italien habe «wieder einmal seine Treue zur Achse bewiesen», doch durfte der Brief Hitlers an den *Duce*, der nicht veröffentlicht wurde,

nicht etwa aus dem Italienischen zurückübersetzt werden. Dazu lag eine kurze DNB-Meldung vor, die den Inhalt andeutete. Dass Österreicher ins Ausland gegangen waren, durfte nicht berichtet werden.

«Auf keinen Fall darf irgendwie Panikstimmung berichtet werden; das Wort Krieg darf weder positiv noch negativ erscheinen» (13. März).

Im Ausland, wo der Nachrichtenstrom überreich floss, war behauptet worden, eine in Deutschland seit langem aufgestellte und militärisch ausgebildete «österreichische Legion» sei als erste Formation über die Grenze marschiert. Das wurde dementiert, aber: «. . . ist bisher nicht einmarschiert; sie dürfte etwa Montag oder Dienstag folgen». Also war sie vorhanden und bereit. Vor der Aktion war das «ein haltloses Gerücht».

Am 13. März um 21.50 Uhr fand abermals eine Pressekonferenz statt. Dieses Mal erschien, was selten vorkam, Reichsminister Goebbels selbst. Er «verkündete», dass

«die Reichsregierung unter dem 13. März 1938 ein Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche beschlossen habe. Das Gesetz übernimmt in Artikel I ein heute von der österreichischen Bundesregierung beschlossenes Bundesverfassungs-Gesetz, in dem bestimmt wird, dass am 10. April 1938 eine freie und geheime Volksabstimmung der über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit Deutschland stattfinden soll. Artikel I lautet wörtlich: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches»

Die folgenden Erklärungen von Goebbels, die dann auch in den deutschen Zeitungen veröffentlicht wurden, betrafen die künftig gemeinsame Wehrmacht, deren Bestandteil nun das österreichische Bundesheer wurde, die Berufung von Gauleiter Joseph Bürckel zur Reorganisation der NSDAP in Österreich und einen Ausblick:

«Wenn es eine Sicherheit in Europa gebe, so liege sie heute bei dem Ordnungsblock Deutschland-Italien. Hier entstehe das neue Europa. Zu diesem Block werden nun die Österreicher hinzutreten, um das Element des Friedens von neuem zu verstärken.»

Eine lange, pathetisch vorgetragene Rede endete mit diesem Satz.

Der Alltag folgte, und er sah dem gleich, der nach der Machtergreifung in Berlin «gestaltet» worden war, wie eines der neuen, vielgebrauchten Modewörter damals lautete. «Keine negativen und kleinlichen Polemiken» sollten begonnen werden, «die Stunde sei zu gross», sagte der Sprecher der Reichsregierung am 14. März. Die Gleichschaltung begann.

Die Reaktion im Ausland wurde in Berlin mit besonderer Sorgfalt beobachtet, vor allem die englische. Aber eine Rede des englischen Premierministers Chamberlain mit dem vom Sprecher der Reichsregierung als Kernpunkt bezeichneten Satz, diese Handlung Hitlers sei unmöglich aufzuhalten gewesen, weil sie nichts hätte aufhalten können, sollte dennoch «nur bescheiden und nicht auf der ersten Seite aufgemacht werden». Dagegen erschien ein von Hitler dem englischen Schriftsteller Ward Price gegebenes Interview, das insgeheim bereits unter den Journalisten in Berlin zirkulierte, als besonders wichtig. Betrachtungen darüber, was nach der Aktion gegen Österreich möglicherweise geschehen könnte, etwa im Hinblick auf die Tschechoslowakei oder auf andere Nachbarstaaten Deutschlands, und alle anderen Spekulationen mussten «übergangen» werden. Eine Weisung vom 14. März:

«Meldungen, dass man in Klöstern Waffen und kommunistische Flugblätter gefunden habe, hätten gegenwärtig kein Interesse. Man wolle weder gegen die katholische Kirche noch gegen eingefressene protestantische Norddeutsche etwas sagen oder den einen oder anderen Wasser auf die Mühlen geben.»

Und eine zweite:

«Wenn die katholischen Erzbischöfe von Frankreich in Telegrammen Kardinal Innitzer jetzt ihr Beileid aussprechen, so könne man dem Innitzers Freudenkundgebungen entgegenstellen. Man solle aber alles dies weglassen, weil es nicht in die Landschaft passe.»

Ein Brief des ehemaligen Reichsministers von Neurath an den englischen Premierminister Chamberlain durfte auch dann noch nicht in der deutschen Presse wiedergegeben

werden, nachdem Chamberlain ihn im Unterhaus in öffentlicher Sitzung verlesen hatte.

Eine Zurechtweisung erfuhr in diesen Zusammenhängen der *Angriff*, das Blatt der NSDAP in Berlin und besonders des Reichsministers Goebbels (Rundruf des DNB):

«Die im *Angriff* vom 14. März, Seite 3 unten, veröffentlichte Aufnahme ‚Ein SA-Posten‘ gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass die Veröffentlichung derartiger Aufnahmen höchst unerwünscht ist.»

Es war schon vorher gerügt worden, dass der *Angriff* berichtet hatte – und dies unter einer Schlagzeile über die ganze Seite –, «jüdische Emigranten hätten Devisen in aufgeschnittenen Polstern auszuführen versucht». Es seien auch einige Bilder, auf denen bewaffnete SA und SS vor Häusern zu sehen waren, veröffentlicht worden: «Merkwürdige Fehler», sagte der Sprecher der Reichsregierung dazu. Grundsatz war und blieb: Es ereignet sich in Österreich nichts von Bedeutung. Dass auch niemand auf den Gedanken käme, die für den 10. April vorgesehene Abstimmung habe auch nur die geringste Bedeutung, wurde am 14. März bereits vorsorglich gesagt:

«Die Abstimmung bringe nur noch die Bestätigung der bereits vollzogenen Tatsache der Wiedervereinigung. Bis zur Abstimmung am 10. April werde noch eine Reihe von Gesetzen kommen und in Österreich auch schon angewandt werden. Dass die deutschen Gesetze in Österreich schon gültig seien, sei ja auch aus der heutigen Hitler-Rede hervorgegangen, worin der Reichsstatthalter Seyss-Inquart erwähnt worden sei.»

Der (evangelische) Gustav-Adolf-Verein bekundete, jetzt werde er in Österreich Kirchen bauen, und erliess einen Aufruf zu Spenden. Sogleich kam die Weisung an die Presse:

«Das wäre ja gut, wenn man den Österreichern jetzt Gelegenheit gäbe, zu sagen, jetzt kämen die Preussen, die aus uns Evangelische machen wollen. In dieser Hinsicht sei also jede Vorsicht am Platze» (14. März).

Da man nun doch wieder vereinigt sei, so wurde am 17. März in der Pressekonferenz in Berlin gesagt, sei es

«abwegig, wenn man jetzt noch vom *Brudervolk* spreche». Seyss-Inquart hatte in einer Rede den Begriff *Volksdeutsches Reich* gebraucht, den man «natürlich nicht anwenden» solle, «weil die Volksdeutschen nur die Deutschen seien, die ausserhalb der Grenzen wohnten» (17. März 1938). Am folgenden Tage lautete dann eine «Ergänzung»:

«Es sei davor gewarnt, nun die Volksdeutschen Bestrebungen jenseits der Grenzen besonders zu fördern, wo die Neigung zu Demonstrationen und Kundgebungen gross sei. Meldungen solcher Art. . . lägen vor. Diese Dinge dürften aber im Reich nicht mitgemacht werden. Wir hätten dreizehn Grenznachbarn, wo überall Volksdeutsche Minderheiten lebten. Es sei nicht unsere Aufgabe, sie nun hochzuputzen, denn dadurch würden draussen nur Furcht und Abneigung geweckt, und zahlreiche Länder würden sich gegen uns wenden. In den Grenzblättern könne man über solche Vorgänge kurz berichten oder darauf aufmerksam machen. Aber im Ganzen dürfe man dabei nicht nur dem Gefühl nachgeben, sondern man müsse auch den Verstand walten lassen. Für die grossen Blätter in den Hauptstädten kämen diese Dinge überhaupt weniger in Frage. Denn wenn über solche Ereignisse in dreizehn Staaten zusammenfassend berichtet werde, dann könne kein nützlicher politischer Effekt erzielt werden.»

Die Berliner Redaktion der FZ teilte am 12. April 1938 in einem Brief, der durch Boten nach Frankfurt gebracht wurde, Folgendes an die Hauptredaktion mit:

«Unter besonders vertraulich sagte Herr Stephan in der Pressekonferenz Folgendes: Merkwürdigerweise ist es Mode geworden, dass jetzt verschiedene Teilnehmer und Beteiligte der ‚Anschluss-Aktion‘ darangehen, über die technischen, propagandistischen und militärischen Vorbereitungen des Anschlusses Einzelheiten zu schildern. Sie scheinen ganz stolz darauf zu sein, sagen zu können, sie hätten den Mobilmachungsbefehl schon am Morgen des 10. März erhalten und so weiter. Eine Zeitung musste beschlagnahmt werden, weil sie derartiges veröffentlicht hat. Entsprechend müsste auch gegen andere Blätter vorgegangen werden, die mit einer solchen falschen Geschwätzigkeit fortfahren wollten. Es handelt sich hierbei doch ausgesprochenemassen um Geheimnisse. Die Einzelheiten der Vorbereitung kann man doch nicht der ganzen Weltpresse auf diesem Wege zur Kenntnis bringen, etwa gar noch unter dem Motto: ‚So haben wir es *diesmal*

Gemacht' (Bei dem beschlagnahmten Blatt handelt es sich um eine Ausgabe der *NSZ-Rheinfront*.)»

Auf dem Wege zur Verwirklichung der Parole «Heim ins Reich!», die Hitler ausgegeben hatte und rücksichtslos verfolgte, war bisher nur das Ziel Österreich erreicht. Der Sprecher der Reichsregierung sagte dazu in der Pressekonferenz am 21. März 1938 unter der Betonung besonderer Vertraulichkeit, «dass es natürlich nicht möglich sei, sich nach dem Anschluss Österreichs als dauernd saturiert auszugeben, das nun grössere Deutsche Reich bereits als das zu erstrebende Grossdeutschland zu bezeichnen. Es seien noch nicht alle nationalen Träume verwirklicht. Ein bedeutender Schritt in dieser Richtung sei zwar getan worden, aber eine Vollendung stehe noch aus. Im (bevorstehenden) Wahlkampf könne der Begriff *grossdeutsch* noch Verwendung finden, müsse dann aber allmählich verschwinden. Auf jeden Fall müsse man sich bei der Verwendung darüber klar sein, dass sich mit diesem Begriff weitergehende Ambitionen verbinden und dass noch nicht alle Ansprüche erfüllt seien».

Wer in jener Zeit mit offenen Augen und Ohren lebte, der bedurfte nicht einmal einer solchen klaren Ankündigung kommender Ereignisse. Diese liessen nicht lange auf sich warten.

Einer nach dem andern

Wenig mehr als sechs Monate nach der Besetzung Österreichs, am 1. Oktober 1938, marschierten deutsche Truppen ins Sudetenland ein, in die Gebiete jenseits der deutschen Grenze zu Füssen des Bayerischen Waldes, des Erz- und des Riesengebirges. Diese Gebiete waren Teile Böhmens und Mährens und gehörten zur Tschechoslowakischen Republik. Dieser Staat, eine Folge des Zusammenbruchs des «Vielvölkerstaates» Österreich-Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg, war am 28. Oktober 1918 in Prag ausgerufen worden. Er umfasste ebenfalls unterschiedliche Volksgruppen, und die Sudetengebiete wurden zurzeit des deutschen Einmarsches von etwa dreieinhalb Millionen Deutschen bewohnt, die dort

eine beträchtliche Mehrheit darstellten. Auch in anderen Gebieten des Staates gab es nationale Minderheiten.

Die Tschechoslowakei hatte eine parlamentarisch-demokratische Verfassung. Die immer wieder zu mancherlei inneren Schwierigkeiten führende Nationalitätenfrage hat eine aufsteigende Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstandes nicht verhindert. Entgegen allen Voraussagungen hatten Regierung und Staatspräsident durch kluges Verhalten und Verträge politische Sicherheit für das Land erreicht.

Die Vorgänge, die allmählich bis zum Einmarsch deutscher Truppen – zunächst in die Sudetengebiete – führten, wurden sehr bald nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland erkennbar und im Ausland mit Sorge beobachtet.

Sie vollzogen sich, wie alles im System der Diktatur, unter einem bunten Mantel von Lob und Tadel, von pathetischen Erklärungen und schimpfenden Verdrehungen, von Widersprüchen und Täuschungen und schliesslich in ungezügelter Rücksichtslosigkeit. Die Auseinandersetzungen, die von deutscher Seite auch in diesem Falle zuerst vorsichtig, dann kaum noch einer politischen Tätigkeit vergleichbar, geführt wurden, gingen im Kern um das Prinzip der Selbstbestimmung der Menschen und Völker, hier zunächst der Minderheiten, die in fremden Nationalstaaten lebten, einer Selbstbestimmung, wie Hitler sie verstand oder verstehen wollte und wie er sie in Deutschland bei Volksabstimmungen handhabte.

Am 8. Mai 1935 wurde die deutsche Presse angewiesen, «sich mit der sudetendeutschen Heimatpartei (Henlein)* nicht zu identifizieren, sie aber auch nicht anzugreifen. Man dürfe nicht denken, dass man der Partei einen Gefallen tue, wenn man zeige, sie verfechte die nationalsozialistische Sache, was ausserdem sachlich wirklich nicht zutreffe. Einige aufgestellte Kandidaten seien durchaus keine Nationalsozialisten. Natürlich sei der Zusammenschluss in der Partei vom Volksdeutschen Gesichtspunkt aus erfreulich. Aber die reichsdeutsche Presse möge in der Behandlung der Vorgänge Zurückhaltung üben und die Partei nicht nach reichsdeutschen Gesichtspunkten behandeln.»

An dieser Tendenz änderte sich auch nichts, als Konrad

* Konrad Henlein, Vorsitzender der Sudetendeutschen Partei.

Henlein wenige Tage danach in einer Wahl einen beachtlichen Erfolg errang. Die Auslandsorganisation der NSDAP sollte, Gerüchten zufolge, den Wahlkampf finanziell unterstützt haben. Das war im Ausland auf erhebliche Proteste gestossen. Die Reichsregierung wollte keine «Händel». Der Vorwurf der «Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates» wurde zurückgewiesen – mehr geschah nicht.

Dass Konrad Henlein (am 12. Februar 1936) in Garmisch-Partenkirchen bei Hitler war, «. . . soll weder verschwiegen noch besonders gross aufgemacht werden. Er sei selbstverständlich in Übereinstimmung mit den tschechischen Behörden dort. Andererseits habe man hier kein Interesse daran, sich besonders für ihn einzusetzen. Das eine oder andere Bild von seiner Anwesenheit könne ruhig gebracht werden.»

Obwohl die Prager Regierung nicht müssig war, aus ihrer Bewertung der deutschen Vorgänge Folgerungen zu ziehen und in politischen Gesprächen in Ost- und in Westeuropa Kontakte herzustellen und auszubauen, wurde dazu in den Pressekonferenzen nur kurz und zurückhaltend Stellung genommen. Das fiel auf. Am 3. Juni 1936 teilte die Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung* ihrer Hauptredaktion in Frankfurt mit, dass das Reichskriegsministerium die Bitte geäussert habe, «von Zeit zu Zeit immer wieder auf das sowjetrussisch-tschechoslowakische Bündnis in Artikeln, Glossen oder Meldungen einzugehen».

Im Ausland umlaufende Gerüchte, Deutschland und die Tschechoslowakei verhandelten über einen Nichtangriffspakt, wurden in Berlin nicht bestätigt, auch nicht dementiert, konnten aber auch nicht gemeldet werden. Noch am 14. Juli 1936 lautete eine Weisung, «dieses Thema zunächst nicht aufzugreifen». Immerhin: Zunächst! Am 27. Juli hiess es dazu:

«Dieses Thema soll in der deutschen Presse überhaupt nicht behandelt werden.»

Der in der demokratisch gesinnten Welt ausserordentlich geachtete Staatspräsident der Tschechoslowakei, Dr. Eduard Benes, hatte in einer Rede über Grundfragen der Demokratie und des freiheitlichen Systems der Staatsführung gesprochen und dabei auch gegen die Einmischung fremder Staaten in innere Angelegenheiten anderer Länder polemisiert. Dazu

wurde am 20. August 1936 in der Pressekonferenz in Berlin gesagt, Benes habe zwar kein Land mit Namen genannt,

« . . . aber es könne kein Zweifel sein, dass Deutschland gemeint war. Deutschland habe sich strengster Zurückhaltung gegenüber der Tschechoslowakei befleissigt und werde diese Haltung auch in Zukunft einnehmen. Benes habe gemeint, die nationale Hochspannung in Deutschland trage zur Beunruhigung der Sudetendeutschen bei. Mit dieser Bemerkung mische er sich in innerdeutsche Verhältnisse ein. Aber er habe auch einen Vorschlag zur Besserung der Lage gebracht, der anerkannte, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien, und lässt so die Hoffnung zu, dass in Zukunft einiges besser werde. Wir Deutschen könnten hoffen, dass die sudetendeutsche Frage, die angeblich eine Reflexbewegung ausüben solle, und das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland in Zukunft so geregelt werden, dass das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis sich bessere. Wir hoffen, dass die Rede ein Zeichen des Willens zur Beruhigung und Befriedung sei.»

Nach der Konferenz sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Gottfried Aschmann, dass «die in dieser Weisung erkennbare Drohung nicht überschärft werden sollte». Über Bemühungen des Mitarbeiters im Auswärtigen Amt, Professor Albrecht Haushofer, der in Prag Sondierungen wegen eines Nichtangriffspaktes oder eines Geheimabkommens hierüber vornahm, wurde nichts berichtet, und es gab auch keine Weisungen dazu. Erst eine Rede des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, die dieser am 28. Februar 1937 in Aussig gehalten hatte und die ein politisches Programm der Partei darstelle, lockerte das Schweigen. Am 3. März wurde die deutsche Presse angewiesen:

«Das Schwergewicht der deutschen Pressepropaganda ist auf die Unterstützung der sudetendeutschen Forderungen zu legen: Herstellung der vollen verfassungsmässigen Rechte und so weiter. Im Rahmen einer positiven Kritik an den gegenwärtigen Zuständen könne dies im Sinne der Haltung geschehen, die Konrad Henlein wieder auf der letzten Tagung am vergangenen Sonntag in seinen Richtlinien gezeigt habe. Ohne Weiteres könne man natürlich die sehr negativen tschechoslowakischen Pressestimmen gegenüber der Henlein-Rede herausstellen. Von den grossen

Zeitungen könne auch gegen den 7Vmes-Artikel polemisiert werden, der sich mit Konrad Henlein beschäftigte. Im Allgemeinen soll also eine gewisse Beruhigung in der Zeitungskampagne eintreten, die aber nicht dazu führen dürfe, dass irgendwie die Interessen der Sudetendeutschen beeinträchtigt werden.»

Diesem zitierten Teil der Weisung ging ein anderer voraus, der dem Bericht zufolge lautete:

«Die Tschechoslowakei soll zunächst nicht mehr als Herd des Kommunismus und als kommunistisches Ausstrahlungszentrum für Mitteleuropa gekennzeichnet werden. Das bedeutet aber nicht, dass man nicht schreiben kann, die Tschechoslowakei sei die Verbündete der Sowjetunion. Nicht geschrieben aber werden soll von einer bevorstehenden Bolschewisierung der Tschechoslowakei.»

So nachdrücklich, sogar zeitweise heftig die zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei geführten Verhandlungen kritisiert worden waren, die zu dem bereits erwähnten Bündnis geführt hatten – von «Bolschewisierung» und ähnlichem war nur in seltenen Fällen besonders extrem schreibender Naziblätter die Rede gewesen. Die friedliche Atmosphäre der Olympischen Spiele (1936) hatte viel dazu beigetragen, dass Kommentatoren von sich aus vorsichtiger schrieben. Aber auch die Reichsregierung wollte in jenen Monaten nur das friedliche Gesicht Deutschlands zeigen und tat viel, um sich und ihrem zur Schau getragenen «Friedenswillen» Glaubwürdigkeit zu sichern. Um so mehr überraschte nun der neue Tonfall gegen die Tschechoslowakei. Er fiel besonders auf, als am 15. März 1937 ohne erkennbaren Anlass darauf hingewiesen wurde, dass

«. . . eine sudetendeutsche Zeitung vor längerer Zeit (im November 1936) eine Artikelserie gebracht habe, *70 Jahre roter Mord*, die Einzelheiten über politische Attentate brachte. Wenn man auch keinesfalls historische Betrachtungen verhindern wolle, müsse man doch um Vorsicht bitten, da es vorkommen könnte, dass leicht krankhafte Elemente durch solche eingehende Darstellungen zur Nachahmung angeregt würden.»

Der Berichterstatter notierte dazu, dass dies als eine «sonderbare Weisung» bezeichnet worden sei und dass der Spre-

cher der Reichsregierung darauf geantwortet habe: «Man kann nicht wissen.» Sie blieb dennoch unerklärlich.

Im Oktober 1937 wurde das Thema Sudetendeutsche überraschend wieder in den Vordergrund gerückt. Was war geschehen? Konrad Henlein hatte am 17. Oktober 1937 auf dem Parteitag der Sudetendeutschen Partei in Teplitz-Schönau gesprochen. Es war nach der Versammlung zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die den Gummiknüppel benutzt hatte. Einige Personen wurden vorläufig festgenommen, darunter auch Abgeordnete der Partei.

Wie in solchen Fällen wohl stets, widersprachen die Behauptungen der beiden Seiten einander. Es waren Vorgänge, wie sie sich bei solchen Spannungen nicht nur zwischen Minderheiten und Polizei ergeben und in der Tschechoslowakei dann auch wiederholt ergeben haben. Tags darauf, am 18. Oktober, lautete die erste in der Pressekonferenz gegebene Weisung:

«Die Vorgänge in der Tschechoslowakei gegen Sudetendeutsche müssen mit grösstem Nachdruck und in grösster Aufmachung behandelt werden. Was sich die tschechoslowakischen Provinzbehörden erlaubt haben, geht auf keine Kuhhaut. Sie haben wohl noch gar nicht bemerkt, mit wem sie es eigentlich zu tun haben. Sie befinden sich nicht mehr den Vertretern von 1918 bis 1933 gegenüber, die Beleidigungen von Minderheiten unwidersprochen hinnehmen mussten. Wenn jetzt in solcher Weise deutsche Volksgenossen beleidigt werden, so ist das eine Provokation des ganzen deutschen Volkes. Darüber müssten sich auch die Männer in anderen Ländern klar werden . . . Das Vorgehen der Tschechoslowaken entspreche ganz den Sowjetmethoden . . . Sicher wird eine Untersuchung angestellt. Man weiss aber, was bei solchen Untersuchungen durch tschechoslowakische Stellen herauskommt. Eine entsprechende Meldung darf man also nicht mit Freudentränen begrüssen, so dass beim Leser der Eindruck entstehen würde, es sei nun alles in Ordnung.»

Am 19. Oktober fand noch eine besondere Pressekonferenz statt, in der gleich bei Beginn die Weisung gegeben wurde:

«Auch in der Morgenpresse soll der Kampf gegen die Tschechoslowakei fortgesetzt werden.»

Jetzt war bereits vom «Kampf» die Rede, nicht mehr von Provinzbehörden, sondern von «der Tschechoslowakei», von der «nun endlich eine befriedigende Erklärung» erwartet werde – so sei zu schreiben. Der Berliner Korrespondent der französischen Zeitung *Intransigent* hatte geschrieben, «man wisse in Berlin, dass man sich einer Regierung gegenüber befinde, die mit Russland und Frankreich verbunden sei» (so wurde es in der Pressekonferenz vom Sprecher des Auswärtigen Amtes zitiert). Der Sprecher fügte hinzu:

«Aus dieser Äusserung kann man ersehen, woher die Tschechoslowakei ihre Kühnheit nimmt.»

Einige Zeitungen könnten «auch sagen, die Tschechoslowakei habe immer Wert darauf gelegt, mit uns in einem schlechten Verhältnis zu leben. Das habe sie zum Beispiel dadurch bewiesen, dass sie die deutschen Emigranten aufgenommen und ihre Hetzereien gegen das Dritte Reich geduldet habe». Es wurde auf immer neue Möglichkeiten der schärfsten Polemik hingewiesen und schliesslich gesagt:

«Man ist sich darüber im Klaren, dass das Verhalten der tschechoslowakischen Behörden – man behauptet nicht, dass es die höchsten Stellen sind – die schlimmste Provokation nicht nur innenpolitisch, sondern auch nach aussen hin darstellt. Absicht dieser Organe kann nur sein, durch schlimmste aussenpolitische Verwicklungen Europa in Brand zu stecken.»

Untergeordnete Behörden oder Beamte als Provokateure, als Störenfriede, die Unordnung und Unrecht schaffen, verantwortliche «höchste Stellen» möglicherweise überrascht – es waren die gleichen Methoden, die überall angewandt wurden, ob es sich um Österreich handelte oder um das Sudetenland, um Memel oder um Eupen-Malmedy: Die Hitler-Regierung wollte nur die Ordnung, nur das Recht, nur den Frieden, dies war die Tendenz dieser Sprachregelungen.

Solche Polemiken flauten in der Regel von selbst ab, weshalb, wie auch in diesem Falle, immer wieder gemahnt wurde, sie «nicht einschlafen zu lassen». So «vertrage es sich wohl nicht gut mit unserer Elendspropaganda» (Pressekonferenz am 23. Oktober 1937), sagte der Sprecher, zu berichten, «dass sudetendeutsche Arbeiter wieder ins Theater gehen».

Erst am 5. November wurde die Presse dann – und dies wurde besonders vertraulich gesagt – darauf hingewiesen, dass in zwei Punkten «eine gewisse Änderung in der Haltung der deutschen Presse eintreten» müsse: Der eine Punkt war die Kolonialfrage, der andere:

«Auch der Tschechoslowakei gegenüber müsse man kürzer treten. Man habe vollkommen erreicht, was man gewollt habe. Die Tschechoslowakei sei ganz in die Verteidigung geraten und habe das Gefühl bekommen, dass sie ‚ein kleines, aber mieses Volk‘ sei. Man wolle den Bogen jetzt nicht überspannen. Andernfalls wäre vielleicht auch ein Verbot der Sudetendeutschen Partei zu befürchten.»

Es wurde «kürzer getreten», aber Hinweise, «Anregungen» und Behauptungen liessen das Feuer glimmen. Nachdem die deutschen Truppen in Österreich einmarschiert waren, wurde in den täglich neuen Aufforderungen, die Begeisterung zu schildern, die hüben und drüben herrsche, auch dies eingefügt (15. März 1938):

«Gegenüber der Tschechoslowakei müsse man auch weiterhin sehr zurückhaltend sein. Es seien dort ja grosse Reden von Führern der Sudetendeutschen gehalten worden, die durch die Ereignisse der letzten Tage einen grossen Auftrieb bekämen. Wir selbst täten aber am besten, wenn wir davon nur wenig oder gar nicht Notiz nähmen.»

Am folgenden Tage erging ein Rundruf an alle deutschen Zeitungen, der besagte:

«Das anlässlich des Führer-Empfanges auf dem Wilhelmplatz von Kundgebungsteilnehmern gezeigte Transparent ‚Die Sudetendeutschen warten auf den Führen und ähnliche Texte dürfen weder in Wort noch in Bild erwähnt werden.›

Das Ausland befasste sich nahezu ständig mit dem deutsch-tschechischen Verhältnis und erörterte vor allem, welche Garantien zur Wahrung des Friedens wohl möglich seien. Dazu wurde folgende Weisung gegeben (21. März 1938):

«Davon kann die deutsche Presse natürlich gern Kenntnis nehmen, aber nicht so, als ob diese Frage für uns das Zentralproblem der Politik wäre.»

Der Sprecher fügte hinzu, dass man in England und wohl auch in Frankreich sogleich «bestimmte deutsche Absichten auf die Tschechoslowakei» unterstellen würde, wenn in Deutschland besonderes Interesse bekundet werden sollte. Deshalb:

«Rein referierend verhalten und uninteressiert tun. Am Platze ist Reserve und Kühle, wie überhaupt alle Dinge, die die Tschechoslowakei angehen, mit grosser Distanz behandelt werden müssen.»

Vor allem das Auswärtige Amt wünschte, dass «auch die inneren tschechoslowakischen Angelegenheiten mit äusserster Vorsicht und Zurückhaltung behandelt werden» sollten. Noch drei Tage später, am 24. März, wiederholte Gesandter Aschmann die Bitte, «. . . alles zu unterlassen, was den Tschechen Anlass zu Klagen über die deutsche Presse geben könnte. Nach wie vor also grösste Zurückhaltung».

Begründet wurde diese Bitte vom Sprecher des AA mit dem Hinweis:

«. . . die Hetze gegen Deutschland ist erneut wieder aufgelebt. Man versucht, die neuen Nachbarn Deutschlands gegen das Reich misstrauisch zu machen. Hierher gehört die Frage des Burgenlandes. Sie soll in der Presse nicht erörtert werden.»

Es war eben die Zeit nach der Österreich-Aktion der Reichsregierung. Die Völker in Europa waren aufmerksam, ihre Regierungen zum Teil erregt. Deshalb wurden für die deutsche Presse jetzt Meldungen, nach denen die tschechische Bevölkerung bewaffnet werde, verboten (25. März), während Nachrichten über die Unzufriedenheit ungarischer und polnischer Minderheiten, die im tschechoslowakischen Staatsverband lebten, «gerade auch für das Ausland festgehalten» werden sollten, «damit man sieht, dass nicht nur die Sudetendeutschen Beschwerden haben».

Eine Rede Konrad Henleins (25. April 1938), in der dieser acht Grundforderungen der Sudetendeutschen an die Prager Regierung vertreten hatte, sollte auf Wunsch des Auswärtigen Amtes (Pressekonferenz 25. April) «in ruhigem Ton» kommentiert werden, «jedoch nicht so, dass die ausländische

Presse den Eindruck gewinnen könnte, die deutsche Presse treibe Henlein weiter und weiter». Die vom Sprecher des Auswärtigen Amtes (Gesandter Aschmann) geforderte Begründung dieser acht Punkte auch durch die deutschen Zeitungen sollte nicht zu eigenen Forderungen führen, sondern Henleins Forderungen seien «zu analysieren und historisch zu erläutern». Weiter hiess es:

«Der Sinn der Kommentare soll sein, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, sie davon zu überzeugen, dass wir nicht wild darauf losdebattieren und nicht einfach ein neues aussenpolitisches Problem aufgreifen, um es dann bald wieder durch ein neues zu ersetzen, sondern dass es sich um ein Problem handelt, das im Rahmen des Karlsbader Programms (Henlein-Rede) aus sich selbst heraus eine Lösung fordert. Die deutsche Öffentlichkeit aber soll die Frage realistisch sehen lernen, damit sie nicht mit Lösungen rechnet, die im Programm Henleins nicht vorgesehen sind.»

In Henleins Rede war ausschliesslich von Angelegenheiten die Rede, die nur im Inneren des tschechoslowakischen Staates geregelt werden konnten. Als die *Westfälische Landeszeitung/Rote Erde* sich am 8. Mai (nach Aschmann) «im Ton vergriffen» hatte, wurde das in der Pressekonferenz bedauert, weil «solche Dinge nur Schaden stiften». Über «geringfügige Zwischenfälle» sollte «nicht gross» berichtet werden, hiess es am 18. Mai. Ein Nachrichtenbüro (der Name wurde nicht genannt)* habe über Flugzettel berichtet, die in der Tschechoslowakei verteilt worden seien und die den Vers enthielten:

«Benes, spare Dir Dein Geld
Hitler kommt nicht übers Feld;
Hitler kommt nur durch die Luft,
Wenn ihn Konrad Henlein ruft.»

* Es bestanden damals in Deutschland neben dem Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) noch kleinere, die mehr den Charakter von Korrespondenzbüros hatten, aber auch Nachrichten ausgaben, so vor allem die NSK (Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz), der parteitreue *Reischach-Dienst*, das *Nachrichtenbüro deutscher Zeitungsverleger* (NdZ), das Büro *Europa-Press* und die Agentur *Transocean*.

Am nächsten Tage wurde angeordnet, «. . . dass jede Schriftleitung einen besonderen Sachbearbeiter für die sudetendeutsche Frage bestellt. Es muss überall ein Schriftleiter vorhanden sein, der das Thema beherrscht, der auch über ein Handarchiv verfügt».

Für die Redaktionen war diese «Anregung» ein Signal, dass nun «mehr Material anfallen» werde, und man konnte wissen oder ahnen, welcher Art dieses Material sein werde. Das Auswärtige Amt drängte noch immer auf «mehr Zurückhaltung»:

«Wenn man etwas zu sagen hat, soll dies in ruhigem, sachlichem Ton geschehen, unter Beschränkung auf Tatsachen. Meldungen sollen nicht mehr so gross aufgemacht werden, es sei denn, es liegt hierfür begründeter Anlass vor. Nur unter Einhaltung dieser Richtlinien leistet man der Sache einen Dienst» (20. Mai 1938).

Aber am gleichen Tage verlangte Alfred Ingemar Berndt, der Sprecher der Reichsregierung, in einer Sonder-Pressekonferenz, die um 20.10 Uhr stattfand:

«Auf Grund verschiedener Zwischenfälle hat es sich als notwendig erwiesen, in der tschechoslowakischen Frage nun doch etwas schärfer aufzutreten.»

Es handele sich um «Zwischenfälle in Chodau», sagte Berndt dazu, und über sie solle nur der DNB-Bericht genommen werden, «. . . da die Sudetendeutschen offenbar etwas über das Ziel hinausgeschossen haben» (20. Mai 1938).

In der Tschechoslowakei war Wahlkampf, und es hatte Demonstrationen und Zusammenstösse mit der Polizei gegeben. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes ging mit grundsätzlichen Ausführungen auf die Lage ein. Der Bericht an die FZ lautete:

«Die Tschechen haben eine starke Hetze gegen das Deutschtum begonnen. Sie provozieren, und die Exekutivorgane, Militär und Gendarmerie, ergreifen einseitig Partei für die Provokateure. Dies geschieht aus zwei Gründen: Man will die Autorität des Staates in Erscheinung treten lassen, um bei den Westmächten den Eindruck eines starken Staates zu erwecken. Ferner handelt es sich um Einschüchterungsversuche im Wahlkampf. Ein wichtiger Faktor

sind dabei die sogenannten Grenzler, also die an der Grenze angesiedelten Tschechen. Ihnen will Prag zeigen, dass sein starker Arm überall hin reicht. Unverblümt schreiben das auch die Blätter.

In den Kommentaren ist auf besonders krasse Fälle hinzuweisen. Man muss sagen, dass versucht wird, den Deutschen die Schuld an der Zuspitzung der Situation zuzuschieben. Demgegenüber muss die Verantwortung der Prager Regierung festgestellt werden. Sie allein ist auch in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Die Sudetendeutschen sind in der ganzen Welt für ihre Disziplin bekannt. Ein Programm für die Lösung der sudetendeutschen Frage, etwa das Verlangen nach einer Volksabstimmung, ist dabei nicht zu stellen. Dies ist vielmehr den Sudetendeutschen selbst zu überlassen.»

Die Ausführungen Aschmanns gaben Anlass zu einem Gespräch nach der Konferenz, über das eine Notiz besagt:

«Man glaubt nicht, dass der Zeitpunkt schon gekommen sei, obwohl Nachrichten über Mobilmachung in der CSR vorliegen.»

Diese Information überraschte. Aber erst am folgenden Tage, dem 21. Mai 1938, gab der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz bekannt, dass es sich um die Einziehung eines Jahrganges und um Truppenbewegungen handele. Die deutschen Grenzgänger, die auf Reichsgebiet arbeiteten, seien nicht über die Grenze gelassen worden. Es seien Streiks in der Tschechoslowakei ausgebrochen. Der Sprecher fügte als Weisung hinzu:

«Wenn diese Meldungen dann herauskommen, darf die Nachricht über Truppenbewegungen unter gar keinen Umständen so aufgemacht werden, als ob sie sich gegen Deutschland richteten. Sie richten sich gegen die Sudetendeutschen. So ist die Meldung zu deuten, so ist die Tatsache auch gemeint.»

Dann ging die Weisung, gemischt mit neuen Informationen, weiter:

«Ferner gibt es Meldungen über Abtransporte tschechischer Familien aus dem Gebiet von Eger. Die Tschechen rechnen also mit weiteren Aktionen. Das ganze Thema muss so aufgemacht werden, dass keine Panikmache herauskommt. Kommentare sachlich, aber sehr, sehr eindringlich und energisch.»

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Aschmann, berichtete von einem Besuch des britischen Botschafters im Ausenamt, der habe wissen wollen, «ob Nachrichten über deutsche Truppenbewegungen an der tschechischen Grenze richtig seien». Natürlich sollte die Information Aschmanns nicht gebracht werden. Im Ausland sei sie erschienen und habe gewirkt. Man erfuhr später, dass der britische Botschafter abermals ins Auswärtige Amt gegangen sei.

Zwei Tage danach, am 23. Mai 1938, war es wieder Gesandter Aschmann, der von «Drangsalierungen», «militärischen Grenzüberschreitungen», von Zwischenfällen jeder Art sprach, die, wie er sagte, «stark herauszustellen und entsprechend zu kommentieren» seien. Die Wahl in der Tschechoslowakei war für die Sudetendeutschen bemerkenswert erfolgreich verlaufen. Jedoch sollte «der Wahlsieg nicht behandelt werden, wie es ein Mittagsblatt getan hat, das von einer Absage an Prag geschrieben hat,¹ sondern in dem Sinne: Bekenntnis zum Gesamtdeutschtum auf der einen Seite». Auf der anderen Seite habe die Wahl «. . . die Diszipliniertheit der Sudetendeutschen trotz der polizeilichen und militärischen Massnahmen ergeben. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass bei den Deutschen Ruhe herrscht, auf der anderen Seite Kopfllosigkeit und Terror.»

Aschmann bezeichnete die Sudetendeutsche Partei als legitimierten «Willensträger des Deutschtums» und sagte:

«. . . Inzwischen ist ja auch der Sudetendeutsche Ordnungsdienst eingesetzt worden, der sich glänzend bewährt hat. Was die Übertritte tschechischer Soldaten auf deutsches Gebiet anlangt, so handelt es sich, politisch gesehen, um die ernstesten Fälle, die man sich vorstellen kann . . . Die Mobilisation und die militärischen Massnahmen der Tschechoslowakei haben sich als überflüssig erwiesen. Man muss ihre Zurückziehung verlangen.»

Nach der Pressekonferenz rief die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes die Redaktion nochmals an und gab die Anweisung, «dass die Grenzüberschreitungen durch Truppen ganz gross mit Schlagzeilen als ganz ernste militärische Zwischenfälle aufzumachen sind». Jedoch: «Vom Übertritt sudetendeutscher Soldaten auf deutsches Gebiet soll in der

deutschen Presse unter keinen Umständen Notiz genommen werden» (Rundruf, 23. Mai).

Wieder einen Tag später sagte Berndt in der Pressekonferenz:

«DNB gibt im Laufe der nächsten Stunden weitere Reportagen über die Grenzzwischenfälle. Dieses Thema muss nun weiter behandelt werden. Man darf es nicht bei einer einmaligen Erörterung bewenden lassen.»

Die Presse im Ausland veröffentlichte laufend gegenteilige Nachrichten. Sie wurden vom Auswärtigen Amt zurückgewiesen:

«Heute spreizt sich nun die internationale Presse damit, dass die energische Sprache Englands in Berlin die Ruhe wiederhergestellt habe. Die Dinge werden also vollkommen auf den Kopf gestellt.»

Man möge nicht prophezeien, wann Henlein über ein Minderheitenstatut verhandeln werde: **«Jetzt handelt es sich darum, die richtige Atmosphäre zu schaffen.»**

Eine kleine, in ihrer Art aber bezeichnende Episode, die aus den vorliegenden Papieren hervorgeht, soll nicht übergangen werden: Der slowakische Abgeordnete Clementis hatte einigen englischen Zeitungen ein Interview gegeben. Der Sprecher der Reichsregierung bat einige Zeitungen zu sich und forderte sie auf, «eine Reihe von tschechischen Behauptungen», die seiner Meinung nach falsch seien, «in seriösen, mit gutem Material sachlich fundierten Artikeln zurückzuweisen». Berndt wurde darauf hingewiesen, dass Clementis ein kommunistischer Abgeordneter sei. Der Bericht teilt über die Reaktion mit:

«Es machte nicht so sehr grossen Eindruck auf ihn. Wichtig sei doch, dass die grosse englische Presse sich seine Ausführungen zu eigen gemacht habe.»

Es ging also bei geeignetem Anlass auch so (20. Mai 1938). Die «richtige Atmosphäre», die nach Meinung des Auswärtigen Amtes zu «schaffen» sei, entstand nicht zuletzt durch eine ständig wachsende Zahl von Nachrichten über Grenzzwi-

schenfälle. Am 28. Mai forderte Berndt zwar die deutsche Presse auf, «Grenzzwischenfälle sollen nicht mehr so gross aufgemacht werden . . . Wenn wir diese Meldungen gross aufziehen, müssten wir nämlich auch die Konsequenz daraus ziehen».

Berichte über militärische Massnahmen der tschechischen Regierung konnten gebracht werden: «. . . etwa unter dem Stichwort ‚Die Tschechen führen Krieg mit Atomen‘.»

Hans Fritzsche, noch nicht Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium oder ständiger offizieller Sprecher der Reichsregierung, sprach am 3. Juni zur Pressekonferenz:

«Mit grossem Nachdruck muss noch einmal Folgendes gesagt werden: Solange auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik deutsche Volksgenossen, sogar Reichsdeutsche, misshandelt werden und gegen Recht und Gesetz Terrorismassnahmen ausgesetzt sind, so lange gibt es keine andere Frage, die auf der ersten Seite der deutschen Zeitungen mit Schlagzeilen aufgemacht werden kann als eben diese Misshandlungen. Es wird gebeten, nicht zu erlahmen in eindringlichen Hinweisen auf die Unhaltbarkeit solcher Zustände, die die tschechoslowakischen Übergriffe, die sich in den letzten Tagen erneut gehäuft haben, geschaffen haben . . . Wir können es uns nicht leisten, gegenüber der Tschechoslowakei den Eindruck zu erwecken, als ob wir nach einigen Wochen der Abwehr jetzt in unserem Interesse erlahmten, als ob wir nach einigen unverbindlichen Versicherungen uns anderen Problemen zuwenden würden.»

Aber es war Sommerzeit, und das Material wurde dürftiger. Es habe darum keinen Zweck, sagte Hans Fritzsche am 9. Juni, «. . . nun krampfhaft Schlagzeilen machen zu wollen. Hierfür müssen jetzt eben andere Dinge herangezogen werden. Wenn aber neue Zwischenfälle Anlass zu scharfer Stellungnahme bieten sollten, dann ist auch wieder die Zeit für eine grosse Aufmachung gekommen».

Es waren Besprechungen und sogar Verhandlungen zwischen Vertretern der Sudetendeutschen und tschechischen Amtsstellen zustande gekommen. Die deutsche Presse wurde auf DNB-Nachrichten verwiesen, und Kommentare waren verboten. Beispielhaft war die Weisung, die Fritzsche am 16. Juni gab:

«Über Prag liegt nichts Neues vor. Es wird nur empfohlen, gegenüber den Meldungen über die Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und den Sudetendeutschen nicht allzu scharf Stellung zu nehmen. Wir wollen in diese Verhandlungen nicht voreilig eingreifen.»

Dass die Prager Regierung ihre Truppen aus dem Egerland zurückzog, durfte nicht gemeldet werden (17. Juni), welche Weisung Berndt mit der Bemerkung begleitete: «Wir haben keine Veranlassung, uns zum Herold der Tschechen zu machen.» Als dagegen einen Tag später zahlreiche Nachrichten über militärische Ereignisse in der Tschechoslowakei vorlagen, war das Interesse für eine Berichterstattung gross:

«Es sei an der Zeit, dass man die Tschechoslowakei sehr ernsthaft frage, was denn nun eigentlich dort los sei.»

Nachrichten behaupteten, es werde nicht demobilisiert, andere behaupteten das Gegenteil; es würden neue Jahrgänge einberufen, und wieder das Gegenteil, es werde eine dreijährige Militärdienstzeit eingeführt, und abermals das Gegenteil. Der 21. Juni brachte eine gewisse, aber keinesfalls endgültige Klärung, so dass weder die Presse noch gar die deutsche Öffentlichkeit erkannten, was denn nun wirklich geschah. Der Bericht über diese Weisungen in der Pressekonferenz lautete:

«Besonders streng vertraulich: Jegliche Veröffentlichung über Vorbereitungen zu einer Mobilmachung oder Massnahmen, die dahin zu deuten wären, sind grundsätzlich und in jedem Falle verboten. Verboten sind auch Berichte über eine beendete Mobilmachung (etwa im Falle Österreich). Es dürfen keine Berichte gebracht werden darüber, wie etwa eine Mobilmachung funktioniert habe oder funktionieren könne, wie die Marschbereitschaft gewesen sei, wann die Truppen angesetzt wurden und so weiter. Auch nach erfolgten und abgeschlossenen Unternehmungen auf keinen Fall irgendeine Berichterstattung.»

Diese Weisung bezog sich nicht auf die Tschechoslowakei und die dortige Situation, sondern galt grundsätzlich, «buchstäblich für alle Fälle», wie nach Schluss der Pressekonferenz auf eine Frage gesagt wurde. Möglich, dass es auch Vorsorge war, dass am 30. Juni angeordnet wurde, *Tschechoslowakei*

nicht mehr in einem Zuge zu schreiben, sondern getrennt: *Tschechoslowakei*. Die vielfältige Zusammensetzung des Staates aus mehreren Völkergruppen war wiederholt Gegenstand kritischer oder auch motivierender Hinweise gewesen.

Die in Prag geführten Verhandlungen blieben auch künftig für deutsche Leser in allen wesentlichen Punkten im Dunkel. Eine am 15. Juli 1938 gegebene Weisung sagte dazu:

«Die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei wird noch in keiner Weise auf ein Entgegenkommen vorbereitet. Es hat sich im Gegenteil die Verwaltungspraxis in den letzten Tagen eher wieder verschärft. Alles zwingt uns, die tschechoslowakische Presse auf das genaueste zu verfolgen . . . Man muss also den Versuchen entgegenarbeiten, ein etwaiges Scheitern den Sudetendeutschen in die Schuhe zu schieben.»

In der Pressekonferenz in Berlin fand eine beiläufig gegebene Weisung weit mehr Interesse als lange Erörterungen von Berndt über tschechische Truppenbewegungen im Grenzraum. Die interessantere Weisung lautete:

«Einige Wirtschaftsredaktionen haben die Ausfälle an Güterwagengestellungen vor allem im deutschen Industriegebiet kritisiert. Solcher Ausfälle wird es in den nächsten Wochen mehrere geben. Sie sind in bestimmten Anforderungen begründet. Kritik an der Reichsbahn ist unangebracht.»

Die Weisung wurde von dem anwesenden Vertreter der Deutschen Reichsbahn in aller Unbefangenheit vorgelesen. Dann aber wurde sie «streng vertraulich», wie jetzt betont wurde, ergänzt, und darüber berichtete die Berliner Redaktion der FZ an ihre Frankfurter Hauptredaktion:

«Am 15. Juli hat im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung über Einschränkungen im Reichs-Sonderzug-Verkehr stattgefunden, an der das Oberkommando der Wehrmacht, das Ministerium Hess, das Propagandaministerium, das Ernährungsministerium, alle Parteigliederungen und alle Fremdenverkehrsorganisationen teilgenommen haben.»

In dieser Besprechung habe Staatssekretär Kleinmann* «mit eindringlichen Worten dargelegt, dass die zum Teil ganz

* Reichsverkehrsministerium.

erheblichen Anforderungen an Güterwagen an die Lokomotiven und das Personal ausserordentliche Anforderungen gestellt haben . . . Wegen der Vordringlichkeit der ‚anderen Leistungen‘ müssen im Sonderzug-Verkehr Einschränkungen vorgenommen werden».

Nach Mitteilung der einzelnen Massnahmen, die zur Einschränkung der Sonderzüge getroffen worden seien («. . . ausgenommen von den Einschränkungen sind das Turn- und Sportfest in Breslau, der Reichsparteitag und das Erntedankfest, ferner einige Ausstellungen und Festspiele . . .»), betonte der Staatssekretär, dass «alle beteiligten Stellen auf diese Sachlage unter Hinweis auf den Ernst der Sachlage» aufmerksam gemacht worden seien. Er schloss – so der Bericht

«Von allen Veröffentlichungen in der Presse muss unbedingt Abstand genommen werden, doch können im Einzelfall Ausfälle von Sonderzügen mitgeteilt werden, dann mit der Begründung ‚ungenügender Beteiligung‘ und nur, wenn das Publikum auf den Ausfall unbedingt aufmerksam gemacht werden muss.»

Zwei Tage nach dieser «streng vertraulichen» und doch so sachlich begründeten Information übermittelte Alfred Ingemar Berndt ebenfalls eine «streng vertraulich» zu beachtende Mitteilung, die zugleich eine Weisung enthielt:

«In diesem Jahr finden keine Wehrmanöver statt, es ist ein Reservistenjahr. In Zukunft wird es nur noch alle drei Jahre Wehrmanöver geben. In der Zwischenzeit werden dann die Erfahrungen ausgewertet.

Der grösste Verband für die diesjährigen Manöver ist die Division unter Heranziehung von sehr vielen Reservisten. Die *Berliner Börsen-Zeitung* wird nun in den nächsten Tagen hierüber einen Artikel bringen. Soweit auch bei den anderen Zeitungen militärische Mitarbeiter vorhanden sind, können auch diese dann nach Erscheinen des Artikels in der BBZ im gleichen Sinne schreiben, aber nicht alle auf einmal, nicht gleich am anderen Tag, sondern gelegentlich. Es ist ja Zeit bis Mitte August, da erst dann Divisionsmanöver.»

Diese «streng vertraulich» gegebene Weisung wurde am 25. Juli 1938 von Berndt übermittelt, der sich veranlasst sah, am folgenden Tage in gleicher betonter Vertraulichkeit hinzu-

zufügen: «Die ganze Frage dürfe auf keinen Fall sensationell behandelt werden.»

Dem kurzen Satz schloss sich nach dem Bericht Folgendes, auf Berndt bezogen, an:

«Ferner gab er bekannt, dass vier Personen wegen missbräuchlicher Verwendung der vertraulichen Anweisungen aus der Pressekonferenz zu Gefängnis von neun Monaten bis vier Jahren verurteilt worden sind. In kleinerem Kreis teilte er nach der Konferenz dann noch mit, dass es sich um Kreise ,um den *Deutschen Volkswirte** handle. Die geringe Höhe der Strafe ergebe sich daraus, dass nicht die Haupttäter selbst gefasst worden seien. Diese seien vielmehr ins Ausland geflüchtet. Die Haupttäter seien die beiden Herren Meynen. (Der eine war der Verleger, der andere Anzeigen- oder Abonnentenwerber.)»

Am 27. Juli wurde das Nationalitäten-Abkommen in Prag veröffentlicht, das Ergebnis der Verhandlungen der Sudetendeutschen mit der Regierung ihres Landes.

Gesandter Aschmann vom Auswärtigen Amt gab dazu die Sprachregelung: Nicht ohne Kommentare veröffentlichen, keine «übermässige Aufmachung» und: « . . . Auf den ersten Blick kann man allgemein schon sagen, dass es weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, und zwar in wesentlichen Punkten.»

Zuvor hatte Aschmann gesagt, dass «die Stellungenahme der Sudetendeutschen Partei noch nicht vorliege».

Die englische Regierung, die alle Vorgänge im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis aufmerksam verfolgt und wiederholt Stellung genommen hatte, entsandte, als eine erhöhte Spannung sichtbar wurde, einen Beobachter, Lord Runciman, nach Prag. Die Nachricht wurde in Berlin mit äusserster Zurückhaltung aufgenommen. Die Presse wurde angewiesen, «keine Schüsse vor der Zeit abzugeben» (30. Juli 1938).

Am 3. August sollten, wie das Auswärtige Amt mitteilte, um 10.30 Uhr zwei tschechische Flieger die deutsche Festung Glatz überfliegen und fotografiert haben. Der Sprecher des Aussenamtes nannte dies zwar eine Provokation, die «ins rechte Licht gesetzt werden» müsse, fügte jedoch hinzu:

* Zeitschrift, 1926 von Gustav Stolper gegründet, der 1933 emigrierte, 1947 in New York starb.

«. . . ohne überzuschäumen». Die Aktion sei «ein Beweis, dass man sich nicht vertragen wolle». Am nächsten Tag ordnete das Propagandaministerium an, «. . . man möge die Vorgänge in Glatz so gross aufmachen, dass das Gesicht der Zeitungen von ihnen bestimmt werde. Artikel seien erwünscht. Man möge bedenken, dass dieser Zwischenfall erheblich schwerer wiege als alle bisherigen, aber jede Drohung sei zu vermeiden» (4. August 1938).

Prag entschuldigte sich bei der Reichsregierung, was DNB meldete, aber das Propagandaministerium unterrichtete die Redaktion der FZ telefonisch, dass «aus B.» (gemeint war Berchtesgaden, wo Hitler sich aufhielt) die DNB-Meldung zurückgezogen worden sei; es werde eine neue kommen und auch neue Richtlinien für die Kommentierung. Vierspaltige Aufmachung wurde gefordert. Das Tempo wurde also verschärft, jedoch nur für zwei Tage: Am 6. August sollte die Presse «Tschechei abklingen lassen, nicht mehr ausschliesslich erste Seite». Und wieder nur zwei Tage darauf ordnete ein DNB-Rundruf an:

«Die Meldung über die Ermordung des Sudetendeutschen Baierle ist als neuer tschechischer (nicht sozialdemokratischer oder marxistischer – Text berichtigen!) Mord auf der ersten Seite vierspaltig aufzumachen, mit den sonstigen heutigen Meldungen aus Prag allerschärfstens zu kommentieren und mit entsprechenden Schlagzeilen zu versehen.»

Die in Klammern mitgeteilte Berichtigung des DNB-Textes wurde in der Pressekonferenz am 9. August erläutert:

«Hier komme es darauf an, dass die Mordtat von einem Tschechen begangen sei. Nicht nur die Hintermänner, sondern auch der Mörder seien für uns Tschechen. Man lege Wert darauf, nicht Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang zu nennen . . . Dass Sozialdemokraten um den Täter herumgestanden hätten, sei zunächst eine Behauptung, die nicht bestätigt sei.

Die zweite Aufgabe der Presse sei nun, in Kommentaren eine Beleuchtung zu geben, die die näheren Umstände verdeutlichen könne. Man wisse nicht genau, aus welchen Personen sich die Gruppe um den Mörder zusammensetzte, zweifellos Gesindel. Ein tschechischer Beamter sei dabei gewesen; unter seinen Augen sei die Untat geschehen, man wisse nicht, inwieweit auf seine

Anstiftung. In diesem Gebiet an der Grenze tauchten allerlei zweifelhafte Personen auf; es gebe bezahlte Subjekte, deren Herkunft zweideutig sei. Prag habe unbeschränkte Mittel und finde hier und dort Verräter, die man kaufen könne. In der Emigration seien Leute, die schon aus kriminellm Anlass aus Deutschland entwichen seien. Die tschechische Agitation ernte jetzt die Früchte. Sudetendeutsche seien Vogelfreie. So etwa könne der Kommentar die Nachricht ergänzen.»

Die Sprachregelung vom 9. August 1938 steht in ihrer Tendenz und in der Terminologie für eine lange Reihe von Weisungen, die zu vielen Nachrichten über Vorgänge in der Tschechoslowakei vorher gegeben wurden und nach diesem Tage folgten. Nachrichten gleichen oder ähnlichen Inhaltes, die über Monate hin vom Propagandaministerium ausgegeben und über DNB oder andere Büros verbreitet wurden, hatten bald die Sammelbezeichnung «böhmische Märchen». Zuverlässige Nachrichten wurden so durch unwahre entwertet.

Die deutschen Manövrierbereitungen waren im Ausland mit Ruhe aufgenommen worden. Die Regierung liess dies in der Glossenkonferenz* am 15. August feststellen. Aber es habe daneben auch viele falsche Meldungen im Ausland gegeben. Auswärtiges Amt und Propagandaministerium baten, diese Falschmeldungen nicht zu beachten:

«Bei einer Antwort durch uns bestehe die Gefahr, Themen anzuregen, die nicht zweckmässig seien ... Um weitere Auswirkungen einer von draussen hereinschlagenden Agitation zu neutralisieren, sei beabsichtigt, in gewissen Bezirken Berichterstattung über Reservistenübungen freizugeben» (16. August 1938).

Die zweckbestimmte und regional zugeteilte Information war nicht selten. Der Londoner *Evening Standard* hatte englische Blätter angegriffen, die allzu düstere Prophezeiun-

* Die 1937 neben der *Reichspressekonferenz* und der 1936 eingerichteten *Kulturpresse-Konferenz* gebildete *Glossen-Konferenz* war, wie der Sprecher der Reichsregierung sagte, «für kommentarfähige Zeitungen» gedacht. Sie fand zunächst nicht regelmässig statt. Ihre Bedeutung wuchs mit der zwischen den führenden Personen von Partei und Staat entstandenen Spannung, was dazu führte, dass in der Glossenkonferenz zuweilen unterschiedliche Auffassungen zu den Weisungen der Pressekonferenz deutlich erkennbar wurden. Am 31. Januar 1938 wurde den Zeitungen die Auswertung des Materials «ganz allgemein zur Pflicht gemacht».

gen veröffentlicht hatten. Man wünschte in der Reichsregierung nicht, dass diese Hilfestellung des *Standard* in deutschen Zeitungen benutzt werde:

«Vielleicht könne eine Polemik auf Grund der Veröffentlichung des *Evening Standard* dazu dienen, die deutsche Bevölkerung zu unterrichten, die den Vorbereitungen für das Manöver zum Teil ausserordentlich unwissend und deshalb erregt gegenüberstehe» (17. August 1938).

Ungewöhnliche Beachtung fand in den Nachrichten aus ausserdeutschen Quellen am 27. August 1938 ein Aufruf der Sudetendeutschen Partei an die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, vom «Recht der Notwehr» Gebrauch zu machen, wenn es erforderlich scheine. In der Pressekonferenz an diesem Tage wurde im Ton der Sprachregelung und in persönlichen Bemerkungen nach der Konferenz kein Hehl daraus gemacht, dass dieser Aufruf weder dem Auswärtigen Amt noch dem Propagandaministerium willkommen war:

«Der Notwehr-Aufruf der Sudetendeutschen Partei soll nicht allzu gross in Erscheinung treten. Einige Blätter hätten von sich aus die erwünschte Zurückhaltung geübt, andere nachdem sie im Propagandaministerium Rücksprache genommen hatten.»

In diesem Zusammenhang wurde die Bitte ausgesprochen, «die Beratung des Propagandaministeriums häufiger in Anspruch zu nehmen; man habe eine Abneigung, allzuviel durch Rundrufe zu regeln».

Die Presse sollte «bei der scharfen Sprache bleiben», und es hiess (am 31. August) weiter:

«Im Allgemeinen ist die Diskussion an einem Punkt angelangt, an dem keine unpolitischen Überschriften in der Presse mehr erscheinen dürften. Es darf also keine unpolitische Sensation zur Aufmachung verwendet werden.»

Dazu wurden zwei Beispiele gegeben, die Hans Fritzsche vortrug. Er nannte sie «extrem» und sagte:

«Ein Nachmittagsblatt mit der Überschrift ‚Der tschechische Blutterror rast durch das sudetendeutsche Land‘ geht zu weit (*Der*

Angriff). Andererseits ist es aber auch falsch, wenn ein Morgenblatt eine kaum noch politische Einzelheit aus dem an sich der Beachtung empfohlenen amerikanischen Abgeordnetenhaus zur Schlagzeile verwendet (*12 Uhr-Blatt*).»

Dem von der britischen Regierung nach Prag entsandten «Beobachter», Lord Runciman, der mehr und mehr ein Berater wurde, war es gelungen, eine Reise Konrad Henleins zu Hitler durchzusetzen. Dieser empfing den Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei in Berchtesgaden, und in der Glosenkonzferenz am 2. September 1938, dem Tag der Aussprache, sagte das Auswärtige Amt zu diesem Vorgang, und zwar unter besonderem Hinweis auf die Vertraulichkeit:

«Fraglos wird die Situation in der Tschechoslowakei gegenwärtig in Berchtesgaden überlegt, aber nicht das zunächst zu regelnde Thema, die Taktik in der Tschechoslowakei selber, sondern weitergehende Dinge, deren Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Über die nächstliegenden Schritte wird deshalb nicht verhandelt, weil sie bereits festliegen. In den vertraulichen Gesprächen zwischen der Sudetendeutschen Partei und Benes ist eine Übereinstimmung nicht erzielt worden. Von der SDP wird nun sozusagen ein Gegenvorschlag niedergelegt, der vielleicht heute noch veröffentlicht wird. Er wird das wiedergeben, was die Sudetendeutschen fordern. . . . Diese Aktion wird also zunächst einmal sich verlaufen. Daraufhin wird dann wohl, vielleicht im Oktober, ein englischer Vorschlag kommen, der die Basis für weitere Besprechungen bilden könnte.»

Der Bericht, dem diese Notiz entnommen ist, enthielt die Information, es gebe ein Gerücht, nach dem «Runciman den oben erwähnten Vorschlag in seinen Grundzügen Henlein bereits mitgegeben habe».

In der für alle Zeitungen zugänglichen allgemeinen Pressekonferenz wurde am gleichen Tage zur gleichen Sache von Hans Fritzsche die Weisung gegeben, die Meldung über den Henlein-Besuch auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden «nicht mehrspaltig aufzumachen». Im Laufe des Tages werde über die Besprechungen eine Erklärung verbreitet werden:

« . . . Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass diese Erklärung irgendwie ein grösserer Wendepunkt im Zuge der Verhandlungen

sein wird. Eine grundlegende Änderung der Situation ist nicht zu erwarten. In den Berichten der Ausländskorrespondenten und in den DNB-Nachrichten soll das unterstrichen werden, was die übertriebene Bedeutung, welche die englische und französische Presse der Zusammenkunft Henlein – Hitler beimisst, als Ablenkungsmanöver kennzeichnet. Wie schon gestern gesagt wurde, erkennen wir weder Frankreich noch England eine Schiedsrichterrolle zu, sind aber der Meinung, dass die Helfershelfer in Paris und London sitzen. Wenn auch die Entscheidung bei Prag liegt, an der bisherigen Linie ändert sich nichts, auch nicht bei Behandlung von Zwischenfällen. Liegt von dieser inneren Front nichts Neues vor, dann ist Gelegenheit für grundsätzliche Betrachtungen.»

An den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen zeigten sich die Nachbarn der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, besonders interessiert. Sie richteten ihre Blicke nicht nur auf die eigenen Minderheiten in der ÖSR, sondern immer deutlicher auch auf Gebietsteile. In Polen hatte es mehrfach Zwischenfälle gegeben, und niemals war ganz deutlich geworden, ob die Aktionen gegen die Deutschen im Lande oder für polnische Forderungen gedacht waren. Am 6. September 1938 wies Fritzsche die deutsche Presse an:

«Über Zwischenfälle in Polen darf nicht berichtet werden. Wenn bestimmte Elemente am Werke seien, um bestimmte Ziele zu stören, so könnten wir das nicht aufgreifen, so leid es uns wohl tue.»

Dagegen verlangte ein DNB-Rundruf am nächsten Tag: «Die Zwischenfälle in Mährisch-Ostrau sind gross aufzumachen.» Am gleichen 7. September legte die Prager Regierung neue Vorschläge zur Regelung aller Fragen vor. Die deutsche Presse sollte zwar die Tatsache selbst melden, «jedoch unter keinen Umständen über den Inhalt» berichten. Wenn ausländische Blätter den Inhalt veröffentlichten und so erneut die deutsche Presse in Verzug brächten, «müsste die deutsche Presse durch Propaganda wettmachen», was sie versäumte. Auch als später der Inhalt freigegeben wurde, sollte «nicht zuviel geschrieben» werden, die Sache «nicht zu wichtig» gemacht, vielmehr «bagatellisiert» werden, und man möge «nicht von neuen Vorschlägen schreiben». Diese seien vielmehr «sehr allgemeiner Art, Kautschuk, nichts Konkretes.

Prag werde sich niemals bereitfinden, echte Zugeständnisse zu machen . . . Was hier angeboten wird, seien nominelle Konzessionen, deren praktische Durchführung völlig unübersichtlich sei.»

Am 8. September machte ein über DNB an alle Zeitungen verbreiteter Rundruf die Weisungen der Tage vorher nochmals besonders deutlich:

«Unter nochmaliger Betonung der in den Pressekonferenzen der letzten Zeit geäußerten Richtlinien wird nunmehr nochmals gesteigert darum ersucht, jeden unnötigen Angriff auf ein anderes Land, auch jede Herabsetzung und Kränkung, peinlichst zu vermeiden. Ausgenommen hiervon ist der Staat, der im Augenblick Terror gegen die Deutschen losbrechen lässt, denen er die Lebensrechte verweigert.»

In der Pressekonferenz des folgenden Tages wurde auf den Rundruf Bezug genommen und gesagt, er «sei notwendig gewesen, um zu verhüten, dass sich die deutsche Aussenpolitik verzettelt. Es sei Grundsatz der Aussenpolitik des Dritten Reiches, immer nur sich mit einer Sache zu befassen. Viel Feind, viel Ehr sei kein brauchbares Motto.»

Aus dem Ausland begann ein Strom von sensationellen Nachrichten zu fließen. Sie «wirkten alarmierend», sagte der Sprecher der Reichsregierung am 12. September in der Pressekonferenz. Aber wenn eine Rede des Führers bevorstehe, fügte er hinzu, «seien manche Länder geneigt, diese Rede beeinflussen zu wollen. Für die deutsche Presse liege kein Anlass vor, sich für solche Beeinflussungsversuche zur Verfügung zu stellen. Sie solle darum von solchen Meldungen . . . keinen Gebrauch machen. Ob die Führerrede irgendwelche Sensationen enthalten werde, sei nicht bekannt. Im ganzen schein die Situation doch wohl genügend geklärt. Man müsse also abwarten, was heute Abend gesagt werde.»

Dann wurde es als «notwendig» betont, «Zwischenfälle in der Tschechoslowakei gut herauszubringen. Sensationsmeldungen müssten vermieden werden». Danach folgte diese Weisung:

«Aus aussen- und innenpolitischen Gründen sei es nötig, Meldungen über Transportleistungen der Reichsbahn besonders gut

herauszustellen. Reichsbahn habe Parteitag und (dies vertraulich!) Transporte nach dem Westen, Erntetransporte und die Schwierigkeiten des Transportes nach Österreich ohne Hemmungen überwunden. Meldungen des Auslandes über Verstopfung völlig unzutreffend. Bitte um Kommentierung in diesem Sinne.»

Hitler hielt die angekündigte und im Ausland mehr als im Inland mit Erregung erwartete Rede am gleichen Tage, dem 12. September 1938, auf der Abschlusskundgebung des 10. Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg. Er befasste sich ausführlich mit der Tschechoslowakei, und zwar grundsätzlich, griff Prinzip und Praxis der Demokratie an und bezeichnete das Verhalten der Prager Regierung gegenüber den Sudetendeutschen als Bruch der tschechoslowakischen Verfassung. Die Rede gipfelte bei Behandlung dieses Themas in dem Satz:

«Ich habe in meiner Rede vom 20. Februar vor dem Deutschen Reichstag erklärt, dass das Reich eine weitere Unterdrückung und Verfolgung dieser dreieinhalb Millionen Deutschen nicht mehr hinnehmen wird, und ich bitte die ausländischen Staatsmänner, überzeugt zu sein, dass es sich nicht um eine Phrase handelt.»

Die Regierung in Prag reagierte am 13. September 1938 mit der Verhängung des Standrechts in einigen Bezirken des Landes, weil dort erneut «bedauernswerte Gewalttätigkeiten und Zusammenstöße mit Sicherheitsorganen» vorgekommen seien. Diese Massnahme gab der Sudetendeutschen Partei Anlass, ihrerseits ein Ultimatum an die Regierung zu stellen.

Es wurde vom Stellvertreter Henleins, dem Mitglied des Prager Parlaments Karl Hermann Frank, an den Ministerpräsidenten übergeben und enthielt die Forderungen, das Standrecht sofort aufzuheben, die Staatspolizei aus von Deutschen bewohnten Bezirken fortzunehmen, die Gendarmerie und alle übrigen Organe der Staatssicherheitsdienste auf ihre normalen Funktionen und ihren normalen Stand zu beschränken und sämtliche militärischen Formationen «von der Zivilbevölkerung fernzuhalten». Die Forderungen schlossen mit dem Satz:

«Falls diese Forderungen des Sudetendeutchtums zur Herstellung eines normalen Zustandes, unter dem allein verhandelt werden kann, nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet, veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbrei-

tet werden, lehnt die Sudetendeutsche Partei jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.»

Das Propagandaministerium hatte einige grosse Zeitungen zu einer Besprechung zusammengerufen. Dort wurde die Tatsache der ultimativ gestellten Forderungen bestätigt und gesagt, dass «es schwer vorstellbar sei, dass die Sudetendeutschen in einem solchen Lande noch länger aushalten könnten». In diesem Sinne seien die Mitteilungen zu kommentieren. Die Presse möge auf alle Vorgänge der letzten Zeit hinweisen, möge aber die Wörter «Provokation» oder «Provokateure» vermeiden.

In später Abendstunde fand am 13. September 1938 um 22 Uhr noch eine Sonder-Pressekonferenz statt. Der Bericht, der über die dort von Alfred Ingemar Berndt gemachten Ausführungen von der Berliner Redaktion der FZ an ihre Hauptredaktion gegeben wurde, lautete:

«Eine Fülle von Meldungen über schwere Zwischenfälle liegt vor. Authentische Zahlen über die Toten seien nicht möglich. Nach vorläufiger Zählung, fünfzehn Tote auf sudetendeutscher Seite. Genaueres nicht möglich, weil Telefonverbindungen nach Eger und Karlsbad unterbrochen seien. Warnt vor Meldungen aus reichsdeutschen Quellen, die sich auf Beobachtungen von diesseits der Grenze stützen. Sie seien meist übertrieben. Die Tschechen betonen, dass sie ‚in ihrem Lande‘ Ordnung schaffen würden; auch das Ausland spreche von einem ‚Land der Tschechen‘. Dies sei aber auch das Land der Deutschen, die in ihrem alten Siedlungsgebiet seit Jahrhunderten wohnten. Es heisst, die Deutschen hätten sich nicht so benommen, wie es sich für eine Minderheit gehöre, hätten Kundgebungen veranstaltet. Sie seien aber doch nicht etwa, so müssten wir darauf erwidern, Staatsbürger zweiter Klasse. Sie hätten dasselbe Recht in diesem Staate wie die Tschechen. Man könne wohl nicht von Provokationen sprechen, wenn die Deutschen mal Freudenkundgebungen veranstalteten. Die Rede des Führers habe ihnen die ersehnte moralische Stärkung gebracht, und nun seien die Deutschen, die so bedrückt und bedrängt seien, eben zu Kundgebungen der Freude zusammengekommen. Die Antwort der Tschechen darauf sei schärfster Terror gewesen. Grösste Zahl der Toten auf deutscher Seite. Auch die Tschechen hätten einige Tote, offenbar durch gegenseitige Schiessereien ohne Beteiligung durch Sudetendeutsche. Die Tschechen gäben elf Tote an, die Deutschen aber behaupten, dass

es nur drei auf tschechischer Seite seien. Die Tschechen würden versuchen, tote Deutsche nachträglich zu Tschechen zu stempeln.

Nun hätten die Sudetendeutschen eine Forderung an die Regierung gestellt, kein ‚Ultimatum‘. Zwar sei sie befristet, was den Charakter eines Ultimatums kennzeichnen würde, aber wegen des darin drohenden Untertones des Wortes soll in der Presse nicht ‚Ultimatum‘ geschrieben werden.»

Die Sprachregelung ging noch beträchtlich weiter, zählte die schon bisher behaupteten Unrechtsmassnahmen auf, erwähnte die «Gefahr, dass die Bevölkerung, die nicht mehr gelenkt werden könne, den Händen der Führung entgleite», sprach von tschechischen und kommunistischen Provokateuren, die «diese Gelegenheit nutzten, um die erregte Bevölkerung zu Unbesonnenheiten hinzureissen und sie dadurch ins Unrecht zu hetzen». Dies alles «habe die SDP gezwungen, mit einer sechsstündigen Frist um Aufhebung des Standrechts zu bitten». Die Befristung sei notwendig gewesen, «weil die Entwicklung neue Provokationen ermöglicht hätte». Vertraulich fügte Berndt noch hinzu, «dass die Erklärung der Sudetendeutschen bedauerlicherweise diese wichtigen Momente nicht enthalte».

Eine von der offiziösen italienischen *Informazione Diplomatica* verbreitete Erklärung wurde begrüsst, aber es wurde angeordnet, dass eine darin enthaltene Wendung zu streichen sei, welche die Alternative Krieg oder Frieden als gegeben bezeichnete. Das sei nicht die deutsche Ansicht.

Die Zahl der bei den letzten Zusammenstössen gezählten Toten wurde von Berndt am 14. September mit dreizehn auf der Seite der Sudetendeutschen und vier auf tschechischer Seite «berichtigt». Er sagte dazu:

«Nach allen diesen Zwischenfällen kann man sich kaum noch vorstellen, dass ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen im gleichen Staate möglich ist.»

Dann folgten auch in diesem Falle wieder Versuche, die öffentliche Meinung zu beruhigen:

«Dass Telefonleitungen nach Prag zum Teil nicht funktionieren, soll nicht als Moment der Beunruhigung verzeichnet werden.

Gerüchte von einer angeblichen Mobilisation in der Tschechoslowakei haben sich nicht bestätigt. Das Wort ‚Mobilisation‘ oder ‚Mobilisierung‘ ist ausserordentlich gefährlich und darf unter gar keinen Umständen verwendet werden. Eine Mobilisation wäre als eine ganz freche Provokation aufzufassen.»

Am 14. September 1938 um 19.39 Uhr verbreitete DNB folgenden Rundruf, bei dem, wie der Bericht der FZ hinzufügte, die Angabe der Zeit befohlen war:

«14. 9. 38, 18.58 Uhr. Über die Vorgänge in Haberspirk bei Falkenau darf nur nach DNB berichtet werden.»

Diese Mitteilung versah die Berliner Redaktion mit folgendem Zusatz:

«Wie wir hier hörten, sollen dort SDP-Leute Rathaus und öffentliche Gebäude mit Maschinengewehren besetzt halten; sie seien von tschechischem Militär umzingelt; es werde gekämpft. Dies aber nur zur Information.»

Solche zusätzlichen Informationen wurden, wenn Rundrufe verbreitet worden waren, nicht selten bei Telefonanrufen im Propagandaministerium (Zimmer 24) erlangt. In der Pressekonferenz dieses Tages, die vor dem Rundruf stattgefunden hatte, war die «Parole» (von Berndt) ausgegeben worden:

«Nicht von Entspannung sprechen, sondern die Zwischenfälle nach wie vor gross aufmachen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als seien wir etwa ‚weich‘ geworden oder würden es werden. Zwischenfälle dienen zur richtigen Untermalung.»

Am 16. September war der britische Ministerpräsident Chamberlain auf seine Bitte bei Hitler in Berchtesgaden, «um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden», wie die englische Erklärung lautete. Die Sprachregelung zu diesem ungewöhnlichen Schritt gab Berndt an diesem Tage:

«Über die Gefühle aus Anlass der Chamberlain-Reise sei sich wohl die Konferenz einig. Es sei eine grosse Sensation gewesen und für den Führer und Reichskanzler die grösste Genugtuung, die er in seiner politischen Arbeit erhalten hat. Die Presse möge nicht

überschwenglich werden. Chamberlain soll nicht als Friedensengel bezeichnet werden. Es sei nicht so, als ob nun bereits alles geregelt sei.»

Die Vorgänge im Sudetendeutschen Gebiet sollten «weiter scharf herausgestellt werden»:

« . . . Mit Schärfe seien die bisherigen Erfolge erzielt worden und könnten auch weitere Erfolge erreicht werden. Keine Zahlen über die Toten nennen, da doch keine zuverlässig festzustellen sind.»

«Elendsbilder aus dem Sudetenland», so wurde in der Pressekonferenz gesagt, «seien erwünscht, . . . falsch seien Bilder, die tschechische Manöver zeigten, wie sie vor drei Wochen waren», denn: «Inzwischen sei tschechisches Militär nicht mehr intakt.»

Nach einer Sprachregelung des Propagandaministeriums, die telefonisch übermittelt wurde, sollte «bis auf Weiteres keine Auflage herausgegeben werden dürfen, die nicht vier-spaltig (über alle Spalten) die neuen Vorkommnisse in der Tschechoslowakei und an erster Stelle die militärischen Massnahmen herausstellt. Allerschärfste Kommentierung. Der Ober-salzberg* soll an zweiter Stelle stehen . . . Gesamttendenz: Letzte Warnung an Prag.»

Am 14. September um 21.15 Uhr gab das DNB folgenden Rundruf aus:

«Verschiedene Zeitungen haben trotz Verbot die Mobilisation in der Tschechoslowakei verkündet und Schlagzeilen gebracht ‚Prag wiederholt den 21. Mai‘. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Prag lediglich Einziehungen und Truppenbewegungen vornimmt, die den Verdacht einer Mobilisation aufkommen lassen, so dass die betreffenden Meldungen mit einem Fragezeichen versehen werden müssten. Das ist strengstens zu beachten.»

Aber auch dies schien dem Propagandaministerium nicht auszureichen, um das gefürchtete Wort «Mobilmachung» aus den Zeitungen fernzuhalten. Durch direkte Telefonanrufe in den Redaktionen machte es, wie der Bericht der Berliner

* Begegnung zwischen Hitler und Chamberlain.

Redaktion der FZ besagt, «nachdrücklich darauf aufmerksam, dass das Wort ‚Mobilmachung‘ im Blick auf die Tschechoslowakei unter keinen Umständen in die Presse darf. Es müssten alle technischen Mittel angewandt werden, um es notfalls wieder zu entfernen».

Immer deutlicher verschärften sich danach die Weisungen. Die Prager Regierung habe in einer Verordnung sich die Möglichkeit eröffnet, «alle roten Horden in der Tschechoslowakei mit zu bewaffnen». In Leitartikeln sollten die Zeitungen «auf das Flüchtlingselend der Sudetendeutschen, die in das Reich übergetreten sind, eingehen. Man soll darauf hinweisen, dass sie Haus und Hof im Stiche lassen mussten, dass sie zum Teil krank, Frauen hochschwanger, kleine Kinder und so weiter sich im letzten Augenblick vor der tschechischen Soldateska retten konnten. Am besten wäre es, wenn eigene Schilderungen über das Elend der Flüchtlinge eingefügt werden könnten. Ein Appell an die Welt, solche Zustände nicht länger zu dulden» (16. September 1938).

Bei einem erneuten Anruf bezeichnete das Propagandaministerium die Tschechoslowakei als «Verbrecherstaat», wie man ihn nennen solle, und «die europäischen Staaten müssten sich über den Kopf des Deserteurs Benes hinweg die Hand zum Frieden reichen».

In der Nacht zum 17. September, dem Tage, an dem der französische Ministerpräsident Daladier und sein Aussenminister Bonnet eine Reise nach London unternahmen, um mit der britischen Regierung Möglichkeiten zur Rettung des Friedens zu erörtern, gab das DNB um 23.30 Uhr folgenden Rundruf heraus:

«Die Meldung ‚Furchtbare Bluttat der tschechischen Horden, Mutter mit ihren fünf Kindern erschossene soll vorläufig nicht abgedruckt werden, da noch Erkundigungen über weitere Einzelheiten eingezogen werden.»

In der Mittags-Pressekonferenz des 17. September lautete die Sprachregelung, die Berndt der Presse gab:

«Der Überfall auf das Diplomatenauto, die Unterbrechung der Telefonleitung und die Meldung ‚Was geht auf dem Friedhof von Eger vor?‘ sind gross aufzumachen. Es liegen beglaubigte Berichte

vor, dass auf diesem Friedhof eine grosse Zahl von Leichen liegt. Grosses Interesse besteht auch daran, sich mit der Tatsache zu beschäftigen, dass die deutschen Sozialdemokraten versuchen, auf die jetzt führerlos gewordene deutsche Bevölkerung einzuwirken. Hier muss in der deutschen Presse eine Gegenwirkung erzielt werden. Es ist nämlich gelungen, durchaus deutsche Zeitungen über die Grenze in das Sudetengebiet zu bringen. Der Führer der Sozialdemokraten, Jaksch, musste sich unter Polizeischutz begeben. Ausserdem seien drüben Plakate angeschlagen worden mit der Frage, wo er die 500.000 Kronen gelassen hat, die ihm der Eisenbahnminister Bechyne gegeben hatte.»

Und inmitten weiter folgender Weisungen war auch der Satz zu hören: «Die Nachricht von der Erschiessung einer Frau und ihrer fünf Kinder hat sich nicht bewahrheitet.» Der nächste Satz in der Weisung:

«Gesamttenenz: Dieser Staat ist eine Schande in Europa, er muss von der Bildfläche weg, erst dann wird Frieden sein .. .»
So Berndt am 17. September 1938.

Es fehlte auch nicht die Behauptung, dass Dokumente aufgefunden worden seien, «die ein Zusammenspiel von Prag und Moskau gegen die Sudetendeutschen beweisen». Fotokopien wurden angekündigt und «grösste Aufmachung» und «schärfste Kommentierung» angeordnet. Aber: «Meldungen aller Art über das Sudetendeutsche Freikorps dürfen nur von DNB übernommen werden», so eine Weisung am 18. September. «Vor einer Bartholomäusnacht in der Tschechoslowakei?» wurde den Zeitungen als Überschrift empfohlen. Auf das Fragezeichen wurde hingewiesen. Am folgenden Tage ergänzte Berndt:

«Die Zeitungen, die bisher nur mit 7,5-cm-Geschützen geschossen haben, sollen sich erinnern, dass es auch 21-cm-Geschütze gibt.»

DNB werde «eine ganze Menge Material über die Schicksale einzelner Menschen» bringen, und diese Berichte sollten «in der knappsten und dramatischsten Form ohne Beiwerk herausgebracht werden». Berndt, der diese Weisungen gab, fuhr unmittelbar fort:

«Was Godesberg angeht, so ist es vollkommen überflüssig, dass so viele hinfahren, wie sich angemeldet haben. Dass Chamberlain einen Regenschirm trägt und dass das Hotel hundert Zimmer hat, kann auch der Lokalberichterstatter melden. Sonst kommt ausser einem Kommuniqué nichts heraus.»

Das «wusste» Berndt also schon vor der Begegnung.

In Godesberg wollten Chamberlain und Hitler nochmals zusammentreffen, weil die englische und die französische Regierung ihre Bemühungen um eine friedliche Regelung nicht aufgaben. Nach immer neuen «Zwischenfällen» und «Greuelthaten» betonte der Regierungssprecher Berndt am 19. September die Dringlichkeit des Themas «Moskau hilft Prag», das zwar schon mehrfach angeklungen war, jetzt aber in den Mittelpunkt gezogen wurde: «Russische Offiziere in der tschechischen Armee, Moskauer Demonstrationen gegen England . . .», aber: «Unter keinen Umständen dürfen Meldungen über Grenzzwischenfälle aus privaten Quellen genommen werden. Eigene Meldungen müssen vorgelegt werden.»

Das Propagandaministerium machte kein Hehl daraus, dass es jede Nuance der Nachrichtengebung und Meinungsäusserung in der deutschen Presse gerade in diesen Tagen zu überwachen und zu bestimmen gedenke. Die englisch-französischen Bemühungen hatten offensichtlich die Entscheidung verzögert, und es bestand die Gefahr, dass selbständige Meinungsäusserungen in der deutschen Presse eine eigenwillige Tendenz verfolgten. Die Ungeduld wurde deutlich, als in einer Kommentaranweisung, die am 20. September um 21 Uhr telefonisch an die Redaktion der FZ in Berlin übermittelt wurde, unter anderem der Satz fiel,

«dass Deutschland nicht einen Tag länger warten kann, will und wird. Die Frage brennt Deutschland unter den Nägeln. Es kann unmöglich weiter Zusehen. Die Flüchtlinge haben ein Recht, wieder in ihre Heimat kommen zu können. Prag will diskutieren, Deutschland diskutiert aber nicht.»

Am nächsten Tage hiess das Stichwort, unter dem die deutsche Presse arbeiten sollte: «Völliges Chaos in Prag». Es sollten alle Meldungen aufgegriffen werden, «die geeignet erscheinen, von einem Prager Durcheinander zu berichten.

Die Flucht führender Industrieller und ihrer Familien, der ausgedehnte Luftverkehr, seien bereits von DNB gemeldet worden. Streit in der Regierung, Streit der Parteien untereinander und mit der Regierung seien andere Punkte.»

Die Bemühungen Chamberlains schienen Erfolg zu haben. Zwar wurde ein englisch-französisches Kommuniqué, das in der Nacht vom 18. zum 19. September herausgegeben worden war und die Hoffnung aussprach, dass es möglich sein werde, «die Frage einer allgemeinen Bereinigung im Interesse des europäischen Friedens zu prüfen», nicht bekanntgegeben, aber Prag nahm die Vorschläge an, die ihm von seinen Verbündeten in diesem Sinne gemacht wurden. Dazu erfolgte am 21. September die Weisung:

«Die Meldung, dass Prag bedingungslos angenommen habe, soll nicht gross aufgemacht werden. Erst müsste man Taten sehen, und es sei noch sehr die Frage, ob Prag in der Lage sei, seine Zusage auch durchzusetzen.»

Wiederum fügte das Propagandaministerium eine zusätzliche Weisung telefonisch an, über welche die Berliner Redaktion der FZ notierte:

«Im Leitartikel, jedoch nicht besonders hervorgehoben, etwa sagen, dass nach unbestätigten Gerüchten Prag die Vorschläge angenommen habe. Für uns spiele dies keine Rolle mehr. Prag habe zu lange gewartet und seine alte Taktik, diskutieren zu wollen, statt den Tatsachen ins Auge zu sehen, angewandt und dabei die Zeit verpasst. Die Geschichte sei inzwischen weitergegangen, denn Polen und Ungarn hätten ihre Forderungen angemeldet. Dadurch sei eine andere Lage entstanden.»

Ein zweiter Telefonanruf des Propagandaministeriums am gleichen Abend wiederholte diese Weisung im Wesentlichen, enthielt aber noch die Bemerkung: «Keine grossen Erörterungen über Inhalt der Vorschläge, die ohnehin überholt seien.»

Nach diesen wiederholten Erklärungen konnte keine Unklarheit darüber herrschen, dass die Reichsregierung die englisch-französischen Vorschläge nicht anzunehmen bereit war. So war es nicht verwunderlich, dass sich vielerlei Gerüchte verbreiteten. Die Regierung in Prag sei zurückgetreten, lautete eines, das in der Glossenkonferenz am 22. Sep-

tember aufgenommen wurde. Mit Unterstützung des Freikorps der Sudetendeutschen, so lautete ein anderes, habe die SDP «örtlich die Herrschaft übernommen». In der Pressekonferenz sagte dazu der Sprecher der Reichsregierung: «Das stimmt insofern nicht, als sich erst in der Gegend von Eger die Verhältnisse umgekehrt haben. In den anderen sudetendeutschen Gebieten ist die Lage noch völlig ungeklärt. Dies ist unbedingt zu beachten.»

Eine DNB-Meldung vom gleichen Tage hatte bereits unter der Überschrift gestanden «Hakenkreuzfahnen über dem Sudetenland». Berndt erläuterte nun die Lage so:

«Es ist noch keine Ruhe und kein Frieden eingetreten. Überall haben sich neue Provokationen ereignet. Es darf also nicht der Eindruck entstehen, als sei alles in Ordnung, als hätten wir gesiegt und als passiere nichts mehr. Es passiert noch allerhand!»

Der britische Aussenminister Anthony Eden hatte eine Rede gehalten, die den englisch-französischen Standpunkt darlegte und ausschliesslich vom Gesichtspunkt des Rechtes diktiert war. Dazu sagte Berndt in der Pressekonferenz am 22. September:

«Wenn weitere Zeitungen die Rede von Eden kommentieren wollen, dann sollen sie noch mehr . . . auf Chamberlain eingehen. Wir wollen nämlich Chamberlain streicheln. Er muss jetzt in Ordnung bringen, was Eden vorher verbockt hat. Eden hat den Tschechen stets den Rücken gestärkt und sie an der Verwirklichung der Minderheitenrechte gehindert. Chamberlain muss also ganz gross herauskommen als verantwortungsbewusster Engländer, der den Versuch macht, Sünden der Vergangenheit gutzumachen. Er muss eine gute Presse haben. Noch einmal wird auch davor gewarnt, irgend etwas zu erörtern, was geeignet wäre, die Engländer und Franzosen zu kränken.»

An diesem Tage sprachen Hitler und Chamberlain abermals miteinander, und zwar in Bad Godesberg, wo sie bis zum 24. September blieben. Die ausländische Presse veröffentlichte eine Reihe von Erklärungen und Nachrichten. In der deutschen Pressekonferenz blieben wie bisher die Zwischenfälle wichtiger als der Versuch, doch noch eine friedliche Lösung zu finden. Dass nach dem Abzug des tschechischen

Militärs aus den Gebieten des Sudetenlandes – eine völlig nebenher erwähnte Tatsache! – Freikorpsverbände die Grenze überschritten hätten, durfte nicht gemeldet werden, vielmehr war zu sagen, «dass die Sudetendeutschen jenseits der Grenze nach Abzug des Militärs den Ordnungsdienst übernommen hätten». Jede Erwähnung des Freikorps jenseits der Grenzen wurde «strengstens untersagt». Das Freikorps solle in der deutschen Presse «so wenig wie möglich erscheinen», was natürlich auch für die Bildberichterstattung galt.

«Über Godesberg können weiter Stimmungs- und Rahmenberichte wie bisher gebracht werden, nicht aber Inhaltsangaben über die Gespräche» – mit dieser Antwort musste die Berliner Redaktion der FZ eine drängende Frage der Hauptredaktion bescheiden, die das ständig umfangreicher, interessanter und wichtiger werdende Nachrichtenmaterial aus dem Ausland verwerten wollte. Die deutschen Leser blieben uninformiert. Eine tschechische Mobilisierungsmeldung, die am Abend des 23. September vorlag, durfte nach Verbot durch Rundruf nicht gebracht werden. Auch DNB hatte sie ausgegeben, zog sie aber wieder zurück. Erst am nächsten Morgen, dem 24. September, wurde sie wieder freigegeben. Um diese Zeit waren die Morgenblätter bereits ausgedruckt.

In der Pressekonferenz gab Alfred Ingemar Berndt am 24. September 1938 dann eine schriftlich formulierte Erklärung ab, zu der er jedoch zusätzliche Bemerkungen machte; sie sind in der Wiedergabe des Berichtes in Klammern gesetzt:

«Die deutsche Presse muss die Ruhe und Sicherheit der Staatsmänner in Godesberg den Panikmachern in Prag gegenüberstellen und den schreienden Gegensatz zwischen dem Verhalten der Prager Regierung und den Bemühungen Chamberlains und des Führers um den Frieden deutlich machen. Sie muss dabei eine feste und energische Sprache führen, aber alle Verbalinjurien unterlassen. (Auch Karikaturen von Staatsmännern und dergleichen; wir brauchen noch Steigerungsmöglichkeiten.) Es muss darauf eingegangen werden, dass die Machthaber in Prag in letzter Minute den Versuch gemacht haben, die Friedensbemühungen des Führers und Chamberlains zu sprengen, in der Hoffnung, einen Konflikt hervorrufen zu können und dann schon die nötigen Bundesgenossen zu finden. Es muss sehr deutlich darauf hingewiesen werden – dies kann auch in Schlagzeilen geschehen –, dass nach den aus Prag eingegangenen Informationen die Mobilisie-

rung an die Annahme geknüpft wurde, dass die Verhandlungen in Godesberg gescheitert seien und dass die Regierung in Prag, auf diese Voraussetzung bauend, ihre Massnahmen getroffen hat. Prag hat also zweimal auf Grund einer Lüge mobilisiert. (Der erste Fall war am 21. Mai die Lüge von deutschen Truppenbewegungen an der tschechischen Grenze.)

Man muss auch darauf hinweisen, dass Prag es fertigbekommen hat, zu einer Zeit, als die dreistündige Unterredung gerade erst begonnen hatte, zu melden, Chamberlain sei abgeflogen. (Zwischenüberschrift vielleicht: ‚Prag gegen Chamberlain‘ oder ‚Prag gegen den Friedens‘)

Alles muss gross herausgestellt werden, was die Friedenssabotage der Prager Regierung deutlich macht, und dagegengestellt werden müssen die höchst anzuerkennenden Bemühungen Chamberlains und seine gemeinsame freundschaftliche Beratung mit dem Führer. (Wir müssen ganz besonders aufpassen, dass nicht plötzlich eine Kriegsschuldfrage konstruiert wird; die Bemühungen hierfür sind in Prag deutlich zu spüren.)»

Für die damals übliche Sprache waren diese Äusserungen von Berndt massvoll, was in der Pressekonferenz durchaus beachtet wurde, besonders, nachdem das Oberkommando der Wehrmacht anschliessend an Berndt erklären liess:

«Meldungen, aus denen die Demoralisierung der tschechischen Armee hervorgeht, sind ausführlich zu bringen. Meldungen über das disziplinierte Verhalten des Infantrieregiments 33 in Eger sind unerwünscht. Man hätte berichten sollen, dass die Soldaten dieses Regiments sich nicht aus ihren Kasernen herausgetraut haben; dann wäre die Meldung richtig gewesen. Unerwünscht sind auch Bilder, die die Tschechen als gutausgebildete und disziplinierte Truppen zeigen . . . Erwünscht sind Bilder über Bolschewisierungsversuche in der tschechischen Wehrmacht.»

«Mit armdicken Buchstaben», so wies das Propagandaministerium am 25. September telefonisch die Redaktionen an, sei die Meldung über eine Kundgebung aufzumachen, auf der Adolf Hitler sprechen werde:

«Immer in schicksalsschweren Stunden habe der Führer des Reiches zum deutschen Volke gesprochen, so auch jetzt. Es sei die Absicht der Staats- und Volksführung, in solchen Augenblicken Fühlung mit dem Volke selbst zu nehmen. Das sei wahre

Demokratie. Jede Geheimdiplomatie sei ausgeschlossen. Das ganze deutsche Volk werde Zeuge dieser Rede sein, im Sinne der alten Parole: Führer befehl, wir folgen!»

Die Rede wurde am 26. September im Berliner Sportpalast gehalten. Über sie sollte aber, so eine Weisung vom gleichen Tage, vor Beginn der Rede gegeben, «ganz besonders vorsichtig und zurückhaltend geschrieben werden. Der Führer werde sehr vieles sagen, und jedes Wort müsse jetzt auf die Goldwaage gelegt werden». Kommentare waren also nicht untersagt. Es war die Rede, in der Hitler nach einem pathetischen Dank an Chamberlain den Satz hinzufügte: «Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, dass es - wenn dieses Problem gelöst ist - für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt.»

Die Rede war eine der schärfsten, die Hitler gehalten hat. In der Pressekonferenz des nächsten Tages (27. September) gab Berndt die Weisung:

«Man hat sich an die Kriegspropaganda vom August 1918 zu erinnern, die sich nicht mehr gegen Deutschland richtete, sondern gegen den Kaiser. So müssen wir jetzt gegen Benes vorgehen. Er ist der letzte überlebende Vater von Versailles, ein Überbleibsel aus einer überlebten Zeit, aus der Zeit von Wilson, Clemenceau und Lord Grey. In seiner Eitelkeit und persönlichen Machtsucht war er immer bereit, die Welt in Brand zu stecken. Er ist ein moderner Nero. Verbalinjurien sollen aber nicht verwendet werden. Die Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit sind absolut berechtigt. Seine Hassgefühle werden von einem grossen Teil seines eigenen Volkes nicht gebilligt. Das deutsche Volk will mit dem tschechischen Volk in Frieden leben. Von den Staaten, die auf dem Papier zur Hilfe bereit sind, wird niemand dem tschechischen Arbeiter Brot geben können. Wirtschaftlich ist die Tschechoslowakei auf uns angewiesen. Aus einem klaren Schnitt zwischen den beiden Völkern wird am ehesten Versöhnung und Zusammenarbeit entstehen können. Natürlich ist das tschechische Volk auf der anderen Seite nicht zu verherrlichen.»

Die persönlichen Angriffe auf Benes waren mit den hier aus dem Bericht zitierten keinesfalls beendet. Berndt fuhr fort, Benes «habe sich in den westeuropäischen Hauptstädten ausgelebt, während die Nationen verbluteten, er lebte, als ob es gar keinen Krieg gäbe». Dann weiter:

«Er hat für seine Sicherheit alle Vorkehrungen getroffen. . . . Das tschechische Volk weiss auch, dass auf dem Prager Flugplatz ständig eine dreimotorige Maschine für Herrn Benes bereitgehalten wird, mit der er jederzeit in seine Wahlheimat Moskau fliegen kann, wenn ihm die Lage in Prag nicht mehr geheuer scheint, während sich das Volk verblutet, weil es von dieser Politik ins Unglück gestürzt wird. Es muss immer wieder hervorgehoben werden, dass Benes der Herr über Krieg und Frieden in Europa ist. Es muss sich zeigen, ob er wirklich gewillt ist, ein gegebenes Versprechen zu halten. Es muss immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, dass das deutsche Volk nichts gegen das tschechische Volk hat, dass aber die dreieinhalb Millionen Deutschen, die in der Tschechoslowakei lebten, in ihre Heimat zurückkehren wollten. In Stimmungsbild und Leitartikel muss das Gelöbnis der Nation in der grossen Sportpalast-Kundgebung zum Ausdruck kommen, und dass in Deutschland 75 Millionen im letzten Vertrauen zu ihrer Regierung stehen und zu ihrem Führer.»

Ein Appell Roosevelts wurde mit einem Hinweis auf Wilsons Verhalten beantwortet: «Deutschland habe einmal einem amerikanischen Präsidenten vertraut und sei schwer enttäuscht worden.» Zugleich wurde die Presse angewiesen: «Über militärische Massnahmen in Deutschland darf nichts berichtet werden, wohl aber über militärische Massnahmen der Tschechoslowakei» (Pressekonferenz, 27. September 1938). Ein DNB-Rundruf vom gleichen Tage lautete:

«Über die Durchfahrt von Truppenteilen durch Berlin soll nicht berichtet werden.»

Als eine Chamberlain-Rede bekannt wurde, der am 27. September im britischen Rundfunk sprach, sagte das Propagandaministerium:

«Die Chamberlain-Erklärung wird nicht veröffentlicht, kann also auch nicht kommentiert werden. Es sei jetzt genug geredet. Der Führer habe gestern alles Nötige gesagt. Jetzt muss man handeln.»

Die Westmächte aber liessen ungeachtet dieser auf eine endgültige Entscheidung bezogenen deutschen Erklärungen nicht nach in ihren Versuchen, die nicht mehr abwendbar

erscheinende Aktion der Reichsregierung unblutig verlaufen zu lassen. Sie erreichten eine nochmalige Konferenz. England hatte sich an Mussolini gewandt, und dieser hatte vermittelt. Der englische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, der *Duce* und Hitler trafen am 29. September in München zusammen. Die erste Weisung an die deutsche Presse zu diesem weltweit beachteten Ereignis lautete:

«Auf keinen Fall daraus eine Konferenz-Psychose machen. Das Hauptthema muss nach wie vor sein: Wir fordern unser Recht! In diesem Sinne muss die Presse morgen wie ein eiserner Block dastehen. Die Meldung über die Konferenz soll nicht als Hauptschlagzeile verwendet werden.»

Dann wurde eine Kommentaranweisung im schriftlich formulierten Wortlaut gegeben (28. September 1938):

«Der Ton ist auf das Wort *Besprechung* zu legen; das Wort *Konferenz* soll unter allen Umständen vermieden werden. Die Kommentierung muss im Sinne des Kommuniqués erfolgen, jedoch nicht so, als ob nun schon alle Schwierigkeiten gelöst seien. Es muss erklärt werden, dass hoffentlich jetzt die Staatsmänner im Westen erkennen werden, dass sie von Herrn Benes in den letzten Tagen hinter das Licht geführt worden sind.

Grundlage der Besprechungen bleibt der unabdingbare Rechtsanspruch Deutschlands auf Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudetendeutschen und schnellste Beseitigung des dort herrschenden blutigen Terrors, der ganz Deutschland zur Raserie bringt und den kein Volk von Ehre, Charakter und Ansehen tatenlos hinnehmen würde . . .»

Am folgenden Tage, dem 29. September, begann Berndt die Pressekonferenz wie folgt:

«Gestern Abend haben einige Hauptschriftleiter offenbar die Nerven verloren oder der Profit ging einigen Verlegern über das Vaterland. Trotz aller Anweisungen ist nämlich die Münchener Besprechung ganz gross aufgemacht und auch in der Form von Extrablättern verkauft worden. Das Ausland schaut aber ganz genau auf jedes Stimmungsmoment. In den letzten vierzehn Tagen hat die deutsche Presse glänzend gearbeitet, so dass es jetzt nicht angeht, anders aufzutreten. Eine Durchbrechung der Linie können wir uns keineswegs gefallen lassen . . .»

Erst als zweite Schlagzeile sollte München verwendet werden, als erste wie bisher Meldungen über neue Terrorakte, Vernichtung von Abstimmungsunterlagen durch die tschechischen Behörden, «Vorbereitung von Sprengungen von Talsperren» und so weiter. Sogar die Börsenberichte wurden dem Zweck unterstellt:

«Die Herren im Handel machen noch nach liberalen Gesichtspunkten Glossenberichte, die als Panikmache wirken. Amtlich muss ich daher mitteilen (Berndt): Zeitungen, bei denen in Börsenberichten, auch in ausländischen, irgendwie in Defaitismus gemacht wird, werden wegen Landesverrats beschlagnahmt. Auch wird der verantwortliche Handelsredakteur selbst belangt. Man weiss, dass ein Teil von ihnen noch aus der liberalistischen Zeit stammt. Statt an Deutschland zu denken, denken diese Herren nur an Kursschwankungen.»

Am 30. September 1938 lag das Ergebnis der «Besprechungen» von München vor. Es besagte im Wesentlichen:

«Die Tschechoslowakische Republik solle zwischen dem 1. und 10. Oktober die sudetendeutschen Gebiete räumen;
polnische und ungarische Ansprüche sollen später erörtert und geklärt werden;
der Rest des bisherigen tschechoslowakischen Staates wird durch die Grossmächte garantiert.»

Ein weiteres Ergebnis war die Unterzeichnung einer deutsch-britischen Nichtangriffserklärung. Eine Reihe von Zusatzerklärungen müssen zu dem Gesamtergebnis hinzugezogen werden. In dem Glauben, den «Frieden für unsere Zeit» gerettet zu haben, kehrten Chamberlain und die anderen Regierungschefs in ihre Länder zurück. Das «Münchener Abkommen» schien die Wende gebracht zu haben.

Die Pressekonferenz wurde an diesem Tage von Hans Fritzsche als Sprecher der Reichsregierung bestritten. Nach dem Bericht, der an die FZ-Hauptredaktion gegeben wurde, sagte er:

«Wir wollen heute die tschechischen Gewalttätigkeiten und den Terror, den wir aus begreiflichen Gründen bisher sehr gross aufgemacht haben, etwas in den Hintergrund treten lassen. Was

an Tatsachenmeldungen kommt, muss verzeichnet werden. Aber die Zeitungen sollen nicht auf diesen Meldungen aufgebaut werden. Der Aufbau muss vielmehr ausgehen von dem Gedanken des Friedenswerkes des Führers, von der Leistung des Führers im Dienste des Volkes und des europäischen Friedens.»

Den Staatsmännern des Westens konnte gedankt werden, aber «bei allen notwendigen Worten der Anerkennung für sie soll nicht zu weit gegangen werden, damit nicht die jeweilige Opposition ihres Landes mit Fingern auf sie zeige und sagt, Daladier und Chamberlain hätten sich einwickeln lassen». Mussolini sollte «der Anteil des Dankes gezollt werden, der ihm gebührt». Im Übrigen möge die Presse «nicht so tun, als ob uns nun ein Stein vom Herzen falle». Es sollte «kein Triumphgeschrei» angestimmt werden, «um nicht andere Mächte zu verschnupfen». Schliesslich sagte Fritzsche:

«Es muss die Hoffnung ausgesprochen werden, dass innerhalb der Frist von drei Monaten es auch zu einer Regelung der polnischen und ungarischen Frage kommen wird, die Deutschland den befreundeten Nationen Polen und Ungarn von ganzem Herzen wünscht.»

Es war hierbei an die Forderungen gedacht, die diese beiden Länder an die Tschechoslowakei gestellt hatten, auch ihre Minderheiten aus dem tschechischen Staatsverband zu lösen. Die Presse sollte «herzlichste Worte der Begrüssung für die Sudetendeutschen finden, die nun in das Reich kommen . . .».

Der Einmarsch der deutschen Truppen war nach einer Mitteilung an die Presse, die am 1. Oktober mittags gegeben wurde, für diesen Tag um 14 Uhr bestimmt worden. Berndt, der die Pressekonferenz leitete, ordnete an, dass am nächsten Tage «die sachliche Würdigung der errungenen politischen Erfolge beginnen» müsse. Er sprach von einem «schweren diplomatischen Kampf», der von Deutschland durchgekämpft worden sei, und sagte: «Heute ist es eine Grossmacht ersten Ranges, es steht militärisch, sozial und so weiter an der Spitze aller Nationen.» Dann folgte ein grundsätzlicher Überblick, der die Gedanken auch, gewollt oder nicht, in die Zukunft lenkte:

«Ausser im Weltkrieg hatten Deutschland und England jahrhundertlang niemals die Waffen miteinander gekreuzt, und dies wird nun auch wieder geschehen. Dabei kann auch auf das Flottenabkommen zurückgegriffen werden. Jeder Deutsche hat Anlass, unbändig stolz auf sein Reich und seinen Führer zu sein.»

Darauf wandte sich Berndt realeren Themen zu:

«Was die Berichterstattung angeht, so ist nach wie vor alles über militärische Dinge gesperrt. Alle Nachrichten durchlaufen die Zensur. Es wird zum erstenmal eine Organisation ausprobt, die für den Ernstfall unerlässlich wäre und die man irgend einmal ausprobieren muss.»

In dieser Pressekonferenz am 1. Oktober 1938 wurde auch zum erstenmal ausführlicher von «Propaganda-Kompanien» gesprochen:

«Als Berichterstatter gehören zu ihnen ausgebildete Leute, die grundsätzlich aus den Bezirken stammen, zu deren Generalkommando die Kompanie gehört.»

Natürlich sollte nun nicht mehr ‚von tschechischer Soldateska‘ geschrieben werden, auch nicht zum Ausdruck kommen, dass sich die tschechische Armee in Auflösung befinde. Wir haben kein Interesse daran, in diesem Augenblick über das tschechische Heer herabsetzend zu schreiben.»

Das Propagandaministerium hatte es nicht leicht, auf viele ihm in den Pressekonferenzen oder in Telefonanrufen gestellte Fragen überzeugend (soweit möglich) zu antworten, wenn auf bisher gültige Weisungen verwiesen wurde. Am 3. Oktober sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Aschmann:

«Hin und wieder taucht die Frage auf, wie es mit dem tschechisch-sowjetrussischen Vertrag stehe. Nun haben die Tschechen die französische und englische Garantie aus München und die Zusicherung der deutschen Garantie. In dem Moment, in dem die deutsche Garantie eintritt, ergibt sich dann auch automatisch die Regelung der anderen Fragen.»

Aschmann wurde gefragt, wann die deutsche Garantie gegeben werde, und er antwortete: «Automatisch heisst das Stichwort, also wenn erst alles mit Prag wirklich klar ist.»

Am 4. Oktober sprach Hans Fritzsche ausführlich über die Zensur, die über Nachrichten zum Thema Tschechoslowakei lag:

«Wenn also die Berichte, die der Zensur vorgelegt werden, so gut seien, dass die Zensurbehörde praktisch gar nichts zu tun habe, dann helfe man, eine Grundlage dafür zu schaffen, dass gegebenenfalls die Zensur nicht alles zu erfassen brauche.»

Nach der Konferenz wurde er gefragt, ob alle bisherigen Nachrichten «wirklich zuverlässig» waren. Er antwortete: «Oft nicht ganz geklärt, besonders solche aus Eger. In solchen Zeiten kann man einfach nicht alles genau feststellen.»

Als nach der Besetzung des Sudetenlandes bekannt wurde, dass zwei populäre Skilehrer, Sagasser und Berauer, von denen gemeldet worden war, die Tschechen hätten sie heimtückisch erschossen, sich am Leben befanden, musste die deutsche Presse dies mitteilen, «um die falsche Meldung zu korrigieren» (10. Oktober 1938).

Die englische und die französische Regierung zogen aus den Ereignissen Schlüsse. Am 6. Oktober 1938 berichtete eine Berliner Zeitung (der Name ist leider nicht verzeichnet) über den Umfang der englischen «Kriegsvorbereitungen», wie Hans Fritzsche es in der Pressekonferenz nannte: «Es ist unerwünscht, zu sagen, dass England den Krieg schon in grossem Umfange vorbereitet hatte», fügte er hinzu. Die deutsche Öffentlichkeit sollte in keinem Zusammenhang das Wort Krieg hören oder lesen.

Die Berichterstattung wurde jetzt darauf ausgerichtet, «den Tschechen den Weg zur Verständigung mit ihrem grossen Nachbarn nicht zu verbauen» (9. Oktober). «Zu anderen Zeiten», sagte Fritzsche in der Pressekonferenz am 11. Oktober, «die unter anderem Vorzeichen standen, habe man mit allen schweren Geschützen der Propaganda in den Kampf eingreifen müssen.

Das sei seit einiger Zeit vorbei, wie sich herumgesprochen haben müsste. Er müsse dringend bitten, Ausdrücke wie ‚Soldateska‘, tschechischer Schweinestall‘ und ähnliche unter allen Umständen zu vermeiden. Die Tschechen müssten ritterlich behandelt werden.»

Am 14. Oktober, drei Tage später, kam der neue Aussenminister der verkleinerten Tschechoslowakei, Frantisek Chval-

kovsky, nach Berlin. Das Propagandaministerium gab folgende Sprachregelung schriftlich an die Zeitungen aus.

«Der Ton der Tschechoslowakei gegenüber muss zurückhaltend, soll aber nicht unfreundlich sein. Falsch wäre es, schon vom Beginn einer Freundschaft zu sprechen. Dazu müssen erst Taten abgewartet werden. Es müsste zum Ausdruck gebracht werden, dass die Tschechoslowakei im europäischen Wirtschaftsraum mit uns Zusammenleben muss und kann. Es kommt jetzt darauf an, Mittel und Wege dazu zu finden, so dass dieses Zusammenleben für beide Teile vorteilhaft werden kann. Die Tschechoslowakei muss sich klar darüber sein, dass jede gegen Deutschland feindliche Tendenz in ihrer Politik von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre und auf sie selbst zurückfallen müsste. Die alte, zwanzig Jahre betriebene Politik ist völlig gescheitert, weil sie nie auch nur den leisesten Versuch gemacht hat, vernünftig mit ihrem grössten Nachbarn zusammenzuleben. Sie muss nun völlig neue Wege gehen.»

Diese Erklärung des Propagandaministeriums wurde schon wegen der Besonderheit ihrer Übermittlung beachtet, dann aber auch wegen der darin enthaltenen, in die Zukunft greifenden Formulierungen. Sollte einmal eine «gegen Deutschland feindliche Tendenz» von der deutschen Reichsregierung erkannt, festgestellt oder auch nur behauptet werden, so würde eine solche Politik «auf sie selbst zurückfallen», auf die Tschechoslowakei, deren grösster Nachbar das Mass der Vernunft bestimmen würde. Eine Notiz über den Sinn dieser Anweisung hielt solche Überlegungen fest. Aber auch das Organ der Hitler-Jugend, die von Baldur von Schirach, dem Reichsjugendführer, entscheidend beeinflusste Zeitschrift *Wille und Macht*, veröffentlichte einen Artikel, der ähnliche Konsequenzen voraussah.

In der Pressekonferenz am 17. Oktober warnte Berndt «dringend vor dem Artikel ‚Zeitenwende‘ in der neuesten Nummer von *Wille und Macht*. Hier wird zum Beispiel die Geschichtslüge wiedergegeben, dass Deutschland für den 28. September, 14 Uhr, die Mobilmachung vorgesehen habe. Ganz allgemein ist der Artikel sehr oberflächlich geschrieben.»

In Prag war eine neue Regierung gebildet worden. Das Auswärtige Amt bezeichnete sie als «eine Folge der Verhältnisse». Präsident Benes war nicht geflohen, aber es gab

Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt. Die deutschen Zeitungen sollten sich nicht damit befassen (5. Oktober 1938). Fritzsche sagte in der gleichen Pressekonferenz:

«Stärker als bisher sollen jetzt Berichte über die Not in den von deutschen Truppen noch nicht besetzten Gebieten gebracht werden. Man hat sie bisher absichtlich in den Hintergrund treten lassen. Heute ist die Situation aber etwas anders. Das soll aber nicht bedeuten, dass Greuelberichte gebracht werden sollen. Man soll nur die Tatsachen stärker unterstreichen. Es ist noch nicht an der Zeit, rückschauende historische Betrachtungen über die letzten vierzehn Tage zu bringen. Wenn am Montagein Blatt vom Druck auf den Knopf gesprochen hat, vom kritischen Mittwoch, von der berühmten Stunde 14 und so weiter, so hält man das, die Dinge darzustellen, noch für verfrüht. Den Ablauf der Ereignisse kann man heute historisch noch nicht darstellen; das muss einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden. Tatsächlich ist der genannte Aufsatz vom Ausland auch tendenziös verwendet worden (Strassburger Sender). Besonders vertraulich: Es darf unter keinen Umständen irgendeine Andeutung über ‚Landtruppen‘ im Sudetengebiet erscheinen (Fallschirm-Infanterie).»

Diese «historischen» Betrachtungen waren zugleich auch nachgeholte Tatsachenberichte, die der Hauptschriftleiter der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* in Berlin, Dr. Karl Silex, gewagt hatte.

Noch weiter auf künftige Entwicklungenweisend, wurde am 29. Oktober in der Pressekonferenz ein bevorstehendes Eisenbahnabkommen mit der Tschechoslowakei genannt, vom Projekt eines Oder-Donau-Kanals gesprochen und schliesslich «das Thema Reichsautobahn quer durch die Tschechoslowakei» angeschnitten, das letztere mit dem nachdrücklichen Hinweis, dass die Presse die Autobahn nicht zu behandeln habe, «aber sie sei fest ins Auge gefasst».

Das Reich wirkte im Sudetengebiet, das Bestandteil des Deutschen Reiches Hitlerscher Prägung geworden war. Noch gab es Streit über die neue Grenzziehung, die im Prinzip von der Münchener Konferenz, in Einzelheiten von einer international zusammengesetzten Kommission vorgenommen wurde. In der offiziellen *Deutschen Diplomatischen Korrespondenz* Nr. 181 vom 13. Oktober 1938 wurde schliesslich Bilanz gezogen. Der vollständige Text lautet:

«Die Internationale Kommission hat bei Nachprüfung der Besetzungslinie vom 5. Oktober festgestellt, dass diese provisorische Abgrenzung das Gebiet umfasst, welches als geschlossener deutscher Sprachboden im unmittelbaren Zusammenhänge mit dem Reiche steht. Es hat sich daraus ergeben, dass diese Linie in der Tat die Grundlage für eine klare, ethnographisch bedingte Grenzziehung darzustellen vermag, dass also ausserhalb dieser Linie keine unmittelbar angeschlossenen, zusammenhängenden Landstriche mehr vorhanden sind, in denen eine Abstimmung noch als unerlässlich erscheinen könnte.

Unabhängig hiervon verbleiben einige Hunderttausend eingessener Deutscher in zahlreichen Städten und Sprachinseln innerhalb des tschechischen Hoheitsgebietes. Sie gehören, durch tschechisch besiedelte Gebiete getrennt, infolgedessen nicht zu dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet und könnten auch durch Abstimmung nicht zu diesem gelangen, ohne dass über tschechischen Volksboden hinweggegangen würde. Auch liegt es nicht im Sinne der nationalsozialistischen Politik, auf Kosten eines anderen Volkes Chancen, die sich ihr vielleicht durch Ausnutzung des Augenblicks bieten könnten, für sich in Anspruch zu nehmen.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei, und zwar in allen ihren Teilen, ist seit vielen Jahrhunderten im Lande ansässig und hat, wie aller Welt bekannt ist, Ausserordentliches für die Hebung von Wirtschaft und Kultur geleistet. Das deutsche Volk setzt seinerseits voraus, dass seinen innerhalb des tschechischen Staatsverbandes verbleibenden Volksgenossen, mit denen es sich nach wie vor solidarisch fühlt, volle Existenzsicherung zuteil wird. Ihr Schicksal wird daher im Reich auch weiterhin ganz besonders am Herzen liegen. Die in München gefassten Beschlüsse sehen im Übrigen weitgehende Möglichkeiten vor, die Interessen der in der Tschecho-Slowakei verbleibenden Volksdeutschen zu wahren.»

Das Ausland setzte die Akzente anders: In Europa sei ein deutsch-italienisches Übergewicht entstanden. Das zeige sich besonders bei der Regelung der polnischen und ungarischen Ansprüche auf tschechoslowakische Gebietsteile und darin, unter welchen Umständen die Slowakei gegenüber Prag Selbständigkeit erlangte. Neue Konflikte wurden vorausgesehen und vorausgesagt. Die Begründungen stützten sich auf eine Reihe von Stellungnahmen in Hitler-Reden und auf den Vergleich mit den dann folgenden Handlungen. Es dauerte nur einen Winter.

Ausbruch des Unmenschlichen

Mit der gewaltsamen Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich und mit der erzwungenen Besetzung der Sudetengebiete, die zur Tschechoslowakei gehört hatten, waren zwei grosse Zentren der in Europa in vielen Ländern lebenden deutschsprachigen Bevölkerung «heim ins Reich» geholt worden, wie die Parole der Nationalsozialisten für diese Aktionen lautete. Es gab in der Tschechoslowakei noch eine erhebliche, vereinzelt in Sprachinseln wohnende Zahl von Deutschen, es gab sie in Ungarn, in Belgien, in der Schweiz, im französischen Elsass, im Memelland, das unter litauischer Hoheit stand, in der Freien Stadt Danzig, über die der Völkerbund wachte, und in Polen, weniger in Dänemark und in Holland. Wo würde Hitlers Willen Grenzen ziehen, der alle deutschsprachigen Menschen im Grossdeutschen Reich vereinigen wollte?

Hitler hatte für seine Friedensbeteuerungen die Glaubwürdigkeit verspielt. Die Staaten in Europa und in der Welt reagierten mit Misstrauen auf jedes Geschehen in Deutschland. Sein Ziel, durch immer wiederholte beschwörende Reden, durch ungezählte Bekräftigungen gegenüber Politikern und Journalisten vieler Länder, durch Wohlverhalten während der Olympischen Spiele in Berlin und durch schnell abgeschlossene Verträge mit östlichen und westlichen Nachbarn einen ausreichend grossen Vertrauensschatz anzuhäufen, gross genug, um ihn als Schutzwall für seine eigentlichen Absichten zu benutzen, dieses Ziel hatte er nicht erreicht. Der Unterschied zwischen Worten und Taten, zwischen Versprechen und Vollzug war unüberbrückbar gross und unübersehbar deutlich geworden. Vor allem führten die Handlungen der Nazis im eigenen Lande dazu, die Augen der Welt immer von neuem auf Deutschland zu ziehen, das in der Behandlung seiner Bürger, durch Nichtachtung der einfachsten Menschenrechte, durch offenen Hohn auf Moral und Humanität sich so ganz anders verhielt, als es im zwanzigsten Jahrhundert von einer zivilisierten Nation erwartet werden musste.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei, das heisst einstweilen nur in die Sudetenge-

biete (am 1. Oktober 1938), der sich, wie es in der Pressekonferenz hiess, «kampflös» vollzogen hatte, schien den von Begeisterung aufgepeitschten Massen, die der Partei ergeben waren, die Welt offen. Am 7. November 1938 löste ein Attentat auf einen Botschaftsangestellten in Paris die Eruption aus. In der Pressekonferenz hiess es an diesem Tage:

«In Paris ist der Legationssekretär der deutschen Botschaft, Ernst vom Rath, durch einen aus Hannover stammenden Juden angeschossen worden. Hierüber kommt DNB-Meldung. Die französischen Behörden hätten tatkräftig zugegriffen. Kein Anlass zu Angriffen auf sie.»

Obwohl der deutsche Aussenminister eine Rede gehalten hatte, sollte «die erste Seite von dem Pariser jüdischen Attentat beherrscht werden», so die Weisung an die Presse, die zunächst durch Rundruf übermittelt wurde, und zwar noch am gleichen Abend um 21.25 Uhr. Am folgenden Tage erging eine ausführliche Weisung in der Pressekonferenz. Vor der Presse sprach Regierungsrat Diewerge vom Propagandaministerium, der dort das «Judenreferat» leitete. Über seine Darstellung berichtete die Berliner Redaktion an die Hauptredaktion der FZ:

«Wiederum handele es sich bei dem Attentäter um einen Juden, und zwar um einen, der offenbar mit Vorbedacht ausgewählt war. Er sei noch jugendlich und sei, wie im Falle Gustloff, nicht Staatsbürger des Landes, in dem die Tat vollbracht wurde. In der Emigrantpresse sei seit langem zur Gewalt aufgefordert worden . . . Hinter dem Attentat stünden die gleichen Kreise wie im Falle Gustloff. Seit Wochen werde für einen jüdischen Kampffonds gesammelt. Das Judentum mache keinen Unterschied zwischen sogenannten ‚wildem Parteifanatiker‘, auf die man sich im Falle Gustloff berufen habe, und ruhigen Beamten. Man habe sich sogar in die Botschaft hineingetraut, die selbst im Kriegsfall vom Feinde respektiert werde. Bei der Aufzählung einzelner Urheber möge man Emil Ludwig Cohn* besonders nennen, auf den das *Schwarze Korps*** morgen zurückkommen werde. Bei dieser Gelegenheit möge auch die Frage aufgeworfen werden, ob die in Paris schreibenden sogenannten deutschen Schriftsteller

* Emil Ludwig Cohn, Schriftsteller, bekannt als Emil Ludwig.

** Zeitschrift der SS.

überhaupt noch als solche bezeichnet werden dürften. Da juristisch keine Möglichkeit bestehe, die Auslieferung zu verlangen, so möge man diese Frage nicht anschnelden.

Im Laufe des Nachmittags werde eine Blütenlese von Urkunden Zeugnis ablegen für den Geisteszustand der Emigrantenkreise und des internationalen Judentums. Darunter würden auch Gedichte sein. Das Attentat müsse wiederum auf der ersten Seite behandelt werden (8. November 1938).»

Der französische Sender in Strassburg habe «den Attentäter als harmlosen jungen Knaben hingestellt, den man nicht voll verantwortlich machen könne», so schloss der Bericht über Diewerges Darstellung, in der er zu einer allgemeinen Verurteilung der Rundfunkanstalten in Frankreich kam. Meldungen über den jeweiligen Gesundheitszustand des Verletzten vom Rath sollten auf der ersten Seite gebracht werden, ordnete ein Rundruf am 9. November an, dem freilich sehr bald die Nachricht folgte, dass Ernst vom Rath gestorben sei. Dies wurde noch am späten Abend des 9. November 1938 bekannt. In der folgenden Nacht tobte der Mob in den Strassen Berlins und vieler Städte Deutschlands, aufgehetzt von Sensationsmeldungen und den Kommentaren nationalistischer Schreiber, ohne Verantwortung geduldet, wenn nicht gefördert, von der Reichsregierung und der NSDAP.

Das Propagandaministerium liess in der Pressekonferenz am 10. November sagen:

«Im Anschluss an die heute morgens ausgegebene DNB-Meldung können eigene Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Berichte sollen nicht allzu gross aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könne berichtet werden, dass auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien. Einzeldarstellungen darüber sind zu vermeiden. Über örtliche Vorgänge könne ausführlich berichtet werden. Dies alles nur auf der zweiten oder dritten Seite. Wenn Kommentare für nötig befunden würden, so sollen sie nur kurz sein und etwa sagen, dass eine begreifliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe.»

Zur gleichen Stunde etwa brachte das Deutsche Nachrichtenbüro folgenden Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels an die Bevölkerung:

«Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Masse Luft geschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.»

«Der Aufruf «muss in der Presse auf der ersten Seite gross aufgemacht werden», ordnete ein Rundruf noch dazu an, und ein Telefonanruf des Propagandaministeriums erinnerte daran, dass nach Veröffentlichung der DNB-Nachrichten über die Vorgänge in der vergangenen «Kristallnacht» auch eigene Berichte hinzugefügt werden könnten. Das bedeutete: Die Presse hatte freie Hand in der Darstellung dessen, was geschehen war, mit anderen Worten: dem Antisemitismus der Tat konnte und sollte der des Wortes folgen. «Im Laufe des Nachmittags», so wurde in der Pressekonferenz am 11. November angekündigt, «wird eine grundsätzliche Sprachregelung zur Judenfrage herausgegeben werden . . . Vielleicht wird DNB einen Artikel wiedergeben, der dann als Kommentarrichtlinie gelten müsste.» Einen Tag später lautete eine Weisung in der Pressekonferenz:

«DNB-Meldung über Verbot des Besuches von Theatern und so weiter für Juden soll gut aufgemacht und muss kommentiert werden. Sinn der Kommentierung gebe die Meldung selbst: eigene Einrichtungen für Juden, Trennung der Rassen.»

Ein Rundruf am 12. November kündigte nach Schluss der Pressekonferenz an, dass «Massnahmen der Reichsregierung gegen die Juden» in den nächsten Stunden mitgeteilt werden würden, die nur mit Kommentar zu veröffentlichen seien.

Das Ausland reagierte auf die Geschehnisse in Deutschland mit äusserster Ablehnung, was Veranlassung gab, der deutschen Presse aufzuerlegen, nur DNB-Nachrichten über diese Reaktion zu veröffentlichen.

Es sollte, so die Erklärung, Unruhe in Deutschland über die Haltung des Auslandes vermieden werden. Aber die Presse möge in Stellungnahmen «ausdrücken, dass jede Massnahme gegen deutsches Eigentum aus diesem Anlass nur die Lage der Juden in Deutschland verschlimmern würde» (12. November). Vermutungen über die Absichten der Reichsregierung sollten nicht angestellt werden, hiess es in der Glossenkonferenz am 12. November, wobei mögliche Massnahmen mit folgenden Stichworten genannt wurden: «Einrichtung eines Ghettos, Verschickung aller unter sechzig Jahre alten Juden in Arbeitslager.» Es gab Gerüchte dieses Inhaltes, und sie wurden als falsch bezeichnet. Es seien auch keine Massenverhaftungen vorgekommen, sondern «nur Einzelverhaftungen aus besonderen Anlässen».

Das Auswärtige Amt bat die Presse (Konferenz am 14. November), «in den nächsten Tagen scharf das Vorgehen der Engländer in Palästina (zu) geisseln*. Bilder und Berichte über die Massnahmen des Militärs seien erwünscht. Die Unzufriedenheit der Araber könne unterstrichen werden. Tendenz: Kümmert euch nicht um die Juden in Deutschland, sondern um Palästina.»

Auch am folgenden Tage wurde gesagt, «die Hetze der englischen Presse sei masslos. Selbst höchste Stellen haben sich die Argumente der Zeitungen zu eigen gemacht und sprächen von uns (Deutschen) als von Gangstern, Verbrechern, Hunnen und so weiter. Die Juden erscheinen als unschuldige Engel. Dagegen müsse das englische Vorgehen in Palästina scharf zugespitzt herausgestellt werden, ebenso die englischen Massnahmen im Burenkrieg** und im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg***, nicht zuletzt auch in Indien. Wo bleibt denn das Weltgewissen angesichts der Greuelthaten in Palästina, das so wach sei, wenn in Deutschland ein paar Fenster-

* Palästina war seit 1920 auf Beschluss des Obersten Rates der Alliierten des Ersten Weltkrieges britisches Mandatsgebiet, seit 1923 mit Zustimmung des Völkerbundes.

** 1899 bis 1902.

*** 1775 bis 1783.

scheiben kaputt gingen oder einige Synagogen brennten. Verbrechen, die von Juden begangen werden, sollen künftig von den Zeitungen grösser als andere Verbrechenmeldungen herausgebracht werden» (15. November 1938).

Ein am gleichen Tage in später Stunde folgender Rundruf wiederholte diese Tendenz und verwies auf «britische Strafaktionen gegen die Araber», die auf der ersten Seite gut aufzumachen seien, jedoch: «Die Aktionen der Araber müssten in den Hintergrund treten. Im Vordergrund stehen die Strafaktionen der Engländer gegen die Araber.»

Auf rotem Papier, was den besonderen Grad der Vertraulichkeit kennzeichnete, gab das Deutsche Nachrichtenbüro als Organ des Propagandaministeriums und der Reichsregierung am 15. November 1938 die folgende «Mitteilung an die Schriftleitungen» heraus, die dazu noch ausdrücklich als «streng vertraulich» bezeichnet wurde:

«Die Presse muss schon morgen früh alle Meldungen in grosser Aufmachung bringen, nach denen andere Länder sich gegen die Aufnahme von Juden mit allen Mitteln zur Wehr setzen. So liegen zum Beispiel Meldungen vor, dass in Belgien Konzentrationslager für jüdische Emigranten eingerichtet werden. Polen wehrt sich gegen die Zurücknahme seiner eigenen jüdischen Staatsangehörigen, die im Auslande leben, weil es nicht weiss, was es mit den ganzen Juden anfangen soll.

Der *Nieuwe Rotterdamse Courant* hat eine Umfrage bei holländischen Kolonialpolitikern über die Möglichkeit der Unterbringung von Juden in den holländischen Kolonien gemacht; die Antwort war ausserordentlich scharf ablehnend. Es heisst, dass eine Ansiedlung von Juden in den holländischen Kolonien geradezu als Massenmord bezeichnet werden müsse und es dafür nicht die geringste Möglichkeit gebe. Das Fiasko der Judenansiedlung in Palästina habe man vorausgesagt, da die Frage der Araber gar nicht gelöst worden sei.

Auch aus anderen Ländern, so aus Australien und Südafrika, ferner aus Kolumbien und anderen südamerikanischen Staaten haben in diesen Tagen ähnliche Meldungen Vorgelegen, die noch wiederholt werden müssen.

Zur Veröffentlichung dieser Meldungen müssen massive Kommentare geschrieben werden, in denen insbesondere die Haltung gewisser englischer und amerikanischer Kreise in der Judenfrage scharf gegeisselt wird. Es darf dabei unter keinen Umständen auch nur eine Äusserung unterlaufen, die eine Kritik am englischen

Volk schlechthin oder an der englischen Regierung bedeuten könne. Davor muss sich die Presse unter allen Umständen hüten.

Das Verhalten der von Juden beeinflussten Kreise zahlreicher Länder muss als infam und heuchlerisch bezeichnet werden. Keiner wolle die Juden haben. Schon auf der Evian-Konferenz* hätten sämtliche Staaten die Aufnahme von Juden abgelehnt. Das übervölkerte Deutschland aber wolle man zwingen, diese Parasiten in seinen Grenzen zu behalten. Selbst in den am dünnsten besiedelten Erdteilen, in Afrika und Australien, lehne man die Aufnahme der Juden ab. Das sei das wahre Gesicht der Kreise, die täglich von Humanität faseln und stets mit der Feder dabei sind, wenn es gilt, ein Geschrei gegen Deutschland wegen der „armen unterdrückten Juden« anzustimmen, aber plötzlich schwerhörig werden, wenn es nun darum gehe, diesen Juden praktisch Hilfe zu leisten.

Der wahre Beweggrund des Verhaltens aller jener Kreise, die für die Juden in Deutschland mit dem Mund und auf dem Papier einträten, sich aber gegen jede Aufnahme von Juden in ihre Länder sträubten, sei die Erkenntnis, dass Deutschland immer stärker und gesünder werde, je mehr der jüdische Einfluss abnehme. Sie wünschten darum, dass Deutschland das jüdische Geschwür, das geradezu eine nationale Gefahr bedeute, für alle Zeiten am Körper trage.

Es muss dann noch einmal ohne Angriffe auf England und die englische Regierung die Palästina-Frage angeschnitten werden, die englische Kolonisierung Waziristans** mit Bomben und ähnliche englische Kolonialmethoden. Wenn als Entschuldigung heute von englischen Zeitungen angeführt wird, dass man vor der Vernichtung ganzer Ortschaften in Palästina und Waziristan durch Bomben die Bevölkerung durch Abwurf von Flugzetteln gewarnt habe, so sei das keinerlei Entschuldigung. Auch in Deutschland hätte in den Fällen, in denen die Bevölkerung in ihrer Empörung Synagogen in Brand gesteckt habe, sie sich vorher überzeugt, dass sich kein Mensch mehr in den Synagogen befinde. Die Wohnhäuser von Arabern und Indern, die meist ihr gesamtes Vermögen darstellten, seien genauso viel wert wie die Synagogen von Juden. Während in Deutschland immerhin die Juden nur ein Achtel ihres

* In der Stadt Evian les Bains am Südufer des Genfer Sees fand am 6. Juni 1938 die erste Sitzung einer Konferenz statt, die der Präsident der USA, Roosevelt, angeregt hatte und auf der 32 Staaten die Möglichkeit der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen prüften.

** Waziristan: Teil Pakistans, damals Indiens, das unter englischer Kolonialhoheit stand.

Vermögens abzugeben brauchten, seien in Palästina viele Tausende von Arabern in wenigen Stunden von Engländern zu Bettlern gemacht und durch die den Ortschaften auferlegten Kontributionen sogar zu Schuldnern gemacht worden.

Das Elend in den englischen Industriebezirken, insbesondere in Südwaies, sei eine lohnendere Beschäftigung für die Kritiker Deutschlands als die Beschäftigung mit deutschen Angelegenheiten. Wenn gewisse Kreise in England es mit Gewalt darauf anlegten, sich mit dem Splitter im Auge Deutschlands zu beschäftigen, statt den Balken im eigenen Auge zu sehen, und in überheblichem, governantenhaftem Tone fortführen, andere Völker erziehen zu wollen, dann könne die deutsche Presse sich auch einmal ausführlich mit den internen Angelegenheiten Englands beschäftigen. Das würde gewiss sehr lohnend sein, und man werde es dann vielleicht auch einmal erleben, dass der deutschen Regierung im Reichstage Anfragen wegen der Vorgänge in Palästina und wegen der Not in Südwaies gestellt und von ihr beantwortet würden.

Die *Times* hat in dem Begrüßungsartikel für König Carol von Rumänien erklärt, dass er die beste Staatsform für Rumänien gefunden habe, eine Halbdiktatur. Diese Feststellung sei typisch für ein englisches Blatt. Wenn gewisse englische Zeitungen von einem autoritären Staat etwas wollten, dann sei eine Diktatur oder Halbdiktatur plötzlich eine erstrebenswerte Staatsform. Wenn dann aber ein solcher Staat einmal eine andere Meinung habe als England, dann ziehe die *Times* plötzlich wieder gegen jede Diktatur zu Felde. Dieses sei typisch für eine gewisse Art von Zeitungen.»

Diese ganz ungewöhnliche Art der Verbreitung einer von der Regierung als Kommentaranweisung gedachten Meinungsäußerung fand unter den Journalisten wenig Beachtung und löste am folgenden Tage nach der Pressekonferenz Fragen an den Sprecher des Auswärtigen Amtes aus, ob die Reichsregierung diese Darstellung von angeblichen Vorgängen verantwortete oder ob es sich um eine Arbeit der Nachrichtenagentur handele. Die Antwort lautete kurz und zweideutig: «Sie haben es gesagt», worauf der Sprecher sich eilig entfernte. Es war ein Beitrag mehr zur Erfahrung dieser Wochen, dass zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Propagandaministerium Übereinstimmung vielfach dann fehlte, wenn es sich um die Verteidigung deutscher Vorgänge durch Hinweise auf ausländische Verhaltensweisen handelte, vor allem, wenn

England oder Frankreich in die Vergleiche einbezogen wurden.

Auch in den folgenden Tagen wurden gleiche oder gar noch schärfere Weisungen zum Thema Juden in Deutschland gegeben, die in den Berichten Seiten füllen. Am 18. November 1938 lautete eine Weisung:

«Bei den Auseinandersetzungen mit gewissen Massnahmen der englischen Politik in vergangener Zeit und in Palästina soll die Presse eine Grenzlinie beachten, hinter der die deutsche Propaganda sich gegen England und das englische Volk richten würde. Diese Grenze dürfe nicht überschritten werden. Die Haltung der deutschen Presse müsse als Notwehrmassnahme dargestellt werden. Nur ungern greife man England an, mit dem (man) Freundschaft halten möchte. Aber wir seien zur Abwehr gezwungen. Es soll keine antienglische Kampagne sein, die jetzt entfaltet werde, sondern eine Erinnerung daran, dass England ein hohes Sündenregister habe. Dies alles als Sprachregelung.»

Die Einsicht, man habe den Bogen überspannt, sollte diese Weisung wohl kaum vermitteln, denn der Bericht fuhr fort:

«Als neuere Gesichtspunkte bei der Polemik gegen das Ausland wurden genannt: die Ausrottung der Indianer in Nordamerika und die Tatsache, dass jüdische Verleger und Schriftleiter in der amerikanischen Presse den Ton angäben.»

Die Verlagerung des Angriffes auf die Vereinigten Staaten und eine gewisse Vorsicht gegenüber England erklärte am 22. November ein Rundruf:

«Während des Aufenthaltes Chamberlains in Paris ist die Aufklärungsaktion über das Vorgehen Englands in Indien, Palästina und so weiter einzuschränken.»

In Deutschland gingen die Massnahmen der Regierung gegen die Juden unverändert weiter. Es wurde Material über die Besitzverhältnisse der Juden in Deutschland herausgegeben; eine Möglichkeit, es nachzuprüfen, bestand auch dann nicht, als auf Fragen im Wirtschafts- oder Finanzministerium der Eindruck noch verstärkt wurde, dass exakte «Unterlagen für die Angaben nicht herausgegeben werden könnten» (17. November 1938).

In Lüneburg hatte ein Gericht die Anwendung des § 218 des Strafgesetzbuches (Verbot der Abtreibung) gegenüber Jüdinnen verneint. Dazu wurde am 19. November in der Pressekonferenz gesagt, das Urteil solle in der Presse «nicht weiter behandelt werden, es bestünden doch zu grosse Bedenken gegen diese Auslegung». Überhaupt, so liess die Reichsregierung an diesem Tage erklären:

«Die Anweisungen zur Judenfrage seien offenbar nicht überall verstanden worden. Es soll das Wirken der Juden in Deutschland gezeigt werden, in der Arbeiterbewegung, im Liberalismus, in der Kultur, in der Finanz, am Hofe, während des Krieges, beim Munitionsarbeiterstreik, im letzten Kriegsjahr, in der Novemberrevolte, in den ersten Regierungen der Republik, in der Korruption und so weiter. Die Tendenz sei ebenfalls missverstanden worden. Gegen die Spiesser heisse nicht, dass man durch Schlagzeilen den Eindruck erwecken soll, als seien grosse Teile des Volkes mit den Massnahmen gegen die Juden nicht einverstanden. Die Artikelserie müsse in allen Zeitungen mit der deutlichen Tendenz schliessen: Deutsches Volk, du hast jetzt lesen können, wie und wo dir die Juden geschadet haben. Wenn du nun noch einen griesgrämigen Volksgenossen triffst, so weisst du, dass er einer von denen ist, die es noch immer nicht begriffen haben, die also zu den ständigen Neinsagern gehören. Notiere ihn dir, das sind die Männer, die dem Führer in den Rücken fallen.»

Keine Möglichkeit wurde ausgelassen, die Juden ausserhalb des Rechts zu stellen. Dabei gab es einige Schwierigkeiten, sie aus dem Mieterschutz herauszunehmen. Am 21. November 1938 wurde «eine bevorstehende gesetzliche Regelung» angekündigt, aber noch am 7. Januar 1939 wurde vom Justizministerium – allerdings «streng vertraulich» – mitgeteilt:

«Nach Mitteilung des Beauftragten für den Vierjahresplan hat der Führer entschieden, dass der Mieterschutz für Juden generell nicht aufzuheben ist. Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen der Schutz entzogen werden soll, wird zurzeit noch geprüft. Bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung bleiben die zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Mieterschutz massgebend, die eine unterschiedliche Behandlung nach der Rasse nicht zulassen. Die Frage des Mieterschutzes für Juden ist in keiner Weise mehr zu erörtern, auch nicht durch Abdruck von Gerichts-

urteilen, sei es, dass diese den Mieterschutz ablehnen oder bejahen.»

Es wurde eine Verlautbarung in der Zeitschrift *Grundeigentum* angekündigt, die abgedruckt werden könne. Damit war das Thema ausser Diskussion gestellt und keine Möglichkeit mehr gegeben, es weiter zu klären. Doch war bezeichnend, was der Beauftragte für den Vierjahresplan am 22. November 1938 durch seinen Pressesprecher über die Juden in der Wirtschaft sagen liess. Der Bericht der FZ teilte darüber mit:

«Meldungen über die Juden in der Wirtschaft dürfen nur gebracht werden im Einvernehmen mit der Pressestelle Görings. Wenn örtliche Stellen, gleich welcher Art. Anweisungen herausgeben, so bestehe ohne Ausnahme der Zwang, sie zunächst mit der Pressestelle Göring abzusprechen. Es sei dafür Sorge getragen, dass Generalfeldmarschall Göring sich mit den zuständigen Ministern, vor allem mit dem Wirtschaftsminister Funk, in Verbindung setze. Es gehe aber nicht an, dass irgendeine andere Stelle die Massnahmen des zur Regelung der Frage Beauftragten von sich aus ergänze oder kommentiere.»

Da Göring der Beauftragte für den Vierjahresplan war, wurde auch durch diesen Vorgang deutlich, dass er sich vorbehält, zur Stärkung der Wirtschaft darüber zu befinden, wer als Jude zu gelten hatte und wer nicht. Alfred Ingemar Berndt liess dafür (Pressekonferenz vom 24. November 1938) keinen Zweifel daran:

«Das deutsche Volk ist antisemitisch, aber es ist notwendig, dafür zu sorgen, dass diesem Grundsatz in Zukunft unter allen Umständen und bei jeder Lebensäusserung Rechnung getragen wird. Dazu gehört besonders die Anwendung des Grundsatzes bei der Gestaltung der deutschen Presse. Das bedeutet, dass in der deutschen Presse keine Meldung und kein Artikel mehr stehen darf, der nicht nach dieser Richtung hin überprüft worden ist. Es hat sich gezeigt, dass noch eine Schicht wehleidiger Spiesser von den armen Juden spricht und sich für sie bei jeder Gelegenheit einsetzt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Es darf nicht so sein, dass nur Partei und Staat antisemitisch sind. Die Aufklärungsarbeit des Winters ist darum auf diesen Punkt gerichtet. Die Presse muss umfassend über alles aufklären, was die Juden Deutschland und dem deutschen Volk angetan haben, doch darf sich diese Ar-

beit nicht nur in historischen Artikeln erschöpfen. Sie muss lebensnah sein. Jede Veröffentlichung muss daraufhin geprüft werden, inwieweit sich die Möglichkeit ergibt, das jüdische Wirken zu erläutern. Wenn also zum Beispiel im Unterhaus Marxisten sich für die Juden einsetzen, dann muss die grundsätzliche Verbindung zwischen Marxismus und Judentum behandelt werden. Wenn jüdische Schiebungen aufgedeckt werden, ist an Kutisker und Barmat* zu erinnern. Wenn es einen schwarzen Börsenfreitag gibt, müssen die von den Juden in Deutschland inszenierten schwarzen Freitage erörtert werden oder die Bankenkrise von 1931 und so weiter. Auch Familien-, Fach- und Unterhaltungszeitschriften werden in diese Aufklärung eingespannt. In grösserem Umfange als bisher muss über Prozesse gegen Juden berichtet werden, wobei Juden stets als solche bezeichnet werden müssen. Die Ausländskorrespondenten sind eindringlich darauf hinzuweisen, das tägliche Material über Juden zur Berichterstattung zu verwenden, je nachdem auf dem Kurierweg. In Frankreich sind zum Beispiel mehr als einhundert Betrugsprozesse gegen Juden in der letzten Zeit geführt worden, ohne dass ein deutscher Korrespondent darüber berichtet hat. Ausländische Staatsoberhäupter und amtierende Minister sind grundsätzlich von dieser Kampagne ausgenommen, ausser bei den Sowjets.»

Immer wieder zeigte sich, dass die Regierung Gefahren zu umschiffen hatte, wenn sie ihre Massnahmen gegen die Juden ohne Schaden für ihre eigenen Interessen verwirklichen wollte. Ein Rundruf vom 25. November 1938 gibt einen Fingerzeig:

«Über die zweite Anordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 24. November 1938 darf nichts veröffentlicht werden.»

Täglich sollte die «Juden-Aktion» in den Zeitungen behandelt und fortgesetzt werden und – so Hans Fritzsche am 26. November in der Pressekonferenz:

«Mit Vergnügen ist festgestellt worden, dass einige Zeitungen auch an verhältnismässig neutrale Meldungen einen ‚jüdischen‘ Schluss angehängt haben.»

* Kutisker und Barmat, zwei Konzerne in jüdischem Besitz. Durch Finanzgeschäfte mit diesen verlor Ende 1924 die Preussische Staatsbank 15 Millionen Mark.

Nur zwei Tage danach stellte Berndt freilich fest, «dass die Presse die Anweisung offenbar nicht beachte, nach der jede geeignete Meldung mit einem antijüdischen Kommentar zu versehen sei. Über hundert Meldungen (seien) in den letzten Tagen in der Berliner Presse erschienen, die entsprechend kommentiert werden konnten. Man werde die deutsche Presse gründlich beobachten.»

Das half aber immer noch nicht. So wurde am 2. Dezember in der Pressekonferenz angeordnet:

«Um jene Meldungen sofort kenntlich zu machen, die im Rahmen der Aufklärungsaktion über die Juden besonders verwendbar sind, also zum Beispiel Meldungen über Verbrechen von Juden und so weiter, wird in Zukunft bei DNB und bei den anderen Korrespondenzen die Überschrift stets mit dem Wort ‚Jude, jüdisch‘ und so weiter beginnen. Ausserdem werden die Meldungen am Rand den Buchstaben ‚S‘ tragen, nämlich ‚Semit‘.»

Noch nicht vierundzwanzig Stunden später:

«Die gestern angeordnete Kennzeichnung bestimmter Meldungen durch den grossen Buchstaben ‚S‘ ist wieder aufgehoben worden.»

Am 28. November hatte der Staatsanzeiger, worauf in der Pressekonferenz des Tages hingewiesen wurde, «das Verhalten der Juden am Tage der nationalen Solidarität» durch Veröffentlichung einer Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei behandelt, in welcher «den Juden das Betreten der Strassen an diesem Tage verboten» wurde. Über Prozesse, so wurde die Presse am 30. November 1938 angewiesen, «gegen solche Volksgenossen, die die grosse Protestaktion gegen das Judentum zur persönlichen Bereicherung benutzt haben, sollen die Zeitungen von sich aus nicht berichten. Eventuell ergeht besondere Anweisung oder es kommen DNB-Berichte.»

Als in Geschäften, die jüdisches Eigentum waren, Schilder erschienen mit der Aufschrift «In Arisierung begriffen», wurde gefragt, «wem die Verkäufe zugute kommen», wie Hans Fritzsche in der Pressekonferenz am 13. Dezember sagte. Er wies die Presse darauf an, «in der Judenfrage gerade

im gegenwärtigen Zustand nicht zuviel eigene Initiative im Hinblick auf derartige Massnahmen zu entfalten. Der Staat hat die weitere Entwicklung in die Hand genommen. Ein falscher Zungenschlag kann mitunter sehr stören. Unbenommen bleibt die Wertung des Judentums als solches und bleiben die allgemeinen Fragen. Die Frage der wirtschaftlichen Taktik aber muss gründlich überlegt werden.»

So wenig die Reichsregierung und insbesondere der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und nach der Besetzung des Sudetenlandes auf das Ausland und seine Reaktionen Rücksicht nahmen, so vorsichtig wurde man wieder, als Verhandlungen über eine deutsch-französische Nichtangriffserklärung unterschriftsreif zu werden versprochen. Das war Anfang Dezember 1938. Aber das bedeutete keinesfalls, wie die zuletzt zitierte Weisung bezeugt, das Ende der die Juden unmittelbar betreffenden Anweisungen. Das Wort «Endlösung» war zwar schon zu hören gewesen, blieb aber noch im Hintergrund. Hitler hatte zunächst andere Vorhaben.

Vorbereitungen

In den Aufzeichnungen über die Weisungen, die in den Pressekonferenzen gegeben wurden, sind die Themen Rüstung, Wehrmacht, auch das Wort Krieg von 1933 an in grosser Zahl enthalten, aber im Vergleich zu dem anderen Material doch nur mit wenig erkennbar interessanten Inhalten.

Sie wurden nur gegeben, wenn es für eine offizielle Sprachregelung unbedingt erforderlich erschien. Das Wort Krieg – es ist in diesem Buch bisher wiederholt erwähnt worden – war stets verpönt, ja gefürchtet und sollte nicht in den Zeitungen erscheinen, soweit es irgend vermeidbar war.

Es wurde offen zugegeben, dass die Reichsregierung keine Beunruhigung der öffentlichen Meinung wünschte, mit anderen Worten: sie wollte keine Kriegsfurcht provozieren, wie sie mehrfach ausdrücklich sagen liess. Die erste noch vorhandene Aufzeichnung besagte am 19. September 1934 zum Kapitel Rüstung:

«In Ergänzung einiger Anweisungen der letzten Tage wurde heute vom Reichswirtschaftsministerium ganz generell gebeten, dass bis auf Weiteres über sämtliche Eisenerzvorkommen in Deutschland nichts mehr geschrieben werden soll. Wenn irgendeine Stelle etwas hierüber ausgeben sollte, ist Rückfrage beim Ministerium notwendig.»

Am 6. November des gleichen Jahres erklärte das Reichsernährungsministerium in der Pressekonferenz auf Anfrage, dass zwar in verschiedenen Städten mit dem Bau von Getreidelagerhäusern begonnen worden sei, «dass der Ausbau planmässig betrieben werde, dass aber nähere Mitteilungen nicht gemacht werden könnten». Diese Haltung nehme man ein «aus den gleichen Gründen, aus denen die Presse gebeten worden sei, über Produktionssteigerungen bei der Grossindustrie nicht zu berichten».

Der Vaterländische Frauenverein, so hiess es in einer Weisung am 26. November 1934, habe in «einem an sich gut gemeinten Rundschreiben» geäussert, «der Wäschevorrat müsste vergrössert werden, um bei Ausbruch eines in Aussicht stehenden Krieges gerüstet zu sein und so weiter». Eine solche Bemerkung «könne von der Presse natürlich nicht veröffentlicht werden», sagte der Sprecher dazu.

Ein gewisser Gerhard Zucker, so wurde in der gleichen Konferenz mitgeteilt, habe Versuche mit Postraketen zwischen Dover und Calais gemacht. Über diesen Vorgang sollte die Presse nicht berichten, ebensowenig über die Herstellung von Benzin aus Braunkohle (17. Dezember) oder über neue Öl- und Spinnfaserpflanzen, deren Anbau noch im Versuchsstadium sei. Als die *Times* eine Notiz der FZ über die Zunahme der Bevölkerung der Stadt Dessau veröffentlicht hatte, untersagte das Propagandaministerium alle Nachrichten über die Einwohnerzahlen der Städte (7. Februar 1935). Dessau war zu jener Zeit Sitz eines bekannten deutschen Flugzeugwerkes. Man wünschte auch nicht, dass «allzu genau über Luftschutzräume berichtet werde» (11. Februar 1935), und sollte deren Lage nicht genau angeben. Als die FZ anregte, die Berichterstattung über die Produktion in der Schwerindustrie doch freizugeben, weil nicht einzusehen sei, dass sie verschwiegen werden könne, erwiderte das damalige Kriegs-, nicht das Wirtschaftsministerium (20. März 1935),

«dass im Gegenteil diese Weisungen vielleicht noch verschärft werden, weil aus diesen Zahlen in einer für den Laien nicht immer verständlichen Weise das Ausland auf die fortschreitende Rüstung schliessen könne».

Ausländische Zeitungen meldeten, dass der deutsche Industrielle Otto Wolff «grosse Rüstungsgeschäfte mit Russland abgeschlossen» hätte.

Solche Berichte, so wurde in der Pressekonferenz (26. März) gesagt, «die völlig unrichtig seien, sollen in der deutschen Presse nicht erscheinen». Ein Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung, das im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde, durfte dennoch von der Presse weder veröffentlicht noch erörtert werden, wie eine Weisung vom 9. April 1935 lautete. Das Gesetz war am 24. Januar erlassen worden. In Skopau bei Merseburg war ein Werk zur Herstellung von synthetischem Gummi errichtet worden. In der Weisung vom 27. April 1936 hiess es dazu:

«Für die mitteldeutsche Presse hat DNB eine Meldung herausgegeben, in der übrigen deutschen Presse darf über diese Neugründung nicht berichtet werden.»

Das Reichsernährungsministerium bat am 29. April 1936, «in Zukunft keinerlei Meldungen über ländliche Reitervereine zu bringen, wenn diese nicht durch DNB ausgegeben werden».

In ähnlicher Weise wurden die Sprachregelungen über direkte und indirekte Rüstungsmassnahmen sowie über militärische und paramilitärische Angelegenheiten zwischen Weisungen jeden anderen Inhaltes eingestreut. Nur aufmerksame Beobachter reihten sie dort ein, wohin sie gehörten. Eine Weisung wie die folgende (vom 11. Mai 1936) war für jedermann erkennbar:

«Streng vertraulich! Die Automobilindustrie und die Stahlwerke sind verpflichtet worden, Nickelstähle nicht mehr zu verwenden, sondern stattdessen Chrom-Molybdän-Stähle. Diese Massnahme ist bedingt durch die Nickelknappheit. Unter keinen Umständen darf hierüber etwas in die Öffentlichkeit kommen, und die Mitteilung selbst muss streng vertraulich behandelt werden.»

Im Gespräch nach der Konferenz wurde der Sprecher der Regierung gefragt, warum der mehrfache Hinweis auf strenge Vertraulichkeit gegeben worden sei, der doch erst deutlich mache, was diese an sich unwichtig erscheinende Information bedeute. Die Antwort (nach einer Notiz): «Auch das ist militärisches Geheimnis, wie der Inhalt.»

Ein Beispiel dafür, dass Sprachregelungen dieser Art auch kritischer Beurteilung anheimfielen, brachte die Pressekonferenz vom 15. Mai:

«Das Reichskriegsministerium gab folgende Erklärung ab: Der vor einiger Zeit im *Deutschen Volkswirt* veröffentlichte Aufsatz von Oberst Thomas über Verantwortlichkeit in der Wehrwirtschaft sei von einer Zeitung kritisiert worden. Der Aufsatz habe offiziellen Charakter getragen und sein Inhalt sei vom Reichskriegsminister gebilligt worden. Er habe sich ausserdem mit den Anschauungen des Führers und Reichskanzlers gedeckt. Die Kritik an diesem Aufsatz sei von der ausländischen Presse aufgegriffen und in einer für Deutschland abträglichen Weise ausgewertet worden. Es werde gebeten, in Zukunft von ablehnenden Stellungnahmen zu derartigen Artikeln Abstand zu nehmen.»

Erdölbohrungen in Deutschland oder durch deutsche Firmen waren jederzeit Vorgänge, über die nichts berichtet werden durfte. Als eine Zeitung darüber eine Meldung brachte, stellte Berndt fest (9. Juni 1936), dass diese Handlung «hart an der Grenze des Landesverrats liege und dass in Zukunft in solchen Fällen auf Grund der Landesverratsbestimmungen eingeschritten werden müsse». Er betonte:

«Man dürfe grundsätzlich aus den hier angedeuteten Überlegungen heraus nichts über neue Gewinnmöglichkeiten für Erdschätze aller Art in Deutschland bringen.»

Ebenso verbot Berndt im gleichen Atemzuge, etwas «über neue Werkstoffe, zum Beispiel Buna», zu veröffentlichen.

Wenig später brachte der *Deutsche Handelsdienst* des Deutschen Nachrichtenbüros kurze Nachrichten über diese Themen, die als «zulässige Meldungen» bezeichnet wurden (17. Juni).

Am 24. August 1936 wurde die zweijährige Militärpflicht

für alle jungen Männer eingeführt. Die Kommentaranweisung dazu lautete:

«Die zweijährige Dienstpflicht in Deutschland müsse vor allem mit den ungeheuren Rüstungen der Sowjetunion begründet werden. Diese sei in Spanien aktiv geworden und habe durch Waffenlieferungen in den Krieg eingegriffen. Mord und Brandstiftung seien die Folgen. Es müsse ferner auf die Militärverordnung Russlands vom 11. August dieses Jahres hingewiesen werden, die den Beginn der Militärdienstpflicht um zwei Jahre vorverlegte und das stehende Heer in vier Jahren verdoppeln will. Die Luftwaffe diene in Russland ohnehin vier Jahre, die technischen Truppen drei Jahre, alle übrigen zwei Jahre.»

Die Weisung zählte dann die Rüstungsvorgänge in anderen europäischen Ländern auf und fuhr fort:

«Die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht in Deutschland diene allein dem Gedanken des Friedens und dem Schutze der Nation. Die Verordnung sei nicht dazu angetan, eine Kriegspsychose zu schaffen, sie baue nur vor . . . Die uferlosen Rüstungen anderer Staaten hätten das deutsche Volk beunruhigt. Jetzt könne und werde es in Ruhe seinen Geschäften und seiner Aufbauarbeit nachgehen können. Das deutsche Volk wolle um keinen Preis einen neuen Krieg, durch den es in tiefes Elend gestürzt werde und seine friedliche Arbeit und den sozialen Aufbau vernichtet sehen würde.»

In dieser fast hellseherischen Weise fuhr die Sprachregelung fort, die aber, so wurde hinzugefügt, nicht zu einer Uniformierung der Leitartikel und Kommentare der Zeitungen führen solle. Sie schloss:

«Schliesslich möge man nicht versäumen, zu betonen, dass das ganze deutsche Volk seinen jungen Söhnen für dieses Opfer Dank wissen werde. Die Achtung vor dem grauen Rock könne und werde durch diese Pflichten nur verstärkt werden.»

Am folgenden Tage wurden nochmals Hinweise auf Motive für die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht gegeben (schwache Geburtenjahrgänge, mangelnde Tauglichkeit) und ganz nebenher auch gesagt:

«Endlich möge man auch darauf hinweisen, wenn auch nicht allzu auffallend, dass bei der jetzigen zugespitzten internationalen Lage es nicht zu verantworten wäre, wenn man am 1. Oktober die ausgebildeten Truppen entliesse und man dann nur die unausgebildeten unter den Fahnen hätte» (25. August 1936).

Stapelläufe deutscher Kriegsschiffe wurden stets gemeldet, wenn auch in der Regel um nicht zu auffällige Aufmachung gebeten wurde. Es sollte «in einer seiner Wichtigkeit entsprechenden Form» über den Stapellauf berichtet werden (2. Oktober 1936).

Das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 setzte fest, welchen Umfang die Seerüstung des Deutschen Reiches annehmen konnte. Die englische öffentliche Meinung verfolgte mit Sorgfalt vor allem diesen Teil der deutschen Aufrüstung. Als die Londoner Zeitung *Morning-Post* im Februar 1936 behauptete, die deutschen U-Boot-Rüstungen gingen weit über das hinaus, was Deutschland nach dem Flottenvertrag bauen dürfe, wurde in der Pressekonferenz (20. Februar 1936) gesagt:

«Das sei selbstverständlich Unfug, denn Deutschland habe das Flottenabkommen nicht unterschrieben, um es zu brechen.»

Am 23. November trat das Deutsche Reich einem neuen Abkommen bei, das nach einer Pressekonferenz, die das Büro Ribbentrop am gleichen Tage in Berlin abhielt, der «Humanisierung des U-Boot-Krieges» dienen sollte. Das Abkommen und der deutsche Beitritt seien «kein weiterer Beweis für die zunehmende deutsch-englische Verständigung». Aber die deutsche Presse sollte den Ton nicht auf die politische Wirkung legen, und das Reichskriegsministerium bat, «sich nicht in technische Details zu begeben, zumal sich flottentechnisch wenig sagen lasse».

Ohne erkennbaren Anlass und für die Presse überraschend teilte das Reichskriegsministerium am 19. Juli 1937 in der üblichen Pressekonferenz eine Zusammenstellung unerwünschter Veröffentlichungen mit. Nach dem Bericht der Berliner Redaktion an die Hauptredaktion in Frankfurt lautete die Weisung:

«Verboten sind: A) Wehrmacht im Allgemeinen: 1. Mobilmachungsvorbereitungen der deutschen Wehrmacht und der zivilen

Dienststellen einschliesslich der Wirtschaft. 2. In der deutschen Wehrmacht neu eingeführte Waffen und Kriegsmittel aller Art, Entwicklungen und Versuche von solchen, besonders auch chemische Kampfmittel. 3. Industrielle Rüstung, Kapazität der Industriewerke, Stärke ihrer Belegschaften.

B) Heer im Besonderen: 1. Neuzeitliche deutsche Befestigungsanlagen. 2. Organisation und Verwendung grösserer deutscher motorisierter und mechanisierter Verbände.

C) Kriegsmarine im Besonderen: 1. Behandlung konstruktiver, organisatorischer und taktischer Einzelheiten. 2. Besondere Eigenschaften der Neubauten. 3. Nähere Angaben über See-Luftstreitkräfte und Flugzeugabwehr, Küstenbefestigungen und besondere Anlagen der Reichskriegshäfen.

D) Luftwaffe im Besonderen: 1. Einsatzgrundsätze der Luftwaffe oder der Aufklärungsverbände. 2. Organisation und Aufbau der Einsatzhäfen und ihrer Anlagen. 3. Versorgungsgrundsätze der Luftwaffe. 4. Organisation des Nachrichtenverbindungswezens der Luftwaffe. 5. Luftfahrttechnische Entwicklungsarbeit.

Die Verbote gelten natürlich für die deutsche Wehrmacht, nicht für ausländische Heere.»

Es wird auch heute noch dem Leser nicht verwunderlich erscheinen, dass mindestens nach dem letzten Satz eine spürbare Bewegung laut wurde. Verwundert war nur der Sprecher des Reichskriegsministeriums, dem es nicht aufgefallen war, wie sorgfältig und systematisch er auf Bedeutung und wesentliche Punkte der Rüstung hingewiesen hatte. Vorgänge dieser Art oder ähnliche haben sich mehrfach ereignet.

Auch auf die folgende Weisung, in der Pressekonferenz am 22. Juli 1938 gegeben, reagierten die Pressevertreter, dies um so mehr, als sie von dem Sprecher als «besonders vertraulich» bezeichnet wurde:

«Es darf weder direkt noch indirekt etwas berichtet werden über die deutschen Massnahmen zur Spionageabwehr und über Anlagen zum Zwecke der Landesverteidigung, besonders in den Grenzgebieten. Eine indirekte Berichterstattung wäre zum Beispiel auch gegeben, wenn über Fahrten von Arbeitsmännern oder Dienstpflichtigen in das Rheinland berichtet würde.»

Die Weisung enthielt für aufmerksame Hörer einen Fingerzeig auf die Bauten zur Landesverteidigung. Wer dachte in jener Zeit und nach bekannten Erfahrungen schon daran, die

stets interessanten, aber besonders gefährlichen Themen Rüstung, Spionage oder ähnliche in irgendeinem Zusammenhang anzufassen! Die Neugier war jetzt besonders wach. Am 30. Juli 1938 wurde in gleicher Richtung auf die jenseits des Rheins in Vorbereitung befindlichen Verteidigungsanlagen hingewiesen:

«Über DNB wird eine Meldung kommen, die darauf hinweist, dass das Passgesetz und entsprechende Vorschriften über den Besitz von Ausweisen insbesondere für das Sperrgebiet im Westen gelte, das näher bezeichnet werde. Gegen die Veröffentlichung dieser Meldung habe es Bedenken gegeben, aber es sei nicht möglich, die Arbeiten im Westen anders zu schützen.»

Obwohl also auch «Bedenken» entstanden waren, blieb es bei der Methode des direkten Hinweises auf besonders interessante Objekte und Projekte. Am 15. Oktober 1938 lautete eine Sprachregelung:

«Über eine Strasse von besonderer staatspolitischer Bedeutung, die auf dem Schwarzwaldkamm in der Nähe des Kniebis gebaut wird, darf in keiner Weise berichtet werden.»

Die Vorbereitungsmaßnahmen waren vielseitig:

«Der *Völkische Beobachter* wird in den nächsten Tagen mit dem Vorabdruck eines Buches «Überfall auf Deutschland' von Hans Nitram beginnen. Hierzu besonders vertraulich: Es handelt sich um eine Aufklärungsschrift über das Verhalten der Zivilbevölkerung im Kriegsfall. Weiteste Verbreitung sei dringend erwünscht. Probeabdrucke einzelner Abschnitte sollten erwogen werden. Das Pseudonym des Verfassers sei zu wahren. (Der Name dürfte doch wohl bekannt sein.)» (1. November 1938.)

Es handelte sich, was durch Rückwärtslesen des Namens leicht zu erkennen war, um Major Hans Martin, den Verbindungsoffizier der Wehrmacht zu Goebbels.

Das Amt für Soziale Selbstverantwortung, wie der anspruchsvolle Name einer Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront lautete, liess die Presse durch seinen Leiter, Dr. Hupfauer, bei einem Presseempfang wissen, dass man «eine eigentliche Sozialpolitik heute gar nicht machen kann. Das

Primäre sei Leistungssteigerung mit allen Mitteln. Die Frage des Achtstundentages existiere heute überhaupt nicht. Jeder müsse so viel Stunden arbeiten, dass er die höchste von ihm zu erwartende Leistung vollbringe. Wer eben zwölf Stunden arbeiten könne, müsse zwölf Stunden arbeiten. Wir würden heute nicht in einem kriegsvorbereitenden Zustand leben, sondern im Kriegszustand selbst. Wir seien heute so weit, dass auch auf dem Gebiet der Frauenarbeit fast alle Reserven erschöpft seien. In einem Kriege würden, von einigen Hilfskräften abgesehen (Strassenbahnschaffnerinnen), nicht mehr Frauen in Arbeit stehen als jetzt auch . . .»

Diese Ausführungen, wiedergegeben nach dem Bericht der FZ-Redaktion in Berlin an ihre Hauptredaktion in Frankfurt, machte Hupfauer am 9. Dezember 1938, also drei Tage nach Unterzeichnung der deutsch-französischen Nichtangriffserklärung (6. Dezember), die nach mühsamen Beratungen zustande gekommen war.

Noch vor Weihnachten wurde an die «stille Wirklichkeit» (Hans Fritzsche) nachdrücklich erinnert. Am 21. Dezember lautete eine Weisung:

«Die Entfernung der Eisengitter ist bekanntlich unter dem Gesichtspunkt propagiert worden, dass ästhetische Gründe massgebend seien. In Mitteldeutschland sind nun Notizen erschienen, in denen Leserstimmen abgedruckt sind, dass die Eisengitter wieder angebracht werden sollen. Das sei natürlich abwegig, weil es eine Kritik der staatlichen Massnahme darstelle.»

In der Pressekonferenz am Tage vor Weihnachten 1938 teilte der Sprecher der Reichsregierung mit:

«Über die von Oberst von Schell eingeleitete Aktion zur Typisierung und Normung im Kraftfahrzeugwesen soll vorläufig weder in der Tages- noch in der Fachpresse berichtet werden. Auch Erörterungen allgemeiner Art sollen unterlassen werden, zum Beispiel Erörterungen, wie sich unter der Wirkung des neu zu schaffenden Zustandes etwa der Autohandel abspielen wird. Die Berichtssperre hat den Zweck, die Arbeit des Generalbevollmächtigten zu erleichtern.»

Am späten Nachmittag des 23. Dezember fand noch überraschend eine Sonder-Pressekonferenz statt. Sie wurde im

Wesentlichen vom Auswärtigen Amt bestritten, dessen Sprecher, Gesandter (Geheimrat) Gottfried Aschmann, eine Äusserung des amerikanischen Senators Pittman aufgriff, die das deutsch-japanische Verhältnis betraf. «In schärfster Form», so sagte Berndt, möge die Presse «in Leitartikeln für die Feiertage» Stellung nehmen. Eine Meldung, zu der Stellung genommen werden solle, lag bisher nicht vor, und die meisten Zeitungen hatten ohnehin ihre Leitartikel für die Weihnachtsausgaben zu dieser Stunde fertig. Vielleicht war der eigentliche sachliche Anlass zu dieser Sonder-Konferenz die folgende Weisung:

«Vertraulich: Die Reichsbahn hat sich aus gewissen Gründen genötigt gesehen, in einem Teil von Süd- und Ostdeutschland eine Güterannahmesperre zu erlassen. Nur Lebensmittel und Brennstoffe aller Art werden befördert. Die Sperre soll nur einige Tage dauern. Hierüber darf nicht berichtet werden.»

Jedoch gab es noch einen persönlichen Anlass: Der oft genannte Sprecher der Reichsregierung, Alfred Ingemar Berndt, verabschiedete sich von der Pressekonferenz, und sein Nachfolger Hans Fritzsche, der bereits wiederholt als Vertreter erschienen war, hielt seine Antrittsansprache. Sie war nur kurz, und über sie berichtete der FZ-Vertreter:

«Herr Fritzsche erwiderte, er wolle ganz kurz noch einmal sagen, was er in dem engsten Arbeitskreis der Presseabteilung heute schon einmal ausgeführt habe: Drei Dinge hätten seinen Vorgänger besonders beliebt gemacht, sein eiserner Fleiss, seine durch Mauern dringende Initiative und die an einem Vorgesetzten am meisten geschätzte Initiative, für etwas, was in seinem Arbeitsbereich an Verkehrtem passiert, selbst geradezustehen. ‚Die Tatsache, dass ich an dieser wichtigen Stelle im grossen Aufbauwerk Adolf Hitlers mitarbeiten darf, ist für mich nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Verpflichtung, die ich ohne Sie, meine Herren, nicht lösen kann«

Fritzsche, der angenehmere Umgangsformen hatte, setzte sich später, während der Kriegsjahre, bei mehreren Gelegenheiten vergleichend mit den Methoden seines Vorgängers Berndt auseinander. Beide erfüllten gewiss Aufträge, aber beide waren, was sie nie leugneten, engagierte und willige Helfer der Herrschenden.

Am 14. Januar 1939 lautete eine der Weisungen, die der neue Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in der Pressekonferenz gab:

«Es wird gebeten, in Zukunft die Bezeichnung ‚der Führer und Reichskanzler dahin abzuändern, dass lediglich noch ‚der Führer gesagt wird. Diese Änderung soll auch in amtlichen Schriftstücken vorgenommen werden, soweit dort noch die andere Bezeichnung vorkommt. Es ist in Zukunft von Adolf Hitler also nur noch als von dem Führer zu reden.»

Der Staatssekretär im Propagandaministerium und zugleich Reichspressechef, Dr. Otto Dietrich, erschien am 12. Januar 1939 überraschend in der Pressekonferenz, um, wie er sagte, «den neuen Leiter der Abteilung Deutsche Presse bei Ihnen einzuführen und um die Gelegenheit wahrzunehmen, am Tag des Neujahrsempfanges, an dem vom Führer gewissermassen das politische Jahr eröffnet wird, auch hier der deutschen Presse das Zeichen zum Beginn eines neuen Arbeitsjahres zu geben».

Dann folgten die schon mehrfach gehörten allgemeinen Parolen von der Presse als dem «grossen nationalen Erziehungsmittel des deutschen Volkes» (so wörtlich), dem «scharfen, durchschlagenden Instrument seiner Aussenpolitik». Er nannte die Presseabteilung des Ministeriums den «Generalstab der deutschen Presse» und betonte, dass er ihr Chef sei, «wie Sie wissen», und dass diese Abteilung «als Ganzes dem Ministerium angegliedert sei» (dies alles Zeugnisse für die Zwistigkeiten, die zwischen dem Reichspressechef und dem Propagandaminister bestanden). Die Pressekonferenz sei «ein Ausschnitt» aus der Arbeit der Abteilung, in ihr werde «der Schlachtplan der deutschen Presse ausgegeben». So wies er auf den «Leiter dieser Abteilung, Oberregierungsrat Hans Fritzsche» hin, der der richtige Mann am richtigen Platze sei. Dietrich fuhr fort:

«Sie kennen meine Auffassung, dass man durch Energie mit Herzenstakt im Verkehr mit dem deutschen Volke mehr erreichen kann als mit Holzhackermethoden. Ich möchte, dass diese Methode ein für alle Male auch aus dem Bezirk der deutschen

Presse verschwindet und niemals wiederkehrt. Das hat nichts zu tun mit Schwäche. Disziplin muss sein, und ich warne Sie, unseren Willen nach Disziplin zu unterschätzen.»

Von den «Höhen der besonderen Pressepolitik» im System der Nazis glitt die Pressekonferenz sehr schnell wieder in die Tiefen des Tagesgeschehens ab.

Aus eigener Quelle erfuhr die *Frankfurter Zeitung*, dass der Präsident der Reichsbank, Dr. Hjalmar Schacht, überraschend für seine Mitarbeiter und für die Reichsregierung von seinem Amt zurückgetreten war. Weder im Hause der Reichsbank noch im Propagandaministerium war die Nachricht bekannt. Eine später erscheinende DNB-Meldung besagte, es erweise sich als notwendig, die Leitung der Reichsbank und des Reichsministeriums für die Wirtschaft in eine Hand zu legen. Schacht werde weiter (wie seit 1937) Reichsminister ohne Geschäftsbereich bleiben und für besondere Aufgaben zur Verfügung stehen. Von 1933 bis 1939 war Schacht Reichsbankpräsident, von 1934 bis 1937 zugleich Reichswirtschaftsminister. Sein Nachfolger in der Reichsbank wurde Walther Funk, früher Journalist, 1933 Staatssekretär im Propagandaministerium, 1937 Nachfolger von Schacht im Reichswirtschaftsministerium und nun auch in der Führung der Reichsbank und damit der Herr über die Finanzen in der folgenden Zeit.

In der Pressekonferenz am 20. Januar 1939 verlas Hans Fritzsche zunächst die Meldung des DNB und dann die Briefe, die Hitler an Schacht und an Funk geschrieben hatte und die veröffentlicht wurden. Dann fügte er hinzu:

«Es wird gebeten, die Meldung und die Briefe ohne Kommentar abzudrucken. Das leuchte ohne Weiteres ein, da in den Kommentaren über das hinaus, was in den drei Schriftstücken gesagt worden ist, kaum noch neue Gesichtspunkte beigebracht werden könnten, weder über die Vergangenheit noch über die Zukunft. Es wird gebeten, keine sensationellen Aufmachungen zu wählen; bei vierspaltigen Zeitungen ist eine zweisepaltige Überschrift auf der ersten Seite erlaubt, bei dreispaltigen eine einspaltige Aufmachung, dann aber nicht an der Spitze des Blattes.»

Auf eine Frage, ob Lebensläufe gebracht werden können und die historische Erinnerung daran, dass Reichsbank und

Wirtschaftsministerium schon einmal vereinigt waren, antwortete Fritzsche zunächst, er habe keine Bedenken. Dann aber kam der Sprecher Görings in die Konferenz, Regierungsrat Rechenberg vom *Amtlichen Preussischen Pressedienst*, und teilte nach dem Bericht der FZ mit, dass Lebensläufe und die genannten Zusätze unerwünscht seien. Der Bericht lautete weiter:

«Es darf also ausser den Meldungen selbst überhaupt nichts gebracht werden . . . An weiteren zusätzlichen Einzelheiten ist nur noch, zur Information, zu hören, dass auch die Posten des Staatssekretärs und des Vizepräsidenten in einer Hand vereinigt werden sollen.»

Aber schon kurze Zeit nach der Konferenz hob ein Rundruf die Sperren auf und sagte: «Die Würdigung beider Persönlichkeiten und ihrer Leistungen in den grossen kommentarfähigen Zeitungen ist erwünscht.» Man kann annehmen, dass diese Korrektur erfolgte, weil die Journalisten nach der Pressekonferenz sehr deutlich gemacht hatten, dass es nicht zu verstehen sei, wenn ein Führungswechsel auf so wichtigen Posten ohne Echo verhallen müsste oder – so hielt eine Notiz fest -: «Steckt etwas hinter der Sache?» Gerüchte, die seit einiger Zeit umliefen, hatten wissen wollen, Schacht hätte die Finanzmassnahmen in Verbindung mit der Rüstungspolitik kritisiert und formell Einspruch «gegen eine kriegsfördernde Finanzpolitik» erhoben. Telefonisch bat das Propagandaministerium die Redaktionen, «keine versteckte Kritik» zu üben und einen «vornehmen Ton» zu wahren.

Am folgenden Tage kam Fritzsche auf die Änderung der Sprachregelung zurück und sagte:

«Es ist noch zu bemerken, dass gegenüber der Person von Schacht für überschwengliches Lob ebensowenig Veranlassung besteht wie für versteckte Kritik. Die Persönlichkeit Funks gebe Gewähr dafür, dass die Aufgaben, die gestellt sind, restlos gelöst werden.»

Diese Andeutung führte zu Fragen, die dem Sprecher nach der Konferenz gestellt wurden, welche Aufgabe er vor allem im Blick gehabt habe. Die Antwort war: «Das Stichwort heisst

doch Konzentration.» Auf die Rückfrage «Worauf?» erwiderte er: «Strengen Sie Ihre Phantasie an!»

In der Pressekonferenz am 6. Februar – sie blieb wegen der an diesem Tage begonnenen Aktion gegen den Kabarettisten Werner Finck besonders in Erinnerung – kündigte Fritzsche «eine Aktion gegen die Kaffeeschwestern» an, die, so Fritzsche, «vor den Geschäften Schlange stehen» und gegen die auch die Zeitungen etwas unternehmen sollten. Dieser Angriff diente der Verteidigung:

Pressekonferenz, 16. Februar 1939: «Zur Behebung der unerfreulichen Erscheinungen im Kaffeehandel werden in Berlin in dieser Woche 20.000 Zentner Röstkaffee zusätzlich abgegeben. Danach wird etwa bei einem Fünftel des gesamten Berliner Einzelhandels die Einführung von inoffiziellen Kundenlisten vorgenommen werden, um eine gleichmässige Versorgung sicherzustellen. Auf das Thema Kaffee braucht man dann also in den Zeitungen nicht mehr einzugehen.»

Auch diese Mitteilung war «nur zur Information», also nicht zur Veröffentlichung gegeben worden. Es war nicht das letztmal, dass der im Volk beliebte Kaffee eine Rolle spielte: Am 11. März hielt es Goebbels selbst für erforderlich, im *Völkischen Beobachter* einen Artikel über die «Kaffeetanten» zu schreiben. Er schreibe, so hiess es in der Weisung der Pressekonferenz vom 10. März, «unter dem Gesichtspunkt der nationalen Disziplin.

Es wird gebeten, unter diesem Gesichtspunkt das Gleiche oder andere Probleme ähnlicher Art aufzugreifen. Es ist also wieder einmal Gelegenheit, auf die Disziplin im Kleinen hinzuweisen, die Voraussetzung ist für Disziplin im Grossen.»

Von Kundenlisten, angeblich vorbereiteten Brotkarten, von Richtlinien für den Verbrauch von Nahrungsmitteln («Ernährungsrichtlinien», herausgegeben vom Ernährungsministerium) war es nicht weit zu kriegswirtschaftlichen Massnahmen. Immer wieder wurde gemahnt, das Wort *Krieg* in keinem Zusammenhang zu gebrauchen. Es liess sich aber nicht vermeiden, dass, so in der Pressekonferenz am 7. März 1939, es auch in den offiziellen Sprachregelungen benutzt wurde, wie bisher wiederholt:

«Es empfiehlt sich nicht, bei der Behandlung von Kriegsgerüchten allzu stark mit dem Säbel zu rasseln. Gewiss wird man bei

der Abwehr solcher Gerüchte nicht darauf verzichten können, die eigene Stärke genügend zu unterstreichen. Wir sind in der Lage, dass wir uns eine solche Unterstreichung sehr wohl gestatten können. Von dieser aus der Selbstsicherheit des Volkes geborenen Klarstellung der eigenen Kraft bis zum Säbelrasseln ist aber noch ein weiter Weg.»

Wieder einmal völlig überraschend trat in der Glossenkonferenz am folgenden 8. März 1939 ein Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht auf. Seine Ausführungen wurden wie folgt festgehalten:

«Es ist bekannt, dass in Schweden die Sympathien für Deutschland nicht überall sehr gross sind. Auf unserer Seite besteht aber ein starkes Interesse daran, diese Sympathien zu stärken. Besonders das Oberkommando der Wehrmacht ist daran interessiert. Auf Grund der Berichte des Militärattachés in Stockholm sind als Ursachen für das mangelnde Verständnis gegenüber Deutschland folgende Punkte anzusehen:

1. die tendenziös antideutsche Haltung fast der ganzen schwedischen Presse.

2. das Bewusstsein der eigenen militärischen Schwäche, aus dem die Sorge entsteht, durch Deutschland in einen Krieg gezogen zu werden.

3. das Vorgehen des Generalstabs, der Regierung, die Aufrüstung mit einem Hinweis auf die deutsche Gefahr schmackhaft zu machen.

4. die aus innenpolitischen Konjunkturgründen antideutsche Haltung einiger führender Persönlichkeiten des schwedischen Heeres.

Die Ursachen sind zum Teil zurückzuführen auf die weltanschauliche Einstellung in Schweden. In Schweden ist volkstümliche Auffassung Demokratie nach englischem Muster. Bekannt ist auch, dass die Regierung sozialdemokratisch ist, wobei allerdings die schwedischen Sozialdemokraten nicht mit den früheren deutschen verglichen werden können. Auf der anderen Seite ist es auffallend, dass es wenig sozialdemokratische Zeitungen gibt.

Die schwedische Einstellung kann von uns auf keinen Fall auf die Dauer hingenommen werden. Es muss mit entscheidenden Mitteln vorgegangen werden. Auf der Seite der Wehrmacht geschieht dies durch Ausbau des Offiziersaustausches. Ferner wird man die nicht sehr zahlreichen Mittel einer unmittelbaren Beeinflussung einsetzen.

Die wichtigste Aufgabe aber fällt der Presse zu, besonders da

die deutsche Presse in Schweden ziemlich verbreitet ist und gerade von den massgeblichen Personen stark beachtet wird. Die Presse muss nach folgenden Gesichtspunkten verfahren, das heisst sie muss

folgende Ansichten widerlegen:

1. Immer wieder taucht die Behauptung auf, Deutschland wolle aus Ernährungsgründen Schonen* besetzen.

2. Deutschland könne oder wolle Gotland oder die Aalandsinseln zur Sicherung seiner Herrschaft in der Ostsee besetzen.

3. Deutschland könnte Teile von Süd- oder Mittelschweden als Luftbasis gegen England und Russland besetzen.

4. Besonders in führenden militärischen Kreisen ist die Ansicht weit verbreitet, Deutschland könne Russland im Ostseeraum nur ausschalten, wenn es ihm durch die Besetzung von Teilen Schwedens zuvorkomme. Deutschland sei also zum Angriff auf schwedisches Gebiet gezwungen.

Die Widerlegung muss sachlich und wohlwollend erfolgen. In den Argumenten ist besonders zu betonen, dass Deutschland ein Interesse am Ausbau der schwedischen Wehrmacht hat, so dass Schweden seine Neutralität selbst verteidigen kann. Mit diesem Argument könnte die an sich tatsächlich bestehende Unzufriedenheit des Offizierskorps gegenüber der eigenen Regierung genährt werden. Es soll nun aber nicht sofort eine grosse Aktion eingeleitet werden. Auf keinen Fall dürfen nun überall Artikel erscheinen. Als Möglichkeiten ergeben sich einmal irgendwelche aktuellen Anlässe (Wiederholung der oben aufgezählten Vorwürfe), zum anderen Reiseberichte, Stimmungsbilder und so weiter, in denen als Eindrücke unter dem schwedischen Volk die falschen Anschauungen wiedergegeben und zurückgewiesen werden können. Es handelt sich also um eine Aufgabe auf lange Sicht. Artikel sind in jedem Falle vorlagepflichtig, Reiseberichte und kurze Kommentare zu kleineren aktuellen Meldungen nicht. Als Persönlichkeiten, die gelegentlich grundsätzliche Artikel schreiben könnten, werden genannt: Oberst a. D. von Giese, Präsident der deutsch-schwedischen Vereinigung, Hauptmann Albedill von der Pressegruppe im OKW, schliesslich die Nordische Gesellschaft.»

Die wenigen Anwesenden in der Glossenkonferenz vom 8. März 1939 nahmen diese Ausführungen mit Verwunderung zur Kenntnis. Am folgenden Tage hatte sich der höchst merkwürdig erscheinende Vorgang aber herumgesprochen. Eine Notiz über «ein Gespräch im OKW» (ohne Namensnennung) gibt an diesem Tage folgende Stichworte wieder:

* Südlichste Halbinsel Schwedens mit Malmö.

«OKW nicht erstaunt über die Verwunderung. Nicht klar gesagt, aber angedeutet, dass Befehl von ‚hoch oben‘. Gefahr erkannt, dass Einmischung in innere Angelegenheiten Schwedens behauptet wird. Militärisches Interesse offenbar nicht gross. Politischer Akzent nicht zu übersehen. Vorbereitung auf spätere Pläne nicht unmöglich. Die Begründung im ersten Teil nicht überzeugend. Rückfrage, ob deutsche Korrespondenten entsprechend melden, verneint» (9. März 1939).

Die Ausführungen des Oberkommandos der Wehrmacht trugen nicht dazu bei, dass die Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Aktion der Reichsregierung leichter genommen wurden. Sie wurden aber auch nicht in eine andere Richtung gelenkt: Die Pressekonferenzteilnehmer hatten längst gelernt, «die Windrichtung zu erschnuppern» (Fritzsche).

Die Grenze überschritten

Zerstörung der Tschechoslowakei

Es war nur ein knappes halbes Jahr vergangen, seit deutsche Truppen die Sudetengebiete in der Tschechoslowakei besetzt hatten. Damit war Hitlers Ziel jedoch noch nicht erreicht. In der Münchener Konferenz hatten die demokratischen Westmächte ihn daran gehindert, die Tschechoslowakische Republik völlig zu zerstören. Am 14. März 1939* aber marschierten deutsche Truppen in den Reststaat ein: Böhmen und Mähren und die Hauptstadt Prag waren in wenigen Tagen und ohne Kampf eine Beute des rücksichtslosen und von keiner Moral zu messenden Machtwillens Hitlers und seiner Regierung. Die Karpatho-Ukraine und die Slowakei erklärten ihre Unabhängigkeit bereits einen Tag zuvor.

Die deutschen Truppen aber hatten mit dieser Aktion nicht nur eine Grenze zu einem anderen Lande überschritten. Zum ersten Male verliess das Regime, von den Grundsätzen des Nationalsozialismus her gesehen, den Boden, von dem aus Hitler bis zu diesem Zeitpunkt argumentiert und gehandelt hatte. Jetzt wurden fremde Völker Opfer seiner Handlung. Es wurden nicht mehr Deutsche «heim ins Reich» geführt. Das war der erste Schritt über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus, die vor dem Versailler Vertrag gültig waren, den zu bekämpfen und zu beseitigen Hitler vorgegeben hatte.

* Das Datum des Beginns des Einmarsches deutscher Truppen in Böhmen und Mähren wird verschieden genannt. In der Pressekonferenz der Reichsregierung hat Hans Fritzsche, offizieller Sprecher der Reichsregierung, festgestellt: «In gewissen Aufsätzen über den Einmarsch der Truppen in Böhmen und Mähren ist sehr genau der 14. März 1939 als Termin des beginnenden Einmarsches genannt. Tatsächlich ist dieses Datum richtig. Denn bereits am 14. abends haben die ersten Bewegungen begonnen. Es ist trotzdem nicht zweckmässig, auf dieses Datum allzuviel Gewicht zu legen. Man braucht nun nicht unbedingt zu sagen, es sei der 15. März gewesen. Aber das Datum des 14. soll in den Hintergrund treten.» (Quelle: Bundesarchiv, Sammlung Sängler, ZSg. 102/15, Bl. 305.)

Dies ist keine nachträgliche Würdigung eines verbrecherischen Vorganges. So unwahrscheinlich es heute klingen mag: Auch damals wurde dies ausgesprochen, und zwar am Tage nach dem Einmarsch, am 16. März 1939, in der Pressekonferenz in Berlin. «In der gesamten Auslandspresse, auch in der polnischen», so begann der Bericht der FZ über diese Konferenz und so begann Hans Fritzsche seine Darlegung, «ist heute ein neuer Zungenschlag zu verzeichnen: Das, was ihr da macht, ist ja gut und schön – oder auch nicht schön – aber ihr habt damit eure rassische Basis verlassen.»

Nach der zusätzlichen Information, die von dem Redakteur der Berliner Redaktion der FZ an die Hauptredaktion gegeben wurde, «machte Fritzsche diese Äusserung mit einem deutlich und unüberhörbar betonten Akzent und liess erkennen, dass seine Einfügung ‚oder auch nicht schön‘ eine persönliche Meinung bekundete. In einer kurzen, hart ausgesprochenen Bemerkung, die er dann nach der Konferenz auf eine Frage machte, liess er nochmals erkennen, wieviel ihm daran lag, diesen ‚Grenzübertritt‘ genau zu kennzeichnen.»

Der Bericht der FZ fuhr fort:

«Vorläufig soll dieses Argument in keiner Weise aufgegriffen werden. Man kann ruhig einmal Zusehen, ob es in noch stärkerer Tonart vorgebracht wird. Vor allem aber ist die Basis für eine Zurückweisung erst gegeben, wenn die Proklamation des Führers vorliegt. (Inzwischen ist sie für 13 Uhr im Rundfunk angesetzt . . .) Liegt die Proklamation vor, dann muss sie natürlich gross aufgegriffen werden, dann ist auch das angeführte Argument des Auslands nach dem Inhalt der Proklamation abzuhandeln.»

Man müsse dann, so Fritzsche, «an die historischen Deduktionen anknüpfen, vor allem an den Grundgedanken, es habe viele Versuche gegeben, Ordnung zu schaffen im böhmisch-mährischen Raum, sie hätten aber alle fehlgeschlagen, sei es, dass der Völkerbund eingeschaltet war, sei es, dass man die Lösung durch Militärallianzen versucht habe», welchem «Grundgedanken» die Folgerung angefügt wurde: «In dem Augenblick, in dem das grösste an diesem Raum interessierte Volk seine Machtstellung wiedergewonnen hatte, fiel ihm die Rolle zu, Ordnung zu schaffen. Deutschland ist durch sein Interesse an der endgültigen, friedlichen und stabilen Lösung legitimiert.»

Der Kommentaranweisung, die ausführlich gegeben wurde, folgten einige Einzelheiten: Das Wort *Protectorat* wurde ausgesprochen, von einer Germanisierung könne keine Rede sein und so weiter. Man solle wiederholt historische Artikel bringen: «. . . man kann ruhig dreimal oder zwanzigmal das Gleiche sagen.»

Auch diese Aktion Hitlers kam weder überraschend, noch erschien sie als ein «letzter Akt», den es schon mehrfach gegeben haben sollte. Fritzsche wies bereits an diesem 16. März 1939 auf andere kommende «Bereinigungen» hin, indem er der Presse einschärfte, «keine Meldungen über Eupen und Malmedy*, auch keine Meldungen über Memel» zu veröffentlichen. Dass die Besetzung der Sudetengebiete den Zugriff auf die Tschechoslowakei beendet haben sollte, konnte niemand glauben, der die Entwicklung in ihren Einzelheiten zu verfolgen Gelegenheit hatte. Im Kapitel *Heim ins Reich* ist im Abschnitt «*Einer nach dem anderen*» zum Schluss der Wortlaut der *Deutschen Diplomatischen Korrespondenz* vom 13. Oktober 1938 mitgeteilt worden. Man lese ihn noch einmal und beachte den Satz, der auf die in Böhmen und Mähren nach der Besetzung des Sudetengebietes verbliebenen Deutschen hinweist:

«Sie gehören, durch tschechisch besiedelte Gebiete getrennt, infolgedessen nicht zu dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet und könnten auch durch Abstimmung nicht zu diesem gelangen, ohne dass über tschechischen Volksboden hinweggegangen würde.»

In der Tat sahen die Beschlüsse, die in München gefasst worden waren, «weitgehende Möglichkeiten vor, die Interessen der in der Tschechoslowakei verbleibenden Volksdeutschen zu wahren», wie es in der offiziellen deutschen Auslassung vom 13. Oktober 1938 hiess. Wären die Weisungen, die an die Presse gegeben wurden, ernsthafte Wegweiser der amtlichen und redlich gemeinten Politik der Reichsregierung gewesen, so hätte etwa die folgende (vom 5. November 1938) Beruhigung verbreiten können:

* Nach dem Ersten Weltkrieg durch Völkerbundsentscheid (20. September 1920) an Belgien abgetretene Gebiete.

«Bei der Würdigung der innenpolitischen Verhältnisse der Tschecho-Slowakei müsse sich die deutsche Presse jeder Einmischung enthalten. Vor allem solle vermieden werden, Unfrieden zwischen Slowaken und Tschechen oder Regierung und Volk zu säen.»

Das Auswärtige Amt hatte diese Weisung gegeben. Aber schon die nach wie vor geforderte Trennung der Wörter, welche die Bestandteile des gemeinsamen Staates benannten, wies auf andere als im Wortlaut der Weisung angedeutete Absichten hin. Die Absicht der Täuschung lag auf der Hand.

Nahezu täglich gab die eine oder andere Weisung Anlass, daran zu denken, dass dies alles «mit Rücksicht auf sehr wichtige ausenpolitische Gründe» (21. November 1938) so gesagt wurde. «Meldungen über den Terror gegen die Deutschen in der Tschecho-Slowakei können zwar gebracht, sollen aber nicht gross aufgemacht werden», besagte eine Weisung am 22. November, und sie fuhr fort: «Eine polemische Form sei unangebracht, richtiger sei das Bedauern, dass noch immer untere Stellen nicht wissen, was obere wollen.»

Ein Kommuniqué über Vereinbarungen, die in Berlin mit Vertretern aus Prag abgeschlossen worden waren, sollte nicht auf der ersten Seite der Zeitungen «und nur mittelgross und ohne Kommentar» gebracht werden, ordnete ein Rundruf am 28. Januar 1939 an; die Bewertung der Vereinbarung wurde solcher Art gekennzeichnet. Zwei Tage später war der Handelsminister der Prager Regierung in Berlin; die Sprachregelung lautete: «Von der Anwesenheit wird in der deutschen Presse keine Notiz genommen.»

Am gleichen Tage (30. Januar 1939) ereignete sich ein Flaggenzwischenfall beim deutschen Militärattache in Prag. Die Presse sollte darüber nicht berichten. Wäre es schon in einer reiferen Situation gewesen, die Sprachregelung hätte eine andere Tendenz bekommen.

Bemerkenswert deutlich kennzeichnete der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Aschmann, am 15. Februar 1939 die Lage:

«Manchmal ist in deutschen Zeitungen zu lesen, und zwar an Hand einzelner Meldungen, das Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei habe sich gebessert. Es ist aber nicht

richtig, den Anschein zu geben, als ob sich die Beziehungen auf dem Weg einer rasch fortschreitenden Besserung befänden. Das ist nach den uns vorliegenden Berichten nicht der Fall. Mitteilungen in diesem Sinne sind nicht erwünscht.»

Dabei wurde auf ein Beispiel, eine Rede des Mitgliedes des Prager Parlaments, Kundt, Vertreter der deutschen Minderheit, hingewiesen, in der Beschwerden über die Behandlung der Deutschen in der Rest-Tschechoslowakei vorgebracht worden waren. Man habe sie «zur Veröffentlichung ausgegeben», sagte Aschmann. Dagegen seien «Meldungen über Bestrebungen in der Tschechoslowakei, im Rahmen des Aufbaues des Staates mit den Deutschen in ein gutes Verhältnis zu kommen, nur zu registrieren . . .» und sollten nicht zu Artikeln verarbeitet werden, wie das Aussenamt am 22. Februar in der Pressekonferenz sagen liess. Die Linie, welche in der beabsichtigten Lenkung der öffentlichen Meinung verfolgt werden sollte, war deutlich: Es blieb beim Unfrieden.

Am 7. März gab der Sprecher der Reichsregierung eine Sprachregelung, die sich mit den inneren Verhältnissen der Rest-Tschechoslowakei befasste und die Bedeutung des Trennungsstrichs behandelte:

«Nachrichten über den in Pressburg tagenden Ministerrat, der sich mit den Prager Forderungen an die Slowaken beschäftigt, können und sollen zur Kenntnis gegeben werden, wie man überhaupt von allem Nachrichtlichen aus der Tschechoslowakei Notiz nehmen kann. In der Kommentierung solle man aber recht zurückhaltend sein. Wenn man schon kommentiert, ist eine gewisse freundliche Note für die Slowakei und für die Karpatho-Ukraine nicht zu vermeiden. Diese Vorgänge sind aber nicht die internationale Sensation des Tages.»

In der Slowakei, so wurde am nächsten Tage gesagt, «täten sich neue Dinge, die man zunächst nicht übersehen könne». Dazu gab es bereits Gerüchte, die von Selbständigkeitsbestrebungen der Slowaken sprachen. Am 10. März wurde in der Pressekonferenz bestätigt,

«. . . dass in der Slowakei erhebliche Unruhen und Schwierigkeiten sind und dass die Tschechei scharf und auf zweifelhafter

Rechtsgrundlage gegen diese vorgehe. Das soll aber nur in Meldungen geschehen. Eigene Kommentare entfallen bis auf Weiteres ganz. Bei der Wahl der Nachrichten handelt es sich besonders (darum), dass nicht die Prager propagandistischen Meldungen zum Wort gelangen, die die Dinge so darstellen, als ob gewisse Unruhen stattgefunden hätten, die aber durch das Eingreifen der Prager Organe vorüber seien ... Der Tenor soll vor allen Dingen in den Überschriften zum Ausdruck kommen, die beispielsweise so weit gehen können: ‚Die Mittel, die früher gegen die Sudetendeutschen angewandt wurden, werden nun gegen die Slowaken angewandt Man soll vorsichtig sein, dass nicht auf dem Wege über Londoner und Pariser oder sonstige auswärtige Meldungen die tschechischen Darstellungen der Vorgänge doch in die deutsche Presse Eingang finden. Man soll in der Aufmachung und in der Verwertung der Meldungen eine gewisse Sparsamkeit üben, denn es könnte in den nächsten Tagen eine gewisse Knappheit des Nachrichtenstoffes eintreten, während man darauf bedacht sein muss, die Angelegenheit einige Tage, zum Beispiel bis Dienstag*, lebendig zu halten. Es ist diesmal notwendig, dass die Presse durchaus einheitlich erscheint. Daher nur DNB-Meldungen beziehungsweise eigene Meldungen, die, wie schon mitgeteilt, vorlagepflichtig sind.›

Text und Tendenz dieser Sprachregelung entsprach allen bisherigen Erfahrungen und kündigte mithin eine neue Aktion in nächster Zeit an. Die hauptsächlich zu beachtende Meldung, so sagte Hans Fritzsche als Sprecher der Reichsregierung weiter, «die etwa den anderen voranzustellen, aber auch wiederum nicht zu einer ganz grossen Sensation zu machen ist», war die folgende des DNB:

«Berlin, 10. März. Das DNB erfährt auf Anfrage von zuständiger Stelle, dass die Behauptung der Absendung einer Note der slowakischen Regierung Tiso an die deutsche Reichsregierung zutrifft.»

Diese Mitteilungen und Sprachregelungen waren in einer am frühen Vormittag des 10. März einberufenen Sonder-Presskonferenz gemacht worden. In der mittags folgenden Konferenz wurde den Zeitungen untersagt, einen Aufruf des Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, Dr. Emil Hacha, zu veröffentlichen. Fritzsche teilte über den Inhalt mit:

* Der 10. März war ein Freitag.

«Pressburg habe die Münchner Linie verlassen, und Prag müsse nun als Vollstrecker des Willens der vier Mächte von München und des Willens von Hlinka* auftreten.»

Dieser Aufruf sollte also «noch nicht gebracht werden», wie angewiesen wurde: «Die Zeitungen sollen sich aber bereithalten, da eventuell durch Rundruf eine neue Anweisung über die Aufmachung und über die Behandlung der Vorgänge herausgegeben wird.»

Nach einer Darstellung, die Fritzsche über die Lage in der slowakischen Hauptstadt Pressburg gab, sollten «tschechische Truppen die Stadt zerniert haben, Verhaftungen vorgenommen worden sein, im Übrigen die Lage aber noch undurchsichtig bleiben». Fritzsche verwies darauf, dass eine DNB-Meldung zurückgezogen worden sei, in der die Meldung vorkomme, «in Pressburg habe sich eine so starke Unruhe gezeigt, dass die Zentralregierung gezwungen gewesen sei, einzugreifen». «Auch wenn wir selbst keine allzu deutliche Stellung einnehmen wollen», so sagte der Sprecher der Reichsregierung dazu, «kann die Prager Rechtfertigung nicht zu unserer eigenen Sache gemacht werden . . . Selbstverständlich darf, wie schon früher betont, eine gewisse Sympathie für die Lebensrechte der Slowaken hörbar werden. Irgendeine Tendenz darf sich aber nicht zeigen . . . Die Berichterstattung darf nicht so aussehen, dass uns das Ausland vorwerfen könnte, wir hätten die Dinge in Pressburg irgendwie gefördert.»

Deutsche Zeitungen sollten «slowakenfeindliche Auslandspressestimmen» nicht veröffentlichen, ordnete ein Rundruf noch zusätzlich an; ein anderer folge, der alle Meldungen, welche die tschechoslowakischen Vorgänge betrafen, «vorlagepflichtig» (im Propagandaministerium) machte. Ein weiterer Rundruf am selben Tage bestimmte, dass die Berichterstattung «höchstens zweispaltig» sein dürfe, und sagte: «Die Sympathie für die Slowaken kann ohne Übertreibung zum Ausdruck gebracht werden.»

Eine Lockerung der Bestimmungen, durch welche die

* Andrej Hlinka, katholischer Priester, slowakischer Politiker, kämpfte für die Autonomie der Slowakei gegen Ungarn und gegen Prag, Führer der Slowakischen Volkspartei, der stärksten politischen Gruppe des Landes. Er starb im August 1938.

Nachrichten über die Slowakei eingengt waren, trat am 11. März bereits ein: Die Presse konnte mehrspaltig aufmachen und die erste Seite benutzen. Dann hiess es weiter:

«Zum Inhalt ist zu bemerken, dass wir an der Parole ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‘ kein Interesse haben. Unser Interesse geht darauf, dass die in München für die Völker der Tschechoslowakischen Republik statuierte Autonomie wirklich durchgeführt wird. Wir haben also kein Interesse an allen jenen Meldungen, die von da- oder dorthier kommen und sagen, es herrsche Ruhe und Ordnung.»

Fritzsche verwies dann auf die Soldaten in Pressburg, sprach von einem «ersten Todesopfer», das die Slowaken «in diesem Kampf um ihre Autonomie» zu verzeichnen hätten, und bezweifelte, ob die Prager Regierung noch Herr der Lage sei.

Nochmals wurde an diesem Tage angeordnet, dass «ab jetzt bis auf Weiteres nur Meldungen von DNB-Berlin gebracht werden» dürfen.

Am 12. März 1939 um 22.45 Uhr rief das Propagandaministerium die Berliner Redaktion der FZ an (auch andere Redaktionen, wie wir später erfuhren) und teilte mit:

«Anordnung Reichspressechef: Morgen über die gesamte erste Seite dürfen nur Meldungen aus der Tschechoslowakei stehen, also dürfen auf der ersten Seite weder Berichte über den Heldengedenktag, noch Sport, noch sonstige Meldungen stehen. Grösste Aufmachung, grösste Buchstaben, Überschriften ganzseitig. Erste Exemplare per Flugpost an den Reichspressechef. Dies gilt ausdrücklich auch für Ihre Stadtausgaben.»

Mit diesem Wortlaut übermittelte die Berliner Redaktion die telefonisch erhaltene Anordnung nach Frankfurt. Es folgte noch ein Rundruf:

«Die unglaublichen Überfälle in Brünn müssen ganzseitig aufgemacht werden. Keine Kommentare, aber schärfste Tonart in den Überschriften.»

Die Redaktion Berlin gab dazu folgende Bemerkung mit auf den Weg: «Dieser Rundruf wurde von DNB als 22.15 Uhr ausgegeben bezeichnet, ist also durch den Anruf des Propagandaministeriums, der 22.45 Uhr erfolgte, überholt.»

Auf diese Weise hielt sich die Zeitung aus der Berichterstattung über die angeblichen Brüner Vorgänge heraus (die sich später, wie erwartet, als ganz wesentlich übertrieben und zum Teil als erfunden erwiesen).

Am 13. März um 9.15 Uhr begann bereits eine Sonder-Pressekonferenz. Sie war nachts einberufen worden. Es sprach Hans Fritzsche, und der Bericht darüber begann mit der Information:

«Kommentarsperre wird aufgehoben, noch nicht für die BZ, wohl aber vom ersten *Angriff* an.»

Dies wollte besagen: Die *BZ am Mittag*, die sehr früh ausgedruckt wurde und etwa um 10 Uhr auf der Strasse war, durfte noch nicht kommentieren, wohl aber der kaum zwei Stunden später erscheinende *Angriff*, das Blatt der NSDAP, das damit nicht nur einen Neuigkeits-, sondern auch einen erhöhten Verkaufswert erhielt. Noch häufiger als in den letzten Wochen gebrauchte der Sprecher die Bemerkung «wie bisher»; die Presse wusste ja aus den vorangegangenen Aktionen, was sie zu tun und was sie zu lassen hatte in Aufmachung, Überschriften und Platzordnung für Nachrichten, Kommentare und Berichte. Für die Kommentierung der nun gemeldeten Ereignisse wurden vier Punkte zur Richtschnur gegeben:

«1. Es ist erneutes Wiederaufleben des Benes-Kurses schlimmster Art festzustellen.

2. Die Tschechen haben seit Oktober 1938 nichts dazugelernt. Die Sprache der Tatsachen vom letzten Herbst ist vergessen, und die Lehre von München wird in den Wind geschlagen.

3. Niemand bestreitet, dass einzelne Personen guten Willens sind und dass sie mit bester Kraft versuchen, ihre Landsleute aus dem Bann eines blinden Deutschenhasses zu erlösen

4. Diese Einzelnen aber stehen hilflos der Gesamtmentalität des tschechischen Volkes gegenüber, die durch jahrzehntelange Erziehung zum Deutschenhass geschaffen worden ist.»

Den vier Punkten folgte eine lange Kommentaranweisung. Sie unterschied sich von Sprachregelungen, die bei früheren Aktionen gegeben worden waren, nur in einem noch grösseren Anspruch an angeblich moralische Beweggründe für die noch nicht bekannten Handlungen. Der Sprecher ordnete an, dass

«einzelne Fälle von Deutschenhass angeführt», die vier Punkte aber nicht in gleicher Reihenfolge benutzt würden. Es hiess dann weiter:

«Das Schwerste für die Kommentierung liegt darin, dass die Schilderung der tschechischen Mentalität und die Aufzählung der Vorkommnisse auf keinen Fall mit einer Forderung oder Drohung verknüpft werden darf. Es darf keinerlei Richtung angedeutet werden, in der eine Hilfe gesucht werden könnte. Die Presse kann im Augenblick nur die Tatsachen sprechen lassen, kann die Bedeutung der Tatsachen hervorheben, darf aber keinesfalls Konsequenzen ziehen. Konsequenzen zu ziehen, pflegt das Reich nicht in den Spalten der Zeitungen zu tun.»

Für die «Tatsachen» war die Presse weiter allein auf das DNB angewiesen und konnte keine eigenen Recherchen unternehmen. Viele Nachrichten erschienen deshalb in der FZ mit der Eingangszeile: «Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit. . .», um dem Leser die Möglichkeit zu geben, eine Distanz zu erkennen.

«Es ist also das Bild des tschechischen Volkes zu zeichnen, wie es sich in Benes am stärksten ausprägte», fuhr Hans Fritzsche fort. Der Bericht der FZ-Redaktion hielt weiter fest:

«Mit München war dem tschechischen Volke die Möglichkeit eines neuen Beginns gegeben. Es ist daran zu erinnern, dass Masaryk selbst vor 1918 einmal die Formel verwendet hat: ‚Ich Herr – du Hem. Durch München sollte den Völkern Autonomie gegeben werden. Tatsächlich ist davon aber weder in der Slowakei noch in der Karpatho-Ukraine die Rede. Festzustellen wäre die vollkommene Entrechtung der Volksdeutschen. Man kehrt zu den brutalen Methoden vergangener Jahre zurück. Der Schilderung der unheilvollen Zustände sind die Verhältnisse entgegenzustellen, unter denen die Tschechen leben, die zu Deutschland gekommen sind. Diese haben Schulen, sie haben Arbeit gefunden, sind von der Wehrpflicht befreit, haben vollkommene kulturelle Autonomie, Wahlrecht, eigene Zeitungen, Rundfunk und so weiter. Kurzum, sie haben die Sicherheit des Lebens und der Existenz. Sie geniessen die soziale Fürsorge des Reiches; an keinem von ihnen wurde Rache geübt.

Wie aber ist es demgegenüber den Deutschen drüben ergangen? In Massen wurde ihnen gekündigt; der tschechische Staat zahlt keinerlei Unterstützungen, es gibt fast gar keine staatlich

angestellten Deutschen mehr, und die Volksdeutschen sind fast noch mehr als vor dem Herbst 1938 tschechischen Gendarmen, Richtern und so weiter ausgeliefert. Die Tschechen untergraben auf kaltem Wege die Existenz der Deutschen, wahrscheinlich um sie loszuwerden und ganz unter sich zu sein. Die verhältnismässig geringe Förderung durch staatliche Mittel vor dem vergangenen Oktober hat überhaupt aufgehört.

Der Kommentar muss eine ernste, eindrucksvolle Betrachtung sein. Wenn nach mehreren Tagen des Schweigens jetzt zum erstenmal ein Kommentar erscheint, kann er nicht einfach schnell heruntergeschrieben sein. Er muss alles das ausdrücken, was das deutsche Volk bewegt, wenn es die jüngsten Ereignisse liest. Man muss sich dabei aus der Sphäre früherer Jahre herauslösen, in denen nur dann eine ernste oder tragische Situation angenommen wurde, wenn gleich Hunderte von Volksgenossen getötet worden waren. Die Zeiten sind vorbei, in denen nur von Terrorismassnahmen grössten Umfanges Notiz genommen wird. Es ist so, dass keinem Deutschen ein Haar gekrümmt werden darf. Wenn in Brünn jetzt Ausschreitungen vorgekommen sind, die im Herbst im Sudetengebiet eine viel stärkere Parallele hatten, ist doch das Gewicht dieser Brünnner Vorgänge viel stärker als im vergangenen Jahr, eben weil dazwischen der Versuch von München liegt und das feierliche Versprechen der Tschechen, Autonomie zu gewähren.»

Diese am 13. März 1939 in den frühen Vormittagsstunden gegebene Sprachregelung der Reichsregierung wurde von den Journalisten im Zusammenhang mit einer Nachricht gesehen, nach der zwei führende Persönlichkeiten der Slowakei, Monsignore Josef Tiso, Präsident der Slowakei, und Ferdinand Durcansky, ein führender slowakischer Politiker, nach Berlin unterwegs seien. Sie sollten, so ausländische Quellen, die damals vermerkt wurden, von Hitler zum Kommen aufgefordert worden sein. Tatsächlich fand in den frühen Abendstunden des 13. März eine Zusammenkunft mit ihnen statt.

Noch in der üblichen Mittagskonferenz, so der Bericht der FZ-Redaktion, «wiederholte (Fritzsche) noch einmal kurz die Äusserungen von heute früh, betonte dabei besonders, dass der in München gemachte Versuch, das Völkergemisch zu pazifizieren, jetzt als gescheitert angesehen werden muss».

Die zu schreibenden Kommentare sollten «mit Sorgfalt und allem beruflichen Ehrgeiz» verfasst werden, sie könnten «der

Leitartikel Ihres Lebens» sein, sagte er zu den Journalisten, dann weiter: «Der Leitartikel ist mit dem Verständnis zu schreiben, das das deutsche Volk aufbringen muss in einem Augenblick, wo sich eine neue Entwicklung anbahnt, die im vorigen Jahre Ströme von deutschem Blut gekostet hätte.»

Die Begegnung Hitlers mit den beiden slowakischen Politikern hatte am folgenden Tage die Erklärung der Unabhängigkeit der Slowakei zur Folge; sie löste sich von der Rest-Tschechoslowakei als ein eigener Staat.

Aber am Abend des 13. März, als um 21 Uhr die dritte Pressekonferenz an diesem Tage stattfand, wurde zwar die Meldung über die Anwesenheit Tisos freigegeben, doch durfte sie nicht als Hauptaufmachung erscheinen, «sondern nur zweiseitig unter einer Gesamtüberschrift (stehen), die von den Unruhen im ganzen tschechischen Staatsgebiet spricht. . . Es ist nicht angängig, die Situation auf das Motto abzuschieben, Verhandlungen laufen – Verhandlungen werden wohl den Konflikt lösen», wie die Weisung lautete.

Der Reichsregierung lag daran, dass auch an diesem Tage noch immer und vor allem von den Unruhen berichtet werde, die angeblich überall im Lande zu verzeichnen seien. Man könne in den Überschriften «eine Nuance weitergehen, eine kleine Nuance», aber: «auf keinen Fall abschwächen». Fritzsche warnte davor: «Man kann auch nicht gleichzeitig die Dinge in Litauen zu klären versuchen», womit er auf die noch ungelöste Memelfrage hinwies.

Bei dieser Sprachregelung blieb es auch am 14. März: Nicht von Verhandlungen reden, sondern von «wachsender Unruhe».

In der Mittagskonferenz dieses Tages kündigte Fritzsche «eine sensationelle Nachricht» an, die «sich nur auf einen Teil des ganzen Problems beziehen würde, nämlich nur auf die Slowakei. Es kommt nun alles darauf an, dass, obwohl diese Sache gemeldet wird und obwohl sie die erste Aufmachung geben würde, trotzdem die Gesamtheit der Unruhemeldungen, die zu verzeichnen sind, auch noch auf der ersten Seite stehen.

Es darf, wie gestern schon gesagt, nicht etwa der Eindruck erweckt werden, als könne man aus der Verhandlung Führer – Tiso schliessen, alles sei nun in Ordnung.»

Als Grenze für Überschriften wurde bezeichnet, von einer «gefährlichen Lage» zu sprechen, und Fritzsche meinte, das

sei «kein Schritt weiter, als wir in den Kommentaren bisher gegangen sind. Man kann sich auch denken, dass in den Kommentaren, jedoch noch nicht in den Überschriften, der Satz geschrieben wird: ‚Dieser Unruheherd muss ausgetreten werden.‘ Als Hauptüberschrift aber würde dieser Satz Alarm hervorrufen, dem notwendigerweise nach fünf Minuten eine weitere Ankündigung zu folgen hätte.»

Schliesslich kam die erwartete Meldung:

«Berlin, 14. März (DNB). Amtlich wird mitgeteilt: Der Ministerpräsident der Slowakei, Dr. Tiso, hat soeben folgendes Telegramm an den Führer gerichtet:

„An Seine Exzellenz, den deutschen Reichskanzler Adolf Hitler.

Im Namen der slowakischen Regierung beehre ich mich, Euer Exzellenz zu notifizieren, dass heute das slowakische Volk das unerträgliche tschechische Joch abgeschüttelt und dass, dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung entsprechend, die Unabhängigkeit unseres Staates proklamiert worden ist. Die Slowakei hat hiermit eine weitere für die dauernde Befriedung Mitteleuropas unerlässliche Voraussetzung geschaffen, und es wird stets ihr Wille sein, mit allen ihren Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben.

Im Namen von Volk und Regierung der neuen Slowakei bitte ich Eure Exzellenz als Führer des mächtigen Deutschen Reiches, das sich unter Ihrer Führung stets für Freiheit und Selbstbestimmung der Völker eingesetzt hat, dem unabhängigen slowakischen Staat seine sofortige Hilfe zu gewähren. Ministerpräsident der unabhängigen Slowakei gez. Dr. Tiso.‘ «

Jedoch folgte der fernschriftlichen Mitteilung dieser Meldung sehr bald die Ausrichtung:

«Es ist sofort nach Schluss der Pressekonferenz eine grundsätzliche Änderung insofern eingetreten, als das Telegramm Tisos an den Führer und der Aufruf von Tiso noch nicht veröffentlicht werden dürfen.»

Nur die Unabhängigkeitserklärung lag also für eine Mitteilung an die Öffentlichkeit vor. Die Information der Berliner Redaktion schloss mit dem Satz:

«Das Telegramm soll erst zusammen mit der Vollzugsmeldung vom deutschen Einmarsch herauskommen. Diese Meldung ist erst in vielen Stunden zu erwarten, Abend- oder Nachtstunden.»

Dann aber blieb auch der Aufruf Tisos gesperrt – die Verwirrung in den Redaktionen war fast vollständig. Nur eines wurde (durch einen Rundruf) geklärt:

«Der Name Tschechoslowakei darf nur noch im Zusammenhang mit dem Zerfall dieses Staatsgebildes genannt werden. Es ist von jetzt ab nur noch von den Ländern Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpatho-Ukraine zu sprechen.»

Die Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik war dem «Führer und Reichskanzler» Deutschlands jetzt gelungen. Er hatte mit den Methoden, mit denen er Österreich besetzt und die Sudetengebiete okkupiert hatte, den Rest der Republik geteilt, die Hilferufe des schwächsten Gliedes mit den drohend bereitgestellten Truppen erzwungen und auch dem letzten, «unfrei berufenen» Präsidenten in Prag, Emil Hacha, die Unterschrift abgetrotzt, nach der Böhmen und Mähren unter das Protektorat Hitlers gestellt wurden. Am 14. März waren Dr. Hacha und sein Aussenminister Frantisek Chvalkovsky auf Ersuchen Hitlers in Berlin und wurden dort zur Unterschrift unter einen «Vertrag» gezwungen, der das «Reichsprotektorat Böhmen und Mähren» gründete.

In einer am 14. März abends zusammengerufenen Pressekonferenz eilte der Sprecher der Reichsregierung den noch nicht vollzogenen Tatsachen voraus. Nach dem Bericht der FZ sagte Hans Fritzsche der Presse:

«Der Führer hat es oft ausgesprochen: Unsere Absicht ist nicht, fremdes Volkstum aufzusaugen, sondern nur die Betreuung zu übernehmen unter Achtung des Volkstums. Es handelt sich um Ordnung in uraltem deutschem Siedlungsraum.»

Historische Artikel sollten geschrieben werden, und wieder fehlten nicht die Hinweise, dass andere Grossmächte genauso gehandelt hätten, was ebenfalls in Erinnerung gerufen werden sollte. «Eine Ordnung in grösserem Raum» werde jetzt vorgenommen, und nun war von «verkehrstechnischer Verflechtung» die Rede, von «geopolitischen Gründen», «vielfältiger Verflechtung des kulturellen Lebens». Zwei Sätze wurden in einem langen Elaborat über Geschichte und Wirklichkeit als besonders wichtig bezeichnet:

«1. Je näher sich Böhmen an das Reich anschliesst und sich deutschem Einfluss erschliesst, desto besser geht es ihm.

2. Je feindlicher Böhmen gegen das Reich fühlt und je mehr es sich nach dem Osten orientiert, um so unfehlbarer kommt der Rückschlag.»

Der Bericht der FZ-Redaktion schloss mit dem Satz:

«In Verbindung mit dem Besuch der Prager Staatsmänner in Berlin dürfte das Vorstehende genügend erklären, wieso im ersten Teil dieser Pressekonferenz gesagt wurde, das Telegramm von Tiso könnte im Laufe der weiteren Entwicklung an Bedeutung erheblich verlieren.»

Seitenlang lieferte das Auswärtige Amt nun Material an die Zeitungen, aus dem über die wirtschaftliche und soziale Lage in Böhmen und Mähren Anregungen zu eigenen Arbeiten entnommen werden sollten. Noch aber war keine Nachricht über die Begegnung des Prager Staatspräsidenten Dr. Hacha mit Hitler ausgegeben worden. Die Öffentlichkeit konnte offiziell noch nichts von dem wissen, was in der Berliner Reichskanzlei vor sich gegangen war. Sie hat die Einzelheiten zu jener Zeit auch nicht erfahren.

Auch die in Berlin tätigen Journalisten blieben offiziell völlig uninformiert. Was sie schliesslich wussten und was in kollegialer Solidarität zusammengetragen werden konnte (es wurde sorgfältig notiert), war wenig, aber es war grausam. Die Quelle waren fast ausschliesslich Beamte des Auswärtigen Amtes, und es muss zur Vervollständigung des Bildes jener Zeit gesagt werden, dass jene, die die Informationen gaben, es aus heller Empörung über das schamlose Verhalten taten, das Hitler und die bei der Besprechung anwesenden Göring und Keitel gegenüber Hacha bezeigten.

Dr. Emil Hacha war von Beruf Richter. Er hatte mit Politik nichts zu tun gehabt, bis er in den Tagen, als Hitler die Tschechoslowakei zerschlug, sich seinem Vaterland zur Verfügung stellte. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet war der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Dr. Eduard Benes, zurückgetreten (5. Oktober 1938), und Dr. Emil Hacha, damals Präsident des Obersten Gerichtshofes, wurde am 30. Oktober 1938 zu seinem Nachfolger

gewählt. Auf Verlangen Hitlers – so die privaten Informationen – hatten Hacha und Aussenminister Chvalkovsky am 14. März 1938 die Reise nach Berlin angetreten. Sie wurden in der Reichshauptstadt mit allen Ehren empfangen, was die Korrespondenten der Zeitungen in Wort und Bild ihren Redaktionen berichteten. Die Reichsregierung brachte sie im vornehmsten Berliner Hotel, dem Adlon, unter. Dann aber begann der Leidensweg des alten, gebrechlichen Mannes: Hacha wurde, wie die Informationen lauteten, erst nach Mitternacht von Hitler empfangen. Wie die Begegnung verlief, wurde durch die Mitteilung deutlich, Hacha sei mehrmals in Ohnmacht gefallen. Erst gegen vier Uhr morgens habe er dann einen ihm und dem Aussenminister vorgelegten fertig geschriebenen Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit aller Teile des ehemaligen Staates endgültig beseitigte.

In der Nacht vom 14. zum 15. März 1939 zerriss endgültig der Schleier, den Hitler und seine Regierung über die Täuschungen, Lügen und Verbrechen zu breiten versuchten, die seit der Machtergreifung von 1933 als Politik des Deutschen Reiches ausgegeben wurden. Das Geschehen fand in der Pressekonferenz am Mittag des 15. März folgenden, dem Bericht der FZ entnommenen Niederschlag:

«Herr Fritzsche: Das Bild der heutigen Abendblätter wird im Wesentlichen beherrscht sein müssen von der grossen historischen Darlegung über die Rolle von Böhmen und Mähren im deutschen Raum . . . Abschliessend kann noch offener gesagt werden, dass nunmehr die seit Jahrhunderten ungelöste Frage dieses geographischen Raumes ihre endgültige Lösung gefunden hat. Es müsse hier Ordnung geschaffen werden, und sie wird jetzt geschaffen. Angesichts der Gesamtlage Europas konnte eine Unordnung in diesem Raum nicht geduldet werden. Ordnung zu schaffen, war aber nur möglich unter der Patronanz einer Macht, und diese konnte nur die stärkere sein. Es ist unser Wunsch und unsere Hoffnung, dass die Ordnung, die jetzt dort hergestellt wird, endgültig ist. Dieses wird abhängen von der Frage, ob die Tschechen sich auch innerlich auf die neue Lösung einzustellen vermögen. Wir haben in einem grosszügigen und loyalen Abkommen ihnen die Rechte zugestanden, die sie kulturell beanspruchen können. Deutschland ist jetzt bereit, auf einer neuen Basis völlig neu anzufangen, ein neues Buch in der Geschichte der beiden Völker aufzuschlagen. Wir wollen die Wunden des Kampfes der letzten Jahre vergessen.

Es ist Sache der Tschechen, zu beweisen, ob sie fähig und gewillt sind, sich auch ihrerseits auf die neue, ihnen gebotene Chance einzustellen.»

Solche Sätze waren in jenen Jahren, wie nun auch aus diesem Vorgang zu ersehen ist, wohlfeil; obwohl sie sich wiederholten, wurden sie von zu vielen Zeitgenossen diesseits und jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches für bare Münze genommen.

Die Reichsregierung ordnete an, dass «alle Meldungen aus den Gebieten, die unter den Schutz deutscher Truppen gestellt sind, zensurpflichtig» seien. Die DNB-Berichte waren bereits zensiert. Bei allen Meldungen sei darauf zu achten, dass der Begriff «besetztes Gebiet» nicht verwendet wird:

«Es handelt sich um ‚Gebiet, das unter den Schutz der deutschen Truppen gestellt ist‘... Es darf auch politisch kein falscher Zungenschlag in die Meldungen hineinkommen.»

Aus den abermals ausführlichen Kommentaranweisungen waren keine neuen Gesichtspunkte mehr zu erkennen. Die Redaktion bemühte sich vielmehr, die privat erhaltenen Informationen zu recherchieren und zu vermehren. Sie teilte der Hauptredaktion in Frankfurt mit (15. März 1939, ca. 12 Uhr):

«Die deutschen Truppen sind in Prag bereits angekommen. Es herrscht Ruhe und Ordnung. Der Führer ist heute Morgen mit unbekanntem Ziel von Berlin abgefahren. Die Ereignisse scheinen dem Ausland geradezu die Sprache verschlagen zu haben. So geht es sogar den Berliner Ausländskorrespondenten, die doch stündlich im Ministerium ein und aus gegangen sind.

In London sind die Dinge zuerst durch den Prager Sender bekannt geworden, der um vier Uhr vom Einmarsch der deutschen Truppen berichtet hat, später auch durch den deutschen Rundfunk um sechs Uhr.

Die Agenturen in London haben zunächst ziemlich wilde Berichte gegeben, aus denen zu ersehen ist, dass sie den Dingen recht hilflos gegenüberstanden. Eine amtliche oder halbamtliche Äusserung liegt noch nicht vor. *Daily Mail* stellt Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs der Tschechoslowakei dar. Der Wirrwarr sei rein lokaler Natur. Europa bleibe ruhig.

Kurzwellensender Pittsburg: ‚Heute hat Hitler alle Machtmittel in Mitteleuropa. Es wird aber keinen Krieg geben.‘ Rundfunksender Luxemburg zitiert *Petit Journal*: ‚Einmarsch deutscher Truppen bedeutet Angriffsfall.‘

In Prag wurde die Nachricht zuerst überhaupt nicht für wahr gehalten. Von drei Uhr früh an Ministerrat. Um acht Uhr Überschreiten der Grenze durch deutsche Truppen an fünf Stellen gemeldet. Der Sender Melnik sendet bereits in deutscher Sprache. Um neun Uhr forderte der Prager Rundfunk auf, die Vorbereitungen der Deutschen zum Empfang der deutschen Truppen nicht zu stören. Der erste Aufruf des Prager Senders gab den Befehl des Staatspräsidenten Hacha durch, dem Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen. Hinzugefügt wurde, dass der geringste Zwischenfall unübersehbare Folgen nach sich ziehen würde, da Deutschland dann mit aller Brutalität vorgehen würde.

An die Post und Bahn sind strenge Befehle ergangen, unbedingt tadellos Dienst zu machen.

Aus Washington wird festgestellt, dass USA desinteressiert seien, da England und Frankreich keine Schritte zu unternehmen scheinen.

Situation in der Karpatho-Ukraine noch unklar. Havas und PAP* teilen mit, Polen stehe einem Übergang der Karpatho-Ukraine an Ungarn sympathisch gegenüber, könne aber keinesfalls einverstanden sein, wenn die Karpatho-Ukraine an die Slowakei käme oder wenn sie ein autonomer selbständiger Staat würde. Dementiert wurde, dass polnische Truppen die Grenze der Karpatho-Ukraine überschritten hätten. – Das, wie gesagt, zur Information.»

Notizzettel aus jenen Tagen und Stunden berichten, dass Beamte des Auswärtigen Amtes und anderer Ministerien, die ebenfalls Gerüchte recherchieren wollten, in der Redaktion der FZ angerufen haben. Offizielle Nachrichten waren spärlich und wurden, so besagen Notizen, in der Zuverlässigkeit der Mitteilung bezweifelt, ein vielsagender Farbfleck im Bilde der Wirklichkeit in Berlin und in Deutschland.

Einer Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit diene am wenigsten der Jubel, der vor allem in den von Nazis gelenkten Zeitungen überschwenglich und unaufhörlich angestimmt wurde. Am 16. März 1939 wurde in einer zu diesem Zweck einberufenen Pressekonferenz *Der Angriff*, die Zei-

* Polnische Presse-Agentur.

tung von Joseph Goebbels, scharf gerügt, und zwar «wegen seiner grossen Hauptüberschrift Frankreich sieht keinen Grund zum Eingreifen Als hätten wir die Hosen voll gehabt! Praktisch bedeutet die Rüge, dass überhaupt das ganze Auslandsecho auf der ersten Seite nichts zu suchen hat, vor allem, wenn derartige Überlegungen angestellt würden, wie in Frankreich und England zum Teil.»

«Kleinliche juristische Überlegungen, wie dieser oder jener Paragraph zu verstehen sei», wurden als unerwünscht bezeichnet und, so Fritzsche, «eine Überschrift ‚Grossdeutsches Weltreich‘ ist als Stichwort etwas verfrüht; die Dinge sollen nicht übersteigert werden» (16. März 1939 in der Abend-Presskonferenz).

In einigen kleinen Ländern herrschten Besorgnisse, teilte der Sprecher mit und fügte hinzu:

«Zu ihrer Beruhigung kann man sagen, dass es sich nur um Störungsmanöver aus bekannten Quellen handelt. Geschichtlich und geographisch liegen dort die Dinge ganz anders. Alle die kleinen Staaten, die sich nicht zum Spielball fremder Interessen haben machen lassen, sind in ihrer Politik gerechtfertigt. Mit diesen Gedanken kann man ihre Besorgnis zerstreuen.»

Jedoch trat das Gegenteil ein. Bereits am 16. März gab der Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* in Polen, von Dewitz, folgende Information für die Redaktion telefonisch nach Berlin:

«Die Vorgänge werden in den politischen Kreisen Warschaws mit ziemlich grosser Depression verfolgt. Die ganze Freude an der Beseitigung der Karpatho-Ukraine wird den hiesigen politischen Kreisen versalzen durch die neue Stellung, die Deutschland im Donaauraum eingenommen hat. Auch in der breiten Bevölkerung macht sich eine grosse Niedergeschlagenheit geltend, und man trifft hin und wieder auf Äusserungen der Erwartung, dass nunmehr die Abrechnung mit Polen an die Reihe kommen werde. Um so stärker dürfte man in politischen Kreisen bestrebt sein, in London und Paris die Fäden, mit deren enger Verknüpfung man so lebhaft gegenwärtig beschäftigt ist, so eng wie möglich zu knüpfen und nach Möglichkeit gewisse vertrauliche Zusicherungen in London und Paris für den Fall eines künftigen Konfliktes zu erhalten.»

Die Reaktion aus England hatte die Reichsregierung besonders getroffen, doch ist nirgends in den damals angefertigten Notizen eine Spur davon zu finden, dass man in der Wilhelmstrasse in Berlin von dieser Reaktion überrascht war.

Der Sprecher der Reichsregierung beauftragte am 17. März die Redaktionen des *Völkischen Beobachters*, der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, der in Essen erscheinenden *National-Zeitung*, der *Berliner Börsen-Zeitung* und des *Hamburger Fremdenblattes*, sich mit Äusserungen des britischen Politikers Duff Cooper (später Mitglied des Kriegskabinetts unter Winston Churchill) zu befassen. Sie sollten ihm «gründlich heimleuchten wegen seiner Äusserung, an der Spitze des Reiches stehe ein dreifach Meineidiger, Verräter und Gelübdebrecher, mit dem Verträge zu schliessen das Papier nicht wert sei».

Wenn dann auch am 18. März die besondere Zensur «nicht ohne gewisse Bedenken» aufgehoben wurde, so erfuhr das deutsche Volk von den meisten Vorgängen und von der Empörung und Meinung des Auslandes nur das, was es nach Meinung der Reichsregierung wissen durfte, um nicht die Kreise des Führers zu stören. Eine harte Rede des britischen Ministerpräsidenten Chamberlain, mit dem Hitler in der Münchener Konferenz angeblich so übereinstimmend hatte arbeiten können, durfte nur nach dem Text des DNB veröffentlicht werden. Aber der Ton sollte «erheblich verschärft» werden, wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Aschmann, in der Pressekonferenz am 18. März 1939 ersuchte. Er sagte: «Die Münchener Operation konnte nach der Natur des Falles nur vorübergehenden Erfolg haben; der Patient ist daran gestorben.»

Dieser zynischen Äusserung folgte eine Reihe von «Feststellungen» zur Geschichte der Zerstörung der Tschechoslowakei durch Hitler und seine Regierung:

«Die Abtrennung der Slowakei ging der Reise Hachas voraus. Sie hatte eine neue Lage geschaffen, durch die München hinfällig war. Für eine Konsultation fehlte die Grundvoraussetzung, nämlich eine Uneinigkeit zwischen Deutschland und dem tschechischen Volk. Hacha hat erklärt, dass er seine Reise freiwillig antrete und auf eigenen Wunsch. Während seiner Reise kam die berühmte Prager Rundfunckerklärung, Hacha werde das Schicksal seines Volkes in des Führers Hand legen und die tausendjährige

Geschichte wiederherstellen. Der tschechische Entschluss lag also fest, bevor die Reise nach Berlin angetreten war. Das Ergebnis der Entwicklung war, dass die Konsequenz gezogen wurde aus der Haltung der Slowakei und dem Zusammenbruch der tschechoslowakischen Staatskonzeption . . .

Deutschland habe keine territorialen Forderungen mehr. Die Frage territorialer Wünsche ist nicht von Deutschland aufgeworfen worden, sie stellte sich von selbst durch den Zerfall der Tschechoslowakei.»

Eine Notiz hielt damals fest: «Eisiges Schweigen in der Pressekonferenz; spürbare Erregung, aber kein Laut.» Die sehr ausführliche Sprachregelung, die das Auswärtige Amt vortragen liess, gipfelte in dem Satz, dass «nach dem Zerfall der Tschechoslowakei die Lösung nach dem Bedürfnis deutscher Sicherheitsinteressen zustande zu bringen» war.

Im Büro des tschechischen Fremdenverkehrsverbandes in Paris trugen sich in jenen Tagen Passanten in eine Trauerliste ein. Sie wurden dazu angeregt durch eine Tafel, die drinnen an der Wand hing, aber von der Strasse her zu lesen war. Auf ihr stand:

«Franzosen! Indem die Tschechoslowakei ins Grab steigt, ruft sie euch zu: Wenn ihr vierzig Divisionen verloren habt, so bleiben euch trotzdem elf Millionen Freunde.»

Diese Information wurde am 18. März einigen Zeitungen mit dem Auftrag übergeben, dazu eine Glosse zu veröffentlichen, die Meldung selbst aber nicht zu bringen.

Besonders streng blieben die Vorschriften, die verboten, Meldungen über militärische Themen zu veröffentlichen:

«Jedoch ist auch weiterhin auf das allerstrengste zu vermeiden, von einer Gliederung unterhalb der Grösse des Armeekorps zu sprechen. Es dürfen unter keinen Umständen weder Truppenbezeichnungen noch Nummern noch Namen von Kommandeuren und so weiter genannt werden.»

Die Schärfe dieser Weisung liess erkennen, wo vor allem von der Reichsregierung die Bedeutung der Zerstörung der in Mitteleuropa gelegenen Tschechoslowakei gesehen wurde, eines Gebietes, das im Kriegsfall als Aufmarschgebiet für

einen östlichen Gegner hätte dienen können, umgekehrt aber für Hitler verkürzte Grenzen und günstige Ausgangsstellungen bot, dazu Flughäfen und eine leistungsstarke Waffenindustrie. Auf diese Situation wurde der Blick des Beobachters gelenkt. Es geschah nicht zum erstenmal.

Reife Frucht Memel

Nur eine Woche und ein Tag vergingen, dann marschierten deutsche Truppen in das unter litauischer Staatshoheit stehende Memelgebiet ein – am 23. März 1939. Mit allen europäischen Nationen, so hatte Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag am 21. Mai 1935 gesagt, sei er zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes bereit – ausgenommen Litauen, «weil Litauen die primitivsten Gesetze des menschlichen Zusammenlebens missachte». Nach der «Einvernahme» Österreichs, der Besetzung des tschechischen Sudetengebietes und der Rest-Tschechoslowakei lag nun kaum etwas näher als eine Aktion gegen Litauen.

In einer Unterhaltung im Auswärtigen Amt in Berlin hatte ein Redakteur der FZ (am 10. Dezember 1934, also vor der Saarabstimmung) beiläufig auch die Memelfrage berührt. Der Gesprächspartner (wahrscheinlich war es Konsul Schoenberg) hatte dabei auf die grosse Mehrheit der Deutschen in diesem Gebiet hingewiesen und die Meinung vertreten, dass dort «auf dem Wege vernünftiger Verhandlungen» eine Lösung gefunden werden könne. Alle Memelwahlen bestätigten diese Mehrheit. Am 10. Oktober 1935 lagen neueste Ergebnisse einer dortigen Landtagswahl vor. Konsul Schoenberg vom Auswärtigen Amt sprach vor der Presse in Berlin:

«Die Diskussion um den deutschen Charakter des Memelgebietes sei nun mit diesem Wahlergebnis eigentlich ein für allemal abgeschlossen.»

Nach der Pressekonferenz rief das Propagandaministerium die Redaktion an und gab die Weisung:

«Die Kommentare zu den Memelland-Wahlen dürfen unter gar keinen Umständen irredentistisch gehalten sein. Die deutsche

Presse sei gehalten, ausdrücklich zu erklären, dass wir mit Litauen in Frieden und gutnachbarlichen Beziehungen leben werden, wenn das Memelstatut strengstens beachtet und die Terrorisierung der Memelländer eingestellt wird. Dieser zweite Gedanke müsse unter allen Umständen in den Zeitungen sichtbar Erwähnung finden.»

Die Weisung vermittelte nicht den Eindruck, die Reichsregierung strebe eine friedliche Lösung an. Am 12. Februar 1936 wurde die deutsche Presse angewiesen, «mit Rücksicht auf die Wirtschaftsverhandlungen mit Litauen, die jetzt begonnen haben, sei es angebracht, den Ton gegen Litauen in der deutschen Presse ein klein wenig zu mässigen».

Die dann wiederholten Ersuchen um Zurückhaltung wurden von dem damaligen Sprecher der Reichsregierung, Doktor Kurt Jahncke, damit begründet, dass die Reichsregierung «alle Belastungen aus Memelfrage, Sudetenfrage, Danzig-Lösung und so weiter jetzt zur Seite schieben» müsse: Die Olympischen Spiele in Berlin standen bevor. Man wollte verhindern, dass Deutschland als Unruhestifter angeprangert würde. Als die Berufung eines neuen Gouverneurs für das autonome Memelgebiet bevorstand, wurde die Presse ersucht, ihn «nicht unfreundlich zu begrüßen» (4. September 1936).

Die litauische Regierung beobachtete die deutsche Haltung und beklagte sich. Das wurde in der Pressekonferenz am 17. Dezember 1936 «streng vertraulich» mitgeteilt. Dazu wurde folgende Weisung gegeben:

«Die Litauer seien vorstellig geworden, um darauf hinzuweisen, dass ihre Presse keine Angriffe mehr gegen Deutschland bringe und so weiter, während in Deutschland immer noch Ungünstiges über Litauen geschrieben werde. Nachprüfungen hätten ergeben, dass die Behauptung der Litauer zutreffe. Man wolle also den Litauern eine Chance geben, sich auch weiterhin korrekt zu verhalten, bitte aber auch die deutsche Presse, nicht mehr im bisherigen Ton gegen Litauen zu schreiben, sondern sachlich, ruhig und den augenblicklichen politischen Verhältnissen entsprechend.»

Die ständig wiederkehrenden Begründungen, die auf aktuelle politische Situationen hinwiesen und zu erkennen gaben, dass mit Rücksicht auf die politischen Umstände «jetzt» nicht,

also erst später oder zur rechten Zeit, hart geschrieben oder verständnisvoll kommentiert werden möge, gehörten zur Praxis der Presselenkung und der «Information» der öffentlichen Meinung, wie sie das System der Naziregierung für zweckmässig hielt.

Ein Angehöriger des Propagandaministeriums hatte Vorträge vor den Deutschen im Memelgebiet gehalten. Über seine Erfahrungen wurde am 2. Februar 1937 in der Pressekonferenz gesagt, dass «die dortigen Deutschen und die amtlichen deutschen Stellen» zwei Bitten hätten:

«Bei der Beurteilung der politischen Lage müsse mehr den heutigen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Wenn zum Beispiel in einer grossen Berliner Zeitung und in einer militärischen Wochenschrift zu lesen gewesen sei, dass Litauen ebenso wie die Tschechoslowakei nur ein Anhängsel von Moskau sei, so treffe das nach Auffassung des dortigen deutschen Gesandten durchaus nicht zu. Bezeichnend für die augenblickliche Situation sei zum Beispiel auch, dass kürzlich das deutsche Theater in Memel im Staatstheater in Kowno eine deutsche Aufführung der *Iphigenie* unter Beteiligung der höchsten litauischen Stellen gegeben habe, an die sich ein Beisammensein von Litauern und Deutschen angeschlossen habe.

Die zweite Bitte betraf die Schreibweise der Hauptstadt, die man jetzt grundsätzlich Kaunas nennen möge. Vielleicht könnte man für die Übergangszeit noch in Klammern Kowno hinzufügen.»

Aber schon am folgenden Tage zog der Sprecher der Reichsregierung das Entgegenkommen bei der Benennung der Hauptstadt Litauens zurück. Die Begründung:

«Die freundschaftlichen Beziehungen (seien) doch noch nicht soweit fortgeschritten, dass man den Litauern diesen Gefallen tun müsste. Es soll deshalb weiterhin bei Kowno bleiben.»

Das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Litauen blieb aber nur «leidlich», wie es eine Weisung an die Presse nannte, die am 11. September 1937 mitteilte, dass in Litauen «neue Enteignungsmassnahmen» angewandt würden, «von denen auch deutsche Memelländer betroffen seien». Die Reichsregierung hielt dies für «unvereinbar mit dem Memel-

Statut», und die Presse wurde angewiesen, dazu Stellung zu nehmen:

«Die Kritik solle jedoch nicht überscharf sein, da immerhin ein leidliches Verhältnis zu Litauen bestehe. Die Litauer aber müssten sehen, dass wir uns dieses Vorgehen nicht gefallen liessen.»

Eine Woche später bat der Sprecher der Reichsregierung, dass in einem anderen Zusammenhang über Memel «ruhig auch etwas schärfer geschrieben werden könne als im *Völkischen Beobachter*».

Es blieb auch für die nächste Zeit dabei: «Wie bekannt ist, besteht kein starkes Interesse an einer Polemik mit Litauen» (30. Dezember 1937). Es sollte, wenn man kommentiere, «ein möglichst versöhnlicher Akzent gesetzt werden» – weil der Jahreswechsel bevorstehe.

Als Anfang Februar 1938 ein memelländischer Polizist verhaftet wurde, weil er einen litauischen Polizisten überfahren hatte, wurde die deutsche Presse dahin ausgerichtet, dass der deutsche Kraftfahrer «schwer betrunken» gewesen sei, und «ausserdem sei in den nächsten vierzehn Tagen mit der Freilassung der seinerzeit verurteilten Memelländer zu rechnen, so dass man zurzeit keinen Anlass habe, sich mit den Litauern zu reiben. Mit Litauen komme man immer mehr in normale Beziehungen» (7. Februar 1938).

Dennoch: Vom zwanzigsten Jahrestag der Unabhängigkeit Litauens sollte die deutsche Presse keine Notiz nehmen: «Man möge über ihn einfach hinweggehen. Wenn ostpreussische Zeitungen den Wunsch hätten, etwas zu bringen, sollen sie vorher Rückfrage halten» (11. Februar 1938). Am nächsten Tage wurde dann aber auch den Zeitungen in Ostpreussen Schweigen auferlegt.

Ein seit Langem schwelender Streit zwischen Polen und Litauen spitzte sich seit Jahresbeginn mehr und mehr zu. Am 15. März 1938 fanden in den polnischen Grossstädten Demonstrationen mit den Parolen statt «Auf ins polnische Litauen!» und «Auf ins polnische Memel!» Das Auswärtige Amt bestätigte diese Nachrichten, die aus Auslandsquellen bekannt geworden waren, und wies die deutsche Presse an:

«Vorläufig müsse die deutsche Presse Zurückhaltung üben. Polen habe zweifellos Anspruch auf Genugtuung. Wir wollen es

aber nicht zu unüberlegten Schritten ermutigen. Die Presse darf nicht zu litauenfeindlich werden.»

Dies war in den Tagen des deutschen Einmarsches nach Österreich. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes machte kein Hehl daraus, dass das Reich in dieser Situation jede andere Spannung vermeiden wolle. «Der polnisch-litauische Konflikt wird von uns mit Interesse verfolgt», sagte der Sprecher der Reichsregierung am 18. März und fuhr fort:

«... aber jetzt sollten keine Meldungen mehr von eigenen Korrespondenten darüber gebracht werden, sondern nur DNB-Meldungen. Diese Massnahme könne hoffentlich bald wieder aufgehoben werden. Wenn ostpreussische Zeitungen vielleicht etwas bringen wollten – denn wenn hier gar nichts erscheine, dann trage dies erst recht zur Beunruhigung bei dann müssten sie sich vorher mit dem Ministerium in Verbindung setzen.»

Der *Seediens Ostpreussen*, eine halboffizielle Reederei, hatte ihr Fahrgastschiff *Hansestadt Danzig* am 22. Juni 1938 nach Memel entsandt. Dort waren Zwischenfälle entstanden, die zuerst im Ausland und dann auch im Deutschen Reich grosse Aufmerksamkeit fanden. Ein Rundruf des Propagandaministeriums (über DNB verbreitet) ordnete am gleichen Tage an:

«Über die Zwischenfälle in Memel soll vorläufig nichts gebracht werden. Gegebenenfalls ergeht eine DNB-Meldung.»

Eine Woche später ereigneten sich erneut Zwischenfälle. Es lagen aus dem Ausland Nachrichten in grosser Zahl vor. In der Pressekonferenz sagte Hans Fritzsche dazu (am 29. Juni):

«Der neue Zwischenfall sei schwerer als der erste, aber man wolle auch jetzt nichts Grosses daraus machen. Unangenehm sei, dass ausländische Nachrichtenbüros bereits umfangreicher berichtet hätten.»

Dann schien die Zeit vorbei zu sein, in der Zurückhaltung, Verzicht auf Proteste, Schonung gegenüber Litauen für nützlich und nötig erachtet worden waren. Am 22. Juli 1938 erschien eine DNB-Meldung unter der Überschrift «Zwölf

Jahre Kriegszustand im Memelgebiet», und das Auswärtige Amt wies nicht nur auf sie hin, sondern bat, sie gross aufzumachen. Eine Begründung dafür wurde nicht vermerkt. Auf eine Frage, die nach der Pressekonferenz an den Sprecher des Aussenamtes gerichtet wurde, um den Grund für die überraschende Weisung zu erfahren, erwiderte jener: «Wenn Sie ein Signal vermuten, das ist es nicht, vielleicht eine Warnung.» Erst am 24. Oktober 1938, etwa vier Wochen nach der Besetzung der Sudetengebiete, wurde das Thema Memel wieder besonders aktuell. In der Pressekonferenz lautete eine Weisung:

«Die Vorgänge im Memelgebiet hätten berechtigte Kritik hervorgerufen. Sie dürften aber nicht als Signal aufgefasst werden, das nun die ganze deutsche Presse auf den Plan rufe. Das Stichwort Memelland werde, wenn es für nötig befunden werde, in der Pressekonferenz ausgegeben werden.»

In der am gleichen Tage in der Glossen-Konferenz des Propagandaministeriums ausgegebenen Sprachregelung hiess es:

«In der Memelfrage darf für die deutsche Presse nichts anderes als Ziel gelten als die Forderung nach richtiger Erfüllung des Memelstatuts.»

Schon am folgenden Tage, dem 25. Oktober, wurde die deutsche Presse angewiesen, auf die ausführlichen und zahlreichen Nachrichten und Berichte, die im Ausland zur Memelfrage erschienen seien, nicht einzugehen, «zumal die verschiedenen Kombinationen nicht ernst zu nehmen seien. Unter anderem werde aber darauf hingewiesen, dass England die Aufgabe habe, sich auf seine Garantieverpflichtungen für das Memelstatut zu besinnen (*Daily Herald*).»

Noch einmal wurde die Presse am 27. Oktober ersucht, Vorgänge im Memelgebiet «ruhig und sachlich zu kommentieren; Kommentare seien erwünscht, aber sie sollten nicht einen ärgerlichen Ton zeigen». Da die litauische Regierung den Ausnahmezustand im Memelland aufgehoben hatte, wurde dies als «Erfüllung einer selbstverständlichen Forderung» bezeichnet, und in diesem Sinne sei die Massnahme zu

kommentieren. Warum nach der heftigen DNB-Meldung wieder Zurückhaltung gefordert wurde, erläuterte Hans Fritzsche am 3. Dezember 1938 in der Pressekonferenz nach dem Bericht der FZ:

«In der Memelfrage muss sich die Presse noch eine bestimmte Zurückhaltung auferlegen. Die Frage ist zu einer endgültigen Behandlung noch nicht reif. Alle Berichte aus oder über Memel müssen nach dieser vorsichtigen Linie ausgerichtet werden. Das gleiche gilt für polnische Dinge.»

Im Memelland standen am 11. Dezember 1938 Wahlen bevor. Die Presse müsse die Deutschen unterstützen, «aber Erörterungen über die künftige Gestaltung des Memelgebietes müssen innerhalb dieser Berichte zur und über die Wahl unterbleiben» (7. Dezember 1938).

Das Wahlergebnis war, wie alle vorangegangenen, für die Deutschen überwältigend; es stimmten 87,3 Prozent für die memeldeutsche Liste. Das Auswärtige Amt in Berlin liess dieses Ergebnis am 12. Dezember durch Geheimrat Aschmann kommentieren:

«Wie bisher keine politischen Kombinationen. Das gilt auch für die Auslandsstimmen, unter denen sich zahlreiche Vermutungen aller Art befinden. Auch diese sollen nicht übernommen werden.»

Hans Fritzsche fügte hinzu, «dass man solche Pressestimmen bringen könne, in denen es heisst, die Wahl sei eigentlich eine Volksabstimmung gewesen. Andere ausländische Äusserungen, wie etwa die Bemerkung, Memel sei jetzt eine reife Frucht, möge man höchst unauffällig verzeichnen. Alles aber, was Kombinationen sind, in denen teilweise auch schon genaue Termine genannt werden, müsse weggelassen werden.»

Am gleichen Tage ordnete ein Rundruf an: «Über angebliche Demarchen fremder Mächte in Berlin in der Memelfrage darf nur die DNB-Meldung übernommen werden.»

Frankreich und England hatten interveniert und nach einer Mitteilung, die Hans Fritzsche am 13. Dezember in der Pressekonferenz machte, «auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des unverletzten Memelstatuts hingewiesen». Diese Mitteilung versah Fritzsche mit folgendem Kommentar:

«Wir wären nicht verlegen um Gegenargumente, zum Beispiel um die Frage, warum man nicht früher bei der ständigen Verletzung des Statuts solche Schritte unternommen hat. Es wird aber trotzdem gebeten, von dieser Demarche keinerlei Notiz zu nehmen und sie auch nicht indirekt zu erwähnen. Es ist, wie am 21. Mai, ein Versuch, auf den Busch zu klopfen*. Dieses Spiel wollen wir aber nicht erleichtern. Auf der anderen Seite wird noch einmal auf die Sprachregelung verwiesen: Die Kommentare dürfen keinesfalls Material enthalten, das in Memel oder sonst in der Welt eine Psychose schafft, die Deutschland irgendwie zum Handeln zwingen würde. Die in Memel schon vorhandene Unruhe darf keinesfalls gesteigert werden. Selbstverständlich kann das Ergebnis gut und gross herausgebracht und als Bekenntnis zum Deutschtum gewertet werden. Auch kann die Presse in Ostpreussen sich etwas ausführlicher mit der ganzen Frage beschäftigen. Aber auch dort ist strengstens darauf zu achten, dass keine neuen Reibungsflächen gegeben werden.»

Unter der Überschrift «Sechs Wochen Zeit» veröffentlichte das *Berlin Tageblatt* am 16. Dezember 1938 einen Kommentar zum Memeler Wahlergebnis, in dem unter anderem zu lesen war:

«Darüber hinaus ist man sich schlüssig geworden, wie weit der Fall der Tschechoslowakei für Litauen beispielhaft ist, insoweit nämlich, als Benes vergeblich versuchte, die natürlichen Ansprüche des Deutschtums innerhalb der tschechoslowakischen Staatsgrenzen in einem Netz von Verhandlungen und Dokumenten unwirksam zu machen. Wohin das führte, weiss alle Welt.»

Diesen Satz nahm Hans Fritzsche in der Pressekonferenz am 17. Dezember zum Anlass, um zu sagen:

«Das sieht so aus, als wollten wir den Litauern ein Ultimatum stellen. Der Inhalt des Aufsatzes ist im Wesentlichen richtig, nur

* Der wiederholt von den Sprechern der Reichsregierung zum Vergleich herangezogene 21. Mai 1938 war der Tag, an dem der britische Botschafter in Berlin mehrmals im Auswärtigen Amt vorsprach und dort unter Hinweis auf deutsche Truppenbewegungen in Richtung Tschechoslowakei eine Äusserung des Premierministers Chamberlain vom 24. März 1938 in Erinnerung rief. Dieser hatte unzweideutig vor dem Unterhaus erklärt, dass England und Frankreich für den möglichen Fall eines Krieges Abreden getroffen hätten, die beide verpflichteten. Diese Erklärung wurde von deutscher Seite stets als aggressive Kriegsdrohung interpretiert.

ein Satz ist geeignet, auf das Memeldeutschtum nicht beruhigend zu wirken, sondern die Dinge, die dort ohnehin schon weit gediehen sind, noch mehr vorwärts zu treiben. Es ist der Satz . . .»

Fritzsche verlas den zitierten Satz und fuhr fort:

«Vorsichtiger Gebrauch gemacht werden soll von dem Wort ‚spontan‘. Es ist nicht glaubhaft, wenn um 19 Uhr spontan alle Kirchenglocken läuten, Freudenfeuer sich entzünden und so weiter.»

Das Propagandaministerium hatte einige Mühe, die Jubelbereitschaft einzelner Zeitungen zu dämmen. Ein Rundruf fasste am 21. Dezember 1938 zusammen, wie die Memelfrage künftig und bis auf Weiteres zu behandeln sei, nämlich:

«Die Sünden der Litauer in der Vergangenheit können behandelt werden. Auf die Unzufriedenheit der Memeldeutschen und ihre Forderungen kann auch eingegangen werden, jedoch nicht so stark, dass Rückschlüsse möglich sind, etwa der Art: Die Memeldeutschen verlangen nur Einhaltung des Statuts. Es sollen keinesfalls Meldungen gebracht werden, die auf die deutschen Absichten schliessen lassen, oder Kombinationen, aus denen indirekt auf derartige Absichten geschlossen werden kann.»

In einem Gespräch mit dem Gesandten Aschmann vom Auswärtigen Amt wurde deutlich, dass die ungewöhnlich heftige Reaktion des Auslandes als eine «unerwartet grosse Belastung für die Friedenspolitik des Führers empfunden» werde und dass deshalb Beruhigung eintreten müsse. In der Pressekonferenz drückte Aschmann dies nach dem Bericht der FZ so aus:

«In der Memelfrage ist es also nach wie vor so, dass beim ausländischen Leser der Eindruck nicht entstehen darf, die Memelländer wollten weiter nichts als die integrale Durchführung des Memelstatuts. Diese Frage müsse aber offen bleiben. Ebenso die Einstellung der Reichsregierung zu dem ganzen Problem. Keine Darstellung dürfe Rückschlüsse direkter oder indirekter Art ermöglichen, etwa Rückschlüsse, die Reichsregierung habe

Im Zwielficht solcher Weisungen und Ausdeutungen der politischen Situation sollten Ungewissheit und Vermutungen,

die man nicht aussprechen durfte, die öffentliche Meinung in Deutschland einnebeln. «In der litauischen Frage bleiben wir nach wie vor still» – so Aschmann am 27. Dezember 1938 in einer Sprachregelung, auf eine Rede des litauischen Aussenministers nicht einzugehen und nicht über sie zu berichten. Man konnte es auch deutlicher sagen, und das tat der Sprecher des Aussenamtes am 9. Januar 1939:

«Was Memel angeht, so wollen wir auch weiterhin – vertraulich! – unsere Ziele tarnen. Deswegen erscheint es nicht erwünscht, dass wir ablehnende oder auch versöhnliche litauische Reden bringen. Auf der anderen Seite wollen wir auch nicht oder nicht gross tatsächliche litauische Leistungen zur Erfüllung des Memelstatuts oder über das Statut hinausgehende Leistungen bringen. Damit würden wir die Erfüllung öffentlich anerkennen.»

War dies eine Aufforderung zu ruhiger Behandlung des Themas Memelland und Litauen, so hörte die Pressekonferenz einen Tag danach, am 10. Januar, die folgende Weisung des Auswärtigen Amtes:

«Vor sechzehn Jahren ist das Memelland durch die Litauer besetzt worden. Die einzelnen Daten liegen zwischen dem 10. und 15. Januar. Die Litauer selbst feiern den 15. Januar als Tag der endgültigen Besetzung. Wenn auch die Litauer vermutlich wenig Lust verspüren, diesmal die Feiern gross aufzuziehen, erscheint es doch angebracht, dass der Tag nicht unberücksichtigt und unkommentiert bleibt. Es darf vorgeschlagen werden, dass die Presse im Reich mehr als nur eine Vermerkung der bekannten Tatsachen bringt. Die ostpreussische Presse kann ruhig in eine Kommentierung eingehen, dabei gewisse Bitterkeiten oder auch Polemiken einfließen lassen, die freilich mehr auf das Historische abzustellen wären.

Man schlägt vor, die Zeitungen vom 14. oder 15. Januar dafür herzuzunehmen. Stichworte: Gewaltvoller Handstreich von in Zivil gesteckten Soldaten mit Wissen und Willen Kownos, Mitschuld der Alliierten und Assoziierten, Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechts . . .

Falls die litauische Presse die Erinnerung stärker hervorkehren sollte, wäre der Ton entsprechend zu verstärken.»

Es wurde stiller um die Memelfrage. Unter den vielen Themen, die in jeder Pressekonferenz in bunter Folge ange-

sprochen wurden, rückte die Tschechoslowakei immer mehr in den Vordergrund. Es mehrten sich auch in schneller Zunahme Weisungen über das deutsch-polnische Verhältnis.

Die politischen Kombinationen, die das Auswärtige Amt nach der Wahl im Memelland den deutschen Zeitungen untersagt hatte, ersetzte der Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, in der ersten Sitzung der neuen Fraktion des Memel-Landtages durch eine eindeutige Konzeption. In einer Erklärung, die er am 15. März 1939 vor den deutschen Abgeordneten abgab, erhob er den Vorwurf, dass bei der Abtrennung des Memelgebietes von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht nicht beachtet und dass neue Tatsachen nur durch Gewalt und nicht durch Rechtsspruch geschaffen worden seien. Die litauische Regierung habe das Memelstatut ständig verletzt. Die Folge sei eine Katastrophe in der Wirtschaft des Landes. Dann fuhr er wörtlich fort:

«Wir müssen unser politisches und wirtschaftliches Leben auf Grund des Rechtes nach eigenem Willen selbständig regeln und unsere Lebensrechte so sichern, dass sie fernerhin nicht mehr der Willkür ausgesetzt sind.»

Über diese Erklärung, die ein volles politisches Programm umriss, durfte die deutsche Presse nach einem Rundruf vom gleichen Tage «nur über DNB berichten», was bedeutete, dass Inhalt und Formulierung der Zensur des Propagandaministeriums unterlagen. Die Erklärung war, wie der Sprecher des Propagandaministeriums («Zimmer 24»)* telefonisch erläuterte, dass Neumann «reichlich deutlich» gewesen sei, «was in diesem Augenblick nicht zweckmässig war» (Einmarsch in Böhmen und Mähren).

Die Memelländer begannen den Aufbau zunächst mit der Wiederaufstellung des Denkmals des Kaisers Wilhelm (20. März 1939). Dabei seien, wie DNB berichtete, Rufe «Heim ins Reich» erschollen. Dieser Satz der Meldung wurde

* Das Zimmer 24 war im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda das Amtszimmer des jeweiligen Chefs vom Dienst, eines Angehörigen des Ministeriums. Das Zimmer war Tag und Nacht besetzt und die erste Anlaufstelle bei Rückfragen.

aber sofort zurückgezogen – und wenig später doch wieder freigegeben. Der litauische Aussenminister eilte nach Berlin. Ein Rundruf verbot der Presse jede Meldung über die Anwesenheit und natürlich auch Bildveröffentlichungen (20. März 1939). Was in Berlin verhandelt wurde, ist nicht mitgeteilt worden. Aber am frühen Morgen des 22. März gab die Berliner Redaktion der FZ folgende Ausrichtung an die Hauptredaktion in Frankfurt:

«Um sechs Uhr früh rief mich das Propagandaministerium an: ‚Memelgebiet ist deutsch. Heimatschriftleitung anrufen. Extrablatt machen. Alles Übrige DNB’.»

Die Mittagskonferenz begann Hans Fritzsche mit der Bitte – sie wurde sechs Stunden nach dem Telefonalarm ausgesprochen –:

«. . . keinerlei Meldungen und Andeutungen zu bringen über irgendeine militärische Aktion im Memelgebiet, die in Gang kommen könnte. Vertraulich: Morgen früh um zehn Uhr voraussichtlich eine Meldung.

Selbstverständlich muss Memel die grosse Aufmachung sein. Es wird darum gebeten, dass eine Kundgebung heute in Ostpreussen zwar erwähnt und gut behandelt wird, aber nicht so, dass grössere Dinge vorweggenommen werden. (Der Führer morgen voraussichtlich in Tilsit und Memel.)

Bei der politischen Seite der Memelfrage muss zunächst eine gewisse Zurückhaltung geübt werden. Die Verhandlungen sind nicht ganz ohne Winkelzüge abgerollt. Auch jetzt lasse sich noch nicht ganz klar übersehen, wie die weiteren Verhandlungen vor sich gehen. Ausdrücklich wird um Zurückhaltung gebeten in der Erteilung von Lob oder Tadel gegenüber Litauen. Man kann also noch nichts sagen von der dankenswerten Einsicht Litauens. Dazu ist vielleicht morgen noch Zeit, wenn die Litauer sich selbst in entsprechender Weise verhalten. Voraussichtlich im Laufe des Tages eine weitere Pressekonferenz.»

Bevor um 21 Uhr erneut die Presse zusammengerufen wurde, wiederholte und betonte ein Rundruf:

«Es dürfen vorläufig keine Nachrichten über militärischen Einsatz jeglicher Art im Memelgebiet gegeben werden. Auch Zitate aus memelländischen Zeitungen dieser Art sind untersagt.»

Obwohl zu Beginn des Tages bereits die Mitteilung gegeben worden war, «Memelgebiet ist deutsch», obwohl Extrablätter ausgegeben werden sollten – begann um 21 Uhr des gleichen Tages die zweite Pressekonferenz mit dem Satz: «Der litauische Vertrag wird im Augenblick noch verhandelt.»

Der Sprecher gab einige unwichtige Einzelheiten über die Zahl der Paragraphen (fünf) und die Tatsache eines Schlusskommuniqués bekannt, das ohnehin üblich war. Das war die Information nach dem Ermessen der Reichsregierung. Im Ausland erschienen bereits Kommentare zu dem «neuesten Coup», den Hitler der Welt bot, als deutsche Zeitungen die ersten Nachrichten veröffentlichten. Die Reaktion des Auslandes war besonders heftig, weil die Reichsregierung auch nach allem, was vorangegangen war, keine Fühlungnahme mit anderen Mächten für nötig befunden hatte.

In der Pressekonferenz des Tages, an dem die deutschen Truppen das Memelgebiet besetzten, bat das Auswärtige Amt in Berlin, die Abmachung des Vertrages mit Litauen besonders gut hervorzuheben, die eine Freihafenzone für Litauen in Memel zusagte: «Aus dieser Vereinbarung sieht man, in welcher grosszügiger Weise von deutscher Seite das Wirtschaftsproblem für Litauen gelöst worden ist» (23. März 1939).

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Aschmann, fügte in der gleichen Weisung hinzu:

«Die gleiche Aufmerksamkeit ist übrigens dem Artikel 4 des deutsch-litauischen Abkommens zuzuwenden (keine Gewaltanwendung). Es handelt sich also nicht nur um Wiedergutmachung alten Unrechts, sondern um eine aufbauende Zukunftsarbeit der deutschen Politik. Die Warschauer Meldungen in der englischen Presse, dass Deutschland die sofortige Unterwerfung Litauens verlangt habe, müssten noch einmal zurückgewiesen werden. Von Zwang kann keine Rede sein. Die Hafenabrede zeigt, dass sowohl den memelländischen wie auch den litauischen Interessen eine Lösung gegeben worden ist, die beide Teile vollauf zufriedenstellt.»

Nach dieser Konferenz war das Gespräch mit Aschmann, wie es zuweilen schon vorher stattgefunden hatte, ungewöhnlich aggressiv: Die Journalisten fühlten sich uninformiert und «allzu billig verkauft». Hans Fritzsche, der nach der vorliegen-

den Notiz zu dem kleinen Kreis hinzutrat, gab, wenn auch in vorsichtiger Form, den Journalisten recht – ein Beispiel mehr für die sich in jener nervösen Zeit häufenden Gegensätzlichkeiten zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt.

Obwohl die «Einvernahme» des Memelgebietes durch das Deutsche Reich nach den Aktionen in Österreich, im Sudentengebiet und in der Rest-Tschechoslowakei kaum eine Überraschung hätte bringen können, war nach dem Einmarsch in Memel die politische Wirkung unerwartet stark anhaltend. In einer Rede in Birmingham stellte der britische Premierminister Chamberlain fest, dass nun die Politik der ständigen Beruhigung, des *appeasement*, vorüber sei. Die Kriegsgefahr wurde unmittelbar fühlbar.

Nicht ohne Absicht, so schien es, sagte in der Glossenkonferenz am 24. März 1939 der Sprecher des Auswärtigen Amtes:

«*Börsen-Zeitung*, *Kölnische Zeitung* und *Hamburger Fremdenblatt* beschäftigen sich mit dem in den Vereinigten Staaten besonders in konservativen Kreisen jetzt wieder umlaufenden Gerücht von einem Geheimabkommen Hitler-Stalin. War zuerst veröffentlicht in *Liberteim* Oktober 1938, dann in *New York Sun* am 17. November und schliesslich am 22. Januar 1939 in *Sunday Pictorial*. Auch die anderen Zeitungen können hierüber Glossen schreiben.»

So weit dieses Gerücht auch kommenden Ereignissen voraus-eilte, es wurde in den Zusammenhängen dieser Tage vermerkt und beachtet.

Die Konsequenz ist Krieg

Am 20. März 1939. kehrte Adolf Hitler als «siegreicher Führer» aus den bis dahin besetzten Gebieten nach Berlin zurück. Er sollte, so forderte es der Propagandaminister, von der Bevölkerung in einer Weise empfangen werden, dass «eine beruhigende Wirkung» auf das in hohem Masse erregte Ausland ausgeübt werde. «Das deutsche Volk nehme die Ereignisse so hin», formulierte Hans Fritzsche in der Pressekonferenz am 19. März 1939, die Auslandsstimmen zusammenfassend, «innerlich beteiligt scheine es aber nicht.» Dieser falsche Eindruck müsse nun beseitigt werden. Deshalb müssten Hunderttausende auf die Strassen gehen. Goebbels' Aufruf hatte Erfolg. Als dann aber ein Bericht des DNB über den offiziellen Empfang mitteilte, «man sieht den italienischen Botschafter, Exzellenz Attolico, den japanischen Botschafter, Exzellenz Oshima, und den königlich-ungarischen Botschafter, Doeme Sztojaj, sowie die Militärattaches von Italien, Japan und Ungarn mit ihren Gehilfen . . .», wurde dieser Satz sogleich zurückgezogen, weil er eine Allianz kennzeichnete, deren ausdrückliche Betonung in diesem Augenblick politisch unerwünscht erschien, «mindestens in diesem Zeitpunkt doch wohl sehr unzweckmässig», wie das Propagandaministerium feststellen liess. Der Bericht gab aber nur wieder, was im Ausland als Tatsache bekannt war und nicht weniger als die bisherigen Aktionen der deutschen Regierung zu Sorge und Widerspruch gegen Hitlers Politik Anlass gegeben hatte.

Die Bemühung der Reichsregierung, durch Pakte mit möglichst vielen Nachbarstaaten den Willen zur Friedfertigkeit zu beweisen und so Glaubwürdigkeit zu gewinnen, hatte keinen Erfolg gehabt. Schliesslich war jeder Pakt von der Reichsregierung, wenn es ihr zweckmässig oder, wie es dann hiess, «den deutschen Interessen nützlich» erschien, zu gegebener Zeit für ungültig erklärt worden. Dabei sollte es auch künftig bleiben.

Nochmals Pakte

«Jetzt müssen die Konsequenzen unserer Haltung gezogen werden, durch die wir uns alle bereit erklären, die Politik des Führers zu unterstützen.» Mit diesem Satz begann am 26. August 1939 in einer Sonder-Pressekonferenz die Kommentaranweisung, die aus Anlass der Ausgabe der ersten Bezugsscheine für lebenswichtige Verbrauchsgüter gegeben wurde. Es herrsche keine Knappheit, sagte der Sprecher der Reichsregierung, aber es sei nötig, «von vornherein und rechtzeitig eine gerechte und alle gleichmässig belastende Verteilung vorzunehmen».

Rechtzeitig – die Regelung trat am 28. August 1939 in Kraft. Am 1. September begann der Krieg.

Die Reichsregierung hielt die Haltung Englands für besonders wichtig und einflussreich auf andere Regierungen. Gegen England sollten deshalb die intensivsten und gründlichsten Beiträge geschrieben werden, je näher der Zeitpunkt der «Konsequenzen» rückte. Sobald eine neue Aktion eingeleitet wurde, richtete sich der Blick nach London. Am 21. März 1939, als Memel zu den anderen Gebieten hinzu «heim ins Reich» geholt wurde, machte die Reichsregierung ein «Angebot» an Polen, um «das Verhältnis endgültig zu klären». Polen sollte Danzig aufgeben, eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn durch den Korridor (das ehemalige Westpreussen) zugehen und dafür dann – zusätzlich zu dem am 26. Januar 1934 abgeschlossenen «Freundschaftsvertrag» – von Hitler eine langfristige Garantie seiner Grenzen erhalten.

In der Pressekonferenz am 21. März, die um 16 Uhr gesondert einberufen worden war, sprach Hans Fritzsche nicht über Polen und das deutsche Angebot, sondern über «England, die alte Jungfer», wie er sagte, «die Moral predige». Diese Formel möge die Grundtendenz für historische Artikel abgeben, die jetzt zu schreiben seien:

«Angesichts der unehrlichen Entrüstung in englischen Blättern und in Reden führender Parlamentarier und Staatsmänner ... soll der Versuch gemacht werden, die Geschichte der Entwicklung des britischen Weltreiches zu beleuchten und mit deutscher Gründlichkeit zu untersuchen.»

Aber er sagte dabei auch:

«Andererseits sollen bei aller Gründlichkeit keine trockenen historischen Betrachtungen herauskommen, sondern lebendige Geschichtsreportagen, auf die sich der Leser stürzt.»

Fritzsche fuhr in der Kennzeichnung Englands und seiner Politik dann fort:

«England sitzt wie eine alte Jungfer behaglich auf ihrem Plüsch und schaut durch den Spion am Fenster jedem jungen Mädchen auf der Strasse nach, mit sehr viel Eifersucht, Moral und Vergesslichkeit ihrer eigenen Vergangenheit. In Vorbemerkungen dieser Artikel kann man darauf eingehen, dass es für einen Reichen immer sehr einfach ist, moralisch zu sein, und dass von ihm nicht erwartet wird, dass er ein Brot stiehlt. Anders ist es mit jenen, die noch nicht reich sind. Die Zeitungen werden schon so geschickt sein, diesen Gedanken klug darzulegen.»

Dieser Pressekonferenz vom 21. März 1939 folgten am 27. März die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Grossbritannien und am 31. März eine englisch-französische Garantie-Erklärung für Polen, die später auf Griechenland und Rumänien erweitert wurde. Aber zuvor hatte noch Rom eine Sympathiekundgebung für den Freund in Berlin abgegeben: Der *Grosse Rat des Faschismus* erklärte, «dass die Vorgänge in Mitteleuropa ihren Ursprung im Versailler Vertrag haben, und bekräftigt gerade in diesem Augenblick seine volle Zustimmung zur Politik der Achse Rom-Berlin». Diese Erklärung vom 21. März 1939 erfolgte, wie es in ihrem einleitenden Text hiess, «angesichts der Drohung mit der Bildung einer dem Bolschewismus verbündeten Einheitsfront der Demokratien gegen die autoritären Staaten».

Die Faschisten-Erklärung musste «gross herauskommen», wie ein Rundruf anordnete (23. März). Zur Thronrede des italienischen Königs, der am 23. März den deutsch-italienischen Pakt und die Pakte mit Ungarn, Japan und Mandschukuo* pflichtgemäss gefeiert hatte, fiel kein Wort des Kommentars. Dagegen ordnete ein Rundruf an:

* Mandschukuo entstand 1932 durch Intervention Japans gegen die Wünsche und Interessen Chinas. Ein Bekenntnis zu dem neuen Staat Mandschukuo galt als eine Betonung der deutsch-italienisch-japanischen Zusammenarbeit.

«Sowohl der deutsch-slowakische Vertrag wie der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag müssen morgen früh neben Memel auf der ersten Seite zur Geltung kommen.»

Der Vertrag mit der von der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik abgespalteten Slowakei beinhaltete die «Unterstellung des neuen Staates unter den Schutz des Deutschen Reiches», wie ein Sprecher des Auswärtigen Amtes es formulierte. Der Wirtschaftsvertrag mit Rumänien sollte nach einer Erklärung des rumänischen Aussenministers Gafencu «Ausdruck des Friedenswillens der beiden Staaten» sein:

«Rumänien verfolge dieses Friedensziel mit aller Loyalität und dem festen Willen, unter allen Umständen seine Grenzen und seine restlose Unabhängigkeit zu verteidigen. Rumänien sei überzeugt, dadurch dem Ideal der nationalen Unabhängigkeit, den Friedensbestrebungen der Nachbarn sowie nahen und fernen Freunden zu dienen.»

Die Formulierungen dieser Erklärung fielen auf. Sie seien, so erläuterte ein Beamter des Aussenamtes in Berlin, Gesandter Braun von Stumm, gegen die englische Behauptung gerichtet, Deutschland hätte Rumänien unter Druck gesetzt oder ihm gar ein Ultimatum gestellt. Auf zweifelnden Widerspruch der Journalisten fügte er dann hinzu: «Gafencu hat es wohl wörtlich gemeint und jeden möglichen Kontrahenten oder Interessenten im Auge gehabt.» Solche gewagten Äusserungen kamen zuweilen vor. Sie konnten nur verdeckt und umschrieben in Kommentare einfließen.

Eine klare und in den Augen der öffentlichen Meinung in Deutschland eindeutige Entscheidung traf am 27. März 1939 General Franco, der durch seinen Beitritt zum Antikomintern-Pakt sich mit Deutschland, Italien und Japan verbündete. «Der spanische Beitritt», so kommentierte Hans Fritzsche diese Erklärung am 7. April 1939 vor der Presse, «bedeutet einen Triumph für die Politik des Führers, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Kurs der ideologischen Gemeinschaft und der Antikomintern-Front verschiedentlich in Deutschland mit Widerständen der populären öffentlichen Meinung zu rechnen hatte. Er erinnerte an die proabessinische

Stimmung und an die prochinesische Stimmung, die von der deutschen Pressepolitik abgelenkt wurde.» Der Sprecher des Aussenamtes, Dr. Paul Karl Schmidt*, fügte dem hinzu, «dass ebenso wie der Beitritt Spaniens einen Triumph der Politik des Führers darstelle, er auch die Politik und die Methode Ribbentrops gerechtfertigt habe». Eine Notiz zu diesem Bericht der FZ vermerkte an dieser Stelle «hörbares Schmunzeln».

Die Regierungschefs von England und Frankreich, Chamberlain und Daladier, äusserten sich in diesen ereignisreichen und an Überraschungen nicht armen Wochen wiederholt zur politischen Situation des Tages, was die Reichsregierung wiederum zu Gegenäusserungen veranlasste. Die Presse sollte den Tenor wahren:

«... Nicht als grosse Hauptaufmachung der Blätter herauskommen, ... können auf der ersten Seite zweiseitig stehen, ... keine allzu grosse Bedeutung beimessen, ... nicht allzu viel bringen, ... Bemerkungen über England und Italien und über die italienischen Freiwilligen in Spanien weglassen ...»

«Der Hauptgedanke der Kommentierung», so hiess es am 13. April in einer Sonder-Pressekonferenz, die dennoch wegen jener Äusserungen einberufen worden war, müsse etwa sein: «Unbedrohte Staaten, die zum mindesten nicht erklärt haben, dass sie sich bedroht fühlen, werden garantiert, um entweder schon vorhandene oder beabsichtigte imperialistische Stützpunkte Englands zu erhalten oder zu gewinnen.» Ausführlicher fügte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Dr. Paul Karl Schmidt, nach den Aufzeichnungen des Vertreters der FZ hinzu:

«Es muss festgestellt werden, dass England Wert darauf legt, den Handlungen der totalitären Staaten an jedem Punkte entge-

* In der Pressekonferenz am 19. Januar 1939 hatte der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Aschmann, mitgeteilt, dass als Nachfolger seines bisherigen Stellvertreters, Geheimrat Wolf, künftig Dr. Paul Karl Schmidt für das AA in der Pressekonferenz sprechen werde. Schmidt hatte bereits dem 1934 gebildeten Büro Ribbentrop angehört und war mit diesem, als Ribbentrop Aussenminister wurde, im Februar 1938 in das Auswärtige Amt übernommen worden.

genzutreten. Es benutzt die Methode, die sich Verbrecher zu eigen machen: Es wird eine Unruhe an die Wand gemalt, die man selbst geschaffen hat, oder die Methode der Banditen, die ein Dorf überfallen: Erst stiftet man Verwirrung, um dann besser ausplündern zu können. Dieses Manöver ist zuerst mit Polen versucht worden. Man weiss, dass Deutschland versucht hat, mit Polen in ein dauerndes Verhältnis zu kommen auf der Basis von 1934 und mit Hilfe von Vorschlägen, die in keiner Weise die Integrität und Souveränität des polnischen Staates anzugreifen geeignet waren. England war es, das eine Unruhepsychose in Polen und Mitteleuropa geschaffen hatte, um dann in grosszügiger Weise seine Hilfe Polen anzubieten, die allerdings noch nicht weiter gediehen ist als bis zu einer Erklärung, während man in Polen selbst schon zu überlegen beginnt, ob man denn überhaupt noch einen Vertrag abschliessen soll.»

Schmidt befasste sich dann mit dem Einmarsch italienischer Truppen in das bis dahin unabhängige Königreich Albanien und fuhr fort:

«Während Deutschland und Italien nur von dem Gedanken ausgehen, ihre berechtigten Ansprüche zu wahren und dabei gleichzeitig grosszügige Verpflichtungen zu übernehmen – Protektorat! -, versucht England nur, imperialistische Stützpunkte zu schaffen . . . Ein wichtiger Punkt ist ferner die Haltung zu Sowjetrussland. Wir beobachten es seit langem genau, wie England und in seinem Schlepptau Frankreich versuchen, Sowjetrussland wieder in das europäische Spiel hineinzubringen.»

Entgegen den Bemühungen, die englisch-französischen politischen Massnahmen als unwichtig und unbedeutend abzuwerten, wurde eine Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Franklin D. Roosevelt, an Hitler und Mussolini vom 15. April 1939 sehr ernst genommen-oder es schien wenigstens so. Roosevelt schlug darin eine internationale Konferenz vor, um weitere Aktionen der totalitären Staaten zu unterbinden. Das DNB gab diese Botschaft im Wortlaut heraus. Die Presse sollte sie «mit äusserster Schärfe» beantworten (Pressekonzferenz 15. April 1939, 21 Uhr). Aber es sei wichtig, so wurde vom Sprecher der Reichsregierung hinzugefügt, dass «der Kommentar nicht als offizielle oder offiziöse deutsche Antwort erscheint, sondern nur als Stellungnahme der Zeitung», und als Grund dafür wurde mitge-

teilt: «Der Führer hat sich seine Antwort bis nach dem Geburtstag aufgehoben.» Als «Gedanken für den Kommentar» wurden folgende Hinweise gegeben:

«Roosevelt als zweiter Wilson*, erst Hetzer, dann Friedensapostel. Er will die Welt beglücken, nachdem er sie in Furcht versetzt hat, nachdem er eine beispiellose Kriegspsychose erzeugt hat.»

Die Hinweise waren zahlreicher, aber nicht konkreter. Jedoch folgte dann ein Abschnitt:

«Zur sachlichen Seite: Das deutsche Volk hat erfahren müssen, dass das Verhandeln und das Warten auf gerechte Lösungen zu tragischen Zuständen führen kann. Die Welt besteht nicht aus einem ausgeklügelten System, das von ideologischen Regierungen und Menschheitsbeglückern bestimmt würde, sondern aus lebens-tüchtigen und lebensuntüchtigen Völkern, die nicht Spielball fremder Interessen werden dürfen. Eins vor allem hat Roosevelt übersehen, das Wesentliche: die grossen weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit den internationalen Kräften der Zerstörung, die die Völker ins Chaos stürzen wollen. Dauernde glückliche Verhältnisse können zwischen den Staaten nicht geschaffen werden, solange sich unter staatlichem Schutz die Mächte der Zerstörung verbergen können. Am Konferenztisch kann keine neue Ordnung geschaffen werden, solange der Bolschewismus dort gleichberechtigter Partner wäre. Es ist ein raffiniertes Manöver, von uns zu verlangen, auf alle Zeiten Frieden zu schwören, wenn gleichzeitig die grossen Demokratien erklären, dass sie keine ideologischen Gegensätze sehen zwischen sich und dem Bolschewismus. Das bedeutet, dem Bolschewismus für seine verbrecherischen Pläne Tür und Tor zu öffnen.»

Zwei Zeitungen sollten «auf ausdrücklichen Wunsch der höchsten Stelle» die Überschrift bringen: «Plumper Ablenkungsschwindel». Auch am nächsten Tage wurde nochmals Roosevelts Botschaft zum Anlass genommen, die Rolle der Sowjetunion zu «würdigen». Sprecher war dieses Mal

* Thomas Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von 1913 bis 1921, deklarierte am 8. Januar 1918 in vierzehn Punkten ein Friedensprogramm, um den Ersten Weltkrieg zu beenden, unterzeichnete dann den Versailler Vertrag, den sein Parlament jedoch nicht ratifizierte.

Dr. Schmidt vom Auswärtigen Amt, der indessen keinen neuen Gesichtspunkt vorbrachte. Inzwischen wurde bekannt, dass Hitler auf die Botschaft in einer Reichstagsrede antworten wolle. Deshalb lautete eine Weisung am 18. April, zurückhaltend zu sein. Man könne aber «die militärischen Massnahmen verschiedener Nachbarländer, die ein ziemliches Ausmass annehmen, während wir in Ruhe und Sicherheit dastehen», zum Anlass von Kommentaren mit Verbindung zu Roosevelt nehmen, «dabei sollen jedoch Worte wie ‚mobilmachungsähnliche Vorbereitungen‘ nicht verwendet werden. Sind Zweifel vorhanden, ob man irgendein Ereignis kommentieren soll oder nicht, so könne man lieber ein paar überflüssige Fragen stellen als eine zu wenig. Alles ist im Übrigen eine Sache des Fingerspitzengefühls. Von Fingerspitzengefühl zeugte es zum Beispiel nicht, dass eine westdeutsche Zeitung einen feuilletonistischen Aufsatz über ‚Krakau, das Herz Polens‘ gebracht und darin die Schönheiten dieser Stadt dargestellt hat. Hierfür ist es, so möchte man sagen, jetzt nicht der richtige Termin.»

Roosevelt liess die Verantwortlichen in der politischen Führung jener Tage offenbar nicht ruhen. Schon am nächsten Tage, dem 19. April 1939, erinnerte der Sprecher des Auswärtigen Amtes wieder daran, dass Roosevelt an den Folgen der Kinderlähmung leide, und fügte hinzu:

«Neuerdings liegen nun aber auch Nachrichten darüber vor, dass auch sein Geisteszustand von der Krankheit betroffen worden ist; besonders kam dies zum Ausdruck bei der bekannten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 3. Februar.»

Hans Fritzsche griff die Anregung sofort mit der Bemerkung auf, dass die Zeitungen «heute, morgen und am Freitag früh natürlich im Zeichen des Geburtstages des Führers» stünden und dass, «was eben vom Auswärtigen Amt gesagt worden ist, auf Eis gelegt werden soll bis zum Freitagabend». Er erläuterte dann aber auch, dass «neue Berichte über den Verlauf der erwähnten Sitzung vom 3. Februar vorliegen. Er (Roosevelt) hat darin über das deutsche Staatsoberhaupt Worte gebraucht, die wirklich an seinem Geisteszustand zweifeln lassen. Selbst deutschfeindliche Senatoren haben nach der Sitzung untereinander sich zum Schweigen verpflichtet, um nichts von dem äusseren Zustand Roosevelts, der

einem Tobsuchtsanfall gleichkam, an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Über diese Dinge nun soll in den Freitag-Abendblättern ‚ein Garn gesponnen‘ werden.»

Zwei Tage darauf, bevor also dieses Garn noch gesponnen werden konnte, lautete die Weisung: «Die am Mittwoch angekündigte neue Aktion gegen Roosevelt ist vorläufig noch zurückgestellt worden.»

Fritzsche sagte dazu, man wolle von der Aktion nicht Abstand nehmen. Aber man müsse «noch in der nächsten Woche vier oder fünf Tage füllen, bis dann die aussenpolitische Rede des Führers uns das Wort wegnimmt». Jedoch solle auch dann ein Satz Roosevelts nicht verwendet werden: «Die Welt wird erst dann wieder Ruhe haben, wenn sie von einem Tyrannen wie dem Führer befreit ist.» Die FZ-Berichterstattung in der Redaktion fügte dieser Sperre hinzu: «Bleibt der Rede vorbehalten.»

Die Rede wurde am 28. April 1939 im Reichstag gehalten. Die Sitzung begann um zwölf Uhr mittags. Dazu war die Information zu bekommen: «Der Termin ist besonders mit Rücksicht auf die Verbreitung der Rede durch die Presse so gewählt worden.» Sie enthielt die schärfsten Angriffe auf Roosevelt und war begleitet von der Feststellung Hitlers, dass das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 und der «Nichtangriffs- und Freundschaftspakt» zwischen Deutschland und Polen vom 26. Januar 1934 – beide also von Hitler selbst ausgehandelt und unterzeichnet – nicht mehr existierten. Dr. Schmidt vom Auswärtigen Amt sagte dazu in der Pressekonferenz am 21. April 1939:

«Was die beiden deutschen Memoranden angeht, so ist nicht von einer Kündigung der Verträge zu sprechen, es handelt sich vielmehr darum, dass wir diese Verträge als hinfällig ansehen. Die Grundlagen für die Verträge bestehen in keiner Weise mehr.»

Hans Fritzsche in derselben Pressekonferenz:

«Politisch ist zur Führerrede nichts zu sagen. Man braucht bloss die Gedanken der Rede selbst aufzugreifen. Eines soll beachtet werden: Keine Leichenschändung Roosevelts! Neue Argumente sollen also nicht vorgebracht werden, nachdem der Führer in seiner vornehmen Art die Sache restlos bereinigt hat.»

Schon seit Wochen gab es Gerüchte und eindeutige Informationen über deutsch-italienisch-japanische Gespräche, die zu einem Bündnis führen könnten. In persönlichen Unterhaltungen wurden sie nicht gerade dementiert, aber für Nachrichten gab es keine ausreichenden Unterlagen. Erst am 5. Mai 1939 ging das Auswärtige Amt auf ausländische Nachrichten ein und liess sagen: «Unter keinen Umständen hierüber etwas in die Presse!» Dagegen wurden die bereits von Hitler in seiner Rede erwähnten Kontakte zu den skandinavischen Ländern in der Konferenz als «Paktverhandlungen» bezeichnet, die «der Sicherung des europäischen Raumes dienen» sollten. Ein Abschluss kam erst am 31. Mai, und nur mit Dänemark zustande, was als «grosser Erfolg der deutschen Friedenspolitik» bezeichnet wurde und in der Presse demgemäss hingestellt werden sollte. Am 6. Juni 1939 folgte die Weisung, dass der Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit Lettland und Estland bevorstehe; er habe «eine ungewöhnliche aussenpolitische Tragweite», meinte Dr. Schmidt vom Aussenamt dazu und holte zu einer breitangelegten Übersicht über die Aussenpolitik aus. Der Bericht der FZ hielt fest:

«Die Situation sei so gewesen, dass die englische und die französische Politik Sowjetrussland zu einem neuen Einbruch in das gesamteuropäische Spiel verleiten wollte. Dieser Versuch sei nun von uns durchkreuzt worden. Ursprünglich seien die Verhandlungen mit Estland und Lettland lediglich als ein Gegenzug gegen die Aktion Roosevelts eingeleitet worden. Als jedoch die englische Aktion einsetzte, die Russland wieder in die europäischen Fragen hineinzog, hätten diese Verhandlungen ungleich schwereres Gewicht erhalten und die Bedeutung eines Gegenzuges gegen die englische Politik gewonnen. Dass dieser nun geglückt sei, dürfe kein Anlass zu Triumphgeschrei werden, vor allem kein Anlass zu hämischen Polemiken gegenüber Sowjetrussland. Der eigentliche Treiber der neuen Aussenpolitik der Gegner sei und bleibe England, das bereit sei, die Neutralität der baltischen Staaten durch das Bemühen zu opfern, eine einseitige Garantie auszusprechen. Diese Staaten würden damit in ein System gegen Deutschland hineingezwängt werden.

Die sowjetrussischen Vorbehalte gegenüber dem englischen Vorschlag beständen im Wesentlichen darin, dass Sowjetrussland für die baltischen Länder keine Sonderregelung anerkennen wolle, dass es vielmehr eine politische Garantie zu erreichen trachte, um

durch diese Gürtelstaaten gegen Angriffe vom Westen her gesichert zu sein. Sowjetrussland möchte darüber hinaus in einer Aggression gegen die Randstaaten bereits eine Gefährdung des eigenen Territoriums erblicken dürfen und also befugt sein, Massnahmen gegen Aggressoren zu ergreifen. Da der Begriff der Aggression dahin ausgelegt werde, dass nicht erst ein Angriff, sondern bereits eine Bedrohung mit einem Angriff für Gegenmassnahmen ausreiche, so würde bei einem entsprechenden Abkommen Sowjetrussland weitgehend Handlungsfreiheit haben und gleichzeitig (bei Gegenseitigkeit) England und Frankreich weitgehend verpflichtet. Der Vertrag mit Estland und Lettland habe auch den Sinn, den Unsinn einer Garantie über die baltischen Staaten darzutun. Ausserdem werde der Vertragsabschluss Anlass zur Prüfung von Fragen geben, die nicht unmittelbar mit dem Vertrag, wohl aber manches mit der Anregung zu tun haben sollen, eine englische Garantie für die beiden Staaten auszusprechen. Es sei begreiflich, dass Sowjetrussland für einen Kriegsfall den Hafen von Riga nötig habe. England schein bereit, diesen Forderungen weitgehend entgegenzukommen, wie seine Presse und seine politischen Massnahmen zeigten.

Diese Darstellungen, so erläuterte Dr. Schmidt, sollen nur zur Information dienen und dürfen, was aus dem Inhalt hervorgehe, nicht unmittelbar verwendet werden. Die Vertraulichkeit gelte vor allem für die Bemerkung über die weiteren Abreden bei Gelegenheit des Vertragsabschlusses.»

Soweit der Bericht der FZ-Redaktion in Berlin an die Hauptredaktion in Frankfurt. Dr. Schmidt fügte seinen Darlegungen noch hinzu, dass «der Vertragstext ungefähr dem des deutsch-dänischen Vertrages entsprechen» werde, sich aber von ihm in einer Sonderklausel unterscheide, «in der die Frage der beiderseitigen Beziehungen zwischen Estland und Lettland spezifiziert würden, die durch einen Nichtangriffspakt verbunden sind». Im Augenblick der Mitteilung dieser Auffassungen und angeblichen Absichten und Motive waren die Verträge noch nicht unterschrieben, wie ebenfalls in der Pressekonferenz (6. Juni 1939) mitgeteilt wurde.

Mit peinlicher Sorgfalt war auch in den letzten Monaten immer wieder eindringlich verlangt worden, das Wort *Krieg* nicht in die Zeitungen zu setzen. Jeder Ansatz zu einer «Kriegspsychose» (Fritzsche) sollte ausgeschlossen werden. Es war bekannt geworden, dass Hitler am 17. Februar 1937 auf einem Empfang von Frontkämpfern des Ersten Weltkriegs

ges aus vierzehn Nationen auf dem Obersalzberg gesagt hatte, «ein neuer Krieg würde katastrophale Folgen für alle Nationen haben», und es wurde gern gesehen, wenn solche Informationen umliefen. Sie wurden als Bestätigung einer pathetischen Äusserung Hitlers bewertet, die er am 30. Januar 1937 in einer Rede im «Reichstag» gemacht hatte: «Die Zeit der sogenannten Überraschungen ist abgeschlossen.»

Um so mehr überraschte es, als am 3. November 1937 unter besonderen Vorsichtsmassnahmen den Zeitungen eine Weisung zugeleitet wurde, die weder telefonisch noch fernschriftlich weitergegeben werden durfte:

«In der Erörterung über das Problem des totalen Krieges sind auch die Vorbereitungen erwähnt worden, die die NSDAP für den Mobilmachungsfall in Angriff genommen hat. Die Verantwortung, mit der diese Frage behandelt wird, duldet es nicht, dass diese Probleme in der Tagespresse oder in Zeitschriften behandelt werden, zumal man auch erst mit ihrer Behandlung begonnen hat. Es ist daher für die gesamte Presse auf das strengste untersagt, die Frage des totalen Krieges in Zusammenhang mit den Aufgaben der Partei zu erörtern.»

Vor allem der letzte Satz hatte die Journalisten aufhorchen lassen, der Hinweis auf die Zuständigkeit der Partei, nicht staatlicher Stellen. Diese und ähnliche Vorgänge blieben im Gedächtnis, zumal am 19. Januar 1938 in der Pressekonferenz «besonders vertraulich» daran erinnert wurde, «dass über die Fragen der innerpolitischen Kriegsvorbereitungen, vor allem soweit sie die NSDAP betreffen, nicht berichtet werden darf. Eine schlesische Zeitung habe es trotzdem getan. Im Übertretungsfalle müsse man mit schärfsten Mitteln einschreiten».

Noch vor den obenerwähnten Paktabschlüssen, die als «grosse Erfolge der deutschen Friedenspolitik» bezeichnet wurden, gab die Reichsregierung folgende Weisung an die Presse (8. Mai 1939):

«Es sei wünschenswert, dass die Presse sich mehr mit der deutschen Rüstung beschäftige, um das Selbstbewusstsein und das Vertrauen zur Wehrmacht zu stärken. Neues Material werde beschafft werden. Vielleicht könnten schon morgen Meldungen über die Ostbefestigungen freigegeben werden. In diesem Zusam-

menhang soll nun auch die Reise der Reichs- und Gauleiter zu den Westbefestigungen grösser herausgebracht werden, als ursprünglich gedacht war.»

Die Reichspressestelle der NSDAP, die ihrerseits unabhängig vom DNB und Propagandaministerium Hinweise an die Presse gab, verteilte am gleichen 8. Mai 1939 den Hinweis Nr. 53/39, in dem ebenfalls die Redaktionen – es hiess damals «Schriftleitungen» – angeregt wurden, sich mit dem deutsch-italienischen Militärpakt zu beschäftigen und dabei Fragen der militärischen Aufrüstung Deutschlands zu erörtern. Die Parteikorrespondenz brachte einen Artikel *Modernste Wehrmacht der Welt*, und der Hinweis der Reichspressestelle der NSDAP vermerkte, dass «innerhalb der letzten Wochen dreizehn Aufsätze von Kommandeuren und führenden Offizieren der Waffenschulen veröffentlicht wurden, die nunmehr durch Artikel der Kommandeure der Luftwaffenschulen, Panzertruppen-Waffenschulen und wahrscheinlich der Kriegsakademie ihre Fortsetzung finden. Durch diese von erstklassigen Fachkennern geschriebenen Aufsätze erhält die deutsche Presse ein fast lückenloses Bild über den Aufbau und die Vielseitigkeit der modernen deutschen Wehrmacht. Die Serie ist hervorragend geeignet, in der Öffentlichkeit das Vertrauen auf die deutsche Wehrkraft und die deutsche Wehrmacht zu stärken.»

Solche Hinweise wurden, wie auch dieser, als «vertraulich» bezeichnet. Ein grosser Teil der deutschen Zeitungen beachtete sie sehr sorgfältig. Die öffentliche Meinung wurde «eingestimmt», wie ein «Herr vom Dienst» im Propagandaministerium (Zimmer 24) auf Anfrage dazu sagte. Jede Gelegenheit wurde jetzt benutzt, um die Kenntnis der Stärke der deutschen Wehrmacht zu vermehren.

Am 16. Mai brachte die Korrespondenz Brammer in Berlin einen Artikel über die Westbefestigungen. Dazu wurden am gleichen Tage Korrekturen gegeben:

«Nicht 3.000 Waggon täglich, sondern 8.000, nicht 300.000 Arbeiter waren tätig, sondern 500.000.»

Aber das reichte noch nicht. Noch am gleichen Tag verbot ein Rundruf des DNB die Verbreitung dieses von General-

stabshauptmann Pistorius geschriebenen Aufsatzes *Schutzwälle im Osten und Westen*, und am folgenden Tage teilte der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz mit:

«Über die Westbefestigungen dürfen einstweilen keine Zahlen veröffentlicht werden. Ende der Woche werden weitere genaue Angaben gemacht.»

Dann wurde «nachdrücklich gewarnt, bei Berichten über die Westbefestigungen Angaben zu machen, die militärische Rückschlüsse zuließen: strengste Strafen müssten die Folge sein». Nach dem Grunde dieser überraschenden Änderung gefragt, erwiderte der Sprecher mit dem Hinweis auf einen Rundruf, der die Zeitungen, die bisher Zahlenangaben gemacht hatten, verpflichtete, «in einem kleinen einspaltigen Kasten folgenden Hinweis zu bringen: Die Zahlen, die in unserem Aufsatz vom . . . über . . . enthalten waren, beruhen auf veralteten Angaben».

Des Rätsels Lösung war einfach: Die Zeitung der NSDAP, der *Völkische Beobachter*, kam am 21. Mai 1939 mit einem Artikel zum Thema heraus, und die Weisung lautete:

«Soll von allen Zeitungen gut übernommen werden, am besten nach eigener Auffassung verarbeitet, wobei VB-Artikel jedoch den Rahmen abgeben muss. Angaben darüber hinaus untersagt.»

Hitler reiste selbst zu den Westbefestigungen, und am 23. Mai – so der Bericht der FZ über die Pressekonferenz – «wies Herr Fritzsche in sehr ernster und eindringlicher Form darauf hin, dass die Berichterstattung der Presse in Wort und Bild über die Besichtigung des Führers im Westen durchweg unbefriedigend gewesen sei». Er machte einige allgemeine Bemerkungen, dass die Presse «dazu verurteilt sei, sich ihre Position täglich neu zu erobern oder zu sichern», hier aber habe sie «die Erwartungen nicht erfüllt». Dann folgte:

«Eine Reihe von peinlichen Vorgängen sei ganz am Schluss durch ein überaus unpassendes Bild abgeschlossen worden, das der *Völkische Beobachter* gebraucht habe. Darauf sei eine Kanone zu sehen, die mit etwas Buschwerk leicht getarnt war. Diesem Bild sei eine Unterschrift gegeben worden, die beim Leser den Eindruck erwecken musste, dies sei nun eines der eindrucksvoll-

sten Bilder des starken Westwalles. Dabei sei das Geschütz in der Art getarnt gewesen, wie etwa der Grosse Kurfürst seine Kanonen getarnt haben mag. Man müsse bedenken, dass ein solches Bild am Abschluss der Führerreise gleichsam die Inkarnation der Kraft und Bedeutung des Westwalles zeigen sollte . . . Offenbar habe der Presse der Sinn dafür gefehlt, dass der Westwall als eine unüberwindliche Mauer dargestellt werden muss. Dies sei jedenfalls der Sinn der Führerreise gewesen.»

Vom Krieg durfte nicht geschrieben werden, wohl aber von den Rüstungen, von der Stärke Deutschlands. So war auch die Zeit gekommen, den Begriff *Volks-Gasmaske* zu verwenden. Weil es aber an Gasmasken fehlte, wurde die Propaganda für sie gebietsweise freigegeben: vom 8. Mai 1939 an zum Beispiel für Westfalen. Gasmasken konnten beruhigen, aber eine Nachricht über den Besuch des päpstlichen Nuntius beim Führer müsste Unruhe bringen, meinte man. Eine Weisung in der Pressekonferenz am 9. Mai verbot die Übernahme im Ausland verbreiteter Meldungen über diesen Besuch. Sie sprachen von einem Bemühen des Papstes um das Zustandekommen einer allgemeinen Friedenskonferenz. So nahe durfte der Krieg nicht signalisiert werden. Auch am 10. Mai griff der Sprecher der Reichsregierung nochmals diesen Besuch auf und wies die Presse an:

«Über die Bemühungen des Vatikans darf auf keinen Fall auch nur das mindeste bekannt werden.»

Stimmen aus Japan dagegen, die «freundlich und günstig» das Thema eines deutsch-italienischen Vertrages besprachen, sollten «gut herausgebracht werden. Die Äusserungen einiger japanischer Staatsmänner jedoch, nach denen erwogen werde, dem Vertrag beizutreten, müssten einstweilen zurückgestellt werden.»

Reden des britischen Premierministers Chamberlain und des französischen Ministerpräsidenten Daladier, die sich mit der zugespitzten Lage in Europa befassten, sollten «nicht sensationell aufgemacht werden. Wenn überhaupt auf der ersten Seite, dann bestenfalls zweiseitig. Tendenz beider Reden ist die, dass sie für den Hausgebrauch gesprochen wurden» (11. Mai 1939). Beide Reden hätten die Aufgabe,

«unpopuläre Massnahmen verständlich zu machen», hätten also innenpolitischen Charakter. Die Weisungen an die deutsche Presse befassten sich dennoch mit dem Inhalt der Reden und wiesen alle Verantwortung für die zunehmende Spannung Paris und London und weiter Washington und Moskau zu: England betreibe die Einkreisung Deutschlands und habe «nicht den Mut, die praktische Friedenspolitik Deutschlands anzuerkennen».

Ausländischen Nachrichten über deutsche Truppenbewegungen sollte zwar widersprochen werden, aber nicht so, wie einige Zeitungen es gemacht hätten, «die geradezu deutsche Ostbefestigungen dementiert haben». Man solle das Thema am besten fallenlassen, «bis am Samstag in der Konferenz Neues gesagt wird». Die Vertröstung war auf fünf Tage berechnet – die Spannung nahm zu, so dass eine an sich nicht ungewöhnliche Weisung am 16. Mai mit starkem Interesse aufgenommen wurde. Sie lautete:

«Im Herbst finden Marsch- und Gefechtsübungen motorisierter Verbände in grösserem Umfange statt. Die Bewegungen gehen von Thüringen und Franken ins Protektorat und in die Ostmark. Darüber nicht berichten!»

Am 22. Mai 1939 wurde der «Stahlpakt» abgeschlossen, ein deutsch-italienisches Militärbündnis. Wahrscheinlich sollte der Hinweis auf den Samstag diesen Vorgang andeuten. Ein Rundruf hatte bereits am 19. Mai mitgeteilt, dass «die amtliche Bezeichnung für den deutsch-italienischen politischen und militärischen Pakt *Deutsch-Italienischer Bündnispakt* ist». Nachdem unterschrieben worden war, ordnete abermals ein Rundruf an:

«Die Zeitungen, die über die stürmische Kundgebung in der italienischen Kammer und im italienischen Senat anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-italienischen Bündnispaktes noch nicht berichtet haben, werden gebeten, diese Meldung in grosser Aufmachung herauszubringen» (23. Mai 1939).

Jede nun folgende Nachricht – mochte sie noch so unbedeutend scheinen – wurde von diesem Ereignis an in der Öffentlichkeit mit grosser Aufmerksamkeit beachtet, wenn sie

auch nur am Rande militärische Fragen behandelte. Die Reichsregierung war deshalb besonders sorgfältig und wandte in ihrem Bemühen, Furcht vor dem Kriege zu verhindern, das Bewusstsein eigener Stärke aber zu fördern, eigenartige Methoden an. Der Berliner Redaktion der FZ wurde am 14. Juni 1939 folgende Nachricht vom Propagandaministerium direkt übermittelt:

«Frankfurt, 14. Juni 1939. Wie wir vom Heeresgruppenkommando 2 erfahren, beginnen in nächster Zeit in den Westbefestigungen grössere Übungen der für die Besetzung vorgesehenen Truppen des Heeres. Die Manöver werden zeitlich für längere Dauer und räumlich auf die ganze Westgrenze verteilt durchgeführt werden. Sie haben den Zweck, die Truppen an Kampf und Aufenthalt in Befestigungen zu schulen.»

Zu dieser Nachricht gab das Propagandaministerium eine Anweisung, über die der Bericht lautete:

«Sie soll in unauffälliger Form und ohne besondere Hervorhebung aufgemacht werden. Am besten wäre es also zum Beispiel an der zweiten Stelle unter der Rubrik *Aus dem Reich*, wenn diese gerade auf der zweiten Seite der Reichsausgabe steht. . . Die Meldung bringen morgen nur wir allein. Sie wird auch von den übrigen Zeitungen nicht übernommen werden. Nur die *Berliner Börsen-Zeitung* soll sie mit Zitat der FZ morgen nachdrucken. Als Ortsangabe soll Frankfurt gewählt werden, in der Form, in der wir eigene Meldungen aus Frankfurt aufzumachen pflegen. Die Meldung darf nicht verändert werden. Vor allem muss also die Einleitung so bleiben: ‚Wie wir vom Heeresgruppenkommando 2 erfahrene Das ganze geht natürlich zurück auf die Presseabteilung.‘»

Am folgenden Tage, dem 15. Juni, lautete eine Weisung:

«Auch in diesem Jahre werden Herbstmanöver stattfinden, wozu natürlich Truppentransporte nach dem Manövergelände notwendig sind. Ohne besondere neue Anweisung ist weder über die Manöver selbst noch über die Transporte zu ihnen zu berichten. Das Ausland würde sonst nur wieder von kriegerischen Vorbereitungen schreiben.»

Über einen Mangel an Gasmasken in anderen Ländern sollte nichts berichtet werden, denn: «Auch unsere Vorräte

sind im Herbst restlos verbraucht worden, so dass eine Propaganda irgendwelcher Art für den Kauf der Gasmaske nicht gemacht werden darf.

Ähnlich verhält es sich mit dem Säuglingsschutz. Das Problem ist an sich gelöst. Die Gasmaske für Säuglinge ist aber so teuer, dass sie jetzt noch nicht ausgegeben werden kann. Hierüber nur amtliches Material!» (15. Juni 1939.)

Im Übrigen, so schloss an diesem Tage die Pressekonferenz, werde «morgen keine Konferenz stattfinden, Betriebsausflug des Ministeriums».

Mit Sorgfalt wurde von der Reichsregierung jede Nachricht über militärische Angaben der anderen Mächte beobachtet. Als deutsche Zeitungen amerikanische Angaben mitteilten, dass allein in den USA 95.000 Piloten zur Verfügung stünden, erklärte das Propagandaministerium (29. Juni 1939), «das sei Zukunftsmusik, wie aus der Meldung hervorgehe.

Solche Meldungen sollen nicht ohne Kommentare gebracht werden, weil unnötige Besorgnisse und falsche Vorstellungen vermieden werden sollen.»

Auch am folgenden Tage, dem 30. Juni, sah die Reichsregierung einen Anlass, zur Behandlung ähnlicher Nachrichten folgende ausführliche Anweisung zu geben:

«In letzter Zeit seien in der Auslandspresse Meldungen über Truppenzusammenziehungen und Mobilmachungsvorbereitungen, Einberufungen, Austausch von Arbeitskräften und so weiter enthalten. Zum Teil seien sie von uns dementiert worden. Es seien Zweckmeldungen, die Deutschland verdächtigen sollen. Neuerdings erschienen Meldungen über eine allgemeine Urlaubssperre bei der Wehrmacht. Diese sei weder verfügt worden, noch werde sie durchgeführt. In jedem Beruf gebe es je nach der Jahreszeit zum Beispiel einen stärkeren oder schwächeren Arbeitsanfall, und danach müsse sich der Urlaub richten. Der Dienst beim Heer sei in diesem Jahre durch Besetzung Böhmen-Mähren, Memelland und durch Einsatz zu Schanzarbeiten im Westen und Osten stark behindert worden. Übungen hätten oft verschoben werden müssen. Das Versäumte müsse nun nachgeholt werden. Darum sei hier und dort Verschiebung des Urlaubs notwendig gewesen. Grundsätzlich aber werde Urlaub zu Hochzeiten, bei Todesfällen und so weiter gewährt. Eine allgemeine Urlaubssperre sei also nicht ausgesprochen worden.»

Selten war eine Anweisung so zwielichtig wie diese, was zur Folge hatte, dass in der Pressekonferenz allgemeines Murmeln deutlich machte, dass man durchaus verstanden habe, was gesagt und was gemeint war.

Die Bestätigung folgte nur vier Tage später. In der Pressekonferenz vom 4. Juli 1939 wurden zwei Weisungen gegeben, die «nur brieflich übermittelt», also nicht über den Fernschreiber gegeben oder telefoniert werden durften:

«Zu den diesjährigen Herbstübungen der Wehrmacht werden im grösseren Umfange Reserven eingezogen werden. In Ostpreussen werde die Ernte von den dann zur Verfügung stehenden Kräften nicht eingebracht werden können. Darum werde der Reichsarbeitsdienst in grossem Umfange eingesetzt werden. Es müssten aber auch Zivilpersonen aller Berufe beordert werden. Sie würden aus den östlichen Provinzen des Reiches entnommen werden. Hierüber darf in keiner Weise berichtet werden. Dies gelte auch für den Anzeigenteil, für den noch über den Reichsverband der Zeitungsverleger eine genauere Anweisung gegeben werden soll.

Die Zeitungen im Bereich des 4. und 13. Armeekorps erhalten am 12. Juli eine Notiz über Herbstübungen der motorisierten Verbände. Leitung Brauchitsch. Die übrigen Zeitungen dürfen diese Notiz nicht übernehmen.»

Es gehörte in der Tat nicht viel Phantasie dazu, zu erkennen, was diese Massnahmen einleiteten.

Als bekannt wurde, dass englische Flugzeuge in Geschwadern nach Frankreich geflogen seien, und auch deutsche Zeitungen dies meldeten, rief das Luftfahrtministerium einen kleinen Kreis von Journalisten zu sich und nahm zu dem Vorgang Stellung. Der Vertreter der FZ berichtete:

«Grundtendenz war, man bedauere eigentlich, dass die Sache in Deutschland so gross aufgemacht worden ist; man sei damit auf das englische Reklamebedürfnis hereingefallen. Auch Deutschland sammle ständig auf einzelnen Langstreckenflügen Erfahrungen; zu gegebener Zeit würde auch darüber berichtet werden. Ausserdem sei England an der Entwicklung ausgesprochener Langstreckenbomber wegen seiner Lage und seiner Empire-Interessen mehr interessiert als wir. Die normale Reichweite von eintausend Kilometern genüge für die deutschen Zwecke. Man könne bei

Gelegenheit auch immer wieder auf die deutschen Rekorde im Langstrecken- und Geschwindigkeitsflug hinweisen.

Vertraulich wurde die englische Leistung bei dem Flug nach Frankreich sehr anerkannt. Die Flugzeuge seien in Wellen hintereinander geflogen, also ohne unmittelbar Anschluss aneinander zu haben und ohne Benutzung der Sicherung durch die Bodenorganisation. Man habe freilich den Termin vorher nicht angekündigt und darum sehr günstiges Wetter abwarten können. Man bezweifelt, ob die Flugzeuge wirklich Bombenlasten mit sich geführt haben, da dies im Falle von Notlandungen eine überflüssige Gefahr bedeutet hätte. Alle Betrachtungen müssten daran orientiert sein, dass Deutschland militärisch kein Interesse habe, die englische oder eine andere Luftwaffe zu diffamieren (dies wurde freilich mit der Einschränkung vorgebracht, dass die Politik auch einmal etwas anderes verlangen könnte).

Nebenbei wurde bei dieser Gelegenheit gebeten, sich nicht mehr mit der Möglichkeit der Verwendung von Fallschirmtruppen zu beschäftigen. Ausländische Stimmen hierüber könnten mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle gebracht werden. Es bestehe aber kein grosses Interesse daran, solchen Gedankengängen grosse Verbreitung zu geben.

Ausserdem wurde mitgeteilt, es stehe nun fest, dass kein Demonstrationsflug Englands über Dänemark nach Polen stattfinden werde. In diesem Zusammenhang hätten dänische Zeitungen behauptet, der Fall, dass Flugzeuge ohne Erlaubnis fremde Staaten überflögen, sei ja nicht neu, denn auch die Flugzeuge der Legion Condor hätten Frankreich ohne Erlaubnis der französischen Regierung überflogen. Hierzu könne vertraulich mitgeteilt werden, dass dies nicht der Fall sei; die Flugzeuge der Legion Condor hätten immer die südliche Fluglinie genommen, jedenfalls in aller Regel. Es könne natürlich einmal vorgekommen sein, dass sich ein Flugzeug verfliegen habe; es sei ja auch einmal ein Flugzeug über Frankreich abgestürzt.»

Am folgenden Tage wurden die englischen Flüge in der Pressekonferenz als «britische Reklameflüge» bezeichnet.

Als am 31. Juli eine Berliner Vorortzeitung (in Neukölln) eine Gedenkausgabe aus Anlass der 25. Wiederkehr des Tages der Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg mit der Überschrift herausbrachte «Mobilmachung am 1. August», wurde dies als «völlig verfehlt» bezeichnet. Die Spannung sei gegenwärtig so gross, dass eine solche Überschrift die Leute aufputsche, meinte Fritzsche dazu.

Am 3. August 1939 verzeichnete eine Notiz: Zum erstenmal in der Pressekonferenz eindeutige Erwähnung deutsch-russischer Wirtschaftsverhandlungen. In vertraulichen persönlichen Informationen war wiederholt davon gesprochen worden. Jetzt hiess die Weisung:

«In der Berichterstattung hierüber möge man ausserordentlich zurückhaltend sein und in Zukunft auch der eigenen Findigkeit Zügel anlegen. Diese Dinge wären im Augenblick ganz besonders unerwünscht.»

In dieser Konferenz wurde überhaupt und mehrmals «dringend um äusserste Zurückhaltung gebeten», wenn die «Nervosität des Auslandes» zu Nachrichten reize. Dies gelte ganz besonders, so ermahnte Hans Fritzsche, «für Terminangaben der französischen Presse über eine bevorstehende Aktion in Danzig, aber auch für die in der Auslandspresse allgemein gross aufgemachten Meldungen über die Botschafterbesprechung am Comer-See».

Auch am folgenden Tage lagen Meldungen aus ausländischen Zeitungen vor, die von einer bevorstehenden Mobilmachung in Frankreich und in England wissen wollten (*L'Époque*) oder einen genauen Termin für die Danzig-Aktion nannten. Nichts davon sollte zur Kenntnis genommen werden. Die deutsche öffentliche Meinung sollte, wäre es nach dieser Regierungsweisung gegangen, von der wachen Aufmerksamkeit des Auslandes und von seiner Haltung nichts oder so wenig wie möglich erfahren.

Am Comer-See hatte sich der japanische Botschafter Oshima mit seinem Landsmann getroffen, der in Rom Japan vertrat. Es handelte sich, wie im Ausland zu lesen war, um den Beitritt Japans zum deutsch-italienischen Bündnis, dem *Stahlpakt*, also um die Erweiterung der *Achse*, der militärischen Konzentration, wie das Konzept der Reichsregierung lautete. Davon sollte keine Notiz genommen werden.

Das Deutsche Nachrichtenbüro gab neben seinem laufenden Nachrichtendienst, der auf grünem Papier ausgegeben wurde, unter anderem auch einen *blauen Dienst* heraus, wie ihn die Journalisten unter sich nannten. Er trug am Kopf die ständige Kennzeichnung:

«Eigentum des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) – Rohmaterial – Nur zur streng persönlichen Kenntnisnahme des Empfängers (Ohne redaktionelle Verantwortung)».

Am 5. August 1939 war in diesem Dienst (Nr. 215, Franco) zu lesen:

«Paris, 5. August. – Zahlreiche Pariser Morgenblätter beschäftigen sich am Sonnabend mit der Möglichkeit eines Beitritts Japans zum deutsch-italienischen Militärbündnis. Im Allgemeinen halten die Blätter einen solchen Beitritt für wahrscheinlich. Sie begründen diese Meinung mit dem italienischen Kommuniqué, das am Freitag (4. August) im Anschluss an längere Beratungen zwischen den japanischen Botschaftern in Berlin und Rom herausgegeben worden ist.»

Es folgten Inhaltsangaben der *Epoque*, des *Populaire*, des *Petit Journal*, des *Oeuvre* und des Berichts der französischen Nachrichtenagentur Havas aus Rom. Alle Kommentare sprachen von der unmittelbar bevorstehenden Erweiterung des Militärbündnisses, das in seinen Grundzügen bereits fertig sei und einen «Versuch der Achse darstelle, einen Druck auf die westlichen Demokratien und auf die Sowjetunion auszuüben». In diesem Material stand auch:

«Ausländische Beobachter in Berlin glaubten allerdings zu wissen, dass der deutsche Botschafter in Tokio am 2. August eine lange Note an die Wilhelmstrasse gerichtet habe, wonach der Führer damit rechnen könne, dass Japan in spätestens fünf bis sechs Wochen die Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion eröffnen würde.»

Nichts von alledem durfte aus diesem Material übernommen und veröffentlicht werden. Dass aber eine weithin in Deutschland unbekannt polnische Zeitung in einem Kommentar angeblich oder wirklich die Bombardierung Danzigs angedroht hätte, wurde von DNB verbreitet, und die Weisung dazu (am 7. August 1939) lautete:

«Eigene Kommentare sind unbedingt notwendig. Das ganze muss als eigene Stellungnahme der Zeitungen wirksam sein. Die Aufmachung auf der ersten Seite gross. Hierzu weiter vertraulich:

Morgen wird die Danziger Regierung dazu Stellung nehmen. Auf diese kommende Stellungnahme der Danziger Regierung soll aber einstweilen nicht eingegangen werden.»

Eine Meldung ausländischer Blätter, dass Besprechungen der Generalstäbe von England, Frankreich und der Sowjetunion stattfänden, an denen auch polnische Militärs teilnahmen (so von der FZ am 7. August gemeldet), sollte nicht aufgegriffen werden. Gerüchte über Urlaubssperren vom 1. oder vom 15. August an seien «energisch zu dementieren», wurde in der Glossenkonferenz am 8. August angeordnet.

Mit äusserster Zähigkeit sah das Propagandaministerium darauf, dass die trotz aller Bemühungen dennoch entstandene Spannung und Unruhe, die «Kriegspsychose», genauer gesagt, die Furcht vor einem Kriege nicht durch Meldungen in deutschen Zeitungen genährt werden konnte. Am 11. August trafen der deutsche und der italienische Aussenminister in Salzburg zusammen. Graf Ciano werde auch zum Obersalzburg fahren, wurde in der Pressekonferenz mitgeteilt, also zu Hitler, und dieser Vorgang «eigne sich zur Aufmachung». In Kommentaren könne man «auf das politische und kulturelle Funktionieren der Achse eingehen», hiess es weiter, und dann:

«Der Aufsatz *Bündnis der Heere* in der *National-Zeitung* (Essen) von heute früh entspreche der Linie, die in diesen Tagen einzuhalten wäre» (Pressekonferenz, 12. August 1939). Jedoch: «Einlenkende englische Pressestimmen sind nicht zu vermerken . . . Solche Pressestimmen passen augenblicklich gar nicht.»

Im Übrigen erschien für deutsche Leser nichts über die Begegnung in Salzburg und deren Ergebnis, wohl aber eine Nachricht, die nur für das Ausland bestimmt war. Die vor Aktionen stets angewandte Methode wurde auch jetzt wieder als zweckmässig betont:

«Wir verfolgen auch jetzt wieder die Taktik der letzten Woche, diese Kombinationen (der Auslandspresse) nicht einzeln aufzugreifen. Wir beschäftigen uns nicht mit den Dingen, ganz gleich, was sie sagen. Ebenso verzeichnen wir nicht die sich immer mehr häufenden Stimmen, die von der bevorstehenden Verhandlungsbereitschaft und von Verhandlungen sprechen. Wir würden ihnen sonst ein Gewicht geben, dass ihnen nicht zukommt. Dies gilt

vor allem für die englischen Pressestimmen» (14. August 1939, Pressekonferenz).

Das Propagandaministerium spürte den Unwillen der Presse, auf Nachrichten verzichten zu müssen und die Aufgabe nicht erfüllen zu können, für die eine Zeitung da ist: Informationen zu verbreiten und Meinungen darzulegen. Am 15. August sagte der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz:

«Unsere Pressepolitik erfordert zurzeit einen Verzicht nach dem anderen. Es gebe Meldungen und Stimmen aus dem Auslande, die man gern wiedergeben möchte, weil sie sich widersprechen. Trotzdem müsse man zunächst auf solche Meldungen verzichten. In der ausländischen Presse ergebe sich ein Bild von allen möglichen Verhandlungsvoraussetzungen, die von dem einen Blatt so, von dem anderen Blatt anders gesehen seien. In der französischen Presse breche sich die Erkenntnis Bahn, dass es sich nicht lohne, um Danzig zu kämpfen. Es ergebe sich aus der polnischen Presse, dass dort eine gewisse Abkühlung entstehe. Dies alles könne jedoch im Moment nicht verzeichnet werden. Der Erfolg der deutschen Zurückhaltung in den letzten Tagen sei offenkundig. Dabei müsse es zunächst bleiben.»

Die Pakt-Politik hatte offensichtlich die gewünschten Erfolge gebracht, die *Achse* hatte ihre Form gefunden, diese Front war deutlich abgegrenzt.

Auf der anderen Seite hatten ein englisch-französisches Bündnis, eine englisch-türkische Beistandserklärung, Garantieerklärungen und noch schwebende Verhandlungen eine Gegenfront erkennbar werden lassen, soweit wenigstens Nachrichten hierüber auch in Deutschland bekanntgeworden waren. Aber die Pointe in der Pakt-Politik der deutschen Reichsregierung stand noch bevor und brachte in der grossen Zahl der unerwarteten Nachrichten die sensationellste Überraschung.

Zwischen Kommunismus und UdSSR

Von allen Beziehungen, die das Deutsche Reich zu jener Zeit zu seinen Nachbarn unterhielt, waren die zur Sowjetunion für den Bürger in Deutschland am klarsten: negativ.

Hitler war angetreten, so hatte er viele Male behauptet, um den Vertrag von Versailles zu vernichten und um Lebensraum für das deutsche Volk zu schaffen. So lauteten seine pathetischen Parolen, die seinen Macht- und Herrschaftswillen formulierten. Am Zustandekommen des Versailler Vertrages war aber die Sowjetunion nicht beteiligt, die ihn auch nicht unterschrieben hatte. Lebensraum war durch Eroberung oder durch Verträge mit benachbarten Staaten zu erlangen, das hiess also durch Gewalt oder durch Koordination wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen und ständig enger werdende Zusammenarbeit. Der zweite Weg – so etwa verliefen die Gedankengänge bei Unterhaltungen und in Diskussionen – sei von Hitler nicht zu erwarten. Deshalb und wegen der grundsätzlichen Feindschaft zum Kommunismus, der tragenden Gesellschaftsidee der Sowjetunion, setzte jedermann im nationalsozialistischen Deutschland eindeutige Feindschaft zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken voraus.

Von Beginn der Machtausübung an hatte Hitler keinen Zweifel daran gelassen, dass die Unvereinbarkeit seiner und der sowjetischen Grundhaltung auch eine Unvereinbarkeit im Bereich politischer Massnahmen oder gar Übereinkommen bedeute. Die Sprecher der Reichsregierung hatten in den Pressekonferenzen zwar immer wieder die Sowjetunion in politische Weisungen und Wertungen einbezogen, aber kaum jemals ausser allgemeinen Sprachvorschriften Grundsätzliches geäussert. Dies galt bis etwa zu Beginn des Jahres 1939.

Am Anfang der Regierungszeit der Nazis galt, was immer in variiertem Formulierung wiederholt wurde:

«Das Ziel der Sowjets bleibt unberührt, und gerade in der deutschen Presse soll nichts getan werden, was eine gegenteilige Auffassung hervorrufen könnte.»

So lautete am 1. April 1935 eine Weisung in der Pressekonferenz. Sie bezog sich darauf, dass eine Zeitung das Ergebnis von in Moskau geführten Besprechungen in der Überschrift zusammengefasst hatte: «Weltrevolutionstraum ausgeträumt.» Hitler hielt seine Reden unter dem Stichwort «Abrechnung mit dem Bolschewismus» und machte keinen Unterschied zwischen der politischen Ideologie und dem Sowjetstaat. Als das DNB am 22. August 1936 «Zusammenstösse zwischen

Sowjettruppen und Arbeitern und Bauern in der Ukraine» meldete, sagte der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz, diese Nachricht «passe ausgezeichnet in die Aufgaben, die die Presse im Augenblick zu erfüllen habe. Missernten und Not seien die Ursachen der Unruhen. Die Meldung möge gut aufgemacht werden.»

Am 24. August 1936 wurde folgende Weisung gegeben:

«In der deutschen Presse seien Meldungen erschienen über die Aufrüstung der Roten Armee und über die Hungerkatastrophe in Russland. Der Leser werde sich vielleicht fragen, wie beides in Einklang stehe. Der Leser müsse deshalb darüber aufgeklärt werden, dass das Sowjetregime alle wirtschaftlichen Probleme habe liegen lassen und, um die schärfste Waffe zu schmieden, zehn Millionen habe hungern lassen. Es wäre gut, wenn man auch an die früheren Hungerkatastrophen in Russland erinnere und dabei auch Zeugen erwähne wie den Kardinal Innitzer.»

In Zusammenhang mit dieser Weisung wurde ein Buch von Ewald Amende, *Muss Russland hungern?* verteilt. Zwei Tage darauf wurde die Presse aufgefordert, Meldungen über den Hunger in der Sowjetunion und über Hungerrevolten «noch stärker hervorzuheben». Die Presse habe – so der Regierungssprecher am 2. September 1936 – «unentwegt die Aufgabe, Aufklärung über den Bolschewismus zu verbreiten. Neben dem Material, das DNB und andere Nachrichtenbüros zur Verfügung stellen würden, müssten sich die Redaktionen auch eigene Unterlagen für diesen Kampf gegen den Bolschewismus verschaffen. Es sei zweckmässig, die russische Presse entsprechend zu beobachten und ihr zu antworten.»

Die Botschaft der UdSSR in Berlin übermittelte Anfang September 1936 einer Reihe von grösseren Zeitungen in Deutschland eine Aufstellung von Nachrichten, die das DNB aus der Sowjetunion verbreitet hatte und die als falsch bezeichnet wurden. Das wurde am 7. September in der Pressekonferenz erwähnt, und es wurde dazu gesagt:

«Merkwürdigerweise sei dieses Dementi auch in das *Berliner Tageblatt* gerutscht, was unverständlich erscheine, denn schliesslich könne man sich ja wohl auch kaum auf den § 11 des Pressegesetzes berufen. Nur politische Erwägungen könnten doch wohl bei der Frage eine Rolle spielen, ob man ein solches Dementi

abdrucken soll oder nicht. Es sei selbstverständlich, dass es nicht abgedruckt werde. Bezeichnend sei auch, dass in der russischen Zusammenstellung, obwohl sie eine fleissige Arbeit sei, von den sehr vielen über Russland erschienenen Meldungen doch nur ein kleiner Teil dementiert werde. Daraus könne man schliessen, dass die übrigen nicht zu dementieren seien, und so wirke das russische Dementi geradezu wie eine Bestätigung . . .»

Die «Angelegenheit» sollte als erledigt betrachtet werden.

Der Parteitag der NSDAP, der im ersten September-Drittel 1936 stattgefunden hatte, war in der Presse nicht befriedigend dargestellt worden. Er hatte eine besonders scharfe Tendenz gegen den Bolschewismus gezeigt. Das Propagandaministerium berief zum 17. September die «Hauptschriftleiter» der Illustrierten-Presse zusammen und gab «zur Unterstützung des Nürnberger Parteitages», wie der Sprecher sagte, die Anordnung, dass «alle grossen Illustrierten ein bis zwei Seiten eines bestimmten Themas bringen müssen, also etwa Kinderelend, Zwangsarbeit, Gottlosen-Propaganda und so weiter. Es ist möglich, einfach die entsprechenden Stellen aus der Nürnberger Rede zu zitieren und dann zu illustrieren. Es müssen aber sämtliche Bilder und die Texte bei dem Sachreferenten hier vorgelegt werden!»

Die Zeitungen mussten bis zum folgenden Mittag mitteilen, welches Thema sie behandeln wollten, wie es gelöst werden sollte und zu welchem Termin die Veröffentlichung vorgesehen war. Von Artikeln über die Rote Armee sollte abgesehen werden.

Wurden Deutsche in der Sowjetunion verhaftet, so war grösste Aufmachung Vorschrift, und es wurde von «Mordjustiz» gesprochen, die sich austobe (23. November 1936), von der «barbarischen Art», Geständnisse zu erpressen, ohne dass Nachrichten mit entsprechenden Angaben Vorlagen. Als Stalin «eine lange Rede gehalten hatte, über die DNB einen ganz kurzen Bericht ausgab», wurden eigene Berichte gerügt, weil sie «ziemlich objektiv gegeben worden seien» (26. November 1936).

Eine grundsätzliche Äusserung zur Berichterstattung über die Sowjetunion wurde am 22. Februar 1937 gegeben. Über sie berichtete die Berliner Redaktion der FZ:

«Die deutsche Presse ist mehrfach auf Meldungen über Sowjetrussland hereingefallen, die aus Warschau und Riga stammten und von bevorstehenden Verhaftungen, von Unruhen in Moskau und so weiter sprachen. Die Quelle für diese Meldungen waren jüdische Kreise, und ihr Inhalt war so plump, dass jeder in Moskau lebende Ausländer die Unrichtigkeit sofort feststellen konnte.

Durch die beweiskräftige Widerlegung derartiger Meldungen wird die gesamte Berichterstattung über Sowjetrussland diskreditiert und unserer antibolschewistischen Propaganda Schaden zugefügt. Grössere Sorgfalt ist darum am Platze. Grundsätzlich sind darum alle Meldungen über in Aussicht stehende Massnahmen oder Personalveränderungen oder Verhaftungen aus den Zeitungen wegzulassen, wenn sie nicht von DNB oder den eigenen Korrespondenten in Moskau berichtet werden. Untersagt ist ferner, Meldungen über Vorgänge in Moskau aus Quellen zu bringen, die ausserhalb Sowjetrusslands liegen, da es sich hier meist um Meldungen von sowjetrussischer Seite handle, die mit der Absicht in die Welt gesetzt werden, die Berichterstattung zu diskreditieren.

Nicht berührt von diesen Anweisungen wird die Berichterstattung über die andauernden Bauernunruhen in der Ukraine, in Weissrussland und so weiter, weil sich diese als richtig herausgestellt hätten.»

An diese Weisung schloss sich nach der Konferenz eine Unterhaltung mit dem Sprecher der Reichsregierung an (im Bericht ist der Name nicht vermerkt), in der dieser darauf hingewiesen wurde, dass die weitaus meisten Nachrichten aus der Sowjetunion von DNB gekommen seien und nur sehr wenige von eigenen Korrespondenten, keine aber aus anderen Quellen. Wenn also Beanstandungen bestünden, müssten sie die Arbeit des DNB betreffen und damit die des Propagandaministeriums. Das Argument wurde kaum abgewehrt, indem der Angesprochene antwortete: «Man tut, was man kann.»

Meldungen über deutsch-russische Gespräche oder gar Verhandlungen wurden «als reine Zweckmeldungen» bezeichnet (17. April 1937). Alfred Ingemar Berndt, der damalige Sprecher, meinte dazu:

«Der Zweck ist, jene Staaten die noch keine diplomatischen Beziehungen zu Russland haben oder die man in die Paktsysteme einbeziehen will, mit dem Argument zu ködern: Sogar das nationalsozialistische Deutschland verhandelt mit uns! (Vertrau-

lich: Solche Argumente seien in Belgrad, Sofia, Bukarest und auch Warschau verwendet worden.) Dagegen muss man jetzt einmal mit aller Schärfe Stellung nehmen.»

Es wurde Material für Leitartikel angekündigt, die in den Sonntagsausgaben erscheinen sollten, also die grösste Publizität bekamen. Das Material sollte «recht vielgestaltig» verwendet werden. Man möge auch die Reden heranziehen, die auf den Parteitag der NSDAP 1935 und 1936 gehalten worden seien. Damit wurde die besonders scharfe Haltung noch einmal wiederholt.

Aber auch die Warnung, nicht falschen Nachrichten zu folgen, wurde mehrfach wiederholt. Am 21. Juni 1937 wurde der Warnung hinzugefügt, dass «Strassenkämpfe, offene Unruhen in Russland ebenso unmöglich seien, wie es unsinnig sei, von einer Militärdiktatur zu sprechen . . . Mit solchen Meldungen werde nur versucht, darzustellen, dass in Russland nationale Tendenzen zum Durchbruch kämen. Eine solche Darstellung sei höchst unerwünscht... Es sei auch falsch, von einem antisemitischen Kurs in der Sowjetunion zu sprechen . . . Für uns seien Bolschewismus und Judentum identisch.»

Es wurde als «unzweckmässig» bezeichnet, über eine Heirat Stalins zu schreiben. Die Nachricht, Stalin lebe mit einer Jüdin in «wilder Ehe», sei nicht verbürgt, und es «bestehe kein Interesse daran, ihre Glaubwürdigkeit durch eine Meldung über eine bevorstehende Heirat Stalins zu untergraben».

Einer der Nazi-Oberen, der sich am häufigsten in Reden mit der Sowjetunion befassten, war Joseph Goebbels. Am 9. September 1937 gab ein Rundruf den Zeitungen folgende Weisung:

«Die Zeitungen werden darauf hingewiesen, dass in keiner Weise, auch nicht in Kommentaren und Rahmenberichten zur Rede von Reichsminister Dr. Goebbels, der Führungsanspruch des Nationalsozialismus unter Adolf Hitler im Kampf gegen den Weltbolschewismus erwähnt werden darf.»

War da der Reichsminister für Propaganda zu weit vorgeprellt oder begann eine neuartige Entwicklung? – so fragten sich die Redaktionen. Nur zwei Tage danach liess Berndt der

Presse in Berlin die Weisung geben, «mit den schärfsten Mitteln» zu einer Rede des sowjetischen Aussenministers Litwinow Stellung zu nehmen, die dieser auf einer Konferenz in Nyon gehalten hatte. Dort wurde von den Mächten am Mittel- und am Schwarzen Meer, ausgenommen allein Italien, ein Abkommen «zur Bekämpfung des Piratentums» ausgehandelt, eine Massnahme, die im Zusammenhang mit den militärischen Aktionen Italiens und Deutschlands im spanischen Bürgerkrieg stand. Litwinow hatte die Reichsregierung und Hitler scharf angegriffen. Die Sprachregelung besagte:

«Die Rede Litwinow-Finkelsteins ist ein so unerhörter Skandal und eine so bodenlose Frechheit, dass die deutsche Presse mit den schärfsten Mitteln gegen sie Stellung nehmen muss. Mit Injurien darf dabei nicht sparsam umgegangen werden. Es wird ausdrücklich gewünscht, dass die härtesten Worte angewandt werden. Mit einem derartigen Halunken kann sich ein anständiger Mensch nicht mehr an einen Tisch setzen» (11. September 1937).

Selbst die Parteitagsberichterstattung durfte in diesem Falle gegenüber dieser Polemik gegen die Sowjetunion zurücktreten. Alle Zeitungen sollten auf der ersten Seite eine «grosse Aufmachung, mindestens zweispaltig» herausbringen und: «Diese Platzvorschrift ist bindend», liess Berndt hinzufügen, der dies aus Nürnberg vom Parteitag her nach Berlin an wies.

Ein am 21. August 1937 abgeschlossener sowjetisch-chinesischer Nichtangriffspakt hatte zu engeren Beziehungen zwischen beiden Ländern geführt. In Berlin nannte man es eine «Verbrüderung».

Als eine von mehreren DNB-Meldungen, die vorangegangen waren, am 15. Oktober 1937 trotz Weisung nicht die der Reichsregierung erwünschte Aufmerksamkeit gefunden hatte – kaum eine Zeitung hatte sie «entsprechend» gebracht, so wurde gerügt – wurde in der Pressekonferenz des nächsten Tages angeordnet, dass «die Zeitungen, die die Meldung überhaupt noch nicht veröffentlicht hätten, sie in der allergrössten Form nachholen und kommentieren müssten».

An dieser Stelle wurde der Regierungssprecher ans Telefon gerufen. Als er zurückkehrte, so berichtete die FZ-Redaktion, «. . . sagte er, eben habe sich auch der Reichspressechef empört darüber geäussert, dass die Anweisung so schlecht

befolgt worden sei. Man wisse, dass, wenn eine Äusserung von dieser Stelle komme, sie nicht ausschliesslich die Meinung von Dr. Dietrich darstelle. Man möge die Sache also gebührend ernst nehmen» (16. Oktober 1937).

«Eine vernichtende und erschreckende Bilanz», so wurde am 3. November 1937 in der Pressekonferenz angeordnet, habe die deutsche Presse aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Sowjetunion zu ziehen. Dabei solle die Frage erörtert werden, «wie sich das Regime so lange habe halten können: durch rücksichtslosen Terror der herrschenden jüdischen Oberschicht».

Dass die englische Politik «die Bolschewisten sozusagen salonfähig gemacht habe», dass «die Sowjetrussen nach ihren Methoden nicht nach Europa gehörten» – solche und ähnliche Wendungen wurden nicht selten empfohlen (23. November 1937). «Die Räuber in Moskau» hatten – so die Formulierung des offiziellen Sprechers der Reichsregierung in der Pressekonferenz am 13. Januar 1938 – ein neues Gremium im Aufbau der sowjetischen Staatsführung «Bundesrat» benannt. Das aber sei «ein zu anständiger Begriff. Für diese Räuber in Moskau könne diese von Bismarck geprägte Bezeichnung nicht verwendet werden. Man möge vielleicht sagen ‚Bundes-sowjet«

Dass die Übersetzung aus der russischen Sprache nicht von den Sowjets zu verantworten sei, wurde dem Sprecher nach der Konferenz vorgehalten. Was nutzte solch ein Hinweis auf Vernunft und Logik, wenn die Absicht beherrschend war, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um den Abscheu gegenüber der Sowjetunion und ihrem System auszudrücken?

Anfang März 1938 begann in Moskau ein Prozess gegen angebliche Anhänger Trotzki's. Das Oberste Gericht verhandelte gegen 21 Personen. Am 2. März wurde «in einem abendlichen Gespräch mit dem Propagandaministerium» in Berlin folgende Weisung zum Verhalten der deutschen Presse gegeben:

«Diese Leute sind ohne Zweifel Verbrecher, Mörder und so weiter. Sie haben also einmal das russische Volk regiert. Oder sind sie es nicht? Sind es die anderen, die heute als Ankläger auftreten? Dann regieren diese Verbrecher und Mörder, niedrigste Kreaturen, Russland. Jede Verbindung mit Deutschland sei kindisch. Es

sei ein Attentat auf die europäische Intelligenz, so etwas glauben machen zu wollen. Stalin müsse also nicht versuchen, seine eigene Intelligenz als Massstab für die der europäischen Völker zu betrachten. Peter der Grosse und Katharina hätten ja auch gewütet, aber sie hätten wenigstens niemals den Versuch gemacht, ihre Handlungen mit demokratischen Mitteln zu bemänteln. Der herbeigezerrte Deckmantel der Humanität sei vielleicht das Gefährlichste der jetzigen Ereignisse, weil er zu viele davon abhalten könnte, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind. Die deutschen Arbeiter und die Arbeiter der Welt müssten aber sehen, was in Russland vorgeht, damit sie das wahre Gesicht der bolschewistischen Machthaber und Prinzipien erkennen. – So etwa müssten die Kommentare aussehen.»

Am nächsten Tage wurde die Presse nochmals ermahnt, dazu Kommentare zu schreiben, «nicht lange Artikel, sondern scharfe», sagte Alfred Ingemar Berndt und fügte hinzu: «Kommentare müssen kurz und präzise sein. Niemand liest einen dreispaltigen Artikel, ich auch nicht.»

Der Ton und die Aggressivität änderten sich auch in den folgenden Monaten in keiner Weise. Nur wenn die Ukraine eine Nachricht hergab, galten Weisungen wie jene, die das Auswärtige Amt am 21. November 1938 in der Pressekonferenz erteilte:

«Über die Zustände und die mutmassliche Politik in der Ukraine soll, wie schon kürzlich gebeten wurde, nichts gebracht werden. Trotzdem hätten einige Blätter Veröffentlichungen gehabt. Aschmann bat dringend, mit Rücksicht auf sehr wichtige aussenpolitische Gründe sich an die Sprachregelung zu halten.»

Die Ukraine «könnte eine Hoffnung sein», sagte Aschmann (Auswärtiges Amt) nach der Konferenz auf drängende Fragen, warum sie eine Ausnahmebehandlung erfahre, bat aber sofort, diese Äusserung wieder zu vergessen.

Wie wenig geheimnisvoll die deutsche «Hoffnung» war, machte unter anderem der Londoner *News Chronicle* am 28. November deutlich, indem er in einer Notiz mitteilte, Deutschland hätte drei Armeekorps mobilisiert und in Schlesien aufmarschieren lassen, «um in die Ukraine als Schutz einzurücken» (Pressekonferenz, 28. November 1938). Diese Meldung sollte «auf das allerschärfste zurückgewiesen wer-

den», und es wurde hinzugefügt: «Dabei soll in einem Kommentar erwähnt werden, dass eine ähnliche Greuelmeldung im Mai ebenfalls von England ausgegangen sei und die Welt mobilisiert habe.»

Im Übrigen sollte nach einer Regelung am gleichen Tage ein zwischen der Sowjetunion und Polen zwei Tage vorher erneuerter Nichtangriffs-Pakt «freundlich behandelt werden, aber als Belanglosigkeit erscheinen».

Ungeachtet der Weisung, über die Ukraine nichts zu veröffentlichen, erschien am 16. Dezember 1938 in der *Schlesischen Zeitung* ein Artikel, *Die ukrainische Frage*, dem eine Landkarte beigelegt war. Am nächsten Tage rügte Hans Fritzsche diese Veröffentlichung vor allem mit dem Hinweis, dass auf der Karte «die Ukraine von weit westlich Lemberg bis weit östlich Charkow reicht, bis zur Krim. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, wie stark das Zusammengehörigkeitsgefühl in diesem Raum ist. Es trat ein, was eintreten musste: Die französische Presse hat den Aufsatz zitiert, die englischen Nachrichtenbüros haben ihn übernommen, und eine grosse Zahl von Rundfunksendern hat Meldungen daraus gemacht, des Inhaltes, dass mit dieser Veröffentlichung die Gerüchte über deutsche Pläne dort unten bestätigt würden. Noch einmal wird dringend davor gewarnt, sich politisch-polemisch mit dem ukrainischen Problem zu beschäftigen.

Die Sache war deshalb besonders unangenehm, weil die Auslandspresse sie in Verbindung gebracht hat mit der Reise des russischen Thronprätendenten Wladimir nach Deutschland. Über diese Reise sollen nur zwei oder drei Zeitungen in ihrer Gesellschaftsspalte berichten, die anderen überhaupt nicht. Wladimir und sein Onkel haben bereits betont, dass die Reise nicht politisch ist und dass er vom Führer nicht empfangen wird. Der Sinn der ausländischen Kampagne ist, einen Keil zwischen Deutschland und Polen zu treiben.»

Mit der zusätzlichen Information über die Reise, die bis dahin unbekannt, auf jeden Fall uninteressant war, glaubten Beobachter der politischen Entwicklung einen Fingerzeig auf besonders originelle Pläne der Nazis erhalten zu haben. Im Auswärtigen Amt sagte Aschmann auf Frage «privat» dazu: «Das ist alles viel zu früh.»

Der langjährige Aussenkommissar der Sowjetunion, Maxim

Litwinow, schied am 3. Mai 1939 aus seinem Amt aus. In der Pressekonferenz wurde der Vorgang am nächsten Tage wie folgt behandelt:

«Es liegt nahe, entweder zu sagen ‚Der Jude geht – der jüdisch Versippte kommt‘ oder ‚Der Jude geht – der Nichtjude kommt«. Auf diesem Gebiet aber wird um Vorsicht gebeten, weil die Dinge nicht ganz klar liegen und noch gar nicht zu erkennen ist, was hinter dem Rücktritt überhaupt steckt. Natürlich stellt er eine Sensation dar, und die Meldungen können auch, wenn man will, aufgemacht werden. Was aber die Kommentare angeht, so ist es am besten, sich auf eine Schilderung zu beschränken, wer Litwinow war. Er ist mit Hilfe der Engländer auf das Genfer Parkett eingeschmuggelt worden und war Exponent einer Paktpolitik. Interessant, dass der Vater dieser Paktpolitik gerade jetzt verschwindet, wo sie ihren grössten Triumph feiert. Am allerbesten freilich ist es, sich eigener Kommentare ganz zu enthalten und nur ausländische Stimmen abzudrucken, jedoch mit Vorsicht. Auf keinen Fall sollen Molotow Vorschusslorbeeren oder Vorschusskritik gespendet werden.»

Es dauerte nur einen Tag länger als eine Woche, da lautete am 12. Mai 1939 die erste in der Pressekonferenz ausgegebene Sprachregelung:

«Jede Kombination über eine, wie das Ausland sagt, deutsch-russische Annäherung muss in deutschen Zeitungen auf das peinlichste vermieden werden . . . Das ganze Problem müsse, was nun wiederholt gesagt wurde, mit grösster Zurückhaltung behandelt werden, auch die Gespräche London-Moskau, auf keinen Fall erste Seite und nur berichtend, nicht wertend.»

Diese Weisung verursachte erhebliches Aufsehen, denn die Gerüchte über eine mögliche neue Entwicklung der sowjetischen Politik waren nach dem Aussenministerwechsel in Moskau von neuem belebt worden. Auch in den Berliner Weisungen schien eine neue Linie begonnen zu haben. Schon am folgenden Tage, dem 13. Mai 1939, lautete eine Weisung:

«Kürzlich ist gesagt worden, dass nun nicht etwa im Zusammenhang mit der Legion Condor eine grosse antisowjetische Aktion losbrechen soll. Hieran wird ausdrücklich erinnert. Erlebnisberichte von Spanienkämpfern sind nochmals durchzusehen. Als

Gegner soll grundsätzlich der Bolschewismus hingestellt werden, nicht Moskau.»

Dieser Unterschied wurde zwar nicht zum erstenmal gemacht, aber im Gesamtton war eine Vibration erkennbar, die aufhorchen liess. Die Legion Condor kehrte aus Spanien zurück. Der Bürgerkrieg war beendet, und die (zwar stets bestrittene und immer nur indirekte) militärische Konfrontation mit der Sowjetunion nicht mehr gegeben. Sollte auch die politische verschwinden? Am 16. Mai teilte der Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Pressekonferenz mit:

«Russland-England seien noch beim Verhandeln. Es wäre zu empfehlen, Meldungen auch dann nicht zu bringen, wenn sie eine negative Einstellung des einen oder anderen Partners enthielten.»

Als diese kurze Weisung gegeben wurde, war eine deutlich hörbare Reaktion im Saale zu spüren. Sie begann bei dem Wörtchen «noch» und steigerte sich, als die Möglichkeit einer negativen Beurteilung durch einen der Partner angedeutet wurde. Was ging da vor? Was bahnte sich an? Man war gewöhnt, alles für möglich zu halten. Der Sprecher des Propagandaministeriums fügte der Weisung noch hinzu:

«Man kann natürlich einzelne Ereignisse notieren, sich vielleicht auch Gedanken machen über die möglichen Folgen, insgesamt aber kein grosses Interesse verraten.»

Jedes einzelne Wort dieser Weisungen wurde sorgfältig gewogen. Im *Südost-Echo* war ein Artikel über das deutsch-sowjetische Verhältnis erschienen – die Presse durfte ihn nicht übernehmen. Am 18. Mai wurde dazu in der Pressekonferenz gesagt:

«Gegenüber Sowjetrussland wurde bisher Zurückhaltung geübt, um den anderen nicht die Einkreisungspolitik zu erleichtern. Es wäre verkehrt, wenn ein Bruch der Diktion gegenüber Sowjetrussland bei uns eintreten würde. Wir haben bisher vom Bolschewismus gesprochen, wenn wir Russland meinten. Wenn wir in der Polemik in der letzten Zeit weniger stark waren, so soll das kein Anlass sein, das alte Wort Russland wieder allein zu verwenden. Am zweckmässigsten wäre der Begriff, den die Kreml-Machthaber selbst gewählt haben: Sowjetunion.»

Von damals lautet eine Notiz:

«Dies nach den Verbalinjurien, nach der Hetze, das kann nur den Versuch einer totalen Umkehr im politischen Verhältnis zur UdSSR bedeuten. Zu welchem letzten Zweck? Machen die Sowjets mit? Was dann?»

Eine Woche später liess das Auswärtige Amt sagen:

«Die englisch-russischen Verhandlungen seien noch nicht so weit, dass abschliessende Urteile möglich seien . .. Man brauche sich darüber keine Gedanken zu machen, eine gewisse Zurückhaltung sei ohnehin zweckmässig, wenigstens solange sich der Ausgang noch nicht übersehen lässt.»

Das Propagandaministerium erläuterte gleichsam und reichlich mystifizierend die andeutenden Hoffnungen des Aussenamtes auf ein Scheitern der englischen Bemühungen um eine Verständigung mit der Sowjetunion. Es fügte in dieser Pressekonferenz (25. Mai 1939) unmittelbar hinzu:

«Es wäre zweckmässig, einige Gedanken über das Funktionieren und die Folgen der Automatik darzustellen. ... In ruhiger oder ironischer Betrachtung könne man feststellen, dass die Engländer vergeblich hoffen würden, durch Kautelen den Gefahren der Automatik zu entrinnen. Man sollte lieber dem englischen Volke sagen, welchen Gefahren es ausgesetzt sei, damit es wisse, woran es ist.»

Übrigens konnte jetzt der Ausdruck «bolschewistisches Land» oder ein ähnlicher wieder für die Sowjetunion gebraucht werden, so liess der Sprecher wissen (25. Mai 1939).

Aus einem Osterei, über das «seit geraumer Zeit in Westeuropa orakelt werde» und das das Thema Akkord mit der Sowjetunion darstelle, sei inzwischen ein «Pfingstein» geworden, meinte das Auswärtige Amt am 31. Mai. Aber eine bevorstehende Rede des Aussenministers Molotow werde wohl Klarheit bringen, und die Presse möge deshalb «sich absoluter Zurückhaltung befleissigen, bis die Rede vorliegt». Auch dann müsse man «Weisungen über ihre Behandlung abwarten». Als die Rede dann vorlag, sollte sie nur sachlich, nur kurz und völlig tendenz- und kommentarlos notiert

werden, und ein Rundruf vom gleichen Tage, der dies anordnete, verlangte «eine neutrale Überschrift».

Dabei blieb es auch am nächsten Tage (1. Juni 1939) in der Pressekonferenz. Hans Fritzsche meinte:

«Es liegt sehr nahe, die schönsten Kommentare aufzuhängen an der Molotow-Rede, jedoch wird um Zurückhaltung gebeten . . . Bei den Auslandsstimmen (die übernommen werden konnten) wäre es nun wiederum möglich, sie so zusammenzustellen, dass ein Pessimismus der demokratischen Mächte und ein Optimismus anderer Mächte festgestellt werden könnte. Bei aller Betonung der Enttäuschung bei den Westmächten soll aber durch die Auswahl der ausländischen Pressestimmen kein allzu krasses Bild entstehen. Man kann aber sehr wohl den Satz von Molotow, Sowjetrussland sei keine Macht, die die Kastanien aus dem Feuer holt, einer Bemerkung der *Times* gegenüberstellen, die sagt, man sehe nichts, was nicht noch geklärt werden könnte. Das gibt dem klugen Zeitungsleser sehr wohl ein Bild der Dinge, wie sie sind.»

Damit war, ohne dass der Wortlaut der Molotow-Rede zur Kenntnis genommen werden konnte und obwohl nur ungenaue Auszüge Vorlagen, der Tenor dessen klar, was Molotow gesagt hatte oder was die Reichsregierung aus seiner Rede herauslesen wollte. Mit grosser Sorgfalt achteten Auswärtiges Amt und Propagandaministerium – Telefonanrufe mit speziellen «Bitten» bezeugten es – darauf, dass die Zeitungen nicht der Versuchung unterlagen, Schadenfreude über die Enttäuschung der Westmächte zu bekunden. Am 3. Juni liess das Aussenamt wissen:

«Es ist klüger, dies nicht zu tun und sich nach wie vor mit einer ganz neutralen Berichterstattung zu begnügen. Der Effekt einer auch nur in den Überschriften zutage tretenden eigenen Politik wäre, dass sich die Gegner solche Dinge sehr gut ansehen würden. Auch in der Aufmachung also gut abwägen!»

Es habe keinen Zweck, «jetzt in grosse aussenpolitische Polemiken einzutreten», wies Hans Fritzsche am 5. Juni die Presse an. Er spielte auch die politische Bedeutung der Rede Hitlers herunter:

«In erster Linie war sie eine Rede vor den Soldaten. Der Ton der Verstärkung der deutschen Wehrkraft ist auch der Ton, der in

Zukunft für die nächsten Wochen die innenpolitische Haltung der deutschen Presse bestimmen muss.»

Das Auswärtige Amt liess durch seinen Sprecher, Dr. Paul Schmidt, den Abschluss von Nichtangriffspakten mit Lettland und Estland so überschwenglich feiern (er sprach von einer «ungewöhnlichen aussenpolitischen Tragweite»), dass diese und weitere Übertreibungen dazu anregten, im gleichen Hause nach verständlicheren Beurteilungen der Lage zu forschen.

Das Ergebnis war (nach einer damaligen Notiz), dass die Vermutung neue Nahrung erhielt: «Die Reichsregierung hofft, beim Kreml selbst zum Zuge zu kommen.» So unbegreiflich dies damals erschien, so nüchtern musste es notiert werden.

Am 18. Juni 1939 lagen Nachrichten vor, die von Schwierigkeiten sprachen, die in den englisch-sowjetischen Verhandlungen entstanden seien. Wenn man sie behandle, so wies der Sprecher der Reichsregierung die Presse an, solle «Sowjetrussland nicht angegriffen werden». Die Spitze der Polemiken sei «also gegen England zu richten». So lauteten die Weisungen am 19. Juni und auch die am 20.:

«Auf keinen Fall darf Sowjetrussland angegriffen werden, da England nur darauf wartet, entsprechende deutsche Pressestimmen in Moskau vorlegen zu können.»

Französische Zeitungen hatten von der Möglichkeit der Kündigung des alten französisch-sowjetischen Paktes gesprochen. DNB hatte es gemeldet und musste die Meldungen zurückziehen, wie auch die Zeitungen sie nicht übernehmen durften. Schliesslich wurde abermals gebeten, «keine Schadenfreude an den Tag zu legen und nicht zu behaupten, dass es in Moskau zu einem Scheitern kommen werde».

Die deutsche Hoffnung war allzu deutlich, nur glaubte niemand den nächsten Schritt hinzudenken zu können: eine deutsch-sowjetische Verständigung.

Erst «die grosse Bestürzung, die die Zurückweisung der englisch-französischen Vorschläge durch Moskau hervorgerufen hat» – so der erste Satz im Bericht über die Pressekonferenz vom 23. Juni 1939 – erlaubte nach dem Willen der Reichsregierung eine Änderung in der Haltung und Berichter-

stattung der deutschen Presse. Jetzt wurde es «selbstverständlich, (dies) in entsprechender Form herauszustellen. Der zur Schau getragene Zweckoptimismus in London ist zu glossieren . . . Abermals: Auf jeden Fall ist jede Schadenfreude zu vermeiden.»

Alles, «was an englischen Niederlagen und Demütigungen zu verzeichnen ist», sollte, so die Weisung am folgenden Tage, nun herausgestellt werden. Jedoch durfte eine Meldung, welche die Aufstellung eines Danziger Freikorps berichtete, nicht gebracht werden (28. Juni 1939). In diesen Tagen erschien in der *Prawda* ein Artikel, der nach der Darlegung des Vertreters des Auswärtigen Amtes in Berlin, Baron Braun von Stumm, in der Pressekonferenz am 29. Juni «scharf mit den Westmächten ins Gericht geht. Verfasser sei ein Vertrauensmann Stalins. Kern der Darstellung: Der Mangel an Fortschritt in den Verhandlungen mit England sei die Tatsache, dass Russland doch noch nicht als gleichberechtigt anerkannt werde. Russland werde für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen. Die baltische Garantie sei lebenswichtig. Dass sie nicht gegeben werde, sei hinterhältig. Der Artikel sei in der Kritik der Westmächte erfreulich, in der Substanz jedoch nicht. Darum werde gebeten, ihn nicht zu zitieren. Der Rundfunk werde die wesentlichen Stellen verbreiten.»

In den deutschen Zeitungen tauchten erste Prophezeiungen über den Zusammenbruch der sowjetisch-westeuropäischen Verhandlungen auf; sie waren der Reichsregierung unerwünscht. «Verzweifelte Kommentare aus Paris über die Moskauer Verhandlungen sollen nur zur Kenntnis genommen werden, ohne eigene Kommentare», auf die nur gewartet werde, besagte eine Weisung am 7. Juli.

Auch am folgenden Tage blieb es bei der zwar Ungeduld, aber beharrliche Zuversicht bezeugenden Haltung der Reichsregierung, die sagen liess, «dass keine Funken von Schadenfreude gezeigt werden dürfen. Die Verhandlungen sollen gelangweilt und teilnahmslos zur Kenntnis genommen werden. Sie seien so verfahren, dass jedes Wort von uns als Druckmittel wirke.»

In Moskau wurden auch Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Kreml geführt, über deren Verlauf kaum je ein Wort gesagt wurde. Im Ausland wurde in den letzten Julitagen 1939 gemeldet, Reichswirt-

schaftsminister Funk reise nach Moskau. Die Reise wurde in Berlin dementiert. Selbst Geheimrat Schnurre, der bisher die Verhandlungen auf deutscher Seite geführt hatte, sei wieder in Berlin (31. Juli 1939). Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes, Wohlthat, werde, so wurde geflüstert, nach Moskau reisen. Er hatte bereits im Auftrage des Aussenamtes Kontakte zur Evian-Konferenz (Lösung der Unterbringung der Juden in anderen Ländern) gepflogen und war wiederholt in Washington und London für das AA oder in dessen Auftrag tätig gewesen. Solche Gerüchte wurden nicht bestätigt, doch auch nicht dementiert. Wohlthat galt für die kritischen Journalisten als eine unklare Figur im politischen Spiel.

Überraschend meldete das Ausland die Abreise einer englisch-französischen Militärmission nach Moskau als bevorstehend. Die Reichsregierung liess die Presse anweisen, dass man auch Zweifel haben könne, «ob die militärischen Verhandlungen geeignet seien, die politischen Verhandlungen vorwärts zu treiben» (1. August 1939).

Eine Notiz besonderer Art hielt die Berliner Redaktion der FZ am 3. August 1939 aus der Pressekonferenz fest. Der Wortlaut spricht für sich:

«In den Schweizer Zeitungen werden jetzt kritische Stimmen zu den englisch-französischen Paktverhandlungen mit Moskau erscheinen. In diesem Falle müsse man um ganz besondere Zurückhaltung bitten und diese Stimmen überhaupt nicht übernehmen. Wir seien an sich sonst sehr zurückhaltend, aber wir würden andere Pressestimmen immerhin vermerken, diese Pressestimmen dagegen überhaupt nicht, weil sie uns doch zu nahe ständen.»

Die Weisung wurde mit um so grösserer Bewegung aufgenommen, als der Sprecher der Regierung auf einen Zwischenruf «Wieso?» antwortete: «Gemeint ist in der Sache, mit den Vorgängen», was mit spöttelnder Unruhe quittiert wurde.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wurden dann doch in einigen Fachzeitschriften behandelt. Das führte zu der Weisung:

«In der Berichterstattung hierüber möge man ausserordentlich zurückhaltend sein und in Zukunft auch der eigenen Findigkeit

Zügel anlegen. Diese Dinge wären im Augenblick ganz besonders unerwünscht.»

«Äusserste Zurückhaltung» wurde auch gegenüber der «Nervosität des Auslandes» angeordnet, und dies gelte besonders für Terminangaben in der französischen Presse. Ein ehemaliger russischer Oberstleutnant, Tscherdiakoff, hatte eine Broschüre unter dem Titel *Waffenbrüder Deutschland - Russland* verfasst. Sie wurde verbreitet, aber sie sollte nicht besprochen werden (15. August 1939).

Viel war nicht mehr zu verbergen, wenn auch jede direkte Information fehlte. Die Journalisten drängten, und am 18. August wurde in der Pressekonferenz auf Anfrage erwidert:

«Über die englisch-russischen Verhandlungen kann gelegentlich wieder einmal ironisch geschrieben werden. Die Walze rollt an. Das Vertragswerk gehe rüstig voran. Der Vertrag sei ziemlich fertig, beinahe und nahezu fertig – aber er sei immer noch nicht fertig. Trotzdem verwende man ihn bereits, um die Japaner zu bedrohen. ..»

Das berichtete die FZ aus der Pressekonferenz als Kommentar-angeregung. Gemeint waren die sich noch immer hinschleppenden englisch-russischen Vertragsverhandlungen, die auf solche Weise bespöttelt werden sollten.

Der deutsch-russische Vertrag, ein Wirtschaftsvertrag, war in dessen wirklich fertig und wurde am 19. August abgeschlossen.

Am nächsten Tag, Sonntag, 20. August 1939, fand eine Sonder-Pressekonferenz statt. Kommentaranweisungen waren fällig. Sie brachten keine Überraschung. Jedoch stellten aufmerksame Zuhörer fest, dass zwischen einem deutschen Warenkredit von 200 Millionen Reichsmark und einer sowjetrussischen Waren-Gegenleistung von 180 Millionen Reichsmark eine Differenz bestand. Der Sprecher der Reichsregierung erwiderte auf den Hinweis; «Über die Differenz von 20 Millionen soll nichts gesagt werden, darüber vielleicht später.»

Das Kommuniqué über das Handelsabkommen sollte «auf dem unteren Teil der ersten Seite, aber nur einspaltig», veröffentlicht werden (Rundruf am 20. August 1939), und vor allem: «Keine Anspielung auf politische Vorgänge!» Die

Aufmachung sollte nach wie vor durch das Stichwort «Polen» bestimmt werden.

Zwei Tage später jedoch alarmierte in der Nacht zum 22. August 1939 ein Rundruf die Redaktion der deutschen Zeitungen und bestätigte, was längst geahnt, jedoch kaum geglaubt worden war:

«Die Meldung vom bevorstehenden Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Sowjetrußland ist ganz gross auf der ersten Seite herauszubringen. Sie beherrscht die politische Aufmachung der Morgenblätter. Auch der Meldungstext kann in Fettdruck wiedergegeben werden. Kommentare noch nicht bringen. Die DNB-Meldung ‚*Prawda-Iswestija*‘ wird hiermit zurückgezogen.»

Die Reichsregierung hatte die englisch-französischen Bemühungen um ein Bündnis mit der Sowjetunion überspielt. Ein Brief, am 22. August 1939 an die Hauptredaktion der FZ geschrieben, schilderte Einzelheiten der Vorgänge in Berlin:

«Als ich gestern nachts unmittelbar nach der Rundfunkdurchsage das Auswärtige Amt anrief, um eine Bestätigung der Meldung über den Pakt mit der UdSSR zu erhalten, bekam ich von dem in der Pressestelle leitenden Herrn die Antwort: «Sind Sie verrückt oder bin ich es?» Er hatte den Rundfunk nicht gehört und war über nichts im Bilde. Im Propagandaministerium war die Sache schon etwas besser. Dann rief auch das AA wieder an und gab einige Mitteilungen, die ich Ihnen übermittelte.

Wie heute von Kollegen berichtet wurde, hat die Meldung gestern Abend in den Kaffeehäusern ausserordentliches Aufsehen erregt. Wo der Rundfunk nur von dem Besitzer abgehört worden war, haben nach diesen Darstellungen die Kellner sofort diese Mitteilung teils durch lautes Rufen, teils durch persönliche Übermittlung an einige Gäste verbreitet. Wo immer die Sache laut wurde, hat sie sofort den Diskussionsstoff abgegeben. Als ich vorhin mein ‚zuständiges‘ Viertelpfund Kaffee abholte, meinte der Verkäufer: ‚Nun kriegen Sie wohl bald ein ganzes Pfund wieder!‘ Die Stimmung ist freudig erregt. Das Volk hat das Gefühl: Nun gibt es keinen Krieg, und wenn doch, so ist er ungefährlich. Über die tiefere Bedeutung des Abkommens macht man sich zunächst keine Gedanken. Man nimmt es als Entspannung hin. Das Lächeln auf den Gesichtern ist aber etwas verschmitzt, man verbirgt das Zwinkern nicht. Unsere Boten drückten es in Worten aus: Das

war doch der Weltfeind Nummer eins! Da aber auch sie nach den Möglichkeiten einer KdF-Reise ans Schwarze Meer fragten, taten sie kund, dass sie nicht anders denken als alle anderen offenbar. So ist es in U-Bahn und Strassenbahn zu hören und so war es heute früh im Schwimmbad.

Die Pressekonferenz war stärker besucht als je in den letzten Jahren. Sie können sich denken, dass die Diskussion eifrig betrieben wurde. Als der Vertreter des Rosenberg-Büros den Saal betrat – wie üblich an jedem Tage wurde er mit lauten Rufen empfangen: ‚Raus! Raus!‘ Die Georgenstrasse in Berlin werde in Georgierstrasse umbenannt und Stalin werde Ehrengast in Tannenbergrasse sein – solche und ähnliche Dinge waren der Kern der Unterhaltungen, die eine ernsthafte Überlegung der politischen Auswirkungen noch kaum erkennen liessen. Man sah jedoch allgemein einen Zerfall der sogenannten Einkreisungsfront, vermutete allgemein die Abreise der Militärmissionen und verhehlte die Schadenfreude nicht (die unterbunden wurde). Die Frage nach der Zweiseitigkeit der russischen Politik, die vielleicht ohne Schaden für den einen Vertrag auch den anderen abschliessen oder beibehalten kann (mit Frankreich), wurde nicht aufgeworfen. So unterblieb die Zuspitzung der Diskussion bis zu dem Punkte, wo die Frage zu stellen wäre, welche Motive die Sowjets geleitet haben mögen. Der Hintergrund wurde also nicht erhellt.

In der Pressekonferenz gab es einen kleinen Zwischenfall. Als Herr von Stumm begann und von der dangen Zusammenarbeit der beiden Völker sprach (ich habe im Bericht einige Punkte eingeschaltet), erhob sich allgemeine Heiterkeit. Herr von Stumm schaltete ein: ‚Ich lese die Weisungen vor, die mir gegeben wurden.‘ Diese Bemerkung wurde nun aber mit schallender und geradezu stürmischer Heiterkeit quittiert. Herr Fritzsche rettete dann die Situation durch die Bemerkung: ‚Ich sehe in dem Gefühlsausbruch nur den Ausdruck der Freude darüber, dass dieses Ergebnis erzielt werden konnte. Es war gewiss keine Kritik an den Worten des Herrn von Stumm, das möchte ich in Ihrem Namen doch ausdrücklich feststellen. Ich weiss ja, meine Herren, dass man Ihnen nichts vormachen kann.‘ Dabei wurde er vom Beifallsgetrampel unterstützt. Noch lange nach Schluss der Konferenz standen Gruppen beieinander, die diese Wendung der Dinge erörterten.»

Der Bericht, den die Berliner Redaktion der FZ sofort im Anschluss an die in der Mittagsstunde des 22. August abgehaltene Pressekonferenz an ihre Hauptredaktion in Frankfurt gab, hatte folgenden Wortlaut:

«Baron Braun von Stumm: Zu dem morgen zum Abschluss gelangenden Nichtangriffsabkommen ist Folgendes zu sagen: Es ist sehr erwünscht, dass auf den sensationellen Wendepunkt in der Geschichte der beiden Völker hingewiesen wird. Die beiden Länder haben sich wiedergefunden. Geben Sie, bitte, einen Hinweis auf die lange Zusammenarbeit. .. Aus der Geschichte werden Sie wissen, dass Deutschland und Russland schon viele Jahre zusammengearbeitet haben, wie die Geschichte der Bismarckzeit zeigte. Wir wissen auch, dass in Leipzig die Deutschen und Russen zusammenstanden. Weisen Sie, bitte, auch auf die Möglichkeiten hin, die sich aus dieser Freundschaft wirtschaftlich und politisch ergeben. Weisen Sie ferner darauf hin, dass diese Erkenntnis im deutschen Volke freudigen Widerhall gefunden hat.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die anderen reden – sie haben in Moskau lange geredet, Strang, Ironside und ihre französischen Kollegen. Bei uns aber sind wir schnell zum Handeln übergegangen, erst auf dem Gebiet der Wirtschaft, und dann am Mittwoch letzter Woche konnten wir auch auf dem der Politik die Grundlagen festlegen.

Soweit DNB das Material gibt, kann auch auf das starke Echo im Auslande hingewiesen werden, das vor allem aus Frankreich und England vernehmlich ist. Das Stichwort müsste sein: Die Sache hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die, die Polen einen Garantiescheck ausstellten, werden wohl heute nicht so erfreut an ihre Vergangenheit zurückdenken. Über weltanschauliche Fragen, die zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus liegen, soll nichts, auch nicht in negativer Hinsicht, gesagt werden.

Dazu Herr Fritzsche: Sicher hat gestern abend grosses Erstaunen überall geherrscht und sicher hat jeder gern sofort zum Federhalter greifen wollen. Es gibt aber Sensationen, die einer Pause bedürfen, um sich auszuwirken. Sie sind Höhepunkte, auf denen man ausruhen muss .. .

Die grosse Überraschung steht im Vordergrund. Dies kann bis zu dem Zitat gehen, eine Bombe habe eingeschlagen. Aber die sehr naheliegende Auswahl nach dem Gesichtspunkt deutscher Triumph muss unter allen Umständen unterbleiben. Diese Übersteigerung wird nicht gewünscht. Dagegen kann die Erkenntnis stark herausgearbeitet werden, dass ein entscheidender Wendepunkt in der europäischen Politik eingetreten sei.»

Fritzsche gab dann die italienischen Stimmen frei und grenzte englische und französische ein. Er schloss:

«Selbstverständlich .. . soll eine Stimme wie die der *Humanité* nicht aufgegriffen werden, die von einem Sieg Stalins schreibe.

Darauf müsste man dann antworten, und das wollen wir noch nicht. Der Kommentar kann als Leitartikel oder Glosse erscheinen.»

Der Ton, den die deutsche Presse nun in ihren Kommentaren anschluss, war aber dem Sprecher der Reichsregierung nicht warm genug. Er beanstandete dies und meinte in der folgenden Pressekonferenz:

«Jeder sei sich darüber klar, dass man dem deutschen Leser nicht plötzlich eine Anhimmelung der Union zumuten dürfe . . . Lange und blumige Artikel über die tiefen inneren Beziehungen von Volk zu Volk seien gewiss abgeschmackt. Aber zwischen dieser Art und jenen Wünschen, warm und offenherzig zu sein, bestehe eben ein Unterschied. Jeder Schreibende müsse sich klar sein, dass es sich nicht um ein taktisches Manöver handle, das für den Tag gedacht sei. Es sei eine historische Wende in durchaus echtem Sinne eingetreten. Ein alter Weg sei wieder beschritten worden, den die deutsche Politik jahrhundertlang begangen habe . . . Immer, wenn die beiden Völker miteinander gingen, sei es zu ihrem Glück gewesen und zugleich zum Segen Europas. Vor allem müsse die Tatsache betont werden, dass es sich nicht um ein zeitgebundenes Manöver handle, sondern um eine Neuorientierung, die geschichtliche Bedeutung habe. Man möge vermeiden, irgendwie einen Pferdefuss durchblicken zu lassen. Nicht die Länge der Artikel mache ihren Wert aus, sondern die Richtigkeit und Wärme des Ausdrucks.»

Diese erstaunlichen Darlegungen des Sprechers der Reichsregierung verfehlten ihren Eindruck auch bei den Journalisten nicht, die vor allem die Hinweise auf die historische Bedeutung und die Dauerhaftigkeit oder Endgültigkeit des Vorganges nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre als ein klares Zuviel empfanden.

Der deutsch-russische Vertrag bekam einen eigenen Namen: *Deutsch-russischer Konsultations- und Nichtangriffspakt*.

Er gab Anlass zu der Weisung (24. August), «das Thema Antikomintern-Pakt, das sicher die Auslandspresse tot reden werde», nicht anzuschneiden. Es sollten neue Bilder über Moskau veröffentlicht werden: «Jede Zeitung soll mindestens ein Bild bringen, und zwar möglichst schnell» (25. August). Die beabsichtigte Feier am Tannenbergs-Denkmal wurde

abgesagt, sie passte nicht mehr in die politische Landschaft.

Als die englische Zeitung *Daily Express* am 26. August meldete, mit dem Nichtangriffspakt sei eine geheime Klausel vereinbart worden, wurde erklärt, dass nur im Ausland ein Dementi verbreitet werde. Man wünschte keine Störung des Gesamteindrucks der durch den Vertrag angeblich erreichten Stärkung der «Friedensposition» Deutschlands.

Nach wie vor galt: «Die Hauptaufmachung bleibt Polen». Der Weg nach Polen führte über Danzig.

Der Termin für Polen

Der am 23. August 1939 unterzeichnete deutsch-sowjetische Konsultations- und Nichtangriffspakt war als eine historische Wende von grösster Bedeutung gekennzeichnet worden. Dennoch sollte die deutsche Presse nach dem Willen der Reichsregierung und den Weisungen des Propagandaministeriums auch in den Stunden der für die deutsche Öffentlichkeit sensationellsten Überraschungen als Hauptaufmachung der Zeitungen stets Polen nehmen. Die ersten Seiten, Blickfänge der Leser, mussten die angeblichen oder wirklichen Verbrechen polnischer «Banditen» gegen deutsche Bürger und ähnliche, aus den vorangegangenen Aktionen bekannte Vorkommnisse mitteilen. Es sollte ja «alles zu seiner Zeit» geschehen, wie ein Sprecher der Reichsregierung einmal sagte, als die Informationsregie der Regierung wieder einmal «Zurückhaltung» verlangte, weil eine politische Situation noch nicht «reif» erschien.

Die polnische Öffentlichkeit hatte ihre Situation seit langem erkannt. Vor allem die Zerstörung der Tschechoslowakei hatte die Menschen aufgerüttelt. Der Warschauer Korrespondent der FZ hatte es gemeldet. Nach so vielen Vertragsbrüchen, die von der Reichsregierung unter verschiedensten Begründungen vorgenommen worden waren, bot auch der deutsch-polnische Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag von 1934, obwohl von Hitler ausgehandelt und abgeschlossen, nun keine Sicherheit mehr.

Auch diese Aktion wurde geführt wie die Aktionen gegen Österreich, gegen die Tschechoslowakei, gegen Litauen;

Zurückhaltung und Aggressivität wechselten miteinander ab, bis nach den Plänen Hitlers die Zeit reif war, den «Freundschaftsvertrag» zu zerreißen.

Mit der «Lösung der polnischen Frage» war das Schicksal der seit dem Vertrag von Versailles als Freistaat unter Völkerbundskontrolle lebenden Stadt Danzig verbunden.

Wahlen im Mai 1933 hatten der auch in Danzig bestehenden NSDAP eine absolute Mehrheit gebracht, und die Regierung des Freistaates setzte wie die Reichsregierung die Gleichschaltung durch, ohne auf die besondere Lage der Stadt und die Tatsache ihrer engen, vor allem wirtschaftlichen Verbundenheit mit Polen (polnisches Zollgebiet) Rücksicht zu nehmen. Polen vertrat Danzig nach aussen. Der Völkerbund hatte einen ständigen Kommissar in der Stadt. Nach dem deutsch-polnischen Vertrag, der völlig überraschend schon im Januar 1934, noch kein volles Jahr nach Hitlers Machtergreifung, abgeschlossen wurde, überbrückte auch ein Abkommen zwischen Danzig und Polen die zahlreichen Gegensätzlichkeiten, die sich herausgebildet hatten. Dennoch blieben Spannungen bestehen, verschärften sich und wurden auf Verlangen Berlins wieder überbrückt. Was immer im Blick auf Polen geschah, von der Presse gefordert oder verschwiegen wurde, betraf auch Danzig und umgekehrt.

Die deutschen Zeitungen hielten sich in der Danzig-Frage von sich aus zurück, was noch in der Pressekonferenz am 26. Mai 1936 von Alfred Ingemar Berndt festgestellt wurde, der dazu sagte, «man wolle zwar, dass der Danzig-polnische Streitfall mit dem gebotenen Takt behandelt werde, das bedeute aber nicht, dass Danziger Angelegenheiten versacken sollen».

Damals hatte Polen sich beim Völkerbund über die Gleichschaltungsmassnahmen der Freistaat-Regierung beim Völkerbund beschwert. Der Danziger Senatspräsident Greiser hielt eine scharfe Anklagerede gegen Polen. Sie sollte kommentiert und der Völkerbundskommissar sollte schärfstens angegriffen werden. Der Tenor sollte sein, dass die Danzig-Frage zwischen Polen und Danzig allein ausgetragen werden müsse und der Völkerbund überflüssig sei (4. Juli 1936). Dann aber folgten mehrere Weisungen, die Zurückhaltung verlangten. Am 23. Juli 1936 sagte der Sprecher der Reichsregierung sogar:

«Man müsse immer bedenken, dass wir nicht die Sachwalter der Danziger Politik sein könnten und dass Danziger Probleme immer etwas unabhängig von den deutschen politischen Fragen gehalten worden seien.»

Die Auseinandersetzungen gingen weiter, aber die Forderung nach Zurückhaltung blieb bestehen.

«Man müsse der polnischen Regierung unterstellen, dass ihr diese Dinge (Schlägereien, polnische Namen besagen nichts über Volkszugehörigkeit und so weiter) offenbar noch gar nicht recht bekannt und zum Bewusstsein gekommen seien», hiess es in einer Weisung am 3. November 1936, die dazu aufforderte, dass die deutschen Zeitungen «in ruhiger, vornehmer Weise Stellung nehmen» sollten. Als Ende Dezember Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau, die den Verkehr durch den «Korridor» betrafen, abgeschlossen waren, wurde in der Pressekonferenz (23. Dezember 1936) festgestellt, «man könnte sagen, dass die Polen sich sehr viel Mühe gegeben hätten, könne allerdings auch einflechten, dass Deutschland fest entschlossen und durch seine Devisenlage auch dazu gezwungen gewesen wäre, den gesamten Verkehr über See zu leiten».

Nicht veröffentlicht werden durfte, dass sich «die Zahlengrösse um etwa 16½ Millionen Reichsmark im Jahre für den gesamten Verkehr bewege. Die Devisenbezahlung sei auf Millionen DM festgesetzt worden; der Rest werde verrechnet.»

Man war mit diesem Entgegenkommen Polens recht zufrieden. Zum Jahrestag des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages sollten auch «einige freundliche Worte für die Ergebnisse des Abkommens gefunden werden» (25. Januar 1937). Natürlich sollte das «nicht in überschwenglichem Ton» geschehen:

«Es hätten sich im Laufe der Jahre von beiden Seiten keine wesentlichen Beschwerden gezeigt, da das Abkommen auf ganz einfache Grundlagen und Formeln gebracht sei. Differenzen, die im Zusammenleben von zwei Völkern vorkommen könnten, hätten sich in der Zwischenzeit immer wieder leicht ausgleichen lassen. Es habe sich gezeigt, dass derartige zweiseitige Abkommen entscheidend zur Entspannung beitragen könnten. Man könne auch fragen, was wohl ohne das Abkommen geworden wäre.»

Völlig im Gegensatz zu dieser «Lage» lautete dann aber eine am 25. Februar 1937 gegebene Weisung, die überraschte:

«Die Zeitungen mit eigenen Vertretern in Warschau wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass das Ministerium Folgendes beabsichtigte: Jeder der Vertreter soll eine oder mehrere polnische Zeitungen im Besonderen beobachten und gründlich darauf durchlesen, ob sie ungerechtfertigte Behauptungen bringen. Die Zeitungen der betreffenden Korrespondenten sollen dann nach Rücksprache jeweils, wenn es nützlich und notwendig erscheint, diese Behauptungen zurückweisen. Heute wurden zunächst nur die Zeitungen selbst registriert. Näheres soll in den nächsten Tagen noch mitgeteilt werden.»

Es blieb jedoch bei der wiederholten Weisung: Zurückhaltung! Die Zeitschrift *Die Hitler-Jugend* (Organ der Reichsjugendführung) wurde am 18. März 1937 in der Pressekonferenz kritisiert, sie

«habe in einem Artikel über Oberschlesien gesagt, am 15. Juli werde das Volk in Oberschlesien genauso seine Pflicht tun wie die Saarländer. Eine Tageszeitung habe diese Unglaublichkeit auch noch übernommen. Diese Meldung habe ein so groteskes Mass von politischer Unbildung enthüllt, dass die Verantwortlichen nicht mehr erzogen werden könnten, sondern nur aus der Schriftleiterliste gestrichen.»

Am 15. Juli 1937 liefen die Übergangsbestimmungen des Genfer Abkommens über Oberschlesien vom Mai 1922 ab, die den Minderheiten besondere Schutzrechte gewährten. Der Vorgang war also im März noch keineswegs aktuell; der Artikel widersprach zudem der Absicht der Reichsregierung, die Gauleiter Wagner dann in einer Rede am 18. März 1937 darlegte. Dabei liess er erkennen, dass Hitler diesen in der Sache bedeutenden Anlass nicht zu einer Auseinandersetzung oder gar Aktion benutzen wollte. Dies war einer der nicht ganz seltenen Fälle, in denen unterschiedliche politische Auffassungen in die Öffentlichkeit getragen wurden. Am 7. Juni kam der Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz auf die Sache zurück und gab die Weisung, «die Frage auf sich beruhen zu lassen». Es kam schliesslich eine

Regelung des Grenzverkehrs heraus, «nichts Rechtes», wie die Reichsregierung am 14. Mai zurückhaltend sagen liess. Das «Minderheitenproblem (sei) noch gar nicht spruchreif», liess sie am 4. Juni wissen. Auch als Meldungen aus Polen Vorlagen, die von Massnahmen gegen deutsche Minderheiten sprachen («Ausrottung deutschen Volkstums»), sagte der Sprecher:

«Die deutsche Politik wolle keine polenfresserischen Veröffentlichungen. Man könne und solle registrieren, man solle auch sagen, dass uns diese Haltung nicht gefalle, jede Scharfmacherei müsse jedoch vermieden werden.»

«Eine Zeitschrift, nicht das *Schwarze Korps*, habe in ganz unglaublicher Weise gegen die religiösen Gefühle der Polen verstossen», hiess es in einer Weisung am 6. September 1937 in der Pressekonferenz, und zwar «indem sie gegen die Schwarze Mutter Gottes von Czenstochau einen unverantwortlichen Artikel geschrieben habe. Deutschland habe sich bei den Polen entschuldigt und mitgeteilt, dass gegen den Verantwortlichen ein Verfahren eingeleitet worden sei. Solche Vorkommnisse seien natürlich sehr unangenehm. Mit dem Artikel wären übrigens nicht nur die religiösen, sondern die nationalen Gefühle der Polen aufs Schwerste beleidigt worden.» Es handelte sich um die Zeitschrift *Der Arbeitsmann*.

Weniger gewichtig nahm es die Reichsregierung, dass der in Danzig «amtierende» Gauleiter der NSDAP, Forster, in einer Rede angekündigt hatte, dass «nächstens das Hakenkreuz Danzigs Fahne werde». Dies teilte der Sprecher der Reichsregierung am 2. November 1937 in der Pressekonferenz mit und fügte hinzu:

«In der deutschen Presse soll diese Sache aber nicht gross aufgemacht werden, weil man es dadurch Polen erschweren würde, sich hierüber nicht aufzuregen. An sich sei es eine reine Angelegenheit Danzigs, im Gegensatz etwa zu einer Währungsänderung, von der in ausländischen Zeitungen auch schon gesprochen worden sei. Die Währung sei international vertraglich festgelegt.»

Die Redaktion der FZ fügte der Mitteilung an die Hauptredaktion hinzu, es handele sich bei den Nachrichten über die

Währung darum, dass man im Ausland glaube, Danzig wolle die eigene Währung durch die Reichsmark ersetzen.

Als französische Zeitungen polnische Regierungsentscheidungen polemisch behandelten, wünschte die Reichsregierung sogar, dass die deutschen Zeitungen sich auf die Seite Polens stellen sollten und dabei sagen könnten, «es sei bekannt, in welchem Masse gewisse französische Journalisten von den Sowjets bezahlt würden» (13. November 1937).

Noch vor Jahresschluss 1937 wurden die Besprechungen über die Behandlung der Minderheiten dann doch beendet. Der Sprecher der Reichsregierung gab folgende grundsätzliche Anweisung an die deutschen Zeitungen:

«Es wird gebeten, bei der Behandlung polnischer Fragen auf Grund der Minderheiten-Erklärung in Zukunft Folgendes zu beachten;

1. Über Vorkommnisse in Polen, die Unfreundlichkeiten gegenüber Deutschland enthalten, sind im Allgemeinen nur Tatsachen zu berichten und zu bringen und gegebenenfalls mit vorsichtig gehaltenen Überschriften zu versehen.

2. In schweren Fällen können Kommentare geschrieben werden, in denen an die Einsicht der polnischen Regierung appelliert oder sonst in nichtverletzender Form die Erwartung auf Abhilfe zum Ausdruck gebracht wird.

3. Vom deutschen Standpunkt aus positiv zu beurteilende Momente, wie Einschreiten gegen den Kommunismus, Massnahmen gegen die Juden, sind möglichst zu unterstreichen.

4. Besonders vertraulich! Die jetzige polnische Regierung ist möglichst zu stützen. Daher dürfen zum Beispiel Nachrichten über Bauernunruhen nicht übertrieben werden. Die Person und Politik von Beck ist bei sich bietender Gelegenheit günstig zu behandeln. Hinzugefügt werde noch, dass diese Würdigung von Beck natürlich auch wieder nicht zu dick aufgetragen werden dürfe.»

Polen rückte mehr und mehr aus dem Blickpunkt, es blieb jedoch im Blickfeld. Erst im Juli 1938 erinnerte wieder eine Weisung in der Pressekonferenz daran, «dass alle Veröffentlichungen mit einer Tendenz gegen Polen vorläufig ausgesetzt werden sollen». Es bedurfte kaum eines schmunzelnden Geraunes, um jeden Hörer auf die zwei Wörter hinzuweisen: «vorläufig» und «ausgesetzt». Wann würde diese Art von Veröffentlichungen also «eingesetzt» werden? Als der *Berli-*

ner *Lokal-Anzeiger* in einer Glosse über Kopernikus gegen Polen polemisierte, hiess es, «die Veröffentlichung sei durch eine Kette von unglücklichen Zufällen entstanden; das Thema soll nicht aufgegriffen werden» (21. Juli 1938). Es hätten eben «Angriffe gegen Polen zu unterbleiben», so wurde am 30. Juli «nochmals erinnert»:

«Auch wenn Dinge geschähen, die unangenehm seien und die unter anderen Umständen aufgegriffen werden würden, müsse Verzicht geleistet werden.»

Es war die Zeit der beginnenden Aktion gegen die Tschechoslowakei. Am 6. September fügte Hans Fritzsche klärend hinzu:

«Wenn bestimmte Elemente am Werke seien, um bestimmte Ziele zu stören, so könnten wir das nicht aufgreifen, so leid es uns wohl tue.»

Die Aktion Sudetenland ging dem Höhepunkt zu. Selbst eine gemeinsame sowjetisch-polnische Erklärung, die bestehende Verträge betonte und aktualisierte, führte zu der Weisung:

«In den Kommentaren dürfe nicht zum Ausdruck kommen, dass wir diesen Pakt bedauern. Er müsse also freundlich behandelt werden, aber als Belanglosigkeit erscheinen.»

Die in Ostdeutschland erscheinenden Zeitungen hatten für kritische und polemische Arbeit inzwischen freiere Hand bekommen, wie eine Information der FZ am 1. Dezember 1938 feststellte. Der Gleiwitzer Korrespondent der FZ hatte eine Nachricht gegeben, die in den grenznahen Zeitungen erschienen war, von den Blättern im Landesinneren aber nicht gebracht werden durfte:

«Eine Rücksprache mit dem AA hat ergeben, dass wir diese Dinge noch nicht aufgreifen können, doch sei es empfehlenswert, sie aufzubewahren für den Fall, dass das Thema Deutsche in Polen demnächst anders als bisher angeschnitten werden könnte.»

Noch war es möglich, von «Übereinstimmung» zu sprechen, so, als der polnische Aussenminister Josef Beck zu einem «Meinungsaustausch» bei Hitler war, über den aber nicht

berichtet werden sollte (6. Januar 1939). Ribbentrop nahm die Einladung zu einem Gegenbesuch in Warschau an (12. Januar), als dieser dann aber bevorstand, musste sich die Presse, mehrfach dazu aufgefordert, Zurückhaltung auferlegen.

«Über deutschfeindliche Kundgebungen vor der deutschen Botschaft in Warschau ist vorläufig nicht zu berichten», ordnete ein Rundruf am 8. Februar 1939 an.

Den eigentlichen Kern der deutsch-polnischen Spannungen bildete nach wiederholten Äusserungen der Reichsregierung die Minderheitenfrage. Am 16. Februar 1939 begannen bilaterale Besprechungen, die zu Verhandlungen führten.

Nur von Fall zu Fall, so wurde die Presse angewiesen, könne im Verlaufe der Verhandlungen gesagt werden, ob und wieweit man auf Hintergründe eingehen könne. Bisher habe sich Polen stets geweigert, einen Minderheitenschutzvertrag zu diskutieren oder gar abzuschliessen; es sei nur eine Minderheitenschutzzerklärung (vom 5. November 1937) zustande gekommen.

«Erst den energischen Vorstellungen Ribbentrops in München und Warschau ist es gelungen», so sagte der Sprecher des AA, «die Besprechungen in Gang zu bringen.» Ebenso stellte das Innenministerium es dar.

Ungeachtet dieser Entwicklung wurden die beabsichtigten Reisen – auch Heinrich Himmler, der höchste SS-Führer, folgte einer Einladung zur Jagd, wie vor ihm bereits Hermann Göring – verwirklicht, und Himmler sollte in Polen «mit dem Leiter der polnischen Sicherheitspolizei Zusammentreffen», so die Information in der Glossenkonferenz am 17. Februar. In dieser Zeit seien «die gegenwärtigen Danzig-polnischen Gegensätzlichkeiten in der reichsdeutschen Presse nicht zu behandeln» (24. Februar 1939).

An mehreren Tagen ereigneten sich Ende Februar in Warschau «deutschfeindliche Zwischenfälle» – nichts durfte berichtet werden, «da auch die polnische Regierung nichts bekanntgegeben hat» (17. Februar).

In der Glossenkonferenz wurde am 1. März eine Information gegeben, die geeignet schien, den Grund für die ungewöhnliche Zurückhaltung aufzuklären:

«An einem Café in Danzig-Langfuhr hing an einem Abend von 24 Uhr bis etwa 24.45 Uhr ein handgeschriebenes Schild, Polen und Hunde unerwünscht! Die Nachforschungen haben ergeben,

dass es nur von einem Provokateur aufgehängt worden sein konnte. Die Schrift liess auf einen polnischen Urheber schliessen. Erst nach diesem Vorfall haben die eigentlichen Demonstrationen in den polnischen Städten begonnen. Vorher hatte es sich um lokale Auseinandersetzungen in Danzig gehandelt.»

Der Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* in Warschau, von Dewitz, ergänzte am nächsten Tag diese Information durch die Mitteilung, dass es sich bei den Aktivisten in Warschau, in Krakau und anderen Städten um Angehörige der politischen Rechten in Polen handele, die auch den Aussenminister Beck angriffen, der sich deutscher Zustimmung erfreute.

Wie immer aber auch die Zusammenhänge waren und die Hintergründe sich darstellen mochten – die deutsche Öffentlichkeit sollte nicht informiert werden – noch nicht: Die Minderheiten-Besprechungen waren noch im Gange. Es bedurfte erst einer Frage in der Pressekonferenz (am 8. März 1939), um die ungewöhnlich starre Zurückhaltung aufzuklären. Die Antwort lautete:

«Die deutsch-polnischen Minderheiten-Verhandlungen haben sachlich kein Ergebnis gebracht... Im Augenblick handelt es sich sozusagen um die Form des Begräbnisses . . . Von dieser Seite her gesehen und im Hinblick auf die gesamte politische Lage im Osten ist es recht unzweckmässig, dem Abschluss irgendwie vorzugreifen. Es wird darum um die strengste Zurückhaltung gebeten, die in wichtigen Fragen geübt werden muss.»

Der polnische Aussenminister erklärte in einer Rede, seine Regierung sei zu weiteren Verhandlungen bereit (9. März), aber die Reichsregierung liess die Presse wissen, «es sei falsch, aus ihr (der Rede) den Willen Polens auf eine Fortführung der in Berlin kürzlich geführten Besprechungen abzuleiten».

Stattdessen erneuerte die Reichsregierung am 21. März 1939 ein am 24. Oktober 1938 Polen gemachtes Angebot (Rückgabe Danzigs an Deutschland, exterritoriale Auto- und Eisenbahn durch den Korridor gegen langfristige Garantie der polnischen Grenzen). Polen lehnte ab. Ein Abkommen, das England angeboten hatte, notfalls militärische Hilfe an Polen zu gewähren, war die Folge der sich so zuspitzenden Situation, in der sich auch Polen gegenüber England verpflichtete. Am

27. März 1939* gab darauf die Reichsregierung der deutschen Presse die Weisung:

«Das bedeutet, dass, wenn Deutschland auf Grund eines Konfliktes mit einer dritten Macht mit England in Streit kommt, Polen zur Hilfe für England verpflichtet ist, auch wenn es direkt mit Deutschland keine Streitpunkte hat. . . Also hat Polen selbst seine alte Verpflichtung gegen Deutschland aufgehoben. Es hat den Willen kundgetan, die Gewalt zwischen Deutschland und Polen nicht auszuschliessen.»

Diese deutsche Interpretation war der Punkt 4 in einer langen Antwort, welche die Reichsregierung auf eine Rede des polnischen Aussenministers Beck der Presse mitteilte.

Dennoch sollten die Zeitungen weiter in der Berichterstattung über Zwischenfälle in Polen Zurückhaltung üben, jetzt auch wieder die grenznahen Zeitungen; «eisernste Zurückhaltung», lautete die übereifrige Wortprägung (29. März).

Englische Blätter meldeten deutsche Truppenzusammenziehungen an der polnischen Grenze. Hans Fritzsche bezeichnete sie als «neueste englische Lüge» (31. März). Er fügte hinzu:

«Die britische Regierung habe sich daraufhin beschleunigt mit einer Garantie für Polen befasst, obwohl sich die Berichte über Truppenzusammenziehungen nicht als richtig herausgestellt hätten.»

Die Presse solle keine langen Artikel dazu schreiben, «es genügen zwanzig bis dreissig Zeilen, in denen deutlich gesagt wird, was los ist». Fritzsche kündigte eine Rede des Führers an, die zur englischen Garantie für Polen Stellung nehmen werde. Am gleichen Tage gab der englische Ministerpräsident Chamberlain im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er Polen Hilfe versprach.

Die Reichsregierung liess die Presse sagen:

«Die Erklärung war eigentlich überflüssig, denn über die Verpflichtungen gegenüber Polen waren wir uns völlig im Klaren; wir kennen die noch bestehenden Pakte» (31. März 1939).

* Das Datum dieses Blattes kann in den Akten unkorrekt sein.

In der Glossenkonferenz des folgenden Tages wurde die Presse darauf hingewiesen, dass die *Times* über «deutsche Urwaldmethoden» geschrieben hätte und dass eine Erklärung des Weissen Hauses in Washington besage, «nach der Chamberlain-Erklärung sei die Schuldfrage Deutschlands für den Kriegsfall klargelegt». Gegen beide Äusserungen möge polemisiert werden.

Der fast totale Umschwung war eingetreten: Von der ständigen Zurückhaltung bis zum Gebrauch des Wortes *Krieg*, das so gefürchtet wurde, weil das Regime wusste, wie das deutsche Volk darüber dachte. Das Propagandaministerium legte Wert darauf, dass die Redaktionen der Zeitungen zur Chamberlain-Erklärung nicht noch Verschärfungen hinzufügten. Der englische Premierminister, so liess das Ministerium wissen (3. April 1939), «muss wohl noch einmal gründlich die Führerrede lesen, in der von Gewalt keine Rede ist. Deutschland hat an die Stelle der Gewalt eine Politik der Vernunft gesetzt. Bedauerlich ist es, dass die realen deutschen Argumente von Chamberlain nicht erkannt werden. Für theoretische Betrachtungen hat Deutschland keinen Sinn mehr, es vertraut dann lieber auf seine eigene Kraft.»

Drei Tage später, am 6. April, gab der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Dr. Paul Schmidt, in der Pressekonferenz folgende Zusammenfassung der deutschen Beurteilung:

«Bekanntlich ist Deutschland seit geraumer Zeit bestrebt, das deutsch-polnische Verhältnis durch eine bilaterale Lösung gewisser Fragen auf eine dauerhafte Basis zu stellen und auf der Grundlage des Freundschaftsabkommens von 1934 zu konkretisieren. Nicht nur in Polen, sondern auch in England weiss man genau, dass Deutschland nie die Absicht gehabt hat, Polen, die Souveränität oder Integrität seines Staatsgebietes, anzugreifen. Auf die Versuche Deutschlands, das Verhältnis auf eine solche endgültige und dauerhafte Basis zu stellen, hat Polen seltsam reagiert. Anstatt auf dem von Pilsudski eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten und mit besten Kräften eine auch von Deutschland angestrebte definitive Lösung zu finden und damit ein für allemal alle Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern zu beseitigen, erfolgte der erstaunliche, unvernünftige Akt der Mobilisierung polnischer Streitkräfte gegen Deutschland. Damit nicht genug, schwenkte man blindlings in die aggressive englische Kriegspolitik gegen Deutschland ein und machte sich damit zum

Werkzeug von Kräften, die einen deutsch-polnischen Ausgleich nicht nur nicht wünschen, sondern mit allen Mitteln zu hintertreiben versuchen.

Neuerdings scheint es nun, dass Polen im Begriff ist, auf dieses englische Spiel vollkommen hereinzufallen. Es wäre damit nicht das erste Objekt einer solchen, lediglich britischen Interessen dienenden Einflüsterung von einer angeblich drohenden deutschen Gefahr. Jedenfalls ist durch diesen neuen, hektisch anmutenden britischen Versuch, nunmehr auch Polen gegen Deutschland aufzuwiegeln und ihm ein ausschliesslich gegen Deutschland gerichtetes aggressives englisches Militärbündnis aufzudrängen, auch in Zusammenhang mit der unerhörten Verhetzung der gesamten öffentlichen Meinung Englands, der klare Beweis einer bewussten kriegstreiberischen Politik der englischen Regierung gegen das Deutsche Reich erbracht.

England ist schon oft in seiner Geschichte ein gefährlicher Ratgeber gewesen und hat mit Vorliebe kleinere Nationen für seine imperialistischen Ziele eingespannt. Hat Beck vielleicht ähnlich empfunden, wenn er zumindest zögert, mit einem unterschriebenen Abkommen nach Warschau zurückzukehren? Waren vielleicht noch die Schatten von Schuschnigg und Benes um ihn? Wie dem auch sei: Mit dem Abschluss eines Bündnisses gegen Deutschland würde Polen ohne Weiteres an der von der englischen Regierung verfolgten aggressiven Kriegspolitik mitschuldig.

Deutschland aber bleibt trotz aller dieser hysterischen Mache, trotz juristischer Spitzfindigkeiten, mit souveräner Ruhe auf der Position seiner unerschütterlichen Macht, treibt eine Politik der Vernunft und stellt sich mit eiserner Entschlossenheit gegen solche den Frieden bedrohenden Machenschaften.»

Diese von dem Vertreter der FZ mitstenographierten Ausführungen des Gesandten Dr. Paul Schmidt waren «natürlich nicht wörtlich zu verwenden. Die ‚Schatten von Schuschnigg und Benes‘ sollen höchstens von der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* wörtlich gebracht werden. Die Scherl-Blätter können ausserdem den Ausdruck verwenden, dass England der Totengräber kleiner Nationen geworden sei.

Besonders vertraulich: Die Tür gegenüber Polen darf nicht zugeschlagen werden! Man soll sie höchstens so ein wenig zumachen, dass noch ein Spalt für eventuelle weitere Verhandlungen offenbleibt» (6. April 1939).

Meldungen über Flüchtlinge lagen vor. Die Deutschen verliesen Polen, weil sie die heraufziehende Gefahr erkann-

ten. Die deutsche Öffentlichkeit durfte das nicht erfahren; die Nachrichten wurden für die Presse gesperrt (11. April 1939). Erst zwei Tage später wurde erlaubt, Meldungen zu bringen, in denen der «Übertritt deutscher Flüchtlinge aus Polen nach Danzig als Tatsachenmeldung mit einer gewissen Betonung, aber im Innern des Blattes und ohne Kommentar und grosse Aufmachung» mitgeteilt wurde. Das Ausland hatte sie inzwischen im Rundfunk gebracht.

Auf englische Nachrichten, dass ein deutsch-polnischer Ausgleich noch möglich sei oder bevorstehe, sollte «selbstverständlich in der deutschen Presse nicht eingegangen werden» (12. April). Da eine Sitzung des Reichstages bevorstand, war die übliche Parole «Zurückhaltung» besonders häufig und nachdrücklich. Roosevelt hatte eine eindringliche Rede gehalten, jedoch erschien eine Überschrift einer (nicht genannten) westdeutschen Zeitung als «besonders missglückt», die lautete: «Roosevelts Botschaft als Diskussionsstoff.» Man möge dem Führer in seiner Rede nicht vorgreifen und besser andere Ereignisse behandeln, «zum Beispiel die militärischen Massnahmen verschiedener Nachbarländer, die ein ziemliches Ausmass annehmen, während wir in Ruhe und Sicherheit dastehen», dies möge man «mit einem kleinen Kommentar begleiten».

Die Führer-Rede wurde am 28. April gehalten. Sie zog aus der Entwicklung die für Hitlers politische Entscheidungen üblichen Folgerungen: Er erklärte das deutsch-englische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag, zwei Verträge, die er selbst zu Beginn seiner Regierungszeit gewünscht und abgeschlossen hatte, für nicht mehr bestehend. In der Pressekonferenz sagte Dr. Paul Schmidt vom Auswärtigen Amt am 29. April 1939 dazu:

«Was die beiden deutschen Memoranden angeht, so ist nicht von einer Kündigung der Verträge zu sprechen, es handelt sich vielmehr darum, dass wir diese Verträge als hinfällig ansehen. Die Grundlagen für die Verträge bestehen in keiner Weise mehr.»

So einfach war das. Fritzsche ordnete an, dass es «Polen gegenüber zunächst bei den alten Richtlinien bleibt. Wir wollen die grosse Polemik nicht von uns aus führen, können natürlich aber die Dinge, die der Führer selbst gesagt hat, in

jeder Weise besprechen. Die eine oder andere Zeitung kann auch gelegentlich in unsensationeller Weise die Lücke in der Berichterstattung ausfüllen, die in der letzten Zeit entstanden war. Sie kann also bei Gelegenheit in irgendeiner Form von den Unruhen sprechen, die es drüben gegeben hat. Darüber hinaus aber nichts!»

Drei Tage später, am 2. Mai, lautete die Weisung, dass «man den Polen klarmachen (könne), dass sie in eine ungewisse Zukunft steuern, wenn sie so wenig die Gegebenheiten des Raumes kennen, in dem sie wohnen». Mehr möge man nicht tun. Wieder wurde eine Rede des polnischen Aussenministers Beck gesperrt (5. Mai), und es hiess, man wolle «aus Beck nicht mehr machen, als er ist», dem gleichen Beck, dem zuvor die deutsche Presse besondere Schonung gewähren musste. Ein polnisches Memorandum wurde ausdrücklich «nicht veröffentlicht» (6. Mai). Dr. Schmidt ging nochmals auf den nicht mehr bestehenden deutsch-polnischen Vertrag ein und sagte (5. Mai) nach der Notiz der FZ:

«Es ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass bei Erörterung der deutsch-polnischen Frage die Frage Danzig keinerlei Bedeutung hat. Das deutsch-polnische Abkommen ist nicht ausser Kraft getreten wegen Danzig, sondern einzig und allein wegen der polnisch-englischen Erklärung, die im Widerspruch steht zum deutsch-polnischen Vertrag und diesem die Grundlage entzogen hat.»

Offenbar hatte die Forschheit des Auswärtigen Amtes einige Redaktionen angeregt, Zwischenfälle in Polen grösser und häufiger zu melden, als dies dem Propagandaministerium erwünscht schien. In der Pressekonferenz am 8. Mai sagte der Sprecher der Reichsregierung, «es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als stünden wir schon kurz vor entscheidenden Ereignissen. Darum Anweisung: Meldungen über Zwischenfälle in Polen bis auf Weiteres nur aus DNB oder Reischach-Dienst*. Veröffentlichungen nur zweite Seite, ohne sensationelle Aufmachung. In Sonderfällen kommt Sonderanweisung. Zeitungen des Ostens haben grössere Freiheit, auch für eigene

* *Auslandsdienst*, Zeitungsdienst Hans Graf Reischach, GmbH, Berlin, der NSDAP nahestehend.

Berichterstattung. Aber auch sie sollten nur wirklich wesentliche Vorfälle melden und mit Schlagzeilen versehen.»

Als am 12. Mai die Nachricht vorlag, dass ein deutscher Fischer von polnischen Grenzbeamten erschossen worden sei, durfte sie zwar gebracht, jedoch nicht aufgemacht oder gar kommentiert werden. Das polnische Problem sollte «jetzt nicht benutzt werden, um die Zeitungen aufzumachen. Auch die östlichen Blätter müssten sich an diese Anweisung halten . . . Insgesamt sei Zurückhaltung am Platze.» Im Übrigen, so wurde in der Pressekonferenz mitgeteilt, werde Dr. Goebels einen Artikel veröffentlichen:

«Er behandelt das polnische Problem und wird bisher nicht veröffentlichte Pressestimmen und Meldungen über Überfälle von Polen auf Deutsche, Misshandlungen und so weiter mitteilen. Dieser Artikel soll nicht von allen Zeitungen übernommen werden, sondern nur von denen, die besonders namhaft gemacht werden.»

Bei Elbing sei ein deutscher Kraftfahrer von polnischen Grenzbeamten beschossen worden, was Anlass gab, «die besonderen Gefahren des Transitverkehrs» hervorheben zu lassen (so das Auswärtige Amt am 23. Mai). Ein anderer Vorfall, der im Ausland beachtet wurde, ereignete sich in Danzig und ein dritter, die Ermordung eines deutschen Polizeibeamten, in Kladow (11. Juni). Alle Weisungen blieben gedämpft. Es war die Zeit, in der mit Italien der *Stahlpakt* geschlossen (22. Mai 1939) und Nichtangriffspakte mit Estland, Lettland und Dänemark ausgehandelt wurden (31. Mai bis 7. Juni). Erst als diese politischen Schritte zu Erfolgen geführt hatten, wurde die Presse ermahnt, in der Danziger Frage «im Augenblick etwas Zurückhaltung» zu üben und das «Danziger Problem in den Hintergrund treten» zu lassen, dennoch aber Meldungen über Zwischenfälle in Polen zu bringen: «Es ist so, dass die Sache leicht am Kochen gehalten werden muss» (23. Juni 1939). Polnische Meldungen jedoch, «die die Bereitschaft zum Verhandeln erkennen lassen, nicht bringen» – so lautete eine Weisung am 13. Juli. Auch Meldungen gleichen Inhalts aus anderen Ländern «möge man keinerlei Aufmerksamkeit schenken» (18. Juli). Als der *Völkische Beobachter* in Berlin am 3. August ein nach

Fritzsches Meinung «ausgezeichnetes Material über die polnischen Ansprüche gegenüber Deutschland veröffentlicht» hatte, hiess es: «Wenn es aber jetzt in diesen Tagen verwendet werde, dann möge es nicht auf die erste Seite genommen werden.»

Die Änderung trat am 10. August 1939 ein:

«Verbürgte Greuel-Meldungen, wie sie über DNB kommen, sollen von heute an gross auf der ersten Seite erscheinen. Vor unverbürgten Greueln kleiner Blätter soll man sich hüten. Besonders geeignet die heute von DNB ausgegebenen Schüsse auf fünfzehn- bis sechzehnjährige Kinder. Wenn Vorfälle sich häufen, Kommentare nicht zu jedem einzelnen Fall, sondern zusammengefasst.»

Diese Weisung in der Pressekonferenz fand in der Sache eine Ergänzung durch eine Information eines Redakteurs der FZ aus Danzig:

«Staatssekretär Weizsäcker habe heute den polnischen Botschafter Lipski kommen lassen und ihm erklärt, dass Deutschland in Zukunft ultimative Forderungen an Danzig, wie sie am letzten Samstag gestellt worden seien, nicht mehr dulden werde. Die Erklärung sei in scharfem Ton gehalten gewesen und sei mündlich nach einem Manuskript abgegeben worden, das von massgebender Seite verfasst worden sei.»

Die Information wurde am 10. August gegeben. Die «verbürgten Greuel-Meldungen» liessen nicht auf sich warten. Aber die Weisung dazu lautete am folgenden Tage:

«Zu beachten sei dabei, dass Sprache und Aufmachung noch nicht hundertprozentig sein sollen; es müsse noch eine weitere Steigerung möglich sein.»

Zugleich wurde «eine neue Grössenwahn-Meldung» aus Posen angekündigt (eine Rede des dortigen kommissarischen Stadtpräsidenten). In den Kommentaren, so fuhr die Weisung fort, «könne weiter die Tendenz auftauchen, dass hinter diesen Äusserungen England stehe». Eine Überschrift einer DNB-Meldung lautete am 11. August: «Deutsche Reisende vogel-frei»; sie sollte, so ein Rundruf, «an die bereits gegebene

Meldung ‚Polens Machtspruch hat seine Grenze‘ angehängt und im Sinne des DNB-Kommentars kommentiert werden».

Obwohl mit diesen Nachrichten das aus den früheren Aktionen nun bereits bekannte «Anheizen» begonnen hatte, wurde am 15. August folgende Sprachregelung gegeben:

«In der Danzig-Frage bleibt die bisher geltende Sprachregelung auch für die Zukunft bestehen: Anhand von Nachrichten rein sachlich berichten und mit zwingender Logik das Verhalten Polens herausstellen. Dabei nicht ausfällig werden. Nachrichten aus Polen sollten in dem Sinne verwertet werden, dass der Leser den Eindruck gewinnt, es sei ihnen alles recht, was geeignet sei, von Danzig abzulenken und die Danziger Frage unter anderen Gesichtspunkten zu sehen.»

Diese Weisung des Auswärtigen Amtes ergänzte der Sprecher des Propagandaministers:

«Unsere Pressepolitik erfordere zurzeit einen Verzicht nach dem anderen. Es gebe Meldungen und Stimmen aus dem Ausland, die man gern wiedergeben möchte, weil sie sich widersprüchen. Trotzdem müsse man zunächst auf solche Meldungen verzichten.»

Die ausländische Berichterstattung spreche von Verhandlungen; «in der französischen Presse breche sich die Erkenntnis Bahn, dass es sich nicht lohne, um Danzig zu kämpfen», so sagte der Sprecher des Propagandaministeriums weiter, und «es ergebe sich aus der polnischen Presse, dass dort eine gewisse Abkühlung entstehe». Dann zog er die Folgerung und gab die Weisung:

«Dies alles jedoch könne im Moment nicht verzeichnet werden. Der Erfolg der deutschen Zurückhaltung in den letzten Tagen sei offenkundig. Dabei müsse es zunächst bleiben.»

Ganz nebenher und zwischen einem Hinweis auf Veröffentlichungen in der HJ-Zeitschrift *Wille und Macht* und einer Weisung, die die Berichterstattung über Talsperren betraf, wurde dann am folgenden Tage auch diese Weisung an die Presse gegeben:

«In der ostpreussischen Presse werden Nachrichten über Manöver in Ostpreussen erscheinen. Es wurde daran erinnert, dass solch lokale Nachrichten nicht übernommen werden dürften.»

Da ja wohl angenommen werden musste, dass die Polen auch Zeitungen aus Ostpreussen lasen, war die Sperre dieser Nachrichten ausschliesslich für die deutsche Öffentlichkeit gemeint. Jedoch wurde «gebeten, dass die zahlreichen Gerüchte über angebliche Stellungsbefehle nach Graudenz, Bromberg und so weiter einmal humorvoll glossiert würden. Tatsächlich gebe es keinen einzigen solchen Stellungsbefehl.»

Diese Weisungen folgten einer allgemeinen und grundsätzlichen politischen Sprachregelung, die Hans Fritzsche vor der Presse darlegte. An diesem Tage (16. August 1939) fand vor der üblichen Mittags-Presskonferenz eine Sonder-Presskonferenz statt. Der Bericht der FZ über die Ausführungen in beiden Zusammenkünften hielt fest:

«Die Auslandspresse beschäftigt sich in grossem Umfange mit der Frage einer allgemeinen Konferenz. Es sei an der Zeit, so sagte Herr Fritzsche, der dabei betonte, dass er nicht einen offiziellen Auftrag erfülle, diesem Gerede einmal entgegenzutreten, wenigstens insoweit, als der Eindruck erweckt werde, es handele sich um eine deutsche Anregung oder einen deutschen Wunsch.

Von deutscher Seite sei bisher kein Wunsch in dieser Richtung laut geworden. Eine Konferenz sei auch unnötig. Danzig sei eine deutsche Stadt, darüber sei nicht mehr zu reden. Dies möge man noch einmal ausführlich begründen. Man möge zugleich bei Entgegnungen feststellen, dass jedoch nicht nur Danzig, sondern auch das Korridor-Problem einer Lösung bedürfe. Ein Korridor sei in jedem Falle eine die Ehre einer Nation berührende Angelegenheit, die für Deutschland besonders untragbar sei, weil die Deutschen in Polen und der deutsche Durchgangsverkehr durch den Korridor den besonderen Drangsalierungen der Polen ausgesetzt seien. Hierfür seien keine politischen Begründungen notwendig, das Problem müsse nur anklingen. Man solle auch nicht vom Angebot des Führers ausgehen, das wohl erwähnt werden könne, sondern die beiden Fragen (Danzig und Korridor) als alte deutsche Forderung, als seit langem zur Lösung anstehendes Problem behandeln. In diesen Fragen gebe es keine Kompromisslösung. Die deutsche Forderung sei mit jeder Lösung unvereinbar, die auf einer sagenhaften Konferenz etwa ausgehandelt werden soll. Die deutsche Stellungnahme, die in diesen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommen soll, darf jedoch nicht den Charakter einer Erklärung haben, die etwa auf offizielle oder offiziöse Anregungen schliessen lasse.»

Die Ablehnung des Vorschlages für eine Konferenz, die den Versuch machen sollte, die Danzig-Frage zu lösen und einen Ausgleich für das gespannte deutsch-polnische Verhältnis zu finden, wurde im Ausland mit heftiger Kritik der deutschen Politik beantwortet. Jenseits der deutschen Grenzen wurde längst die Sprache der deutschen Presse als die der Reichsregierung gewertet. Die Presse in Deutschland wurde gelenkt und hatte keine eigene Meinung. Die Behauptung von Hans Fritzsche, er erfülle keinen offiziellen Auftrag, wurde auch auf den Bänken der Journalisten in der Pressekonferenz nicht geglaubt, von keiner Seite – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Wie die Meinung der Menschen jenseits der deutschen Grenzen war, das wurde vom Propagandaministerium selbst an einer Veröffentlichung einer französischen politischen Wochenschrift gemessen, über die DNB am 18. August berichtete:

«Der Krieg stehe vor der Tür, und dieser Krieg könne nur verhindert werden, wenn man ebenso ungeheure Vorbereitungen treffe wie Deutschland. Er könne nur gewonnen werden durch die Offensive und den Terror. Es sei notwendig, dass der Schaden, den die französische und die englische Luftwaffe anrichte, sofort zu Beginn des Krieges so furchtbar sei, dass er nicht wieder gutgemacht werden könne.»

Diese Meldung, die nach DNB den Inhalt der französischen Stimme wiedergab, durfte «natürlich nicht im Wortlaut verwendet werden, sie solle nur zur Unterlage dienen». Die deutsche Presse sollte auf die Publikation scharf antworten.

Immer wieder einmal, so wurde in dieser Pressekonferenz am 18. August gesagt, «möge man den Gedanken der Kriegsschuld anschneiden und den Versuchen des Auslandes entgegenzutreten, uns die Schuld an den kommenden Dingen zuzuschieben». Dieser Satz von den «kommenden Dingen», wie er dann mit einer langen Lebensdauer im Kreise der kritischen Journalisten umlief, erhielt durch ein bemerkenswert aufmerksames Echo aus dem Ausland auf die deutschen Greuelmeldungen immer mehr Gewicht. In den Kommentaren «möge man auch erwähnen, dass es eine mutige Tat gewesen sei, wenn der Führer am 1. April in Wilhelmshaven den

diesjährigen Parteitag als den des Friedens bezeichnet habe. Die Unruhe komme durch die Nationen in die Welt, die über den eigenen Lebensraum hinausgriffen und in den der anderen hineindrängten. Deutschland und Italien wollen nicht die Welt erobern, sondern nur ihren Lebensraum sichern.»

Die Reichsregierung erwarte «in den nächsten Tagen und Stunden eine Fülle von Versuchsballons», die nach Deutschland hereinschweben würden. Die Presse dürfe davon nichts aufgreifen, sich «nicht von der Nervosität anstecken lassen. Es soll nicht mehr Stellung genommen werden zu den Gerüchten des Auslandes; sie müssten auch aus den Meldungen der Korrespondenten herausgestrichen werden. Die verantwortlichen Politiker in England und Frankreich würden sicher nicht die Hände in den Schoss legen. Die Entscheidung, ob ein in Jahrhunderten aufgebautes Weltreich für Danzig geopfert werden soll, werde sicher gut unterbaut werden. Das soll uns nicht stören» (18. August 1939).

Die Presse wurde angewiesen, sich «eine interessante Schilderung Berlins am Wochenende» nutzbar zu machen – es war in der zweiten Hälfte des Monats August 1939 -, die der Berliner Korrespondent einer ausländischen Zeitung gegeben habe:

«Berlin habe gestern gebadet und sich den Teufel um Politik gekümmert. Eine entsprechende Betrachtung der Lage möge man mit dem Satz abschliessen, dass das deutsche Volk voller Vertrauen nach dem Obersalzberg blicke und dass es wisse, dass der Führer alles richtig mache.»

Wie nahe letzte Entscheidungen zu rücken schienen – die Presse hatte aus den früheren Ereignissen gelernt – wurde aus einer von ihm so bezeichneten «grundsätzlichen Bemerkung» von Hans Fritzsche deutlich, die dieser am 20. August in der Pressekonferenz machte. Er leitete sie mit der Feststellung ein, dass «die Anweisungen der Konferenz mit grösster Sorgfalt beachtet werden müssten». Zwei Blätter (*Kölnische Zeitung* und *Berliner Börsen-Zeitung*) seien mit einem scharfen Tadel zu nennen, weil sie sich an Anweisungen nicht gehalten hätten. Aber er wolle «seine grundsätzliche Bemerkung nicht durch Anwendung auf den Einzelfall abschwächen. Es müsse von einem deutschen Journalisten erwartet werden, dass er

nicht aus Krakau melde, die deutsch-polnische Grenze sei nun auch von der deutschen Seite her endgültig gesperrt. Das sei ein so grober Unfug, dass er aufs Schärfste verurteilt werden müsse. Es sei auch der Pressepolitik des Reiches entgegen, wenn ein Bild von Churchill beim Besuch der Maginotlinie mit der Unterschrift veröffentlicht werde: Hier fährt der fette Churchill. Dies sei genau der Ton, der gegenüber England nicht angeschlagen werden dürfe. Eine grosse Berliner Zeitung habe in einem Kommentar gesagt, nun sei es mit Polen höchste Zeit, „jeder vergeudete Tag erhöht die Kriegsgefahr“ Eine solche Wendung schaffe nervöse Stimmung und sei höchst unklug. Auf Termine solle man sich nicht festlegen, auch wenn sie so unbestimmt ausgedrückt seien. Es gehe auch zu weit, wenn gesagt werde, deutsche Frauen und Mütter seien das Opfer polnischer Misshandlungen. Zwar könne diese Behauptung belegt werden, aber es sei noch nicht so weit, sie in die Welt hinauszuschreien, weil das Ausland sozusagen tabellarisch feststelle: Jetzt sei es fünf Minuten vor zwölf» (20. August 1939).

Diese dämpfende Äusserung Fritzsches verstand die Presse im Blick auf die politischen Vorgänge, vor allem auf die deutsch-russischen Verhandlungen, die im Gange waren und von denen die Presse in der Welt ausführlich zu berichten begonnen hatte. Chamberlain hatte eine stark beachtete Rede zur Lage gehalten; der deutsch-sowjetische Vertrag entstand und wurde schliesslich publiziert.

Über eine Sonder-Pressekonferenz am 25. August, die um Mitternacht stattfand und weit in den Morgen hinein die Journalisten zusammenhielt, berichtete die Berliner Redaktion der FZ an die Hauptredaktion, was sie als Aussage des Sprechers notiert hatte:

«Die Nervenprobe der letzten Woche dürfte noch einige Tage anhalten, eher grösser werden. Dringende Bitte, militärische Nachrichten unter allen Umständen vorzulegen und grösste Sorgfalt in der Beachtung der Anweisungen zu üben. Kommentare sollen künftig noch genauer abgesprochen werden. In Überschriften jede Zeitangabe vermeiden. „Eine Minute vor Zwölf“ oder auch „So geht es nicht weiten müssten vermieden werden. Eine eiserne Entschlossenheit Deutschlands müsste immer wieder deutlich werden.»

Es folgten technische Weisungen, die nicht weniger die politische Situation kennzeichneten:

«Der Nachtdienst der grösseren Zeitungen soll auch in den nächsten Tagen, wie besprochen, anlaufen. Jedoch werde von Fall zu Fall im Laufe der Nacht gesagt werden können, ob er nun und für wie lange beendet sein könnte.

Die Absage der Tannenbergsfeier kann auf der ersten Seite gut herauskommen. Die Begründung zeige, wie ernst die Dinge seien und wie schwer wir die polnischen Provokationen nehmen.

Die aussenpolitisch so wichtige Begründung für die Absage der Tannenbergsfeier deute auf die Möglichkeit einer Verschiebung des Parteitages hin.»

Diese letzte Weisung wurde als besonders «vertraulich» bezeichnet. Was Fritzsche «Nervenprobe» genannt hatte, war «die Flut von Friedensvorschlägen und Vermittlungsangeboten», über die, wie er am 25. August der Presse sagte, «nicht geschrieben werden durfte, wenigstens nicht in allen Einzelheiten»: «Aber in einigen Zeitungen müsse man sich doch mit diesem und jenem Argument auseinandersetzen.»

Solche Dinge hätten zwar keinen propagandistischen Wert, fügte der Sprecher der Reichsregierung hinzu, «wohl aber einen diplomatischen». In einer Sonder-Besprechung, die für 22 Uhr überraschend einberufen wurde, zog der Sprecher die Linie wieder schärfer:

«Es muss etwa die Mittellinie zwischen Extrablatt und normaler Ausgabe eingehalten werden. Es ist noch nicht eine Minute vor zwölf... Es muss ein Rest von Pulver trocken bleiben, der noch nicht gleich in die Luft gehen soll. Der Atem muss ein wenig ruhiger gehen und angehalten werden.»

Zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und Hitler war ein Briefwechsel im Gange. Die Westmächte versuchten immer noch, einen Krieg zu verhindern. Kommentare waren nicht erlaubt. «Zwei wichtige Sperrungen, auf die Wert gelegt wird, gebe ich Ihnen noch an», informierte der diensttuende Redakteur in Berlin die Hauptredaktion. Sie betrafen Hitlers Antwort.

In der Pressekonferenz am 26. August hatte Hans Fritzsche

der erregten Stimmung in der öffentlichen Meinung Deutschlands mit folgenden Bemerkungen Rechnung getragen:

«Gegenüber der Auffassung der Bevölkerung, dass es heute, morgen oder übermorgen, auf jeden Fall an einem bestimmten, deutlich erkennbaren Termin ‚losgehe‘, müsse die Presse immer wieder alles vermeiden, was eine Terminfestlegung bedeuten könnte. Der Führer darf nicht festgelegt werden und muss das Gesetz des Handelns behalten. Die Presse darf nicht den Eindruck erwecken, als sei sie tapferer als der Führer . . . Ob das Mass voll ist oder ob es so nicht weitergehe, werde an höherer Stelle entschieden. Auch das sind Terminfestlegungen. Die deutsche Stärke ist, Methode und Termin des Vorgehens unbekannt zu lassen.»

In der Nacht zum 26. August war eine Zensur für alle Meldungen eingerichtet worden. Die genaue Zensuranweisung wurde jedoch erst am 27. August ausgegeben.

In Ostpreussen und einigen anderen Gegenden, so wurde in einer Pressekonferenz am 26. August um 19 Uhr mitgeteilt, «ist die vollziehende Gewalt in die Hände der Wehrmacht übergegangen». In dieser Situation sei es angebracht, «wenn die Sonntagsblätter vor allem im Zeichen der Bemühung stehen, aus den Einzelheiten herauszukommen und eine Gesamtschau zu bieten, die freilich in harter, vielleicht sogar in intransigenter Sprache die Ereignisse der Woche zusammenfasst. Gegenüber dieser Übersicht tritt die Meldung in den Hintergrund.»

Dass in Frankreich die Mobilmachung befohlen worden sei, konnte nach der Anweisung eines Rundrufes (26. August) «beiläufig im Innern des Blattes verzeichnet werden, darf aber keinesfalls aufgemacht werden».

Am Abend des 26. August wurde noch die Herausgabe von Bezugsscheinen in Deutschland mitgeteilt. Diese Massnahme war lange vorher Gegenstand von Gerüchten gewesen, und in Gesprächen hatten Angehörige des Wirtschaftsministeriums keinen Zweifel darüber gelassen – so eine Notiz der FZ-Redaktion mit welcher grosser Befürchtung vor der Reaktion der öffentlichen Meinung in Deutschland diese Massnahme angekündigt werden würde. Es war nun soweit, dass dieses «Signal für den Ernstfall» gegeben wurde. Die Meldung wurde über DNB ausgegeben, durfte aber nicht ohne Kommentar veröf-

fentlicht werden. Für den Kommentar wurde die folgende Weisung erteilt:

«Jetzt müssen die Konsequenzen unserer Haltung gezogen werden, durch die wir uns alle bereit erklären, die Politik des Führers zu unterstützen. Es handelt sich nicht darum, einer etwa vorhandenen Knappheit zu entsprechen. Es gibt keine Knappheit. Wir haben ausreichend Lebensmittel. Es ist aber nötig, von vornherein und rechtzeitig eine gerechte und alle gleichmässig belastende Verteilung vorzunehmen.»

Eine Meldung des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes über eine Vereinfachung der Speisekarten durfte «vorläufig nicht veröffentlicht werden» (27. August 1939).

Es liess sich wirklich nicht mehr verheimlichen, was Hans Fritzsche am 27. August zur Eröffnung der Pressekonferenz um 19 Uhr sagte:

«Wir stehen an einem Punkt, an dem nach einer neuen Art der Aufmachung und nach neuem Inhalt gesucht werden muss. Tatsachenmeldungen über die diplomatische Aktivität, Besuche, Empfänge und dergleichen würden jetzt freigegeben werden, damit das Volk sieht, dass und wie verhandelt wird. Daran keine Kombinationen knüpfen! Solche Meldungen keinesfalls aufmachen.»

Es hatte in der Tat zahlreiche Besuche, der Regierung erwünschte und andere, gegeben, Bemühungen der britischen und der französischen Regierung um offizielle Verhandlungen zur Beilegung der sich verschärfenden Spannung, Empfänge für den polnischen Botschafter und für den Vertreter Italiens, der übrigens die Mitteilung Mussolinis überbrachte, dass Italien nicht bereit sei, sich an einem bevorstehenden Kriege zu beteiligen.

Diese Demarchen hatten zur Verzögerung der letzten Befehle geführt, aber die Öffentlichkeit erfuhr von alledem nichts und die Journalisten nur, was in Berlin tätige ausländische Berufskollegen ihnen mitteilten und was sie dann, soweit wie möglich recherchiert, an die Hauptredaktionen zur Information Weitergaben. Das Volk sah möglicherweise die vorfahrenden Autos und die hinein- oder heraustretenden Diploma-

ten, aber was sie brachten oder gehört hatten, das verschwieg die gelenkte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung.

Die Reichstagsabgeordneten wurden von Hitler empfangen, was gemeldet, aber nicht gross aufgemacht werden durfte. Verdunkelungsmassnahmen in Rom «sowie Meldungen gleichen Inhaltes, welche den Schriftleitungen zugehen sollten, dürfen auf keinen Fall veröffentlicht werden», ordnete ein Rundruf am 28. August an. Zwei weitere Rundrufe, die am gleichen Tage ergingen:

«Ein Aufruf des Oberbefehlshabers des Heeres aus Anlass der Übernahme der vollziehenden Gewalt soll auf Wunsch des Oberkommandos der Wehrmacht vorläufig noch nicht veröffentlicht werden» (28. August, 14.20 Uhr).

«Aufrufe örtlicher Stellen zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung und gegen das Hamstern dürfen von der Presse nicht gebracht werden» (28. August, 19.13 Uhr).

Meldungen über polnischen Terror gegen Deutsche sollten die Aufmachung der Zeitungen bestimmen. Sie sollten auf der ersten Seite «deutlich hervortreten». Zwei Zeitungen hatten am Morgen des 29. August eine andere Aufmachung gewählt, wozu in der Pressekonferenz mitgeteilt wurde: «der *Völkische Beobachter* aufgrund besonderer Abrede, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* ohne Abrede . . .». Die DAZ wurde gerügt. Dann hiess es weiter:

«Das Mass der Herausstellung der polnischen Terrormeldungen sei für das Ausland der Massstab, an dem man die Festigkeit der deutschen Haltung bemesse. Niemand sei befugt, aus dieser Linie auszurechnen. Es sei gleichgültig, was von diesen Meldungen geglaubt werde oder nicht, sie müssten die Aufmachung der Presse bestimmen, weil damit die Haltung der deutschen Politik kundgetan werde.»

Dann klärten vier Rundrufe, die am 30. August an die Presse gegeben wurden, die Lage vollends:

«Über den Einmarsch der deutschen Truppen in die Slowakei dürfen keine Meldungen gebracht werden.»

«Mitteilungen über das Inkrafttreten der Feldpost dürfen nicht veröffentlicht werden.»

«Über die Generalmobilmachung in Polen dürfen keine Extrablätter ausgegeben werden, dagegen grosse Aufmachung in den Zeitungen.»

«Das im Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1531 veröffentlichte Gesetz über die Besoldung der Angehörigen der Wehrmacht bei besonderem Einsatz darf auch auszugsweise nicht wiedergegeben werden.»

Aus Riga lag eine Meldung vor, nach der die polnische Regierung erklärt haben sollte, sie sei durch die deutsche Aggression gegen einen Nachbarstaat (Slowakei) zur Mobilmachung veranlasst worden, wurde vom Sprecher der Reichsregierung in der Pressekonferenz des 30. August zitiert und für die Presse gesperrt.

Die deutsche Presse sollte eine deutsche Meldung über die polnische Mobilmachung bringen und in einem Kommentar dazu sagen, «dass die Mobilmachung in Polen, soweit sie jetzt amtlich bekannt wird, an den seit Langem bekannten Tatsachen nichts ändere. Der politische Sinn der Bekanntmachung ist wichtiger als die Tatsache selbst. Es ist eben der letzte Schritt.»

Das Auswärtige Amt hatte noch eine andere Sprachregelung, dass «diese Verschärfung der Situation – und eine öffentliche Bekanntmachung sei gewiss eine Verschärfung – in einem Augenblick erfolge, in dem Bemühungen (nicht Verhandlungen) im Gange seien, trotz allem noch eine friedliche Lösung zu erreichen. Man könne die polnische Massnahme als eine spöttische Antwort auf die englischen Bemühungen bezeichnen. In geschickter Weise könne eingeflochten werden, dass ja auch englische Truppen in Frankreich seien, Flugzeuge und Fusstruppen, wogegen bisher noch niemand etwas gesagt habe ...»

Zu dem Versuch des Auswärtigen Amtes, noch einmal auf «Bemühungen (nicht Verhandlungen)» hinzuweisen, ohne zu sagen, wer sich bemühe und wer nicht verhandeln wolle, gab das Propagandaministerium nach dieser Pressekonferenz abermals eine Kommentaranweisung, die eindeutig die polnische Mobilmachung zugab, welche aber, so der deutsche Tenor, «bereits seit März» eingeleitet sei, so dass «die deutschen Massnahmen darum nur Abwehr» seien. Diese Weisung wurde am 30. August um 17 Uhr telefonisch an die Berliner Redaktion der FZ gegeben.

Am folgenden Tage, dem letzten August- und letzten offiziellen «Friedenstag», erklärte der Sprecher des Aussenamtes in der Pressekonferenz, «es komme nun darauf an, nachzuweisen, dass die Polen alles darauf anlegen, einen günstigen Ausgangspunkt zum Losschlagen zu finden».

Um 23 Uhr dieses ausgehenden Tages fand eine Sonderpressekonferenz statt. Der Bericht der FZ-Redaktion über sie lautete:

«Es kommen vier DNB-Meldungen über den Überfall der Polen auf den Sender Gleiwitz. Sie sollen gut aufgemacht werden. Die Meldungen dürfen nicht mit anderen polnischen Terrormeldungen zusammengebracht werden. Kommentierung: Offensichtlich planmässige Reihenfolge. Erst Erkundungsvorstoss gegen Gleiwitz, Sprengstoffunternehmungen, Waffenschmuggel, Niederbrennen deutscher Gehöfte, Überfall. Die Welt muss sehen, wohin die Hetzmethode führt, da man den Polen den Rücken stärkte. Disziplin des deutschen Volkes konnte bisher nicht erschüttert werden, darum nun brutaler Angriff. Deutsches Volk werde aber nochmaligen Angriff nicht hinnehmen. Bis jetzt Terror nur auf polnischem, nun aber auch auf deutschem Gebiet.»

Eine Notiz des Vertreters der FZ in dieser mitternächtlichen Konferenz, aufgeschrieben am 1. September 1939 um 1.05 Uhr, also nach Abschluss der Konferenz und der ihr zumeist folgenden Unterhaltungen der Journalisten, lautete:

«Jetzt wird also geschossen werden. Das ist der Krieg. Was sagte Zarske damals?»

Diese Erinnerung griff zurück auf eine Pressekonferenz, die am 24. Juli 1939 in Berlin stattgefunden hatte und in der der Pressechef des Danziger NSDAP-Gauleiters, Forster, der Journalist Wilhelm Zarske, «eine Erklärung Forsters von einem handgeschriebenen Manuskript fast wörtlich ablas».

Der Berichterstatter der FZ hatte dies damals festgehalten: «Der Danziger Standpunkt ist klar. Termin und Prozedur liegen beim Reich. Das Wie ist abhängig von verschiedenen Faktoren.» Dann erläuterte Zarske als offizieller Sprecher seines Gauleiters, das erste Angebot Hitlers an Polen sei ein einmaliges Angebot gewesen, «das nicht mehr wiederholt werden wird». Die «kleine Lösung» der Danziger Frage, «die

nur Danzig umfasste, ist überholt». Er fuhr fort: «Die Entwicklung dieser Dinge bis zur Erfüllung der deutschen Forderungen steht in engem Zusammenhang mit dem Ergebnis der deutsch-russischen Paktverhandlungen.»

Das waren auch im Juli 1939 keine umstürzenden Neuigkeiten gewesen, aber es waren Aussagen aus dem Munde eines Beauftragten, der dazu nach Berlin gekommen war, und sie wurden abgelesen, waren also vorformuliert. Sie haben damals starke Aufmerksamkeit erregt, was aus den wiederholten Bezugnahmen erkennbar wurde, die später erfolgten.

Am Morgen des 1. September 1939 war nach den beobachteten «Prozeduren» auch der Termin klar. Um zehn Uhr sprach Adolf Hitler im Deutschen Reichstag, wie diese Versammlung von Funktionären der NSDAP amtlich noch immer hiess, und sagte in einer langen Rede kurz und unüberhörbar:

«Polen hat uns heute Nacht zum ersten Male auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten beschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen.»

Es war in diesem Augenblick für die Presse und es wird vielleicht auch für die Geschichtsschreiber nicht von entscheidender Bedeutung sein, ob es 4.45 Uhr war oder eine Stunde später. Funknachrichten hatten den Beginn des Krieges schon eine Stunde vor der Angabe Hitlers gemeldet. Indessen wird es Bedeutung behalten, dass auch Nachrichten Vorlagen, die den Überfall auf den Sender Gleiwitz, also die behauptete Aktion polnischer regulärer Truppen auf deutschem Gebiet, einer «Kriegslist» zuschrieben:

In polnische Uniformen gesteckte deutsche Häftlinge aus Konzentrationslagern oder Zuchthäusern sollten den Angriff vorgetäuscht oder zum Zwecke der Täuschung wirklich unternommen haben. Solche Gerüchte fanden in einer Zeit stets Aufmerksamkeit, in der die Wahrheit systematisch unterdrückt und Betrug und Lüge ständig Mittel amtlicher Aussagen waren. Die Gerüchte breiteten sich schnell aus.

In der Pressekonferenz der Reichsregierung, die am 1. September um die gewohnte Mittagsstunde stattfand, lauteten die Anweisungen an die deutsche Presse zum Erstaunen der Journalisten:

«Keine Überschriften, in denen das Wort Krieg enthalten ist!
Nach der Rede des Führers schlagen wir nur zurück.»

Die Berliner Redaktion teilte dazu nach Frankfurt mit, dass der polnische Botschafter noch in Berlin sei. In der Pressekonferenz hiess es weiter:

«Amtliche Meldungen, die in Zukunft in grösserer Zahl kommen werden, müssen ohne die geringste Veränderung gebracht werden. Der Satz ‚Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt.. ‚ muss bleiben. Überschriften sind frei. Zusammenfassung mehrerer Meldungen zu einer ist nicht gestattet. Amtliche Meldungen dürfen auch nicht mit Meldungen aus anderen Quellen in Zusammenhang gebracht werden. Jede Meldung muss also für sich stehen, wobei die amtliche zum gleichen Thema den Vorrang hat. Rückfragen und Ausnahmewünsche ausgeschlossen.»

Diese und ähnliche Weisungen machten zum Überfluss deutlich, dass die Methoden der Lenkung der Presse, die Zweckinformation der Öffentlichkeit durch manipulierte Nachrichten, durch Fortlassen wichtiger Meldungen oder Behauptungen ohne ausreichende Tatsachen wie bisher, künftig jedoch wahrscheinlich mehr als bisher angewandt werden würden. In dieser ersten Pressekonferenz in dem wenige Stunden vorher begonnenen Kriege äusserte sich Hans Fritzsche, der Sprecher der Reichsregierung, in seiner Weise zu den Grundsätzen, die künftig Geltung haben würden.

Er mahnte «eindringlich, nun alle Wetten und Spekulationen zu unterlassen, auch alle Gespräche über Ob und Wenn und Hätte, sondern sich mit allen Nerven darauf einzustellen, dass nach dem Fall der Würfel das Spiel für uns gewonnen werden müsse. Jeder habe seine Pflicht an jedem Platze und zu jeder Zeit zu tun.»

Es ist nicht das Thema dieser Arbeit, dieses «Spiel» auch unter den besonderen Gesetzen zu verfolgen, die, geschrieben oder nicht, der Krieg aufstellt. In diesem Falle des nationalsozialistischen Regimes freilich bedurfte es keiner anderen Regeln und Massnahmen als jener, die auch in den Jahren angewandt wurden, in denen das Wort Frieden so laut, so oft und so verlogen ausgesprochen worden war.

Die deutschen Soldaten standen noch in vielen Ländern Europas und in Afrika. Es war im Frühjahr 1942. Die Wende von Stalingrad war noch nicht eingetreten. Damals fanden viele Menschen in Berlin in ihren Briefkästen, in Treppenhäusern, in der U-Bahn und der S-Bahn, dann auch in Luftschutzkellern und auf der Strasse Zettel, auf denen ein langes Gedicht stand, ohne Überschrift. Der Text war vervielfältigt, zuweilen auch mit der Hand geschrieben. Es konnte nur in dieser Zeit verfasst worden sein. Man las es, man las ja alles, was man in die Hand bekommen konnte:

«Ein Ungeziefer ruht
in Staub und trockenem
Schlamme
verborgen, wie die Flamme
in leichter Asche tut.
Ein Regen, Windeshauch
erweckt das schlimme Leben,
und aus dem Nichts erheben
sich Seuchen, Glut und Rauch.

Aus dunkler Höhle fährt
ein Schächer, um zu schweifen,
nach Beuteln möcht' er greifen
und findet bessern Wert:
Er findet einen Streit
um nichts, ein irres Wissen,
ein Banner, das zerrissen,
ein Volk in Blödigkeit.

Er findet, wo er geht,
die Leere dürft'ger Zeiten,
da kann er schamlos schreiten,
nun wird er ein Prophet;
auf einen Kehricht stellt
er seine Schelmenfüsse
und zischelt seine Grüsse
in die verblüffte Welt.

Gehüllt in Niedertracht
gleichwie in eine Wolke,
ein Lügner vor dem Volke,
ragt bald er gross an Macht
mit seiner Helfer Zahl,

die hoch und niedrig stehend,
Gelegenheit erspähend,
sich bieten seiner Wahl.

Sie teilen aus sein Wort,
wie einst die Gottesboten
getan mit den fünf Broten,
das klecket fort und fort!
Erst log allein der Hund,
nun lügen ihrer tausend;
und wie ein Sturm erbrausend,
so wuchert jetzt sein Pfund.

Hoch schiesst empor die Saat,
verwandelt sind die Lande,
die Menge lebt in Schande
und lacht der Schofelfat!
Jetzt hat sich auch erwahrt,
was einstlich war erfunden:
Die Guten sind verschwunden,
die Schlechten stehn geschart!

Wenn einstmals diese Not
lang wie ein Eis gebrochen,
dann wird davon gesprochen,
wie von dem schwarzen Tod;
und einen Strohhalm bau'n
die Kinder auf der Heide,
zu brennen Lust aus Leide
und Licht aus altem Grau'n.»

Der Schweizer Gottfried Keller (gestorben 1890) hatte das Gedicht in den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts verfasst: *Die öffentlichen Verleumder*. Die Menschen in Deutschland lasen es mit wachsender Erregung, sie lasen es wie eine Verheissung.

Blick zurück

Hat Adolf Hitler den Krieg gewollt? Hat er ihn zu diesem Zeitpunkt gewollt? Mit dieser Konstellation der Gegner? In der dann eingetretenen Ausweitung? Diese Fragen und ähnliche beschäftigen Historiker in Deutschland und jenseits der deutschen Grenzen. Es ist ihre Sache, eine gültige Antwort zu finden. Dem, der jene Jahre in Deutschland erlebt, der als Journalist von Berufs wegen die Geschehnisse fortlaufend und sorgfältig beobachtet hat und so Augen- und Ohrenzeuge auch der Reaktion von Personen wurde, die in ihren Positionen ausserordentliche Einblicke in die Vorgänge und in das Verhalten der Verantwortlichen hatten, der kann den Fragen nur geringe Bedeutung beimessen. Wer die offiziellen Interpretationen des Geschehens, die eindeutigen und die andeutenden Ankündigungen künftiger Massnahmen oder Aktionen, die offenkundigen Versuche der Bemäntelung unerwünschter Ereignisse oder noch nicht «reifer» Situationen fast täglich und oft mehrmals täglich anhören musste, wer dabei Hörer amtlicher Lügen, der Unwahrheiten und unverhohlenen Manipulationen wurde, die das Regime des Nationalsozialismus als brauchbare Methoden seiner Regierungstätigkeit benutzte, dem erscheint die Fragestellung der Historiker gespenstisch. Er muss seinerseits die Frage stellen, was denn sonst auf eine solche «Politik» folgen konnte, der jedes Mittel recht war und für die jeweils der Zweck die Mittel bestimmte.

Auf jeden Fall ist diese Arbeit nicht geschrieben worden, um die Frage zu beantworten, wer die Schuld am Zweiten Weltkrieg trägt oder wer wieviel Schuld zu verantworten hat. Die Historiker dürften, so meint der Zeitgenosse, keine allzu schwierige Arbeit haben, der Wahrheit nahezukommen, wahrscheinlich sie zu erreichen.

Soviel Aufschluss diese Aufzeichnungen aus der Zeit zu geben vermögen – auch für sie und gerade für sie gilt, dass im *Grossdeutschen Reich* – Hitler hatte bereits am 22. Juni 1939 in der Pressekonferenz der Reichsregierung das Verbot

bekanntgeben lassen, den Begriff *Drittes Reich* zu verwenden – weder zuverlässige noch vollständige, weder objektive noch dauerhaft gültige Informationen gegeben wurden – es gab nur Propaganda. Aber eben sie enthüllte das eigentliche Wollen.

Der am 1. September 1939 mit dem Angriff deutscher Truppen offen begonnene Krieg war nicht, wie es oft dahergeredet wird, der Anfang vom Ende eines Abenteuers oder gar eines Abenteurers, dem Millionen auf dem abschüssigen Weg gefolgt waren, wissend, taumelnd, betrogen oder in willenloser Aussichtslosigkeit, von ihrem Leben und Schicksal her gesehen. Der Anfang – nicht ein solches Ende! – ist weit früher anzusetzen. Die Ursachen für die Entwicklung, die schliesslich eine politische Wirklichkeit werden liess, wie sie der Nationalsozialismus darstellte, lagen zeitlich und in den veranlassenden Tatsachen weit zurück.

Ungeachtet sozialer Gesetzgebung gab es im Deutschen Reich keine soziale Balance, keinen Ausgleich der gesellschaftlichen Unterschiede, keine Chancengleichheit für alle. Einig im Pathos, aber zerstritten in den Zielen und über den notwendigen Weg, nur verbunden im Nein zur Republik und im Nein zur Anerkennung der gleichen Rechte aller Menschen ohne Ansehen von Elternhaus, Religion, Hautfarbe oder sonstigen Merkmalen der Menschlichkeit, einem bedingungslosen brutalen Nein, so hatten Gruppen, Personen, Vereine, Bünde und Parteien mit unterschiedlichen Parolen, aber mit dem gemeinsamen Willen, zu herrschen und Macht zu besitzen und auszuüben, einen teuflischen Bund geschlossen: die *Harzburger Front*. Sie war der letzte Block, bevor sich alles, was sich im Nein vereinte, im Nationalsozialismus zusammenfand: Aldeutsche, Konservative, Deutschnationale. Es geschah im Zeichen des Hakenkreuzes am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg.

Aus Unbildung folgten die einen, aus Arroganz die anderen. Geistloser Antisemitismus vereinte sich mit dem Streben nach mehr Besitz, der jenen heiliger war als das Vaterland, von dem sie redeten. Im Wahn eines nebulösen Volkstumsbegriffes lebten sie. Vielen hatten die Sorgen des Alltags, der Kampf ums tägliche Brot, um Arbeitsplatz und Sicherheit für das Alter das Denken und den Willen zur Kritik verschüttet. Die mittelständische Kleinwirtschaft, die vergeblich gegen das

unaufhörlich vordringende Grosskapital um ihre Existenz rang, hoffte auf einen Führer, der ihr helfen sollte.

Sie hofften alle, und sie begriffen nicht, dass sie selbst in der Erfüllung ihrer Bürgerpflicht zur Mitgestaltung und Mitverantwortung, in der Wahrung ihrer Würde als Menschen die Chance hatten, den schweren Weg aus einer weltweiten Krise zu finden, als Bürger des Staates und nicht als seine Untertanen oder gar als seine Feinde.

Epilog

Auf ausdrücklichen Befehl des «Führers und Reichskanzlers» Adolf Hitler wurde die *Frankfurter Zeitung* 1943 verboten.

Ein Artikel über den von den Nationalsozialisten geehrten Dichter Dietrich Eckart, der aus Anlass des Geburtstages am 23. März veröffentlicht wurde, brachte ein gefülltes Mass des Zorns zum Überlaufen. Ein Wort von Theodor Fontane, das die Zeitung kurz zuvor, am 21. Februar, in einer besonders weit verbreiteten Sonntagsausgabe auf der ersten Seite an auffallend sichtbarer Stelle zitiert hatte, soll bereits Anlass zu schärfsten Wutausbrüchen des Diktators gegeben haben, der verlangt habe, diese ihm seit je verhasste Zeitung «auszumerzen». Das Fontane-Wort lautete:

«Die höchste Lebensform heisst: In Freiheit dienen.»

Am 31. August 1943 musste die Redaktion ihre Arbeit einstellen. Der Befehl dazu enthielt auch die Anordnung, dass «den Journalisten der *Frankfurter Zeitung* unter keinen Umständen Gelegenheit gegeben werden dürfe, in welcher Form auch immer, weiterhin auch nur in kleinen Gruppen zusammenzuarbeiten», so berichtete Benno Reifenberg, einer der führenden Männer der Redaktion, in einer kurzen Geschichte der Zeitung *Die zehn Jahre, 1933-1943*, veröffentlicht in einem 1956 herausgegebenen Sonderheft der Zeitschrift *Die Gegenwart*, die nach dem Kriege von ehemaligen Redakteuren der FZ ins Leben gerufen und geführt wurde.

Zeittafel

1931 11. Oktober:	Aus NSDAP, Deutschnationaler Volkspartei, Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten und sympathisierenden Konservativen und Alldutschen wird in Bad Harzburg die <i>Harzburger Front</i> gebildet.
1932 20. Juli:	Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird der Reichskanzler, Franz von Papen, Reichskommissar für das Land Preussen. Die preussische Staatsregierung wird ihres Amtes enthoben.
1933 24. Januar:	Redaktion und Verlag der <i>Frankfurter Zeitung</i> prüfen für den Fall eines totalitären Regimes in Deutschland die Möglichkeit einer Fortsetzung ihrer Arbeit.
30. Januar:	Der Reichspräsident von Hindenburg beruft den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Die Reichsregierung besteht zunächst nur aus elf Mitgliedern, von denen drei der NSDAP angehören, die anderen dem konservativen Lager.
31. Januar:	Die <i>Frankfurter Zeitung</i> veröffentlicht einen Leitartikel zur Berufung Hitlers mit dem Tenor, Hitler sei bisher den Beweis seiner menschlichen Qualitäten schuldig geblieben.
28. Februar:	Auf Beschluss der Reichsregierung werden durch Verordnung des Reichspräsidenten die Länder dem Willen der Reichsregierung «zum Schutze von Volk und Staat» unterstellt; Reichskommissare werden eingesetzt; wichtige Grundrechte der Verfassung werden aufgehoben.
13. März:	Der erste <i>Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda</i> in der deutschen Geschichte wird berufen: Dr. Joseph Goebbels.
24. März:	Das am Tage zuvor beschlossene Ermächtigungsgesetz tritt in Kraft, das der

Reichsregierung das Recht der Gesetzgebung ohne Reichstagsbeschluss überträgt, Abweichungen von der Verfassung zulässt und zunächst für vier Jahre ein totalitäres Regime legalisiert. Das Gesetz wurde vom Reichstag bei Ausschluss der kommunistischen Abgeordneten von allen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

11. April: Das Gesetz «zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» führt zur Politisierung der Beamtenschaft im Reich, in den Ländern und Gemeinden und zur Entfernung von Juden und linksstehenden Beamten und Angestellten.

2. Mai:

17. Mai:

Die Gewerkschaften werden aufgelöst. Hitler erklärt in einer «Friedensrede» vor dem Reichstag, er beabsichtige kein «Germanisieren», werde aber «keine Unterdrückung deutschen Volkstums dulden».

22. Juni:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird durch die Reichsregierung aufgelöst; die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten werden kassiert. Die anderen Parteien haben sich bereits vorher selbst aufgelöst oder tun dies unmittelbar danach.

27. Juni:

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Sozialdemokraten

30. Juni:

Volkspartei, Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg, scheidet aus der Reichsregierung aus. Verordnung über die Aufgaben des Propagandaministeriums.

1. Juli:

Die seit 1917 bestehende freie Pressekonferenz der Journalisten bei der Reichsregierung wird von der Reichsregierung aufgelöst, die eine offizielle «Pressekonferenz der Reichsregierung» errichtet.

11. Juli:

Der Reichsminister des Innern, Dr. Wilhelm Frick (NSDAP), erklärt die «deutsche

	Revolution» für abgeschlossen, die «Gleichschaltung» für vollzogen.
14. Juli:	Ein Reichsgesetz verbietet die Neubildung von politischen Parteien; die NSDAP bleibt die einzige «Partei» in Deutschland.
4. Oktober:	Das von der NS-Regierung geschaffene «Schriftleitergesetz» tritt in Kraft: «Der neue Staat will dagegen den Erzieher der Öffentlichkeit (den Schriftleiter) unmittelbar fassen können.»
10. Oktober:	Deutschland verlässt die Abrüstungskonferenz in Genf.
14. Oktober:	Die Reichsregierung beschliesst den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, offizielle Erklärung am 19. Oktober.
16. November:	Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf.
1. Dezember:	Durch das «Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat» wird die NSDAP auch «legal» «die alleinige Trägerin des politischen Willens» in Deutschland.
1934 1. Januar:	Das von der NS-Regierung aus dem ehemaligen WTB (Wolffsches Telegraphenbüro) und der TU (Telegraphen-Union) zwangsweise gebildete DNB (Deutsches Nachrichtenbüro) nimmt seine Tätigkeit auf.
20. Januar:	Das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» wird erlassen. Errichtung von Institutionen, welche die Aufgaben und Arbeit der bisher tätigen freien Gewerkschaften übernehmen sollen. Es werden Betriebsgemeinschaften gebildet, «Treuhand der Arbeit» eingesetzt.
26. Januar:	Deutsch-polnischer Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen.
30. Januar:	Das «Gesetz über den Neuaufbau des Reiches» erweitert die Verordnung vom 28. Februar 1933 und überträgt die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich, beseitigt die Landtage. Vizekanzler Franz von Papen hält in
17. Juni:	

Marburg vor Studenten eine Rede, in der er Grundfragen der Politik der neuen Reichsregierung erörtert und diese Politik kritisiert.

27. Juni:

Frankreich schlägt vor, einen Nichtangriffspakt mit allen osteuropäischen Staaten abzuschliessen und deren Grenzen zu garantieren.

30. Juni:

Innenpolitische Aktion Hitlers gegen Widersacher in den Reihen seiner Partei und im Reiche, angebliche «Röhm-Revolte» niedergeschlagen. Zahlreiche «Hinrichtungen» ohne Gerichtsspruch.

25. Juli:

In Österreich versuchen die Nationalsozialisten einen Putsch gegen das Dollfuss-Regime. Bundeskanzler Engelbert Dollfuss ermordet.

2. August:

Reichspräsident von Hindenburg gestorben. Hitler vereinigt die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers und lässt sich «Führer und Reichskanzler» nennen. Die Wehrmacht wird auf Adolf Hitler vereidigt.

9. August:

Vizekanzler von Papen soll in besonderer Mission nach Wien entsandt werden.

26. August:

In einer Rede in Koblenz erklärt Hitler: «Die Saarfrage ist die einzige territoriale Frage, die uns heute noch von Frankreich trennt.»

5. September:

Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg erklärt Hitler: «In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt.»

24. Oktober

Die *Deutsche Arbeitsfront* wird von der NSDAP gegründet; sie soll unabhängige Gewerkschaften ersetzen.

1935 13. Januar:

Abstimmung im Saargebiet ergibt grosse Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Deutschland.

16. März:

Hitler führt die allgemeine Wehrpflicht ein.

11. April:

Grossbritannien, Frankreich und Italien nehmen in Stresa in einer gemeinsamen Konferenz Stellung gegen die einseitige

	Kündigung von international abgeschlossenen Verträgen.
2. Mai:	Die Sowjetunion und Frankreich schliessen einen Beistandspakt gegen «eine Gefahr durch einen europäischen Staat».
21. Mai:	Erneute «Friedensrede» Hitlers in dem nun nicht mehr frei gewählten Reichstag als Antwort auf das Echo des Auslandes zum Bruch der vertraglichen Verpflichtungen, welche eine Wehrpflicht in Deutschland ausschlossen.
18. Juni:	Deutsch-britisches Flottenabkommen, Parität der U-Boot-Rüstung, sonstiges Verhältnis der Flottenstärken 1 : 3,5.
10. September:	«Parteitag der Freiheit» (NSDAP) in Nürnberg beginnt, scharfe antisemitische Tendenz, Rassenpolitik im Mittelpunkt.
15. September:	Das «Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» wird erlassen, der Antisemitismus wird rechtskräftig. Die Sowjetunion wird Mitglied des Völkerbundes.
18. September:	
2. Oktober:	Italien beginnt offizielle Kampfhandlungen in Abessinien.
2. November:	In der Pressekonferenz der Reichsregierung löst Alfred Ingemar Berndt als Sprecher der Reichsregierung seinen Vorgänger Dr. Kurt Jahncke ab.
1936 4. Februar:	Der Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, wird ermordet.
7. März:	Einmarsch deutscher Truppen in das bis dahin laut Vertrag entmilitarisierte Rheinland, Kündigung des Locarnovertages durch die Reichsregierung. Der Völkerbundsrat verurteilt den
19. März:	einseitigen Bruch eines international gültigen Vertrages.
28. März:	Hitler richtet einen Tag vor einer «Wahl» zu einem deutschen «Reichstag» über den Rundfunk einen Appell an die ganze Welt,

- den Frieden zu wahren, kündigt zugleich Kampf gegen die Juden und den Kommunismus an.
-
1. April: Die Reichsregierung lässt der Regierung Grossbritanniens einen deutschen Friedensplan übergeben.
-
11. Juli: Abkommen mit Österreich «zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen».
-
18. Juli: Beginn des spanischen Bürgerkrieges.
-
23. Juli: Deutsche Kriegsschiffe laufen nach Spanien aus: «Zum Schutz deutscher Reichsbürger».
-
26. Juli: Hitler gibt Befehl zur Aufstellung der *Legion Condor*, die am spanischen Bürgerkrieg auf der Seite des Generals Franco teilnimmt und im Verlaufe des Krieges schliesslich aus Panzer-, Marine-,Luftwaffen-, Nachrichten- und Transporteinheiten bestand.
-
11. August: Joachim von Ribbentrop wird zum Botschafter des Deutschen Reiches in London ernannt.
-
24. August: Die am 16. März 1935 eingeführte allgemeine Wehrpflicht wird für jeden Wehrpflichtigen auf zwei Jahre ausgedehnt.
-
8. September: Auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg («Parteitag der Ehre») wird ein Vierjahresplan verkündet. Göring wird am 18. Oktober verpflichtet, die Verwirklichung des Planes zu sichern.
-
14. September: In der Rede zum Abschluss des Nürnberger Parteitages erklärt Hitler, dass er «keine Germanisierung» anstrebe, wohl aber eine «Abrechnung mit dem Bolschewismus» beabsichtige.
-
25. Oktober: Ein deutsch-italienischer Vertrag lässt die «Achse Rom-Berlin» entstehen.
-
25. November: Deutschland und Japan schliessen einen Pakt, den «Antikomintern-Pakt».
-
2. Dezember: Die Landung deutscher Truppenverbände in Spanien wird unbeabsichtigt zugegeben.

- 1937** 30. Januar: Hitler im Reichstag: «Die Zeit der sogenannten Überraschungen ist abgeschlossen.»
-
19. Februar: Hitler empfängt Frontkämpfer aus vierzehn Nationen und sagt in einer Ansprache, ein neuer Krieg würde katastrophale Folgen für alle Nationen haben.
31. März: In der Pressekonferenz werden Richtlinien für den Kampf gegen den Bolschewismus mitgeteilt. Mussolini und der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg treffen sich in Rom.
27. April: Die spanische Stadt Guernica wird von deutschen Flugzeugen bombardiert.
29. Mai: Das deutsche Panzerschiff *Deutschland* wird bei der spanischen Insel Ibiza bombardiert.
- Mai: Deutsche Kriegsschiffe beschiessen die spanische Stadt Almeria.
19. Juni: Der deutsche Kreuzer *Leipzig* wird in spanischen Gewässern von einem Torpedo getroffen.
9. September: Auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP hält Joseph Goebbels eine scharfe Rede gegen die Sowjetunion. Der Passus vom Führungsanspruch Deutschlands im Kampf gegen den Weltbolschewismus darf aber von der Presse nicht veröffentlicht werden: mit Rücksicht auf Italien.
10. September: Beginn der Konferenz von Nyon. Die Mittelmeermächte – ohne Italien – erörtern Möglichkeiten der Bekämpfung des Piratentums im Mittelmeer und Schwarzen Meer (Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg).
25. September: Mussolini kommt zu einem Deutschlandbesuch, bleibt bis zum 28. September.
5. Oktober: Der Präsident der USA, Roosevelt, hält in Chicago in einer Rede eine Quarantäne gegen Japan für angebracht, weil es sich als «Aggressor» erwiesen habe. Aufruf an die friedlichen Nationen gegen Terror und Rechtlosigkeit.

17. Oktober: In Teplitz-Schönau in der Tschechoslowakei ereignen sich Zwischenfälle, die die schwelende deutsch-tschechische Spannung ernstlich erhöhen.
-
6. November: Italien tritt dem am 25. November 1936 zwischen Deutschland und Japan abgeschlossenen Antikomintern-Pakt bei.
-
26. November: Reichswirtschaftsminister Dr. Hjalmar Schacht tritt zurück, bleibt Reichsbankpräsident. Staatssekretär Funk (Propagandaministerium) wird sein Nachfolger. Dr. Otto Dietrich, Reichsleiter für die Presse in der NSDAP, wird Reichspressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Propagandaministerium.
-
11. Dezember: Italien verlässt den Völkerbund.
-
- 1938 4. Februar: Gleichschaltung der Wehrmacht, Entlassung des Reichskriegsministers, von Blomberg, und des Oberbefehlshabers des Heeres, von Fritsch. Hitler übernimmt den Oberbefehl über alle Streitkräfte. Errichtung eines Oberkommandos der Wehrmacht unter der Leitung von General Wilhelm Keitel. Reichsminister des Auswärtigen, von Neurath, scheidet aus dem Amt und wird Chef eines «Geheimen Kabinettsrates», Aussenminister wird Joachim von Ribbentrop. Von Papen wird aus Wien abberufen.
-
12. Februar: Hitler und Schuschnigg treffen sich in Berchtesgaden.
-
16. Februar: Schuschnigg bildet in Wien sein Kabinett um und nimmt Nationalsozialisten hinein, Seyss-Inquart wird Innen- und Sicherheitsminister, Guido Schmidt Aussenminister.
-
9. März: Schuschnigg kündigt Volksbefragung an. Scharfer Widerspruch der Nationalsozialisten. Schuschniggs Rücktritt folgt am 11. März.
-
12. März: Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. In Wien neue Regierung unter Seyss-Inquart.

13. März: Gesetz über die Wiedervereinigung Deutschlands mit Österreich erlassen.
24. April: Die Sudetendeutschen beschliessen in Karlsbad ihr politisches Programm.
3. Mai: Hitler erwidert in Rom den Mussolini-Besuch.
27. August: Der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Ludwig Beck, tritt zurück.
16. September: Wegen der sich zuspitzenden Lage im deutsch-tschechischen Konflikt reist Chamberlain, britischer Premierminister, nach Berchtesgaden zu Hitler («grösster Triumph in Hitlers politischer Arbeit»).
22. September: Fortsetzung der deutsch-britischen Gespräche zwischen Hitler und Chamberlain in Bad Godesberg.
26. September: Hitler spricht im Berliner Sportpalast: «Das Sudetenland ist die letzte Revisionsforderung.»
28. September: Die britische Regierung bittet Mussolini um Vermittlung, um eine deutsche Aktion gegen die Tschechoslowakei zu verhindern.
29. September: In München treffen sich der britische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, Mussolini und Hitler zu einer Konferenz. Sie ergibt: Die Tschechoslowakei wird die Sudetengebiete bis zum 10. Oktober räumen; die Grossmächte garantieren die Rest-Tschechoslowakei. Deutschland und England verabschieden eine Nichtangriffserklärung.
1. Oktober: Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet.
24. Oktober: Deutsches Angebot an Polen: Rückgabe Danzigs an Deutschland, exterritoriale Eisenbahn und Autobahn durch den Korridor (Westpreussen), dafür Garantie der polnischen Grenzen.
7. November: Attentat auf den deutschen Legationssekretär vom Rath in Paris.
9. November: Judenpogrome in Deutschland, «Kristallnacht».

6. Dezember: Deutsch-französische Nichtangriffserklärung.
-
23. Dezember: In der Reichspressekonferenz verabschiedet sich Alfred Ingemar Berndt, bisher Sprecher der Reichsregierung. Hans Fritzsche, sein Nachfolger, hält eine kurze Antrittsansprache, wird am 12. Januar 1939 offiziell eingeführt.
-
26. Dezember: Polen und die Sowjetunion erneuern den bestehenden Nichtangriffspakt.
-
- 1939** 14. Januar: Anweisung an die Presse, Hitler künftig nur «der Führer» zu nennen und nicht mehr «Führer und Reichskanzler»; dies werde auch in amtlichen Schriftstücken so geschehen.
-
20. Januar: Schacht wird nun auch als Reichsbankpräsident entlassen.
-
13. März: Die slowakischen Politiker Tiso und Durcansky bitten in Berlin um Anerkennung der Unabhängigkeit der Slowakei unter dem Schutz des Deutschen Reiches.
-
14. März: Einmarsch der deutschen Truppen in Böhmen und Mähren beginnt.
-
15. März: Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Dr. Hacha, und sein Aussenminister Chvalkovsky unterzeichnen in Berlin einen Vertrag, durch den Böhmen und Mähren Reichsprotektorat werden.
-
23. März: Einmarsch der deutschen Truppen in das Memelgebiet.
-
27. März: England führt die allgemeine Wehrpflicht ein.
-
31. März: England und Frankreich geben Polen eine Garantie-Erklärung zum Schutz seiner Grenzen.
-
7. April: Italien fällt in Albanien ein. Spanien tritt dem Antikomintern-Pakt bei.
-
13. April: England und Frankreich geben auch Rumänien und Griechenland Garantien.
-
15. April: Die USA schlagen eine allgemeine internationale Konferenz zur Klärung aller

Streitfragen vor. Hitler lehnt am 28. April in einer Rede vor dem Reichstag ab und kündigt das deutsch-englische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt.

22. Mai:

Italien und Deutschland schliessen ein Militärbündnis (*Stahlpakt*). Die Reichsregierung lüftet das Geheimnis über die Teilnahme deutscher Truppenverbände am spanischen Bürgerkrieg.
25. Mai:

Nichtangriffspakt mit Estland und Lettland, am 7. Juni auch mit Dänemark. Die anderen Ostsee-Länder weigern sich.
31. Mai: Der deutsche Aussenminister von Ribbentrop ist in Moskau und unterzeichnet dort einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Konsultationspakt. Protest Japans in Berlin. England und Polen schliessen Bündnisvertrag. Italien lässt in Berlin mitteilen, dass es nicht kriegsbereit sei.
23. August: Der französische Ministerpräsident Daladier lässt Hitler wissen, dass Frankreich seine Pflichten gegenüber Polen erfüllen werde, dass es aber eine Verständigung suche.
25. August: Für alle deutschen Zeitungen wird die Zensur eingeführt. Der Presse wird mitgeteilt, dass die vollziehende Gewalt der Wehrmacht übergeben worden sei.
26. August: Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, bietet Vermittlung seiner Regierung im deutsch-polnischen Konflikt an. Ausgabe der ersten Bezugsscheine für lebenswichtige Verbrauchsgüter in Deutschland
28. August:

Einmarsch deutscher Truppen in die Slowakei. Die Feldpost wird in der Wehrmacht eingeführt. Die Reichsregierung erlässt ein Gesetz über die Besoldung der Angehörigen der Wehrmacht in besonderem Einsatz.
30. August:

Teilmobilisierung in Polen.
Der Sender in Gleiwitz wird von
bewaffneten Banden überfallen, angeblich
von polnischen Soldaten, Gegenbehauptung:
von Häftlingen aus deutschen Konzentrations-
lagern in polnischen Uniformen.

31. August:

Polen teilt der Reichsregierung mit, dass es
zu direkten Verhandlungen bereit sei. Musso-
lini schlägt internationale Konferenz vor. –
Deutsche Truppen greifen Polen an.

1. September:

3. September:

England und Frankreich erklären Deutsch-
land den Krieg.

Register

Länder und Gebiete

- Aalandsinseln 280
Abessinien 59, 66 f., 72 ff., 94
Afrika 66
Albanien 324
Asturien 124, 128, 141
- Balkan 61
Baltische Staaten 53
Bayerischer Wald 205
Belgien 252, 257
Böhmen 205, 283 f., 296 ff.
Brasilien 90
Burgenland 213
- China 94, 107, 348
Comersee 339
- Dänemark 107 f., 174, 252,
328 f.
Deutsches Reich 17
Deutschland 18 f., 22, 48, 55,
107
Donauraum 179, 185, 301
- Egerland 220
Elsass-Lothringen 55
England s. Grossbritannien
Erzgebirge 205
Europa 18 f., 23 f., 49 ff., 90,
200 f., 211, 251, 298, 300,
304, 328, 363
Estland 106, 328 f., 356
- Franken 334
- Frankreich 24, 50 ff., 55, 63 f.,
77, 79, 92, 115, 174, 300 ff.,
356, 362, 383, 386
- Gironde-Mündung 139
Gotland 280
Griechenland 94, 321
Grossbritannien 33, 50 ff., 63,
65, 75, 77, 119, 126, 174,
218, 247, 256 ff., 300 ff.,
320 f., 354 ff., 372 ff., 382 ff.
- Holland 105, 151, 188
- Italien 31, 50, 59, 64, 67 ff., 201
- Japan 50, 90, 94, 321, 333, 340
Jugoslawien 31, 55, 60
- Kanada 106
Karpatho-Ukraine 283, 287,
296, 300
Katalonien 145
Kolumbien 257
Krim 351
- Lettland 95, 106, 328 f., 356
Liechtenstein 103
Litauen 61, 64, 71, 294,
304-317
Lüneburger Heide 147
- Mähren 205, 283 f., 296 ff.
Mandschukuo 50, 73, 321
Memelgebiet 53, 59, 61, 63,
65, 71, 211, 285, 294,
304-317
- Nordschleswig 54

- Oberschlesien 367
 Österreich 24, 49, 52 f., 59 f.,
 69, 97, 170, 175-205, 308
 Osteuropa 24
 Ostmark 334
 Ostpreussen 307, 380 ff.
 Ostsee-Raum 280
- Palästina 256 ff.
 Polen 23, 51, 53, 59, 69, 83,
 106, 228, 238, 246, 252, 257,
 301, 307, 320 ff., 351, 360,
 362-394
 Portugal 136, 142
 Preussen 11,17,39
- Rheinland 24,77 ff.
 Rhein und Ruhr 56, 78, 81
 Riesengebirge 205
 Rumänien 321 f.
 Russland s. Sowjetunion
- Saarland 52, 55 f., 58, 62, 156
 Slowakei 251, 283, 287,
 294 ff., 388
 Sowjetunion 24, 31, 40, 51 ff.,
 63, 77, 81, 88, 90, 116 f., 122,
 125, 137, 156, 174, 190, 207,
 209 f., 237, 247, 269, 324,
 340,342-364, 384, 391
- Spanien 115, 118-146, 322 f.,
 353
 Spanisch-Marokko 126 f.
 Sudetengebiet 24, 31, 59, 65,
 92, 174, 205
 Südafrika 106
 Südtirol 67
- Schlesien 350
 Schonen 280
 Schwarzwald 272
 Schweden 106, 279
 Schweiz 12, 106, 252
- Thüringen 334
 Tschechoslowakei 24, 63, 69,
 200, 202, 205 ff., 221, 283
- Ukraine 344 ff., 350 f.
 Ungarn 228, 238, 246, 252,
 300, 321
 UdSSR (Union der Sozialisti-
 schen Sowjetrepubliken)
 s. Sowjetunion
 USA (United States of America.
 Vereinigte Staaten von
 Amerika) 51, 70, 87, 116,
 300, 324
- Waziristan 258

Ortsnamen

- Addis Abeba 73
 Adua 75
 Alicante 121, 124
 Almeria 133,138
 Altona 74
 Aussig 97
- Bad Harzburg 396
 Bagdad 149
 Barcelona 141, 143
 Belfast 69
 Belgrad 55,347
- Berchtesgaden s. Obersalzberg
 Berlin 12, 17, 23, 41, 45, 48,
 52 f., 63, 107, 132, 155,
 189 ff., 383
 Biarritz 132
 Bilbao 132
 Birmingham 317
 Bitsch 55
 Braunschweig 161
 Bremen 70
 Bremerhaven 60
 Breslau 155

Bromberg 381
 Brünn 290,293
 Bukarest 347
 Burgos 124

 Cadiz 117, 120, 125
 Calais 266
 Cartagena 141
 Czenstochau 368

 Danzig 53, 59, 65, 69, 252,
 305, 320, 339 ff., 357,
 365-394
 Dessau 266
 Dover 266

 Eger 231, 235, 239, 241, 248
 Eibar 130,132
 Elbing 378
 Essen 67
 Esterwegen 150
 Eupen-Malmedy 211, 285

 Falkenau 238
 Fallersleben 162
 Fiume 160
 Frankfurt 10,12,15

 Garmisch-Partenkirchen 207
 Genf 52,58,70
 Gifhorn 50
 Gijon 141
 Glatz 223
 Gleiwitz 370, 390 f.
 Godesberg 237
 Goslar 102
 Graudenz 381
 Graz 195
 Guernica 129 ff., 138, 185

 Haberspirk 233
 Hamburg 197
 Hameln 150
 Hannover 253
 Heidelberg 106

 Innsbruck 97, 197
 Irun 132

 Karlsbad 196, 231
 Kassel 159
 Kladow 378
 Kowno (Kaunas) 306, 313

 Lemberg 351
 Limburg 91
 Locarno 77 f., 80 ff.
 London 52 f., 132
 Lüneburg 261
 Luxemburg 300

 Madrid 115, 123 f., 141
 Mährisch-Ostrau 228
 Malaga 119, 128
 Marburg 44, 49
 Melnik 300
 Memel s. Memelgebiet
 Merseburg 267
 Moskau 59, 70, 237, 306, 346,
 363
 München 24, 96,189, 244 ff.,
 289, 302

 Neudeck 46
 New York 70 f., 162
 Nürnberg 48, 71, 172

 Obersalzberg 190 ff., 227,
 233 f., 330
 Oslo 150

 Paris 53, 56, 110, 190, 253
 Pasewalk 154
 Pittsburg 300
 Platendorf 51
 Port Bou 141
 Potsdam 147
 Prag 173, 205, 237 ff., 286 ff.

 Pressburg 287,289
 Quedlinburg 102

 Reval 95
 Riga 329, 346
 Rijeka (Fiume) 160
 Rom 72, 121, 130

Salamanca 143
Salzburg 341
Sanssouci 147
Scharnow 351
Schodau 215
Siegen 104
Skopau 267
Sofia 347
Stalingrad 393
Strassburg 254
Stuttgart 11

Tannenberg 91, 363, 385
Tarragona 141

Teplitz-Schönau 210
Tilsit 315

Valencia 133, 140 f.
Venedig 172
Versailles 50

Warschau 346 f.
Washington 374
Wedel 15
Weimar 103 f.
Wien 49 f., 51, 61, 177 ff.
Wilhelmshaven 382

Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen

Ackermann, Der... aus
- Böhmen 196
 Angriff, Der 95, 97, 149, 203,
 227, 291, 300
Amtlicher Preussischer
 Pressedienst 277
Arbeitsmann, Der 368

Berliner Börsen-Zeitung 92,
 140, 179, 222, 302, 317, 335,
 383
Berliner Illustrierte 121
Berliner Lokal-Anzeiger 108,
 135, 140, 187, 369
Berliner Tageblatt 54, 64, 76,
 89, 102, 108, 140, 148, 171,
 197, 311, 344
«Brüder in Not» (Aufruf) 39
BZ am Mittag 153, 291

Candide 144

Daily Express 364
Daily Herald 309
Daily Mail 53, 116, 119, 299
Daily Telegraph 187
Deister- und Weser-
 Zeitung 150

Der Deutsche 60
Deutsche Allgemeine
 Zeitung 64, 122, 131, 140,
 196, 250, 302, 375, 388
Deutsche Diplomatische
 Korrespondenz 250, 285
Deutscher Handelsdienst 268
Deutscher Volkswirt 223, 268
DNB (Deutsches
 Nachrichtenbüro) 42, 52,
 59, 194, 292, 339 f.
Dreimal Österreich (Kurt
 Schuschnigg) 187

Evening Standard 225 f.

Frankfurter Zeitung 11 ff., 15,
 23, 28 ff., 42, 45, 51, 54, 64,
 '69, 100, 115, 120, 134, 139,
 154, 175 f., 178, 188, 195,
 207, 240, 266, 276, 284, 290,
 301, 335, 372, 379, 399
Freiheitskampf, Der 154

Gegenwart, Die 399
Giornale d'Italia 73
Grundeigentum 262

- Hamburger Fremdenblatt 54,
97 302 317
- Havas 56, 127, 131, 300, 340
- «Heinrich I.» (Alfred Toss) 102
- Hitler-Jugend. Die 367
- Humanité 362
- Informazione Diplomatica
(Italien) 232
- Intransigent 211
- Journal des Debats 143
- Kampf, Mein (Adolf
Hitler) 11, 23, 154, 187
- Kölnische Zeitung 104, 317,
383
- Kirche, die Kommende 161
- L'Epoque 339 f.
- Liberte 317
- Le Matin 52
- L'Ordre 143
- Magdeburgische Zeitung 69,
72
- Morningpost 270
- Münchener Neueste
Nachrichten 76
- Nachtausgabe (Berliner) 93,
123, 181
- National-Zeitung (Essen) 341
- NDZ (Nachrichtenbüro
Deutscher Zeitungsverleger)
214
- Neues Volk 162
- New York Sun 317
- News Chronicle 142 f., 350
- Nieuwe Rotterdamse
Courant 254
- NSK (Nationalsozialistische
Parteikorrespondenz) 110,
214
- PAP (Polnische Presse-Agentur)
300
- Petit Journal 300, 340
- Peuple 143
- Populaire 340
- Prawda 357
- Preussische Zeitung 97
- Preussischer Pressedienst
(NSDAP) 39
- Reichsjugend-Pressedienst 97,
100
- Reischach-Dienst 214, 377
- Rheinfront 156, 205
- Reuter 64,73
- Schlesische Zeitung 351
- Schwarze Korps, Das 253, 368
- Stürmer, Der 68,164
- Star 143
- Südost-Echo 453
- Sunday Pictorial 317
- Tierfreund, Der Deutsche 103
- Times 57, 131, 259, 266, 374
- Transocean 214
- TU (Telegraphen-Union) 38 f.,
42
- «Überfall auf Deutschland»
(HansNitram) 272
- United Press 75,132
- Völkischer Beobachter 46, 57,
98, 148, 174, 190, 272, 278,
302, 307, 332, 378, 388
- «Waffenbrüder Deutschland-
Russland»
(Tschardiakoff) 359
- Weltbild (Bilderdienst) 122
- Westermanns
Monatshefte 103
- Westdeutscher Beobachter 90
- Westfälische Landes-
zeitung/Rote Erde 62, 214
- Wille und Macht 98, 249, 380
- Wirtschaft und Statistik 104 f.,
158
- WTB (Wolffsches
Telegraphenbüro) 42
- Zwölf-Uhr-Blatt 108,172,
179, 227

Personen

- Albedill (Hauptmann) 280
Amann, Max 33 f.
Amende, Ewald 344
Andree (Hamburg) 149
Aschmann, Gottfried
 (Gesandter, Geheimrat) 64,
 74, 77 f., 80, 115, 117, 121,
 208, 213 ff., 223, 247, 274,
 286 f., 302, 310 ff., 323,
 350 f.
Attolico, Bernardo 319
Azana, Manuel 122
- Backe, Herbert 151
Baierle
 (Sudetendeutscher) 224
Ball, Rudi 89
Barlach, Ernst 155
Barmat, Julius 263
Bechyne (tschechischer
 Minister) 236
 Beck, Josef 369 ff.
- Belling, Rudolf 155
Benes, Dr. Eduard 207 f., 235,
 242 f., 249, 297, 375
Bernauer (Skilehrer) 248
Bergmann (Sportlerin) 89
Berndt, Alfred Ingemar,
 Sprecher der Reichsregierung
 vom 2. Nov. 1935 bis zum
 23. Dez. 1938
Bernhard, Prinz 151 f.
Bismarck, Otto von 17, 349
Blomberg, Werner von 46 f.,
 164,166,170,189 f.
Blum, Léon 143
Bonnet, George 235
Borah (Senator) 135
Bosch, Carl 84
Brammer, Karl 82,331
Brauchitsch, Walther von 166,
 337
Braun von Stumm
 (Gesandter) 322,357,
 361 f.
Brauweiler, Dr. Ernst 81 f.
- Brodsky (Richter in USA) 71
Budenko (sowjetischer
 Diplomat) 193
Bürckel, Joseph 201
- Caballero, Largo
 (Ministerpräsident) 142
Carls (Admiral) 139
Castelle, Dr. 148
Chamberlain, Neville 202 f.,
 233 ff., 243 ff., 260, 302,311,
 317,323,333,372 ff., 384
Churchill, Winston 302, 384
Chvalkovsky, Frantisek 248,
 296 ff.
- Ciano, Graf Galeazzo 74,341
Clemenceau, Georges 242
Clementis (slowakischer
 Abgeordneter) 218
Cohn, Emil Ludwig 253
Cooper, Duff 302
- Daladier, Edouard 235, 244,
 246,323,333
Dewitz, von (Journalist) 301,
 372
Dieckhoff, Dr. Hans
 Heinrich 51, 58 f., 60, 63
Dietrich, Dr. Otto 10, 33, 37,
 135 f., 164, 275, 349
Diewerge
 (Regierungsrat) 253 f.
Dollfuss, Engelbert 50,181,
 200
Draeger (Konsul) 172
Drill, Robert 12
Durcansky, F. 293
- Eckart, Dietrich 399
Eckener, Hugo 84
Eden, Anthony 134,136, 239
Elze, Prof. Dr. 91
Erzberger, Matthias 26
Essen, Dr.
 (Regierungsrat) 163

- Fanderl, Wilhelm 173
 Finck, Werner 278
 Fontane, Theodor 399
 Ford, Henry 104
 Forster, Albert 368, 390
 Franco, Francisco 118,142,
 129 f., 138,322
 Frank, Karl Hermann 230
 Frick, Wilhelm 25,41,95
 Friedrich (König von
 Preussen) 147, 181
 Fritsch, Werner von 164, 166,
 170,189
 Fritzsche, Hans, Sprecher der
 Reichsregierung vom 23. Dez.
 1938 bis zum 3. Nov. 1942
 Funk, Walther 262, 276, 358

 Gafencu, Gregorie 322
 Garbo, Greta 170
 Gennet (amerikanischer
 Bürger) 160
 Georg VI. 151
 Gies, Ludwig 155
 Giese, von (Oberst a. D.) 280
 Glaise-Horstenau,
 Edmund 182
 Goebbels, Dr. Joseph (wegen
 der Häufigkeit keine
 Angaben)
 Göring, Hermann 55, 95, 130,
 171, 177, 255, 262, 265, 297,
 371
 Greiser, Arthur 365
 Grey, Lord 242
 Gruenbeck, Dr. 122
 Gumbel, Prof. Dr. Emil
 Julius 106
 Gustloff, Wilhelm 253

 Habsburg, Otto von 50
 Habsburg, Karl von 198
 Habsburg, Zita von 198
 Hacha, Dr. Emil 288, 296 ff.,
 302
 Haushofer, Prof. Albrecht 208
 Heinrich I. 101 f., 154
 Held, Dr. (bayrischer
 Ministerpräsident) 171

 Henderson, Sir Neville 411
 Henlein, Konrad 92, 206 ff.,
 210 ff., 227 ff.
 Hess, Rudolf 59
 Heuss, Dr. Theodor 136
 Himmler, Heinrich 154, 166, 371
 Hindenburg, Paul von 17,26, 48
 Hitler, Adolf (wegen Häufigkeit
 keine Angaben)
 Hlinka, Andrej 288 f.
 Hoeck, Kies van 188
 Hofer, Andreas 196
 Hugenberg, Dr. Alfred 38 f.
 Hupfauer, Dr. 272
 Innitzer, Kardinal 202, 344

 Jahncke, Dr. Kurt, Sprecher der
 Reichsregierung vom 31. Jan.
 1933 bis zum 31. März 1936
 Jakobsohn, Dr. 173
 Jaksch, Wenzel 236

 Kaas, Prälat 26
 Kamossa, Hugo 43 f.
 Katharina (russische
 Kaiserin) 350
 Keitel, Wilhelm von 166, 297
 Keller, Gottfried 394
 Kircher, Dr. Rudolf 51,175 f.
 Kirchner, Ernst Ludwig 155
 Kleinmann
 (Staatssekretär) 221
 Knox, G. G. 57
 Kohlbecker (Architekt) 162
 Kopernikus 370
 Kraemer (Architekt) 162
 Kriegk, Dr. Otto 32
 Kube, Wilhelm 110
 Kundt (Abgeordneter in Prag)
 287
 Kutisker, Iwan 263
 Laguardia
 (Bürgermeister) 162
 Laval, Pierre 58 f.

- Ley, Robert 177
 Litwinow, Maxim 52 f., 70,
 348,351
 Löns, Hermann 147
 Loeff, Fritz 69, 72
 Ludendorff, Erich 91
 Ludwig XIV. 57
 Luedtke, Dr. F. 102
- March, Werner 149
 Martin, Hans 272
 Masaryk, Thomas G. 292
 Mayer, Helene 87 ff.
 Metternich, Fürst 199
 Mewes (Architekt) 162
 Miksch, Dr. Leonhard 13
 Möllers, Alfred (Kommissar im
 Reichswirtschaftsministe-
 rium)
- Moerwald, Trude
 (Morvalskova) 107
 Molotow, Wjatscheslaw 352,
 354 ff.
 Mussolini, Benito 45, 66 f.,
 72 ff., 130, 179, 188,200,
 244, 324, 387
- Nadolny, Rudolf 53
 Neumann, Dr. (Sprecher der
 Memeldeutschen) 314
 Neurath, Constantin Freiherr
 von 127,166,175,183,202
 Niemöller, Martin 163
 Nitram, Hans (Pseudonym für
 Martin) 272
 Nolde, Emil 155
- Onaninda (Pater) 132
 Oshima, Hiroshi (japanischer
 Botschafter) 319,339
 Ossietzky, Carl von 150
 Otto (der Grosse) 101
- Papen, Franz von 17, 44 f.,
 49 f., 51, 53, 60, 177
 Paul, Bruno 155
 Pechstein, Max 155
 Peter (der Grosse) 350
- Pilsudski, Joseph 24, 374
 Pistorius (Hauptmann
 i.G.) 332
 Price, Ward 53, 202
 Prinz Eugen 101
 Prinz Philipp von Hessen 121
 Prinz von Preussen, Friedrich
 Leopold 173
- Raeder, Erich 102
 Rath, Ernst vom 253 f.
 Rechenberg
 (Regierungsrat) 277
 Reichenau, Walter von 143
 Reifenberg, Benno 399
 Reischach, Hans Graf 377
 Ribbentrop, Joachim von 68,
 80, 121, 164, 166, 175, 189,
 323,371
 Röhms, Ernst 45 ff.
 Rohe, Ludwig Mies van
 der 155
 Roosevelt, Franklin D. 243,
 324 ff., 376
 Rosemeyer, Bernd 164
 Runciman, Lord 223, 227
- Sagasser (Skilehrer) 248
 Sarow, Dr. Fritz 13
 Seeckt, Johannes von 102
 Seyss-Inquart, Dr. Arthur 190,
 198, 203 f.
 Sherman, John 106
 Sieburg, Dr. Friedrich 55
 Silex, Dr. Karl 250
 Snowden (englischer
 Minister) 159
 Springer, Hildegard 35
 Stalin, Josef 184, 190, 317,
 345,347,350,357,362
 Stephan, Werner 38, 70,96,
 100 f., 134 ff., 169, 188, 190,
 204
 Sternstein (Journalist) 198
 Stielke, Georg 102
 Stöhr (Abgeordneter der
 NSDAP) 25
 Stolper, Gustav 223

Sturm, Franz 106
 Sztojay, Doeme (ungarischer
 Botschafter) 319
 Schacht, Dr. Hjalmar 276 f.
 Schell, von (Oberst) 273
 Schiller, Friedrich von 103
 Schmidt, Guido 182,191
 Schmidt, Dr. Paul Karl 30,
 323 ff., 356, 374, 376
 Schnurre (Geheimrat) 358
 Schoenber (Konsul) 304
 Schoenwald (Lotterie-
 Einnehmer) 67
 Schupp (Architekt) 162
 Schuschnigg, Kurt 178 ff.,
 189 ff., 375
 Schwarz van Berk,
 Johannes 97
 Schwede (Gauleiter) 153
 Thomas, Wilhelm 50,53
 Thomas (Oberst) 268
 Tiso, Josef 293 ff.
 Toss, Alfred 102
 Trotzki, Leo 193,349
 Tschammer und Osten, Hans
 von 87

Tschardiakoff (russischer
 Oberstleutnant) 359
 Untermayer, Samuel 87
 Vollerthum, Nikolaus 149
 Wagner, Dr. Otto 39
 Wagner, Robert 367
 Wedel (Major von) 168
 Weiss, Rudolf 155
 Weizsäcker, Dr. Ernst
 (Staatssekretär) 379
 Wessel, Horst 151
 Wilhelm II. 314
 Wilson, Woodrow 242 f.
 Windsor, Herzog von 159
 Wladimir (russischer
 Thronprätendent) 351
 Wohlthat (Beauftragter des
 Auswärtigen Amtes) 358
 Wolf (Geheimrat im
 Auswärtigen Amt) 323
 Wolff, Otto von
 Amerongen 267
 Zarske, Wilhelm 390
 Zucker, Gerhard 266

Sachwörter

Abenteuer 396
 Abgeordneter 25
 Abhörvorrichtung 91
 Abkommen 24, 180, 185, 198,
 270, 298, 348, 366
 Abrüstungskonferenz) 50,68,
 78
 Abstimmung 57 f., 82, 196 f.,
 201,203,251
 Abtreibung 261
 Achse (Rom-Berlin) 200,
 321,340
 Achtstundentag 273
 Adlon (Hotel) 298

Agenten 31
 Aggression 329, 365, 389
 Agitation 156
 Agrarpolitik 39
 Alkohol 66
 Alldeutsch 18,396
 Alleinherrscher 48
 Allianz 319
 Amnestie 191, 199
 Amtliche Preussische
 Pressestelle 95
 Amtsstelle 14
 Angreifer 56
 Angriff 390

- Anmassung 45
 Annexion 199
 Anschluss 36,177,192,199,
 204 f.
 Antibolschewismus 112
 Anti-Komintern-Pakt 322,
 363
 Antisemitismus s. Judenfrage
 Appeasement 317
 Araber 256 f.
 Arbeiter 40
 Arbeitnehmer 41
 Arbeitsdienst 36,159,337
 Arbeitsfront 41,134,272
 Arbeitsgesetz 43
 Arbeitslager 256
 Arbeitsplatz 396
 Archiv 15
 Arisierung 264
 Arroganz 396
 Attentat 209, 253 f.
 Aufbewahrung 14
 Aufmarschplan 56
 Aufrüstung s. Rüstung
 Aufständische 118
 Auslandsdeutsche 155
 Auslandsjournalisten 29,41
 Auslandsmeldungen 192
 Auslandsreisen 68
 Aussenpolitik 23, 87 f., 94,
 229,328
 Auswärtiges Amt 10,28,30,
 33, 40, 48, 50 ff., 60 ff., 74 ff.,
 117, 120,127, 136 ff., 179,
 194, 211, 213 ff., 223 ff., 247,
 249, 256, 259, 274, 286, 297,
 300, 302 ff., 322 ff., 350 ff.,
 360,377 f., 380, 382, 389
 Ausweis 272
 Autobahn 67, 250, 320, 372
 Automatik 354
 Automobilindustrie 267
 Autonomie 289 ff.
 Autorität 27,37

 Balance 396
 Banditen 138, 324, 364
 Bartholomäusnacht 236

Basilisk (Zerstörer) 139
 Bauern 40,369
 Beamtenbund 43
 Beamtenrecht 43
 Befehlsempfang 69
 Beistandspakte 65
 Bendlerstrasse 48
 Benzin 266
 Berichterstattung 38
 Berufsbeamtentum 43
 Beschwerden 37
 Besetztes Gebiet 299, 319
 Besitz 396
 Bevollmächtigter 49
 Bezugschein 386
 Bildberichterstattung 66, 100
 Bilder 66,68
 Blutterror 226
 Börsenbericht 245
 Börsenmanöver 133
 Bolschewismus 118, 125 ff.,
 134, 145, 156, 169,183,209,
 241,321,325,343 ff., 353 f.
 Boulevard-Blätter 126, 198
 Braunkohle 266
 Briefkasten 92 f.
 Brotkarten 278
 Brudervolk 182,204
 Bürger 18 f., 34, 252, 397
 Bürgerkrieg 116,126,145
 Buna 268
 Bund Deutscher Mädchen
 (BdM) 107
 Bundesheer 201
 Bundesrepublik 17
 Burenkrieg 74,256

 Chaos 18,237
 Chancengleichheit 396
 Charakterlosigkeit 44
 Chinesen 107
 «C 2» und «C 4»
 (U-Boote) 139

 Defaitismus 245
 Dementi 35,131
 Demokratie 19 f., 35,197
 Dentist 99

Deutsche, Der
 (Transportschiff) 60
 Deutsche Demokratische
 Republik 17
 Deutschenhass 290 ff.
 Deutschland (Deutsches
 Reich) 17, 19, 34, 77, 147,
 181,250 ff., 322
Deutschland
 (Panzerkreuzer) 119,133
 Deutschnational 396
 Devisen (Prozess) 82
 Differenzierung 28
 Diktatur 206, 259, 399
 Distanz 213
 Disziplin 164,276,278
 Dividende 91
 Dokumente 236
 Doppelzüngigkeit 34,70
 Drangsalierung 217
 Drittes Reich 396
 Duce 74

 Eidechse 40
 Eidesformel 48
 Eigennutz 44
 Einheit (Gesetz zur Sicherung
 der . . . von Partei und
 Staat) 43
 Einigkeit 41
 Einkreisung 334,353
 Einmarsch 15, 24, 77 ff., 82,
 189, 199 f., 205 f., 246, 252,
 283 f., 295, 297, 300, 304,
 308, 314, 317, 324, 388
 Einmischung 125, 145, 207,
 281
 Eisenerz 266
 Eisengitter 273
 Elend 211,231,345
 Eltern 184 f.
 Emigration 34, 253 f.
 Empfehlungen 93
 Endlösung 265
 Entmilitarisierung 58,77
 Entspannung 188, 233, 360,
 366
 Epilog 399

 Erdöl 268
 Erhebung 24
 Eroberung 23
 Ermächtigungsgesetz 24 ff., 42
 Ernährungsrichtlinien 278
 Ernstfall 386
Espaha (Handelsschiff) 131
 Exoten 110
 Extrablatt 385

 Fachpresse 99 f.
 Fallschirmtruppen 250, 338
 Faschismus (Anti-) 75, 118,
 135,321
 Feldpost 388
 Festessen 157
 Fettverbrauch 196
 Filmfestspiele 172
 Filmgesellschaft 96
 FIS-Rennen 97
 Flamen 188
 Flottenabkommen 53, 63, 68,
 77, 83, 247, 270, 327
 Flottenkonferenz 54
 Flugzeug 54
 Flüchtlinge 235, 237, 375
 Folterung 97
 Foreign Office 125, 176
 Frauenarbeit 273
 Freibeuter 116
 Freihafenzone 316
 Freikorps
 (Sudetendeutsches) 240
 Freimaurer 96, 106, 151
 Freiwillige 125,128, 136, 145,
 323
 Fremdenlegion 125
 Freunde 40
 Frieden 21 ff., 53, 64 ff., 71 f.,
 77, 83 ff., 115, 128, 140, 175,
 199 ff., 211 f., 238 f., 312,
 325 ff., 330 ff., 364, 383, 385,
 390, 392
 Frösche 40
 Führer s. Hitler
 Funk 276

- Gangster 256
Gap, The (Film) 132
 Garantie 309, 320, 342, 357, 362, 373
 Gas (-krieg,-maske) 75, 123, 333,335 f.
 Garnisonkirche 147
 Gefangene 134
 Gegendemonstration 84
 Geheimabkommen 317, 364
 Geheimhaltung 79, 268, 317
 Gemeinschaftsräume 157
 Gerichte 47,79,134
 Gerichtsbarkeit 94
 Gerichtsvollzieher 147
 Germanisieren 21,285
 Geschichtslüge 249
 Gesellenwandern 104
 Gesellschaft 38
 Gestapo 91
 Gewalt 18, 47, 230, 245, 314, 386, 388
 Gewerkschaft 41
 Getreide 59,266
 Getto 256
 Glaubwürdigkeit 252, 319
 Gleichberechtigung 50 f., 81
 Gleichschaltung 25, 41, 43, 54, 193, 202, 365
 Gleichschritt 32
 Glossen (-konferenz) 225
 Goethe-Gesellschaft 103
 Grenzfragen 58, 62, 251, 283, 368
 Grenzzwischenfälle
 s. Zwischenfälle
 Greuel 130, 237, 250, 379, 382
 Gross-Deutschland
 (Grossdeutsches Reich,
 Gesamtdeutschland) 17, 23, 101, 205, 252, 301, 395
 Gross-Kapital 397
 Grossmächte 246
 Gruss, Deutscher 147, 159
 Güterwagen 222
 Gummi 267
 Gustav Adolf-Verein 203
 Hakenkreuz 71, 200, 239, 396
 Halunken 348
 Hamstern 388
 Handelsvertrag
 (Handelsabkommen) 83, 359
 Handstreich 313
 Handwerksbursche 104
Hansestadt Danzig
 (Fahrgastschiff) 308
 Harzburger Front 32, 396
 Hauptschriftleiter 28
 «Heiliger Krieg» 92
 Heimwehr 49,177 f., 180 ff.
 Heiterkeit 84,101,120,148, 361
 Henker 22
 Hinrichtung 47
 Hinterbliebene 47
 Historiker 395
 Hitler-Bild 84
 Hitler-Jugend 105 f.
 Hofberichte 95
 Holzhackermethode 93, 275
 Humanität 252
 Hunde 40
 Hunger 40,344
 Hunnen 256
Hunter (Zerstörer) 135
 Illusion 22
 Illustrierte 345
 Indianer 260
 Indiskretion 14,99
 Inflation 68
 Information 18, 29, 31, 34, 91, 233, 376
 Integrität 374
 Internationales Olympisches Komitee 109
 Interventionspolitik 57, 118, 126
 Inthronisierung 49
 Irredentismus 304
 Islam 92
 Jagd 95
 Jesuiten 106, 199

- Journalisten 22 f., 27 ff., 45,
67 f., 88, 93, 96, 98, 103, 105,
108, 124, 188 ff., 369, 383,
387 395 399
- Judenfrage 70 f., 87 ff., 106,
170 ff., 203, 252-265, 346 f.,
352, 369, 396
- Kabinettsrat (Geheimer) 166,
175
- Kadaver 40
- Kaffee 278
- Kameraden auf See* (Film) 196
- Kamerun* (Handelsschiff) 120,
135
- Kampfstaffel 36
- Kanzler-Interview 36
- Karlsbader Programm 214
- Karls-Universität 91
- Katastrophe 194
- Katholizismus 69, 199, 202
- Katzen 40
- KdF-Reisen 361
- Kerle 159
- Kinderlähmung 159
- Kirchen 202 f.
- Klassenhass 41
- Klassenschichtung 38
- Kleinwirtschaft 396
- Klöster 202
- Kolonialfrage 76, 169, 212
- Kommentar 14, 29, 216, 299,
309, 324, 352, 363, 369, 376,
384, 387, 389
- Kommunistische
Internationale 70, 116
- Kommunismus 209, 343, 362,
369
- Konferenz
(Münchner) 244 ff., 283,
292 f., 302
- Konfession 88
- Kongress 149
- Konservativ 18,396
- Kontribution 259
- Kontrolle 42
- Konzentration 164 ff., 175,
189, 278
- Konzentrationslager 14, 22,
28, 151, 163, 391
- Korrespondent 99
- Korridor 320, 366, 372, 381
- Korruption 44
- Kraftfahrzeugwesen 273
- Kreuzzugsideologie 40
- Krieg 9, 15,1 9, 21, 54, 63,
72 ff., 79 ff., 117, 146, 160,
163, 167, 176 f., 201, 219,
232, 241 f., 248, 265, 269,
272 f., 278, 303, 311,317,
319 ff., 330 ff., 341, 360,
374 f., 382, 384, 390 ff.
- Kriegspsychose 63 ff., 329, 341
- Kriegsschuld 241, 382, 394 f.
- Kristallnacht 255
- Kritik 12, 37, 277, 361, 396
- Kroll-Säle 157
- Kündigung 327
- Kultur 37
- Kundenliste 278
- Kunst, Deutsche 91
- Länder 17,26,98
- Landbund 39
- Langstreckenflug 337
- Landstreicher 104
- Landesverrat 28, 98, 102, 245,
268
- Landesverteidigung 36, 271 f.
- Lebensraum 21, 23, 343, 383
- «Legion Condor» 126, 145,
338, 352 f.
- Leichen(schändung) 40, 327
- Leipzig* (Kreuzer) 137 f.
- Lenkung 26,93
- Liberalismus 261
- Liebe 40
- Limes 173
- Liquidierung 14
- Lynchjustiz 69, 90
- Lügen 134, 395
- Luftfahrt 68, 337
- Luftschutz 266
- Luftwaffe 83, 130, 170, 269,
338, 382

- Machtergreifung 152
 Maginotlinie 384
 Manöver 192, 222, 335 ff., 380
 Marinekommando 120
 Marxismus 263
 Massaker 46
 Massenmord 257
 Massenverhaftung 256
 Meckerer 82
 Mehrparteiensystem 44
 Memel-Statut s. Memel-Gebiet
 Menschenrecht 252
 Menschlichkeit 40
 Methode 386,395
 Mieterschutz 261
 Militärdiktatur 347
 Militärmission 358,361
 Militärpflicht s. Wehrpflicht
 Miliz 121,128
 Minderheiten 206,210,218,
 231, 239, 368 ff.
 Minute («... vor Zwölf») 385
 Misshandlung 219
 Misstrauen 252
 «Mittagskränzchen» 31
 Mittelmeer-Pakt 58
 Mittelstand 396
 Mobilmachung 160, 204, 216,
 220, 233 ff., 249, 330, 336,
 338 f., 350, 374, 386, 389
 Mörder 224,349
 Mordjustiz 345
 Motorisierte Verbände 334
 Monatsnamen 160
 Münchner Abkommen
 s. Abkommen
 Mütterschule 153
 Munitionsarbeiterstreik 261
 Musikverein, Allgemeiner
 deutscher 103
 «Nachbörse» 30 ff.
 Nachrichten 9, 22 f., 31,41 f.,
 69, 72 f., 82, 225, 240, 247 f.,
 288 ff., 328, 339, 342, 344,
 376, 380 f., 391 f.
 Nächstenliebe 40
 Nachprüfung 37
 Nation 14,18,44,252
 Nationalitäten 206, 223
 Nationalsozialismus 9, 18 f.,
 165 f., 191, 362, 396
 Nationalsozialistisches
 Kraftfahrkorps (NSKK) 159
 «Nebelung» 160
 Neger 108
 Neutralität 74, 135, 137
 Nichtangriffspakt 23, 79,
 207 f., 245, 273, 304, 327,
 348,351,360,362 ff.
 Nichteinmischung 116, 118,
 125, 137, 143, 207
 Nickel 267
 Nobel-Preis 150
 Norddeutscher Lloyd 59
 Nordische Gesellschaft 280
 Not (Gesetz zur Behebung der
 ... von Volk und Reich) 43
 Notstand 12
 Notwehr 226, 260
 NSDAP 10, 18, 22, 25, 33,
 38 f., 41, 43 f., 48, 59, 65, 71,
 88, 94, 112, 152, 157, 163,
 166 f., 188,201 ff., 230, 254,
 330, 345, 347 f., 384 f.
 Oberkommando der Wehrmacht
 (OKW) 281
 Obrigkeit 23
 Ölpflanzen 266
 «Österreichische Legion» 201
 Offensive 382
 Olympische Spiele 63, 65,
 83 ff., 105 ff., 108,111 f.,
 118, 209, 252, 305
 Opernball 95
 Ordnung 198 f., 231, 296 f.
 Ostbefestigungen 330, 334
 Ost-Locarno 53
 Ost-Pakt 52 f., 58 f., 65
 Paktpolitik 83, 319 f., 328,
 334, 342, 346, 352, 358, 360,
 370,391
 Palästina 256 ff.

Palos (Schiff) 135
 Panik 216, 240, 245
 Parlament 42
 Parteien 25, 41, 43 f., 65, 94,
 96 f., 187
 Parteitag 71 f., 345
 Pass-Gesetz 272
 Pazifismus 83
 Pergamon-Museum 100
 Pfarrernothbund 163
 Piloten 336
 Piraten 116, 138 ff., 348
 Pogrome 69
 Politik 44, 70, 189, 395
 Polizei 36
 Postraketen 266
 Preisausschreiben 100
 Pressefotograf 100
 Pressekonferenz 10, 27 ff., 36,
 40 f., 99, 223
 Pressepolitik 38, 98, 189, 332,
 342, 380, 384
 Presseregierung 159, 264
 Preussen (Personen) 11, 203
 Preussische Akademie der
 Künste 155
 Preussische Staatsregierung 95
 Propaganda 9 f., 22, 26, 41,
 61, 70, 74, 156, 167, 211,
 228, 242, 247, 395 f.
 Propagandaamt 36
 Propagandakompanie 247
 Propagandaministerium 9 f.,
 22, 27 f., 30, 32 ff., 42, 45, 47,
 55, 98, 112, 131, 142, 157,
 195, 219, 223 ff., 234, 237 ff.,
 249, 254, 259, 317, 331,
 335 f., 341, 353, 374, 377,
 380
 Prophezeiung 123, 129, 144
 Protektorat 285, 296, 324, 334
 Protestant 69, 202
 Protestantismus 92
 Provokation 231 f., 372
 Prozesse 264
 Pseudonym 102
 Punktwertung 109
 Putsch 47
 Quai d'Orsay 128, 176
 Radikalismus 18, 26
 Rätebund 52
 Rassenfrage 88 ff., 97, 107 f.,
 110, 162 f.
 Räuber 349
 Rebellen 118
 Rechtlosigkeit 18
 Regie 92, 364
 Reich (Gesetz über den
 Neuaufbau des . . .) 43
 Reichsbahn 94, 221, 229, 274
 Reichsbank 276
 Reichsbund für
 Leibesübungen 88
 Reichskommissar 17
 Reichsministerien
 (Reichsminister)
 für Arbeit 46
 für Ernährung 107, 266
 für Erziehung 155
 für Krieg 48, 101, 118 ff.,
 132, 139, 268, 270
 für Wirtschaft 39, 167, 266
 Reichskulturkammer 33
 Reichsmusikkammer 103
 Reichspräsident 12, 17, 46, 48
 Reichspressechef 10, 33, 275.
 290
 Reichspressekammer 33
 Reichsregierung 17 f., 42, 196,
 254, 382
 Reichsschrifttumskammer 187
 Reichssportführer 88
 Reichstag, Deutscher 21, 24 f.,
 42 f., 48, 65, 82, 193, 230,
 259, 327, 376, 388, 391
 Reichsstatisches Amt 104,
 158
 Reichsstatthalter 17
 Reichstheaterkammer 102
 Reichsverband der deutschen
 Presse 97
 Reichswehr 36, 45 f., 47, 108
 Reiterverein 267
 Religion 82
 Rennwetten 100
 Republik 396

- Reservisten 222
 Ressortwünsche 39
 Restauration 50
 Revision 50
 Revolution 21 ff., 39,41 ff.
 Rettungswerk 40
 Rhein 77
 Richtlinien 37
 Rote Armee 344
 Rüstung 24, 50 f., 54, 57,
 62 f., 131, 169, 175,265 ff.,
 271 f., 330
 Rundruf 60,90,157
 Russland s. Sowjetunion
- SA 44 ff., 159, 203
 Saargrenze 78
 Säbelrasseln 278 f.
 Sängerbund 155
 Säuberung 45
 Säuglinge 336
 Salonwagen 94 f.
 Sanktionen 74 f.
 Schadenfreude 355 ff.
 Scharfmacherei 368
 Scherl-Verlag 32
 Schiffsbauprogramm 68
 Schottenwitze 171
 Schriftlitzergesetz 35,367
 Schwarzweissmalerei 14
 Schwerindustrie 266
 «Seedienst Ostpreussen» 308
 Seerüstung 270
 Sekt 66
 Selbstbestimmung 206,244,
 314
 Selbstjustiz 78
 Sender Gleiwitz 390 f.
 Sensationslust 195
 Seuchen 40
 Sicherheit 396
Sierra Cordoba
 (Handelsschiff) 60
 Sittlichkeitsverbrechen 94
 Soldateska 248
 Solidarität 137
 Sonderzug 159
 Souveränität 374
- Sowjetarmee (s. auch Rote
 Armee) 117
 Sozialdemokraten 25, 42, 224,
 236, 279
 Sozialismus 44
 Spanien-Bericht-
 erstattung 129, 139, 143
 Speisekarte 387
 Sperrgebiet 272
 Sphinx 189
 Spionage 91,271 f.
 Spontan 312
 Sprachboden 251
 Sprachinsel 251,285
 Sprachregelung 11,50
 Sprecher der Pressekonferenz s.
 Aschmann, Berndt, Fritzsche,
 Jahncke, Schmidt, Stephan
 Spreewälder (Personen) 147
 SS 47, 148, 153, 159, 203
 Staat 43
 Staatspolizei 230
 Staatsstreich 17
 «Stahlhelm» 32
 «Stahlpakt» 334, 339, 378
 Stahlwerk 267
 Standesamt 70
 Standrecht 230, 232
 Stapellauf 270
 Stavisky-Prozess 92
 «Stehkonvent» 70
 Stehvermögen 45
 Stil, deutscher 96
 Strafprozess 153
 Strassburger Sender 250
 Strassenkämpfe 34
 Sudetendeutsche
 Partei 206 ff., 217 ff., 227
 «Sudetendeutscher
 Ordnungsdienst» 217
 «Sudetendeutsches
 Freikorps» 236,240
 Synagoge 254, 257 f.
- Tagesparole 11
 Takt 87, 105 ff., 275, 365
 Taktik 195, 341
 Tataren-Meldung 123

- Tatsache 124
 Termin 384, 386, 391
 Territorialproblem 242, 303
 Terror 217 ff., 226, 229, 231,
 244, 286, 293, 302, 388
 Theaterkritik 102
 Tierschutz 104
 Todesanzeige 47, 146
 Transportflugzeug 120
Traumulus (Film) 96
 Trickaufnahme 159
 Triumph 192, 246, 362
 Trommel(er) 22 f., 26, 34, 181
 Truppenbewegungen 196,
 200, 216 f., 221, 241, 243,
 311, 336, 373, 389
 Truppenbezeichnungen 303
 Truppenstärke 80
 Tyrann 327
- U-Boote 54
 U-Boot-Krieg 270
 Überfall 290, 378
 Überraschung 330, 342
 Überschrift 288, 384
 Übertreibung 356
 Ultimatum 231 f., 311, 322
 Unabhängigkeit 294 f., 322
 Unfall 68
 Uniform 36, 46, 198
 Unruhe 68, 80, 198, 294, 344,
 377, 383
 Unsittlichkeit 45
 Unterdrückung 230
 Untertan 19, 397
 Unwahrhaftigkeit 44
 Urlaub 336, 341
 Urteil 47
 Usurpation 22
- Vandalismus 120
 Vaterland 297, 396
 Vaterländischer
 Frauenverein 266
 Vatikan 333
 Veranstaltung 66
 Verantwortung 13, 99
 Verbalinjurie 242
- Verbot 9, 14, 25, 38, 68, 88,
 90, 93, 98, 100, 102, 104 f.,
 109, 123, 146, 155, 157 ff.,
 176, 195, 220, 270, 303, 330
 Verbrecher 14, 25, 138, 235,
 256 f., 324, 349
 Verbrüderung 348
 Verdunkelung 388
 Verfassung 18, 24 f.
 Verfolgung 230
 Verhandlung 387, 389
 Verhungerte 40
 Verlag Franz Eher Nachf. 106
 Verleger 99, 106
Verleumder, Die öffentlichen
 (Gottfried Keller) 394
 Vermittlungsvorschlag 385
 Vermögenswert 41
 Vernegerung 55
 Verräter 31, 225
 Versailler Vertrag 50 ff., 61 f.,
 81, 150, 178, 242, 283, 321,
 325, 343, 365, 395
 Verschwiegenheit 47
 Versorgung 107
 Versuchsballon 383
 Verständigung 70, 83, 191, 248
 Vertraulichkeit 29 ff., 39, 223
 Vierer-Pakt 50
 Vizekanzler 44 f., 49
 Völkerbund 50 f., 57 ff., 70,
 77, 81, 161, 169, 178, 252,
 284, 365
 Völkerbundskommissar 57,
 365
 Völkerbundsrat 56, 58, 61, 80 f.
 Volksabstimmung
 s. Abstimmung
 Volksbund 190
 Volksdeutsche 204, 206, 251.
 285, 293
 Volksentscheid 197
 Volksfront 116, 126, 143
 Volksgemeinschaft 41
 Volkssammlung 40
 Volksschule 158

- Volkstum 21, 147, 163, 296,
 368, 396
 Volkswagen 104, 161
 Vollziehende Gewalt 386, 388

 Währung 368 f.
 Waschevorrat 266
 Waffen 24,36
 Waffenembargo 120
 Waffenfunde 125
 Waffenträger 47
 Wahlen 82 ff., 106, 163,
 197 f., 217, 304, 309 f.
 Wehrmacht 29, 34, 47, 120,
 123, 145, 166 ff., 201, 221,
 241, 265, 270 f., 279, 330 f.,
 332, 337, 386 ff., 392
 Wehrpflicht 62, 64 f., 83,112,
 269,321
 Wehrsport 36
 Weihnachtsrezept 91
 Weisses Haus 374
 Weisungen 9 ff., 21, 28 ff.,
 36 f., 50, 59, 64, 68, 93, 95,
 98 f., 164,176, 383
 Weltausstellung 162
 Weltfeind 109
 Weltreich 301

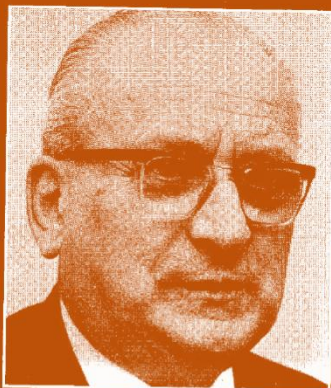
 Weltrevolution 70, 343
 Wenden (Personen) 147
 Wendepunkt 362
 Wendigkeit 45
 Westbefestigungen 330 ff.
 Wetterbericht 91
 Wiedervereinigung 201, 203
 Willkür 18
 Wilsons Punkte 81
 Wirtschaft 37, 39, 59
 Wirtschaftsverhandlungen 338 f.
 357 f.

 Zahnärzte 99
 Zeitungskampagne 209
 Zeitungsverbot 98
 Zeitungsverleger 337
 Zensur 69, 247 f., 299, 302,
 314, 386
 Zentrumsparterie 26
 Zwangsarbeit 345
 Zwischenfälle 56, 217 ff.,
 228 f., 231 ff., 286, 308, 361,
 371, 377 f.
 Zurückhaltung 69 f., 179 ff.,
 193, 199, 207, 212 f., 223,
 305 ff., 315, 339, 352 ff.,
 364 f., 367, 371 ff., 380

Die Presse als Herrschaftsinstrument eines Diktaturregimes – das ist keineswegs nur ein Phänomen der Vergangenheit, und in diesem Sinn ist Fritz Sängers historische Dokumentation außerordentlich aktuell. Die Institution, mittels derer das Hitlerregime in den ersten sechs Jahren seines Bestandes die gleichgeschaltete Presse kontrollierte und dirigierte, war die tägliche offizielle »Pressekonferenz« der Reichsregierung, in der den Zeitungsredaktionen zur Kenntnis gebracht wurde, was ihre Blätter zu melden, was sie zu verschweigen und wie sie zu kommentieren hätten. Der Verfasser, der in den Jahren 1933 bis 1939 im Auftrag der liberalen »Frankfurter Zeitung« an den Pressekonferenzen teilnahm, hat dieses Material gesammelt und entgegen strengem Verbot aufbewahrt.

Die Weisungen, die in der Pressekonferenz erteilt wurden, betrafen alle Lebensbereiche: Backrezepte, wenn vor Weihnachten Butter und Mehl knapp waren, Todesanzeigen für in Spanien gefallene deutsche Soldaten, Eisenbahnfahrpläne, wenn Militärtransporte rollten. Und natürlich die propagandistische Vorbereitung der Expansionspolitik, der Annexion Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei, der Besetzung des Memellandes und schließlich des Überfalls auf Polen. Aus den Dokumenten in diesem Buch ergibt sich ein erschreckendes Panorama der Heimtücke und skrupellosen Verlogenheit, mit der die nazistische Machthaber das eigene Volk und die Weltöffentlichkeit zu täuschen trachteten.

Der Autor hat ausschließlich Texte verwendet, die unmittelbar bei der Ausgabe der Anordnungen oder Informationen notiert wurden. Es sind daher authentische Zeugnisse, die viele bisher unbekannte bezeichnende Einzelheiten enthalten und die damalige Atmosphäre widerspiegeln. Nichts wurde vorgezeichnet oder nachgetragen. So erhält der Leser ein unverfälschtes Bild und die Möglichkeit, die politischen Konzepte der Nazis zu erkennen und mit dem Geschehen zu vergleichen. Diese Erkenntnis, so hofft der Autor, wird dazu beitragen, daß solche Methoden sich nie und nirgends mehr wiederholen.



Fritz Säger, geboren 1901 in Stettin, studierte Pädagogik, wählte aber schon frühzeitig die Journalistenlaufbahn. 1933 bis 1935 arbeitslos, dann Eintritt in die Redaktion der »Frankfurter Zeitung«, der er bis zu deren Verbot im Jahre 1943 angehörte. 1945 Chefredakteur einer von der britischen Besatzungsmacht herausgegebenen Tageszeitung in Braunschweig, 1947 Chefredakteur und Geschäftsführer des Deutschen Pressedienstes in der britischen Besatzungszone, 1949 bis 1959 Redakteur der Deutschen Presseagentur (DPA). Danach als Mitarbeiter des SPD-Vorsitzenden in Bonn tätig, verfaßte den Entwurf des »Godesberger Programms«, 1961 bis 1969 Abgeordneter zum Deutschen Bundestag.

Publikationen: »Handbuch des Deutschen Bundestages« (1949, 1952, 1954, 1957), »Soziale Demokratie, Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD« (1960, 1962, 1964), »Erich Ollenhauer, Reden und Aufsätze« (1964), »Marsch in den Krieg« (1969), »Wahlhandbuch 1965« sowie eine große Anzahl von Artikeln, Aufsätzen und Vorträgen.

Hier wird demonstriert, wie durch Verbot der Weitergabe einer an sich korrekten Nachricht, durch unvollständige Unterrichtung, durch verspätete Mitteilung sowie durch Manipulation jeder Art schließlich Täuschung, Unkenntnis, Verwirrung, falsche Hoffnung, sinnlose Gläubigkeit oder auch Verzweiflung erzeugt werden können. Der Zweck bestimmte die Propaganda. Der Bürger war Objekt eines fremden Willens, der unkontrolliert über das Schicksal des Volkes entschied.